

FORM NO. 51-61A
NOV 1948CLASSIFICATION **RESTRICTED**
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
INFORMATION REPORT

REPORT

STAT

COUNTRY **Germany**SUBJECT **German Press and Radio Reports**DATE DISTR. **21 June 1949**

NO. OF PAGES

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)PLACE
ACQUIREDDATE OF I
ACQUIREDSUPPLEMENT TO
REPORT NO.

STAT

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50
U. S. C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOW-
EVER, INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED
AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

The attached summaries of German radio and press reports on microfilm are
being sent to you for retention in the belief that they may be of interest. STAT

EVALUATE

CLASSIFICATION				RESTRICTED										
STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION											
ARMY	AIR	ORE	X											

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672150 · 672450 · 672525

Inhaltsverzeichnis

vom 21. April 1949

mit Frieden

Nachrichten

Sympathiekundgebungen für den Weltfriedenskongreß
 Aufbauarbeit unsere Friedenswaffe
 Neptun-Werft wurde Wettbewerbssieger
 Im Kreidewerk wird mit Überlegung gearbeitet
 Getreideaussaat in Mecklenburg abgeschlossen
 Sowjetische Spezialisten lehren Trecker fahren
 "Lausitzer Rundschau" hat kritische Volkskorrespondenten
 Helft der Jugend
 Forstarbeiter auf neuen Wegen

Letzte Meldung

Schumacher bestätigt Spionage

Pressestimmen

Charakteristische Geständnisse

Die Kriegshetzer zur Verantwortung ziehen!

Kommentare

Deutschland im Kampf um den Frieden
 Die Rolle eines Agenten
 Zum Unfall bereit
 Freiheit der Persönlichkeit - nicht für Antifaschisten

Artikeldienst

Der Weltfriedenskongreß
 Der Arbeitsaufwand in der sowjetischen Landwirtschaft

Stimmen des Auslandes

Wiederaufleben der deutschen Aggression
 Das Budget des reichen Mannes
 Pressestimmen zum Budget der Labour-Regierung

Zur Information

"Humanité" zum Deutschland-Problem

Pressedienst
(FD)

21. April 1949

Wählt Einheit und Frieden

Aufruf des Deutschen Volksrates an die Bevölkerung in Stadt und Land

B e r l i n, 21.4. (Eig.Ber.)

Angesichts der Gefahr, die dem deutschen Volk durch die Verkündung des Besatzungsstatutes droht, erläßt das Präsidium des Deutschen Volksrates nachstehenden Aufruf:

Männer und Frauen in Stadt und Land!
Deutsche Jugend!

In diesen Tagen soll durch die Verkündung des Besatzungsstatuts die Spaltung Deutschlands, die Dauerbesetzung der Westzonen besiegelt werden. Stück um Stück haben die Regierungen der Westmächte das von ihnen feierlich unterzeichnete Potsdamer Abkommen zerstört. Schritt für Schritt verwirklichen sie ihre wahren Ziele, die Kolonisierung Westdeutschlands, Zug um Zug kapitulieren die Bonner und Frankfurter Spaltungspolitiker vor jedem ausländischen Diktat. Gewissenlos weisen sie die vom Deutschen Volksrat ausgestreckte Hand der Verständigung zurück, so auch das Angebot der 6. Tagung des Deutschen Volksrates, ein gemeinsames Treffen deutscher Politiker in Braunschweig durchzuführen.

Diese westdeutschen Politiker sind an dem Unglück, das jetzt über Westdeutschland hereinbricht, in vollem Umfange schuldig. Sie benutzen ebenso wie die Westberliner Spalter jede Gelegenheit, in den ausländischen Hauptstädten ihre Ergebenheit zu beteuern, sie weigern sich aber, auch nur ein einziges Mal mit deutschen Vertretern der Ostzone zusammenzukommen. Sie leisten eher dem ausländischen Befehl, Westdeutschland mittels des Grundgesetzes in ein Dutzend Länder zu zerstückeln folge, als auch nur einmal die von unserer Bevölkerung selbst erarbeitete Verfassung des Deutschen Volksrates zu diskutieren.

Deutschlands Einheit ist die Frage unserer Gesundheit, unserer Unabhängigkeit und unseres Selbstbestimmungsrechtes. Kein anständiger Deutscher darf daher den Kniefall der westdeutschen Politiker mitmachen.

Deutschlands Einheit ist aber auch die Frage des Friedens in Europa. Mit eilfertiger Geschwindigkeit gehen die Westmächte daran, gestützt auf das Ruhrstatut, die Westzonen zu einem Aufmarschplatz gegen die friedliebenden Völker des Ostens und die Bevölkerung Westdeutschlands in amerikanisches Kanonenfutter zu verwandeln. Deswegen denken die Westmächte auch nicht daran, ihre Truppen aus Deutschland abzuführen, denken sie nicht daran, mit dem deutschen Volke einen gerechten Friedensvertrag abzuschließen. Das diktierte Besatzungsstatut bedeutet die Versklavung Deutschlands, und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges ist ein Kernstück des Atlantikpakt, dieser Verschwörung gegen den Weltfrieden.

Wenn die westdeutschen Politiker Deutschland in der Stunde der Gefahr im Stich lassen, dann muß die Bevölkerung der Ostzone dem Deutschen Volksrat, der nationalen Repräsentation des deutschen Volkes, erneut den Auftrag geben, zu antworten und zu handeln. Aus diesem Grunde hat der Deutsche Volksrat auf seiner 6. Tagung beschlossen, am 15. und 16. Mai die Bevölkerung der Ostzone und Berlins zur Wahl

Pressedienst
(FD)

21. April 1949
Wählt Einheit und Frieden - 2 -

der Delegierten zum dritten Deutschen Volkskongreß aufzurufen und sich damit für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden gegen Besatzungsstatut und Kriegsvorbereitungen zu entscheiden. Vor aller Welt fordert damit die Bevölkerung durch ihre gleiche, geheime und direkte Stimmabgabe das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, den Abschluß eines gerechten Friedens und den Abzug aller Besatzungstruppen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Ein Volk, das sich selbst aufgibt, ist dem Untergang geweiht, ein Volk dagegen, das seine Einheit und Unabhängigkeit mutig verteidigt, zerbricht den Widerstand ausländischer Unterdrücker.

Männer und Frauen in Stadt und Land! Deutsche Jugend!

Zeigt am 15. und 16. Mai den Westmächten und Lakaien: das deutsche Volk wird nicht schweigen, es fordert zusammen mit allen friedliebenden Menschen der Welt:

Die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

Stimmt für die Delegierten zum Deutschen Volkskongreß und ihr stimmt für Deutschland. Sagt Ja zum Friedensvertrag und zur Einheit.

Für das Präsidium des Deutschen Volksrates:

gez. Wilhelm Pieck, Otto Nuschke, Prof. Dr. Hermann Kastner."

Pressedienst
(FD)

21. April 1949

N a c h r i c h t e n

=====

Sympathiekundgebungen für den Weltfriedenskongreß

B e r l i n, 21.4. (Lig.Ber.)

In allen Ländern der Ostzone veranstalteten die Belegschaften zahlreicher Betriebe, Verwaltungen und anderer gesellschaftlichen Institutionen Sympathiekundgebungen für den Weltfriedenskongreß. Immer wieder brachten Redner zum Ausdruck, daß das deutsche Volk mit dem entschlossenen Kampf für die Einheit der Nation und für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages den besten Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens leistet. Lebhafteste Zustimmung begleitete die Vorschläge, am 1. Mai mit machtvollen Demonstrationen für die Wiederherstellung der nationalen Einheit und einen gerechten Friedensvertrag einzutreten sowie alle Kräfte einzusetzen, um die am 15. und 16. Mai stattfindenden Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß zu einem nationalen Bekenntnis unseres Volkes für Frieden und Fortschritt zu gestalten.

Im Lande Mecklenburg sprach Minister W a r n k e und außer ihm zahlreiche bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu den Belegschaften der Betriebe.

In vielen Betrieben im Lande Brandenburg fanden Kundgebungen statt. Auf der Kreiskonferenz der FDJ Brandenburg/Havel wurde beschlossen, anlässlich des Weltfriedenskongresses in den Betrieben Sonderschichten durchzuführen. Die Landräte und Oberbürgermeister Brandenburgs übermittelten den Teilnehmern am Weltfriedenskongreß ihre Grüße. In einer Entschließung wird der Erwartung Ausdruck verliehen, daß der Weltfriedenskongreß entscheidende Maßnahmen zur Stärkung und Festigung der gewaltigen Bewegung gegen die Vorbereitung und Entfaltung eines neuen imperialistischen Krieges beschließt.

In Leipzig bekundeten die Werktätigen ihren Friedenswillen mittags um 13 Uhr durch 2 Minuten Arbeitsruhe.

Justizminister D i e c k m a n n wies in einer Friedenskundgebung der sächsischen Landesregierung auf die Notwendigkeit hin, eine Front aller friedliebenden Menschen der Welt zu schaffen, die dem kriegshetzerischen Treiben Einhalt gebietet.

Die große politische Bedeutung der für den 15. und 16. Mai anberaumten Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß und des Kampfes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden wird in den Maidemonstrationen und in Kundgebungen bis zum 14. Mai in den Städten Potsdam, Cottbus, Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder, Wittenberge und Eberswalde besonders nachhaltig unterstrichen.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Nachrichten - 2 -

Aufbauarbeit unsere Friedenswaffe

8 000 Magdeburger hören Fritz Selbmann

Magdeburg, 21.4. (Eig.Ber.)

In einer mit 8 000 Teilnehmern außerordentlich gut besuchten öffentlichen Kundgebung der SED sprach der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Fritz Selbmann, über "Die Sicherung des Friedens durch demokratische Wirtschaft".

Zu Beginn der Versammlung nahm der Kreisvorsitzende Lange eine Ehrung von Angehörigen der technischen Intelligenz vor, die sich um die Entwicklung einer neuen Friedenswirtschaft in Magdeburg verdient gemacht haben. Oberingenieur Schoebel, Konstrukteur Flohrstedt, Ingenieur Fritz Lange und Oberingenieur Roß nahmen im Präsidium Platz. Außerdem wurde auch der am Erscheinen verhinderte Stadtbaurat Koß mit ehrender Anerkennung genannt.

Fritz Selbmann erinnerte in seiner Rede an die Versprechen des Potsdamer Abkommens, die dem deutschen Volke nach einer gewissen Bewährung einen Friedensvertrag sowie die politische und wirtschaftliche Einheit zusicherten unter der Bedingung, daß Entmilitarisierung, Entnazifizierung und der Aufbau einer demokratischen Ordnung durchgeführt werden. Die Frage, warum die Versprechen des Potsdamer Abkommens unerfüllt blieben, beantwortete Selbmann mit der von den Amerikanern proklamierten Anwartschaft auf die Weltherrschaft, die eine Clique von Bankhyänen erstrebt. Diese bereiten im Interesse ihrer Profite einen dritten Weltkrieg vor, für den sie die europäischen Völker mit Hilfe des Marshallplans kolonisieren und durch wirtschaftliche Abhängigkeit gefügig machen wollen. Deutschland soll dazu das Aufmarschgebiet, Berlin der vorgeschobene Posten gegen die Sowjetunion sein. "Aber alle Völker wollen den Frieden", rief Selbmann, "in erster Linie die Völker der Sowjetunion, denn sie haben keine Kapitalanlagen in anderen Ländern. Kriege wollen nur einige hundert Menschen, denen der planmäßige und stürmische Aufbau in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern die Kriegsspekulationen illusorisch macht. Genau so wie sich in diesen Ländern und in China die Kräfte der Demokratie als stärker erwiesen als die des Dollars, wird es sich auch in Westdeutschland erweisen, daß man die Dollars vergeblich nach dort gebracht hat."

Nach ausführlicher Darlegung der planmäßigen Entwicklung der Friedenswirtschaft in der Ostzone, die einen stetigen Ausbau des Außenhandels mit den Ländern des Osten brachte, ging der Redner auf die besondere Rolle Magdeburgs als der Stadt des Schwermaschinenbaues ein. "Solange zwischen Neustadt und Rothensee nicht wieder eine große Industrie geschaffen worden ist, wird unser Aufbauwerk nicht beendet sein", rief er unter starkem Beifall aus. Magdeburg sei eine der sechs Städte der Zone, die für einen planmäßigen baldigen Wiederaufbau von der DWK bestimmt worden sind. Die Vorarbeiten, die in Magdeburg für den Wiederaufbau bisher geschaffen wurden, seien geeignet zur Einleitung eines großen Wohnungsbauprogramms.

Noch vor Ablauf des Zweijahrplanes werde ein Fünfjahrplan aufgestellt und in Angriff genommen werden. Die Garanten für die Durch-

Pressdienst
(PD)

21. April 1949
Nachrichten - 3 -

führung und Erfüllung dieser Pläne seien die Werktätigen, die Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler, die heute die Herren der Produktionsmittel in den volkseigenen Betrieben sind.

Neptun-Werft wurde Wettbewerbsieger
Neue hervorragende Aktivistenleistungen
- - - - -

R o s t o c k, 21.4. (Eig.Ber.)

Nach dem vorliegenden Bewertungsergebnis der Wettbewerbs-Kommission für den zweiten Wettbewerb des Landes Mecklenburg ging die Neptun-Werft Rostock mit 1674 Punkten als Sieger hervor. An zweiter Stelle steht die Elbwerft Boizenburg mit 1227 Punkten. Es folgen Wismar mit 910, Warnemünde mit 828 und Stralsund mit 793 Punkten.

Der im innerbetrieblichen Wettbewerb der Neptun-Werft zurzeit führende Schlosser Kurt A r n d t vollbrachte eine neue vorbildliche Aktivistenleistung, indem er durch gute Arbeitsvorbereitung die ihm in Arbeit gegebenen 20 Sturmplatten anstelle der vorgesehenen 500 Arbeitsstunden bereits in 165 Stunden fertigstellte. Ein Arbeitsaktiv von drei Kollegen und fünf Frauen fertigte 260 Federmatratzenrahmen statt in 4160 Stunden bereits in 1123 Stunden an.

+) der Werften

Im Kreidewerk wird mit Überlegung gearbeitet

S a s s n i t z (Rügen), 21.4. (Eig.Ber.)

Der Produktionserhöhung an Kreidefässern galt die Überlegung des Sägearbeiters Karl O p e l im volkseigenen Kreidewerk Buddenhagen in S a s n i t z. Bisher ~~erhielten~~ in einem Arbeitsgang durch eine Anschlagvorrichtung, die an der Klotzsäge durch eine Laufschiene befestigt war, nur zwei Bretter für die Faßfabrikation die erforderliche Rundung. Opel ist es nun gelungen, durch Einschnitten von Kerben an die Anschlagvorrichtung in der gleichen Arbeitszeit vier Bretter zu biegen.

Eine wesentliche Material- und Zeitersparnis erreichte der Werkleiter Paul W e r n e r im gleichen Werk mit folgendem Verbesserungsvorschlag: der im Rührwerk, das in der Fachsprache Küben genannt wird, angebrachte Poller mußte durch die starke Benutzung, da er Steine, Sand usw. von der Kreide trennt, oft erneuert werden. Bisher wurde diese Erneuerung mit sehr viel Kosten- und Zeitaufwand durchgeführt. Der Boden des Rührwerkes, der aus Zement besteht, mußte zerschlagen werden. Nach Einbau des neuen Pollers, das ist eine Holzstange, mußten jedesmal 500 kg Zement beschafft werden, um den neuen Boden wieder herzustellen. Von nun ab wird die schadhafte Stelle des Pollers durch einen Schrägschnitt herausgetrennt und ein neues Teil eingesetzt. Hierdurch können die 500 kg Zement und außerdem 84 Arbeitsstunden eingespart werden.

(Landeszeitung, Schwerin,
volkskorrespondenz)

Pressedienst
(FD)

21. April 1949
Nachrichten - 4 -

Getreideaussaat in Mecklenburg abgeschlossen

Schwerin, 21.4. (Sig.Ber.)

Nach den beim mecklenburgischen Landwirtschaftsministerium eingegangenen Berichten hatten bis 16. April die Kreise Wismar, Ludwigslust, Schwerin, Schönberg, Hagenow, Güstrow, Malchin, Rostock, Greifswald, Stralsund und Uckermünde die Aussaat von Getreide und Hülsenfrüchten beendet. Eine Reihe weiterer Kreise erreichten bis zum selben Termin 96, 97 und 99 Prozent und sind inzwischen ebenfalls fertig geworden.

Schlecht steht es noch im Kreis Neustrelitz mit nur 69 Prozent. Hier sind offensichtlich Organisationsfehler in der Verwaltung die Ursache des Zurückbleibens. Der Kreis hat 50 Traktoren aus dem Kreis Güstrow und anderen Kreisen erhalten, die zur allgemeinen Zufriedenheit arbeiten. Entsprechend den Bodenverhältnissen müßte die Arbeit schon weiter sein. Inzwischen ist in der Kreisverwaltung eine Änderung erfolgt. Es ist anzunehmen, daß der Rückstand jetzt schnell aufgeholt wird.

Während im Vorjahr am Stichtag, 16. April, erst 8,3 Prozent der vorgesehenen Kleefläche bestellt waren, sind es dieses Jahr bereits 36 Prozent. Bei Luzerne waren es am gleichen Stichtag im Vorjahr 5,1 Prozent, in diesem Jahr 18,2 Prozent.

Die Aussaat von Öl- und Faserpflanzen schritt gut voran. Der Kreis Ludwigslust hat bereits 93,2 Prozent der vorgesehenen Fläche besät. Gut steht es auch in den Kreisen Malchin, mit 47,2, Randow 41, Uckermünde 40,8, Demmin 39, Greifswald 35,2 und Rostock mit 31 Prozent.

Mit Zuckerrüben wurden bis jetzt 540 ha besät, davon hat der Kreis Schwerin allein 210 ha aufzuweisen. Der Kreis Schwerin hat außerdem schon 21,9 Prozent seiner Sollfläche mit Kartoffeln belegt und steht damit an der Spitze. Bei 9 000 ha Kartoffelland im Lande Mecklenburg sind im Kreis Schwerin allein 1950 ha aufgelegt worden.
auf Kartoffeln

Sowjetische Spezialisten lehren Trecker fahren

Berlin, 21.4. (ME, R.)

In verschiedenen Maschinenausleihstationen der sowjetischen Besatzungszone, die mit dem sowjetischen Traktorentyp STS-1 TA ausgerüstet wurden, mangelte es an ausgebildeten Fahrern, die in der Bedienung dieser schweren Raupenschlepper erfahren waren. So fehlte es z.B. in den neuen MAS des Kreises Lebus, die kürzlich 46 sowjetische Trecker von diesem Typ erhielten, an geeigneten Traktoristen, die in der Lage waren, diese Schlepper mit voller Leistung auszunutzen. Auch hier stellten sich wie schon in anderen MAS der sowjetischen Besatzungszone, Mitarbeiter der Sowjetischen Bezirkskommandantur, die selbst diese Traktoren in den sowjetischen Kollektivwirtschaften und Staatsgütern gefahren hatten, nun den MAS als Instruktoren zur Verfügung. Nach ihrer Anleitung wurde das deutsche Bedienungspersonal mit der Arbeit auf den STS-1 TA vertraut gemacht. Schon heute erfüllen dank der Unterweisung durch diese sowjetischen Traktoristen die besten deutschen Traktorenfahrer ihre Normen mit 125 und mehr Prozent. Die

Presse Dienst
(FD)

21. April 1949
Nachrichten - 5 -

Bestellung im Gebiet des Uderbruchs, das durch seinen schweren, fruchtbaren Boden besonders hohe Ernten bringt, ist durch diese bereitwillige Hilfe von Angehörigen der Sowjetarmee in raschen Fortschreiten und wird nicht nur planmäßig, sondern auch in bester Qualität erfolgen.

"Lausitzer Rundschau" hat kritische Volkskorrespondenten

B a u t z e n, 21.4. (Hig.Ber.)

An der 2. Tagung der Volkskorrespondenten der "Lausitzer Rundschau", auf der Gen. S c h n e i d e r von der Presseabteilung des Zentralsekretariats der SED über "Die Aufgaben der Volkskorrespondenten im Kampf um Einheit und gerechten Frieden" sprach und die Preisträger des ersten Volkskorrespondenten-Wettbewerbes in Ostsachsen prämiert wurden, nahmen 275 Volkskorrespondenten teil. An den Ausführungen der 15 Diskussionsredner war zu erkennen, daß sich die Bewegung sowohl verbreitert wie vertieft hat.

An der vorgelegten Entschliebung kritisierten die Teilnehmer, daß sie zu wenig den Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens als eine wesentliche Aufgabe der Volkskorrespondenten herausstellte und die Bekämpfung der Antisowjethetze, die ein entscheidender Teil der ideologischen Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges ist, überhaupt nicht erwähnte.

An vielen Beispielen zeigten die Redner, wie die Volkskorrespondenten mit ihren Berichten ihren Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens leisten können. Sie müssen die Wahl der Delegierten zum 3. Volkskongreß mit allen Kräften unterstützen. Die Entlarvung reaktionärer Elemente, die die Agenten des kriegslüsternden Monopolkapitals in der Ostzone sind, unterstützt den Kampf um den Frieden. Reaktionäre Gesinnung kann sich auch in einem Arbeiterkittel verstecken, und eine politisch indifferente Masse wird immer eine Stütze der Reaktion und der Friedensfeinde sein. Sie zu politischem Denken und Handeln zu erziehen, ist ein weiterer Beitrag zu Stärkung der Friedensfront.

In der Diskussion ergriff auch ein Angehöriger der CDU das Wort und erklärte, daß die Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften innerhalb seiner Partei mit dem Sieg der fortschrittlichen Menschen enden werde und die CDU mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien für den Frieden kämpfen wolle.

Der neue Wettbewerb der Volkskorrespondenten der "Lausitzer Rundschau" - das zeigte bereits die Tagung - wird der Volkskorrespondentenbewegung neue Kräfte zuführen und sie in ihrem Niveau weiter heben.

Der Tagung ging eine Besprechung der Chefredaktion mit den Kreisredakteuren voraus, in der die Formen, in denen die einzelnen Redaktionen die Volkskorrespondenten-Bewegung weiterentwickelten, einer Kritik und Überprüfung unterzogen und die Aufgaben für die nächsten Monate gestellt wurden. Derartige Besprechungen sollten jeder Volkskorrespondenten-Tagung vorausgehen.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Nachrichten - 6 -

Helft der Jugend

Appell an alle Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler

B e r l i n, 21.4. (Eig. Ber.)

Auf dem 2. Jungaktivistenkongreß in Erfurt haben Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler als Gäste mit großem Interesse die Beratungen der Jugendlichen verfolgt. Die hervorragenden Leistungen der jungen Menschen bei der Erfüllung des Zweijahrplans fanden volle Anerkennung. Die Intelligenz betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, der vorwärtsdrängenden Jugend von den eigenen Erfahrungen mitzuteilen und ihr in dem Streben nach Wissen und Erkenntnis zu helfen. Die auf dem Jungaktivistenkongreß versammelten Vertreter der Intelligenz appellieren an alle Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, bei der Lösung folgender Aufgaben für die Jugend in den Betrieben mitzuwirken:

"Bei allen betrieblichen Planungsaufgaben Aufklärung zu geben und die Ausbildung in der praktischen Betriebsarbeit anzuleiten. Teilzunehmen an den Produktionsberatungen der Jugendaktiven und an der Organisierung von Wettbewerben.

Ratschläge zu erteilen zur besseren Arbeitsvorbereitung, bei technischen Verbesserungsvorschlägen und bei Maßnahmen zur Rohstoffeinsparung.

Mitzuwirken bei der Entwicklung von Betriebsberufs- und Fachschulen und bei der Anfertigung von technischem Lehr- und Anschauungsmaterial. Den Mangel an guten Lehrkräften durch eigene Lehrtätigkeit zu beheben.

Durchführung von Fachkursen und fachlichen Einzelvorträgen. Unterstützung der Prüfungsvorbereitungen der Lehrlinge, Fachschüler und Techniker und fachliche Beratung bei der Ausgestaltung der Wandzeitungen."

Die Vertreter der Intelligenz erwarten, daß die Jugend auf eine solche aktive und direkte Hilfe der technischen Intelligenz mit einer gesteigerten Aktivität antworten, mit noch größerer Begeisterung lernen und aus ihren Reihen qualifizierte Facharbeiter, Techniker und Ingenieure stellen wird, die zur Übererfüllung des Zweijahrplans und zum Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft gebraucht werden.

Pressedienst
(FD)

21. April 1949
Nachrichten - 7 -

Forstarbeiter auf neuen Wegen

Erste Zonen-Aktivistenkonzferenz in Staßfurt

S t a ß f u r t, (FDGB)

In der ersten Aprilwoche trafen in Staßfurt die Aktivisten der Forstwirtschaft zu einer Zonenkonferenz zusammen. Neben Waldarbeitern, Förstern und Forstmeistern nahmen an der Konferenz Vertreter der Forstakademie Eberswalde, der Deutschen Wirtschafts-Kommission, des Zentralsekretariats der SED, des FDGB-Bundesvorstandes und anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen teil.

Die 2. vorsitzende des Zentralvorstandes der IG LO, Kollegin Maria T a u b e n h e i m, eröffnete die Konferenz und begrüßte die Teilnehmer. Kollegin Taubenheim zeigte in ihren Ausführungen, daß die Forstwirtschaft ein bedeutender Faktor im Zweijahrplan ist und daß noch viele bisher unentwickelte Möglichkeiten auszuschöpfen sind.

Kollege Weber, Mitglied des Zentralvorstandes der IG LO, löste mit seinem Referat über "Aktivistenbewegung und Wettbewerbe in der Forstwirtschaft" eine lebhafte Diskussion aus, an der sich 31 Aktivisten beteiligten. Dabei spielt die Frage der Aufforstung sowie die neuen Methoden und technischen Verbesserungen, die die Aktivisten zur Hebung der Produktion in der Forstwirtschaft erproben, eine große Rolle.

Der Präsident der HV. Land- und Forstwirtschaft bei der DWK, Edwin H o e r n l e, begrüßte in einer Ansprache die Forstaktivisten und zeigte auf, daß sie auf dem richtigen Wege sind, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Großes Interesse fand das Referat des Leiters des Zentralforstamtes bei der DWK, Kollegen B u c h h o l z, über die "Reorganisation der Forstwirtschaft". In seinen Darlegungen bewies er, daß neue Menschen neue Methoden zum Wohle der Forstwirtschaft anwenden.

Der Leiter der Forstwirtschaftsplanung bei der DWK, Kollege B e e, wies auf die großen Aufgaben der Forstwirtschaft im Zweijahrplan hin. Seine Ausführungen fanden großes Interesse und wurden lebhaft diskutiert. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Friede für die großen Aufgaben, die in der Forstwirtschaft zu bewältigen sind und für die Weiterentwicklung der demokratischen Wirtschaft in der Zone, dringend notwendig ist und daß die Aktivisten Verfechter des Friedens sind.

Die Ergebnisse der Forstaktivistentagung wurden in Kommissionen über die Wettbewerbe, den Leistungslohn, sozialpolitische Maßnahmen, Aufforstung und Holzeinschlag beraten und Richtlinien ausgearbeitet, die von der Konferenz durch Beschlußfassung genehmigt wurden.

Die Aktivistenkonferenz wurde von einer Kulturveranstaltung im Staßfurter Stadttheater umrahmt.

Mit besonderer Freude wurde eine Einladung der Bergarbeiteraktivisten zur Besichtigung des Salzbergwerkes Staßfurt angenommen. Rief im

Pressdienst
(PD)

21. April 1949

Schoß der Erde wurde eine Feierstunde zusammen mit den Aktivisten des Bergwerkes abgehalten und hier zeigte sich die Verbundenheit der arbeitenden Menschen. Die Bergarbeiter überreichten den Aktivisten der Forstwirtschaft zum Andenken an diese Stunde eine Statue des Bergmannes. Hier kam deutlich zum Ausdruck "Stadt und Land - Hand in Hand!"

Die Teilnehmer der Forstaktivistentagung nahmen mit großer Begeisterung einstimmig einen Beschluß an, die Weltfriedenskonferenz in Paris begrüßt. Weiterhin wurde in einem Beschluß die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund begrüßt.

Die 2. Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Land- und Forstwirtschaft, Kollegin Maria Taubenheim, sprach die Schlußworte, die mit großem Beifall aufgenommen wurden und die so erfolgreiche Forstaktivistenkonferenz beendeten.

Letzte Meldung:
=====

Schumacher bestätigt Spionage

S t o c k h o l m (H.M.-r.)

In einem Interview, das die stockholmer Abendzeitung "Expressen" am 12. April veröffentlicht, erklärte Schumacher in Hannover: "Kun- mehr verhaften die Russen viele unserer Leute in der Ostzone. Aber wir wissen, was sich hinter dem 'Eisernen Vorhang' zuträgt, der vor unseren Ostprovinzen niedergegangen ist. Wir haben ein starkes Nachrichtenwesen. Das kostet leider das Leben vieler unserer Jungen und Mädels. Leider ist es aber notwendig."

Pressdienst
(PD)

21. April 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====7=====

Charakteristische Geständnisse

Der amerikanische Journalist John Gunther veröffentlichte am 15. März in der Zeitschrift "Look" einen Artikel, der die Politik Washingtons in der deutschen Frage noch mehr ins Licht setzt. Gunther sucht diese Frage in ihrer Gesamtheit zu umreißen, in seiner Beurteilung der sowjetischen Politik wiederholt er jedoch nur die schablonenhaften Vorspiegelungen der reaktionären Propaganda. Dafür entbehrt das, was er hinsichtlich des Wirtschaftens von General Clay zugibt, nicht des Interesses.

Gunther beschuldigt die amerikanische Politik in Deutschland, "zögernd, konfus und widersprüchsvoll" zu sein. Er zitiert einen Witz, den er in Frankfurt a.M. gehört hat:

"Wir wissen nicht, was wir mit Deutschland anfangen sollen, weil wir uns noch nicht entschieden haben, ob wir den vorigen Krieg oder den nächsten gewinnen möchten."

In seiner Erläuterung schreibt Gunther, der Witz sei folgendermaßen zu verstehen:

"Haben wir es mit unseren früheren Feinden oder mit unseren künftigen Verbündeten zu tun?"

Weiter spricht Gunther über die amerikanischen Militärs, die offen erklären:

"Deutschland kann gut ein nützlicher Verbündeter im Falle eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion sein."

Er berichtet von "kriegerischen Stimmungen unter den Amerikanern", die, wie er sagt,

"über eine sofortige Mobilisierung von zwei Millionen Deutschen als 'unserem' Menschenmaterial gegen die Sowjetunion gesprochen haben und über die Folgen meinten: zum Teufel mit ihnen!"

Gunther kommt auf die sogenannte Berliner Frage zu sprechen und faßt den Standpunkt der amerikanischen Imperialisten folgendermaßen zusammen:

"Wenn wir Berlin verlassen, dann werden wir faktisch Europa verlassen, und der ganze Marshallplan kann dann in den Abgrund fliegen. Denn gingen wir fort, so kämen die meisten Europäer zu dem Schluß, die Amerikaner hätten sie im Stich gelassen, und es bliebe ihnen nichts anderes übrig, als sich mit Moskau zu einigen."

"Sich mit Moskau zu einigen" ist das Fürchterlichste, was sich die amerikanischen Imperialisten, die den Kurs Washingtons in der deutschen Frage bestimmen, vorstellen können. Ihr Ziel ist es, mit beliebigen Mitteln, um jeden Preis eine friedliche Regelung der europäischen Probleme zu vereiteln. Zu diesem Zweck betreiben sie in Deutschland eine provokatorische Politik, zu diesem Zweck stellen sie den deutschen Militarismus wieder her.

Das ist der Schluß, der sich aus den herausgerutschten Geständnissen des amerikanischen Journalisten ergibt.

(Aus der Moskauer Zeitschrift "Neue Zeit" Nr. 14 vom 30.3.1949)

Pressdienst
(PD)

21. April 1949

DIE KRIEGSHETZER ZUR VERANTWORTUNG ZIEHEN !
=====

WIE SIE HETZEN ...

Carl Hubert Schwennicke, Chefredakteur und Herausgeber der britisch lizenzierten Zeitungen "Berliner Mittags-Echo" und "Berliner Montags-Echo" - heute Lizenzträger und Millionär, früher Abwehrbeauftragter der Geheimen Staatspolizei und Gestapo-Vertrauensmann in den Berliner Siemenswerken - schreibt am 29.7.48 im "Tagesspiegel": "Es sei nicht erregend, daß die westdeutschen Ministerpräsidenten aus Rücksichtnahme auf den Osten an ihrer hinhaltenden Taktik festhielten. Eine solche Rücksichtnahme sei jetzt nicht mehr am Platze. Westdeutschland müsse sich rasch konstituieren, um zum Bollwerk gegen die kommunistische Welt zu werden."

... WIE SIE LÜGEN

Hermann Dannenberg, alias Erik Meger, Chefredakteur und Herausgeber des amerikanischen lizenzierten "Tagesspiegel" - heute Lizenzträger und Millionär, früher Nazibiograph und Hitleraktivist, schreibt am 19.9.48 in seiner Zeitung: "Wenn die Westmächte in Berlin das Feld räumen wollten, in der Meinung, dadurch Verwicklungen zu entgehen, so würden sie dadurch erst recht in schwere Verwicklungen hineingezogen - einfach darum, weil der Aufstand der Berliner gegen das kommunistische Regime binnen weniger Stunden eine Weltaffäre würde."

Den Kriegshetzern, die deutsch schreiben, aber nur in Dollar und Atombomben denken, darf das Volk von Berlin nicht zum Opfer fallen. Sie gehören vor ein Gericht des Volkes.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949

K o m m e n t a r e
=====

Deutschland im Kampf um den Frieden

Berlin (PD)

Wie in allen Ländern, so hat die Eröffnung des Weltfriedenskongresses in Paris und Prag auch in ganz Deutschland den stärksten Widerhall gefunden. In der Ostzone und in Berlin kam es aus diesem Anlaß überall zu großen Kundgebungen der werktätigen Bevölkerung. Die zynischen Kriegsvorbereitungen der USA-Magnaten und die Kriegshetze ihrer deutschen Agenten rufen berechnete Entrüstung in allen Schichten der Bevölkerung hervor. Allen sind die Worte aus dem Herzen gesprochen, die der bekannte französische Atomforscher Prof. Joliot-Curie in seiner Eröffnungsansprache in Paris fand:

"Einen kommenden Krieg zu verhindern, die Kriege, die jetzt noch im Gange sind, zu beenden und einen dauerhaften und gerechten Frieden zu erkämpfen, das müssen unsere Ziele sein."

Die Einmütigkeit aller friedliebenden Völker wird und muß die dunklen Pläne der Kriegsbrandstifter zunichte machen. Auch die Deutschen lehnen es ab, das Kanonenfutter für die auf die Weltherrschaft spekulierenden Milliardäre der Wallstreet zu liefern. Wenn die Kriegsgewinnler der USA sich dem deutschen Volke gegenüber in heuchlerischen Reden als Wohltäter und Helfer in der Not aufspielen, so haben wir nicht vergessen, was z.B. Mrs. Clare Luce, die Frau des Direktors der Zeitschrift "Life", früheres Mitglied der Repräsentantenkammer, kürzlich ganz offen erklärte:

"Amerika hat zwei große Kriege durchgemacht, aber die Erinnerungen, die sie hinterlassen haben, sind viel weniger bitter als die Erinnerung an die Krise von 1930, jene verfluchte Zeit, als die Arbeitslosen in den Straßen Äpfel verkauften. Unser Volk will weder Krise noch Krieg, aber wenn es wählen muß, so wird es den Krieg wählen."

Es ist nicht das werktätige Volk Amerikas, das den Krieg wählt. Es sind die Vertreter des faulenden Kapitalismus, die so leichtfertig um ihrer Profite willen Millionen Menschen in Kriegsnot und Tod zu schicken bereit sind. Darum haben sie den Atlantikpakt geschlossen. Darum haben sie Deutschland gespalten. Darum erklärt jetzt das USA-Kongreßmitglied Cannon, im Kriegsfall müssen die Truppen der westeuropäischen Länder als Kanonenfutter verwendet werden.

Der 1. Mai 1949 wird auch in Deutschland gewaltige Massenkundgebungen gegen die Kriegstreiber bringen. Am 1. Mai geht es darum, gegen die Aufteilung und Zerstückelung unseres Vaterlandes zu demonstrieren. Es geht um die Einheit unseres Landes und darum, daß Deutschland einen gerechten Friedensvertrag bekommt. Der 1. Mai wird gleichzeitig eine machtvolle Vorbereitung zur Wahl der Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß sein. Diese Wahl wird am 15. und 16. Mai stattfinden und ein Massenbekenntnis für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden, gegen Besatzungsstatut und Kriegsvorbereitungen sein. Das deutsche Volk will in Frieden leben und friedlich seiner Arbeit zur Verbesserung seiner Lebenslage nachgehen. Die Arbeit an der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes in der Ostzone, die jetzt schon ihre sichtbaren Erfolge trägt, ist ein Stück echter

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Kommentare - 2 -

Friedensarbeit. Sie ist ein Vorbild für ganz Deutschland. Unser Schicksal liegt in unserer Hand. Wenn das deutsche Volk mutig und entschlossen für seine Einheit und Unabhängigkeit kämpft, müssen die Pläne der Spalter und Kriegstreiber scheitern.

W.E.

Die Rolle eines Agenten

(PD)

Zu den Gewerkschaftsvertretern, die in Paris auf der Exekutivratssitzung des WGB die Geschäfte der Reaktion besorgten, gehört auch der holländische Gewerkschaftsvertreter Kuypers, der gemeinsam mit dem englischen Gewerkschaftsvertreter Deakin und dem Vertreter der CIO Carey den WGB zu spalten versuchte. Sie waren zu diesem Schritt nicht von ihren Mitgliedern beauftragt. Im Gegenteil, alle drei handelten bewußt gegen die Interessen ihrer Organisation. In den USA und England kam es zu leidenschaftlichen Protesten breiter Gewerkschaftskreise. Die holländischen Gewerkschaften haben den provokatorischen Schritt Kuypers aufs schärfste verurteilt und aller Welt kundgetan, daß sie im WGB die einzige Gewerkschaftsinternationale erblicken, die die Interessen der Werktätigen vertritt und daher auch ihm weiter angeschlossen bleiben.

Als Kuypers seine schändliche Rolle in Paris im Auftrage der Reaktion spielte, setzte er nur fort, was er schon früher bei anderer Gelegenheit versucht hatte, nämlich Unentschlossenheit und Uneinigkeit in den Reihen der Werktätigen zu säen und eine Aktionseinheit zu verhindern. Damals schrieb man den 10. März 1938, und der Ort der Handlung war Wien. Es war am Vorabend der Besetzung Österreichs durch Hitler. Die Entscheidung war noch nicht gefallen. Schuschnigg hatte noch nicht kapituliert, und die Arbeiterschaft war bereit zu kämpfen. In Wien hatten sich führende Funktionäre der KPÖ, der revolutionären Sozialisten, der illegalen Freien Gewerkschaften und einige ehemalige SP-Führer zur gemeinsamen Beratung zusammengefunden, um zur drohenden Gefahr der Besetzung Österreichs durch die Hitler-Armeen Stellung zu nehmen. Der Beratung waren Tage zuvor Zusammenkünfte der Vertreter der Betriebsarbeiterschaft vorausgegangen, in denen die Bewaffnung der Arbeiterschaft gefordert wurde. Gestützt auf die Kampfbereitschaft der Werktätigen verlangten die Kommunisten die Bewaffnung der verlässlichen Teile der Arbeiterschaft, um vor allem im Inneren des Landes die Nazis niederzuhalten, während das Bundesheer, ergänzt durch verlässliche Arbeiterbataillone, den Schutz der Landesgrenzen übernehmen sollten!

An dieser Beratung nahm auch als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes der holländische Gewerkschaftsführer Kuypers teil. In dieser Situation, in der es nur eine Gefahr gab, den drohenden Überfall durch die Hitlerarmeen, hielt Kuypers eine antikomunistische Hetzrede. Damals "warnte" er die Arbeiterschaft vor den Kampfmethoden der Kommunisten und leistete somit dem Faschismus Vorschubdienste. Er bediente sich der Argumentation, daß eine Demonstration und jede Kampfmaßnahme das Volk erst recht in die Arme Hitlers treiben würde. Wie nicht anders zu erwarten, führte die Stellungnahme Kuypers dazu, daß ein Teil der anwesenden sozialdemokratischen Funktionäre es ablehnte, dem Beschluß auf Durchführung von Kampfmaßnahmen zuzustimmen. Damit hatte Kuypers sein Ziel erreicht und eine einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft verhindert. Der Nutznießer seiner Haltung war nicht die Arbeiterschaft, sondern der Faschismus, die Reaktion.

L.M.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Kommentare - 3 -

Zum Unfall bereit

(PD)

"Berge kreißen, und ein Mäuslein wurde geboren". Der Sinn dieses alten deutschen Sprichworts kennzeichnet am besten die Beschlüsse, die am Mittwoch vom Parteivorstand, Parteiausschuß, der Kontrollkommission und der Fraktion des Parlamentarischen Rates der SPD zur Bonner Situation gefaßt wurden. Mit gewaltigem Aufwand an nationalen Redensarten hat die SPD-Führung angekündigt, daß sich in Hannover am 20. April etwas Großes ereignen werde: Die Sozialdemokratische Partei werde den westlichen Alliierten und der Welt sagen, wie man deutsche Politik zu machen habe und wie sie aussehen müsse.

Das "Nein!" Dr. Kurt Schumachers zum Memorandum der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs und zu den "Empfehlungen" der drei Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig klang beinahe so echt, wie sein früheres Nein zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse und seine kürzliche Absage auf die Einladung des Deutschen Volksrates zu einer gemeinsamen Beratung mit den Westpolitikern in Braunschweig. Eben deshalb mußte das Blatt für amerikanische Ausbeutungsinteressen in Deutschland, der "Tagesspiegel", Dr. Schumacher noch am 20. April mahnen, doch konsequent zu bleiben. Er ist es geblieben. Er konnte auch nicht anders. Die Berge, die man vor den Mitgliedern der SPD und vor ihren Wählern kreißen ließ, um ihnen etwas vorzutäuschen, was den Eindruck erwecken sollte, die SPD-Führung sei nicht an die Marschroute der imperialistischen USA-Politik gebunden, gebaren ein verängstigt hin- und herhuschendes Mäuslein, das in der Falle sitzt.

Wir erinnern daran: die SPD rief im deutschen Westen und in Berlin zuerst und am lautesten nach einer separaten Währung. Die SPD forderte in heftigster Weise ein Besatzungsstatut. Die SPD verlangte am stärksten nach dem westdeutschen Separatstaat. Sie schluckte nach einigem unwesentlichen Oppositionsgerede das Ruhrstatut. Sie schrie nach der Luftbrücke und nach Berlin als 12. Land im westdeutschen föderalistischen Bundesstaat. Sie wiederholt diese Forderung sogar in den neuen hannoverschen Beschlüssen. Sie ist, mit Dr. Schumacher an der Spitze, der eigentliche Befürworter der Spaltung Deutschlands auf allen Gebieten, der "Abschreibung" der Ostzone. Sie, die den Marshallplan mit heller Begeisterung begrüßte, ist gleichzeitig der Träger der Antisowjet- und der Kriegshetze in Deutschland. Kurzum: sie erwies sich in jeder Beziehung als der getreueste Vertreter und Vollstrecker der amerikanischen Ausbeutungs- und Unterdrückungspläne im deutschen Westen. Das alles muß sie vor dem deutschen Volk vertreten, vor ihren Mitgliedern und Wählern verfechten.

Die Sorge um diese furchtbare Verantwortung ist der tiefere Grund für die politischen Schein- und Rückzugsmänuver vor und in den Beschlüssen von Hannover. Während die SPD-Presse noch am Dienstag und Mittwoch unisono verkündete: "Die Sozialdemokratie bleibt fest!", "Es gibt kein Zurückweichen!" - lauten die Überschriften zu den hannoverschen Entscheidungen und den Begleitartikeln am Donnerstag "Verhandlungsbereit" ("Sozialdemokrat"), "Zusammenarbeit - nicht Unterwerfung" ("Telegraf"), und Prof. Dr. Carlo Schmid sagte am Schlusse der Beratungen von Hannover, daß "in der strittigsten Frage der Finanzen die Möglichkeiten ausgenützt wurden, die die alliierten Empfehlungen vom 2. März bieten". - "Im Grunde

Fressdienst
(PD)

21. April 1949
Kommentare - 4 -

genommen ist die endgültige (!) Entscheidung durch den Beschluß in Hannover vertagt worden", verrät der "Telegraf", und der "Sozialdemokrat" ergänzt: "Sie (die SPD nämlich) ist bereit, für das Grundgesetz zu stimmen ..." Sie verlange nur einige "unveräußerliche Voraussetzungen" - mit denen sie Mitglieder und Wähler täuschen kann -, sonst aber habe sie doch "bei den früheren Beratungen bereits große Zugeständnisse gemacht, um einen einstimmigen Beschluß in Bonn zu ermöglichen".

Also: die SPD-Führung ist durchaus zum Unfall bereit. Sie sagt nicht Nein zur westdeutschen Verfassung und zum Besatzungsstatut. Hannover brachte keine Überraschungen. Man beschloß sechs Punkte, die keine "unverbrüchlichen Forderungen" darstellen, sondern Verhandlungsbereitschaft bekunden. Und zuletzt wird man tun, was verlangt wird und - zustimmen. - Der 20. April wird der SPD die längst verwelkten Lorbeeren einer verklangenen, glorreichen Zeit nicht auffrischen. Sie hat ihr Erbe schmachvoll vertan, ihre Kraft und ihre Entschlußfreiheit durch Dr. Schumacher und seinen Anhang ebenso verkauft, wie die Arbeitereinheit und die Einheit Deutschlands. Am 20. April hat sie das alles nur bestätigt, mehr nicht. Nomen est omen! Der 20. April - war das nicht der Geburtstag Hitlers, der auch Deutschland zerschlug?

H.A.P.

Freiheit der Persönlichkeit - nicht für Antifaschisten

Berlin (PD)

Am 1. April wurde der Student der Berliner Humboldt-Universität Oskar Hauser, der sich zur Kur in einem Sanatorium der französischen Zone aufgehalten hatte, auf seiner Rückreise von der französischen Militärregierung in seiner Geburtsstadt Freiburg verhaftet. Bis zum heutigen Tage ist ein stichhaltiger Grund für seine Verhaftung durch die Militärregierung nicht angegeben worden. Der einzige direkt von den französischen Militärbehörden angegebene Grund ist, daß gegen Oskar Hauser seit September 1948 ein Aufenthaltsverbot für die französische Zone erlassen worden sei, von dem er jedoch, wie die politische Militärmission selbst zugab, ohne Kenntnis war. Da Oskar Hauser sich mit einem offiziellen Interzonenpaß, d.h. also mit der Genehmigung der französischen Militärregierung zur Erholung in der französischen Zone aufhielt, ist die Haltlosigkeit dieser "Begründung" klar zu Tage liegend. Ein zweiter Grund, der durch einen Offizier angegeben wurde, behauptet, Hauser habe seine Aufenthaltsdauer überschritten. In Wirklichkeit besaß er jedoch eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung der französischen Behörden bis zum 4. April. Einem Vertreter der süddeutschen Ärztehilfe, auf deren Einladung Hauser in einem Sanatorium zur Wiederherstellung seiner durch Verfolgung und Emigration aufs äußerste angegriffenen Gesundheit weilte, wurde erklärt, Hauser hätte diese Verlängerung nur mündlich beantragt und hätte sich außerdem gegen die Zollbestimmungen der französischen Zone vergangen. Eine nähere Erklärung dazu erfolgte nicht.

Am wichtigsten erscheint jedoch, daß man Oskar Hauser, der Vertreter der SED im Demokratischen Block an der Universität Berlin ist, bei seinem ersten Verhör die Behauptung entgegenhielt, er sei nicht aus gesundheitlichen, sondern aus politischen Gründen in die französische Zone und in seine Heimatstadt gekommen. Als "Beweis"

PresseDienst
(PD)

21. April 1949
Kommentare - 5 -

fungierten dabei einige Schweizer Zeitungen und Zeitschriften, die ihm von Schweizer Freunden übersandt worden waren. Diese Zeitungen hat Hauser sich erlaubt, mit einigen Randbemerkungen zu versehen. Es ist das erste Mal, daß der Besitz legaler Schweizer Zeitungen und das Anbringen von Randbemerkungen von einer Militärregierung als verboten bezeichnet wird! Noch interessanter und gewichtiger ist jedoch, daß ein Offizier im Militärgefängnis Offenburg, ebenfalls "inoffiziell" äußerte, die Verhaftung Hausers wäre als Repressalie gegen die angeblichen Schwierigkeiten, die Reisenden aus der französischen Zone in der Ostzone bereitet würden, zu werten!

Die Verhaftung des Studenten Oskar Hauser ist nichts weiter als eine unerhörte Willkür der französischen Militärbehörde gegen einen deutschen Antifaschisten. Oskar Hauser gehörte der französischen Widerstandsbewegung an und kämpfte in ihren Reihen gegen den deutschen Faschismus. Er ist anerkanntes Opfer des Faschismus, außerdem als 50prozentiger Invalide schwer behindert. Auf diesen Zustand wurde bei seiner Unterbringung im Offenburger Militärgefängnis in keiner Weise Rücksicht genommen.

Es ergibt sich also die beschämende Tatsache, daß ein deutscher Antifaschist, der von den Nazis ausgebürgert, in der französischen Widerstandsbewegung kämpfte, längere Zeit in einem französischen Internierungslager hinter Stacheldraht gehalten wurde, heute wieder in einem französischen Militärgefängnis sitzen muß. Während des Faschismus wurde er von den Nazis ausgebürgert - heute wollen die französischen Behörden ihm u.a. den Aufenthalt in seiner Vaterstadt verbieten. Und damals wie heute aus den gleichen Gründen: Weil Oskar Hauser ein aufrechter Antifaschist, und daher heute ein unermüdlicher Kämpfer für die Einheit seiner deutschen Heimat ist. In den Westzonen ist angeblich ein Paradies der Freiheit der Persönlichkeit. Wie Hunderte von Beispielen lehren, ist es dies auch für Faschisten jedes Kalibers. Für Antifaschisten jedoch gilt, wie das Beispiel Max Reimanns und heute Oskar Hausers wieder zeigt, diese Freiheit der Persönlichkeit nicht.

Nachdem erst vor wenigen Wochen ein unbeugsamer Kämpfer für die Einheit Deutschlands, Max Reimann, auf Grund des starken Protestes aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland, aus dem Gefängnis entlassen werden mußte, wohin ihn die Willkür britischer Militärbehörden geschickt hatte, muß sich heute wieder ein Proteststurm für die Freilassung des Studenten Oskar Hauser erheben.

Die VVN hat bereits an alle der FIAPP angeschlossenen Verbände den Aufruf für die Einleitung einer Solidaritätskampagne für die Freilassung Oskar Hausers gerichtet. Der gemeinsamen Aktion aller fortschrittlichen Deutschen muß es gelingen, auch dem willkürlich verhafteten Studenten Hauser die Freiheit wieder zu erkämpfen.

A.St.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949

Artikeldienst
=====

Der Weltfriedenskongreß
von Boris Leontjew

(MR)

In Paris und in Prag begann gleichzeitig der Weltfriedenskongreß seine Tagung. Die hartnäckigen Versuche der reaktionären Kräfte, den Kongreß zu vereiteln und die freie Willensäußerung der Völker zu verhindern, sind schmachvoll gescheitert. Sei es in Paris oder in Prag, im Pleyel-Saal oder im Gebäude der tschechoslowakischen Nationalversammlung, überall verkündeten die Vertreter von mehr als einer halben Milliarde Menschen aus allen Gegenden der Erde die edlen Worte der Verbrüderung und Völkerfreundschaft, Worte, die von der ganzen Welt, von der ganzen Menschheit gehört werden. Die Abhaltung der Tagung gibt anschaulich davon Zeugnis, was die Volksmassen aller Länder ihren Vertretern auftragen.

Ja, die Völker, die einfachen Menschen, die Mütter und Väter, die jungen Männer und Mädchen wissen, daß das Wettrüsten nur zu allgemeinem Elend und Krieg führen kann. Millionen einfacher Menschen lehnen diese verbrecherische Politik ab. Sie wollen die UN aufrechterhalten, der die herrschenden Kreise der USA und Englands ihr neues Geschöpf, die nordatlantische Militärunion, entgegenstellen wollen.

Die Werktätigen aller Länder sind über die Kriegspropaganda empört, die in der kannibalischen Rede des amerikanischen Senators Cannon zum Ausdruck kam, der forderte, in ganz Europa ein Gemetzel zu veranstalten. Die Volksmassen erklären demgegenüber, daß sie niemals auf ihre staatliche Unabhängigkeit, nationale Kultur und Souveränität verzichten werden. Der hinterlistige Aufruf der anglo-amerikanischen Weltherrschaftsanwärter, ein Weltreich zu schaffen, wo alle Kosmopoliten, angeblich also Weltbürger, in Wirklichkeit aber Sklaven der Wallstreet sein werden, dieser Aufruf könne niemand hinters Licht führen.

Die Bewegung für den Frieden, für Freundschaft und Zusammenarbeit unter den Völkern, die Bewegung gegen die Kriegshetzer ist die machtvollste und überwältigendste Demonstration. Sie ist es auch, die solche Wut und solche Angst hervorruft. Diese Bewegung vereint in ihren Reihen Menschen der verschiedensten Überzeugungen. Die reaktionären Kreise in den USA und England schreien Zeter und Mordio, daß der Kongreß in Paris und Prag den Nordatlantikpakt bedrohe. Damit verraten sie die aggressiven Ziele dieses Paktes. Das offizielle Informationsbüro streut in einer Übersicht böswillige Verleumdungen aus gegen die Sowjetunion.

Gerade die SU bietet heute das überzeugende Schauspiel der friedlichen Aufbauarbeit eines Millionenvolkes. Ein weiterer Beweis des Lebenswillens der Sowjetmenschen ist der soeben in der Sowjetpresse veröffentlichte Dreijahrplan für die Entwicklung der Vierzucht in der Sowjetunion. Die Verwirklichung des Plans wird ein neuer Riesenschritt zur Schaffung eines Überschusses von Nahrungsmitteln in der Sowjetunion bedeuten, der für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nötig ist. Darauf werden die Bemühungen und Mittel des Sowjetvolkes gerichtet sein.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Artikeldienst - 2 -

Dieser Tage trat in Moskau der 10. Kongreß der Sowjetgewerkschaften zusammen, der seine ganze Aufmerksamkeit auf die Teilnahme der Gewerkschaften am Aufbau des Kommunismus, auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, auf die Erhöhung ihres Reallohnes und ihrer materiellen und kulturellen Lage richten wird. Die sowjetischen Arbeiter denken ebenso wie die Bauern und das ganze Sowjetvolk an Frieden und an friedliche Aufbauarbeit. Sie wollen keinen Krieg. Das Sowjetvolk spricht sich einmütig für die Sache des Friedens aus und steht in der ersten Reihe der aktiven Friedenskämpfer. Der Kampf um den Frieden wird von den Besten und Edelsten aller Nationen mit der stärksten Energie geführt. Es sind Menschen mit verschiedenen Überzeugungen und religiösen Anschauungen, aber sie hassen alle in gleicher Weise den Krieg und anschauen in gleichem Maße den Frieden, und darum finden sie eine einheitliche Grundlage für den Kampf. Dieser edle Kampf um den Frieden wird ohne Zweifel von Erfolg gekrönt sein.

Der Arbeitsaufwand in der sowjetischen Landwirtschaft

Die sozialistische Oktoberrevolution hat eine gewaltige Umwälzung in der Landwirtschaft hervorgerufen. Die sozialistische Landwirtschaft der Sowjetunion ist noch jung. Man kann die Jahre 1928 bis 1932 als den Übergang zur kollektiven Bodenbearbeitung in der Sowjetunion betrachten. Umso höher sind die Erfolge der sozialistischen Landwirtschaft in den wenigen Jahren des friedlichen Aufbaues einzuschätzen.

Auf Grund der Mechanisierung der Arbeit, der Anwendung der letzten wissenschaftlichen Errungenschaften, der sozialistischen Planung konnten die Arbeitsproduktivität und der Ernteertrag Jahr für Jahr gehoben werden. Die Vergenossenschaftlichung der landwirtschaftlichen Arbeit ermöglichte die breiteste Anwendung von Traktoren, Traktoreninventar und Mähdrechern, der agrobiologischen Lehren von Williams und Lyssenko, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die Erweiterung der Saatflächen, die Steigerung der Ernteerträge. So wurde der Ernteertrag von 7,5 dzt. pro Hektar in den Jahren 1928 bis 1932 auf 9,1 dzt. pro ha in den Jahren 1933 bis 1937, d.h. um 21 % gesteigert. (Diese Zahlen sind umso bedeutsamer, wenn man berücksichtigt, daß der Hektarernteertrag in den Jahren 1800 bis 1900 in Rußland von 4,3 nur auf 5,8 dzt., d.h. in 100 Jahren um ganze 21 % gehoben wurde) Im Jahre 1948 konnten schon Hunderte Kollektivwirtschaften Ernten von 20 und mehr dzt. pro ha verzeichnen. Eine neue Weizensorte, die der Akademiker Lyssenko gezüchtet hat, wird in den nächsten Jahren Ernten von 100 dzt. pro ha ermöglichen.

Die Erträge der Bauernarbeit haben sich wie folgt gesteigert:

Jahre	Getreideertrag pro Arbeitstag des Bauern	
	kg	%
1922 - 1925		
Einzelbauernwirtschaften	31,1	100
1933 kollektive Bauernwirtschaften	57,8	186
1937 " " "	98,0	315

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Artikeldienst - 3 -

Das Wachsen der Produktivität auf den staatlichen Sowjetgütern ist noch rapider. Das ergibt sich aus der Struktur der Güter, die über größere Bodenflächen, modernste technische Ausrüstung und Arbeitsorganisation verfügen. Auf diesen staatlichen Gütern konnte folgender Aufschwung verzeichnet werden:

Jahre	Getreideertrag pro Arbeiter der Staatsgüter		Arbeitsaufwand pro ha	
	in dzt	in Prozenten	in Arbeitstagen	in Prozenten
1932	82,2	100	10,1	100,0
1934	84,1	102	5,4	53,0
1936	200,0	243	2,6	25,7
1937	344,4	418	1,7	16,8

Die Arbeitsproduktivität auf den sowjetischen Staatsgütern konnte in den Jahren 1932/37 jährlich um 23 % gehoben werden. Die Bauern der Kollektivwirtschaften haben im selben Zeitabschnitt ihre Arbeitsproduktivität jährlich um 13 % gesteigert.

Die Ergebnisse der sowjetischen Landwirtschaft wären natürlich ohne die Erfolge der sozialistischen Industrie nicht denkbar gewesen. Eine Berechnung ergibt, daß in jeder Tonne Getreide der Sowjetunion neben der landwirtschaftlichen auch 50 % vergegenständlichte industrielle Arbeit enthalten ist. Das sowjetische Getreide ist ein Produkt des Zusammenwirkens von Industrie und Landwirtschaft im Rahmen der einheitlich geplanten sozialistischen Wirtschaft.

Besonders stark und klar erkennbar ist der Anteil der industriellen Arbeit an der Produktion der Staatsgüter. Eine ungefähre Berechnung von Arbeitsaufwand und Ertrag der Staatsgüter ergab für das Jahr 1937 folgendes Bild:

Arbeitsaufwand pro ha

Feldarbeiten	1,7 Arbeitstage
Gespannarbeiten	1,5 " "
sonstige Arbeiten	8,2 " "

Getreideertrag pro ha

brutto	976,0	976,0 kg
davon Samen und Viehfutter	121,6	"
Reinertrag	854,4	"

Kosten einer Tonne Getreide = 13 Arbeitstage

PresseDienst
(PD)

21. April 1949
Artikeldienst - 4 -

Um den gewaltigen Sprung, den die Produktivität der Landwirtschaft in den wenigen Jahren der sozialistischen Entwicklung vollzogen hat, zu veranschaulichen, geben wir eine vergleichende Tabelle des Arbeitsaufwandes in der Getreideproduktion Rußlands vom feudalen zum sozialistischen System:

Soziale Formation	Jahr	Arbeitsaufwand pro ha in Arbeitstagen				Getreideertrag pro ha in kg			
		Feld- arbeit	Gespänn- arbeit	sonst. arbeit	zus.	brutto	davon Futter u. Samen	Rein- ertrag	Auf- wand f. eine Tonne Getreide in arb. Tg.
Feudalis- mus	1642	27,6	5,5	3,7	36,8	435,2	188,8	246,4	146
Kapita- lismus	1913	26,7	5,7	6,4	38,8	721,6	190,4	531,2	71
Sozia- lismus	1937	1,7	1,5	8,2	11,4	976,0	121,6	854,4	13

Das stetige Ansteigen der Arbeitsproduktivität der sozialistischen Landwirtschaft wird den Überfluß an Lebensmitteln sichern, der für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus erforderlich ist.

(Die statistischen Angaben sind dem Aufsatz "Zur Geschichte der landwirtschaftlichen Arbeit in Rußland" in der Zeitschrift "Fragen der Ökonomie" Nr. 2 1949, Verlag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR entnommen)

E-n.

Pressedienst
(FD)

21. April 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Wiederaufleben der deutschen Aggression

Die "Prawda" vom 19. April schreibt:

Die neuen Abkommen der USA, Englands und Frankreichs und die von ihnen vorgesehenen Massnahmen bezüglich Westdeutschland sind die Fortsetzung der Spaltungspolitik, die die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz mit Füßen treten und schon längst von dem englisch-amerikanischen Block in der deutschen Frage befolgt wird. Von den widerrechtlichen und willkürlichen Handlungen bei der separaten Lösung des deutschen Problems braucht man gar nicht zu reden, aber in den soeben abgeschlossenen Abkommen ist eine Besonderheit bemerkenswert. Diese Besonderheit liegt in folgendem: Die Abkommen sind ein direktes unmittelbares Resultat des Nordatlantischen Vertrages, sie sind ein Versuch der Wiedererweckung des Aggressionsherdes Westdeutschland und der Aufrechterhaltung des vollen absoluten amerikanischen Diktats im marshallisierten Europa.

Sichtbare und unsichtbare Bande fesseln die Teilnehmer des Nordatlantischen Vertrages an die herrschenden Kreise der USA. Infolge der stark erhöhten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit von den USA, hatten England und Frankreich all ihre Positionen aufgegeben. Ein anschauliches Zeugnis dafür bietet der Inhalt der neuen Abkommen bezüglich der deutschen Frage. Wie aus diesen Abkommen hervorgeht, büssen England und Frankreich ihre Rechte und Möglichkeiten ein, auch nur die geringste Kontrolle über die Wirtschaft Westdeutschlands auszuüben. Angesichts des Bestehens einer solchen Grundlage, wie es der Marshall-Plan ist, sind Phrasen von einer mehr oder minder praktisch wirksamen Beteiligung Englands und Frankreichs an der Ruhrkontrolle etwas lächerlich. In Wirklichkeit bringen die Abmachungen die Wirtschaft Westdeutschlands unter amerikanische Kontrolle. Folglich werden sie die Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Kapitals stärken.

Was aber den Wiederaufbau der Volkswirtschaft Frankreichs und Englands betrifft, so ist das doch wirklich nicht die Aufgabe des Marshall-Planes. Der Marshallplan zielt darauf ab, den wirtschaftlichen und daher auch den politischen Einfluss der amerikanischen Monopole in Europa möglichst zu verstärken. Die Betriebe des Ruhrgebietes und die Aufrechterhaltung der dort gelegenen deutschen Betriebe unter amerikanischer Kontrolle bedeutet eine Festigung der amerikanischen Wirtschaftspolition. Ausserdem bedeutet die Aufrechterhaltung dieser Betriebe die Wahrung des Kriegspotentials des Ruhrgebiets. Dies ist aber für die Neuausrüstung des westdeutschen Marionettenstaates nötig, der mit Zustimmung Englands und Frankreichs nicht nur Teilnehmer des marshallisierten Systems, der sogenannten europäischen wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, sondern auch der Westunion und des Nordatlantischen Vertrages werden soll.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Wenn man den Kopf verliert, braucht es einem um die Haare nicht mehr leid zu tun. Das kann man den westeuropäischen Mitläufern der Wallstreet sagen, die, wie es jetzt einige französische Zeitungen schüchtern tun, den Versuch machen, die Gefahr eines Wiederauflebens der deutschen Aggression zu signalisieren. Das ist die unausbleibliche Logik der Beteiligung an den Abenteuerplänen des amerikanischen Imperialismus. Dies bedeutet aber, dass die inneren Gegensätze sich nicht nur nicht vermindern, sondern im Gegenteil vertieft und verschärft werden.

Was bringen aber die neuen Washingtoner Abkommen, im besonderen das vereinfachte Besatzungsstatut, dem deutschen Volke und in erster Linie der Bevölkerung Westdeutschlands? Die amerikanische Presse stellt voller Beunruhigung den triumphierenden Ton der deutschen Revanchefreunde fest. Die Londoner "Times", das zuverlässige Barometer der Stimmung der City, spricht von politischen Sturmzeichen anderer Art, von einem merklichen Anwachsen der Enttäuschung und des Skeptizismus gegenüber der Politik und den Plänen der Westmächte selbst unter den Deutschen in Westdeutschland, die den aufrichtigen Wunsch hegen, Deutschland als Mitglied der Westunion zu sehen.

Das sogenannte vereinfachte Besatzungsstatut soll die Spaltung und Zersplitterung Deutschlands verankern, den Aufenthalt der Besatzungsarmeen in Westdeutschlands auf unbestimmte Zeit verlängern und auf ebenso unbegrenzte Frist den Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland hinausziehen. Das Besatzungsstatut verspricht nicht Frieden, sondern die Fortsetzung der Politik der Kolonisierung und gleichzeitige Neuausrüstung Westdeutschlands im Einklang mit den imperialistischen Zielen der Wallstreet.

Die Gründung der Hohen Kommission als einheitliches Kontrollorgan bedeutet faktisch nichts anderes als die Umwandlung Bizoniens in Trizonien unter amerikanischer Kontrolle. Das angeblich auf Betreiben der Franzosen ausbedungene Vetorecht für jeden einzelnen Hochkommissar, falls er mit dem Beschluss der Mehrheit nicht einverstanden sein sollte, bedeutet keinesfalls die Festsetzung der Regel der Einstimmigkeit, denn dieses Recht sieht nur die Übermittlung der Angelegenheit an die Regierungen der Besatzungsmächte zur Erledigung vor. Wie aber die Fragen in Drei-Mächte-Besprechungen der Regierungsvertreter der USA, Englands und Frankreichs entschieden werden, haben die kürzlichen Washingtoner Verhandlungen überzeugend an den Tag gelegt, haben sie doch damit geendet, dass Bevin und Schuman die Waffen streckten.

Die Washingtoner separaten Abkommen bezüglich der deutschen Fragen sind die ersten Früchte des Nordatlantischen Vertrages. Dieses Abkommen soll Westdeutschland in den von den USA kontrollierten strategischen Aufmarschraum der künftigen Aggression verwandeln. Auch die Neuausrüstung Westdeutschlands zielt offenbar auf den Drei-Mächte-Beschluss über die Festsetzung des Produktionsniveaus von Stahl in den Westzonen mit 11,1 Millionen Tonnen jährlich ab sowie über Westdeutschland gewährte Recht, Schiffe mit einer Wasserverdrängung bis zu 7 200 Tonnen zu bauen. Die ausländische Presse beilegte sich, diese Schiffe als künftige Taschenkreuzer zu taufen.

PresseDienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Die französische Zeitung "Monde" bemerkt, der Nordatlantikpakt sieht die Aufrüstung Deutschlands vor. Und das ist ebenso wahr wie die Tatsache, dass jedes Ei einen Keim enthält. Das Wesen der neuen Abkommen besteht darin, dass sie auf das Wiederaufleben der deutschen Aggression abzielen. Sie sollen die Pläne verwirklichen, um derentwillen die aggressive nordatlantische Militärunion gegründet wurde. Die neuen Versuche einer Separatlösung des deutschen Problems entsprechen den Zielen des Nordatlantischen Vertrages, sind eine neue Bestätigung der aggressiven Politik des englisch-amerikanischen Blocks, der sich in nie zu verwirklichenden Hoffnungen auf die Aufrichtung seiner Weltherrschaft wiegt.

Das Budget des reichen Mannes

(PD)

Harry Pollitt schreibt im "Daily Worker" vom 9. April zum Budget der englischen Regierung u.a.:

"Für alle, die sich durch die Propaganda der Labour-Regierung haben täuschen lassen, dass wir in der 'Ära des britischen Sozialismus' leben, muss das Budget mit seiner Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der indirekten Besteuerung ein grausamer Schlag gewesen sein,

Wenn die Tories und ihre Presse einen Arbeiterführer loben, weil er einen 'mutigen' Kurs einschlägt, so bedeutet dies gewöhnlich, dass er irgendeinen Hauptgrundsatz oder eine Forderung der Bewegung der Arbeiterklasse verraten hat.

1931 hörten wir von dem 'Mut' MacDonald's, Snowden's und Thomas'. 1948 hörten wir von dem 'Mut' der Herren Bevin und Cripps, die gleiche Art 'Mut', die der Mann hatte, der den Kindern die Sparsbüchse raubte und seine Schwiegermutter wegen der Lebensversicherung ermordete.

Die Leute aber, deren Mut durch diese Budget wirklich auf eine harte Probe gestellt wird, sind die Mütter junger Familien, die bemüht sind, bei den kleinen Löhnen von 5 Pfund eines Bergmannes und 4 Pfund 15 Schilling eines Eisenbahners für ihre Kinder das Beste zu tun.

Vermutlich geschah es, um diese arbeitenden Frauen aufzuheitern, dass die Abendzeitungen am Tage der Veröffentlichung des Budgets voll von Bildern des Prinzen Charles waren, wie um zu sagen: 'hier ist wenigstens ein Baby, dem es nicht knapp ergehen wird.'

Cripps, der niemals erfahren hat, was es heisst, hungrig oder arbeitslos zu sein, reibt sich die Hände, schluckt seine Limonade und erklärt mit einem Augenaufschlag gen Himmel, dass, wenn auch die Arbeiter mehr für ihre nackten Bedürfnisse zahlen müssen, 'es doch nur bedeutet, dass der Lebenshaltungsindex um 2 Punkte in die Höhe gehen wird'.

Es sind nicht verbesserte soziale Leistungen, die diese niederdrückenden Lasten zum Entstehen bringen, sondern die erhöhten 'Verteidigungs'-Ausgaben.

'Der Reiche kann nicht mehr zahlen', sagt Cripps. Wir wollen einmal sehen, was die Reichen noch alles bekommen, wenn sie ihre Steuern beglichen haben.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Die Profite im Laufe eines Jahres betrugen 488 Millionen Pfund, für jedes Pfund, das sie 1947 verdienten, verdienten sie 1948 1 Pfund 6 7/2 Schilling - und die Gewinne steigern sich noch weiter.

Dieses Budget müsste für jeden ehrlichen Arbeiter und jede Arbeiterin das Signal sein, in den Kampf einzutreten.

Die Regierung muss gezwungen werden, die Ausgaben für die Streitkräfte zu reduzieren. Britische Truppen müssen aus allen Ländern zurückgeholt werden, wo sie sich laut Friedensverträge nicht zu befinden haben.

Die Kompensationen der nationalisierten Industrien müssen um 75 % ermässigt werden. Die direkte und indirekte Besteuerung der Reichen muss erhöht werden.

Jede weitere Zinszahlung für Staatsschulden ist für 5 Jahre einzustellen. Alle Gewinne und Dividenden sind auf 2 7/2 % zu beschränken. Die Labour-Regierung muss daran gehindert werden, ihre empörende Ausplünderung der Arbeiterklasse fortzusetzen.

In allen Gemeindewahlen muss für kommunistische Kandidaten gestimmt werden.

Der 1. Mai soll zu einer gewaltigen Klassendemonstration für erhöhte Löhne und gegen das Kriegsbudget werden.

Cripps' Budget wird die Entwicklung beschleunigen, die - wie bereits klar ersichtlich - zu einer ernsten Wirtschaftskrise führt.

Man kann Cripps haben, aber keine Butter.

Man kann Bevin haben, aber keinen Käse.

Man kann Attlee haben, aber keine Margarine.

Man kann Bevan haben, aber keine Häuser.

Man kann Morrison haben, aber keine Lohnerhöhungen.

Man kann Alexander haben, aber keine soziale Sicherheit.

Man kann die gegenwärtige Art von Labour-Regierung haben, aber kein wirtschaftliches Gedeihen und keinen dauerhaften Frieden.

Dies sind die Probleme, vor die diese letzte Episode des britischen Weges zum Sozialismus jeden ehrlichen Arbeiter und jede Arbeiterin in England stellt."

Pressestimmen zum Budget der Labour-Regierung

(PD)

Die englische Wochenschrift "New Statesman and Nation" schreibt in ihrer Ausgabe vom 9. April zum obigen Thema u.a.:

"... Keine noch so ausgedehnte Fantasie kann dies als ein populäres Budget bezeichnen. Bei der Abfassung seiner Schlussbilanz hat Sir Stafford Cripps - wenn er überhaupt was getan hat - die Waagschale zugunsten der besitzenden Klasse gesenkt... Obwohl er behauptet, dass er im neuen Budget das unproportionierte Gewicht der indirekten Steuern verteilt habe, ist doch die absichtliche Erhöhung der Kosten für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwerk eine weitere Abweichung vom Begriff des fairen Ausgleichs und eines 'nationalen Minimums'...

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Bei dem Budget jedoch ... der wahre Brennpunkt des Interesses nicht so sehr die Einschränkungen von heute, als die Aussichten von morgen. Und hier hat Herr Stafford Cripps wenig zu bieten. Wenn, so sagt er, 760 Millionen Pfund für soziale Einrichtungen und eine ebenso hohe Summe - die sich noch erheblich erhöhen kann - für Rüstungen ausgegeben werden sollen, so bedeutet dies über ein Drittel des gesamten nationalen Einkommens... Wenn man der Wirtschaft das derzeitige Einkommen und Preisniveau zugrunde legt, so kann vom britischen Volk eine derartige Steuerlast nicht getragen werden... Wenn nicht die Ausgaben für Rüstungen drastisch reduziert werden, wird die 'Position', die Herr Cripps 'halten' will, von innen her zusammenbrechen."

Über die politischen Auswirkungen des Budgets der Labour-Regierung schreibt Don Cook in der amerikanischen Tageszeitung "New York Herald Tribune" am 11. April d.a.:

"Der britische Bürger des Mittelstandes, der seit zwei Jahren 9 von jeden 20 Schilling aus seiner wöchentlichen Lohntüte abgezogen bekommen hat, ist auch ein Wirtschafts-Realist. Er steht jetzt einer erneuten Erhöhung der Lebenshaltungskosten gegenüber und trotz der 'ökonomisch staatsmännischen Kunst' des Budgets, wie es der 'Economist' bezeichnet, wird dies Budget eine harte Nuss für die Labour-Party sein. Herr Cripps hat nicht gespaast, als er im Unterhaus erklärte, dass 'man den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen mit Realismus ins Auge sehen muss, und nicht von dem verständlichen Wunsche geleitet werden darf, um die Popularität der Wähler zu werben!...'"

Zur Information
=====

"Humanité" zum Deutschland-Problem

(PD)

Die französischen Regierungskreise verteidigen das Abkommen von Washington, indem sie behaupten, dass Deutschland nicht gefährlich ist, solange es besetzt ist, und dass infolgedessen keinerlei Bedenken bestehen, seinen Wiederaufbau zu fördern. Man kann leicht antworten, dass die dauernde Besetzung Deutschlands keine Lösung ist und dass heute oder morgen das deutsche Problem, insbesondere das Problem der französisch-deutschen Beziehungen genau wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen steht.

Weder die Besetzung des Ruhrgebietes, noch die Einrichtung von zahllosen interalliierten "Kontrollkommissionen", deren Mechanismus in vieler Hinsicht den Organismen gleicht, die soeben durch das Washingtoner Abkommen gebildet werden, haben die Bildung eines unabhängigen Reiches, das schon vor Wiedererlangung seiner "Freiheit" wieder aufgerüstet war, hindern können. Wenn Hitler-Deutschland leicht alle Verträge zerrissen konnte, die mit der Weimarer Republik geschlossen wurden, so darum, weil die Weimarer Republik Hitler den Weg bereitete. Es war die geheime Aufrüstung, die die offizielle Aufrüstung möglich machte.

Pressedienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Eine "Besatzung" hat nur durch ihren politischen Inhalt einen Sinn. Wenn - wie alles darauf hindeutet - die Verlängerung der Besatzung Westdeutschlands dazu bestimmt ist, dort eine antisowjetische Angriffsbasis zu haben und die deutsche Reaktion an den Vorbereitungen der Atlantik-Koalition teilhaben zu lassen, dann ist die "Grenze" an der Elbe weit davon entfernt, ein Faktor der Sicherheit zu sein. Im Gegenteil, sie verschärft die Bedrohung, die der westdeutsche Staat für uns darstellt.

Es handelt sich schon nicht mehr um eine "Besatzung", sondern um eine Kollaboration. Ein deutscher Reaktionär leidet nicht mehr unter der Besatzung, als ein Angehöriger der französischen Miliz während der deutschen Okkupation.

Ein anderes Argument der Anhänger Washingtons ist folgendes:

Man wirft uns vor, aus Westdeutschland eine amerikanische Kolonie zu machen und gleichzeitig klagt man uns an, Deutschland die Mittel zu einer Revanche zu geben. Wie kann eine amerikanische Kolonie gefährlich für Frankreich sein?

Wir antworten, dass eine amerikanische Kolonie auf zwei Arten für Frankreich gefährlich werden kann. Erstens, indem sie sich schon durch ihre Existenz näher an die amerikanische Politik & antisowjetischen Aggression anschliesst. Zweitens, durch die Tatsache, dass eine amerikanische Kolonisierung Westdeutschlands in enger Zusammenarbeit mit dem deutschen Grosskapital und den Führern der deutschen Reaktion erfolgt, d.h. in Zusammenarbeit mit der Partei der deutschen Revanche. Das deutsche Volk ist kolonisiert, jedoch nicht die Ruhrmagnaten. Diese Politik ist ein Hindernis in der Demokratisierung Deutschlands, d.h. in der Bildung eines friedlichen Deutschlands. Sie kann ein "Klima" der Unruhe und Ungewissheit schaffen, ein gleiches Klima, wie das, in dem sich der Hitlerismus entwickelt hat. Es ist kein Widerspruch zwischen der Tatsache der Kolonisierung Westdeutschlands und der Möglichkeit eines Wiederaufstehens des deutschen Imperialismus. Hitler wurde ständig durch englische, amerikanische, ja sogar durch französische Kapitalisten unterstützt, was ihn nicht daran gehindert hat, mit aller seiner Kraft gegen England, die Vereinigten Staaten und Frankreich vorzugehen.

Die Unterzeichner des Washingtoner Abkommens haben noch andere "Argumente": sie lassen durchblicken, dass die Sowjetunion, wenn sie es wolle, sich anschliessen könne. Das erreicht schon die Grenzen des Absurden. Man soll die Sowjetunion ersuchen, einer antisowjetischen Koalition beizutreten. Genausogut könne man von ihr verlangen, die Potsdamer Beschlüsse aufzugeben und zuzugeben, dass sie unrecht daran tat, diese Beschlüsse in ihrer Besatzungszone anzuwenden. Genausogut kann man verlangen, den preussischen Junkern die Ostgebiete zurückzugeben und Ostdeutschland den Ruhrmagnaten auszuliefern.

Presse Dienst
(PD)

21. April 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Die Unterzeichner des Washingtoner Abkommens wissen sehr genau, dass das nicht in Frage kommt. Sie erwähnen nur diese "Möglichkeit", weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Gegenüber der Missbilligung, die man ihrer Politik entgegenbringt, versuchen sie Glauben zu machen, dass diese nicht so schlecht sei und sie tun so, als ob die Sowjetunion sich eines Tages ihnen anschliessen könne.

Sie geben so unfreiwillig zu, dass die Völker Vertrauen in die Sowjetunion haben, aber sie sind sich nicht klar darüber, dass dieses Vertrauen auf der Feststellung beruht, dass die Sowjetunion die Interessen der Völker und den Frieden verteidigt, und den Potsdamer Beschlüssen treu bleibt. Das Abkommen von Washington bezweckt genau das Gegenteil.

(Artikel von Pierre Courtade, aus "L'Humanité" vom 11.4.)



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672150 · 672450 · 672636

Inhaltsverzeichnis

22. April 1949

Der Deutsche Volksrat an den Weltfriedenskongreß

Nachrichten

Fundgebungen und Demonstrationen begrüßen Weltfriedenskongreß
Brandenburgs Kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß
Wettbewerbe zum 1. Mai

Mehr Lokomotiven und Eisenbahnwagen
Westdeutsche Kumpels eingeladen
Einen Döbelautomaten mehr
Prämien für MAS
Solidarität
Alle ziehen an einem Strang
Auf vollen Touren in Thüringen

"Bahn der Jugend" wurde Hauptstrecke
Wieviel sowjetische Traktoren und LKW's sind eingetroffen
Brandenburg intensiviert Wohnungsbau
Wohnungselend schleswig-holsteinischer Umsiedler
Lebzwirtschaft in Schleswig-Holstein
Aufruf des WGB zum 1. Mai
Das Beispiel der sowjetischen Jugend

Pressestimmen

Westdeutsche Reiseeindrücke
Was Arno Scholz "normal" findet
Leitbrücke, ein gutes Geschäft

Kommentare

Die Dürst der Hetzer vor einer Einigung
Demagogisches Spiel um Bonn
Amerikanische Provokationspläne zum 1. Mai

Artikeldienst

Lenin - der große Revolutionär und Führer der Werktätigen
(von Robert Korb)
Hetze ... "um den Preis eines Bürgerkrieges" ("Zeit")

Stimmen des Auslandes

Dreifahrplan der Viehzucht der UdSSR
"Manchester Guardian" über westdeutschen "Wiederaufbau"

Kultur u. Feuilleton

William Shakespeares kostbares Erbe

Presse Dienst
(PD)

22. April 1949

Der Deutsche Volksrat an den Weltfriedenskongreß

B e r l i n, 22.4. (ADN),

Das Präsidium des Deutschen Volksrates richtete das folgende Telegramm an den Weltfriedenskongreß in Paris:

"Im Namen der friedliebenden, demokratischen Kräfte des deutschen Volkes wünscht der Deutsche Volksrat dem Weltfriedenskongreß einen vollen und nachhaltigen Erfolg und grüßt die dort versammelten Kämpfer für den Frieden, die Vertreter der Volksmassen, die gelernt haben, den Krieg zu hassen. Am heutigen Tage haben in unserer Zone Deutschlands das Geläut der Kirchenglocken und das Artönen der Fabriksirenen jeden Bewohner an die Bedeutung des Weltfriedenskongresses gemahnt."

Unser beharrlicher Kampf um ein friedfertiges, einheitliches, wahrhaft demokratisches Deutschland dient der Sicherung des Weltfriedens, denn die demokratische Einigung ganz Deutschlands schafft einen der bedrohlichen Konflikte aus der Welt und nimmt den Imperialisten ein Aufmarschgebiet ihres geplanten neuen Krieges.

Wir deutschen Antifaschisten und Demokraten geloben feierlich, die hohen Menschheitsziele dieses Kongresses zu unterstützen, wir geloben, alle unsere Kräfte rückhaltlos gegen die Kriegshetze und für die große Sache des Friedens einzusetzen."

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

Nachrichten

=====

Kundgebungen und Demonstrationen begrüßen Weltfriedenskongreß

Berlin, 22.4. (Eig.Ber.)

Hunderttausende Demonstranten begrüßten allein im Lande Mecklenburg um 12⁰⁰ Uhr entblößten Hauptes den Weltfriedenskongreß. Auf allen Straßen und Plätzen herrschte 2 Minuten Verkehrsstille. Glockengeläut und Sirenengeheul vermischten sich zu eindringlicher Mahnung für die Teilnahme am Kampf um den Frieden. In Rostock nahmen 25 000 Einwohner und in Schwerin 15 000 an Friedensdemonstrationen teil. Selbst in den kleinsten ländlichen Orten beteiligte sich die Bevölkerung sehr stark an den Kundgebungen.

Das Magdeburger Initiativkomitee für den Weltfriedenskongreß führte eine Massenkundgebung an der Strombrücke durch, deren Sprengung vor vier Jahren durch die Naziverbrecher die Stadt in zwei Teile zerriß. An der historischen Stätte, an der sowjetische und amerikanische Truppen nach ihrem Sieg über die faschistischen Barbaren sich zum erstenmal begegneten, ermahnte Prof. Benedikt (Halle) die Einwohner Magdeburgs, die größte Tragödie ihrer Stadt nie zu vergessen und nicht dem Gedanken zu unterliegen "es hat immer Kriege gegeben und es wird immer Kriege geben". "Kriege sind keine Naturkatastrophen - rief Prof. Benedikt aus - sondern Menschenwerk und können und müssen von Menschen verhindert werden."

In zahlreichen Orten entlang der Zonenachsen veranstaltete die Bevölkerung Kundgebungen für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Friedensfeuer flammten auf, die vom Festen erwidert wurden. Ein überfüllter Sonderzug beförderte von T e r n i g e r o d e Werktätige, Vertreter der Blockparteien und -organisationen auf den Brocken. Sie legten an einem lodernden Holzstoß ein flammendes Bekenntnis zum Kampf für Einheit und Frieden ab.

Beim Kreisvorstand des FDGB in Cottbus gingen an einem einzigen Tage 119 Resolutionen zur Begrüßung des Weltfriedenskongresses ein. 800 Belegschaftsmitglieder einer Finsterwalder Maschinenfabrik forderten in einem Offenen Brief ihre Kollegen in einer westdeutschen Kompressorenfabrik auf, mitzukämpfen für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zum Wohle aller deutschen Werktätigen. Arbeiter und Angestellte eines Finsterwalder Elektrowerkes appellierten an die Belegschaft eines Dynamowerkes in Bremen, den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen gemeinsam aufzunehmen, um einen drohenden neuen imperialistischen Krieg zu verhindern.

Brandenburgs Kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß

Potsdam, 22.4. (Hdfk.)

Im Lande Brandenburg werden für den 3. Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai 195 Delegierte in geheimer Wahl ermittelt. Unter den auf vier Stimmkreise verteilten Kandidaten befinden sich namhafte Persönlichkeiten, u.a. Heinrich Rau, Vorsitzender der DVA, Dr. S t e i r h o f f, Ministerpräsident sowie die Minister Bechler, Rückert,

Pressedienst
(FD)

22. April 1949
Nachrichten - 2 -

Kalkenberg, Stargardt und die Landesvorsitzenden der politischen Parteien.

Die Kulturschaffenden nominierten u.a. Prof. Bernhard Kellermann, Prof. Otto Nagel, den Dichter Dr. Friedrich Wolf und Geheimrat Prof. Jüsti.

Wettbewerbe zum 1. Mai

Mehr Lokomotiven und Eisenbahnwagen

B e r l i n, 22.4. (rDGB)

In den drei Reichsbahnausbesserungswerken Zwickau, Chemnitz, und Dresden sind die innerbetrieblichen Wettbewerbe im vollen Gange. Im RAW Zwickau stehen 26 Kolonnen und im RAW Dresden 41 Kolonnen in der Lok- und Wagenausbesserung im innerbetrieblichen Wettbewerb. Ihnen haben sich 64 Meistereien des RAW Chemnitz angeschlossen. Durch zahlreiche Verbesserungsvorschläge der Jungaktivisten wurden erhebliche Leistungssteigerungen erzielt.

Die Eisenbahner des RAW Zwickau haben sich verpflichtet, über ihren Plan hinaus eine Lok und 10 Güterwagen der schweren Schadgruppen bis zum 1. Mai fertigzustellen.

Für die "Maxhütte"-Unterwellenborn soll zusätzlich eine Lok wiederhergestellt werden. Dieses Geschenk für die "Maxhütte" ist ein Erfolg der innerbetrieblichen Wettbewerbe. Die Werktätigen des RAW Chemnitz wollen bis zum 1. Mai 10 Güterwagen und 10 Personenwagen, die des RAW Dresden 10 Güterwagen der schweren Schadgruppen über den Plan hinaus herstellen.

Der Wettbewerb der drei Reichsbahnausbesserungswerke, der bis zum 1. Mai läuft, steht unter der Losung: "Über welchem Werk wird ab 1. Mai die Fahne der 10 Eisenbahn wehen." Mit diesem Wettbewerb stellen sich die Werktätigen der drei großen Reichsbahnausbesserungswerke an die Seite der sowjetischen Arbeiter der Lokomotivfabrik Kolowza und des Werkes Sornowo, die sich ebenfalls verpflichteten, über ihren Plan hinaus 17 Lokomotiven bis zum 1. Mai herzustellen.

Westdeutsche Kumpels eingeladen

Die Belegschaft des Braunkohlenkombinats Nachterstedt hat beschlossen, eine Delegation von Ruhrkumpels für den 1. Mai nach Nachterstedt einzuladen.

Einen Dübelautomaten mehr

Zum internationalen Kampftag der Arbeiter wollen die Werktätigen der Dübel- und Holzwerke in Loitz (Sa.) einen weiteren Dübelautomaten in Betrieb nehmen. Bereits am 20. April wurde mit der Arbeit begonnen; die Gesamtproduktion wird sich damit um 12 000 Dübel steigern.

Pressedienst (PD)

22. April 1949
Nachrichten - 3 -

Prämien für MAS -----

Die 7 MAS des Kreises Grimmen (Sa.) führen im Monat April einen Zwischenwettbewerb durch. Sie setzen sich das Ziel, die Frühjahrsbestellung soweit voranzutreiben, daß neben der beendigten Aussaat auch die Hackfruchtfläche vorbereitet ist. Die Bedingungen des Wettbewerbes sind: Bei Steigerung des Arbeitstempos größte Sparsamkeit an Betriebskosten, gute Behandlung der Traktoren und Maschinen und eine gründliche, saubere Bearbeitung des Bodens. Vom FDGB wurden für die Sieger-Prämien ausgesetzt.

Solidarität -----

Für die MAS Absthagen will die Belegschaft des volkseigenen Dampfsägewerks Wittenhagen bis zum 1. Mai den Lohn eines Arbeitstages zur Verfügung stellen, der durch zusätzliche Arbeit gewonnen wird. Der Betrag wird der MAS übergeben.

Alle ziehen an einem Strang -----

Bis zum 1. Mai soll in der großen Schiffshalle 6 der neuen Volkswerft Stralsund der Boden gepflastert sein, damit die punktliche Aufnahme der Loggerproduktion auch in dieser Halle gewährleistet ist.

Um das termingemäße Anlaufen der Loggerproduktion in der Volkswerft zu sichern, haben sich in der "Bau-Union" Wettbewerbsgruppen gebildet. An mehreren Stellen wird gleichzeitig mit dem Verlegen der 1,00 x 0,50 m großen Betonplatten begonnen. Auch der Schotter, der zum Unterbau der Hallenpflasterung notwendig ist, wird im Wettbewerb aus den Trümmern der Stadt geborgen und angefahren. Gleichzeitig werden im Wettbewerb Mauersteine gewonnen, um den Neubau von 200 Wohnungen, den das Stadtbauamt plant, bald zu verwirklichen. Auf der Baustelle ziehen alle an einem Strang, um am 1. Mai mit der Arbeit fertig zu sein.

Auf vollen Touren in Thüringen -----

Die Belegschaft der volkseigenen Schuhleisten- und Stanzmesserfabrik in Möbisburg hat sich zur Vorbereitung des 1. Mai eine 40-prozentige Leistungssteigerung zum Ziel gesetzt. Die Olympia-Büromaschinen-Werke in Erfurt wollen ihr Produktionsoll mit 15 Prozent übererfüllen. Die Funkwerke in Erfurt, die die Geräteproduktion im ersten Quartal mit 101 Prozent erfüllt haben, verpflichten sich, mit Hilfe des seit dem 1. April angelaufenen innerbetrieblichen Wettbewerbs die noch nachhinkende Röhrenproduktion, die jetzt auf 64,4 Prozent steht, nicht nur aufzuholen, sondern überzuerfüllen. Die Belegschaft des Glaswerkes Schott und Genossen, Jena, führt im April einen innerbetrieblichen Wettbewerb durch mit dem Ziel, die Ausschußquote herabzumindern, Energie einzusparen, die Unfallquote her-

Pressedienst
(PD)22. April 1949
Nachrichten - 4 -

abzusetzen und dennoch die Produktion zu steigern. Ähnliche Ziele haben sich die Gothania-Werke in Hörselgau, das keramische Werk "Hesch-Kahla", die Resinotechnika in Waltershausen, Blödner und Vierschrot in Gotha, Maschinenfabrik Henry Pels in Erfurt, die Maschinenfabrik Meuselwitz, die Abus-Maschinenfabrik in Nordhausen und viele, viele andere gesetzt.

Schon jetzt zeichnen sich die Erfolge aus diesen Wettbewerben ab. So konnten die Leistungen der Offset-Maschinen der Chemie-Thälmann-Werke in Saalfeld um 20 Prozent gesteigert werden. Den hervorstechendsten Erfolg kann bisher die Belegschaft der Werkzeugfabrik Stock und Co. in Königsee melden, die, auf den Erfahrungen ihrer Aktivisten aufgebaut, neue Arbeitsmethoden entwickelt hat und durch Einführung von Verbesserungsvorschlägen Arbeitsgänge einsparen und dadurch ihr Monatsproduktionsoll schon jetzt wesentlich überschreiten konnte.

"Bahn der Jugend" wurde Hauptstrecke

G ü s t r o w , 22.4. (Sig.Ber.)

Die bis zum 15. Mai berechneten fernmeldetechnischen Arbeiten für den Ausbau der vor kurzem dem Verkehr übergebenen "Bahn der Jugend" Schwaan-Rostock konnten dank guter Zusammenarbeit von RBD Schwerin, Signal-Werkstätte Schwerin und Signalfernmeldeabteilung Güstrow bereits am 12. April abgeschlossen werden. Künftig ist also die neue Strecke als Hauptstrecke befahrbar, wodurch eine Leistungssteigerung von 33 1/3 Prozent möglich wurde.

Wieviel sowjetische Traktoren und Lkw sind eingetroffen?

B e r l i n , 22.4. (Sig.Ber.)

Von den für die Landwirtschaft der sowjetisch besetzten Zone bestimmten Hilfslieferungen sind bis zum 20. April 542 Lkw, 685 Traktoren, 385 Kisten Ersatzteile, 60 Wagen mit landwirtschaftlichen Maschinen und 3 Personenkraftwagen aus der Sowjetunion eingetroffen und unverzüglich verteilt worden. Es wird allgemein lobend hervorgehoben, daß diese sowjetischen Lieferungen wesentliche Hilfe für die Frühjahrsbestellung brachten und die Sicherung der diesjährigen Ernte bedeuten.

16 Waggon mit Ersatzteilen

Brandenburg intensiviert Wohnungsbau

P o t s d a m , 22.4. (Sig.Ber.)

Für den Bau von Wohnungen in den brandenburgischen Kohlenrevieren Senftenberg und Finkenherd sowie in den Industrieorten Ketschendorf, Hennigsdorf, Lauta und Oranienburg sieht der Haushaltsplan des Landes Brandenburg 5,6 Millionen DM vor. Außerdem sind beträchtliche Mittel für die Wiederherstellung und den Ausbau von 2 500 staatseigenen Wohnungen bereitgestellt worden. Hierunter fallen Wohnungen für das Personal der Reichsbahn, der Forstwirtschaft und volkseigener Güter. Für den Ausbau jeder Wohnung stellt das Land Brandenburg nicht-rückzahlbare Zuschüsse von 4 000 DM zur Verfügung.

PresseDienst
(FD)

22. April 1949
Nachrichten - 5 -

Wohnungsseind schleswig-holsteinischer Umsiedler

K i e 1, 22.4. (Eig.Ber.)

Im Land Schleswig-Holstein fehlen 400 000 Wohnungen. Über 100 000 Umsiedler wohnen menschenunwürdig in Massenquartieren.

Die Regierung plant, mindestens 400 000 Umsiedler in andere Länder Westdeutschlands umzusiedeln, davon mindestens 100 000 jährlich.

Mißwirtschaft in Schleswig-holstein

K i e 1, 22.4. (Eig.Ber.)

In Schleswig-Holstein befinden sich durch Vernachlässigung wasserwirtschaftlicher Arbeiten 150 000 ha landwirtschaftliche Nutzflächen in größter Gefahr. Der von den britischen Besatzungsbehörden betriebene Raubbau an den Wäldern macht die Wiederaufforstung von 10 000 ha Kahlschlagflächen erforderlich.

Außerdem müssen weitere 10 000 ha Odland als Windschutzstreifen wieder angepflanzt werden.

Aufruf des WGB zum 1. Mai

P a r i s, 21.4. (ADN/ND)

Am Tage der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse werden die werktätigen Männer und Frauen der ganzen Welt ihre Stärke und Kampfbereitschaft beweisen, heißt es in dem Manifest des Weltgewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Gegenwärtig werde die Welt von einer sich nahenden Wirtschaftskrise und von Kriegsgefahren bedroht, die unausbleiblich zu schweren sozialen Konflikten führen müsse. Die Verantwortung für diese Konflikte müsse den internationalen Monopolkapital zugeschrieben werden, das, um der Krise zu entgehen, neue Kriege vorbereitet, die ihnen unbegrenzte Profite bringen sollen. Für die Arbeiterschaft jedoch bedeute Krieg und Wirtschaftskrise nichts als Hunger/Elend. Sie wird von/vollen Wucht solcher Krisen getroffen werden, wenn sie sich nicht fest zusammenschließt. Die Arbeiter in aller Welt müßten deshalb eine Weltfront des Kampfes für den Frieden errichten, in-dem sie sich mit allen friedliebenden Menschen vereinigen. Ein Krieg könne vermieden werden, wenn die Arbeiterschaft ihre Kraft und Entschlossenheit, jeden Krieg verhüten zu wollen, bewaise.

In der Erkenntnis, das die Einheit der Arbeiterklasse für sie größte Gefahr bedeute, unternimmt die internationale Reaktion alles Erdenkliche, um die Gewerkschaften und auch den WGB zu spalten. Solche Versuche seien zum Scheitern verurteilt, und der Weltgewerkschaftsbund ist die wirkliche freie demokratische Organisation der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Seine Wirksamkeit ergebe sich aus seiner Treue zur Sache der Arbeiterklasse.

Pressedienst
(FD)

22. April 1949
Nachrichten - 6 -

Das Beispiel der sowjetischen Jugend

B e r l i n, 22.4. (FDGB)

"Wer die Freundschaft der sowjetischen Jugend besitzt, besitzt die Freundschaft der ganzen fortschrittlichen Jugend der Welt", erklärte u.a. der erste Vorsitzende der FDJ, Erich Honnecker, nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er am 11. Verbandskongreß des "Komsomol" teilnahm, "und die arbeitende deutsche Jugend hat das Vertrauen der sowjetischen Jugend."

Ein Mitarbeiter des FDGB-Pressedienstes hatte Gelegenheit, an Erich Honnecker einige Fragen zu richten.

Frage: Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Gewerkschaften und dem Komsomol?

Antwort: Die sowjetischen Gewerkschaften arbeiten mit dem Komsomol sehr eng zusammen. Der Komsomol ist der Initiator der Aktivistenbewegung im Betrieb. Die Erziehung und Entwicklung der Jugend in der Berufsausbildung hat ebenfalls der Komsomol übernommen, wobei die Gewerkschaften ihn unterstützen. Selbstverständlich sind alle Komsomolzen gewerkschaftlich organisiert.

Frage: Wie ist die Zusammenarbeit zwischen älteren und jüngeren Gewerkschaftern?

Antwort: Sie ist außerordentlich gut. Die älteren sowjetischen Arbeiter haben sehr großes Verständnis für den Lernerifer der Jugend. Ihre Sorge gilt der guten fachlichen Ausbildung. Z.B. verwenden sehr viele ältere Stachanow-Arbeiter ihre Freizeit dazu, den Lehrlingen des Betriebes an Hand ihrer Erfahrungen technische Einzelheiten aus der Produktion zu erläutern, um aus ihnen vorzeitig gute qualifizierte Arbeiter zu machen.

Frage: Sind in allen BGL Jugendliche vertreten und wie hoch ist ihr Anteil?

Antwort: In allen gewerkschaftlichen Leitungen der Betriebe in der Sowjetunion sind Jugendliche sehr stark vertreten. Das ist erklärlich, weil ihr Anteil an der Produktion ebenfalls sehr hoch ist. Ein Beispiel: Bis zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution hatten sich rund 20 Millionen Jugendliche in den Produktionsprozeß eingereiht, mit dem Ziel, den Fünfjahrplan zu erfüllen. 2 Millionen von ihnen werden den Plan in diesem Jahr noch erfüllen. 100 000 Jugendliche haben ihn schon erfüllt. Und es zeugt von der Begeisterung der sowjetischen Jugend, von ihrer Arbeitsfreudigkeit, daß sie es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Fünfjahrplan bis zum 32. Jahrestag der Oktoberrevolution, also schon in 4 Jahren, zu erfüllen.

Frage: Was wissen die Arbeiter in der Sowjetunion über die Jungaktivisten und ihre Leistungen in unserer Zone.

Antwort: In der sowjetischen Tagespresse kann man sehr viel über die Leistungen unserer Aktivisten in den volkseigenen Betrieben lesen. Man ist in Moskau z.B. sehr gut über den Erfurter Jungaktivisten-Kongreß orientiert. Man weiß, daß sich auch hier in Deutschland neue Formen der Arbeit entwickelt haben.

Pressdienst
(19)

22. April 1949
Nachrichten - 7 -

Frage: Was sagt man in der Sowjetunion über die bisher geleistete Arbeit des FDGB?

Antwort: Es sind jetzt Vertreter des FDGB selbst nach Moskau gefahren und sie können, wenn sie wiederkommen, viel mehr darüber berichten. Jedenfalls wird die Arbeit des FDGB in allen friedliebenden Ländern anerkannt. Man weiß, daß er der Kern der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist.

Frage: Wie hoch ist der Anteil der Jugend an der Stachanow-Bewegung?

Antwort: Die Jugend in der Sowjetunion steht in der ersten Reihe der Stachanow-Bewegung und sie vollbringt große Leistungen, um den Fünfjahrplan vorfristig zu erfüllen. 12 Millionen Arbeiter haben ihre Qualifikation in den letzten Jahren erhöht. Davon beträgt der Anteil der Jugend 60 Prozent. Die Jugend stellte bisher 80 Prozent aller Traktorenführer. Zur Zeit werden 170 000 Komsomolzen als Treckerfahrer ausgebildet. Die Arbeiter in der Sowjetunion sind stolz auf ihre Jugend und ihre großen Leistungen. Daraus erklärt sich auch die große Achtung, die man ihr entgegenbringt.

Vor uns als deutsche Jugend steht nun die Aufgabe, ebenfalls alles einzusetzen im Kampf um den Frieden und um die Erfüllung unseres Zweijahrplanes. Wir müssen unsere Heimat genau so lieben lernen wie es die jungen Menschen in der Sowjetunion lernten. Die Worte der jungen Stachanow-Arbeiterin Anna Kusnezowa aus dem Stalingrader Kraftwagenwerk: "Die deutsche Jugend kann sich in ihrem Kampf um den Frieden und für ein einheitliches Deutschland auf die sowjetische Jugend verlassen. Die deutsche Jugend hat in der sowjetischen Jugend einen großen Freund!"

(+) werden uns ein Ansporn sein

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Westdeutsche Reiseeindrücke

Universität Professor Dr. Möglich, der Erfinder einer neuartigen Fotozelle, berichtet in "Deutschlands Stimme", dem Organ der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, von seiner Reise durch Westdeutschland. Er schreibt:

"Der materielle Lebenszuschnitt im Westen richtet sich nur nach dem Geldbeutel. Die Läden sind voll und warten auf die Käufer; meistens vergeblich, was besonders für jene Läden gilt, die unwahrscheinliche Mengen von Lederwaren feilbieten. Kein Mensch konnte mir erklären, wie diese Geschäfte ihre Mieten bezahlen. Auch die Lebensmittelgeschäfte sind voll von Waren, von Kunden jedoch nur schwach besucht.

Als ich zuerst nach Hannover kam, glaubte ich fast, daß die Einwohner einen tiefen Abscheu gegen frisches Obst haben. Ich sah viele Obstkarren und keine Käufer. Erst etwas später verstand ich, daß es die Preise sind, die die Leute vom Kauf abhalten. Ebenfalls in Hannover fielen mir die großen Mengen von Salzmandeln in Büchsen auf, mit denen die Geschäfte vollgestellt sind; auch sie finden keine Käufer; ja, viele Leute sind nicht in der Lage, ihre Zuteilung abzukaufen.

Die Menschen im Westen, die nachdenken, machen sich Sorgen. Mein Kommentar, daß wir in der Ostzone die Wirtschaft von der Produktion her in Ordnung zu bringen suchen, fand daher ein Verständnis, auf das ich ursprünglich nicht gerechnet hatte. Über die Herkunft des Überflusses, an dem sich kaum zehn Prozent der Bevölkerung beteiligen können, ist man sich durchaus im klaren: Er ist der Lohn für politisches Wohlfverhalten. "Aber", sagte ein Freund zu mir, "was passiert, wenn die Amerikaner und die Russen sich doch einmal miteinander verständigen sollten?" Und er fügte hinzu: "Ich halte das gar nicht für so ausgeschlossen."

Als ich wieder Heimfuhr, nannte man mir die Zahl von 1,7 Millionen Arbeitslosen, tendenz steigend. Das dürfte das Bild abrunden."

Was Arno Scholz "normal" findet

Über die Situation in Westdeutschland schreibt Arno Scholz im "Telegraf" vom 22.4.49 folgendes:

"... die Deutschen anerkennen, was die Besatzungsmächte in den letzten vier Jahren in Westdeutschland getan haben. Es hat wohl niemand erwartet, daß sich die Verhältnisse in Westdeutschland so schnell normalisieren werden."

Luftbrücke, ein gutes Geschäft

Die Schweizer Zeitung "Die Tat" meldet:

"Die britischen Luftfahrtgesellschaften haben im Januar etwa 480 000 Pfund Sterling an der Luftbrücke verdient. Der Reingewinn einer einzigen Gesellschaft hat im Januar 70 000 Pfund Sterling betragen."

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

K o m m e n t a r e
=====

Die Furcht der Hetzer vor einer Einigung
(PD)

Die westlich lizenzierte Presse hat in den letzten Tagen offensichtlich über fremden Auftrag einen großen Lärm um die sogenannte Blockade Berlins geschlagen. Sie hat versucht, die stete Bereitschaft der Sowjetunion und der deutschen demokratischen Kräfte zur Lösung des deutschen und Berliner Problems so zu deuten, als ob es sich dabei um ein Entgegenkommen und um ein Abfinden mit der Zerreißungspolitik der Westmächte und ihrer deutschen Marionetten handele. Man hat auch u.a. die Hilfsangebote des Vorsitzenden der DWK, Rau, und des Berliner Oberbürgermeisters Ebert in gleicher Weise ausgelegt.

In einem Interview hat der Vorsitzende der DWK, Heinrich Rau, die von der westlich lizenzierten Presse veröffentlichten Meinungen, daß er die Aufhebung der Blockade angekündigt habe, dementiert. Zur Erklärung des Wirtschaftsberaters General Clays, Wilkinson, daß die Ostzone den Frankfurter Behörden die Ausarbeitung besonderer interzonaler Handelsabkommen vorgeschlagen habe, erklärte Rau, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, daß man die deutschen demokratischen Kräfte als eifrige Vorkämpfer für einen Warenverkehr zwischen den einzelnen Zonen Deutschlands bezeichne. Es bedürfe nur der Aufhebung des von den westlichen Besatzungsmächten ausgesprochenen Verbotes des Interzonenhandels, um den Warenverkehr zwischen den Ost- und Westzonen wieder in Gang zu bringen.

Die Behauptungen der Westpresse, daß die gesteckten Ziele des Zweijahrplanes in der Ostzone nicht erreichbar seien, wies Rau mit der Feststellung zurück, daß die gestellten Ziele sich als zu niedrig erwiesen haben. Der Aufbau geht rascher vorwärts, was im Volkswirtschaftsplan für 1949 zum Ausdruck kommt. Wenn die westliche Presse ein Geschrei über die Wirtschaft der Ostzone anstimmt, dann kann man in der Regel einen Schlag gegen die Wirtschaft und Bevölkerung in den Westzonen erwarten. Man will im Westen jede Warenbewirtschaftung und Preisregulierung diskreditieren, will den Schiefern und Spekulanten freie Bahn zur Ausplünderung der Massen schaffen. Die Geprellten sind die westdeutschen Werktätigen.

Der eigentliche Grund der Hetze und Schaumschlägerei um die sogenannte Blockade ist die Furcht der Spalter vor den Folgen der Krisenentwicklung in Westdeutschland, die Furcht vor einer möglichen Zusammenarbeit und Einigung. Die Westzonenpresse und auch die westlich lizenzierte Presse Berlins berichtet selbst, daß die Arbeitslosenziffer in den Westzonen den Stand von 1,1 Millionen Arbeitslosen im März erreicht hatte, das war um 94 000 mehr Arbeitslose als im Vormonat. Sie klagt über Geld- und Kapitalmangel, über Absatzschwierigkeiten und Materialverknappung. Sie berichtet weiter, daß die gesunkene Kaufkraft Krisenerscheinungen hervorgerufen hat und daß auch die öffentlichen Aufträge weitgehendst storniert wurden und werden. Verheerend seien die Krisenerscheinungen in der Fertigwarenindustrie und sogar selbständige Berufstätige beantragen massenhaft Arbeitslosenunterstützung.

Presseamt
(PD)

22. April 1949
Kommentare - 2 -

Die sogenannte Bonner Krise steht damit im engeren Zusammenhang. In der "New York Times" schrieb unlängst der Kommentator Drew Middleton, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der CDU und der SPD in erster Linie auf den verschärften Konkurrenzkampf zwischen den USA, England und Frankreich zurückzuführen seien. Er verrät die Verwirrung und die Furcht, die unter den Hetzern herrscht, wenn er behauptet, daß die einzigen Gewinner angesichts der Verschärfung der Krisenerscheinungen in Westdeutschland und angesichts der wachsenden Differenzen zwischen den Westmächten und den deutschen Marionetten untereinander die demokratischen Kräfte sein könnten. Er erklärt, daß es viele Anzeichen dafür gäbe, daß nicht nur die Werktätigen, sondern auch westdeutsche Geschäftsleute und Politiker dem Gedanken einer Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland zuneigen. Den für die Einheit und den Friedensvertrag kämpfenden demokratischen Kräften Deutschlands stellt er das Zeugnis aus, sie hätten eine Idee verankert, die darin bestehe, daß es eine einfache Lösung für all das Gezänk in Bonn gäbe, nämlich die deutsche Einheit.

Und das ist auch des Pudels Kern. Die Hetzer und Spalter fürchten den Wunsch des Volkes nach Einheit und Frieden. Darum ihre verstärkte Hetze und darum ihr erregtes Gezänk untereinander. Die deutschen Werktätigen müssen daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen und den Kampf um die Einheit und den Frieden verstärken. Die Kundgebungen am 1. Mai und die Vorbereitung des dritten Volkskongresses werden und müssen im Zeichen dieses verstärkten Kampfes stehen.

R.K.

Demagogisches Spiel um Bonn

Berlin (PD)

Was bedeutet das Nein, das Schumacher und die SPD-Führung zum Grundgesetz in Bonn sagten? Sie haben nicht Nein gesagt zum Atlantikpakt, dem Kriegspakt einer monopolkapitalistischen Verschwörung gegen die Fortschrittliche und friedliebende Menschheit. Sie haben nicht Nein gesagt zum westdeutschen Separatstaat, der Deutschland spaltet und den Westen unseres Landes zum Kolonialgebiet der Westmächte macht. Sie haben nicht Nein gesagt zum Besatzungsstatut, das einen Friedensvertrag für Deutschland verhindern, die Besetzung verewigen und die westdeutschen Werktätigen zu einem Sklavendasein verurteilen soll. Das alles haben die SPD-Führer bejaht. Die amerikanische "Neue Leitung" kann es sich sogar leisten, dem Dr. Schumacher, dem vertraulichen Gesprächspartner in Washington, ins Stammbuch zu schreiben:

"Kurt Schumacher darf sich rühmen, daß er zu den Erhebern der Idee eines Besatzungsstatuts gehört ... Es wirkt zumindest schwer verständlich, daß die SPD nun das Risiko auf sich nimmt, eine Schöpfung zu verleugnen, zu deren Bildung und Entwicklung sie weitgehend beigetragen hat."

Die SPD-Führer können zwar nicht leugnen, daß sie selbst zuerst das Besatzungsstatut anstelle eines Friedensvertrages verlangt haben. Nun ist das Besatzungsstatut da, und die Empörung der breiten Volksschichten in den Westzonen über dieses schamlose Kolonialdiktat ist stündig im Wachsen. Jetzt kommen die SPD-Führer und erklären wie Weiland Wilhelm II.: "Ich habe es nicht gewollt." Nun sprechen sie heuchlerisch von deutscher Souveränität, die sie längst selbst preisgegeben haben. "Zugunsten Europas", erklärten sie, aber zugunsten der englisch-amerikanisch-französischen Imperialisten in der Tat. Es ist immer dasselbe

Pressedienst
(PD)

22. April 1949
Kommentare - 3 -

demagogische Spiel der Schumacherleute. In Berlin brüllten sie nach der alleinigen Westwährung für die Westsektoren. Als sie kam und verheerende Auswirkungen zeitigte, erklärten die Neumann und Mattick, so hätten sie sich das nicht vorgestellt. Das letzte KPD-Mitglied im Westen wußte, daß ein Besatzungsstatut anstelle eines Friedensvertrages katastrophale Auswirkungen für die deutsche Bevölkerung bringen mußte. Die Schumacherleute haben es angeblich nicht gewußt, wenigstens stellen sie sich jetzt so. Aber auch der von der SPD-Führung vorgelegte verkürzte Verfassungsentwurf für einen Separatstaat ist ein Hohn auf das Streben nach Einheit und Demokratie in Deutschland.

Wie lange wollen sich die sozialdemokratischen Werktätigen dieses verlogene Spiel der Schumacher-Führung eigentlich noch anschauen? Die KPD machte der SPD den einzig vernünftigen Vorschlag, eine Aussprache der politischen Parteien aller Zonen herbeizuführen zwecks Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes, der den Alliierten unterbreitet werden sollte. Dieses Angebot, das schon vom Deutschen Volksrat ausging, zeigt den Weg zur deutschen Einheit und zur Erlangung eines gerechten Friedensvertrages. Indem die SPD-Führung das Angebot der KPD ablehnte, gab sie am deutlichsten zu erkennen, das Schumachers Wein zum vorliegenden Bonner Grundgesetz nur hohler Theaterdonner ist, den er selbst am wenigsten ernst nimmt.

Es gibt einen einfachen Ausweg aus dem Durcheinander, das die Spaltungspolitik in Westdeutschland geschaffen haben. Die breiten Massen der Werktätigen und ehrlichen Demokraten müssen auf den Plan treten und mit dem Marionettentheater der Wallstreet auf deutschem Boden Schluß machen. Die große Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden ist nicht aufzuhalten. Sie wird sich manifestieren in den machtvollen Kundgebungen am 1. Mai, sie wird sich ein neues starkes Fundament schaffen durch die Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai.

W.S.

Amerikanische Provokationspläne für den 1. Mai

(PD)

Die amerikanische "Neue Zeitung" startete eine neue unerhörte Provokation. Sie veröffentlichte eine Meldung "aus informierten Kreisen", daß die SED "die Mai-Aufmärsche benutzen wolle, die angebliche Schlagkraft ihrer halbmilitärischen Formationen zu demonstrieren. Ferner sollen die durch die Westsektoren marschierenden Demonstranten bei passender Gelegenheit gewaltsame Zwischenfälle inszenieren. Entsprechende Propagandamaßnahmen, um die Schuld an diesen Unruhen Westberlinern oder der Westberliner Polizei zuzuschreiben, seien ebenfalls vorbereitet."

Diese unerhörten Provokationslügen zeigen mit voller Eindeutigkeit, was die "Kalte Kriegsführung" am 1. Mai beabsichtigt und wo die Provokateure sitzen! Mit der Hetzlüge von den "halbmilitärischen SED-Formationen", die es nur im Provokations-Lexikon der CIC und ihrer Gangster gibt, wiederholen die Interessenten an Aufruhr und Unruhen ihre längst entlarvte Lüge von der "Sowjetunion als Angreifer" hier im gleichen Sinne als Provokationslüge von "Machtproben der SED". Damit wollen sie den Hexenkessel Berlin als strategischen Brückenkopf ihres Kalten Krieges wieder einmal zum Brodeln bringen, um damit, wenn es nach ihnen ginge, eine neue Kriegsprovokation von internationaler

Pressdienst
(PD)

22. April 1949
Kommentare - 4 -

Bedeutung nach dem Rezept des Atlantikpaktess zu inszenieren. Die amerikanische Zeitung ermuntert ihre Agenten, in Aktion zu treten und die bestellten Provokationen nach diesem Rezept zu liefern, wie sie ähnlich schon einmal am 1. Mai 1886 in Chicago in Szene gesetzt wurden.

Als neues Kuriosum ihres eigenen Lügennetzes, in dem sie sich hier wieder einmal gefangen haben, bringt jene Meldung der "Neuen Zeitung" übrigens noch folgende überraschende Mitteilung: Bei der Parade im Ostsektor soll eine beachtliche Anzahl jener sagenumwobenen kasernierten Polizeieinheiten der Ostzone "über die zahlenmäßige Schwäche und bisher nicht vorhandene Einsatzfähigkeit dieser Einheiten hinwegtäuschen." (!) Wahrscheinlich hat die "Neue Zeitung" über ihren neuen Propagandacoup hier einen Augenblick ihre alte Lügenplatte von der "Bedrohung Westdeutschlands durch die riesenstarke Paulus-Armee in der Ostzone" vergessen, die sie damit selbst als ihre eigene Erfindung und Zwecklüge zugibt.

Aber so, wie die Hetzer des kalten Krieges sich hier in ihrem eigenen Blatt gleich bei zwei Lügen entlarven, so werden auch ihre provokatorischen Pläne für den 1. Mai scheitern. Die Arbeiterklasse hat in der Geschichte des 1. Mai viele Provokationen erlebt. Sie hat nicht nur längst gelernt, ihnen zu begegnen, sondern ist auch stark genug, mit solchen Provokationen fertig zu werden. Und dies ist das dritte Eingeständnis dieser Provokationspläne: die kriegsinteressenten fürchten die Kraft der Werktätigen und ihren unnachgiebigen Kampf um ihre Rechte, zu denen an erster Stelle heute der Kampf um die nationale Existenz des deutschen Volkes für seine Einheit und einen demokratischen Frieden steht. Die Berliner Werktätigen werden am 1. Mai mit ihrem Aufmarsch für Einheit und Frieden ihre Stärke und Entschlossenheit beweisen, die sich durch keine Provokation in- oder ausländischer Interessenten und ihrer Agenten schrecken läßt.

A.St.

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

Artikeldienst
=====

Lenin - der grosse Revolutionär und Führer der Werktätigen
Zu seinem 79. Geburtstag
- - - - -

Am 22. April jährt sich der Tag, an dem Lenin, der grosse Revolutionär und Führer der Werktätigen der ganzen Welt, in Uijanowsk an der Wolga als Sohn eines Volksschulinspektors geboren wurde. Schon in seinen Jugendjahren wurde er zum glühenden Revolutionär und Überzeugten Marxisten. Die Anfänge seiner revolutionären Tätigkeit zeigen den genialen Geist und den kommenden grossen Führer der Unterdrückten an. Lenin selbst erzählte, als er nach seiner Verhaftung auf einer Studentenversammlung in das Dorf Kokuschano bei Kasan verschickt wurde, von seiner Unterhaltung mit dem Polizeikommissar, der ihn nach der Verhaftung begleitete. "Was für ein Sinn hat ihr Revoltieren, junger Mann? Sie haben doch eine Mauer vor sich", sagte ihm der Polizeikommissar.

"Eine Mauer, ja, aber ein morscher Stoss und sie stürzt zusammen", antwortete ihm Lenin.

Diese Antwort war nicht nur für den jungen Lenin charakteristisch. Sie verrät den genialen Blick, die klare Erkenntnis, das unerschütterliche Vertrauen Lenins in die Kräfte der Arbeiterklasse und seinen Willen zur Tat, Eigenschaften, die Lenin, dem grossen Führer der internationalen Arbeiterklasse, besonders eigentümlich waren.

Über die Erkenntnis der Werktätigen der ganzen Welt von der Bedeutung der Persönlichkeit Lenins gibt folgendes Beispiel Ausschuss. Als im Jahre 1935 der Moskauer Sender an seine ausländischen Hörer die Rundfrage richtete, wer nach ihrer Meinung der grösste Mensch der Geschichte sei, haben Hunderttausend Werktätige der ganzen Welt seinen Namen genannt: Lenin. Der Moskauer Rundfunk führte namentlich zahllose Beispiele an und erklärte zusammenfassend:

"... Lenin. Er ist gross durch das, was er für die Masse der Besitzlosen in der ganzen Welt getan hat. Lenins Werk hat gewaltige Bedeutung für das Weltproletariat. Den Arbeitarmassen der ganzen Welt öffnen sich die Augen über die Pseudodemokraten und sie fangen an, den Betrug der Rechtssozialisten zu durchschauen. Sie wenden sich dem Kommunismus zu, denn der Kommunismus ist die Hoffnung auf eine bessere und gerechtere Welt. Lenin war es, der die Lösungen gab, der die Gebröchen der kapitalistischen Gesellschaft blosslegte. Er war es, der der Idee des Kommunismus die richtige praktische Lösung gab. Das ist die Meinung von Millionen Werktätigen."

Diese heute noch weit mehr verbreitete Meinung der Werktätigen ist die beste Widerlegung aller Versuche der Feinde, das Vermächtnis und die Lehren Lenins durch die Behauptung zu entkräften, dass diese angeblich nur aus den russischen Verhältnissen zu erklären seien und auf russische Verhältnisse passten. Lenin und sein Werk sind Vermächtnis

Pressedienst
(PD)

Artikeldienst - 2 - 22. April 1949

nis und Lehre für die gesamte unterdrückte Menschheit. In Lenins Gestalt erblicken die Werktätigen den genialen Theoretiker und Führer des Sozialismus, der, gestützt auf die Lehre von Karl Marx, als Aufgabe des proletarischen Befreiungskampfes den Kampf um Freiheit, Fortschritt und den Sozialismus in seiner ganzen Grösse stellte. Lenin schuf die proletarische Kampfpartei vom neuen Typus und stählte sie ideologisch und organisatorisch im Zweifrontenkampf gegen den rechten und linken Opportunismus. Lenin zeigte als Führer der Bolschewistischen Partei der internationalen Arbeiterklasse den Weg zur Befreiung von jeglicher Ausbeutung, er leitete den ersten Staat der proletarischen Diktatur in der Geschichte der Menschheit, er lenkte den Kampf der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Krieg, er wies den Bauern, Mittelschichten und den kolonialen Völkern den Weg zu ihrer Befreiung. Der Leninismus ..., "die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution", wurde zum Banner von Millionen Werktätigen.

Kein geringerer als Stalin hat aufgezeigt, dass Lenin nicht nur der gewaltige Führer der Werktätigen in der Epoche des Imperialismus, des "faulenden, sterbenden Kapitalismus" war, sondern ein ebenso grosser Theoretiker, der das Werk von Marx und Engels fortsetzte. Er verwies darauf, was Lenin, den Marxismus weiter entwickelnd, Neues gegeben hat. Lenin gab eine Analyse und Charakteristik des Imperialismus als der letzten Etappe des Kapitalismus und zeigte die Voraussetzungen seines unvermeidlichen Unterganges. Er arbeitete die Lehre von der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht als der klassischen Form der proletarischen Diktatur aus. Er definierte die Diktatur des Proletariats als eine besondere Form des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse und bezeichnete sie als den höchsten Typus der Demokratie, weil sie die Interessen der Mehrheit der Ausgebeuteten verkörpert. Lenin begründete die Theorie von der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem und in einzelnen Ländern aufgrund des von ihm entdeckten Gesetzes der ungleichmässigen Entwicklung des Kapitalismus. Er löste das Problem der Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus in einem Lande, das von kapitalistischen Staaten umgeben ist. Er hat die marx'sche Idee von der Hegemonie des Proletariats "zu einem einheitlichen System der Führung der Werktätigen in Stadt und Land durch das Proletariat nicht nur beim Sturz des Kapitalismus, sondern auch beim sozialistischen Aufbau weiterentwickelt." Er verband die nationale und koloniale Frage mit der Frage des Kampfes gegen den Imperialismus und machte sie zu einem Bestandteil des allgemeinen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Schliesslich hat Lenin die Lehre über die proletarische Partei als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats eingehend entwickelt.

Diese gewaltige theoretische Arbeit Lenins war eng organisch mit dem vorderr Arbeiterklasse stehenden politischen Aufgaben verbunden. Theorie und Praxis waren bei Lenin ständig miteinander verflochten. Die Praxis lieferte das Material für die theoretischen Verallgemeinerungen, die Theorie die Grundlage für die praktische Arbeit.

Pressedienst
(PD)

Artikeldienst

22. April 1949

- 3 -

Angesichts der Vorbereitungen der imperialistischen Kriegshetzer und ihrer Lakaien zur Entfesselung eines neuen Krieges haben vor allem Lenins Lehren gegen den Imperialismus und gegen den Krieg die aktuellste Bedeutung. Lenin deckte die Wurzeln der Kriegstreiberien der Imperialisten auf, er kämpfte rücksichtslos gegen alle pazifistischen Illusionen und wandte sich in schärfster Weise gegen die Politik des Kompromisses und des Chauvinismus von seiten der rechtssozialistischen Führer, die sich auf die Seite der Imperialisten schlugen und schlagen und die Raubkriege bzw. die imperialistischen Kriegsvorbereitungen faktisch unterstützen. Er zeigte auf, dass der erfolgreiche Kampf gegen den Krieg und zur Verteidigung des Friedens in den kapitalistischen Ländern zugleich ein Kampf für die Rechte der Werktätigen, für die Verbesserung ihrer Lebenslage, für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder ist. Ein neuer Krieg kann dann abgewendet werden, wenn sich die Front des Kampfes zur Verteidigung des Friedens stärker erweist als die Kriegstreiber.

Die Lehren Lenins haben auch für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk die grösste Bedeutung. Lenin lehrt nämlich, dass ihr Kampf um die nationale Einheit und einen gerechten Friedensvertrag angesichts der imperialistischen Anschläge auf die nationale und staatliche Existenz keine aussichtslose Sache ist, wie die Pseudodemokraten und Schumacher-Leute vorgeben, sondern Erfolg verspricht, wenn sie aktiv kämpfen und ihren Kampf mit dem allgemeinen Kampf zur Verteidigung der Freiheit und des Friedens verknüpfen. Die Kapitulation der Pseudodemokraten und Rechtssozialisten vor dem imperialistischen Diktat, die Unterwerfung unter die Bedingungen des Marshallplanes, Atlantikpaktes und Besatzungsstatutes bedeuten dauernde Zerstückelung Deutschlands, Kriegsgefahr und drohende endgültige Vernichtung. Die siegreichen Ideen Lenins über die Zusammenarbeit und den Frieden der Völker, über den einheitlichen Kampf gegen die Kriegstreiber aber verbürgen der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk im Falle ihres aktiven Auftretens und ihrer Eingliederung in die allgemeine Friedensfront letzten Endes den Erfolg im Kampf um die nationale Einheit und den gerechten Friedensvertrag.

(Robert Korb)

Hetze...um den Preis eines Bürgerkrieges"

Da brachte kürzlich die führende Wochenzeitung der britischen Zone, die in Hamburg erscheinende "Zeit" auf der ersten Seite ihrer Nummer vom 24. März 1949 einen Leitartikel, in dem es u.a. heisst:

"Es handelt sich nicht in erster Linie darum die Einheit Deutschlands herbeizuführen, sondern seine Freiheit in allen Zonen und um jeden Preis, selbst, wenn es nötig sein sollte, um den Preis eines Bürgerkriegs."

Die Freiheit, die der englisch patentierte und lizenzierte Leitartikler meint, ist der Freiheit der Arbeitslosigkeit, der niedrigen Löhne und hohen Preise, ist in einem Wort die Freiheit derer, die an der Not des Volkes und am Krieg verdienen. Das erklärt auch, warum er am Ende seines Artikels zu einer unverhüllten Kriegshetze übergeht und schreibt, dass die deutschen Politiker - gemeint sind jene, die die Spaltung Deutschlands mit seinem Anschluss an den Atlantikpakt ablehnen - sich darüber klar werden müssen, dass "wir aus eigener Kraft

- 4 -

Pressedienst
(PD)

Artikeldienst

22. April 1949

- 4 -

die kommunistischen Konzentrationslager der Ostzone nicht öffnen können; der Schlüssel, der hierfür ausreichen würde, ist einzig und allein im Besitz der Westmächte."

Was nichts anderes heisst, als dass die Westmächte die Sowjetunion aus Deutschland vertreiben müssten, dann werde man es schon schaffen, die antifaschistische, demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone zu liquidieren und den enteigneten Grundbesitzern, Kriegsverdienern, denen die Freiheit genommen wurde, noch einmal das deutsche Volk auf den Weg der Katastrophe zu führen, die Freiheit zu geben, einen Krieg, an dem sie sich bereichern und das Volk sich verbluten kann, vorzubereiten - zu ihrem und ihrer Spiessgesellen in Westdeutschland Nutzen und zur Freude der profitierenden amerikanischen Monopolkapitalisten.

Das ist die offene, unverschleierte Sprache, die heute in Westdeutschland von gewissen Kreisen geführt wird, denen die amerikanische und englische Militärregierung insbesondere dazu die Möglichkeit geben. Das ist die Freiheit, wie sie in Westdeutschland verstanden wird, nämlich die Freiheit, ungestört zum Krieg hetzen zu dürfen, zum Kriege, der, wie kürzlich die in München erscheinende Ausgabe der amerikanischen "Neuen Zeitung" offen schrieb, in Washington geplant und vorbereitet wird und zu dessen Durchführung Deutschland sein Industrie- und Menschenpotential zur Verfügung stellen soll. Es heisst dort in einem Artikel von Mr. Wilber u.a.:

"Hohe Beamte der Vereinigten Staaten sollen, wie aus gut informierter Quelle verlautet, sorgfältig prüfen, durch welche Methoden das westdeutsche Industriepotential mit dem demnächst durchzuführenden europäischen Wiederaufrüstungsprogramm in Verbindung gebracht werden könne."

Der Verfasser schlägt vor, "den an der Ruhr erzeugten Stahl zur Herstellung von leichten Waffen nach Belgien zu geben, grössere Mengen von in Deutschland geörderten Kokskohlen für die französische Westindustrie in Lothringen verfügbar zu machen" und "die unverkäufbaren Grenzindustrien, deren Erzeugnissen streng genommen, keine Kriegsgeräte sind, die aber nichtsdestoweniger für die Atlantikstaaten zur Stärkung ihrer Verteidigung nützlich sein können" auszunutzen.

Zur Kriegsvorbereitung und zur Kriegshetze gehört bekanntlich auch die Rassen- und Judenhetze. Wen nimmt es wunder, dass es deshalb bereits wieder in Westdeutschland Antisemitismus - diesmal amerikanisch lizenziert - mit geradezu erstaunlicher Unverschämtheit gibt? Die geschäftstüchtigen Lizenzträger der "Coburger Neuen Presse" kamen auf die Idee, zu der 500-jährigen der Stadt Coburg eine Sonderbeilage herauszugeben, in der neben ein paar Ministern und sonstigen Würdenträgern bayerischer Politik auch der Oberbürgermeister der Stadt Coburg einen Beitrag lieferte. Er benutzte den ihm zur Verfügung gestellten Raum dazu, um eine Lanze für den berüchtigten Nationalier Schwede/Coburg zu brechen, indem er nach dem Rezept "Der Jude ist schuldig" zu beweisen suchte, dass Coburg als erste deutsche Stadt zu einem nationalsozialistischen Oberbürgermeister und einer nationalsozialistischen Mehrheit bereits im Jahre 1929 gelangt hat. "weil der zugereiste, überraschend schnell zu Reichstum gekommene Viehhändler und spätere Grossindustrielle Abraham Friedmann sich wegen den der arbeitenden Bevölkerung angehörenden Kriegerkinder Friedmann gewandt hat und dessen Entlassung aus dem öffentlichen Dienst der Stadt

Pressedienst
(FD)

Artikeldienst

22. April 1949

- 5 -

Coburg forderte kein Wort, dass es dieser Schwede war, der den Friedmann und seine Familie terrorisierte und ihn schliesslich um die Ecke brachte, kein Wort des Bedauerns darüber, dass unter dem Regime dieses berüchtigten Naziverbrechers Coburg für ganz Deutschland zum Inbegriff chauvinistischer und nationalsozialistischer Ausschreitungen geworden war, sondern - und das im Jahr 1949 - klar und einfach: Die Schuld daran, dass Coburg nationalsozialistisch wurde, trägt der zugereiste Jude!

Dieser Artikel aber wurde nicht nur von einem antierenden Oberbürgermeister geschrieben, sondern die Lizenzträger veröffentlichten ihn auch ohne ein Wort des Kommentars, ohne ein Wort der Einschränkung! Erst nachdem eine Reihe von Lesern der Zeitung und auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes dagegen Protest erhoben haben, bequeme sich der Lizenzträger dazu, in einem Leitartikel von diesem Artikel des Oberbürgermeisters abzurücken, wobei er beteuerte, dass der Nichtabdruck dieser perfiden Hetze nicht nur Bruch des Versprechens auf ungekürzten Abdruck, sondern auch "Unterbindung der Meinungsfreiheit, Beeinflussung oder gar Nötigung" gewesen wäre. Gewiss, eine solche Freiheit der Hetze und der antisemitischen Verleumdung gibt es in der Ostzone nicht. Wer sie wiedereinführen will, der wird nicht nur mit der Besatzungsmacht, sondern auch mit den Demokraten hier rechnen müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Coburg sprach dem Oberbürgermeister das Vertrauen aus, als fortschrittliche Kräfte seine Absetzung forderten, in einer öffentlichen Protestversammlung kam es zu Rufen und Pfeifen, als ein Protesttelegramm des bayerischen Kommissars für Widergutachtung, Dr. Auerbach, zur Verlesung kam.

Im Osten hat man Kriegsverbrecher, Junker und die, die am Krieg verdient haben, entmachtet und, wenn es notwendig war, auch eingekerkert gemacht. Im Westen laufen sie frei herum, erheben sich der besonderen Gnade der Militärregierungen und wütern, nachdem das Ruhrstatut und der Atlantikpakt ihnen wieder neue Möglichkeiten, wenn auch nur im Schatten der amerikanischen Monopolisten, gibt, bereits Morgenluft. Inzwischen aber wird das Volk, der kleine Mann, genau wie vor 1933 ausgeplündert, sieht zwar die vollen Schaufenster, kann aber mit seinem kurzen Lohn und geringfügigen Einkommen die Ware nicht kaufen oder geht als kleiner Unternehmer der sicheren Flotte, die Prof. Erhard eine "Gesundungskrise" nennt, entgegen. Wird die entfesselte Hetze tatsächlich jene Bereitschaft bei den Deutschen im Westen unserer Heimat entstehen lassen, die die Monopolverherren diesseits und jenseits des Ozeans brauchen, um ihre finsternen, von Profitinteressen diktierten Pläne zu realisieren?

Ha.

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Dreijahrplan der Viehzucht d. UdSSR
(PD)

Heute wird der "Dreijahresplan der Entwicklung der Viehzucht der Kollektiv- und Staatswirtschaft für die Jahre 1949/51 veröffentlicht. Seine erfolgreiche Durchführung wird einen neuen, gewaltigen Schritt in der Entwicklung der Kollektivwirtschaften und der sowjetischen Staatsgüter darstellen und die Schaffung eines Überflusses an Lebensmitteln sichern, der für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nötig ist.

Der Plan der Entfaltung der Viehzucht zeigt, mit welcher Konsequenz unter Führung der Partei in unserem Lande die Aufgaben der Wiedernerstellung und der Entfaltung der Landwirtschaft gelöst werden. Sofort nach dem langen schweren Krieg gegen Deutschland hat die Partei den Aufschwung der Getreidewirtschaft organisiert, die den Schlüssel zur Lösung aller landwirtschaftlichen Probleme darstellte. Im Ergebnis dieser Anstrengungen wurde das Getreideproblem in der Hauptsache gelöst, weitere Erfolge auf diesem Gebiet sind fest untermauert. Das Land ist an die Durchführung des grandiosen Planes der Umgestaltung der Natur der Steppengebiete zur Sicherung ertragsreicher und beständiger Renten herangetreten.

Der bedeutende Aufschwung der Getreidewirtschaft hat die Voraussetzungen zur erfolgreichen Entwicklung aller Zweige der landwirtschaftlichen Produktion geschaffen. Es geht in erster Linie um die Viehzucht, deren Entwicklung eine erstrangige Bedeutung hat für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, der Leichtindustrie mit Rohstoffen.

"In der Gegenwart - heisst es im Dreijahrplan - , wir in der Getreidewirtschaft ernste Erfolge erzielt haben und die notwendigen Voraussetzungen zur weiteren Produktionssteigerung geschaffen sind, steht die Aufgabe der größtmöglichen Entwicklung der Viehzucht als die zentrale Aufgabe der Partei und des Staates in der Landwirtschaft in voller Größe vor uns... Man muss in kürzester Frist einen Aufschwung der Viehzucht sichern, der einerseits eine weitere bedeutende Hebung des Wohlstandes der Kollektivwirtschaften fördert und andererseits ermöglicht, die steigende Nachfrage der Bevölkerung nach Fleisch, Fett, Milch und Milchwaren, sowie die wachsende Nachfrage der Leichtindustrie an Wolle, Häuten und anderen Viehzucht-Produkten zu befriedigen."

Um sich ein Bild von den grandiosen Aufgaben zu machen, die der Plan stellt, genügt zu sagen, dass im Laufe von drei Jahren die Produktion von Fleisch, Fett, Milch, Butter, Eiern und anderen Lebensmitteln, sowie die Produktion von Häuten, Wolle und anderen Rohstoffen für die Leichtindustrie um 50% im Vergleich zum Jahre 1948 gesteigert wird. Über das Tempo, mit dem diese Aufgabe gelöst wird, sprechen folgende Zielsetzungen des Dreijahrplanes: Der gemeinsame Rinderbestand in den Kollektivwirtschaften soll Ende 1949 mindestens 24 Millionen, Ende 1950 mindestens 28 Millionen und Ende 1951 mindestens 34 Millionen betragen. Der Bestand an Schafen, Schweinen und Geflügel soll in noch schnellerem Tempo anwachsen.

Pressedienst
(PD)

22. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

In jeder Kollektivwirtschaft soll 1949 eine Rindvieh-Farm, eine Schafzucht-Farm, eine Schweine-Farm (mit Ausnahme der Bezirke, in denen die Bedingungen für eine Schweinezucht nicht vorhanden sind), eine Geflügel-Farm (mit Ausnahme der Kollektivwirtschaften ohne Getreide) gegründet sein.

Eine besonders große Rolle in der Durchführung des Dreijahrplanes werden Maßnahmen zur Mechanisierung der Futterzubereitung und der körperlich schweren Arbeiten in den Viehzuchtfarmen spielen. Im Verlaufe der drei Jahre soll die volle Mechanisierung der Futtergras-sen, der Zubereitung von Silo-Futter, der Saat und der Ernte von Rüben, der Verarbeitung der Milch durchgeführt werden. Gleichzeitig wird die Mechanisierung der Wasserversorgung, der Futterzubereitung, des Transportes, des Melken und der Schafschur durch elektrische Geräte gefördert. In Gebieten entwickelter Viehzucht werden spezielle Maschinen- und Traktoren-Stationen geschaffen. Das Ministerium für landwirtschaftlichen Maschinenbau wurde verpflichtet, die Produktion von Maschinen und Geräten für die Viehzucht bedeutend zu steigern.

Der Tag ist nicht weit, an dem unser Land mit Brot, Fleisch, Butter, und anderen Lebensmitteln überschwemmt und noch reicher und ausgiebiger leben wird."

(Aus dem Leitartikel der "Prawda" vom
19. April 1949).

Manchester Guardian über den westdeutschen "Wiederaufbau"

(PD)

Der Wochenausgabe des "Manchester Guardian" vom 7. April entnehmen wir mit einigen Kürzungen folgenden Artikel:

"Fundamentaler als irgend ein anderes Symptom für das Stocken des westdeutschen Wiederaufbaus ist die Forderung von fast allen 40 Millionen Einwohnern, Geld zu sparen. Die Bereitwilligkeit zu sparen ist durch verschiedene Faktoren untergraben worden; der durch Reichspapiere in Mißkredit geratene Kapitalmarkt hat sich noch nicht wieder erholt. In Form von Anleihen wurden im Herbst neue Papiere mit einem Zinssatz von 6 1/2% herausgegeben. Selbst zu diesem Satz wurden sie nicht gezeichnet und mussten fast unmittelbar nach ihrer Auflegung wieder zurückgezogen werden.

Die Notwendigkeit, Ersparnisse anzusammeln, ohne die jedes System langfristiger Kredite schwer einzuführen ist, führt zur Bildung der deutschen Wiederaufbau-Anleihe-Gesellschaft. Wenn diese Gesellschaft die Geldmittel des Publikums gesammelt und sie zu langfristigen Krediten ausgeliehen hätte, hätte sie dem Wirtschaftsapparat Westdeutschlands dienen können. Unglücklicherweise hat sie, nach den Worten eines kritischen Sachmannes in Frankfurt, bisher nicht zu funktionieren vermocht. Es ist ihr nicht gelungen, Geld zusammenzubringen, auch wird gegenwärtig kein Staatsanleihe ausgegeben. Gleichzeitig wird sie mit Kreditwünschen überhäuft und hat in ihren Büchern Gesuche um Darlehen bis zum Werte von 5 Milliarden Mark stehen.

- 3 -

PresseDienst
(PD)

22. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Sowohl deutsche als auch alliiertenkreise wissen, dass die Trizone, wenn sie im Finanzjahr 1949 ihre Marshall-Plan-Verpflichtungen erfüllen will, 5 Milliarden Mark produzieren muss. Davon können 3 Milliarden Mark durch inländische Finanzierungen zusammengebracht werden; es bleibt ein Fehlbetrag von 2 Milliarden Mark übrig, der irgendwie überbrückt werden muss, wenn die Trizone nicht von einer Art finanzieller Maulsperre ergriffen werden soll.

Steuerreformgesetz

Was geschieht in Frankfurt, um dieser Krise zu begegnen? Bisher ist nur eine Maßnahme beschlossen - das zweite Steuerreformgesetz. Der Hauptzweck dieses Gesetzes ist die Kapitalbildung. Es schlägt Steuererleichterungen für nichtvergesellschaftete Unternehmen vor. Die Summen, die sich aus diesen Erleichterungen ergeben - sie betreffen Gewinne über 30 000.- Mark, auf denen eine 50%ige Steuer liegt und beschränken die Steuer auf diese Zahl für die Extragewinne -, müssen in den betreffenden Unternehmen oder in Aktien angelegt werden. Letztere werden dann von der Wiederaufbau-Anleihe-Gesellschaft ausgegeben werden. Schätzungen des Betrages, der auf diese Weise zu erlangen sein würde, variieren zwischen 50 Millionen und 250 Millionen Mark. Eine durchschnittliche Einschätzung - ca. 100 Millionen Mark - macht genau ein Zwanzigstel des Fehlbetrages aus.

Die Finanzen Westdeutschlands liegen so schief, dass über deren Zurechtrückung zwei genau entgegengesetzte Ansichten bestehen. Die Bank der Deutschen Länder möchte die deflationistischen Tendenzen weiterhin ermutigen; damit erklärt sich Wirtschaftsminister Dr. Ehrhard einverstanden und lässt bei einem Höchstumlauf von 10 Milliarden Mark möglichst wenig Geld zirkulieren. Die am wenigsten orthodoxe, aber jetzt verbreitete Ansicht ist, dass der Umlauf vergrößert werden muß, wenn genügend Geld für all die Projekte aufgebracht werden soll, die danach verlangen: für das Wohnungsbauprogramm der Bergleute, für Neu-ausrüstung der Kohlengruben der Ruhr, für die anbefohlene Wiederansiedlung und Unterstützung von Flüchtlingen und für die Ausdehnung der sozialen Leistungen und Pensionen.

Der finanzielle Wirrwarr hat auch zu anderen wirtschaftlichen Entwicklungen in Westdeutschland geführt. In den letzten 6 Monaten des Jahres 1948 wiesen Länder- und Zentral-Budgets ein Totaldefizit von 1 Milliarde 600 Millionen Mark auf; dringend gebrauchtes Geld strömt in diejenigen Industrien, die nicht zu denen gehören, bei denen eine Kapitalanlage am nötigsten wäre; kurzfristige Kredite, oft enbare Anzeichen einer nicht stabilen Wirtschaft, sind vorherischend geworden, und sogar die Kohlengruben-Industrie wird größtenteils durch Dreimonats-Darlehen finanziert. Die Bank der Deutschen Länder hat versucht, kurzfristige Kredite einzuschränken, hat dies aber nach Auskunft britischer Behörden durch Notbehelfs-Maßnahmen getan, die in naher Zukunft durch etwas Wirksames ersetzt werden müssen.

Die Preise, die zu Weihnachten verhängnisvoll angestiegen sind, sind seither fast stabil geblieben... Dr. Ehrhard glaubt, dass dies der Wendepunkt sei; die britische Ansicht jedoch ist, dass dies nur eine momentane Erscheinung darstellt. Die bizonalen Ämter haben Zahlen

Pressedienst
(PD)

22. April 1949
S. innen des Auslandes - 4 -

für Lebenshaltungs-Indexe veröffentlicht, die sich später als wild optimistisch erwiesen haben. Irgendeine wirkliche Preissenkung durch Vermittlung eines Preisamtes hat nicht stattgefunden. Die Mitglieder des Preiskontrollrates, der im November nur zögernd geschaffen wurde, sind fast identisch mit denen des vorhandenen Preisamtes des Wirtschaftsministeriums, und kein unparteilicher Beobachter sieht dieses für fähig an, objektive Studien und eine wirksame Gesetzgebung vorzunehmen.

Die Mark hat natürlich niemals einen Handelswert gehabt, der auch nur annähernd dem festgesetzten Kurs von 3,3 Mark für einen Dollar entspricht. Kürzlich ist sie auf etwa 7,5 für einen Dollar gekommen statt auf 12 wie vor 3 Monaten; dies ist als Anzeichen wachsender Stabilität ausgelegt worden, britische und deutsche Wirtschaftler sind jedoch nicht dieser Ansicht. Die hauptsächlichste illegale Abwanderung der Mark war der Weg von der französischen Zone nach der Schweiz. Das kürzliche Abkommen mit den französischen Behörden führte plötzlich zu einer strengeren Kontrolle, und die Weltbörsen sind daher im Augenblick knapp an einer Währung, für die sie auf jeden Fall wenig Verwendung haben. Der Kurs der Mark muss deshalb ein künstlicher bleiben und sie kann nicht als handelsfähige Währung angesehen werden.

Die Optimisten haben noch einen Schlussstrich auszuspüren: die Exporte seien gestiegen und steigen noch immer. Tatsächlich haben die Exporte bisher kaum merkliche Fortschritte gemacht, um das sehr bescheiden gesetzte Ziel zu erreichen; sie betrugen im vorigen Jahr einen Wert von 600 Millionen Dollar; England hat seinen Nachkriegs-Export um das Dreifache dieses Betrages vergrößert. Westdeutschlands Ziel für 1952 ist ein Export im Werte von 2 Milliarden Dollar - und dieser letzte Teil des Weges dürfte der schwerste sein."

Pressedienst
(PD)

22. April 1949

Kultur und Feuilleton

=====

William Shakespeares kostbares Erbe

Zur 375. Wiederkehr seines Geburtstages

Unter den Grossen der Weltliteratur, deren Namen unsterblich sind ist William Shakespeare unzweifelhaft einer der grössten, vielseitigsten und genialsten. Noch heute, 375 Jahre seit seiner Geburt, ist er in allen Ländern der Erde gegenwärtig wie kaum ein Zeitgenosse. Nicht nur dass seine Werke in alle Sprachen übersetzt sind, dass seine Dramen noch heute die Bühnen der ganzen Welt beherrschen, sondern es sind auch Hunderte von Zitaten aus seinen Werken derart in den Sprachschatz der verschiedenen Nationen eingegangen und in ihm verwurzelt, dass sie gar nicht mehr als Zitate empfunden werden, wie das in diesem Masse sonst nur noch bei Goethe zu finden ist.

Was Shakespeare gedichtet und geschaffen, hat nicht nur Widerhall bei fast allen Völkern gefunden, sondern hat auch ihr Geistesleben und das Schaffen ihrer Dichter und Denker geformt und beeinflusst. Eine wahre Geistesumwälzung in der Dramatik und Menschengestaltung ist von ihm ausgegangen, er hat neue Anfänge gesetzt und eine neue Geistesperiode hervorgerufen. Seine urwüchsige Ausdruckskraft, seine reale, wirklichkeitstnahe Gestaltung, seine Fähigkeit, Dinge zu zeigen und auszusprechen, wie sie sind, und verwickelte Abgründe der menschlichen Seele sichtbar und verständlich zu machen, ohne sie zu entschuldigen, ist bis in unsere Tage Beispiel für alle Dramatiker und Gestalter. Er hat nicht nur das Geistesleben seines eigenen Volkes entscheidend beeinflusst, so dass die Prägung seines Geistes noch heute fühlbar und sichtbar ist. Sein Einfluss auf das Geistesleben Frankreichs z.B. ist sowohl bei Voltaire wie bei Viktor Hugo, Alfred de Musset und vielen anderen deutlich spürbar. Die Erzähler und Dramatiker der slawischen Völker, besonders Polens und Russlands, haben viele Inspirationen von ihm erhalten, ebenso die nordische Literatur, besonders Björnson, Ibsen und Strindberg. Seinen Einfluss auf das deutsche Geistesleben, die deutsche Literatur, hat Lessing, ein glühender Shakespeare-Verehrer, der ihn wiederholt als höchstes Muster pries, begründet. Goethe und Schiller haben auf ihm aufgebaut und sind ohne ihn undenkbar. Beide haben sich dem großen Genius des englischen Volkes eng verbunden gefühlt.

Man hat Shakespeare oftmals ein Genie der Vielseitigkeit genannt. Wuchtige Dramatik und alle Abgründe der menschlichen Seele, wie im "Hamlet" und im "Macbeth", zarteste Lyrik voll weicher, schimmernder Schönheit, wie in den Liebeszenen von "Romeo und Julia" flüstert, zauberhaft-versponnene Märchenhaftigkeit und zugleich derbe Komik, wie im "Sommernachts Traum", heitere, sprühend-geistreiche Launigkeit wie in den "Lustigen Weibern von Windsor", der "Widerspenstigen Züchtung" oder der "Komödie der Irrungen", historische Grösse wie in der Reihe der Königsdramen, erschütternde Tragik wie im "König Lear", seelische Verwicklungen und Zwiespälte wie in "Mass für Mass", vollendete seelische Harmonie wie in den köstlichen Lustspielen und ausserdem eine Fülle von starken und dann wieder lyrisch-zarten und klangschönen Sonetten - und alles voll packender Lebendigkeit - das alles ist Shakespeare! All das hat er in ver-

Pressedienst
(PD)

22. April 1949
Kultur und Feuilleton - 2 -

schwenderischer Fülle geschaffen, so weit spannt sich der Bogen dieses Geistes. Mehr noch: in fast jedem seiner Werke erleben wir in der Vielfalt der von ihm gezeichneten Gestalten und Charaktere, die Komik neben der Tragik, die Verflechtung beider und ihr Zusammenhang - wie wir ihm im wirklichen Leben begegnen. Und trotz dieser Vielseitigkeit und trotz der Tatsache, dass Shakespeare seine Themen älteren Vorlagen entlehnte, Stoffe und ganze Stücke anderer neuverarbeitete, sind sie in sich geschlossene Meisterwerke. Jedes Stück, jede Zeile, trägt seinen, Shakespeares eigenen Wesenszug. Lessing sagt einmal von ihm in der Hamburgischen Dramaturgie: "Auf die geringste von seinen Schönheiten ist ein Steppel gedruckt, welcher gleich der ganzen Welt zuruft: 'ich bin Shakespeares!' Und wehe der Fremden Schönheit, die das Herz hat, sich daneben zu stellen."

Shakespeare ist mehr als der größte, genialste Dramatiker der englischen Renaissance. Er ist der Schöpfer des modernen Dramas überhaupt. Denn erst er löste das Drama vom antiken Vorbild und hob es aus dem antiken Mysterienstil in die, wie wir heute sagen können, realistische Gestaltung. Wie weit Shakespeare bewusster Realist war, darüber läßt sich zwar streiten, aber Tatsache und von jedem noch heute empfunden, ist die reale Lebensgestaltung in allen seinen Werken, real trotz der zum Teil beibehaltenen Verbrümmungen und Symbolisierungen. Nicht mehr Mysterien, nicht mehr die Mächte des Schicksals, sondern den lebendigen Menschen in seiner vielfältigen Verstrickung und Verkettung mit seiner Umwelt stellt Shakespeare in den Mittelpunkt seiner Werke. Und er zeigt, wie Menschen und ihr Leben sich auf dem Boden dieser Umwelt und im vielfältigen Zusammenhang mit ihm entwickeln.

Besonderes Gewicht legt er dabei immer wieder auf die Darstellung und Herausarbeitung von Gegensätzen im Menschen und im Leben überhaupt. Mit realistischer Schürfe zeichnet er die Doppelnatur des Menschen, die Verhüllung und Beschämung, deren sich die Menschen bedienen und den Selbstbetrug. Er entlarvt das Teuflische in der Maske des Heiligen, die Umlüftung von Schamhülsen in wertvolle Tugend, wie es z.B. der Heuchler Claudius im Hamlet verkörpert. Und über Iago im Spos "Lucrezia" sagt er: "Im stolzen Faltenwurf der Majestät verbirgt sein Stand der Wollust niedere Rücke." Entgegen der sonst in seiner Zeit üblichen Idealisierungen hüllt keine Majestät und kein Königsmantel ihn ab, diese "niederer Rücken" zu zeigen.

Die lebenswahre Schtheit seiner Darstellungen läßt Shakespeare zum unvermeidlichen Gesellschaftskritiker werden, der die bittersten Wahrheiten über feudale Willkür und Unrecht vielfach durch den Mund der komisch-tragischen, oder komisch-weisen Person des Narren, oder die ihm entsprechende Figur ausspricht. So läßt er z.B. den Palstaff in Heinrich IV. in verschiedenen scharfen Wendungen den Krieg verurteilen und prägt u.a. den Ausdruck vom "Kanonenfutter" oder "Pulverfutter", wie es hier heißt. Er gibt in seinem Hamlet den Schauspielern den Auftrag die gesellschaftliche Wahrheit darzustellen, "der Natur gleichsam den Spiegel vorzuhalten: Der Tugend ihre eigenen Züge, der Schmach ihr eigenes Bild, und dem Jahrhundert und Körper der Zeit den Abdruck seiner Gestaltung zu zeigen." Für Shakespeares feudalistische Zeit ist diese seine Forderung nach realistischer Wahrheit und ihrer unvermeidlichen Folge, der gesellschaftlichen Kritik, doppelt revolutionierend.

Pressedienst
(PD)

22. April 1949
Kultur u. feuilleton - 3 -

Dass sich bei Shakespeare und seiner Darstellung der lebendigen Widersprüche in ihrer treibenden Wirksamkeit unzweifelhaft der Einfluss des französischen Philosophen Montaigne geltend macht, ist m.E. nur von zweitrangiger Bedeutung. Dagegen sagt Shakespeare einmal von sich selbst in seinen Sonetten darüber, dass er sich selbst zeichnen und enthüllen wolle: "...mich selbst, der vielleicht morgen ein anderer sein wird, wenn neue Belehrung ihm verändert...", womit seine realistische, fast schon dialektische Auffassung vielleicht am klarsten ausgedrückt ist.

Es ist jedoch eine erstaunliche Tatsache, dass wir über den Menschen Shakespeare selbst, über eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Weltliteratur direkt und zuverlässig nur sehr wenig wissen. Es existiert keine zeitgenössische Biographie über ihn. Es existiert keine Zeile Manuskript, kein Brief eigener Hand, nur ein einziger an ihn gerichteter Geschäftsbrief und 5 bis 6 von ihm geschriebene Namenszüge. Die erste kurzgefasste Shakespeare-Biographie stammt aus dem Jahre 1709, also 93 Jahre nach seinem Tode. Das ist, wie Georg Brandes, einer der besten Shakespeare-Kenner feststellt, gerade so, als wenn die erste Darstellung über Goethes Leben 1925 geschrieben wäre. Das Folge, was wir über Shakespeare wissen, ist in mühseliger Aliearbeit zusammengetragen aus Tausenden von einzelnen Ausserungen, Erzählungen, Berichten, Briefen und anderen Überlieferungen seiner Zeitgenossen. Einigen sehr wesentlichen und eigentlichen einzigen selbstbiographischen Aufschluss geben einige seiner Sonetten, die mehr wie jede andere seiner Schöpfungen in seinem eigenen Namen sprechen.

Nicht einmal der genaue Geburtstag Shakespeares ist bekannt. Wahrscheinlich aber war es der 22. April 1564. Wir wissen nur, dass er am 26. April 1564 getauft wurde. Wie sein Grabstein aussagt, starb er am 23. April 1616 in Stratford am Avon, dem gleichen kleinen Landstädtchen, in dem er 52 Jahre vorher geboren wurde und wohin er 3 Jahre vor seinem Tode zurückgekehrt war. Sein Vater war Gerber und Handschuhmacher, kam später zu Wohlstand und Ansehen, verarmte aber bald wieder und saß verschiedentlich im Schuldgefängnis. Shakespeare begann seine Theater- und Dichterlaufbahn als armer Schlucker, der das Pferd, mit dem er nach London gekommen, verkaufen und die Pferdewartung in einem Mietsstall übernehmen musste. Der Besitzer des Mietsstalles, Burbage, war gleichzeitig der Erbauer und Besitzer des ersten 1576 in England errichteten Theatergebäudes. Von hier aus verschaffte Shakespeare sich Zutritt zum Theater, begann als Gehilfe des Regisseurs, wurde Schauspieler und Theaterdichter, später Mitbesitzer und Direktor des durch ihn weltberühmt gewordenen Globe-Theaters. Theaterdichter bedeutete damals nicht so sehr neue schöpferische Arbeit, sondern vor allem Be- und Umarbeitung älterer Stücke des Schauspiel-Vorrates, um ihnen neue Anziehungskraft zu geben. Theaterstücke gehörten in der damaligen Zeit auch keineswegs zur Literatur, obwohl unter den Theaterdichtern Männer wie Jonson und Marlowe wirkten, deren Stücke ihnen noch heute einen Namen bewahrt haben. Das Theater war gewissermassen gehobene volksbelustigung und nur als solche anerkannt.

Das so wenig von unmittelbaren Zeugnissen über Shakespeares Leben vorhanden ist, erklärt sich zu einem kleinen Teil daraus, dass 1613 das Globe-Theater während einer Aufführung von Shakespeares Heinrich VIII. in Brand geriet und alle Handschriften seiner Schauspiele in

PresseDienst
(PD)

22. April 1949
Kultur u. Feuilleton - 4 -

Flammen aufgingen. Ein unersetzlicher Verlust für die Nachwelt. Ausserdem wurde kurz nach seinem Tod das ganze reiche und vielfältige Theaterleben Englands durch die Puritaner für viele Jahre lahmgelegt. Allerdings erklärt alles dieses nur zum Teil, warum wir über ihn gerade so viel weniger wissen, wie über andere seiner Zeitgenossen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde daher versucht, ausgehend von amerikanischen Shakespeare-Forschern, mit der sogenannten Shakespeare-Bacon-Legende Shakespeares Urheberschaft an seinen Werken zu bestreiten und sie statt dessen dem Philosophen und Politiker Francis Bacon zuzuschreiben. Begründet wurde dies vor allem damit, dass ein von Haus aus so wenig gebildeter Mann wie Shakespeare gar nicht in der Lage gewesen sein könnte, solche Werke zu schreiben, die überdurchschnittliche Kenntnisse und tiefeschürfende Erkenntnisse verraten. Weil er also der arme Jerbersohn, ehemalige Pferdewärter und später schwer kämpfende Schauspieler und Stückebearbeiter war, sollte er nicht die Urheberschaft seiner Werke besitzen dürfen! Und dies nur, weil es Kreise gibt, denen der Gedanke ausserst unangenehm ist, dass ein so überragendes Genie auch in einem Sohne des Volkes lebendig sein und alle Bildungsprivilegien durchrechnen kann.

Der Herausgeber der Werke Bacons und Verfasser seiner Biographie, James Spedding, erklärte dazu als wohl maßgebendster Beurteiler: "Von mir den Glauben zu verlangen, Bacon sei der Verfasser dieser Dramen, ist dasselbe, als mir den Glauben beibringen zu wollen, dass Lord Brougham die Werke von Dickens, Thackeray und Tennyson geschrieben habe. Wäre aber, was ich entschieden leugne, irgendein Grund zu der Annahme vorhanden, dass der Autor ein anderer sei als Shakespeare, so kann ich behaupten: Wer es auch immer sei, Francis Bacon ist es nicht." Abgesehen davon, ist es auch eine Unmöglichkeit, dass Shakespeares Zeitgenossen und zahlreiche Freunde, meist Schauspieler, die durch tägliche Arbeiten mit ihm verbunden waren und ebenso seine Nebenbuhler, die alle zusammen das Hauptmaterial für unsere Kenntnisse über ihn lieferten, nichts davon gemerkt haben sollten, dass Shakespeare nicht der Autor seiner Werke war. Die Legende hat sich daher längst als unhaltbar erwiesen.

Sein Werk aber, das weitaus mehr bedeutet als seine 36 Schauspiele und eine Reihe schöner Gedichte, bewahrt die gesamte Menschheit als ein überaus kostbares Erbe.

Alice Stettiner

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672636

Inhaltsverzeichnis

vom 23. April 1949

Bildung einer ausenpolitischen Kommission beim Partei-
vorstand der SED

Nachrichten

Friedensfreunde schreiben an den Papst
Hauptstadt Deutschlands - Bollwerk des Friedens
Friedensrufe über Zonenschranken hinweg
Universität Halle an die Bonner Universität
Bergarbeiter verständigen sich
Friedenskundgebungen in Dresden, Stralsund und Potsdam
Betriebsarbeiter und Jugendliche stehen im Friedenskampf
MAS-Belegschaften danken der Sowjetunion
Streikabstimmung in Betrieben der britischen Besatzungsmacht
... bis Bonn dem Einheitswillen Rechnung trägt

Pressestimmen

Ausgebissene Löwenzähne

Kommentare

Der Weg zum Frieden
Die Eisenbahner lassen sich nicht missbrauchen
Am 1. Mai - für Frieden und ein besseres Leben
Eine Entschliessung des Wirtschaftsausschusses des
Deutschen Volksrates
Landraub doch perfekt

Artikeldienst

Drei Jahre Arbeit und Kampf (Hermann Matern)

Stimmen des Auslandes

EP Belgiens über Atlantik-Pakt
Interview mit Paul Robeson
Sozialistische Staatskontrolle in der Sowjetunion

Zur Information

Der Kommunismus in Japan

Kultur u. Feuilleton

Von wahren Frieden (Karl Stitzer)
Paris ruft zum Frieden - damals wie heute

Pressedienst
(PD)

23. April 1949

Bildung einer aussenpolitischen Kommission beim
Partei Vorstand der SED

Vom Politbüro der SED wird mitgeteilt:

Im Zusammenhang mit der Verstärkung des Kampfes für die Einheit Deutschlands und den Abschluss eines demokratischen Friedensvertrages mit Deutschland hat das Politbüro eine Kommission für aussenpolitische Fragen beim Parteivorstand der SED gebildet.

Aufgabe dieser Kommission ist es, die Beziehungen der auswärtigen Staaten zu Deutschland zu verfolgen, die internationale öffentliche Meinung und namentlich die demokratischen Bewegungen im Auslande stärker für die aktuellen Deutschlandprobleme zu interessieren und eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die von den verschiedenen Mächten betriebene Deutschlandpolitik durchzuführen.

Der aussenpolitischen Kommission gehören an: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Franz Dähle, Josef Orlopp, Georg Handke, Prof. Paul Wandel, Herbert Warnke, Erich Honecker und Maria Bentzien. Sekretär der Kommission ist Dr. Leo Zuckermann.

Friedensdienst
(PD)

23. April 1949.

N a c h r i c h t e n =====

Friedensfreunde schreiben an den Papst

Eine Mahnung gläubiger Katholiken Sachsens-Anhalts an Pius XII.

H a l l e , 23.4. (E.B.)

"Mehr denn je sehnt sich die gesamte Menschheit nach einem Weltfrieden, um alle Not und alles Leid zu lindern und die wirtschaftlichen Sorgen zu überwinden", lautet ein o f f e n e r B r i e f aus den Kreisen der Gläubigen der römisch-katholischen Kirche Sachsens-Anhalts, an Papst Pius XII, in welchem sie den Papst ermahnen, dass er gemeinsam mit den friedliebenden Völkern der Welt die Herbeiführung des Weltfriedens unterstützen möge.

Gleichzeitig ist dieser Brief der Ausdruck unverkennbaren Unmutes der Katholiken über die vom Vatikan und anderen kirchlichen Stellen an den Tag gelegte abgewandte Haltung gegenüber dem Weltfriedenskongress.

"Nur durch Verständigung zwischen den Völkern kann der Weltfrieden gesichert werden", heisst es in dem Briefe weiter. "Auf dem Pariser Weltfriedenskongress wird den Kräften, die wieder einen Weltbrand entfachen wollen, bewiesen, dass die Kräfte des Friedens stärker sind. Wir bitten den Heiligen Vater, den Weltfriedenskongress zum Wohle aller Völker zu unterstützen."

Hauptstadt Deutschlands - Bollwerk des Friedens

B e r l i n , 23.4. (F.D.)

"Der Kampf um die Einheit Berlins, um die Einheit Deutschlands ist untrennbar mit dem Kampf für den Frieden verbunden. Alle Menschen, die gegen den Krieg sind, müssen sich in einer mächtigen Friedensfront organisieren. Und Berlin muss ein starkes Bollwerk in dieser Front werden." Mit diesen Worten legte Klaus Gysi vom Kulturbund gestern im Namen der Teilnehmer an der Friedenskundgebung im Friedrichstadt-Palast und im Namen aller friedliebenden Berliner ein Bekenntnis zu den Zielen der Pariser Weltfriedenskonferenz ab.

Unter dem Motto "Den Frieden lieben, gegen den Tod kämpfen, an das Leben glauben", das von der festlich geschmückten Bühne grüsste, sprach als erster der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, Wilhelm K o e n e n . Er gelassene die Versuche, Westdeutschland zu einem neuen Kriegsherd zu machen. In dieser Situation bedeuten die Einberufung und die Wahlen zum 3. Volkskongress einen neuen Höhepunkt der Millionenbewegung für den Frieden. "Alle müssen sich darüber klar sein", rief der Redner unter lebhaftem Beifall, "Kampf gegen die Kriegshetzer bedeutet Kampf um die Rettung der Menschheit!"

Elli S c h m i d t vom DFD richtete einen Gruss an die Frauen aus aller Welt und erklärte: "Die Frauen können die gewaltigste Friedenskraft sein. Der Friedenskampf des deutschen Volkes beginnt, er muss verstärkt werden. Die deutschen Frauen und insbesondere der DFD versprechen, nicht nur den Frieden zu wünschen, sondern auch für ihn zu kämpfen."

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

23. April 1949

-- 2 --

Hermann Schlimme vom FDGB erklärte, es wäre notwendig, dass sich die Gewerkschaften in die vorderste Reihe der Antikriegsfront stellen.

Professor Niekisch von der Humboldt-Universität rechnete in glänzender Weise mit den Urhebern des Atlantikpakt ab.

"Solange noch Völker um ihre Unabhängigkeit kämpfen, ist die Prätze Hitlers nicht vom Erdboden getilgt", erklärte Heinz Fried (CDU). "Noch gibt es überall da Kriegsbrandstifter, wo das kapitalistische Unrecht herrscht. Aber", fügte er unter stürmischem Beifall hinzu, "die Völker fürchteten einst den Krieg, mögen die Kriegshetzer heute die Völker fürchten!"

Zum Schluss der eindrucksvollen Kundgebung verlas Klaus Gysi im Namen von rund 1 300 Berliner Betrieben, die sich in inzwischen eingegangenen Entschliessungen zu der Idee der Weltfriedenskonferenz bekannten, ein Telegramm an den Kongress in Paris als Gruss der Werktätigen des arbeitenden Berlins.

Friedensrufe über Zonengrenzen hinweg

Universität Halle an die Bonner Universität

H a l l e , 23.4. (E.B.)

Die 1 500 Angehörigen der Martin-Luther-Universität in Halle, u.a. Rektor, Dekane, Professoren und Lektoren, richteten am Tage der Eröffnung der Weltfriedenskonferenz in Paris und Prag an ihre Kollegen an der Universität in Bonn ein Schreiben mit der Aufforderung, gleichfalls alle Kräfte einzusetzen gegen das Besatzungsstatut, das Ruhrakt und die volkreindlichen Beschlüsse des Bonner Parlamentarischen Rates.

"Bekundet Euren eindeutigen Willen für die Verbundenheit mit allen friedliebenden Völkern der Welt", heisst es in dem Schreiben. "Während die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder immer wieder ihren Willen zeigen, mit der Welt in Frieden zu leben, wird durch das Besatzungsstatut dem deutschen Volke ein gerechter Frieden verweigert und durch den Nordatlantikpakt die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen. Alles das macht eine gesamtdeutsche Beratung aller Parteien und Organisationen erforderlich, damit wir als geschlossene Kraft auftreten können. Nur durch diese Geschlossenheit können wir wirksam für die Verständigung zwischen allen Völkern der Welt eintreten. Es darf nie Wirklichkeit werden, dass Rüstungsgewinnler und Atombomben-fabrikanten in Amerika, England und Frankreich die Welt erneut in ein Blutbad stürzen. Deshalb ist die Weltfriedenskonferenz unsere eigene Sache. Wordert auf Euren Spruchbändern am 1. Mai gleichfalls: Völkerverständigung und Völkerfrieden."

- 3 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

23. April 1949

- 3 -

Bergarbeiter verständigen sich

Die Kumpels des Bitterfelder Braunkohlenreviers, Werk "Freiheit", wandten sich mit einem Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen Kriegshetze, Not und Elend an die Kumpels des Ruhrgebietes: "Schon wieder bilden die Imperialisten militärische Blocks, die das friedliche Zusammenleben der Völker bedrohen. Aber wir wollen kein neues Blutbad, deshalb rufen wir Euch auf, mit uns einen festen und dauerhaften Frieden zu gestalten und ein antifaschistisches demokratisches Deutschland zu schaffen."

Das dem Mückenberger Braunkohlenrevier angeschlossene Werk "Domsdorf" übermittelte den Kumpels der Schachtanlage Bismarck I und II in Buer, Kr. Recklinghausen, und den Kumpels der Zeche "Zentrum" in Wattenscheid solidarische Kampfesgrüsse. In dem Brief heisst es u.a.: "Wir sehen unsere schönste Aufgabe darin, unseren Zweijahrplan vorzeitig zu erfüllen und damit den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und die Verbesserung des Lebensstandards aus eigener Kraft zu gewährleisten. Deshalb haben wir uns vorgenommen, die Gesamtjahresleistung für Grube, Abraum und Brikettfabrik schon in 11 Monaten zu schaffen. Aber Euch rufen wir zu: Lasst im Euren Kampf gegen Reaktion und Monopolkapitalismus nicht nach und zerschlagt die Konzerne. Fort mit dem Ruhrstatut. Die Ruhrkohle gehört dem deutschen Volke. Es lebe die Einheit Deutschlands."

Friedenskundgebungen in Dresden, Stralsund und Potsdam

B e r l i n , 23.4. (E.B.)

In und vor dem Hygiene-Museum in Dresden sprachen Max Seydewitz, sächsischer Ministerpräsident, die Schriftsteller Jan Petersen, Bodo Uhse, Alfred Kantorowicz, Alexander Stenbock-Fermor und Ludwig Renn zu Tausenden Werktätigen. In einem Telegramm an den Weltfriedenskongress in Paris gelobten die Versammelten, mit den Friedensfreunden in allen Ländern gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter zu kämpfen, um den Frieden zu sichern.

Auf dem Alten Markt in Stralsund strömten 18 000 Einwohner zusammen, um beim Schein von vier grossen Friedensfeuern eine Ansprache des mecklenburgischen Landtagspräsidenten, Carl Mollathmann, zu hören.

Die Teilnehmer der Kundgebung richteten an den Weltfriedenskongress ein Grüssotelegramm.

Mehr als 10 000 Werktätige demonstrierten im Potsdamer Lustgarten für den Frieden. Volksrat Willy Sägebrecht zitierte in seiner Ansprache die Worte eines Arbeiters des Karl-Marx-Werkes: "Lieber viel Schweiß für friedliche Arbeit strömen lassen als einen Tropfen Blut für die Interessen des Monopolkapitals vergossen" und bezeichnete sie als beispielhaft für die Meinung aller friedliebenden Menschen. An die Weltfriedenskongresse in Paris und Prag wurden Grüssbotschaften telegrafisch übermittelt.

- 4 -

PresseDienst
(PD)

Nachrichten 23. April 1949
- 4 -

Betriebsarbeiter und Jugendliche stehen im Friedenskampf

P o t s d a m , 23.4. (E.B.)

Die Belegschaft des volkseigenen Hans-Ammon-Werkes in Eberswalde b/Berlin, 1 000 Eberswalder Jugendliche sowie über 400 Einwohner des Ortes Pinow-Mark brachten in Versammlungen ihre Übereinstimmung mit den Zielen der Weltfriedenskongresse zum Ausdruck und sprachen den Wunsch aus, dass diese Deutschland dem ersehnten Frieden und der nationalen Einheit näherbringen mögen.

MAS-Belegschaften danken der Sowjetunion

B e r l i n , 23.4. (E.B.)

Mit herzlichen Worten stellen die Belegschaften der Maschinen-Ausleihstationen sowjetischen Kreiskommandanten schriftlich ihren Dank ab für die grosszügige Hilfe, die mit den Traktoren-Lastkraftwagen- und Ersatzteillieferungen aus der Sowjetunion verbunden ist.

Die Einwohnerschaft des Kreises Spremberg z.B. schreibt: "Das deutsche Volk muss anerkennen, dass die Sowjetunion sein wahrer Freund ist. Amerika liefert Panzer für den Krieg, die Sowjetunion Traktoren für die Friedenswirtschaft. Dafür übermitteln wir der Sowjetunion unseren herzlichen Dank."

"Mit bestem Dank bestätigen wir den Empfang der ersten 5 Fahrzeuge für die MAS I Templin", heisst es in einem anderen Brief an die sowjetische Kreiskommandantur Templin, der mit dem Versprechen schliesst: "Wir werden die freundschaftlichen Bande mit den sowjetischen Völkern noch enger knüpfen und uns mit der Arbeit für den Zweijahrplan, mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands noch entschlossener in die internationale Friedensfront einreihen."

Die Belegschaft der MAS II Lychen verbindet mit herzlichen Dankworten das Gelöbnis, "durch intensive Bodenbearbeitung höhere Ernteerträge zu erzielen und damit einen höheren Lebensstandard für alle zu erreichen. Dadurch werden wir den Imperialisten und ihren Schumacher-Agenten beweisen, dass wir in Freundschaft mit der Sowjetunion die Freundschaft aller friedlichen Menschen der Welt erringen werden."

Streikabstimmung in Betrieben der britischen Besatzungsmacht

K i e l , 23.4. (E.B.)

Die bei britischen Dienststellen in Schleswig-Holstein beschäftigten 41 000 deutschen Arbeiter und Angestellten müssen einen schweren Kampf um ihre selbstverständlichen Rechte und um Lohnerhöhungen führen, erklärte auf einer Versammlung der Sprecher der Fachgruppe "Englische Betriebe der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" in Kiel. Er kündigte an, dass in Hamburg 30 000 Arbeiter dieser Betriebe eine Urabstimmung über einen Streik durchführen, um den Waffall des Lohnabzuges von 6,5 % für Angestellte durchzusetzen, der entsprechend der Notverordnung des früheren Hungerkanzlers Brüning vorgenommen wird. Darüber hinaus fordern die Empfänger der Lohngruppen 10 - 14 Zulagen in Höhe von 6 und 20 % sowie die nach den Lohngruppen A, B und C Beschäftigten eine Erhöhung von 30 % und

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

23. April 1949

- 5 -

die Verringerung der Lohnspannen zwischen Gelehrten und Ungelernten. Um diese Lohnerhöhungen verhandeln die Gewerkschaften mit der Landesregierung seit Mitte November des Vorjahres. Wenn sich Hamburg für einen Streik entscheidet, werden sich die bei britischen Dienststellen beschäftigten 41 000 Arbeiter und Angestellten Schleswig-Holsteins dem Streik anschließen.

Zu diesen Forderungen streikentschlossener Belegschaften britischer Besatzungsbetriebe wird noch bekannt, dass Lohnkommissionen der schleswig-holsteinischen Landesregierungen durch die Betriebe gingen und sagten: "Sind Sie bereit, in die Gruppe 7 statt in Gruppe 6 zu gehen, sonst sind Sie entlassen". Der Gewerkschaftssprecher fügte hinzu: "Die Minderung der Besatzungskosten spart die Regierung bei den deutschen Arbeitern ein. Die Ausgaben für Erholung, Klubs und Wünsche der Besatzungsmacht werden nicht abgebaut. Weil schon Tausende auf der Strasse liegen, kann die Besatzungsmacht mit Kündigungen drohen und die Gehälter senken."

"Unmittelbar nach 1945 war jeder Arbeitnehmer mehr oder weniger Freiwild der Besatzungsmacht". Entlassungen von einem Tag zum anderen wurden ohne Kündigungen, Zeugnisse, usw. vorgenommen. Es gab 1947 erhebliche Komplikationen mit der Landesregierung und den Feststellungsbehörden um einen angemessenen Urlaub. Die Landesregierung wurde in 60 Fällen verurteilt, Gelder für Kündigungsfristen bei Angestellten nachzuzahlen. Das Land und die britische Militärregierung hatten versucht, Kündigungsfristen ausser Kraft zu setzen. Für die Zeit vom 1. bis 15.6.1948 wurde das Land Schleswig-Holstein zu 1,5 Millionen DM verurteilt, die wegen der Währungs-umstellung in DM nachzuzahlen waren.

... bis Bonn dem Einheitswillen Rechnung trägt

C o t t b u s ; 23.4. (E.B.)

"Bei der nötigen Entfaltung des Einheitsgedankens muss und wird der Bonner "Parlamentarische Rat" dem Einheitswillen der Bevölkerung West- und Ostdeutschlands Rechnung tragen", schreibt die Referentin Frau K a l k u s , Cottbus, zur ablehnenden Antwort, die Bonn auf die Einladung des Deutschen Volksrates zu einem gesamtdeutschen Treffen in Braunschweig erteilte.

Der Gleisarbeiter Paul R e i c h e aus Saspow (Krs. Cottbus) vertritt den Standpunkt: "Wir müssen durch unsere Aktivität die westlichen Politiker zwingen, ihre Hörigkeit gegenüber den Imperialisten abzustreifen. Dazu müssen wir die Arbeitermassen und alle aufrechten Menschen zum Kampf für die Einheit Deutschlands vereinen."

Der Vertreter des Jugendamtes Cottbus, K l e o , hofft, "dass auch im Westen die Menschen Sturm laufen werden gegen die Herren in Bonn. Wenn sich alle gemeinsam für die Einheit Deutschlands einsetzen, dann muss dieses nationale Werk gelingen."

PresseDienst
(PD)

23. April 1949

P r e s s e s t i m m e n

=====

Ausgeblauene Löwenzähne

Die "Berliner Zeitung" vom 23. April 1949 schreibt:

"Vier Kriegsschiffe der britischen Jangtse-Flotte hatten nichts Besseres zu tun, als mitten in die Kampfhandlungen hineinzufahren, die mit dem Übergang der Volksarmee über den Jangtse unvermeidlich verbunden sind. Als die vier Kriegsschiffe in den Beschuss der Artillerie gerieten, die den Übergang der Volksarmee zu decken hatte, hielten sie ihre eigene Anwesenheit für eine Kriegserklärung und erwiderten die Feuer. Das Ergebnis war eine eklatante Niederlage des britischen Löwen, der sich einige Zähne ausbrach. Das Kanonenboot "Amethyst" wurde durch die Artillerie der Volksarmee kampfuntüchtig geschossen, die drei anderen Schiffe erreichten nur mit schweren Beschädigungen Schanghai. 42 britische Seeleute fanden auf dem Jangtse den Tod, 100 britische Matrosen wurden verwundet.

Der Zwischenfall wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Was hat eine britische Flotte überhaupt auf dem Jangtse zu suchen? Weshalb begibt sich diese Flotte, wenn sie dort schon einmal vorhanden ist, mitten in das Operationsgebiet? Mit welchem Recht erwidert diese Flotte das Feuer, wenn sie wider Recht und Vernunft sich in einem fremden Kampfgebiet befindet und daher unter Beschuss gerät?

Der konservative "Daily Graphic" schreibt zwar: "Britische Schiffsgeschütze haben Asien bewiesen, daß der Löwe, der sonst so friedfertig ist, seine Zähne zeigen und nötigenfalls auch gebrauchen wird, wenn man ihn reizt", aber die übrige britische Presse ist in einige Verlegenheit über den unzeitgemäßen und verlustreichen Gebrauch der Löwenzähne geraten.

"Manchester Guardian" verlangt von der Regierung eine "offene Erklärung" auf der nächsten Parlamentsitzung am kommenden Dienstag. Diese Erklärung habe Außenminister Bevin abzugeben und nicht die Admiralität, und er müsse die Frage beantworten, weshalb die britischen Schiffe flussaufwärts in Bewegung gesetzt wurden, während sich die chinesischen Streitkräfte am Jangtse gegenüberstanden. "News Chronicle" spricht von einem "sehr unangenehmen Vorfall" und fragt ebenfalls, ob es denn notwendig gewesen sei, daß die britischen Schiffe gerade jetzt nach Nanking fahren. Am klarsten stellt der "Daily Worker" die Frage, weshalb denn überhaupt britische Marineeinheiten in China stationiert seien. Alle britischen Truppen und Kriegsschiffe müßten sofort aus China abberufen werden.

Auch wir glauben, daß die britische Flotte, wenn sie durchaus immer noch fangen will, in britischen Gewässern genug Gelegenheit dazu finden dürfte. In China hat sie schon längst nichts mehr zu suchen."

PresseDienst
(PD)

25. April 1949

K o m m e n t a r e

=====

Der Weg zum Frieden

(PD)

In einem wohlweislich in Deutschland nicht veröffentlichten Interview mit der Stockholmer Abendzeitung "Expressen" erklärte Dr. Schumacher am 12. April: "Viele unserer Leute in der Ostzone werden verhartet. Aber wir wissen, was sich hinter dem eisernen Vorhang zuträgt, der vor unseren Ostprovinzen niedergegangen ist. Wir haben ein starkes Nachrichtenwesen. Das kostet leider das Leben vieler unserer Jungen und Mädel. Leider ist es aber notwendig."

Ist es nicht ein trauriges Zeichen deutscher Zustände, daß kaum vier Jahre nach dem Ende des grausigen Krieges ein deutscher Parteiführer offen bekundet, daß er gegen seine eigenen Landsleute Spionage und Sabotage betreibt? Zeigt es nicht deutlich, daß Dr. Schumacher nicht Frieden und Verständigung in einem einigen Deutschland sucht, sondern in Interesse derer handelt, die auf deutschem Boden mit 70 000 Soldaten Manöver "gegen einen angenommenen Feind aus dem Osten" durchführen?

Wie klein und lächerlich erscheinen aber doch diese amerikanischen Kriegsmanöver auf deutschem Boden, wenn man sie mit der geballten Energie der 600 Millionen vergleicht, deren Vertreter zu dieser Stunde in Paris und Prag zusammengekommen sind, um über Mittel und Wege zu beraten, mit denen der Frieden aufrechterhalten und erkämpft werden kann. Denn das ist das besondere Kennzeichen dieses einzigartigen Parlamentes, das dort nicht verstaubte Herren im Bratenrock und Schwalbenschwanz akademische Reden halten, für die sich niemand interessiert. An der Seine und an der Moldau sind Menschen zusammengekommen, lebendige Menschen, Arbeiter und Bauern, Professoren und Geistliche, Frauen und Mütter, Menschen, die in tausend Zungen reden, aber allen verständlich der einen tiefen Gewißheit Ausdruck verleihen: Der Krieg kann verhindert, der Frieden gesichert werden.

Inmitten der Delegierten in Paris und Prag befinden sich auch die besten Vertreter unseres deutschen Volkes. Sie sprechen nicht für einzelne Zonen, nein, sie sind getragen vom Friedenswillen des überwiegenden Teiles unseres Volkes im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Mag die brutale Willkür westlicher Besatzungsmächte auch noch so hohe Grenzwauern durch Deutschland ziehen, den Willen zur Einheit, den Kampf zur Niederbrechung dieser künstlichen Grenzen können sie nicht zum Erlahmen bringen. Die brüderliche Aufnahme der wirklichen Vertreter des deutschen Volkes im Kreise der 600 Millionen gibt uns allen, die wir im täglichen Kampfe um ein neues demokratisches und freies Deutschland stehen, die Gewißheit, hinter uns und mit uns die Zukunft der Menschheit marschiert.

Die besten Kräfte der Nation, die wirklich national denkenden Teile der Bauernschaft und des Bürgertums mit der Arbeiterklasse haben sich zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Der organisatorische Ausdruck dieser Gemeinschaft auf neuer Basis ist der Deutsche Volkskongress und der aus ihm hervorgegangene Deutsche Volksrat. Er ist zum Sprecher der Nation geworden, er weist der Nation

PresseDienst
(PD)

23. April 1949
Kommentare - 2 -

Dr. Schumacher und andere ihm gleichgesinnte Politiker des Westens haben sich bereits gegen Deutschland entschieden. Dr. Schumacher rührt bereits mit seinen Spionage- und Sabotagegruppen den Krieg gegen die demokratische Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone. Die ehrlichen Sozialdemokraten aber und alle anderen Deutschen, die nicht von der nationalen Selbstzerfleischung zum internationalen Völkermord kommen wollen, alle diejenigen, werden sich in den bevorstehenden Wahlen zum dritten Volkskongress für die Wiedererringung unserer nationalen Einheit, für eine demokratische deutsche Republik und für die Freundschaft mit allen Völkern entscheiden. Je einheitlicher und einmütiger dieser Wille unseres Volkes zum Ausdruck kommt, umso eher wird es seine Forderungen durchsetzen, umso eher wird an die Stelle eines versklavenden Besatzungsstatutes ein gerechter Friedensvertrag treten, umso sicherer wird für das deutsche Volk wie für alle Völker der Erde die Forderung von Paris und Prag erfüllt, der Friede und die Zukunft der Menschheit gesichert.

(H.M.)

Die Eisenbahner lassen sich nicht misbrauchen

(PD)

Berlin ist seit langem von den reaktionären Kräften dazu aussersehen, als Experimentierfeld für die Kriegshetzer und ihre Provokationen zu dienen. Wenn an einer Stelle die brennende Zündschnur ausgetreten ist, versuchen die Kriegsorbanstifter, das Feuer an einer anderen Stelle zu entzünden. In diesem Spiel ist der Eisenbahn ein besonderer Platz zugewiesen. Ihre lebenswichtige Bedeutung für das Wohlergehen und Funktionieren einer Millionenstadt läßt sie für die Kriegshetzer und Provokateure für ihre Zwecke als besonders geeignet erscheinen.

Der "Tagesspiegel" hatte dieser Tage eine ganze Serie von Provokationen auf der S-Bahn aufgezählt, die alle den heißersehten "ernsten Zwischenfall" herbeiführen sollten. Zum Beispiel das Aufstellen von Maschinengewehren - ganz wie im Kriege -, um den Verkauf der Westzeitungen auf den Westbahnhöfen der S-Bahn "durchzuführen". Der letzte der Versuche in diesem provokatorischen Reigen war der Plan der UGO, die S-Bahn durch einen Streik lahmzulegen. Wessal waren die Drahtzieher überzeugt, daß die Regie klappen und das Spiel mit dem Feuer gelingen würde. Die Eisenbahner haben das provokatorische Spiel durchschaut und der Unternehmeragentar und ihren Hintermännern eine eindeutige Abfuhr erteilt. Die ablehnende Haltung der Eisenbahner ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Dennoch geben die Kriegshetzer und Provokateure ihr Spiel nicht verloren und hoffen, einen S-Bahn-Streik inszenieren zu können. Ausserdem nehmen die Schwierigkeiten in den Westsektoren von Tag zu Tag katastrophale Formen an. Natürlich geht es der UGO und ihren Hintermännern nicht um die Verbesserung der Lebens-

- 3 -

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Kommentare - 3 -

lage der Eisenbahner. Diese ist ihnen genau so gleichgültig, wie ihnen die Lebensverhältnisse der übrigen werktätigen gleichgültig sind. Kaltblütig sehen sie zu, wie in den Westsektoren die Wirtschaft dem Zusammenbruch entgegengeht und auf den Arbeitsämtern, den Stempelstellen, wie in den Jahren der Krise und der Massenerwerbslosigkeit, mehr Arbeiter anzutreffen, sind als in den Fabriken.

Das Angebot des Oberbürgermeisters Ebert, der Westsektorenwirtschaft und der werktätigen Bevölkerung durch Wirtschaftsverträge und Lieferung von Frischgemüse zu helfen, wurde abgelehnt und nach wie vor beharrlich der Kurs verfolgt, unhaltbare Zustände zu schaffen und Provokationen herbeizuführen. Der "Tagespiegel" hat aus der Schule gepaukt, warum für die Kriegshetzer die Auslösung eines S-Bahn-Strikes so wichtig ist. Man hofft durch eine Lahmlegung des S-Bahnverkehrs, das ganze Verkehrssystem der Reichsbahn in Unordnung zu bringen und sich den Schiffsverkehr in Mitteldenschaft zu ziehen. Eine Arbeitsniederlegung auf der S-Bahn würde die Möglichkeit geben, so leicht man, eine Blockierung des Güter- und Personenverkehrs der Ostzone herbeizuführen. Das sind die Motive für das beharrliche Bemühen der UGO, die S-Eisenbahner zur Arbeitsniederlegung zu gewinnen. Nicht nur die Eisenbahner, die ganze Berliner Bevölkerung muß aufmerksam die Bemühungen der Brandstifter verfolgen und den Provokateuren auf die Finger klopfen. Auch ein erneuter Versuch der UGO, die Eisenbahner zu provokatorischen Zwecken zu gebrauchen, muß mit einer eindeutigen Niederlage für sie und ihre Drahtzieher enden.

(L.M.)

Am 1. Mai - für Frieden und ein besseres Leben

B e r l i n (PD)

Die Völker sind in Bewegung zur Verteidigung des Friedens. Das riesige und für manche unerwartete Ausmaß dieser Weltbewegung ist den Kriegstreibern des Atlantikpakt in die Knochen gefahren. Sie erkennen ihre eigene tatsächliche Schwäche. In Deutschland konzentriert sich die Aktion für den Weltfrieden um den Deutschen Volkskongress, der alle Kräfte der Demokratie im Kampf für die deutsche Einheit und einen gerechten Friedensvertrag sammelt.

Wie können die Spalter unseres Landes und die Kriegshetzer darauf reagieren? Nicht anders, als mit Lügen, Provokationen und Verboten. Da sie jede Selbstbestimmung des deutschen Volkes auf die tiefste verachten - siehe Bonn! -, haben die westlichen Besatzungsmächte jetzt die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongress (am 15. und 16. Mai) in den 3 Berliner Westsektoren verboten. In einer antlichen Auslassung der 3 westlichen Militärregierungen wird dazu die in ihrer Verlogenheit groteske Erklärung abgegeben: "Die westmächte seien stets für ein geeintes Deutschland eingetreten, dem es frei stehe, seine eigene Regierungsform zu bilden." Zu diesem Zwecke haben die westmächte sich geweigert, einen Friedensvertrag für Deutschland zu beraten und die Außenministerkonferenz in London

- 4 -

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Kommentare - 4 -

gesprengt. Zu diesem Zwecke haben sie westdeutschland ein Besatzungsgesetz aufgezwungen und dem Bonner Rat vorgeschrieben, im Grundgesetz zum Separatstaat nicht um Haarsbreite vom Diktat der Militärgouverneure abzuweichen. Auf diese Weise treten sie "stets für ein geeintes Deutschland" ein. Dazu paßt das formelle Verbot der Wahl zum deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden. Ihre antidemokratische Gewaltpolitik verbrämen die Kriegstreiber mit einer nicht mehr zu überbietenden Heuchelei.

Auch der diesjährigen Maifeier, die dem Kampf um Einheit und gerechten Frieden machtvollen Ausdruck verleihen wird, sehen die Kriegstreiber mit Hangen und Bangen entgegen. Schon hat die amerikanische "Neue Zeitung" angekündigt, daß die Kriegshetzer irreführende Menschen aufputschen könnten, um am 1. Mai "gewalttätige Zwischenfälle zu inszenieren". In solchen Provokationen haben die amerikanischen reaktionäre Übung. Am 1. Mai 1936 streikten die amerikanischen Arbeiter für den Achtstundentag. In Chicago, dem Mittelpunkt der damaligen amerikanischen Arbeiterbewegung, warf ein Polizeispitzel eine Bombe. Die Reaktion schob diese Tat den Arbeitern in die Schuhe; die Führer der Streikbewegung wurden angeklagt, zum Tode verurteilt und öffentlich gehängt. So geschehen in "Gottes eigenem Land", dem "Land der Freiheit". Wenn solche Provokationen der "eisernen Ferra" des Monopolkapitals gegen die Arbeiterbewegung noch aus dem grenzenlosen Klassenhaß der Grossausbeuter zum mindesten erklärlich sind, so liegt der Fall doch ernster, wenn ein sogenanntes sozialdemokratisches Blatt im Dienste der Kriegstreiber ähnliche Provokationen vorbereitet.

Der "Telegraf" (Herausgeber Arnold Scholz, Paul Lobe, Annedore Leber) schreibt zu den Maikundgebungen: "Es könnte sein, daß die irrsinnliche Bevölkerung sich die Provokation der Kommunisten nicht widerspruchslos gefallen lassen würde. In diesem Falle müßte dann die Polizei zum Schutze der kommunistischen Demonstranten eingesetzt werden und dieses Schauspiel sollte Westberlin erspart bleiben." All diese erise verlangt der "Telegraf" von den Militärregierungen das Verbot der Maikundgebung, die für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden demonstrieren. Im Hintergrund hatten die Reuter, Neumann, Schwennicke jene faschistische Meute bereit, die seinerzeit am Brandenburger Tor provozierte und rote Fahnen zerriss.

Die Herren werden sich gründlich täuschen. Am 1. Mai gehört die Straße - wie es Tradition der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten ist - den für den Weltfrieden und ein besseres Leben demonstrierenden Werktätigen. Dieser Aufmarsch wird auch in Berlin solche Massen auf die Beine bringen, aus den Spalttern und Kriegstreibern jede Lust zum provozieren vergehen wird.

(W.B.)

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Kommentare - 5 -

eine Entscheidung des Wirtschaftsausschusses
des Deutschen Volksrates

B e r l i n (PD)

In einer Entscheidung hat der Wirtschaftsausschuss des Deutschen Volksrates Sinn und Zweck des Volkswirtschaftsplanes 1949 noch einmal allen Deutschen vor Augen geführt.

Denn der Volkswirtschaftsplan 1949, der jenen Teil des Zweijährplanes umfaßt, der in diesem Jahr erfüllt und übererfüllt werden muß und das Wollen aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte unseres Volkes zum Ausdruck bringt, ist den großen politischen Zielen des Deutschen Volksrates untergeordnet. Er dient der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und ist ein Teil unseres Kampfes um ein einheitliches demokratisches Deutschland und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages.

Er geht davon aus, daß die durchschnittliche Steigerung der industriellen Produktion um 16 % den gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau sichert, wobei der Steigerung der Produktion in der Grundstoffindustrie und der erhöhten Herstellung von Produktionsmitteln der erste Platz eingeräumt wird, denn nur so kann die notwendige Erzeugung von Gebrauchsgütern für die Bevölkerung, von Geräten und Düngemitteln für die Landwirtschaft, von Artikeln für die Ausfuhr und damit für die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln gesichert werden.

In unserer eigenen Landwirtschaft werden alle Anstrengungen gemacht werden, um die Hektarerträge bei Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Ölrüchten um mindestens 10 Prozent zu steigern. Die KAS, die besonders den wirtschaftlich schwachen Bauern helfen, werden nicht nur diese Aufgabe erfüllen. Sie sind zugleich Ausdruck der engeren Verbundenheit von Stadt und Land und die Zentren eines wahrhaft fortschrittlichen kulturellen und politischen Lebens auf dem Dorfe.

Mit den steigenden Leistungen in Industrie und Landwirtschaft steigt gleichzeitig die Beanspruchung der Verkehrsmittel. Ihr wird eine 12,8-prozentige Steigerung des Güterverkehrs gerecht, die durch bessere Verkehrsplanung, volle Ausnutzung unserer Binnenschifffahrt und verbesserte Organisation des Kraftverkehrs gewährleistet wird.

Unter allen Umständen müssen die Preise der Waren stabil bleiben. Die Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher wird ihren Teil dazu beitragen.

Daß der Plan von allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes getragen wird, dafür sind die breite Entfaltung der Aktivistenbewegung und die immer zahlreicheren Wettbewerbe innerhalb der Betriebe und zwischen den Betrieben das beste Beispiel. So erhöhen die Werktätigen die Produktion, steigern und verbessern die mit neuen Wegen.

Den Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern gibt die Verbesserung ihrer materiellen Lage die Möglichkeit, ihr Können voll

Pressegenoss
(PD)25. April 1949
Kommentare - 6 -

zu entralten und mit der technischen Entwicklung in der Welt Schritt zu halten. Der Auf- und Ausbau aller sanitären Einrichtungen schützt die Volksgesundheit. Gründlichere Schulung unserer Kinder und Jugendlichen auf Schulen, Gewerbeschulen und Universitäten, neue Leistungen unserer Künstler und Kulturschaffenden fördert und fördert dieser Plan.

Er macht eine gewaltige Wandlung sichtbar. Menschen, die in der ersten Nachkriegszeit noch hoffnungslos vor dem Chaos standen, verlassen sich wieder auf ihre eigene Kraft und gehen zielbewusst und zukunftsreich an den Aufbau eines besseren Lebens.

In knappen Sätzen stellt die Entschliebung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates dieser Entwicklung gegenüber, auf welchen Weg das deutsche Volk im Westen und Süden unseres Vaterlandes durch die amerikanischen und englischen Kolonialherren und ihre Helfer aus den Reihen der westdeutschen Großkapitalisten und Parteiführer, denen als einzige Vertreterin deutscher Interessen die Kommunistische Partei gegenübersteht, geführt wurde.

Aus der "Hilfe" des Marshallplans wurde das Ein- und Ausfuhrmonopol der J.B.I.A. Ruhr- und Besatzungsstatut lieferten das Land den ausländischen Monopolherren aus. Die Sperrung des Handels mit der sowjetisch besetzten Zone führte zur verschärften Spaltung Deutschlands. Demontage und Beschränkung der Industrieproduktion schalteten die deutsche Konkurrenz aus und bringen Arbeitslosigkeit und ewige Versklavung. Im Sinne des Atlantikpakt will man Westdeutschland wieder zu einer entmenschlichten und zum Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz im Interesse der anglo-amerikanischen Imperialisten gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder machen.

In dieser Situation ist die Entschliebung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates ein wichtiges Dokument, das den Weg zeigt, der zur Einheit und Selbständigkeit des deutschen Volkes führt und damit zur Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens beiträgt.

(W.Z.)

Landraub doch periekt

B e r l i n (PD)

Nachdem die Westmächte und ihr deutsches "Hilfspersonal" versucht hatten, mit einem demagogischen Ablenkungsmanöver die sogenannten "Grenzverletzungen" vor dem empörten deutschen Volk durch einen angeblichen Verzicht auf ihre Durchführung zu beschleiern, entlarvt sich jetzt dieses Manöver. So hatte u.a. der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Arnold, behauptet, daß die belgische Regierung die Aufgabe des größten Teils ihrer "Ansprüche" beschloß. Entgegen aller Zusicherungen werden jetzt bereits sieben der acht vorgesehenen Grenzveränderungen zugunsten Belgiens durchgeführt.

Die Tatsachen selbst beweisen also, daß die Westmächte ihre Pläne, Deutschland zu zersplittern, konsequent weiter durchführen. Allen Zu-

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Kommentare - 7 -

sicherungen, auf irgendwelche Teile ihrer ungerechtfertigten und allen Völkerrecht hohnsprechenden Raubansprüche zu verzichten, entlarvten sich als ein plumpes Manöver, den Widerstand und die Empörung der deutschen Bevölkerung abzufangen. Noch während die westdeutschen Politiker im Auftrag der Westmächte ihre Beruhigungsreden hielten, wurden die praktischen Vorbereitungen für die Grenzveränderungen begonnen. Damit beweisen die Westmächte und ihr deutsches Hilfspersonal, wie viel das deutsche Volk auf ihr Wort geben kann.

Dieser weitere Beweis, daß die Westmächte ohne jede Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes die Aufteilung und Zerstückelung Deutschlands weiterbetreiben, stellt jenen deutschen Menschen vor die Notwendigkeit, sich in der großen Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden gegen diesen Landraub energisch zur Wehr zu setzen.

(A.St.)

Pressedienst
(PD)

23. April 1949

Drei Jahre Arbeit und Kampf
(Hermann Matern)

Wenn wir Rückschau halten auf drei Jahre Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dann werden in unserer Erinnerung die Begeisterung und Freude über die Vollziehung der Vereinigung wieder lebendig. Aus Schutt und Trümmern des Zusammenbruchs wuchs durch die Vereinigung Kraft und Zuversicht bei Millionen Menschen. Die tiefe Sehnsucht nach Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung wurde in einem Teil Deutschlands erfüllt. Was die geschundenen und gequälten Sozialdemokraten und Kommunisten in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern sich gelobt und versprochen, wurde eingelöst. Die Geschichte hat uns zu harte Lehren erteilt, daß sie unverstanden vergessen werden konnten.

Es ist kein Zweifel, wenn es in Westdeutschland keine imperialistischen, einheitsfeindlichen Besatzungen gegeben hätte, auch dort wäre schon heute die Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden. Die opportunistischen Feinde der Einheit hätten ohne die brutale und rücksichtslose Unterdrückung der Einheitsbewegung durch die Besatzungen die Vereinigung nicht verhindern können. Und heute wird es jedem klar, der nicht blind sein will, wem die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung diene und dient.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Einheitspartei in ganz Deutschland das unzerreißbare Band der deutschen Einheit wäre. Wenn eine geeinte Arbeiterbewegung bestünde, wäre die Spaltungs- und Kolonisierungspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus und ihrer deutschen Kostgänger von vornherein zum Scheitern verurteilt. Bei einer auf dem Boden des Marxismus-Leninismus kämpfenden einheitlichen Arbeiterpartei in ganz Deutschland gäbe es nicht die Gefahr, das Westdeutschland Kriegsbasis für den amerikanischen Imperialismus würde. Die Verräter der nationalen Interessen Deutschlands wären mit ihrer verbrecherischen Politik isoliert und nur eine kriminelle Angelegenheit. Die Aufrechterhaltung der Spaltung in der Arbeiterbewegung dient also nur den Feinden der deutschen Einheit und nationalen Unabhängigkeit.

Allein vom Standpunkt der Gesamtinteressen des deutschen Volkes war die Schaffung der SED vor drei Jahren von größter, fortschrittlicher Bedeutung. Verbunden mit dem Kampf der KPD in den Westzonen sind wir die stärkste Kraft, die konsequent den Kampf für die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes führt.

Ohne die Einheit der Arbeiterbewegung wäre die Errichtung und Festigung der fortschrittlichen, demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone nicht möglich gewesen. Die Vereinigung gab die Möglichkeit, den Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Wirtschaft zu erhöhen und damit die Entwicklung der Friedenswirtschaft zu sichern. Die SED ist der Schöpfer des Zweijahrplanes und der Initiator für seine vorfristige Erfüllung. Die Partei hat in den drei Jahren ihres Bestehens eine große Arbeit in der Weckung und Festigung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse geleistet.

PresseDienst
(FD)

23. April 1949

Drei Jahre Arbeit und Kampf - 2 -

Der Nazismus hatte das Klassenbewusstsein in den 12 Jahren weitgehend verschüttet. Der Schmachterapparat setzt diese Verschüttungspolitik der Nazis fort. Im Auftrage des amerikanischen Imperialismus ist seine Rolle die ideologische Vorbereitung der Arbeiter für den dritten Weltkrieg. Der Kampf um den Frieden muss gleichzeitig in der Richtung gehen, den opportunistischen Einfluss auf die Arbeiterklasse zu beseitigen. Unsere Partei hat auf diesem Gebiet viele Fortschritte gemacht. Dabei ist die Partei an Breite und Klarheit gewachsen.

Seit der Vereinigung geht ununterbrochen der Prozess des innigen und festen Verschmelzens aller Teile der Partei. Es war klar, dass mit der Vereinigung noch nicht in allen Teilen volle Klarheit und Übereinstimmung in allen Fragen sein konnte. Die paritätische Besetzung der Leitungen und Funktionen war ein Ausdruck dafür. Dass die erste Parteikonferenz erklären konnte, die Parität ist gegenstandslos geworden, ist der Beweis für das einheitliche Wachstum der politisch-theoretischen Erkenntnisse. Klar und eindeutig wurde das Ziel gestellt, eine Partei neuen Typus zu werden, d.h. eine Partei zu schaffen, die bereit und fähig ist, ihre historische Aufgabe zu lösen. Eine Partei, vom Opportunismus und Sozialdemokratismus durchsetzt oder beherrscht, ist dazu, wie der bisherige Verlauf der Geschichte beweist, nicht in der Lage.

Das Vorbild der Partei neuen Typus kann nur die kommunistische Partei der Sowjet-Union (B) sein, die mit ihren historischen Siegen die grösste geschichtliche Umwälzung der Menschheit begann und zum Erfolg führte. Die Partei Lenins und Stalins hat die gewaltigsten Erfahrungen in der Anwendung, Weiterentwicklung und Verwirklichung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus. Unsere Partei lernt immer besser, sich diese Erfahrungen anzueignen und auf unsere konkreten Bedingungen in das praktische Leben umzusetzen.

In den drei Jahren der Arbeit und des Kampfes hat die Partei Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt und schreitet vorwärts, um die wachsenden und komplizierter werdenden Aufgaben noch besser zu lösen.

Mit ihrem konsequenten Kampf für Frieden und Demokratie, mit ihrer Politik der Liquidierung des Nazismus und Militarismus hat die Partei sich internationale Achtung und Anerkennung erworben. Wir stehen in dem grossen Ringen um die deutsche Einheit nicht allein. Wir haben die Unterstützung der Sowjetunion und der Volksdemokratien und die Hilfe der fortschrittlichen Kräfte in allen Ländern.

Das erfüllt uns mit Stolz und Freude und spornt die Partei an, den Weg zur Partei neuen Typus mit aller Energie und beschleunigt fortzusetzen. Das ist notwendig, denn der grösste und schwerste Kampf steht noch vor uns. Unser unverrückbares Ziel ist die einzige, unteilbare, demokratische Republik. Das ist kein leichter Weg. Die Partei muss fähig sein, allen Widerständen zum Trotz, alle Kräfte im deutschen Volk, insbesondere die Arbeiterklasse dafür in den Kampf zu führen. Das setzt voraus, dass die Partei noch fester, geschlossener und von einheitlichem Guss von unten bis oben werden muss. Die Partei in allen Teilen von höchster Aktivität durchpulst, wird an Schlagkraft wachsen und ihr Ziel erreichen. Die Vereinigung zur SED hat in dem Ablauf der drei Jahre seine Bestätigung erhalten. Dass es weiter so sein wird und die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland errungen wird, daran ist nicht zu zweifeln. Drei Jahre Arbeit und Kampf der SED gibt uns diese feste Gewissheit.

Pressedienst
(PD)

23. April 1949

Stimmen des Auslandes

=====

KP Belgiens über Atlantik-Pakt

(PD)

Das Zentral-Komitee der kommunistischen Partei Belgiens nahm eine Resolution an, in der es u.a. heißt:

"Das Zentral-Komitee der kommunistischen Partei Belgiens stellt fest, daß der Kampf zwischen dem Lager der imperialisten und Kriegshetzer und dem Lager der demokratischen Friedenskräfte in ein äußerst verschärftes Stadium eingetreten ist...

Das Zentral-Komitee brandmarkt den ausgesprochen aggressiven Charakter des Atlantikpaktes, an dem die Regierung Spaak Belgien beteiligen will:

Das Zentral-Komitee betrachtet die Westunion nicht nur als ein gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien gerichtetes Angriffsmittel, sondern gleichzeitig als ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der nationalen Freiheitsbewegungen..."

Weiter heißt es in der Resolution:

"Das Zentral-Komitee erklärt, daß die These von den Angriffsabsichten der Sowjetunion eine absurde Behauptung ist, unvereinbar mit dem sozialistischen Inhalt des Sowjetregimes, daß sie der Friedenspolitik, die die Sowjetunion seit ihrem Bestehen verfolgt, widerspricht. Das Zentral-Komitee erklärt, daß wenn trotz der Anstrengungen der Friedenskräfte es den Lakaien des amerikanischen Imperialismus gelingen sollte, Belgien in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu reißen - die Kommunisten und mit ihnen die gewaltige Mehrheit der Werktätigen hierzu ihre Hilfe verweigern und mit allen Mitteln und allen Kräften diejenigen bekämpfen werden, die sich als Feinde unseres Volkes und der ganzen Menschheit entlarven."

(Aus "Communisme", Monatsschrift
der KP Belgiens März 1949)

Interview mit Paul Robeson

(PD)

In seiner Ausgabe vom 18. April bringt der "Daily Worker" ein Interview mit dem berühmten Sänger und Schauspieler Paul Robeson, der zur Zeit als Mitglied der amerikanischen Delegation an dem Weltfriedenskongreß in Paris teilnimmt. Wir entnehmen dem Bericht des "Daily Worker":

"Das erste Gefühl, das einen erfasst, wenn man Paul Robeson zum ersten Male begegnet, ist ein Gefühl der Größe; es ist nicht nur die Größe seines mächtigen Körpers und seiner tiefen, resonanten Stimme, sondern eine Größe des Geistes, die in seinem gedankenvollen, ja, fast traurigen Gesicht zu sehen ist..."

Paul Robeson wurde als Sohn eines Methodisten-Predigers im Jahre 1898 in Princeton im Staate New Jersey geboren. Obwohl New Jersey

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

zu den nördlichen Staaten der amerikanischen Union gehört, ist dieser Staat doch seinem Charakter nach völlig wie die Südstaaten eingestellt und die Princeton-Universität ist traditionsgemäß die Universität der südlichen Aristokratie... Seinen ältesten Bruder, der die Universität besuchen wollte, wurde von Präsident Wilson selbst erklärt, daß die Türen der Universität Negern verschlossen seien... Paul Robeson gelang es jedoch, zu studieren, aber schon als Student der Jurisprudenz interessierte er sich in der Hauptsache fürs Theater. Nach Beendigung seines Studiums und schon während der Studienzeit spielte und sang er, um sich etwas Geld zu verdienen; sein erster großer Erfolg war das Stück "Emperor Jones" (Kaiser Jones).

1922 kam er nach England, wo dieses Stück zu einem großen Erfolg wurde. Von 1928 an war sein Ruhm in der ganzen Welt besiegelt. 'Viele Jahre hindurch lebte ich, wie so viele andere Künstler', erklärt Paul Robeson, 'ich fühle zutiefst den Mangel an Rechten, unter dem mein eigenes Volk litt. Ich dachte jedoch, daß mein eigener Ruhm und Erfolg ein genügender Beitrag zu seinem Kampfe wäre. Nur allmählich begann ich zu erkennen, daß, obwohl es mir selbst gut ging, Millionen Neger in Süden der Vereinigten Staaten am Rande des Hungertodes lebten. Ich erkannte auch, daß diejenigen Weißen, die nett zu mir waren, damit ihre Vorurteilslosigkeit der Negerfrage gegenüber beweisen wollten. Ich beruhigte gewissermaßen ihr Gewissen - und meinem Volke ging es deshalb nicht besser. Ich lebte meist in England und war aktives Mitglied der "Liga der farbigen Völker". Und doch wurde ich mit mir und meiner Arbeit immer unzufriedener. Ich sah ein, daß ich durch den Vortrag von Negervolkalliedern vor demselben reichen Publikum nichts erreichte...'

Die Rede eines alten Vorkämpfers der Rechte der Neger in der ganzen Welt, Arnold Ward, regte Paul Robeson zu der entscheidenden Reise seines Lebens an. Ward erklärte nämlich seine Zuhörer sollten sich doch einmal die demütigenden Umstände betrachten, unter denen die Neger in Süd-Afrika leben müssen, und sollten dann anschließend die Sowjetunion besuchen und mit eigenen Augen sehen, wie dort der Rassendiskriminierung ein für alle mal ein Ende bereitet wurde. Robeson nahm sich diese Rede zu Herzen. 'Als ich die Grenze von Polen nach der Sowjetunion überschritt, war es, als ob ich einen neuen Planeten betreten hätte', sagt Robeson. 'Zum ersten Male in meinem Leben fühlte ich die volle Würde, ein Mensch zu sein'.

Paul Robeson war von der Sowjetunion so begeistert, daß er dahin bis zum Ausbruch des Krieges jedes Jahr zurückkehrte. Er sandte auch seinen Sohn in Moskau zur Schule, der dort während der Schulzeit bei Robesons Schwiegermutter lebte. Robeson hätte sich gern in Moskau niedergelassen, aber seine Freunde erklärten ihm, daß, wenn er ein Kämpfer für den Sozialismus sei, sein Platz woanders wäre.

Während des spanischen Bürgerkrieges sang und spielte er in republikanischen Spanien. Seine Erfahrungen und Erlebnisse dort brachten ihn mitten hinein in den Kampf, in dem er nach wie vor steht: zu streikenden Bergarbeitern gehend, für unschuldig zum Tode Verurteilte Neger eintretend und für die Rechte der Kolonialvölker auf der ganzen Welt kämpfend; nicht zuletzt in den Reihen der Fortschrittspartei von Henry Wallace, um die reaktionäre Flut in Amerika zurückzudämmen.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Paul Robeson hat seine Kunst ganz in den Dienst des Volkes gestellt und als Ergebnis hat sich auch seine Kunst, nach seinen eigenen Worten, wesentlich vertieft.

Für Paul Robeson ist die Einheit der Kolonial- und weißen Völker von ausschlaggebender Bedeutung. 'Wie kann ein weißer Arbeiter nicht ein Interesse an den Hungerlöhnen und untragbaren Zuständen in den Kolonialländern haben, wenn diese Zustände die ganze Zeit seinen eigenen Lebensstandard bedrohen?', fragt Robeson, 'und woher nimmt der Kapitalismus die Kraft, seine eigene Arbeiterklasse niederzuhalten, wenn nicht von dem Reichtum und der Macht, die er aus den Kolonien saugt?'.....

Dies ist die Botschaft, die Paul Robeson unermüdlich verkündet - daß weder die Schwarzen noch die Weißen wahrhaft frei sein können, wenn sie nicht gemeinsam um die Freiheit kämpfen.

Sozialistische Staatskontrolle in der Sowjetunion (PD)

Vor 30 Jahren, im April des Jahres 1919, wurde auf der Plenartagung des Zentrals Exekutiv-Komitees das Dekret "Über die Staatskontrolle" angenommen. Mit diesem Dekrete wurde der Grundstein einer sozialistischen Staatskontrolle durch das Volk gelegt. Das siegreiche Proletariat verfügte noch nicht über genügend Fachkräfte zur Leitung der Verwaltung und der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft. Trotzdem stand die Aufgabe, den staatlichen Machtapparat zu beherrschen, ihn zu demokratisieren, geschickt zu leiten und somit den Staat wirklich beherrschen. Die Staatskontrolle wurde zu einer Waffe der Partei und der Sowjetregierung zur Vervollkommenheit des Leitungapparates. Arbeiter und Bauern, unter ihnen viele Mitglieder der Partei, wurden zur Arbeit der Kontrollorgane herangezogen, um Überprüfungen auf Grund der Beschwerden und Klagen aus der Bevölkerung durchzuführen, um den Kampf gegen Amtsschimmel, Veruntreuungen, für steigende Arbeitsproduktivität und bessere Versorgung der Bevölkerung zu führen.

Im Jahre 1920 wurde die Staatskontrolle in die "Arbeiter- und Bauerninspektion" durch weitere Heranziehung von Arbeitern und Bauern zu den Überprüfungen umgewandelt. Zu den Aufgaben der reorganisierten Kontrolle gehörte die Verschärfung des Kampfes gegen Bürokratie und Amtsschimmel, die regelmäßige Überprüfung aller Organe der Sowjetmacht in Verwaltung und Wirtschaft. Die Kontrolle erlangte einen wirklichen Volkscharakter, die Arbeiter und Bauern erlernten durch ihre Tätigkeit in der Inspektion die Leitung des Staates.

In den Jahren der sozialistischen Industrialisierung kämpften die Kontrollorgane gegen Mißwirtschaft und Verschwendung und ließen sie als Verbrechen gegen die Arbeiterklasse behandeln. Strengste Sparsamkeit in Finanzen, Rohstoffverbrauch, in der Verwendung der Arbeitskraft war eine der vornehmsten Aufgaben der Kontrollorgane.

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Zur Zeit des 17. Parteitages, im Jahre 1934, war die wirtschaftliche und politische Situation schon wesentlich anders. In der Wirtschaft war die Vorherrschaft des sozialistischen Sektors gesichert. Die Zeit der Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung und der wirtschaftlichen Organe von einer Stelle aus entsprach nicht mehr der neuen Lage. Die persönliche Verantwortung eines jeden für das ihm anvertraute Arbeitsgebiet und die Überprüfung der Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Regierung traten an die erste Stelle.

Das weitere Anwachsen der Volkswirtschaft machte eine ständige Kontrolle über die Verwendung der staatlichen Mittel erforderlich. Im Jahre 1940 wurde das Volkskommissariat für Volkskontrolle geschaffen, dessen Aufgabe die Registrierung und Verausgabung der staatlichen Mittel auf Grund von Unterlagenprüfungen der Tätigkeit der Betriebe, Organisationen und Behörden geworden ist.

In den Jahren des zweiten Weltkrieges wurde die Arbeit der Staatskontrolle auf die operative Kontrolle der Versorgung der Sowjetarmee und der Arbeit der Verteidigungsindustrie konzentriert.

Die sozialistische Staatskontrolle hat in den 30 Jahren ihres Bestehens eine Reihe organisatorischer Veränderungen erfahren, die aus den verschiedenen Stappen der Entwicklung der Volkswirtschaft hervorgingen. stets ist sie eine starke Waffe der Partei und der Regierung zur Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse gewesen. Den Staatsapparat weiter festigen und vervollkommen, die persönliche Verantwortlichkeit jeder verantwortlichen Person für das ihm anvertraute Arbeitsgebiet zu steigern, ist die Aufgabe, die vor den Kontrollorganen weiter steht.

Pressedienst
(PD)

23. April 1949

Stimmen des Auslandes

- 5 -

Zur Information

Der Kommunismus in Japan

(PD)

Jack Woods (London) schreibt in "World News and Views" vom 19. kurz:

Die 3.577.940 Stimmen und 36 Sitze, die die KP Japans bei den letzten Wahlen gewann, sind der Höhepunkt in der Geschichte der japanischen Arbeiterbewegung.

Das Geburtsjahr der japanischen Bewegung der Arbeiterklasse ist das Jahr 1891, als Sen Katayama, Japans grosser Führer der Werktätigen und Begründer seiner modernen sozialistischen Bewegung, die Sozialdemokratische Partei gründete, die sofort von der Polizei wieder aufgelöst wurde. Gleichzeitig half Katayama den Arbeitern, Gewerkschaften zu gründen und organisierte 1897 Japans ersten Streik. Wiederholt wurden die Gewerkschaften und politischen Organisationen unterdrückt, aufgelöst und von der Polizei terrorisiert. Aber immer wieder organisierten sie sich von neuem und änderten die Namen ihrer Organisationen, um weiter zu existieren.

Der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution von 1905 verfehlten ihren Einfluss auf Japan nicht; sozialistische Ideen fassten immer mehr Fuss. Als 1904 der Krieg ausbrach, hielt die japanische Arbeiterbewegung an ihren Prinzipien der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse fest und sprach sich gegen den Krieg aus. Das Manifest, das der Russischen Sozialdemokratischen Partei überreicht wurde, fand die warmste Unterstützung der Bolschewiki.

Ermutigt durch die russische Revolution von 1905 gründeten die Werktätigen Japans unter der Führung von Katayama 1906 die Sozialistische Partei Japans. Im darauffolgenden Jahr wurde die Partei verboten und einige Jahre später musste Katayama, den dauernden Verfolgungen der Polizei ausgesetzt, das Land verlassen. (Dieser hervorragende Führer der Arbeiterklasse wurde später ein Mitglied des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale; er starb 1911 in der Sowjetunion). Nichtsdestoweniger wuchs die Bewegung in Japan und erreichte in den Monaten nach der russischen Revolution 1917 ihren Höhepunkt. Die Streiks breiteten sich aus, es nahmen an ihnen 1914 50 Betriebe mit 8.000 Arbeitern und 1918 497 Betriebe mit 66.000 Arbeitern teil. Die Bewegung erreichte 1918 die Ausmasse einer nationalen Revolte, als die sogenannten Reis-Aufstände ausbrachen. Dieser Kampf gegen die wirtschaftliche Not als Folge des ersten Weltkrieges dauerte über 6 Wochen und erfasste 10 Millionen Menschen. Es gab heftige Kämpfe mit Polizei und Truppen - fast hundert Menschen wurden getötet, Tausende verwundet und 8.000 verhaftet.

Trotz des Terrors wuchs die Organisation der Werktätigen. Die japanische Gewerkschafts-Vereinigung wurde 1920 gegründet und die KP Japans 1922 in der Illegalität geboren. Kurz darauf wurde einer Anzahl ihrer Führer verhaftet und in Gefängnisse gebracht. Trotzdem hatte die Bewegung tiefe Wurzeln geschlagen. 1925 erhielten die Organisationen der Werktätigen Legalität, da die Regierung dadurch hoffte, die Unzu-

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

friedenheit der Arbeiter und Bauern zum Schweigen zu bringen. Aber 1928 sahen die Herrscher Japans wieder ihren einzigen Ausweg darin, die Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Die kommunistische Partei, die "Arbeiter und Bauernpartei" (die sich 1926 gründete) und der linksgerichtete "Gewerkschaftsrat" wurden alle unterdrückt und tausende ihrer Funktionäre verhaftet. Auch die Bauernschaft führte einen energischen Kampf um ihre Rechte, wobei sich die Zahl der offiziell registrierten Zusammenstöße zwischen Landarbeitern und Grundbesitzern von 1 578 im Jahre 1922 auf 6 824 im Jahre 1936 erhöhte.

Beim Herannahen des zweiten Weltkrieges und der erhöhten Bedrohung durch den Faschismus schlossen sich Gewerkschaften, Bauernorganisationen und demokratische Parteien enger zusammen. 1935 erreichte man die Einheit der beiden hauptsächlichen Gewerkschaften; späterhin stellte die "Liga der Bauern" die Lösung einer einheitlichen Front gegen den Faschismus in den Vordergrund ihrer Kampagne. Im Oktober 1935 wurden in den Gemeindewahlen gewisse Fortschritte erzielt, und 40 der 97 Kandidaten des antifaschistischen Blocks wurden gewählt.

Die Wahlen 1936 und die Vorbereitungen des Krieges gegen China brachten die reaktionären Teile der japanischen Herrscherklasse dazu, schnell zu handeln: Verhaftungserfolge auf Verhaftung, und diejenigen Minister, die den Faschisten zu spät erschienen, wurden entweder eingeschüchtert oder umgebracht. 1940 wurden alle politischen Parteien aufgelöst und ein faschistisches Regime über das Volk verhängt. Im selben Jahre wurden auch die Gewerkschaften verboten.

Die Niederlage Japans 1945 verfehlte nicht, auf das Volk einen nachhaltigen Eindruck zu machen. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft formierten rasch ihre Organisationen und politischen Parteien und begannen den Kampf um ein demokratisches Japan.

Von Anfang an betrachtete der amerikanische Imperialismus die japanische Arbeiterbewegung als seinen hauptsächlichsten Feind. Sogar während des Krieges war die amerikanische Propaganda nicht darauf gerichtet, der demokratischen Bewegung und der Arbeiterschaft Mut einzuflöschen, sondern darauf, den Kaiser zu verteidigen, seinen Horstaat, die Grossgrundbesitzer und Monopolisten zu unterstützen. Seit 1945 ist es die Politik der amerikanischen Herrscher, die Vorkherrschaft dieser alten, reaktionären Kräfte zu sichern.

Die Resultate sind für die Massen des japanischen Volkes verheerend gewesen. 1948 sind die Preise im Verhältnis zum Vorkriegsstand auf das 65-fache gestiegen, während die Löhne in derselben Zeit nur um 27 mal gestiegen sind. 15 - 20 Millionen Menschen sind obdachlos; 70 % der Einnahmen des Staatshaushaltes stammen aus der Tasche der Werktätigen.

Es ist das Ziel des amerikanischen Imperialismus und der japanischen Herrscherklasse, das japanische Volk daran zu hindern, diese furchtbaren Zustände zu ändern. 1946 verabschiedete die Marionetten-Regierung MacArthurs ein Anti-Streikgesetz; 1947 verbot MacArthur einen Generalstreik, der 4 Millionen Arbeiter erfasst hätte. Von der

Pressedienst
(PB)

23. April 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Zeit an war erhöhte Unterdrückung an der Tagesordnung; sogar amerikanische Truppen, Tanks und Flugzeuge wurden dazu benutzt, um Streiks zu brechen. Letzten Jahr unternahmen MacArthur und die japanische Regierung erneut Schritte gegen die Gewerkschaften. Es wurde ein Gesetz herausgebracht, das den Beamten untersagt, zu streiken oder Kollektivverträge abzuschliessen; gleichzeitig wurden sämtliche früher abgeschlossenen Kollektivverträge aufgehoben. Diese Massnahmen bedeuten eine flagrante Verletzung der Potsdamer Beschlüsse und der Entscheidungen der Fern-östlichen Kommission.

Es ist bezeichnend, dass Japan heute eine Polizeimacht von 125.000 Mann zählt (nicht mitgerechnet sind dabei die sogenannte Eisenbahnpolizei und die Seepolizei) im Verhältnis zu den 56.000 Polizeistreikkräften, die Japan vor der Niederlage zählte.

Gegen diese Unterdrückung kämpft Japans Arbeiterklasse, geführt von der wachsenden Kommunistischen Partei. Der "Kongress der Industriegewerkschaften" (der um Aufnahme in den WGB nachgesucht hat) zählt heute 4 1/2 Millionen Mitglieder und die "Japanische Arbeiter-Vereinigung" sowie der "Alljapanische Gewerkschaftsrat" zählen zusammen weitere 2 Millionen. Es ist der Kongress der Industriegewerkschaften, der in seiner Exekutive die meisten Kommunisten zählt und den grössten Teil des Kaspies der Gewerkschaften auf sich genommen hat. Auch die Bauern haben sich, geführt von der Kommunistischen Partei, organisiert und eine Bauern-Gewerkschaft mit einer Mitgliederzahl von fast 2 Millionen gegründet.

Obwohl MacArthur alles getan hat, um das Wachstum der KP Japans zu hindern, ist diese durch ihre führende Rolle im Massenkampf der Arbeiter und Bauern zu einer mächtigen Kampfkraft geworden. Zahlreiche der grössten Wissenschaftler, Schriftsteller, Lehrer und Schauspieler treten in ihre Reihen ein. Die Mitgliedschaft der KP Japans zählt zur Zeit über 150.000. Innerhalb der Sozialdemokratischen Bewegung werden immer mehr Stimmen zugunsten einer Einheit laut; die fortschrittliche Landarbeiterpartei, die bei den letzten Wahlen 6 Sitze gewann, wird voraussichtlich mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiten, um eine demokratische Front in Japan zu errichten.

Die kürzlichen Erfolge der japanischen Kommunisten haben drei Gründe; ersten ist es der gesamten demokratischen Bewegung in Japan klar, dass es die Sowjetunion ist, die der standhafteste Verteidiger japanischer Demokratie in der Fern-östlichen Kommission und dem Alliierten Kontrollrat für Japan ist; zweitens haben die Erfolge der chinesischen Befreiungsarmee einen tiefen Eindruck beim japanischen Volk hinterlassen, und drittens hat die Führerschaft und die Arbeit der KP Japans einen stolzen Platz im Herzen des japanischen Volkes eingenommen, besonders dem der Arbeiterklasse, die sich jetzt ohne Zweifel entschieden dem Kommunismus zuwendet.

Pressedienst
(PD)

23. April 1949

Kultur und Feuilleton

Vom wahren Frieden

Als ich ein Kind noch war,
da war tiefster Friede, Jahr um Jahr,
da hatte das Leben die kostbarsten Gaben,
man mußte nur immer
das Geld dazu haben.
Da gab's Apfelsinen und Gänsebraten
und selbstverständlich auch Bleisoldaten
für die Kinder, die vielen,
zum Spielen.

Aber der Frieden
war gar kein Frieden,
und die das sagen, die Kriegen. 11
Es war eine Pause nur zwischen den Kriegen!

Er war sozusagen ein Leben
außer dem Leben,
denn das ernste Leben in jedem Falle,
das war der "Ernstfall" der Generale,
das war der "Ernstfall" der Gewehre, -
als ob alles andre ein Tand bloß wäre!

Aber wir wollen das nicht mehr!
Wir wollen keine Pausen nur zwischen den Kriegen,
wo die Jahre in ständiger Angst zerfliegen!
Nein, wir wollen das nicht mehr,
diesen Frieden, der keiner ist,
sondern ein Schachzug nur
für Kapitalist und Militarist,
diesen Afterfrieden, dieses schübige Schmerzensgeld,
wo der einfache Mann, wenn's jenen gefällt,
immer nur das zuckende Herz
in seinen bangen Händen hält.
Wir wollen den wahren Frieden der Welt!

Es wachsen die Stimmen, Million um Million:
Wir sind nicht zu sinnlosem Sterben geboren?
Verjagt alle Hetzer, bekehrt alle Toren,
zerbrecht alle Fron!
Dann werden die Mütter von morgen schon
und die Mütter der Zukunft, als herrlichsten Lohn,
Generation um Generation,
ihre neugeborenen ins Sonnenlicht heben,
die Kinder der Erde,
geboren zum Leben!

Karl Stitzer

Pressedienst
(PD)

23. April 1949
Kultur und Feuilleton - 2 -

Paris ruft zum Frieden - damals wie heute

15. Mai 1866: Aufruf der Pariser Studenten an die
Studenten Deutschlands und Italiens

"Brüder! In beiden Ländern ruft ihr nach Krieg. Jung-Italien und Jung-Deutschland rüsten gegeneinander. Mit tiefer Trauer nimmt die französische Jugend diese Bewegung wahr. Unser Geschlecht ist berufen, ein Werk zu vollbringen, das die Hoffnung der Menschheit ist und die Einigung aller unserer Kräfte erheischt. Dieses Werk miskennt ihr.

Deutsche und italienische Brüder, die ihr mit dräuender Wille wider einander das Schwert zieht, sagt uns doch, welches die Gefühle und Ansichten sind, die euch trennen? Ein nümlicher Haß glüht in all' unseren Herzen. Welcher Haß? Antwortet. Ist's nicht der Haß gegen die Unterdrückung? - Was lieben wir am meisten auf der Welt? Was wollen wir alle in der Gesellschaft verwirklichen? - Die Freiheit und die Gerechtigkeit! Fragt nicht weiter: wir sind alle einig. Und Tuhnsinn ist es, wenn wir einander angreifen. Brüder, ihr seid die betörten Opfer einer alten, ebenso abgeschmackten wie hassenwürdigen Politik, die seit Jahrtausenden die Völker zu gegenseitigem Morden hetzt unter dem albernen Vorwande der nationalen Interessen und der Stammesunterschiede.

Nationalitäten, Vaterländer, Rassenverschiedenheit, Gleichgewicht alles, große, sinnlose Worte, die stets nur dem Ehrgeiz und dem aberwitzigen Stolz einiger Unterdrücker als Larve gedient haben. Der gleichen Kriege werden geführt, seitdem die Welt besteht. Was haben sie erzielt? Ströme Blutes sind geflossen, und was haben die Völker dabei gewonnen?

Brüder! Die Zeit ist gekommen, alle diese unvernünftigen Ideen, diese mörderischen Vorurteile von sich zu stoßen. Trennen wir uns von dieser alten Welt, die in Trümmer fällt.

Italiener, Deutsche, Franzosen!... Wer frei sein, wer mit uns auf der Bahn der Revolution wandeln will, der ist unser Landsmann, und die Verletzer der Gerechtigkeit, die, welche auf ewig die Anrechtsschart, die Unwissenheit und das Elend über die Völker verhängen wollen, sind unsere einzigen Feinde.

Brüder aus Deutschland und Italien! Gegen diese Feinde müssen wir Krieg, unversöhnlichen Krieg, ohne Gnade und Unterlaß, führen. Zu diesem Krieg fordern wir euch alle auf. Das ist unsere heilige Aufgabe, die Aufgabe des neunzehnten Jahrhunderts. Vereint vorwärts! Denn dieser Krieg wird seit Anbeginn der Dinge der einzige sein, der sich um die Menschheit wohl verdient macht, und er wird der letzte aller Kriege sein. Denn ist die Bedrückung vernichtet, das Vorurteil geschwunden, die soziale Gerechtigkeit eine Wirklichkeit geworden, wie soll man da noch begreifen, daß die Völker sich gegenseitig zu vernichten denken sollen? Ihr offenes Interesse liegt nicht in diesen scheußlichen Kämpfen, sondern im Frieden, in der Eintracht und der Brüderlichkeit.

Paris, den 15. Mai
(Folgen über 500 Unterschriften)

Pressedienst
(PA)

23. April 1949
Kultur und Feuilleton - 3 -

(Aus "Der Vorbote" Politische und sozial-ökonomische Monats-
schrift, Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der
internationalen Arbeiterassoziation, redigiert von Joh.-Ph.
Becker, Genf Pré L'Evêque 33; Jahrgang 1866)

April 1867: Adresse der Pariser Studenten an die deutschen
Studenten

"An die deutschen Studenten!

Der Horizont zeigt sich finster und drohend. Gerüchte des Krieges
machen sich hörbar auf beiden Seiten des Rheins. Die Völker sehen
mit Besorgnis, was ihnen die Zukunft bereitet. Sagt an, ist die
Zeit des Nationalhasses noch nicht vorüber? Fort von uns die Ideen
eines anderen Zeitalters! Die Nationen sind groß nicht durch wei-
ten Länderumfang, sondern durch ihre Einrichtungen. Es ist nicht
die Ausdehnung der Grenzen, sondern die der Freiheit, welche Frank-
reich und Deutschland wollen sollen.

Kein Mann von Herz fürchtet den Krieg, aber jeder rechte Mann
muß ihn verdammen. Laßt uns ihn hassen für das Elend, das er bringt
und für den Despotismus, den er aufschwillt.

Ist es nicht an den Studierenden, diese Wahrheit laut zu be-
stätigen? Marschieren wir nicht miteinander auf diesem furchtbaren
Wege, ihr deutschen Brüder?

Durch Euch und mit Euch sei es der Friede in vollem Glanze, der
in Zukunft die Völker zur Wohlfahrt, Größe und Freiheit führe!"

(Aus "Der Vorbote", Zweiter Jahrgang,
Nr. 4, April 1867)



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672156 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

5 Jahre SED

Otto Grotzwohl auf der Kundgebung des SED-Landesverbandes Berlin

Das antiausbeuterisch-demokratische Deutschland in der Friedensfront Nachrichten

Den Krieg erschlagen, damit der Frieden leben kann
Brandenburg führend mit Mai-Vorbereitungen
Innerbetrieblicher Wettbewerb zum 1. Mai
Arktorist Periewitz weist den Weg
"Junge Pioniere" verwirklichen ein Bauprogramm
Vollständig verginst und beleuchtet
Reichsbahn-Aktivisten fahren rekord
"Jugendzug" im Reichsbahnbezirk Güstrow
900 Volkspolizisten leisten Aushearbeit im Formstahlwerk eines
Stessart rart ein Wettbewerb in der Chemie-Industrie
Gute Idee eines Zinnerpoliers
Minderwertige Aushearbeit aus Thüringen
Berggenossenschaften wirken für Frieden und Wohlstand
Kameraktivist Paul Sack erklärt seine Arbeitsmethode

Arbeitsstätten

Westdeutsche Presse über Besatzungsstatut und Gebietsabtretungen

Korrespondenz

Vor der SED stehen die Aufgaben, für Aufbau und Frieden
Der Zusammenbruch der Technokratischen Herrschaft
Die Einheit der Arbeiter
Prinzipien der Politik der SED-Führung

Artikelliste

Die Einheit der Antifaschisten und Widerstandskämpfer (Heinz Schumann)

Stimmen aus dem Ausland

Polnische Bauern haben die Ukraine gesehen
Amerikanischer Gewerkschaftsführer gegen Atlantikpakt
Iran - Hüter der imperialistischen Kolonisation

Vorinformation

Im April, die Kuomintang-China beherrschen

Pressekonferenz
(PD)

25. April 1949

2 Jahre SED

Otto Grotewohl auf der Einladung des SED-Landesverbandes Berlin

B e r l i n (PD)

"Ein Jubelsturm der Begeisterung ging damals, zu Ostern 1946, durch Städte, Dörfer und Fabriken, als die Delegierten der SPD und SED der sowjetischen Zone die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vollzogen". begann Otto Grotewohl, Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sein Aserat auf der Kundgebung zum 2. Jahrestag der Gründung der Partei. "Diese Delegierten wurden damit zum Vollstrecker des Willens der Mitglieder. Damals zählte unsere Partei 1,2 Millionen Mitglieder. Bis heute sind weitere 500 000 Werktätige der Ostzone und Berlins zur SED gestoßen. Wenn wir jetzt unsere Partei nicht weiterwachsen lassen wollen", sagte Otto Grotewohl unter der begeisterten Zustimmung der Versammlung, "so aus dem Grunde, um sie nicht zu einem schwammigen Gebilde werden zu lassen, sondern zu einer scharfen Waffe, die niemals im Kampf um die Rechte der deutschen Arbeiterklasse versagt. Die Umformung unserer Partei zur Partei neuen Typus hat bereits Früchte getragen: Sichere Kraft und gesundes Selbstbewusstsein werden immer deutlicher sichtbar."

Grotewohl schilderte in seinen weiteren Ausführungen die Schuld der SPD der Westzonen, die die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Westdeutschland verhindert hätte und zitierte Dr. Schumacher, der damals erklärte, er müsse mit seiner Politik an der Zonengrenze haltmachen. "Wäre die Vereinigung auch in Westdeutschland zustande gekommen, dann sähe es dort anders aus. Viele unserer Gegner", fuhr Grotewohl fort, "behaupteten damals, die Vereinigung wäre zu schnell erfolgt, die nötige ideologische Klärung hätte gefehlt. Die Vereinigung der Arbeiterklasse aber ist nicht zu früh und zu schnell gekommen, sondern 30 Jahre zu spät, welche Folgen die Politik Schumachers und das Zögern einer einigen Arbeiterklasse in Westdeutschland haben, zeigen uns die letzten Ereignisse. Aufrüstetat, Besatzungstat, Marshallplan und ihre katastrophalen Folgen für die westdeutsche Bevölkerung wären unmöglich gewesen, die sind der Ausdruck des Scheiterns der Einheit der deutschen Arbeiterklasse in den Westzonen."

Dann gab Grotewohl Einzelheiten zur Lage in Westdeutschland und betonte das Verhängnisvolle der Schumacherpolitik. Das darin bestünde, daß die SPD an die Spitze der Hetzer gegen die Sowjetunion gestellt worden sei. Die Politiker, die das veranlaßt hätten, sind die gleichen, die die Friedensgespräche mit den Vertretern der Ostzone ablehnen, die nicht wollen, daß die Atom Bombe verboten wird, die über die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion in der UN hinweggehen. Diese Politiker bereiten den 2. Weltkrieg vor. Den wenigen Anlagetreibern aber stehen alle fortschrittlichen Menschen der Welt gegenüber, die sich jetzt nur dem Weltfriedenskongreß zusammengeschlossen haben.

"Auch wir sagen, daß wir in Frieden und Freundschaft mit dem Völkern leben wollen", fuhr Grotewohl fort. "Das aber darf kein frommer Wunsch bleiben. Es genügen keine Beschlüsse gegen den Krieg, kein

PresseDienst
(FD)

25. April 1949
3 Jahre SSB

sagen: Wir haben ja nichts gewagt von der Kriegsgefahr, sondern wir müssen entschlossen sein zum Handeln, wir müssen entschlossen sein zur Tat. Es genügt nicht, daß wir den Krieg von unserer Schwelle verlagern, man muß den Krieg erwählen, damit der Frieden leben kann.

Otto Grotewohl erhärtete den Willen der Partei zum rückhaltlosen Kampf gegen die Alliiertenstreiber und setzte dem wehrlosen Geankten eines Amerikaners. Wenn schon Menschen sterben müssen, dann zuerst die Deutschen, die von stürmischen Beifall ausgenommen feststellung entgegen: Der Deutsche will nicht sterben, der Deutsche darf nicht sterben und der Deutsche wird nicht sterben. Dafür werden wir sorgen!

Protest gegen das Sklavenstatut Westdeutschlands

Die Aufgabe der Partei auf dem Gebiet der Wirtschaft, Kultur und Politik waren der nächste Punkt in den Ausführungen Otto Grotewohls. Wir haben den verhängnisvollen Kreislauf durchbrochen, weil nur eine Erhöhung der Produktion die Voraussetzung für ein besseres Leben ist. Damals diskutierten die Arbeiter über Kartoffeln und Brot. Jetzt diskutieren sie unter Führung der Partei über Produktionsteigerungen und über die Aktivistenbewegung. Wir haben die Hände allen fortschrittlichen Menschen entgegengestreckt, weil wir wissen, daß Arbeiter, Techniker, Arbeiter und Wissenschaftler zusammenstehen müssen, wenn der Vorwärtsschritt zum Sozialismus siegreich beendet werden soll. Besonders ausführlich beschäftigte sich Otto Grotewohl mit der Frage des Zusammenhanges der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Der Vorsitzende der SSB stellte dann die Verfassung des Deutschen Volksrates der Verfassung Westdeutschlands gegenüber. Er sagte: Am Tage, an dem die letzten Besatzungssoldaten Westdeutschland verlassen, wird das deutsche Volk ihnen die ganze Verfassungsmacht von Bonn hinterherwerfen und sich der unartigen Ernüchterung zuwenden. Durch die Anhien zum Volkskongress haben wir die Möglichkeit, den Protest gegen das Sklavenstatut Westdeutschlands zum modernen Kampf werden zu lassen.

In tierisch-riechenden, von den Versammelten mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen zeigte Otto Grotewohl die entscheidende Rolle der menschlichen Arbeit für die gesellschaftliche Entwicklung an und wies im Zusammenhang damit auf die historische Bedeutung des Zweijahresplanes für die Entwicklung ganz Deutschlands hin. Unter langanhaltendem Beifall der Versammlungsteilnehmer rief er zum Schluss aus:

"Die beste wissenschaftliche Theorie, auch der Marxismus, bleibt ein geistiges Gebilde, wenn sie keine praktische Organisationsform findet. Und diese Organisationsform ist die Partei. Es kann niemand Marxist sein, wenn er heute im Zeitalter des Imperialismus nicht gleichzeitig Leninist ist. Deshalb müssen wir aus der Geschichte der russischen Partei lernen. Wo könnten wir es sonst etwa bei den Sozialdemokraten des Westens, die die Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten nicht einen Zentimeter dem Sozialismus nähergebracht haben? Wir sind entschlossen, Lenins und Stalins Lehren zu verwirklichen. Eine der größten Aufgaben im vierten Jahr wird die Hebung des Massenbewusstseins innerhalb der Partei sein. Je eher wir die SSB zur partei neuen Typus, zur revolutionären Kampfpartei umgestalten, desto eher werden wir den Sieg erringen."

Pressedienst
(PD)

25. April 1949

Das antifaschistisch-demokratische Deutschland in der Friedensfront
B e r l i n (PD)

Der Leiter der deutschen Delegation beim Weltfriedenskongress in Prag, Bernhard G ö r i n g, gab am Sonntagabend eine Erklärung ab, in der er dem Kongress für das grosse Zeichen des Vertrauens dankte, als welches das deutsche Volk die Einladung zum Weltfriedenskongress wertet. Göring versicherte, dass die von der Delegation vertretenen demokratischen Männer und Frauen Deutschlands entschlossen sind, sich voll und ganz für alle Massnahmen einzusetzen, die in Paris und Prag beschlossen werden. Paris und Prag bedeuten für das deutsche Volk eine Verpflichtung, die geben aber auch gleichzeitig die Sicherheit, dass das demokratische und friedliebende Deutschland nicht allein steht, sondern in seinem Kampf um Einheit, Demokratie und Frieden von allen fortschrittlichen Kräften der Welt unterstützt wird. Die apokalyptischen Reiter des Krieges dürfen die Welt nicht noch einmal in ihren Bann zwingen.

Der deutsche Delegierte beendete seine Ansprache mit Hochrufen auf den Weltfriedenskongress, ein einheitliches, demokratisches Deutschland und auf die sozialistische Sowjetunion als den Garanten des Weltfriedens.

Auf dem Weltfriedenskongress in Paris klagte der deutsche Schriftsteller, Alexander A b a u s o n, die Westmächte an, die Initiatoren der Westzonenpolitik zu sein, die Westdeutschland zu einem Vorposten des Krieges und die Ruhr zu einem Waffenarsenal machen wollten.

Er unterstrich demgegenüber die Bedeutung der demokratischen Politik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die sich nach dem Potsdamer Abkommen richtet. Abuson warnte vor der grossen Gefahr, die mit der Verwandlung Westdeutschlands in einen Vorposten des Krieges für die Unabhängigkeit und Sicherheit der Völker Frankreichs, Belgiens und der Niederlande entsteht. "Es gibt keine deutsche Frage, die nicht im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen gelöst werden könnte."

In der Sonntagnachmittagsitzung erklärte der deutsche Dichter Arnold Z w e i g mit dem Hinweis auf die Atombombenpolitik der USA: "Der Krieg wendet sich mit der gleichen Kraft, die der Aggressor angewandt hat, um ihn zu entfesseln, gegen diesen selbst!"

Der polnische Delegierte Jan G a r z y o k i gedachte der aufrechten deutschen Antifaschisten und Kommunisten, die schon im Konzentrationslager ihre Solidarität mit den anderen Völkern unter Beweis stellten. Er wies darauf hin, dass die Verträge von Jalta und Potsdam die Grundlage für eine friedliche Entwicklung Deutschlands gelegt und dem deutschen Volk den Weg in die grosse Familie der friedliebenden Völker gebahnt haben. Die Ignorierung dieser Besschlüsse ist ein Versuch, Deutschland wieder auf den alten Weg des Imperialismus zurückzuführen, der den Weltfrieden verhindert und vor allem den Frieden und die Sicherheit der mit Deutschland benachbarten Völker bedroht. Die Zerschlagung der Einheit Deutschlands und

PresseDienst
(PD)

25. April 1949

Das antifaschistisch-demokratische Deutschland.. - 2 -

den Aufbau des reaktionären und neofaschistischen Staates Westdeutschland bezeichnete der polnische Delegierte als einen Bestandteil des Aggressionsplanes der Westmächte. Deshalb nannte er die schnelle Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands eine vordringliche Aufgabe. Zur Oder/Neisse-Grenze sagte er, sie sei eine Grenze der Sicherheit und des Friedens, die den Wiederaufbau des deutschen Imperialismus nicht zulässt, hingegen die Entwicklung eines friedlichen Deutschlands nicht beeinträchtigt. Zum Schluss erklärte der polnische Delegierte wörtlich: "Die deutschen Antifaschisten, alle deutschen Demokraten, die gegen den Imperialismus, gegen die Kriegsbrandstifter sowie um eine Verbesserung des Lebens kämpfen, versichern wir Polen unsere feste Solidarität, unsere Sympathie und unsere Unterstützung in ihrem Kampf."

Pressebericht
(PD)

25. April 1949

Nachrichten

Den Krieg erschlagen, damit der Frieden leben kann
Kandgebung^{en} am 3. Jahrestag der SED

B e r l i n, 25.4. (sig. Ber.)

In allen Ländern der Ostzone fanden am 3. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Kundgebungen statt, auf denen namhafte Vertreter der Partei zu Mitgliedern und Funktionären sprachen. Im großen Filmtheater "Babylon" in Berlin erklärte Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED, daß die Sozialistische Einheitspartei als einzige in ganz Deutschland die Wege bahnte für die Aufnahme neuer internationaler Verbindungen, für neue politische Freundschaften des deutschen Volkes, dem sich wieder Hände aus dem Ausland entgegenstrecken, Brüderhände, Hände der Arbeiterparteien. Das zeige, daß Deutschland nicht mehr allein steht. Grotewohl wandte sich gegen die Ansicht eines wahnsinnigen Amerikaners, daß wenn schon Menschen sterben müßten, zuerst die Deutschen dran seien. Unter starkem Beifall der Zuhörer stellte der Parteivorsitzende demgegenüber fest: Der Deutsche will nicht sterben, der Deutsche darf nicht sterben und der Deutsche wird nicht sterben. Dafür werden wir sorgen."

In der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an die Spitze des Kampfes gegen die Sowjetunion und gegen den Sozialismus geführt wurden, erblickte Grotewohl das Beschämende der Schutzherrpolitik. Daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrem Kampf für den Frieden in der Welt nicht mehr allein steht, gebe die Gewissheit, daß die Friedensstimmen die Stimmen des Krieges übertönen werden. "Wir müssen entschlossen sein zum Handeln, entschlossen sein zur Tat. Es genügt nicht, den Krieg von der Schwelle des Hauses wegzujagen. Man muß den Krieg erschlagen, damit der Frieden leben kann."

Das 4. Jahr der Parteigeschichte muß die Erziehung jedes einzelnen zum Klassenbewußtsein und revolutionären Kampf bringen. Darum brauchen wir die Partei neuen Typus. Fortschritt und neues Leben kommen nicht allein aus der Theorie, sondern entspringen aus der Verbindung mit dem Handeln und mit der Tat. Je größer die Tat ist, je mehr einzelne sich solidarisch zusammenschließen, desto größer ist der Erfolg." (Der Wortlaut der Grotewohl-Rede veröffentlichten wir an anderer Stelle der PD)

Der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der SED, Hans Jochen Dietzky, erklärte, daß der nach dem 30. November 1948 begonnene Aufbau in einem Teil Berlins erfolgreich fortgesetzt werde. Die SED werde nicht nachlassen, den Kampf um die nationale Einheit zu führen und im Kampf für den Weltfrieden in vorderster Linie zu stehen.

Pressekonferenz (PD)

25. April 1949
Nachrichten - 2 -

Brandenburg während der Mai-vorbereitungen

F o t s a n d, 25.4. (Sig.Ber.)

Der LND-Landesvorstand Brandenburg veröffentlicht einen Aufruf zum 1. Mai, der an alle Betriebs-, Wohnattnungs- und Ortsgruppen der Partei gerichtet ist und in dem alle Mitglieder in Stadt und Land aufgefordert werden, den 1. Mai 1949 unter Anleitung der Mai-Komitees nicht in Lande Brandenburg als Feiertagstag zu einer Demonstration der gesamten Bevölkerung für den Frieden und die Einheit Deutschlands zu gestalten.

Wie das Mai-Komitee bekanntgibt, steht die Stadt Brandenburg/Havel mit den Mai-vorbereitungen an der Spitze. Als Auftakt zum 1. Mai finden am 20. April in allen Betrieben Friedenskundgebungen statt. Ein großes Meekes leitet am 6 Uhr früh die Veranstaltungen des 1. Mai ein. Um 8 Uhr legen Betriebsdelegationen an den O.bern verstorbenen Antifaschisten und am abendmal der roten Ardee Arlnze nieder. Auf dem Neustädter Markt findet um 10 Uhr die große Mai-Kundgebung statt, an der auch eine Delegation der roten Ardee teilnimmt. Anschließend wird die Aktivistenhalle eingeweiht.

Der Nachmittag steht im Zeichen des Sports; russische und deutsche Sportler werden ihr Können zeigen. Eine russische und einige deutsche Aspeillen umrahmen die Veranstaltungen. Höhepunkte werden Fußballwettkämpfe zweier russischer Mannschaften sowie ein Wettkampf der Mannschaft Brandenburg gegen Halle bilden. Eine Sonderveranstaltung bietet acends Goethes "Faust", während in den Konzertheuslichtspielen der neue sowjetische Film "Lenin" zur erstauhrung kommt.

Am Montag, dem 2. Mai, finden abends um 18 Uhr große Kulturveranstaltungen auf der Freilichtbühne statt.

Innerbetrieblicher Wettbewerb zum 1. Mai

S t r a l s a n d, 25.4. (Sig.Ber.)

Die Belegschaft des volkseigenen Holz- und Massivbaus, Stralsund, beschloß als Anlass des internationalen Weltfeiertages einen innerbetrieblichen Wettbewerb durchzuführen, der am Montag, dem 22. April, beginnt und am Freitag, dem 29. April, endet. Die beste Abteilung wird am 1. Mai bekanntgegeben und prämiert. Die Punktwertung erfolgt u.a. nach Übererfüllung der Leistungsnorm und Verbesserungs- und Einsparungsvorschlägen.

Traktorist Perlewitz weist den Weg

entscheidender Durchbruch der Hennecke-Bewegung in der Landwirtschaft

F o t s a n d, 25.4. (Sig.Ber.)

Ein entscheidender Durchbruch wurde von dem der LND angehörenden Traktoristen Reinhard Perlewitz von der MAB Aitzschdorf im Kreis Meus errungen. Mit einem STS-Nati-Traktor aus dem Stalingrader Traktorenwerk hat er in zehnstündiger Arbeit 11,1 Hektar gepflügt und gleichzeitig 10 Hektar geeggt, was bedeutet eine Übererfüllung

Pressedienst
(FD)

25. April 1949
Nachrichten - 3 -

der Norm mit über 300 Prozent. Reinhard Perlewitz hat sich in diesem Maße deshalb eingesetzt, weil er weiß, daß er nicht mehr für einen Junker arbeitet, sondern für die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Menschen. Wenn Reinhard Perlewitz dieselbe Fläche mit dem Traktor eines Großbauern bestellt hätte, wäre er etwa eine Woche auf dem Acker gewesen.

Reinhard Perlewitz ist aber schon nicht mehr der einzige Traktorist, der die Norm übererfüllt. Von der gleichen MAS, die den Namen einst Thümann führt, haben seine Kollegen Riedler und Rudolf sich das Ziel gesetzt, die Leistung von Reinhard Perlewitz noch zu überbieten.

Die Kunde von der Leistung des Traktoristen Perlewitz hat sich aber bereits über die eigene MAS hinaus verbreitet und auch in den übrigen Maschinenausleihstationen unseres Landes den Wettbewerbseifer vertieft. Die Traktoristen der MAS erneuern, Walter Mohler und Emil Ascherus, übererfüllen ihre Norm mit nahezu 200 Prozent.

Reinhard Perlewitz ist durch seine Tat zum Bahnbrecher der Hecke-Bewegung in der Landwirtschaft geworden. Es kommt jetzt darauf an, seine Erfahrungen auszuwerten und die Initiative der Traktoristen und Arbeitsaktivisten auf den MAS und Volksgütern noch mehr als bisher in Übereinstimmung zu bringen, damit der größtmögliche Nutzen im Interesse aller schaffenden Menschen erzielt wird.

Die Traktoren, die die Sowjetunion den werktätigen Bauern der sowjetischen Besatzungszone übergeben hat, sind von den schaffenden Menschen in Stadt und Land herzlich begrüßt worden. Aber nicht nur aus, die Traktoristen, die diese Traktoren führen, pflegen sie auch mit besonderer Sorgfalt, denn diese Traktoren haben entscheidend zur Bestellung unserer Acker beigetragen.

Es zeigt von einem neuen Bewusstsein vieler Traktoristenbrigaden, daß von Traktorist zu Traktorist Wettbewerbe abgeschlossen wurden, die das Ziel hatten, besondere Erfolge bei der Frühjahrseinstellung zu erringen. Dabei kam es den Traktoristen nicht nur darauf an, größere Flächen zu bestellen, sondern gleichzeitig auch eine qualitativ gute Arbeit zu leisten.

"Junge Pioniere" verwirklichen ein Bauprogramm

10.04.49, 25.4. (K.A.K.)

Die Errichtung einer Maschinenausleihstation auf dem ehemaligen Gut Großleuthen im Kreise Lubau wird mit einer großzügigen Beteiligung der Jungen Pioniere, der Schüler, Lehrer und der Einwohnerschaft fortgesetzt. Für die Neusiedler werden sechs Gehöfte mit Wohnhaus, Stall und Scheune errichtet. Die Jungen Pioniere haben die Patenschaft für die Ausschachtungen und Materialtransporte übernommen. Die Verwaltung fördert den Bau durch bevorzugte Materialzuteilung und stellt sechs Traktoren bereit. Zu den Neusiedlerhäusern bauen die Jungen Pioniere eine "Straße der Jugend".

- 4 -

Presseamt
(FD)

25. April 1949
Nachrichten - 4 -

Der Lehrbauhof der Kreisstadt Spremberg hat die Patenschaft über zwei Neubauernsiedlungen übernommen. Insgesamt 31 Häuser, Zimmerleute und Tischler, die zurzeit umgeschult werden, errichten unter sachmännlicher Leitung je einen Neubauernhof in massiver und in Holzbauweise.

Vollständig verglast und beleuchtet

C o t t b u s, 25.4. (Mik.)

Im Bereich der Reichsbahndirektion Cottbus sind jetzt alle Personenzüge vollständig verglast und mit Beleuchtungsanlagen versehen worden. Das Bahnbetriebswagenwerk der RBD Cottbus steigerte seine Leistungen im Monat März erheblich: Gegenüber dem Monat Januar wurden 23% mehr Personenzüge technisch untersucht und 9% mehr Güterwagen ausgebessert. Ferner wurden im Februar und März 146 Schwerlastzüge mit einer Gesamtlast von 240 868 Tonnen gefahren. Durch diese Leistung wurden 62 Züge eingespart und der Wagenumlauf erheblich beschleunigt.

Reichsbahn-Aktivisten fahren Rekord

S c h w e r i n, 25.4. (eig. Ber.)

Auf einer Tagung von über 250 Aktivisten des Reichsbahndirektionsbezirks Schwerin mit den BGL-Vorsitzenden und Dienststellenleitern in Schwerin bezeichnete Vizepräsident S t a n d e r von der RBD Schwerin die Leistungen der Eisenbahner dieses Direktionsbezirks im ersten Quartal des Zweijahrsplans als zufriedenstellend, hielt aber auch nicht mit einer offenen Kritik zurück.

Er berichtete davon, daß am 21. April auf der Strecke von Wittenberge nach Bad Liepken ein Schwerlastzug mit 2512 Tonnen (57 Waggon) - Normalleistung 1100 Tonnen - gefahren und damit in der RBD Schwerin ein Rekord aufgestellt wurde.

Seit dem 1. Januar 1949 wurden 614 Schwerlastzüge, davon allein im Monat März 221, mit einer Belastung von insgesamt 401 808 Tonnen gefahren, wodurch 59 Lokomotiven eingespart werden konnten. Die monatliche Kilometerleistung der Lokomotiven stieg von 978 450 km im Februar auf 1 058 931 km im Monat März an. In der Ausbesserung der Lokomotiven und Wagen konnten die Sollzahlen in den ersten drei Monaten des Zweijahrsplans voll erfüllt werden.

"Jugendzug" im Reichsbahnbezirk Güstrow

G ü s t r o w, 25.4. (eig. Ber.)

Das auf der Strecke Güstrow-Meyenburg verkehrende Zignar 1360/65 wird ab sofort die Bezeichnung Zug der Jugend führen, da es ausschließlich von jugendlichen Lok- und Zugpersonal gefahren wird. Ein Jugendaktiv, bestehend aus Lokführer Beckmann, Heizer Adamkin, Zugführer Stahse, den Zugschaffnern Valentin und Bruhn sowie dem Ladenschaffner Voss, zu denen als Kolonne noch die jugendliche Schaffnerin Käthe Schulz, ihre Kollegen Erich Brudigan und Heinz Siggewitz gehören, ist die ständige Besatzung dieses Jugendzuges.

PresseDienst
(Fu)

25. April 1949
Nachrichten - 5 -

900 Volkspolizisten leisteten Arbeitsarbeit im Formstahlwerk Alesn

A l e s n, 25.4. (Rik.)

900 sächsische Volkspolizisten arbeiteten anlässlich des Weltfriedenskongresses freiwillig im Formstahlwerk Alesn. Sie trugen dazu bei, daß am Ende dieses Monats das von der Sowjetunion gelieferte Rohrwalzwerk in Betrieb genommen werden kann.

Werksangehörige bewegten 1 000 Tonnen Schrottmassen, während weitere 1 800 Einwohner aus Alesn 222 Kubikmeter Schrott und 45 Kubikmeter Schrott verladen.

Der Einbau des Chargierkranes im Formstahlwerk Alesn nähert sich seinem Abschluß. Es fehlen lediglich noch einzelne Teile, die in Kürze von dem volkseigenen Werk Mannesmann in Leipzig geliefert werden, um die Montagearbeiten abzuschließen. Die Inbetriebnahme des Chargierkranes wird für das Formstahlwerk Alesn wesentlich günstigere Bedingungen im Hinblick auf den Wettbewerb mit der Maxhütte und dem Stahlwerk Hennigsdorf schaffen. Die Beschickungszeit für die Siemens-Martin-Öfen wird von bisher acht auf fünf bis sechs Stunden herabgedrückt werden können.

Staat ruft zum Wettbewerb in der Chemie-Industrie

H a l l e, 25.4. (sig. Ber.)

Die Belegschaft der volkseigenen Sodafabrik Staat ruft in einem Aufruf alle Arbeiter, Arbeiterinnen und die technische Intelligenz der volkseigenen und SAS-Chemiebetriebe auf, mit innerbetrieblichen Wettbewerben die gewünschten Ergebnisse des Zweijahrsplans zu erzielen.

Der Wettbewerb in der volkseigenen Sodafabrik Staat sieht folgende Aufgaben vor:

Durch Herabsetzung der zur Apparatur-Reinigung und Reparatur erforderlichen Zeit, durch Höchstaussnutzung der vorhandenen Kapazitäten und durch Erzielung zusätzlicher Kapazitäten die Produktion von kalzinierter Soda im Vergleich zu 1948 um 20% zu steigern. Mit Übererfüllung der Leistungsnorm, Verringerung der Zahl der Arbeitsverhältnisse aus nicht zwingenden Gründen, rationeller Ausnutzung der Arbeitszeit die Leistung jeden Beschäftigten um 8% im Vergleich zu 1948 zu steigern. Verminderte unproduktive Kosten, Einsparung von Brennstoffen, Elektroenergie, Rohstoffen und Materialien sollen die Selbstkosten für kalzinierte Soda im Vergleich zu 1948 um 4% senken. Um die Qualität der Ergebnisse zu steigern, wird es erforderlich, den Ausbildungsstand der Beschäftigten zu verbessern und beschleunigt umfangreiche Schulungsmaßnahmen, auch für die Erwachsenen, durchzuführen. Zum Schutze des Menschen sind umfassende Maßnahmen auf dem Gebiet des

Gute Idee eines Zimmerpoliers

S t r a l s u n d, 25.4. (sig. Ber.)

Dem Zimmerpolier Heinz S i e v e r t von der volkseigenen Bau-Jahres

PresseDienst
(FD)

25. April 1949
Nachrichten - 6 -

in Handarbeit. er konstruierte ein Bohrgerät, das einem Fräser ähnelt. Mit ihm können statt bisher 10 Löcher in der Stunde 120 hergestellt werden. Das Gerät ist auf genaue Bohrtiefe und -breite eingestellt, so daß die Arbeit weit sauberer ausfällt als früher. Da auf dem Neubau 5 400 Löcher vorgesehen sind, werden mit der neuen verbesserten Arbeitsmethode 1 700 LH eingeplant. Das Büro für Arbeitsvorbereitung in der Bau-Union wird das Gerät weiterentwickeln, das bald in der ganzen Zone eingeführt sein wird. Heinz Sievert erhielt eine Arrinderprämie.

Wunderwichtige Ackerwagen aus Thüringen

Schwerin, 25.4. (Eig. Ber.)

Die Schweriner Ackerseingenosenschaft bekam vor kurzen über die mecklenburgische Landesregierung 45 Ackerwagen aus Thüringen geliefert, die hauptsächlich an Neubauern verteilt werden sollten. Bei einer Besichtigung eines Teiles dieser Lieferung in den Lager der Ackerseingenosenschaft bemängelten Fachleute die schlechte Qualität der in zwei Thüringer Fabriken hergestellten Ackerwagen. Gleichzeitig wurde ein in Mecklenburg hergestellter Ackerwagen vorgeführt, der von guter Qualität ist und dessen Preis nur um 100 DM höher liegt, dafür aber eine Lebensdauer von zwanzig und mehr Jahren hat. Die verantwortlichen Stellen der Landesregierung Mecklenburg wurden aufgefordert, über die DMK dafür zu sorgen, daß die Herstellung schlechter Wagen, für die wertvolles Material und Transportraum vergesetzt werden, eingestellt wird.

Genossenschaften wirken für Frieden und Wohlfahrt Gründungsprotokoll des Zentralverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften feierlich unterzeichnet

Hannover, 25.4. (Eig. Ber.)

In Anwesenheit aller Vorstände der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Zone sowie Vertretern der Landes- und Zonenverwaltungen und anderer demokratischer Organisationen fand in Halle die feierliche Unterzeichnung des Gründungsprotokolls des "Zentralverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands e.V." statt.

Der Leiter der Hauptverwaltung Land und Forsten bei der DMK, Sawin H o r n i e, bezeichnete die Unterzeichnung des Gründungsprotokolls als Geburtsstunde des Verbandes und als bedeutsames Kennzeichen der großen Fortschritte, die die demokratische Wirtschaftsordnung in der sowjetischen Besatzungszone in den letzten Jahren gemacht hat. Hornie gab dem neu organisierten ländlichen Genossenschaftswesen die Mahnung mit auf den Weg, nicht nur ein rein kaufmännischer Apparat zu sein, sondern seine Arbeit immer vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte und der Hebung der Lebenslage der ländlichen Bevölkerung zu sehen. Mit allem Nachdruck wies Hornie darauf hin, daß die Schaffung der Genossenschaften nichts mit irgend einer Form der Kollektivisierung unserer Landwirtschaft zu tun habe, sondern dem Willen der Bauern und ihren Bedürfnissen Rechnung trage.

Pressedienst
(RD)

25. April 1949
Nachrichten - 7 -

Der Präsident des Zentralverbandes, Ernst B u s s e, kennzeichnete die große Bedeutung der Genossenschaften im Kampf um die Einheit Deutschlands. "Wir wollen beweisen", so sagte er, "daß wir größere Patrioten und bessere Deutsche sind, als jene volkstümlichen Kräfte, die der Spaltung und Versklavung Deutschlands durch die imperialistischen Mächte des Westens Vorschub leisten. Unsere Arbeit gilt der Verbesserung unserer Lebenslage aus eigener Kraft, gilt einem freien Bauernstand in einer freien, demokratischen Organisation." Im Namen der 900 000 Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften nahmen die Anwesenden eine Entschließung an, in der die Weltfriedenskonferenz begrüßt wurde und in der es u.a. heißt: "Wir sind der festen Überzeugung, daß ein vergossener Tropfen Schweiß von der Bauernstirn dem Acker mehr segnen bringt als viele vergossene Tropfen Blut im Kriege. Ehrlichen Mänsen geloben wir als deutsche Genossenschafter, die hohen Ziele des Weltfriedenskongresses zu unterstützen und alle unsere Kräfte bedingungslos gegen jede Kriegshetze und für den Frieden einzusetzen."

Die Vertreter der Hauptgenossenschaften, der Genossenschaftsbanken, der Volkseigenen Genossenschaften und der Viehverwertungs-genossenschaften sowie interessierter demokratischer Organisationen vollzogen durch ihre Unterschrift den Beitritt ihrer Verbände und Organisationen zum Zentralverband.

Maurer-Aktivist Paul Buck erklärt seine Arbeitsmethode

Zweitägige Schulungs- und Arbeitstagung der IG 14

Stralsund, 25.4. (sig. Ber.)

Zum ersten Male in der Ostzone wurde auf dem Neubaugebäude der "Volkswerk Stralsund" vom Zentralvorstand der IG Bau eine zweitägige Schulungs- und Arbeitstagung zur Ausbreitung der neuen Arbeitsweise im Baugewerbe durchgeführt, die einen festgelegten Lehr- und Arbeitsplan enthält. Die Hennecke-Aktivistin Buck, Bannat, Biese, Lubnow u.a. gaben auf dem Gelände der "Baunieder Stralsund" ihre praktischen Erklärungen, ihre neuen Arbeitsmethoden, direkt an die wirklichen der volkseigenen Betriebe des Landes Mecklenburg Veltter.

Aus 12 Betrieben waren junge und alte Maurer, Maureipolierer, Vertreter der Intelligenz und der BGL nach Stralsund gekommen. Paul S a c k von der Hammlen Stralsund sprach über die neue Arbeitsweise, durch die mit dem Neubaugebäude der Volkswerk die großen Erfolge erreicht wurden. Das ganze Geheimnis liege darin, jeden Handgriff bei der Arbeitsvorbereitung zu überlegen. Schon bei einer guten und zweckmäßigen Ausrichtung beginne die Überlegung, ein sauberer und gut eingerichteter Arbeitsplatz sei eine weitere Voraussetzung. Ein Maurer zum Teil zerbrochener Steine, ein Kasten, in dem der Mörtel erst angerührt werden muß und wo man vom Steinhaufen und Mörtelkasten erst mehrere Schritte zur Mauer laufen muß, kosten unnütze Kraft und Zeit. Mit Steinrahmen haben wir diesen Mangel beseitigt, an denen die Steine bereits geschichtet sind und nicht zerbrechen. Acht Rahmen stehen übereinander. Der Mörtel ist fertig und der Kasten steht griffbereit. Wenn auf unserer Baustelle genügend Rahmen vorhanden sind, werden wir schon beim Entladen die Steine auf

Pressedienst
(1L)

25. April 1949
Nachrichten - 8 -

nehmen stapeln. Transport, stapeln und Mauern, alles geht viel leichter. Beim Mauern selbst muß man den herausquellenden Mörtel gleich für die neue Stoßfuge verwenden. Vieles Klopfen der Ziegelsteine ist unnötig, wenn der Stein schon beim ersten Griff richtig sitzt. So können wir alle viel leichter und geschickter arbeiten, so habe ich schließlich auch im vergangenen Jahre 2 600 Steine in einer Schicht vermauert und meine Kollegen ebenfalls. Eins ist aber wichtig: nicht Einzelleistungen kennzeichnen einen richtigen Hennecke-Aktivist, sondern vielmehr wie er es versteht, seine neuen Arbeitsmethoden anderen zu übermitteln und somit allen Werktätigen die Arbeitsproduktivität steigert.

Ein zweiköpfiges Maurerkollektiv unter dem Aktivisten Brandt dauerte nach der neuen Methode: keine Hetzerei, nur Überlegung und gut organisierte Arbeit. Alle konnten sich hier am Arbeitsplatz davon überzeugen. Am ersten Tage wurden in 6 1/2 Stunden 12 000 Steine vermauert. Das bedeutet für einen Maurer pro Stunde 174 Steine. Am zweiten Tage schafften sie mit 11 Maurern 11 062 Steine, das sind pro Stunde und Maurer 174 Steine. Am Schluß der Arbeitstagung verpflichteten sich die Teilnehmer, die neue Arbeitsweise entsprechend der Struktur ihres Betriebes den Bauarbeitern weiterzugeben, beim Bauprogramm 209 ihres Betriebes und beim Industrie- und Wohnungsbau die neue Methode weiterzuentwickeln, Arbeitskollektive nach dem Vorbild der Bau-Union Stralsund zu schaffen und dazu vor allem unsere Jugend heranzuziehen.

PresseDienst
(P)

25. April 1949

P r e s s e s t i m m e n

Westdeutsche Presse über Besatzungsstatut und Gebietsabtretungen

Die westdeutsche Presse ist genötigt, in steigendem Masse der Ernüchterung über das Besatzungsdiktat und den Raub deutscher Gebiete Ausdruck zu geben. So schreibt z.B. der "Münchener Merkur" zum Besatzungsstatut:

"Den deutschen Politikern wird durch das Besatzungsstatut mitgeteilt, dass sie auch künftig alle Anordnungen der westlichen Alliierten widerstandslos durchzuführen haben. Auf Anordnung der Alliierten haben wir eine westdeutsche Regierung zu bilden, aber dieser Regierung soll auch künftig weder für die Außenpolitik noch für die Wirtschaft die Freiheit des Handelns zugestanden werden."

Die "Hamburger Freie Presse" stellt fest: "Nach dem Besatzungsstatut sind uns die zwei wesentlichsten Rechte einer souveränen Nation verenthaltet: das Recht der freien Bestimmung über ihre Verfassung und das zweite Recht, ihre Außenpolitik selbst zu führen. Verfassungsänderungen, die das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Bund und Ländern berühren, sind der Kompetenz der deutschen Verfassungsgesetzgebung entzogen. Das Besatzungsstatut macht die Deutschen nicht zu Herren ihres eigenen Verfassungsrechts, sondern stempelt sie zu Dienern fremden Verfassungsdiktats."

Zu den jedem Völkerrechtohnsprechenden "Grenzregulierungen" spricht die Nupertaler "Westdeutsche Rundschau" von "schmerzenden Grenzen" und schreibt:

Die Folgen dieses Diktats werden sehr weitreichend sein. Die Verbitterung der westdeutschen Bevölkerung ist wieder einmal gestiegen. Wenn es möglich ist, dass man vier Jahre nach Kriegsende einfach mit der Schere willkürlich Land abscheidet, wer garantiert dann dem deutschen Volk, dass es bei der Friedenskonferenz nicht noch einmal einen grossen Aderlass gibt?"

Die Kölner "Volksstimme" (Nr. 38) schreibt: "Es gibt wohl keinen Deutschen, der zu den jetzt vollzogenen Gebietsabtretungen ja sagt. So muss sich auch eine gemeinsame Front, eine wahrhaft nationale Front aller Deutschen, bilden zur Lösung dieser und der mit ihr zusammenhängenden anderen nationalen, der wirklichen Lebensfragen unseres Volkes."

Das Hamburger "Abendblatt" warnt aus diesem Grunde die westdeutschen Politiker:

"Die Politiker, welche nach dem ihnen vom Volke anvertrauten Mandat, das allgemeine Wohl im Auge haben sollen, tragen eine schwere Verantwortung, wenn sie Stimmen der Vernunft, wie die des Neuheimer Kreises, aus Gründen, die von parteitaktischem Verhalten bestimmt sind, ignorieren. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn ein Volksentscheid über die von Prof. Neack herausgestellten Punkte durchgeführt werden könnte."

**Pressdienst
(PD)**

25. April 1949

K o m m e n t a r e

mit der SED gegen Kriegshetze, für Aufbau und Frieden
Festschrift der SED zum 1. Mai 1949.

B e r l i n (PD)

In schmuckem Gewande und reich illustriert ist die Festschrift zum 1. Mai 1949, -herausgegeben vom Parteivorstand der SED, erschienen. Sie steht im Zeichen des Kampfes gegen Kriegshetze, für Aufbau und Frieden. In dem Mai-Aufruf Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls heisst es:

"Die 50. internationale Maifeier steht wieder im Zeichen des Kampfes um den Frieden. Das deutsche Volk erhebt die Forderung, ihm endlich einen gerechten Friedensvertrag zu gewähren und seine nationale Einheit unangetastet zu lassen. Mit dieser Forderung steht das deutsche Volk nicht mehr allein. In aller Welt wurde die Fahne des Kampfes um den Frieden entrollt. Die revolutionären Sozialisten in allen Ländern erklären sich für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden."

In einem Beitrag "Der Weg zum besseren Leben" stellt Walter Ulbricht fest:

"Zum ersten Mai begehen die Werktätigen Berlins und der Ostzone den 1. Mai im Zeichen der Erfüllung des grossen Wiederaufbauplanes. Der Mensch steht im wahrsten Sinne des Wortes im Mittelpunkt des Wirtschaftsplanes. Alle Arbeit dient dem einzigen Zweck, die Grundlagen für den Wohlstand unseres Volkes zu schaffen..."

Am diesjährigen 1. Mai sieht das schaffende Volk bereits, dass es vorwärtsgeht. Es sieht den Weg zu einem besseren Leben. Auf diesem Wege werden wir siegen in fester Freundschaft mit der Sowjetunion, mit den volkedemokratischen Ländern und in enger Zusammenarbeit mit den friedliebenden demokratischen Kräften der ganzen Welt!"

Otto Buchwitz schreibt zum Thema "Die Sowjetunion - Führerin im Kampf um Frieden und Demokratie in der Welt" Seine überzeugende Beweisführung mündet in die Schlussfolgerung:

"In unseren eigenen Interesse müssen wir in diesem Kampf für Frieden und Freiheit an die Seite der Sowjetunion treten. Das Lager der Friedenskräfte wächst von Tag zu Tag. Im Lager der Brandstifter kriecht es bedenklich. Auf der Seite der Sowjetunion stehen das Recht und die grosse Mehrheit der Menschheit der Erde."

So steht im Kampfmai 1949 die sozialistische Sowjetunion vor uns als das internationale Bollwerk des Friedens. Der Kampf der Sowjetvölker für den Frieden wird zu unserer eigenen Sache. Darum kann es für uns keine Wahl, kein Zögern geben: Wir stehen an der Seite der Sowjetunion im Ringen um den Frieden."

PresseDienst
(PD)

25. April 1949

Kommentare - 2 -

Die Frage: "Wird es einen dritten Weltkrieg geben?" beantwortet Anton Ackermann. "Der Friede kann erhalten und gesichert werden", schreibt Anton Ackermann. "Diese Antwort ist eine ganz bestimmte, fest begründete. Die an einem neuen Kriege interessierten Kreise bilden nur eine kleine Minderheit. Es sind die Rüstungsindustriellen, Bankherren und Grundbesitzer mit ihren Helfershelfern, während alle Völker am Frieden interessiert sind und immer energischer für den Frieden kämpfen. Das Lager des Friedens und der Demokratie ist im Weltmassstab stärker als das Lager der imperialistischen Kriegshetzer. Erkennen die Friedensfreunde ihre Stärke und erfüllen sie durch aktiven Kampf ihre Aufgabe, dann wird es keinen neuen Krieg geben! Möge darum der 1. Mai 1949 in ganz Deutschland zu einer neuen, machtvollen Manifestation der Stärke der Friedensbewegung in unseren Lande werden!"

Dr. Karl Steinhoff, nimmt zum Bündnis der Arbeiter mit den Bauern und der Intelligenz in der Ostzone Stellung: "Unter Führung der klassenbewussten Arbeiterschaft ist in der Ostzone zur Sicherung der fortschrittlichen Demokratie ein aus Erkenntnis und Willen festgefügtter Bund der Arbeiter, der werktätigen Bauern und werktätigen Intelligenz im Wachsen, der den Weg für eine bessere Zukunft freimachen wird. Der 1. Mai 1949 wird es beweisen."

Fred Oelsner gibt eine interessante Übersicht über 60 Jahre Mai-kampf. "60 Jahre Mai-kampf sind nicht vergebens gewesen! Nicht nur in der Sowjetunion, auch in den volksdemokratischen Ländern begehen die Werktätigen den 1. Mai 1949 im Zeichen der Einheit, des friedlichen Aufbaues. Und in allen kapitalistischen Ländern der Erde werden sie am 1. Mai für diese Einheit demonstrieren, gegen die Kriegshetze, für Völkerverständigung und Frieden, für friedliche Arbeit und gesellschaftlichen Fortschritt - kurz, auch in diesem Jahre ist der Maitag von den grossen humanistischen Ideen getragen, die ihn seit 60 Jahren beseelen!"

(W.E.)

Der Zusammenbruch der Tschiangkai-schek-Herrschaft

B e r l i n (PD)

Nachdem die chinesische Demokratische Freiheitsarmee Anfang des Jahres den Jangtse-Fluss erreicht hatte, trat in den Kampfhandlungen eine gewisse Atempause ein. Sie war militärisch und politisch bedingt. Die Freiheitsarmee nahm eine Reorganisation ihrer Kräfte vor, um sich für eine der schwierigsten und grossartigsten strategischen Operationen der Kriegsgeschichte, die Überschreitung eines über 2 km breiten reisenden Flusses vorzubereiten. Politisch war die Atempause durch den Wunsch der Volksarmee bedingt, dem chinesischen Volke, wenn irgendmöglich, die Fortsetzung des Krieges durch friedliche Vereinbarungen zu ersparen. Mao Tse Tung proklamierte seine Friedensbedingungen, forderte die demokratischen Kräfte in den noch von Tschiangkai-scheks Kuomintang-Armee besetzten Teilen Chinas auf, Tschiangkai-schek abzuwerfen und mit der Volksarmee ehrliche Friedensverhandlungen einzuleiten. Tschiangkai-schek und seine Clique antworteten auf diese Friedensbereitschaft der Volksarmee mit unehrlichen Manövern. Er zog sich nach aussen angeblich

- 3 -

Pressdienst
(P5)

Kommentare 25. April 1949
- 3 -

von den Regierungsgeschäften zurück, es wurden Gerüchte über seine Demission verbreitet, die Kuomintang entsandte eine Friedensdelegation. In Wirklichkeit hoffte Tschiangkaischek, durch diese Manöver Zeit zu gewinnen, um die Reste seiner Armee zu reorganisieren, das chinesische Volk zu verwirren, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges der Volksarmee zuzuschreiben, und letzte verzweifelte Versuche zu unternehmen, um doch noch in letzter Minute eine neue Unterstützungsaktion des amerikanischen Imperialismus für sein bankrotttes Regime zu erlangen.

Die Spekulationen Tschiangkaischeks sind fehlgeschlagen. Das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Shen Bi Schi, hat kurz vor Beginn der neuen Offensive der Freiheitsarmee in seiner Ansprache an den chinesischen Jugendkongress noch einmal klargestellt, dass vor der Kuomintang nur zwei Möglichkeiten bestehen: entweder sie nimmt die Friedensbedingungen Mao Tse Tungs an, tritt ab und ermöglicht die Bildung einer demokratischen Zentralregierung für ganz China mit Einbeziehung aller demokratischen Kräfte, oder aber sie wird von der Volksarmee mit der Waffe dazu gezwungen. Shen Bi Schi liess keinen Zweifel darüber, dass die Volksarmee durchaus in der Lage sei, diese Aufgabe in kurzer Zeit zu lösen, ganz China von dem reaktionären Regime Tschiangkaischeks zu befreien.

Die für die Feinde der Demokratie überraschenden Erfolge der Volksarmee in ihrer neuen Offensive, in deren Verlauf sie den Jangtse überquert, den Regierungssitz Nanking und andere wichtige Städte südlich des Flusses in kürzester Zeit genommen hat, beweisen die Realität der Einschätzung der Kräfteverhältnisse durch die Kommunistische Partei Chinas. Es handelt sich hier nicht allein um einen grossartigen militärisch-strategischen Erfolg. Noch viel bedeutender ist die politische Seite der Ereignisse. Diese Erfolge beweisen den völligen inneren Zerfall der Kuomintang-Kräfte, die Entscheidung der chinesischen Volksmassen, auch derjenigen, die in die Kuomintang-Armee gepresst wurden und auf den noch von der Tschiangkaischek-Clique beherrschten Gebieten wohnen, sich von Tschiangkaischek abzuwenden, der Front der Demokratie anzuschliessen. Nur so ist der Übergang grosser Teile der Kuomintang-Armee auf die Seite der Volksarmee, das Fehlen eines ernsthaften Widerstandes beim Übergang über den Jangtse, die regellose Flucht der Reste der Tschiangkaischek-Armee zu erklären. Das chinesische Volk hat sich in seinen Massen für die Demokratie entschieden, gegen die von den Imperialisten gestützte Reaktion erhoben. Damit hat sich das Kräfteverhältnis, das schon militärisch für Tschiangkaischek immer ungünstiger wurde, endgültig radikal zugunsten der Volksarmee verschoben.

Entscheidend ist, dass es der Kommunistischen Partei Chinas als der führenden Kraft der chinesischen Demokratie gelungen ist, durch ihre umsichtige, kluge und ehrliche Politik alle wahrhaft nationalen demokratischen Kräfte des chinesischen Volkes in eine mächtige Front zusammenzuführen. Nicht nur die Arbeiterklasse und die für die demokratische Bodenreform kämpfende Bauernschaft, auch die nationale Intelligenz, Professoren und Studenten, breite Schichten des Kleinbürgertums, ja selbst ein grosser Teil der Kaufmannschaft und der Unternehmer, soweit sie sich nicht dem amerikanischen Monopolkapital und seinen chinesischen Agenten verkauft haben, stehen in dieser Front

Pressedienst
(PD)

Kommentare

25. April 1949

und sehen in der nationalen Einigung Chinas auf demokratischer Grundlage den einzigen Ausweg aus dem Elend und der nationalen Unterdrückung. Die von der Volksarmee unter Führung der Kommunistischen Partei angestrebte zentrale Nationalregierung für ganz China soll auf breiter Grundlage alle wahrhaft demokratischen Organisationen, Parteigruppierungen und Kräfte umfassen.

Der Sieg der Demokratie auf dem riesigen Gebiet Chinas verändert radikal das Kräfteverhältnis zwischen Demokratie und Imperialismus im Weltmaßstab. Die Auswirkungen des demokratischen Sieges in China auf den Freiheitskampf der Völker Asiens, im benachbarten Vietnam, in Indonesien, Burma, Malaya und Indien sind bereits sichtbar und werden in nächster Zeit noch stärker. Das Lager des Fortschritts und des Friedens, des Widerstandes gegen imperialistische Angreifer hat durch den Sieg der Demokratie in China eine Verstärkung erfahren, die diesen Sieg in den Augen der amerikanischen Imperialisten mit Recht als ihre größte Niederlage erscheinen lässt. Weitere Niederlagen werden Schlag auf Schlag folgen. Die Völker Asiens werden ihrem Tschiangkai-scheks dasselbe Schicksal bereiten, das den chinesischen Agenten der imperialistischen Kriegsbrandstifter ereilt hat.

(G.Kr.)

Die Wendung auf dem Lande

B e r l i n (PD)

Von der Maschinen-Ausleih-Station Alt Zeschdorf im Kreis Lebus wird berichtet, dass der Traktorist Reinhard Ferlewitz mit einem aus der Sowjetunion gelieferten Traktor vom Typ STS-Kati in 10 Stunden 11,1 Hektar Ackerland in einer Bodentiefe von 22 cm umgepflügt und gegarbt hat. Er hat mit dieser Leistung die Norm von 2,8 ha um 300 % überboten. Gewiss eine außerordentliche Leistung, und es ist die Gewähr gegeben, dass diese Leistung keine Einzelercheinung bleibt. Denn von anderen MAS wird gemeldet, dass andere Traktoristen der Rot Reinhard Ferlewitz nachhelferten und mit Leistungen aufwarteten, die die Norm um fast 200 % überfüllten.

Auch der Nichtfachmann, der Städter, bekommt einen Begriff von der außerordentlichen Leistung des Traktoristen Ferlewitz, der an einem einzigen Tage das schaffte - nach Aussagen des Bauern Schüller, dessen Acker durch die Hilfe der MAS für die Frühjahrsbepflanzung fix und fertig gemacht wurde - wozu ein Grossbauer eine Woche benötigt hätte, wenn er mit seinem Traktor eine Ackerfläche von 11,1 Hektar umpflügen sollte. Und gar ein Monat hätte es gedauert, um diese Ackerfläche mit tierischen Zugkräften für die Frühjahrsbepflanzung vorzubereiten, d.h. umzupflügen und zu eggen. Diese Zahlen vermitteln zwar eine Vorstellung von der außerordentlichen Leistung der Hennecke-Aktivistin auf dem Lande, darin ist ihre Bedeutung aber keineswegs erschöpft. Mit der Leistung der Hennecke-Aktivistin der Landwirtschaft werden Vorgänge eingeleitet, die zu einer bedeutsamen Veränderung auf dem Lande führen. Diese Vorgänge sind für den Normalverbraucher und für den Neubauern von gleichgrosser Bedeutung.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

Kommentare

25. April 1949
- 4 -

Es ist klar, dass der Grossbauer, der eine Woche benötigt, um eine Ackerfläche von 11 ha umzupflügen, dies nicht umsonst tut. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Grossbauern die Notlage der Neusiedler zu ihrem Vorteil ausnützen und danach trachten, ihre wirtschaftliche Position weit auszubauen. Oft waren sie mit einer Bezahlung ihrer Hilfeleistungen in Geld nicht zufrieden, verlangten Korn und andere Produkte als Bezahlung. Für den Neubauern bedeutet also die Bestellung des Ackers in so kurzer Frist durch einen Traktoristen der MAS Einsparung an Geld, Einsparung an Zeit, mit einem Wort, seine Position gegenüber den Grossbauern verbessert sich. Es ist bekannt, dass die Grossbauern häufig versuchen, die Differenzierung des Abgabesolls zu ihren Gunsten zu sabotieren, weil sie danach trachten, ihre wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber den Kleinbauern zu erhalten.

Die Leistungen der Hennecke-Aktivistin auf dem Lande kommen nicht nur einer Revolutionierung der Ackerbestellung gleich, sondern führen jene Wendung auf dem Lande herbei, die notwendig ist, wenn die Ernährung verbessert werden soll. Es ist bekannt, dass die Verbesserung der Ernährung davon abhängt, dass den Neubauern geholfen wird und dass sie wirtschaftlich besser und billiger produzieren können. Noch sind die Anleihe-Stationen nicht soweit ausgebaut, dass sie allen Anforderungen genügen, die die Neubauern an sie stellen. Bisher war der Neubauer, wenn er seinen Acker bestellen wollte, wesentlich auf die Unterstützung des Grossbauern angewiesen, der weniger an uneigennütziger Hilfe, desto mehr an Verdienst und Stärkung seiner Position dachte. Die Leistungen der Hennecke-Aktivistin der Landwirtschaft, mit Reinhard Perlewitz an der Spitze, schlagen eine Bresche in die Front der Grossbauern und tragen dazu bei, auch dahin zu wirken, dass die Ernährung verbessert und der Wunsch des Normalverbrauchers nach Heraussetzung der Rationen rascher in Erfüllung geht.

Was sich jetzt auf dem Lande abspielt, jene Entwicklung, die durch die Leistung der Hennecke-Aktivistin der Landwirtschaft eingeleitet ist, ist keine Angelegenheit, die nur das flache Land, den Neubauern interessiert. Auch die Bevölkerung der Städte muss begreifen, dass auf dem Lande eine bedeutsame Schlacht geschlagen wird, eine Ernährungsschlacht, die mehr Brot und mehr Fleisch für alle Werktätigen bringt.

(L.M.)

Prinzipienlose Politik der SPD-Führung

B e r l i n (PD)

Wie zu erwarten war, hat die Führung der Sozialdemokratie den totalen Umfall in Bonn bereits vollzogen. Sie hat es damit so eilig gehabt, dass sie den am 25. April angesetzten neuen Briefempfang der 17-köpfigen Delegation des Parlamentarischen Rates bei den drei Militärgouverneuren in Frankfurt/M. gar nicht erst abgewartet hat. Dort war, wie der "Telegraf" mit Rücksicht auf die rebellierenden Mitglieder, Funktionäre und Wähler in der Sozialdemokratie zerkündernd sagt, "Die Einholung der Ansicht der Militärgouverneure über die neuen Kompromissvorschläge beabsichtigt."

- 5 -

PresseDienst
(PD)

25. April 1949

Kommentare - 5 -

Man wusste natürlich genau, dass es in Frankfurt keine "Ansichten" der westlichen Besatzungsmächte "einzuholen" gab. Wenn etwas einzuholen war, konnte es sich nur um die Fahne handeln, auf die Dr. Schumacher noch am Mittwoch der letzten Woche in Hannover sein kategorisches "Nein!" geschrieben hatte. Und diese Platte wurde denn auch mit der ganzen Prinzipienlosigkeit, die seit langem das Kennzeichen der SPD-Führung und besonders Dr. Schumachers gegenüber ihren Auftraggebern in Wallstreet und in der Londoner City ist, schnellsten eingerollt.

Für die totale Kapitulation bot sich Dr. Schumacher ein billiger und willkommener, wenn nicht gar vereinbarter Vorwand in einem Schreiben, das die 3 Ausenminister der Westmächte am 22. April an den Parlamentarischen Rat richteten. In diesem Schreiben wurde "wohlwollende Prüfung aller strittigen Fragen" auf den Gebieten der Finanzhoheit, der Vorrangsetzung des westdeutschen Bundes und der Landervollmachten zugesagt. Die Einbeziehung Berlins als 12. Bundesland "in die anfängliche Organisation der deutschen Bundesrepublik" wurde abgelehnt.

Erreicht war damit also praktisch nichts, aber der Wink war für Dr. Kurt Schumacher Anlaß genug, ins Horn zu stoßen und seine streitbaren Recken zurückzuholen. "Das Schreiben", so teilte er dem "Kurier" in tiefer Befriedigung über diese Möglichkeit zu einem Rückwärtsieg mit, "ist der erste grosse Erfolg (!) der entschlossenen und klaren Haltung der Sozialdemokratie... Die Bahn ist frei!"

Ja, die Bahn war frei, und flugs war die Einigkeit über Grundgesetz und Besatzungstatut in Bonn wiederhergestellt. Es bleiben, wie es in dem Schreiben der Ausenminister vom 22. April heisst, "aus dem Machtbereich des Bundes alle Angelegenheiten heraus, die durch das Londoner Abkommen endgültig ausgeschlossen sind". Das aber war der casus belli in dem Scheinkrieg, den Dr. Schumacher gegen die Bonner Pläne erblinnete. Er und seine Nachbeter haben also in der Tat die Segel auf der ganzen Linie gestrichen. Sie wollen sich der Gunst der monopolkapitalistischen Mächte, die hinter den westlichen Alliierten stehen, nicht begeben. Das ist der wahre Sinn dieser völligen Kapitulation. Die SPD-Führung ist umgefallen, wie wir es vorausgesehen haben - ohne Rucke und ohne Rücksicht auf den Willen ihres Anhangs und des ganzen werktätigen deutschen Volkes.

Mit cynischen Bemerkungen haben die Dr. Schumacher, Heine und Ollenhauer in Hannover das Angebot des Deutschen Volksrates auf gemeinsame Verhandlungen zur Schaffung einer Grundlage für eine einheitliche deutsche Friedenspolitik abgelehnt. Sie haben stattdessen nicht nur ihre wilde Hetze gegen die Ostzone und ihre kriegstreiberischen gegen die Sowjetunion fortgesetzt, sondern auch ein weiteres Angebot des Vornitzenden der KPD zu einer Vereinbarung über ein einheitliches Vorgehen in Bonn mahnvoll abgelehnt. Dr. Schumacher ist also der Linie treugeblieben, die der von USA-Beldern finanzierte faschistische "Tagespiegel" an ihm so konsequent und lobenswert fand, weil es die Linie seiner eigenen Finanziers in Wallstreet ist.

- 6 -

PresseDienst
(PD)

25. April 1949
Kommentare - 6 -

Die Einigung in Bonn bedeutet nichts anderes als die restlose Anerkennung der alliierten Forderungen durch die SPD-Führung, die damit wieder einmal unter Beweis gestellt hat, dass ihr Freiheit, Zukunft und Einheit des deutschen Volkes nichts bedeuten gegenüber den Befehlen ihrer Auftraggeber und der Kosten, Pöschchen und Verdiensten, die sie durch diese ergattern können. Ihre Bonner Politik ist nicht nur antinational, sondern auch ein Verkauf der Interessen des werktätigen Volkes im Westen an die monopolkapitalistischen Wallstreet-Gewaltigen. Sie wird dahin führen, dass der Kampf für Einheit und gerechten Frieden im deutschen Westen einen neuen, grossen Auftrieb erfährt.

(H. Al. P.)

PresseDienst
(P5)

25. April 1949

Artikeldienst

=====

Die Einheit der Antifaschisten und Widerstandskämpfer Vergebliche Spaltungsversuche durch Agentprovokateure

Anlässlich der vierten Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung der politischen Gefangenen wurden in allen ehemals vom Faschismus unterdrückten Ländern am 10. und 11. April Befreiungsfeiern durchgeführt, die insbesondere in den volksdemokratischen Ländern, in denen die Regierung Träger der Veranstaltungen war, zu einem machtvollen Bekenntnis für den Frieden wurden. Am gleichen Tage trafen sich in allen Teilen Deutschlands die Verfolgten des Naziregimes zu örtlichen Kundgebungen, die nach einem Beschluß des Rates der VVN in einer zentralen gesamtdeutschen Kundgebung am 7. und 8. Mai in Hamburg ihren Abschluß und zugleich ihren Höhepunkt mit der Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des faschistischen Terrors finden wird.

Zu dieser Kundgebung haben zahlreiche europäische Länder stärkere Delegationen ehemaliger politischer Gefangener zur Teilnahme gemeldet, die im Gedenken an die gemeinsam gebrachten großen Opfer anlässlich des Befreiungstages in Hamburg für Frieden und Völkerverständigung demonstrieren werden.

Inmitten der Vorbereitungen wurde das Hamburger Sekretariat der VVN im Auftrage des Bürgermeisters Brauer einer Durchsuchung unterzogen und die zur Finanzierung des Befreiungstages - selbstverständlich hat der Hamburger Senat keinerlei Zuschüsse bewilligt - gedruckten Sondermarken mit dem Aufdruck "Befreiungstag 1949 - 7.-8. Mai Hamburg" beschlagnahmt. Diese Maßnahme wird in ihrem vollen Umfange verständlich, wenn ergänzend hierzu berichtet wird, daß der gleiche Bürgermeister Brauer die ursprünglich für den 8. Mai vorgesehene Einweihung des Mahnmals durch den Hamburger Senat auf den 3. Mai mit dem Bemerkens vorverlegte, "daß sich am 8. Mai Zwischenfälle ergeben könnten".

In einer unverrechelten Art und Weise dokumentierte Brauer gegenüber den ausländischen Gästen, die fast ausnahmslos lange Jahre hindurch unter den inmenslichsten Bedingungen in deutschen Konzentrationslagern inhaftiert waren, daß von einer demokratischen Verwaltung der Stadt Hamburg absolut keine Rede sein kann. Was, so fragen wir uns, müssen die einmal in Deutschland inhaftiert gewesenen ausländischen Widerstandskämpfer, die ja zugleich als die besten Repräsentanten ihrer Völker zu uns kommen, von deutschen Völkern denken, wenn der Bürgermeister einer deutschen Stadt vier Jahre nach dem schmachvollen Ende des faschistischen Regimes seine "demokratische" Einstellung durch die Verfolgung der deutschen Antifaschisten dokumentiert, durch die Verfolgung jener Menschen, die unter beispiellosen Opfern einen heroischen Rest der Ehre des deutschen Volkes in den Jahren der Unterdrückung und des hemmungslosen Terrors der Naziverbrecher erhalten haben?

Im Zusammenhang mit dem Provokateur Brauer verdient der Chefredakteur des "Sozialdemokrat", Tausch, genannt zu werden, der in Abständen von wenigen Tagen als "Eigenberichte" bezeichnete Meldungen über eine "Agententätigkeit" der VVN veröffentlicht, die in ihrer abgründigen Gemeinheit kaum etwas Gleiches aufzuweisen haben. Es begann mit der Verleumdung bewährter Antifaschisten in den westlichen Zonen, die angeblich die KZ-Betreuungsstellen zu einer illegalen Tätigkeit mißbrauch-

PresseDienst
(PD)

25. April 1949
Artikeldienst - 2 -

ten. Es folgte eine Meldung, wonach der dem Berliner Magistrat unterstehende Hauptausschuß der Opfer des Faschismus sich in einer Sitzung mit den "Informationsbüros" beschäftigt habe. Der Brief des Leiters des Hauptausschusses OdP, der den Nachweis erbrachte, daß weder an diesem Tage noch jemals in dieser Angelegenheit eine Sitzung stattgefunden habe, blieb von der Redaktion bis zum heutigen Tage unbeantwortet. Unbeantwortet wird wahrscheinlich auch die Feststellung des Organs der VVN, "Die Tat", bleiben, die auf Grund einer neuen "Eigenmeldung" des "Sozialdemokrat", der die Unterschrift des westdeutschen Mitglieds des Rates der VVN, Ernst Sualwichter, der als aufrichter Antifaschist 12 Jahre von den Nazis inhaftiert wurde, fälschte und dessen Namen in Verbindung mit einer "Freiwilligenwerbung" für das demokratische Griechenland mißbrauchte, den Chefredakteur des "Sozialdemokrat" Tausch als einen bewußten Lügner bezeichnete und diesen zu einem Gegenbeweis aufforderte. Herr Tausch wird aller Wahrscheinlichkeit auch zu dieser Feststellung, die ihn als einen Lügner entlarvte, schweigen. Es wird ihn und seinesgleichen nicht daran hindern, gleiche und ähnliche unsinnige Behauptungen zu wiederholen, von dem Goebbels'schen Grundsatz ausgehend, daß Lügen an Wirkbarkeit gewinnen, je öfter und systematischer sie wiederholt werden.

Die ohnmächtige Wut der Brauer und Tausch wird allerdings vermindert, wenn man berücksichtigt, daß ihnen die Aufspaltung der einzigen gesamtdeutschen Organisation nicht gelungen ist. Dem Parteivorstand der SPD gelang es auch nicht, die sozialdemokratischen Parteimitglieder zu einem Austritt aus der VVN zu bewegen. Der Beschluß wurde nur in einzelnen wenigen Fällen unter dem besonderen Druck des Parteivorstandes befolgt, während die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen VVN-Mitglieder erklärte, daß sie nicht daran dächte, die in den Jahren des gemeinsamen illegalen Kampfes gegen das Naziregime und im Lager gewachsene antifaschistische Kampfsgemeinschaft zu verlassen. Auch wie vor gehören der VVN in den westlichen Zonen rund 25.000 Sozialdemokraten an, die sowohl in den Landesvorständen, wie in der gesamtdeutschen Vertretung, dem Rat der VVN, maßgeblich und verantwortungsbewußt mitarbeiten.

Auf einer Tagung politisch verfolgter Sozialdemokraten aus allen Teilen Württemberg-Badens wurde eine Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten gegründet: Dem vorläufigen Landesausschuß gehören der Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, Karlsruhe, Willi Sauter, Ulm, und Karl Gaiser, Stuttgart, an. Die Arbeitsgemeinschaft beantragte, daß alle Ausschlüsse in Vollzug des Parteitagebeschlusses, wonach die Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur VVN sei, rückgängig zu machen seien. In einer an den Landesvorstand der SPD gerichteten Entschliebung heißt es u.a.:

"Die politisch verfolgten Sozialdemokraten haben mit Bedauern von dem Beschluß des Düsseldorfer Parteitages Kenntnis genommen, der die gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPD und in der VVN für unvereinbar erklärt. Ein derartig weitgehender Beschluß, der die fundamentalen Grundsätze unseres demokratischen Lebens berührt, hätte unter allen Umständen vor dem Parteitag mit einem gewählten Gremium der politisch verfolgten Sozialdemokraten besprochen werden müssen, denn diese Entscheidung ist in erster Linie Angelegenheit der Genossen, die in der Hitlerzeit für Demokratie und Freiheit eingetreten sind und dafür große Opfer gebracht haben. Sie sind die eigentlichen Träger der Partei während der Nazizeit gewesen. Ihre Stimme muß daher von allen leitenden Organen der Partei auch heute gehört und beachtet werden.

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Artikeldienst - 3 -

Viele politisch verfolgte sozialdemokratische Genossen befinden sich nach diesem Parteibeschluss in einem schweren Gewissenskonflikt. Man darf nicht übersehen, daß die gemeinsamen Leiden in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern tiefe menschliche Bindungen geschaffen haben. Die wertvollen Erlebnisse dieser Zeit lassen sich auch nicht verwinden, wenn die politischen Notwendigkeiten der Gegenwart verschieden beurteilt werden."

Ähnlich lautende Erklärungen sozialdemokratischer VVN-Mitglieder wurden dem Parteivorstand der SPD aus anderen Ländern unterbreitet. Die Tagung des Rates der VVN in Bad Salzhausen bei Frankfurt/a. M. zerstörte die letzten Illusionen derjenigen, die von diesem bedeutenden Zusammentreffen der Vertreter der VVN aus ganz Deutschland einen Bruch erwarteten. Der Rat der VVN bekannte sich durch die Wahl einer Delegation zum Weltfriedenskongress in Paris für Frieden und Völkerverständigung.

Für dieses Ziel demonstrieren am 7. und 8. Mai in Hamburg die deutschen Antifaschisten gemeinsam mit den Widerstandskämpfern vieler europäischer Länder.

Heinz Schulz

PresseDienst
(FD)

25. April 1949

Stimmen des Auslandes

Polnische Bauern haben die Ukraine gesehen

(FD)

Vor einigen Tagen kehrte die polnische Bauerndelegation von ihrem Besuch in den Kollektivwirtschaften der Ukraine wieder in ihre Heimatdörfer zurück, um den polnischen Bauern, die sie entsandt hatten, über die Lage und das Leben der Bauern in der Sowjetunion zu berichten. Bei ihrer Ankunft in Warschau wurden sie von Pressevertretern mit Fragen überhäuft.

Der Mittelbauer Jozef Bigdal aus dem Dorf Boguzilozzi berichtet: "Eine Kollektivwirtschaft im Sumer Gebiet wurde im Kriege von den deutschen Truppen vollständig niedergebrannt. 10 Häuser standen noch, eine Kuh und ein Schwein, das war der ganze Viehbestand des Bezirkes nach Abzug der Deutschen. Jetzt hat die Kollektivwirtschaft 400 geräumige neue Wohnhäuser. Ein Klub, ein neues Kino, eine Bibliothek, Ställe wurden neu erbaut. Die Viehställe des Kollektivs sind voll Vieh. Die Schweinezahl zählt 400 Schweine. Und diese Ernten! Das ist ja märchenhaft! 25 und 30 dt pro Hektar! Ich habe auf meinem Felde kaum 8 dt von Hektar geerntet. Die Ernten in den Kollektivwirtschaften werden von Jahr zu Jahr besser, weil die Regierung viele Traktoren, Mährescher, Dresch-, Sä- und andere Maschinen ins Dorf schickt. Ich besuchte in der Ukraine einige Dörfer und konnte feststellen, dass die Maschinen die Handarbeit fast ganz ersetzt haben!"

Der hohe Grad der Mechanisierung der Landwirtschaft hat die polnischen Bauerndelegierten aufs tiefste beeindruckt. Der Dorflehrer Piotr Swetlik erzählt, dass in der Kollektivwirtschaft "Bucpenny" im Kiewer Gebiet Bodenbearbeitung und Ernte restlos mechanisiert seien, der Durchschnittsgrad der Mechanisierung der Landwirtschaft erreichte 85 %.

Der Kleinbauer Miron Magusnewitz aus dem Dorf Augustowo war schon vor der Revolution in Russland und kennt das Leben des früheren russischen Dorfes. Er kann die Veränderungen im Leben der ukrainischen Bauern beurteilen: "Wie Himmel und Erde unterscheidet sich das neue, sowjetische Dorf vom alten. Was habe ich im alten Dorf gesehen? Not, Ausbeutung, Kulturlosigkeit. So etwas gibt es jetzt nicht mehr. Jetzt leben die Bauern wohlhabend und zivilisiert und arbeiten für ihr eigenes Wohl. In der "Wassiljew"-Kollektive bei Kiew sahen wir grosse Obstdärten, Rieselfelder, herrliche Wirtschaftsgebäude, breite, wohlgepflegte Strassen, an denen 70 Steinhäuser, mit Ziegeln gedeckt, stehen. Wir bewunderten diese Bauernhäuser mit 3 - 4 und auch 5 geräumigen Zimmern. In allen Häusern ist elektrisches Licht und Radio. Das kann man nicht mehr Dorf nennen, das ist eine Stadt und die Bauern leben wie Stadtbewohner. Wir sahen in den Bauernhäusern Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Funknagelneue Radioapparate, elektrische Geräte. Einige Bauern haben sich im vorigen Herbst eigene Motorräder und Kleinautos gekauft". "Wenn sie wenig verdienen würden, könnten sie sich das nicht anschaffen", unterbricht der Bauer Tadeusch Ossietzki. "In der Kollektivwirtschaft 'Tschernowa Sarka', im Charkower Gebiet, hat ein einfacher Kollektivbauer 1,6 Tonnen Getreide, 350 kg Zucker, 30 kg Honig, eine halbe Tonne Gemüse und über 4.000 Rubel erhalten. Das ist ja ein ganzes Vermögen!"

PresseDienst
(PD)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Der ältere Kleinbauer Josef Baier ergreift das Wort: "Ich bin früher nie in Dorfversammlungen aufgetreten, jetzt bin ich auch ein Agitator geworden. Jetzt habe ich begriffen, wie lange man die Wahrheit vor uns verheimlicht hat, wie uns die Kulaken und Grundbesitzer betrogen haben. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, dass die Bauern in den Kollektivwirtschaften besser und leichter leben als wir in den Einzelwirtschaften. Als wir hinführen, dachten wir alle, dass wir Ruinen und Trümmer der vom Krieg zerstörten Dörfer zu sehen bekommen. Heute kann ich berichten, dass wir ein blühendes Leben sahen, heute behaupte ich, dass die Kollektivwirtschaft das Glück der Bauern ist."

Amerikanischer Gewerkschaftsführer gegen Atlantikpakt

(PD)

Der Vize-Präsident der amerikanischen Leder- und Haute-Gewerkschaft, die der CIO angeschlossen ist, Felnglass, nahm am Kongress der französischen Leder- und Haute-Gewerkschaft in Limoges teil. Dort erklärte er einem Journalisten, wie wir der "Humanité" vom 16. April entnehmen, folgendes:

"Der Atlantikpakt ist ein Kriegspakt und kein Friedenspakt. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass man nicht den Frieden sichern kann, wenn man Waffen produziert und verteilt. Man kann den Atlantikpakt nur als Mittel der amerikanischen Trusts und der amerikanischen Armee betrachten, um Stützpunkte gegen die Sowjetunion zu errichten. Der Marshallplan, sowie der darauffolgende Atlantikpakt sind von kriegerischen Absichten erfüllt und zeigen keinen Willen zum konstruktiven Aufbau des Friedens..."

Die amerikanische Regierung und einige Gewerkschaftsführer versuchten den Arbeitern wegzumachen, dass der Marshallplan ein Plan des Aufbaus sei, der Nahrung und Kleidung schaffen sollte. Nach und nach sind diese Illusionen geschwunden, denn die Arbeiter konnten feststellen, dass die Mittel des Plans zur Unterstützung der Reaktion in Griechenland und für die Kriegsindustrie in Westdeutschland verwandt werden. Die Arbeiter konnten gleichfalls feststellen, dass Elend und Arbeitslosigkeit in den marshallisierten Ländern zunehmen, während sich eine unleugbare Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern zeigt, die nicht von dem Plan betroffen werden."

Diese mutigen Erklärungen zeigen, dass auch die amerikanischen Werktätigen, trotz der Überschwemmung von Lügen und Falschmeldungen in Presse und Rundfunk, mehr und mehr die Politik der Kriegsvorbereitung durchschauen, die ihre Regierung betreibt.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Iran - Muster imperialistischer Kolonisation

(PD)

Telepress berichtet am 4. April:

"Die Ziele des von den Amerikanern geförderten sogenannten '7-Jahr-Entwicklungsplanes' für Iran sind die Olausbeutung und die Konstruktion von strategischen Wegen und Eisenbahnen. Dieses geht klar aus den Details dieses Projekts hervor, welches fälschlicher Weise als Modernisierungs-Projekt unter dem von Präsident Truman lancierten Programm der 'Entwicklung rückständiger Gebiete' bezeichnet wird.

Eine Gruppe amerikanischer Geschäftsleute, bekannt als die 'Überseeische Beratungs-GmbH', hat kürzlich einen Kontrakt im Werte von einer halben Million Dollar mit der Regierung von Iran abgeschlossen. Diese 'Beratungs-GmbH' plant, 2 000 amerikanische 'Spezialisten' nach Iran zu bringen, um die Umwandlung Irans in einen vollausgerüsteten amerikanischen Kriegsstützpunkt zu überwachen. Chef dieser Gruppe ist Frederick J. Mayo, der während des Krieges den amerikanischen Marineluftstützpunkt in Bermuda erbaute. Die beiden anderen Hauptpersonen sind der Eisenbahnspezialist Lawrence Richardson, der, nach Berichten der amerikanischen Zeitung "New York Herald Tribune", plant, die Linien der Trans-Iranischen Eisenbahn mit der türkischen Eisenbahnlinie zu verbinden, um so Iran einen Ausweg zum Mittelmeer zu schaffen, und ferner der bekannte Ölsuchverehändiger Max W. Thorburg, den dieselbe Zeitung als den geistigen Vater des Projekts bezeichnet.

Drei Jahre politischer Intrige liegen hinter dem Abschluss dieses Planes, der in Wirklichkeit nur ein Glied in der Kette der Versklavung des iranischen Volkes durch den amerikanischen und englischen Imperialismus ist. Die vorbereitende Arbeit wurde Quawam, der im Januar 1946 Premierminister von Iran wurde, überlassen. Einer seiner ersten Schritte war es, den Vertrag zu verlängern, der den Amerikanern gestattet, 'Ratgeber' bei der iranischen Gendarmerie zu unterhalten. Im Juni 1947 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Iran einen amerikanischen Kredit speziell zum Ankauf von Waffen gewährte, und im Oktober 1947 schloss Quawam ein geheimes Abkommen mit den USA, das die amerikanische Mission in Iran betraf. Zur Zeit kontrolliert diese Mission, deren Chef General Vernon Evans ist, die gesamten Streitkräfte Irans. Dieses war die Vorarbeit für die wirtschaftliche und politische Versklavung, der jetzt Iran unterworfen ist.

Im März 1947 erklärte Quawam in einer Rundfunkansprache an das iranische Volk das Programm dieses 7-Jahr-Planes, der unter amerikanischer Leitung entworfen und durchgeführt werden soll. In Kürze verlangt der Plan die Erhaltung Irans als eines landwirtschaftlichen Gebietes, einer Quelle von Rohstoffen und eines bequemen Absatzmarktes für amerikanische Waren, ohne auch nur die Möglichkeit einer Industrialisierung anzudeuten. Von einer Totalsumme von 21 Milliarden Rials, die der Plan vorsieht, sollen 6,5 Milliarden für die Entwicklung der Landwirtschaft, 3,7 Milliarden für die Konstruktion von Flugplätzen, Häfen und Wegen, 5,5 Milliarden für städtische Bauten einschließlich einer grossen Anzahl Gefängnisse, und nur 3,6 Milliarden für Bergwerke und die Industrie ausgegeben werden.

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Die Regierungen, die der von Quawam folgten, haben immer wieder versucht, zu betonen, dass der 7-Jahr-Plan ein interner, nationaler, unabhängiger iranischer Plan ist. Die Amerikaner sind jedoch offener; der derzeitige amerikanische Gesandte John Whaley erklärte, als er letzten Dezember nach Washington fuhr, dass er die Absicht habe, den 7-Jahr-Plan Irans mit dem State Department zu beraten.

Fortgeschrittene Meinungen in Iran sind sich jedoch über die Auswirkungen des Plans im Klaren - grössere Not und grösseres Elend für das schon ohnehin schwer unterdrückte, von Krankheiten heimgesuchte, irreführte iranische Volk. Die Regierung sah sich gezwungen, drastische Schritte zu unternehmen. Die von den ausländischen 'Experten' beratene iranische Reaktion benutzte den provokatorischen Anschlag gegen das Leben des Schahs als Vorwand für eine grausame terroristische Kampagne gegen alle diejenigen, die ihre Stimme gegen die anglo-amerikanischen Verletzer der iranischen Unabhängigkeit erhoben.

Dies ist die Geschichte, wie noch ein Glied in der Kette der imperialistischen Kolonisierung eines Volkes geschmiedet wird, dessen Führer seine Unabhängigkeit verpfändet haben."

Zur Information

Die 4 Familien, die Kuomintang-China beherrschen

(PD)

Das chinesische Volk erzielt im Laufe der volksdemokratischen Revolution immer neue Erfolge. Die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, die dem reaktionären Kuomintang-Regime immer neue Niederlagen bereiten, werden von Tag zu Tag stärker. Die Volksbefreiungsarmee Chinas hat nicht nur die Angriffe der mit amerikanischen Waffen ausgerüsteten und zahlenmässig stärkeren Kuomintangarmee zurückgewiesen, sie ist selber zum Gegenangriff übergegangen, hat im Laufe von 2 Jahren, vom 1. Juli 1946 bis zum 30. Juni 1948 über 2,6 Millionen Soldaten und Offiziere des Gegners vernichtet und in Gefangenschaft genommen und 1/4 des Landes mit 168 Millionen Einwohnern, d.h. 37 Prozent der Gesamtbevölkerung, befreit. Heute sind bereits mehr als 4 Millionen qkm chinesischen Territoriums mit über 250 Millionen Einwohnern in den Händen der Volksbefreiungsarmee.

Diese Erfolge wurden ermöglicht durch die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften in den befreiten Gebieten, durch die Massenunterstützung der Politik der kommunistischen Partei im Lande, die die Interessen des Volkes vertritt, durch die Sympathie der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit für den Kampf des chinesischen Volkes für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie.

Das Lager der chinesischen Reaktion, das aus den Großkapitalisten und Handelswucherern, aus den Großgrundbesitzern und dem Landadel, aus den Militaristen und der Kuomintang-Staatsbürokratie besteht, hat keine feste soziale Basis. Auf dem noch nicht befreiten Territorium halten sie sich auf den amerikanischen Bajonetten und durch ihren Polizei- und Justizapparat.

Propaganda
(PD)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

In China entwickelte sich eine besondere Art des Monopolkapitals, das man das "burokratische Kapital" nannte. Das Kapital ist eng mit der Staatsmacht verbunden, hat sich in ein Staatsmonopolkapital mit wuchereigenschaften verwandelt und bildet mit dem halbfeudalen und Großgrundbesitz die wirtschaftliche Basis der reaktionären Macht der Kuomintang, die die Unterstützung des amerikanischen Imperialismus hat.

Das wirtschaftliche und politische Leben Kuomintang-Chinas beherrschen die "4 Familien": die Tschiangs (Tschian-Kai Tschek), die Soongs (Soong Zsy-wen), die Kungs (Kung Sjan-Gi) und die Brüder Tschan (Tschan Li-fu und Tschan Go-fu), die vor einigen Jahrzehnten nur Kleinhandler- und Makler-familien waren. Indem sie die leitende Rolle in der Kuomintang-Partei spielen, hat diese Clique mit Hilfe englisch-amerikanischen Kapitals die wirtschaftlichen Machtpositionen an sich gerissen. Ihre politischen Funktionen haben sie zu persönlicher Bereicherung ausgenutzt, ohne Mittel zu scheuen. Jetzt haben die "4 Familien" in ihren Händen die gesamte militär-politische und wirtschaftliche Macht in Kuomintang-China konzentriert. Ihre Reichtümer werden mit ca. 20 Milliarden amerikanischen Dollar (in in- und ausländischen Aktien) eingeschätzt.

Nach dem konterrevolutionären Umsturz Tschiang-Kai Tscheks am 9. April 1927 überzeugte sich die schanghaiische Geschäftswelt, dass er wirklich gegen das revolutionäre Volk künipren werde und überreichte ihm eine Anzahlung von 3 Millionen Goldunten sowie die Zusicherung ihrer weiteren Unterstützung. Die Nankinger Regierung, mit Tschiang Kai Tschek an der Spitze, entfesselte den Bürgerkrieg, die herrschenden Kreise beteiligten sich an dem Blute des chinesischen Volkes. In den 9 Jahren Bürgerkrieg von 1927 - 1936 wurden unzählige Innere und Auslandsschulden herausgegeben. 86% dieser Gelder wurden zur Finanzierung militärpolitischer Ausgaben verwendet. Die Monopoli-Magnaten, die die Regierung bildeten, "kauften" als Privatpersonen unter dem Nationalwert die Obligationen, erhielten bei der Löschung der Anleihen den vollen Wert und schufen sich so ungeheure Reichtümer.

Eine andere Großquelle der Bereicherung dieser parasitären "4 Familien" war ihre Broker-Tätigkeit, die Vermittlerrolle im Handel mit Eisenwaren, die immer ein wichtiger Artikel des Einkommens für viele Gruppen der chinesischen Großhändler war. In der Hauptsache wurden in den Jahren des Bürgerkrieges Waffen eingeschafft. Nachdem sie die innere Ruhe entleert hatten, traten die "4 Familien" in der Rolle der Eisenhandelsbank auf und verdienten an diesen Vermittlungsoperationen ungeheure Profite. Der Bürgerkrieg und die Eisenhandelsbank ebnete den "4 Familien" den Weg zur wirtschaftlichen Monopolstellung.

Das Finanzmonopol in China wird durch 4 Banken durchgeführt, die nominell staatlich, tatsächlich aber ein Mittel der Bereicherung für eine Handvoll Menschen der Finanz-Oligarchie sind. Die leitenden Posten in diesen Banken sind von Stoßmännern der "4 Familien" besetzt. Anfangs leitete die Zentralbank Soong-Zsy-we, danach Kung Sjan-Gi, jetzt wieder ein Protegé der Soongs. Die China-Bank und die Verkehrs-Bank werden ebenfalls von Soongs und Kungs kontrolliert.

PresseDienst
(PL)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Die Bauern-bank ist eine Sphäre der Brüder Tschang, doch ist die Zentralfigur des Finanzkapitals Tschiang Kai Tschek, der den Vereinigten Rat dieser 4 Banken leitet. Tschiang Kai Tschek ist nicht nur der Präsident Chiang und Führer der Kuomintang, er ist praktisch der größte Gutbesitzer Chinas, der größte Bankier und Milliardär. So wie in Kuomintang-China der Staat- und Kuomintangpartei-Apparat mit dem Bank- und Handelskapital, das mit dem Großgrundbesitz und andererseits mit dem amerikanischen Imperialismus eng verbunden ist.

Von zu Anfang des Krieges mit Japan konzentrierten die 4 Staatsbanken den größten Teil des Kapitals des Landes: ihre Aktien betrugen 59% der Aktien aller Banken, die Summe der Depositen 59%, die Summe der Banknoten 70% und des Reingewinns 44% der Reingewinne aller Banken. Der schnelle Prozess der Zentralisierung des Kapitals durch diese 4 Banken und durch die Privatbanken der "4 Familien" fand auf Kosten der Akkumulation der chinesischen Bevölkerung und auf Kosten des Ruins anderer Privatbanken statt. Somit spielten die "Staats-Banken in China nicht die Rolle der "Bank der Banken". Unter dem Schutze der Machtmorgane vernichteten sie ihre Konkurrenten - kleinere Privatbanken - und schufen sich zusätzlich ungezählte Nebenbuhler. Daher ist auch das Anwachsen der Kapitalien der "Staats-Banken" kein Gradmesser der Entwicklung der National-Wirtschaft.

Die Finanzreform, die die Bankregierung im November 1935 durchführte, Offiziere den Weg zur weiteren Herrschaftung der "4 Familien". Sie gaben mit Hilfe ausländischer, hauptsächlich englischer Finanz-Magnaten neues Papiergeld, die sogenannte "rabi" heraus, wobei das Emissionsrecht den drei "Staats"-Banken zugesprochen wurde. Die Emission von Papiergeld ist die "Goldmine" für die "4 Familien", die das Kapital in ihren Händen konzentrieren und gleichzeitig das Geld der Volksmassen und die Verknüpfung des Landes durch ausländisches Kapital fördern. In den Jahren des Krieges gegen Japan wurde die Herausgabe des Papiergeldes gesteigert, das Emissionsrecht wurde zum Monopolrecht der Zentralbank. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurden alle Banken auf dem Territorium des vormals von den Japanern besetzten Gebietes auf Anweisung Tschiang Kai Tscheks der Kontrolle der "4 Familien" unterstellt.

Das Monopol der "4 Familien" dehnt sich auf den Innen- und Außenhandel aus: Spekulation und ähnliche Handelsoperationen waren schon immer ein bedeutender Artikel ihres Einkommens. Besonders erfolgreich waren auf diesem Gebiet die Kongs und Soongs, die große Handelsfirmen ihr eigen nennen. Diese Firmen haben dank ihrer engen Verbindung zu Regierungskreisen besondere Privilegien: sie sind steuerfrei, ihnen werden zu günstigen Bedingungen in den "Staats"-Banken Kredite gewährt usw.

Das Handelsmonopol des sogenannten "Regierungs"-Typus wurde im April 1941 durch einen Beschluss der Exekutive der Kuomintang eingeführt. Wie das Finanzmonopol stützt es sich auch ausschließlich auf die Macht des politischen und militärischen Zwanges. Ein bedeutender Teil der Kredite der "Staats"-Banken fließen in die Hände der Handelsunternehmer, da Handelspekulation den Kuomintangreaktionären größere Gewinne als die Industrie einbringen, die nur sehr schwach in China entwickelt ist. Es ist daher nicht verwunderlich, dass aus der Gesamtkreditsumme 1937-1938 nur 5,6%, 1941 nur 15,9% entfielen. Viel größeres Interesse haben die Banken an der Finanzierung der Handelsunternehmen, in die sie 80 - 90% ihrer Kredite hineinstecken.

Pressebericht
(PD)

25. April 1949
Stimmen aus dem Ausland - 7

Die Innenpolitik der Kuomintang-Regierung, die sich auf das Handelsmonopol der "4 Familien" stützt, hat sich unheilvoll auf die Wirtschaft des Landes ausgewirkt. Indem sie den Aussen- und Ver-kauf vieler Waren monopolisiert haben, hat die Kuomintang-Regierung die Marktpreise unter den Herstellungskosten und Verkaufspreisen weit über dem Marktwert festgelegt. Während sie mit der einen Hand einkauft und raubt, verkauft und raubt die andere Hand. Diese Aussenpolitik hat eine katastrophale Einschränkung der Produktion in allen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft, Kuomintang-Chinas, dem Rest des Klein- und Mittelstandes und eine rapide Preissteigerung auf alle Waren zur Folge. Auch mit Konterbande beschäftigen sich die "4 Familien" und stecken daher gewaltige Profite ein. Den Begriff "Vaterlandsverräter" kennen sie nicht, da sie selber Vaterlandsverräter sind, die im Kriege mit Japan ihre Konterbandengeschäfte über die Frontlinie führen können.

Die Ausdehnung des Zwischenhandels wuchers fördert die Monopolstellung der "4 Familien" im Aussenhandel. Dabei vermitteln sie nicht nur im Handels- sondern auch in Aussen-Valuta-Geschäften, d.h., sie üben in ihrem Lande den Produzenten wie den Konsumenten.

Gestützt auf militär-politische Gewalt und den administrativen Apparat, bestrebt, sich mit beliebigen Mitteln zu bereichern, verraten die "4 Familien" die Interessen des chinesischen Volkes, indem sie den ausländischen Imperialisten Tür und Tor öffnen. Nachdem mit Hilfe der Sowjet-Armee China von amerikanischen Imperialisten, die gemeinsam mit der Kuomintang-Reaktion den Bürgerkrieg entzweiten, um dadurch ihr Ziel, die chinesische USA-Kolonie, zu erreichen. Die Abhängigkeit Kuomintang-Chinas von den USA zeigt sich auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten.

Der chinesische Markt ist mit amerikanischen Waren überschwemmt. China importiert aus den USA sogar solche Waren, die im Lande selber hergestellt werden können. Dabei spielt eine große Rolle der Umstand, daß die Profite der "4 Familien" vom Verkauf amerikanischer Waren größer sind, als vom Verkauf der Inlandproduktionswaren. Die Einfuhr ist bedeutend größer als die Ausfuhr.

Die "4 Familien" Chinas haben sich die gesamte nationale Industrie unterworfen. Sie haben alle Verwaltungsposten in der Schwer- und auch in der Leichtindustrie inne. Sie wirtschaften uneingeschränkt im Maschinenbau, in der Erzeugung von Stahl, Gußeisen, Haushaltsartikeln, in der Rohstoffgewinnung usw. Ein deutliches Beispiel, wie die "4 Familien" die nationale Industrie in ihre Hande genommen haben, ist die Tätigkeit des sogenannten "Komitees der nationalen Ressourcen", das von der chinesischen Regierung 1936 geschaffen wurde und direkt dem Kriegerat Tschiang Kai Tschek unterstellt ist. Das "Programm der Rekonstruktion der Industrie", das von den "4 Familien" zusammengestellt war, sah die Übergabe der wichtigsten Industriebetriebe unter der Panke "Staatskontrolle" an sie vor. Das Programm stützte sich auf die breite Veranschlagung ausländischen Kapitals, erst japanischen und teils deutschen, und später von amerikanischen verdrängt wurde, und förderte die Ausbeutung der chinesischen Industrie an das ausländische, besonders amerikanische Kapital. Nach der Niederlage Japans wurden alle Betriebe, die in weitaus japanischen Kapital waren, direkt dem

*) japanischen Joch unterworfen war, traten an die Stelle der

Pressekalender
(10)

15. April 1949
Stimmen des Auslandes - 8 -

"4 Familien" übergeben oder ihrer Kontrolle unterstellt. Das alles bedingte die vorherrschende Position der "4 Familien" in allen Zweigen der Industrie. Gleichzeitig ist in alle Zweige der Industrie amerikanisches Kapital eingebracht. Die herrschende Kuomintang-Clique gab das Einverständnis zur Gründung einer gemischten amerikanischen-chinesischen Handels- und Industriessoziation mit 350 Betrieben, übergab den amerikanischen Imperialisten das Recht, auf chinesischen Boden neue Betriebe zu errichten und Handelsunternehmen zu gründen. In Ergebnis dieser völkereindlichen Politik der "4 Familien" wird Kuomintang-China in eine Halbkolonie des amerikanischen Imperialismus verwandelt.

Die "4 Familien" orientieren ihre Politik ausschließlich auf die USA. Ihre Kapitalien haben sie in amerikanischen Banken angelegt, was nochmals beweist, daß sie selber nicht an die Stabilität des Kuomintangregimes glauben. Die "uneigennützige Hilfe" der USA dient dazu, China in eine gehorsame Werra des amerikanischen Imperialismus zu verwandeln. Seit Beginn des Krieges gegen Japan haben die USA der Kuomintangregierung 14 Anleihen in der Höhe von 1,5 Milliarden Dollar gewährt, außer wechseln in der Summe von 700 Millionen amerikanischer Dollar, überflüssiges Kriegsmaterial für 825 Millionen Dollar und Kriegsausstattungen und Material für die Summe von über 1,5 Milliarden amerikanischer Dollar. Außerdem dieser "Hilfe" hat die USA der Tschiang-Kai Schek-Regierung 271 Kriegsschiffe übergeben, 57 Divisionen ausgebildet und ausgerüstet usw. Somit diente diese "Hilfe" nicht der Verbesserung der schweren wirtschaftlichen Lage Chinas, sondern der Entfaltung des Bürgerkrieges, der Verarmung Chinas in ein militär-politisches Aufmarschgebiet der USA im Fernen Osten.

Die Vertreter der "4 Familien" sind gleichzeitig Eigentümer großer Rentenfonds und verteidigen das feudale System. In Kuomintang-China ist der größte Teil der Boden in den Händen der Grundbesitzer konzentriert. In den einzelnen Provinzen zählen die Grundbesitzer, die 2 - 3% der Bevölkerung ausmachen, 80 - 95% des Bodens zu ihren Eigentümern, während die zu 90% der Bevölkerung angehörigen Leichter nur 10% des Bodens besitzen. Die Kuomintangregierung hat gemeinsam mit den Landbesitzern das feudale Ausbeutungssystem verfestigt, die Pachtgebühr wurde bis zu 50% der Ernte erhöht, die Steuern mit offiziellen Steuern überlastet. Nach Angaben des amerikanischen Volkswirtschaftlers Bak wurden in den Jahren 1947 - 1953 in chinesischen Dori 188 verschiedene Steuern erhoben. Auch war eine der Hauptfunktionen der Regierung, die Lohn der Arbeiter stetig zu erhöhen. Die Kreditpolitik dieser Regierungen besteht in der Verschärfung der Fiskalpolitik.

Die "4 Familien" haben eine Reihe von Gesellschaften monopolisiert, die für die Landwirtschaft von wichtiger Bedeutung sind, wie die Düngemittelherstellung und Verkauf von landwirtschaftlichem Inventar, der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen usw. Somit ist auch die Landwirtschaft Kuomintangchinas vollständig dem Monopolkapital der "4 Familien" unterstellt und degradiert, genau wie die Industrie. Der Verfall der Landwirtschaft wird am deutlichsten durch die Einschränkung der Ausfuhr bewiesen: 90 - 95% der Felder liegen in den wichtigsten landwirtschaftlichen Gebieten Chinas. Die Ausfuhr einer Reihe von Pflanzenkulturen wurde durch den Import dieser Waren, wie z.B. Baumwolle aus Amerika, eingestemmt.

Besonders schwer ist die Lage der werktätigen Bevölkerung in den Städten. Die Inflation im Jahre 1948 hat mit ihren ungeheuren Aus-

Pressebericht
(12)

25. April 1949
Stimmen des Auslandes - 9

lassen die Not und das Elend noch vertieft. Laut offiziellen Angaben der Zeitung "Chingzjaoshibao" vom 2. Juli 1948 stiegen die Preise in Schanghai im Vergleich zum Vorkriegsniveau um 710 000 mal. Besonders sind die Lebensmittelpreise gestiegen, die sogenannten "Hals-Arztstände" wiederholen sich laufend, doch ist die herrschende Clique an einer Verbesserung der Lage des Volkes nicht interessiert. Im Gegenteil, die benutzt den Hunger des Volkes zur eigenen Bereicherung. Laut Mitteilung des Korrespondenten der Associated-Press aus Nanking haben die Kuomintang-Führer in Tschantschun den Verkauf von Baumwollkapseln, die von der Bevölkerung im Essen verwertet werden, monopolisiert und den Preis auf 3 000 chinesische Dollar pro Kilo festgelegt. Im August 1948 führte die Kuomintang-Regierung eine Währungsreform durch. Das Geld wurde zu Kurs 1 neuer chinesischer Dollar gegen 3 Millionen alter Dollar eingetauscht, was eine neue Ausraubung des Volkes und eine weitere Bereicherung der herrschenden Clique bedeutete.

Neben Kuomintang-China besteht ein neues, demokratisches China, das sich täglich erweitert und festigt. Die volksdemokratische Macht, geführt von der kommunistischen Partei, verwirklicht in den erzielten Resultaten die Erwartungen und Hoffnungen der arbeitenden, sie führt konsequent die Bodenreform durch, indem sie das enteignete Land den werktätigen Bauern übergibt, liquidiert das Monopolkapital, dessen Hauptvertreter Tschiang Kai Schek, die Bösegeister und die Techniken sind, sie verteidigt und entfaltete die nationale Industrie und den Handel, richtet die werktätigen zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes heran.

Dem demokratischen neuen China steht noch ein harter Kampf bevor, sagte Mao Tse Tung: "Aber es wird nicht mehr lange dauern, bis die reaktionären Kräfte der Kuomintang vom chinesischen Volk endgültig beseitigt sind. Das chinesische Volk, die chinesische kommunistische Partei, die eine stützende und führende Partei ist, werden China für immer aus dem Bereich des Imperialismus befreien."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672136 · 672456 · 672626

Inhaltsverzeichnis

26. April 1949

Otto Buchwitz 70 Jahre

Unserem Genossen Otto Buchwitz zu seinem 70. Geburtstag

Walter Ulbricht: Was wir am 1. Mai wollen

Für Frieden, Demokratie, Sozialismus

Verteidigung des Friedens Sache aller Völker

Manifest des Friedens

Internationaler Völkerrat für die Verteidigung des Friedens gebildet

Nachrichten

Verpflichtung zur Schaffung von Staat und Verfassung

Otto Grotewohl sprach vor Leipziger Studenten

Parteiaufgebot für Stahlwerk Kirovsk

Über 1.000 Hände helfen Hüttenwerk Döhlen

Stahlformgießerei Copitz Spitzenreiter

Nachternter Abraumkumpels stoßen vor

Neue Pressmaschinen im Bau

VVN-Proteste gegen Übergriffe des Hamburger Senats

Orientliches Personal Schleswig-Holsteins fordert Streikbestimmung

Ein Lehrer unterrichtet 150 Kinder

8.400 Tubo-Erkrankte in Kiel

Deutsche Grenzbevölkerung verläßt annektiertes Gebiet

3. Landeskonzferenz der VVN Sachsen-Anhalt

Verlegung des Politischen Bildungsseminars

Ausschluß aus der Partei

Letzte Meldungen

Gab der größten Salve in Stahlwerk Hennigsdorf gelingen

Interview mit Nationalrat Ernst Fischer

Pressestimmen

Bombenteppich - ein sinniges Geschenk für Kriegerhetzer Churchill

Wie bei Goebbels

Kommentare

Die Volksarmee in Schanghai

Gespräche über Berlin

Internationaler Völkerrat zur Verteidigung des Weltfriedens

Artikeldienst

Der 1. Mai zeigt die Stärke der Friedenskämpfer (von Linietzki)

1. Mai - Kampftag für Frieden und Völkerverständigung (von Bruno Reichbach)

Stimmen des Auslandes

Maurice Thorez über Westdeutschland

Der Aufbau im vereinten China

Zur Information

"Ich klinge an...!"

Vor 20 Jahren: erster Fünfjahresplan der UdSSR

Zum Jahrestag der XVI. Parteikonferenz der KPdSU(B)

Pressedienst
(PD)

26. April 1949

Otto Buchwitz 70 Jahre

(PD)

Unser Genosse Otto Buchwitz feiert heute seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlass übermittelten ihm der Parteivorstand und das Zentralsekretariat der SED ein Glückwunschsreiben:

Lieber Genosse Otto Buchwitz !

Zu Deinem heutigen 70. Geburtstage beglückwünschen wir Dich im Namen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf das herzlichste.

Du kannst heute auf über 50 Jahre harten, aufopferungsvollen Kampf für die Interessen Deiner Klasse und der arbeitenden Menschen zurück-schauen.

Dein Leben ist reich an Entbehrungen und Enttäuschungen, aber auch an grossen, erhebenden Erlebnissen. Die Partei und die Arbeiterklasse kann stolz darauf sein, solche Söhne wie Dich zu besitzen.

Mit Deiner Treue zur sozialistischen Bewegung bist Du Beispiel für alle, mit Deinem Feuereifer trotz Deiner 70 Jahre ein leuchtendes Vorbild für die Jugend.

Das Vertrauen der Arbeiterklasse hat Dir frühzeitig in der Partei und Gewerkschaft verantwortliche Funktionen übertragen. Du hast das in Dich gesetzte Vertrauen jederzeit erfüllt.

Die Machtübernahme des Faschismus trieb Dich in die Emigration, um von dort aus den Kampf fortzusetzen. In Dänemark bist Du den faschistischen Eroberern in die Hände gefallen und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

An Deinem 60. Geburtstage, am 27. April 1949, befreite Dich die siegreiche Sowjet-Armee aus den Zuchthausmauern.

Trotz schwerer gesundheitlicher Schäden begannst Du sofort mit dem Aufbau der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen und wurdest dort ihr Vorsitzender. Von der ersten Stunde an aber war Deine ganze Tätigkeit und leidenschaftliche Beredamkeit darauf ausgerichtet, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Zur Vereinigung der SPD und KPD zur SED hast Du hervorragend beigetragen, ebenso wie als Landesvorsitzender die Festigung unserer Partei mit Dein Werk ist.

Als Landtagspräsident hast Du die Achtung der anderen Parteien und die Liebe und Verehrung der ganzen Bevölkerung.

Nunmehr hat Dich die Partei mit der hohen und verantwortungsvollen Aufgabe betraut, als Vorsitzender die Arbeit der Parteikontrollorgane zu leiten.

Fressedierst
(PD)

Otto Blumwitz 70 Jahre

26. April 1949

- 2 -

Wir alle wünschen von ganzem Herzen, dass Du in alter Frische noch viele Jahre in unseren Reihen für die Verwirklichung unseres grossen Zieles, des Sozialismus, kämpfst.

Der Parteivorstand der SED
Das Zentralsekretariat

Nicola Pisch
Walter Ulbricht
Franz Daxen
Otto Kuier
Helmut Lehmann
Käthe Kern
Hermann Hübner
Eins Juretzky

Otto Grotewohl
Max Fechner
Anton Ackermann
Paul Merker
Elli Schmidt
Walter Beling
Friedrich Ebert
Wilhelm Koenen

Pressedienst
v (PD)

26. April 1949

Unserem Genossen Otto Buchwitz zu seinem 70. Geburtstag

(PD)

Am 27. April feiert Genosse Otto Buchwitz seinen 70. Geburtstag.

Seit seiner frühesten Jugend steht Otto Buchwitz aktiv im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse, im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, -

Über 50 Jahre harter, aufopferungsvoller Kampf für die großen Ziele einer sozialistischen Gesellschaftsordnung liegen hinter ihm.

Sein Leben ist reich an Enttäuschungen, aber auch reich an großen, erhebenden Erlebnissen.

Trotz Not, Entbehrungen, Verfolgung und Folterung durch unmenschliche Gestapo-Henker setzte Otto Buchwitz unter rücksichtslosem Einsatz seines Lebens den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse unbeirrt fort.

Marx, Engels, Bebel, Lenin und Stalin waren und sind seine Vorbilder.- Er selbst, der alte, im Herzen ewig junge Kämpfer, der sich in seinem kämpferischen Leben von frühester Jugend bis ins hohe Alter niemals Ruhe gönnte, ist unser Vorbild.-

So wie August Bebel, dessen Versammlungen er als ganz junger Bursche besuchte, den heiligen Brand des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse in seinem Herzen entfachte, so trägt Otto Buchwitz heute den Brand des Kampfes in die Herzen unserer Jugend.

Nach dem Besuch der Volksschule in seiner Geburtsstadt Breslau erlernte Otto Buchwitz den Metallarbeiter-Beruf. Harte Jugend- und Wanderjahre ließen ihn die Ausbeutungsmethoden der kapitalistischen Gesellschaft am eigenen Leibe spüren. Als Funktionär der Arbeiterbewegung, der er sich in frühester Jugend bereits angeschlossen hatte, wurde er bald durch vielfache Maßregelung zur Berufsaufgabe gezwungen. Als Bergarbeiter und als Weber arbeitete er in verschiedenen Gebieten Deutschlands.

Die Überzeugungskraft seiner Rede, mit der er die Werktätigen zum Kampf aufrief und sein klarer politischer Verstand gewannen ihm bald die Liebe und das Vertrauen der Arbeiter.

Bereits im Jahre 1907 erfolgte seine Wahl in eine führende Funktion der Gewerkschaft.

Als Gemeindevertreter und als Kreistagsabgeordneter rechtfertigte er das in ihn gesetzte Vertrauen, und so wurde er 1919 in den Schliesischen Provinzial-Landtag, 1921 in den Preußischen Landtag und im Jahre 1924 in den Reichstag gewählt.

In seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter und als Vorsitzender des Bezirkes Niederschlesien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kämpfte Otto Buchwitz in Wort und Schrift gegen Reaktion und Faschismus.

1933 mußte er deshalb wie so viele Genossen in die Emigration gehen.

Pressedienst
(PD)

25. April 1949
Inserem Genossen Otto Buchwitz - 2 -

Im Verlauf seiner illegalen Tätigkeit gegen die Faschisten wurde Otto Buchwitz im Jahre 1940 verhaftet und vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Am 27. April 1945, gerade an seinem Geburtstag, wurde er von der siegreichen Sowjetarmee aus dem Kerker, in den die deutschen Faschisten ihn geworfen hatten, befreit.

Sein hohes Alter und schwerste, in der Zuchthaushaft zugezogene gesundheitliche Schäden hinderten den alten Kämpfer Otto Buchwitz nicht, sich sofort nach wiedergewonnener Freiheit dem politischen Kampf zu widmen.

Er beteiligte sich an der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen und wurde deren Vorsitzender.

Aus den bitteren Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatte er erkannt, daß die Spaltung der Arbeiterklasse den Sieg ihrer Feinde ermöglicht hatte, deshalb wurde er zum begeisterten, unermüdlichen Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse.

Gemeinsam mit Hermann Matern, dem damaligen Vorsitzenden des Bezirkses Sachsen der KPD, führte er allen Widerständen zum trotz den erfolgreichen Kampf zur Vereinigung der Arbeiterparteien in Sachsen.

Der Vereinigungsparteitag war eines der bedeutsamsten und eindrucksvollsten Erlebnisse dieses alten Kämpfers.

Als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands setzte er gemeinsam mit Wilhelm Koenen alle Kraft zum Wiederaufbau unseres demokratischen Staates ein.

Durch seine Hilfsbereitschaft, sein unbestechliches und ausgeglichenes Wesen, durch seinen Sinn für unbedingte Gerechtigkeit und durch seine vorbildliche, unermüdliche Einsatzbereitschaft erwarb sich Genosse Otto Buchwitz nicht nur das Vertrauen der Mitglieder der SED, sondern auch der Mitglieder aller anderen Parteien und Organisationen, ja, der gesamten Bevölkerung Sachsens.

1946, als Spitzenkandidat der SED in den Sächsischen Landtag eingewählt, wurde er einstimmig als Präsident des Sächsischen Landtages gewählt.

Ausgrund seiner reichen Erfahrungen wurde Otto Buchwitz vom Parteivorstand, dessen Mitglied er ist, mit der verantwortlichen Funktion als Vorsitzender der Parteikontroll-Kommission betraut.

Wir wünschen unserem Genossen Otto Buchwitz zu seinem Ehrentage Gesundheit und Kraft zu weiterem erfolgreichem Schaffen in unserem großen, gemeinsamen Kampf zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Pressedienst
(FF)

26. April 1949

Walter Ulbricht

Was wir am 1. Mai wollen

60 Jahre sind es her, dass die Vertreter der sozialistischen Parteien auf dem Internationalen Kongress in Paris aufriefen, am 1. Mai in der ganzen Welt für den Achtstundentag und den Völkerverfrieden zu demonstrieren.

In diesen 60 Jahren hat die Arbeiterschaft den Beweis erbracht, dass sie die Vorhut, der Weg für Frieden und Fortschritt ist. Die Arbeiterschaft Russlands war es, die als erste die Macht der Kriegsverbrecher, der Gutseigner und Monopolkapitalisten stürzte, und der Absehung des Menschen durch den Menschen in ihrem Lande ein Ende machte. Mit diesem Tat hat die russische Arbeiterschaft eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte begonnen. Die Arbeiterklasse war es, die in Europa gegen den ritterlichen deutschen Faschismus die grössten Opfer brachte. Die Sowjetarmee, die Armee der Arbeiter und Bauern Russlands, erwies sich als die einzige Kraft in der Welt, die imstande war, den faschistischen Vormarsch aufzuhalten und den Faschismus zu vernichten. Mit ihrer Hilfe wurden die Grundlagen einer friedlichen Entwicklung in Polen und in den Ländern Südosteuropas und in der Ostzone Deutschlands geschaffen.

Der Sieg der Sowjetarmee war auch die Voraussetzung für die grossen Erfolge der demokratischen Volksarmee Chinas.

Heute, wo der amerikanische Imperialismus in die Fussstapfen Hitlers tritt, ist es wiederum die Arbeiterschaft, die an der Spitze aller friedliebenden Kräfte um die Erhaltung des Friedens kämpft.

Der 1. Mai ist die grosse Heerschau der Kräfte der Arbeiterschaft und fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt.

Der Aufmarsch am 1. Mai in der Sowjetunion und in den volkdemokratischen Ländern bezeugt, welche Kraft die Arbeiterschaft besitzt, wenn sie einig ist, wenn an ihrer Spitze eine zielbestimmte revolutionäre Partei steht, wenn sie sich befreit vom Einfluss reaktionärer Denkweise und sich die grosse fortschrittliche Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin aneignet, wenn sie das Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz verwirklicht.

In der Ostzone Deutschlands kann die Arbeiterschaft stolz sagen, dass sie der Initiator zur Lösung der grossen fortschrittlichen Aufgaben, der Schaffung einer demokratischen Ordnung, der Verjagung der Junker und Grossgrundbesitzer und der Durchführung der Bodenreform, des Kampfes der volksreichen Betriebe, der Schaffung der Maschinen-Arbeitsstationen etc. ist. Die Arbeiterschaft hat hier der Jugend die Bahn freigelegt für die Entwicklung aller ihrer Fähigkeiten. Die Sozialistische Einheitspartei, die Partei der Arbeiterschaft und der Werktätigen war es, die den Zweijährplan, den Plan des Kampfes um ein besseres Leben, ausarbeitete.

Deutschlands

Pressedienst
(PD)

26. April 1949

Was wir am 1. Mai wollen

- 2 -

Dieses grosse fortschrittliche Werk ist aber erst in einem Drittel Deutschlands begonnen. Es wird von den Kriegsverbrechern aus dem Westen ständig bedroht.

Am 1. Mai dieses Jahres rufen wir daher die Arbeiterschaft und alle friedliebenden Kräfte in der Ostzone auf:

Alle Kräfte für den Frieden! Jeder friedliebende Bürger hilft mit, jegliche Kriegshetze unmöglich zu machen.

Bekämpfe jeden, der das Ruhrstatut, das westliche Besatzungsstatut, den Atlantikpakt verteidigt, der gegen die Sowjetunion hetzt. Wer zum Kriege hetzt, ist dein persönlicher Feind, denn er will dein friedliches Leben ruinieren.

Jeder setze seine Kraft ein für die demokratische Einheit Deutschlands! Überzeuge deinen Arbeitskollegen, deinen Nachbarn von der Notwendigkeit der Teilnahme an der Abstimmung für den Frieden, für die Einheit Deutschlands und für die Wahl der Delegierten zum 5. Volkskongress.

Willst Du den Frieden erhalten, so wähle am 15. und 16. Mai.

Hilf mit ein besseres Leben erringen. Das ist nur möglich durch Erhöhung der Produktion, durch bessere Qualität der Arbeit und grössere Sparsamkeit, durch Mehrversorgung der Landwirtschaft. Deshalb sei der Wettbewerb zum 1. Mai der Auftakt zum Wettbewerb in den Betrieben von Maschine zu Maschine, von Arbeitergruppe zu Arbeitergruppe, von Abteilung zu Abteilung und zwischen den Betrieben einzelner Industrien. Mehr und besser produzieren heisst besser leben.

Mehr Qualitätsware heisst mehr Gebrauchsgüter für die Bevölkerung. Mehr Qualitätsware heisst Steigerung des Aussehens, also grössere Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.

Arbeiter, Angestellte, werktätige Bauern, Angehörige der technischen Intelligenz und des Mittelstandes! Bekundet am 1. Mai euren festen Willen zum Kampf für den Frieden, für die Einheit Deutschlands, für die Freundschaft mit der Sowjetunion, für Demokratie und Sozialismus.

Pressebericht
(FD)

26. April 1949

Für Frieden, Demokratie, Sozialismus

Verteidigung des Friedens Sache aller Völker

Aus den Maiparolen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion (Bolschewiki)

Moskau, 26.4. (T.R.)

Die Sowjetpresse veröffentlicht die vom Zentralkomitee der KPdSU (B) herausgegebenen Parolen zur Maifeier. Es ist schon Tradition geworden, dass in den Maiparolen die Völker der Sowjetunion ihre Gedanken und Gefühle ausdrücken und ihre grossen Ziele und Absichten wiedergeben.

In den diesjährigen Maiparolen heisst es u.a.:

Es lebe der 1. Mai - der Tag der Kampfschau der Kräfte der Werktätigen der Welt, der Tag der Brüderlichkeit der Arbeiter aller Länder!

Brüderlicher Gruss den Völkern, die für den Sieg der Demokratie und des Sozialismus kämpfen!

Werktätige aller Länder! Der Schutz des Friedens ist Sache aller Völker der Welt! Entlarvt die aggressiven Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges! Vereinigt alle Kräfte zum Kampf für einen dauerhaften Frieden und für die Sicherheit der Völker!

Die Freundschaft der Völker der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands ist die beste Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Es lebe das brüderliche Bündnis der Völker Englands, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in ihrem Kampf für den Frieden!

Wacht den Streitkräften der Sowjetunion, die im Grossen Vaterländischen Krieg ihr Heimatland in Ehren behauptet haben!

Kämpfer der Sowjetarmee! Steht auf der Hut des erkämpften Friedens und der schöpferischen Arbeit unseres Volkes!

Arbeiter, Bauern und Intellektuelle der Sowjetunion! Entfaltet noch breiter den sozialistischen Wettbewerb für die vorfristige Erfüllung des Fünfjahresplans! Für einen neuen, machtvollen Aufschwung der Volkswirtschaft, des materiellen Wohlstandes und der Kultur unseres Volkes!

Werktätige der Sowjetunion! Kämpft für den weiteren technischen Fortschritt in der Industrie, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft! Verbreitet die neue Arbeitsproduktivität - die Grundlage für eine weitere Herabsetzung der Preise der Massenbedarfsartikel!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Ingenieure und Techniker! Verbessert vorzüglich die Qualität der Produktion! Stellt mehr Erzeugnisse von hoher Qualität her!

Werktätige der Landwirtschaft! Mehrt die Erfolge der sozialistischen Landwirtschaft und Viehzucht! Kämpft für die erfolgreiche Durchführung der Frühjahrssaat und der anderen landwirtschaftlichen Arbeiten! Lasst uns einen Überfluss an Nahrungsmitteln für die Bevölkerung und an Rohstoffen für die Leichtindustrie schaffen!

/Technik, vervollkommet die Technologie der Produktion!
steigert unentwegt die

Pressedienst
(FD)

26. April 1949

Für Frieden, Demokratie, Sozialismus... - 2 -

Traktoren- und Drescherführer, Mechaniker der Maschinen- und Traktorenstationen und der Sowjetgüter! Kämpft für eine hohe Produktivität der Traktoren und Mähdrescher! Erhöht die Qualität der Feldarbeiten, Kämpft für hohe Ernteerträge!

Werk tätige der sowjetischen Wissenschaft! Bereichert die Wissenschaft und Technik unseres Heimatlandes durch neue Forschungen, Entdeckungen und Erfindungen! Führt die Errungenschaften der Wissenschaft in der Industrie ein, entwickelt die Technik weiter!

Schriftsteller, Kunstschaffende, Filmschaffende! Vervollkommet eure Meisterschaft! Schafft neue Kunstwerke mit hohem Ideeninhalt, die des grossen Sowjetvolkes würdig wären!

Sowjetgewerkschaften! Entfaltet noch mehr den sozialistischen Wettbewerb für die Erfüllung des Nachkriegsfünfjahresplanes in vier Jahren! Verbreitet die Erfahrungen der Neuerer der Produktion! Seid unermüdlich besorgt um die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten! Es leben die Sowjetgewerkschaften - die Schule des Kommunismus!

Sowjetfrauen, Kämpft für das weitere Aufblühen der Wirtschaft und Kultur unseres Heimatlandes! Es leben die Sowjetfrauen - die aktiven Erbauer des Kommunismus!

Sowjetische Jungen und Mädchen! Macht Euch die fortschrittliche Wissenschaft, Technik und Kultur zu eigen! Seid standhaft und tapfer, seid bereit zur Überwindung jeder Schwierigkeiten! Arbeitet selbstlos zum Wohl unseres Heimatlandes!

Kommunisten und Komsomolzen! Steht in den ersten Reihen der Kämpfer für die vorfristige Erfüllung des Nachkriegsfünfjahresplanes, für einen neuen machtvollen Aufschwung der Wirtschaft und Kultur, für die weitere Festigung der Macht des Sowjetstaates!

Manifest des Friedens

Internationaler Völkerrat für die Verteidigung des Friedens gebildet

P a r i s , 26.4. (ADN/ND)

Der letzte Tag des Weltfriedenskongresses stand noch unter dem gewaltigen Eindruck der am Tage zuvor im Buffalo-Stadion stattgefundenen Kundgebung. Hunderttausende waren während des ganzen Sonntags zu dieser Friedensdemonstration geströmt. Von den frühen Morgenstunden bis in den späten Nachmittag hinein zogen Delegationen aus mehr als 60 Ländern an der mit Fahnen und Transparenten geschmückten Ehrentribüne vorbei, auf der die prominentesten Mitglieder des Weltfriedenskongresses Platz genommen hatten. Während die Montagvormittagsitzung des Kongresses den Ansprachen zahlreicher Delegierter gewidmet war, wurde am Nachmittage von den Teilnehmern beider Friedenskongresse, in Paris und Prag, ein Manifest über die Bildung eines "Internationalen Völkerrates zur Verteidigung des Weltfriedens" gebildet. In dem Manifest heisst es:

Pressedienst
(PD)

Manifest des Friedens

26. April 1949

- 3 -

"Wir sind auf diesem grossen Weltfriedenskongress versammelt und erklären, dass unser Urteil nicht durch Propaganda beeinflusst wurde. Wir wissen, wer die Abkommen zwischen den Grossmächten verletzt hat, in denen erklärt wurde, dass verschiedenartige soziale Systeme nebeneinander bestehen können. Wir wissen, wer heute die Charta der Organisation der Vereinten Nationen verletzt. Die Atombombe ist keine Verteidigungswaffe. Wir weigern uns, das Spiel derjenigen mitzumachen, die einen Staatenblock gegen den anderen ausspielen wollen. Wir sind gegen die Politik der Militärbündnisse, die bereits so schreckliche Ergebnisse gezeigt hat.

Wir sind gegen ein Kolonialsystem, das immer wieder bewaffnete Konflikte hervorruft und brandmarken die Unterstützung der faschistischen Regime zum Zwecke der Kriegsvorbereitungen. Die Anstifter des "kalten Krieges" sind zur offenen Kriegsvorbereitung übergegangen. Aber die Völker sind nicht sehr passiv, sie wollen aktiv und schöpferisch am Weltgeschehen beteiligt sein. Diese Völker, die auf unserem Kongress vertreten sind, erklären: Wir sind für die Charta der Vereinten Nationen und gegen alle militärischen Bündnisse, die diese Charta unwirksam machen und die zum Kriege führen. Wir fordern das Verbot der Atomwaffen und der anderen Massenvernichtungsmittel. Wir fordern die Beschränkung der bewaffneten Streitkräfte der Grossmächte und die Bildung einer wirksamen internationalen Kontrolle, welche die Verwendung der Atomenergie für ausschliesslich friedliche Zwecke zum Wohle der gesamten Menschheit sichert. Wir verurteilen die Kriegshysterie und das Predigen von Rassenhass und Feindschaft zwischen den Völkern. Wir fordern die Verurteilung von Zeitungen, Büchern, Zeitschriften, Filmen, Personen und Organisationen, die Propaganda für einen neuen Krieg treiben. Entschlossen, wachsen zu bleiben, bilden wir den Internationalen Völkerrat für die Verteidigung des Weltfriedens. Dieser Internationale Volksrat wird gegen die Kriegshetzer auftreten und ihnen in jedem Stadium ihrer Verschwörung die Volkskraft vor Augen halten, die imstande ist, den Frieden zu erzwingen. Der Weltfriedenskongress erklärt, dass die Verteidigung des Friedens von nun an Aufgabe aller Völker ist. Wir sind bereit und entschlossen, den Kampf für den Frieden, den Kampf für das Leben zu gewinnen."

Pressedienst
(FD)

Manifest des Friedens

26. April 1949

- 3 -

"Wir sind auf diesem grossen Weltfriedenskongress versammelt und erklären, dass unser Urteil nicht durch Propaganda beeinflusst wurde. Wir wissen, wer die Abkommen zwischen den Grossmächten verletzt hat, in denen erklärt wurde, dass verschiedenartige soziale Systeme nebeneinander bestehen können. Wir wissen, wer heute die Charta der Organisation der Vereinten Nationen verletzt. Die Atombombe ist keine Verteidigungswaffe. Wir weigern uns, das Spiel derjenigen mitzumachen, die einen Staatenblock gegen den anderen ausspielen wollen. Wir sind gegen die Politik der Militärbündnisse, die bereits so schreckliche Ergebnisse gezeigt hat.

Wir sind gegen ein Kolonialsystem, das immer wieder bewaffnete Konflikte hervorruft und brandmarken die Unterstützung der faschistischen Regime zum Zwecke der Kriegsvorbereitungen. Die Anstifter des "kalten Krieges" sind zur offenen Kriegsvorbereitung übergegangen. Aber die Völker sind nicht mehr passiv, sie wollen aktiv und schöpferisch am Weltgeschehen beteiligt sein. Diese Völker, die auf unserem Kongress vertreten sind, erklären: Wir sind für die Charta der Vereinten Nationen und gegen alle militärischen Bündnisse, die diese Charta unwirksam machen und die zum Kriege führen. Wir fordern das Verbot der Atomwaffen und der anderen Massenvernichtungsmittel. Wir fordern die Beschränkung der bewaffneten Streitkräfte der Grossmächte und die Bildung einer wirksamen internationalen Kontrolle, welche die Verwendung der Atomenergie für ausschliesslich friedliche Zwecke zum Wohle der gesamten Menschheit sichert. Wir verurteilen die Kriegshysterie und das Predigen von Rassenhass und Feindschaft zwischen den Völkern. Wir fordern die Verurteilung von Zeitungen, Büchern, Zeitschriften, Filmen, Personen und Organisationen, die Propaganda für einen neuen Krieg treiben. Entschlossen, wachsam zu bleiben, bilden wir den Internationalen Völkerrat für die Verteidigung des Weltfriedens. Dieser Internationale Volksrat wird gegen die Kriegshetzer auftreten und ihnen in jedem Stadium ihrer Verschwörung die Volkskraft vor Augen halten, die imstande ist, den Frieden zu erzwingen. Der Weltfriedenskongress erklärt, dass die Verteidigung des Friedens von nun an Aufgabe aller Völker ist. Wir sind bereit und entschlossen, den Kampf für den Frieden, den Kampf für das Leben zu gewinnen."

Pressdienst
(PD)

26. April 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Verpflichtung zur Schaffung von Staat und Verfassung

Otto Grotewohl sprach vor Leipziger Studenten

L e i p z i g , 26.4. (E.B.)

"Das deutsche Volk hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich einen einheitlichen Staat und eine Verfassung zu schaffen", erklärte Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED, in einer Kundgebung vor 3 000 Dozenten und Studenten der Leipziger Hochschulen in der Kongresshalle.

Das Verfassungswerk des Deutschen Volksrates gibt dem deutschen Volk das Recht seiner Selbstbestimmung in die Hand. "Wir müssen auf unserem Recht bestehen", rief Grotewohl unter starkem Beifall der 3 000 Kundgebungsteilnehmer aus, "an der Schaffung der Bedingungen selbst mitwirken zu können, die uns unsere volle staatliche Souveränität wiedergeben und hinwirken auf einen baldigen Abzug der Besatzungsmächte, damit wir als deutsches Volk auf deutschem Boden wieder einmal unter uns sind."

In Westdeutschland wird am Ende jener entwürdigenden Kolonialperiode auch der letzte westdeutsche Politiker vor der Erkenntnis stehen, dass das deutsche Volk diese sogenannte Bonner Verfassung und das Besatzungsstatut mit einem einzigen kühnen Griff zerreißen und den westlichen Alliierten, die heute noch gutgläubig auf die deutschen Helfershelfer spekulieren, als einen Fetzen Papier vor die Nase werfen wird.

"Darum muss das deutsche Volk", schloss Otto Grotewohl, "die Delegierten-Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress als das ansehen, was sie sind: eine Manifestation des Willens des gesamten deutschen Volkes zur deutschen Einheit und einem gerechten Frieden und als einen Appell an die Welt, der deutschen Demokratie auf ihrem Wege zu helfen."

Parteiaufgebot für Walzwerk Kirchmöser

Vorbildliche Aufbauarbeit am 3. Jahrestag der SED

H a l l e , 26.4. (E.B.)

Aus Anlass des 3. Jahrestages der Vereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands forderte der SED-Kreisvorstand Genthin zur Beteiligung am Aufbau des Walzwerkes Kirchmöser auf. 447 Parteifunktionäre leisteten diesem Ruf Folge und fuhren in einem mit Tannengrün und Transparenten geschmückten Sonderzug an die Stätte friedlicher Aufbauarbeit. In dem ehemaligen Panzerwerk soll am 15. Juni die Friedensproduktion eines neuen Walzwerkes für die deutsche eisenverarbeitende Industrie anlaufen. Um die noch entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege räumen zu helfen, gingen unsere Parteiarbeiter ans Werk.

Pressedienst
(15)

Nachrichten

26. April 1949

- 2 -

Über den Aufbauschritt der 4-7 Genthiner Parteifunktionäre berichtet Genosse Ernst K u d e n u. a.:

"Alles läuft wie jeden Tag. Wie jeden Tag? Nein, etwas anderes steckt heute noch drin. Das ist der Geist, mit dem die Arbeit angepackt wird. Es sind SED-Funktionäre, fortschrittliche Menschen, die um die Bedeutung des Walzwerkes wissen. Soll es doch dazu beitragen, allen mehr Brot zu verschaffen. Manchem fällt die Arbeit nicht leicht. Die Schaufel ist kein Federhalter. Aber unermüdlich wird gearbeitet. Schweiss perlt auf der Stirn."

Auch die Schleifarbeiter sind in grosser Zahl vertreten und bekunden damit ihre Verbundenheit mit der Aufbauarbeit. In einer Gruppe sehen wir unseren Genossen Dr. E n d e von den Persilwerken die Schippe schwingen; Menschen aus allen Berufen am gemeinsamen Werk."

Betriebsleiter Genosse S t e m m l e konnte bei Arbeitsschluss mitteilen, dass an diese Tage das Dreifache der normalen Leistung geschafft worden war. 19 Quadratmeter Beton wurden für die zu errichtende Walzstrasse geschlagen und weggeschafft, für 40 Quadratmeter das Fundament entladen und 19 Tonnas beladen, ferner 24 Lkw mit 6 Anhängern be- und entladen sowie eine Reihe anderer Arbeiten ausgeführt.

Über 1.000 Hände helfen Hüttenwerk Döhlen %

F r e i t a g , 26.4. (L.B.)

Mittler folgten 500 Männer, Frauen und Jugendliche aus Dresden einem Aufruf des Volkswirtschafts für Einheit und gerechten Frieden und arbeiteten am Sonntag freiwillig für den Aufbau des Hüttenwerkes Döhlen. Bemerkenswert ist, dass sich mehr Frauen als Männer an dieser freiwilligen Sonntagsarbeit beteiligten und dass von den Betrieben der "Sachsenverlag" die meisten Helfer stellte.

Stahlformgiesserei Copitz Spitzenreiter

B e r l i n , 26.4. (FDGB)

In der 3. Woche des 2. Monats des Wettbewerbes der Stahlformgiessereien der Ostzone führt nunmehr Copitz mit einer Produktion von 107,2 %. Die anderen Giessereien erfüllten in der Berichtszeit ihr Wettbewerbssoll wie folgt:

Leipziger Eisen- und Stahlwerke	81,4 %
Enotka Stahlguß, Leipzig-Test	65,5 %
Ietschenhof	77,1 %
Haller 2, Torgelow	93 %
Cokermünde	84,7 %

- 3 -

Presseblatt
(FD)

26. April 1949
Nachrichten - 3 -

Nachterstedter Abraumkumpels stossen vor

Nachterstedt, 26.4. (E.B.)

Nicht nur die Kumpels der Kohleförderung leisten in Nachterstedt vorbildliche Arbeit. Sie liessen sich bis zur Monatsmitte von der ersten auf die dritte Stelle im innerbetrieblichen Wettbewerb der Nachterstedter Produktionsbetriebe zurückdrängen. Die Spitze halten jetzt die Bergarbeiter des Abraums, die bis zum 15. April ihren Monatsplan mit 57 % erfüllten. Ihnen folgen unmittelbar die Kumpels des Lichteletriebs, der alle Aussicht hat, bis Monatsende das Rennen mit dem Abraumbetrieb zu machen, um ein Prozent Vorsprung einzuholen. Der Spitzenwechsel im innerbetrieblichen Wettbewerb zeigt, dass die Grossreparatur im Abraumbetrieb jetzt ihre Früchte trägt. Hinzu kommt der fortschrittliche Geist, der die Abraumkumpels zu solchen Leistungen emporreisst.

("Freiheit", Halle,
Volkskorrespondenz)

Neue Dreschmaschinen im Bau

R o s t o c k , 26.4. (E.B.)

Das volkseigene Werk "Landmaschinenbau" in Rostock fertigt mehrere neue Dreschmaschinen an, von denen die erste zum 1. Mai hergestellt sein soll. Es handelt sich hierbei um die erste Neuanfertigung von Dreschmaschinen in der Nachkriegszeit.

VVN-Proteste gegen Übergriffe des Hamburger Senats

Telegramm der Landeskonzferenz Sachsen-Anhalt:

H a l l e , 26.4. (VVN)

In einem Telegramm an den Hamburger Oberbürgermeister Braune protestierte die Landeskonzferenz der VVN Sachsen-Anhalt gegen die Hausdurchsuchung im Zonensekretariat der VVN in Hamburg und gegen die Beschlagnahme der Votopfermarken zur Finanzierung der zentralen Befreiungsfeier und Friedenskundgebung am 7. und 8. Mai in Hamburg.

"Wir erblicken darin eine undemokratische Massnahme gegen die VVN und ihren Kampf für einen fortschrittlichen demokratischen Neuaufbau Deutschlands", erklären die in Halle versammelten Opfer des Faschismus.

Protestkundgebung der VVN Kiel

K i e l , 26.4. (E.B.)

"Wenn Hamburgs Bürgermeister Brauer von sich aus das Ehrenmal für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 3. Mai einweihen sollte, so würde dies die Internationale Organisation der politisch Verfolgten (FIAPP) und mit ihr die VVN als eine Entweihung dieses Ehrenmals auffassen!", rief der 1. Vorsitzende der VVN Schleswig-Holstein am Sonnabend anlässlich einer Kundgebung der Verfolgten des Naziregimes in der Pädagogischen Hochschule in Kiel aus. Heitgress fügte hinzu: "Anlässlich des Befreiungstages in Hamburg am 7. und 8. Mai wird auf alle Fälle die Einweihung des Ehrenmals durch die VVN vorgenommen werden."

Presseblatt
(15)

Nachrichten

26. April 1949

- 4 -

Öffentliches Personal Schleswig-Holsteins fordert Streikabstimmung

K i e l , 26.4. (E.B.)

Die Streikbereitschaft der in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Dienstort und Verkehr Schleswig-Holsteins organisierten Arbeiter und Angestellten führte zur Forderung nach einer Urabstimmung über einen Streik für die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Damit erweitert sich die Front der Streikentschlossenen beträchtlich, da die in der gleichen Gewerkschaft organisierten und bei britischen Dienststellen beschäftigten 30 000 deutschen Arbeiter und Angestellten ebenfalls höhere Lohn- und Gehaltsforderungen in Streik durchsetzen wollen.

Alle Lehrer unterrichten 120 Kinder

P l a n , 26.4. (E.B.)

Im April 1949 sind 2 716 Kinder eingeschult worden. Damit müssen 340 Lehrkräfte 27 000 Kinder unterrichten. In 50 Schulen des Kreises hat jeder Lehrer über 100 Kinder zu betreuen und in der Schule des Unsedelohrers Imker bei Wismar unterrichtet ein Lehrer sogar 120 Kinder.

8 430 Ehe-Beziehungslose

K i e l , 26.4. (E.B.)

Im Januar 1949 betrug der Bestand an Kranken mit aktiver Ehe in Kiel den bisher erreichten Höchststand von 8 430, gegenüber einem Normalstand in den Vorkriegsjahren zwischen 600 und 1 100. Auch im Februar waren es immer noch 7 280.

Auf die Heilbarkeit der Ehe sind, besonders in der Vorkriegszeit, noch außerordentlich hoch. Seit A. D. des Jahres wurden 240 Fälle als gescheitert. Der Selbstmordschnitt des Jahres 1938 war 29.

Dänische Grenzbevölkerung verlässt deutsches Gebiet

D a n i s c h e B e v ö l k e r u n g , 26.4. (E.B.)

Bei der allmählichen Beibehaltung der deutschen Gebietsteile durch dänische Überlegenheiten wurden diese von der Bevölkerung mit den Rufen empfangen: "Wir wollen nicht holländisch werden, wir wollen deutsch bleiben!"

Außer 500 Deutschen, die den von Holland übernommenen Elteren Rhein verließen, entschlossen sich im Aachener Landkreis noch etwa 50 deutsche Familien, ihre heimliche im annektierten Gebiet zu verlassen, um in Deutschland zu bleiben.

Die Bewohner von Suderwick, Lünen und Ransleben hören aus den dänischen Gebieten aus, darunter auch einige Holländer, die nicht mehr nach Holland zurück wollten.

In den letzten Tagen war zu beobachten, dass die Bevölkerung der dänischen Gold in Ware anlegte. Vor allem wurden Fahrräder, Anzüge und Haushaltsgegenstände gekauft. Die Suderwicker Bevölkerung lebt jetzt wie im alten Gefängnis. Der die Orte Lünen und Suderwick trennende Steen-Flussverlauf wurde noch nicht entfernt, so dass auch die Bewohner

- 5 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

26. April 1949

- 5 -

auf engstem Raum bewegen müssen. In Bocholt beschäftigte Arbeiter konnten am Montag die neue Grenze mit einem besonderen Ausweis passieren. Die Handwerker und Geschäftsleute sind besonders pessimistisch und davon überzeugt, dass die Holländer ihre Geschäfte nicht in Anspruch nehmen. Die deutsche Bevölkerung hat sich stark vermindert und befürchtet, bald vor dem wirtschaftlichen Ruin zu stehen.

3. Landeskonferenz der VVN Sachsen-Anhalt

H a l l e , 26.4. (E.B.)

Auf der dritten Landeskonferenz der VVN Sachsen-Anhalt am 23. und 24. April in Halle sprachen Walter Bartel, erster Vorsitzender der Berliner VVN, und Hans Seiwasser, Mitglied des Zonenvorstandes der VVN. Die Konferenz stand im Zeichen des unerschütterlichen Kampfes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

"Es genügt nicht - erklärte Walter Bartel - sich zum Frieden zu bekennen, sondern man muss für den Frieden, gegen die Urheber und Organisatoren eines neuen Weltkrieges kämpfen. In diesem Kampf müssen sich die Verfolgten des Naziregimes täglich neu bewähren und in vorderster Front kämpfen."

In einer Resolution erklären die Konferenzteilnehmer, als deutsche Organisation an der Seite der sozialistischen Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder alle Kräfte für den Aufbau der Friedenswirtschaft einzusetzen, die antikommunistische Lügenkampagne der Kriegshetzer zu zerschlagen und einen unversöhnlichen Kampf gegen die Kriegsinteressenten zu führen.

Die VVN verpflichtet sich zum vorbildlichen Einsatz bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongress. Am 1. Mai werden die VVN-Kameraden mit allen Werktätigen für Frieden und wahren Humanismus demonstrieren.

"Junge Pioniere" gaben durch ihren Vortrag ihrer Verbundenheit mit den antifaschistischen Widerstandskämpfern Ausdruck.

Letzte Meldungen:

=====

Guss der grössten Walze im Stahlwerk Hennigsdorf gelungen

B e r l i n , 26.4. (E.B.)

Im Stahlwerk Hennigsdorf fand ein bedeutsames Ereignis statt. Die grösste Walze - sie ist über acht Meter lang und wiegt etwa 48 Tonnen - die jemals in der Zone gegossen wurde, ist in der Stahlgiesserei hergestellt worden. Wie wir erfahren, ist der Guss gelungen und die Hennigsdorfer Werktätigen haben damit ihr vorzügliches Können unter Beweis gestellt.

- 6 -

Pressedienst
(FD)

26. April 1949
Nachrichten - 6 -

Nach den neuesten Meldungen gelang es dem Stahlwerk in Hennigsdorf, das im Wettbewerb mit anderen Werken der Zone steht, wesentlich aufzuholen. Erstmals gelang es, mit der Produktion eines Dreivierteltages das Soll zu überschreiten. Dieser neue Stand wurde erreicht, weil das Stahlwerk am 23. April 123,4 % und am 24. April 144 % Stahl erzeugte.

Ein bedeutsamer Schritt in der Entwicklung der Masseninitiative für den Plan ist die Tatsache, dass die Hennigsdorfer Arbeiter einen sogenannten Gegenplan aufstellen. In diesem Gegenplan sieht das Stahlwerk z.B. vor, 10 % Stahl mehr zu erzeugen als im Abteilungs-soll festgelegt ist. Diese neue Methode der Aufstellung von konkreten Plänen vonseiten der Werktätigen, von Plänen, die dem allgemeinen Zweijährigen nicht zuwiderlaufen, sondern ihn ergänzen und vorwärtstreiben, ist ein Zeichen dafür, dass das Bewusstsein der Werktätigen sich schon wesentlich weiterentwickelt hat. Der Gegenplan in Hennigsdorf wird der Niederschlag gemeinsamer Anstrengungen der Arbeiter und der technischen Intelligenz sein, die sich in diesem Plan bemühen, die Chancenerfüllung ihres betrieblichen Plananteils systematisch zu organisieren.

Interview mit Nationalrat Ernst Fisscher

. L e i p z i g , 26.4. (offk.)

Ein Mitglied des Demokratischen Frauenbundes, das der deutschen Delegation zum Parallel-Weltfriedenskongress in Prag angehört, hatte eine Unterredung mit dem Nationalrat Ernst F i s s c h e r , dem Leiter der österreichischen Delegation, der in Beantwortung verschiedener Fragen u.a. ausführte:

"Wir hatten die Absicht, nach Paris zu fahren und haben die französische Demokratie von ihrer besten Seite kennen gelernt. Man hat uns zuerst erklärt, es könne nur eine Delegation von acht Leuten fahren. Dann hat man diese acht Leute Tag für Tag warten lassen und jedesmal wiederum beantwortet, das Innenministerium sei mit der Erledigung der Angelegenheit noch nicht fertig. Mir ist eines klar: dass der französische Innenminister der Parteikollege des österreichischen Innenministers ist und dass hier offenbar gewisse Zusammenhänge bestehen.

Wir machen nur darauf aufmerksam, dass die Amerikaner in Tirol unterirdische Anlagen einrichten, unterirdische Bunker, unterirdische Flugplätze, unterirdische Munitionslager usw., alles offenbar zur Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit. Es besteht die Absicht, Österreich in den Atlantikpakt einzugliedern, aber das österreichische Volk hat dazu wirklich nicht die geringste Lust.

Man kann sagen, dass die Friedensbewegung in Österreich sich sehr gesteigert hat. Es sind eine ganze Reihe bürgerlicher Gelehrter und Schriftsteller, die mit uns zusammenarbeiten. Der Appell zur Unterstützung der Friedensbewegung hat einen ausserordentlichen Widerhall in den breitesten Schichten der Intelligenz, selbstverständlich der Arbeiterschaft, aber auch der Bauernschaft gefunden. Man kann jetzt schon von einer beginnenden ersten Friedensbewegung in Österreich sprechen, und der Widerhall in der neofaschistischen Presse plus Regierungspresse zeigt, dass ihnen die Sache etwas auf die Nerven geht."

PresseDienst
(PD)

26. April 1949

Verlegung des politischen Bildungsabends

B e r l i n (PD)

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Parteiorganisationen finden im Monat Mai bereits in der 1. Monatshälfte statt, damit die Parteiorganisationen die Wahlen zum 3. Volkskongreß gründlich vorbereiten können. Der politische Bildungsabend mit dem Thema "Was ist Volksdemokratie?" wird darum auf die zweite Maihälfte verlegt.

Der Parteivorstand der SED
Abt. Parteischulung

Ausschluß aus der Partei

B e r l i n (PD)

Vom Sekretariat des Politbüros wird uns mitgeteilt:

Helfgang Leonhard und Ilse Streblow waren wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der SED ausgeschlossen.

Wie die Untersuchung des parteiindividuellen Verhaltens Leonhards ergab, hat L. mit der jugoslawischen Mission in Berlin in Verbindung gestanden und in ihrem Auftrage trotzkistische Literatur vertrieben. Er wurde dafür mit jugoslawischen Zigaretten und Lebensmitteln entlohnt. Daraus ergibt sich, daß die jugoslawische Mission in Berlin, in der sowjetischen Besatzungszone, trotzkistische Tätigkeit entfaltet und damit die demokratische Aufbauarbeit stört. Sie sinkt dadurch zu einer Agentur des amerikanischen Imperialismus herab, dessen Geschäfte sie besorgt.

Wir warnen alle Parteimitglieder und Werktätigen vor der verbrecherischen Tätigkeit dieser Agenten.

Pressedienst
(PB)

26. April 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Bombenteppich - ein sinniges Geschenk für Kriegshetzer Churchill

Der "Kurier" vom 25. April berichtet:

"...Eine Firma in Nottingham hat zum Andenken an die Schlacht um England einen grossen Wandteppich mit Bombern, Jägern, Flakgranaten und Fallschirmspringern kunstvoll gewirkt und in der Londoner Guild Hall ausgestellt; eine Kopie wurde Winston Churchill überreicht..."

Das Blatt fügt dem hinzu:

"...Sollten die Nottinghamer Ubrigens nach einem Krieg noch einmal Gelegenheit haben, einen Atombombenteppich für die Guild Hall zu weben, müssten sie sich sehr überlegen, welche Phase des Atomkrieges überhaupt darstellbar ist..."

Aber zu solchen Überlegungen würden sie dann nicht mehr in der Lage sein, nicht einmal zu einem nochmaligen Erinnerungs- oder Dankgeschenk an Winston Churchill, dem sie diesen Atom-Krieg zu einem sehr grossen Teil zu verdanken hätten. Dass es aber dazu nicht kommt, dafür werden auch die Millionen friedliebender britischer Menschen sorgen, die gerade in diesen Tagen durch ihre Vertreter auf dem Weltfriedenskongress ihre feste Entschlossenheit bekundet haben, den Frieden zu erkämpfen.

Wie bei Goebbels

Wir entnehmen der "Tribüne" vom 26. April:

"Der Chef des Informationsdienstes des Gouvernement Militaire von Baden liess den Zeitungen seines Bereiches ein amtliches Schreiben zugehen, dem der 'Sozialdemokratische Pressedienst' folgenden Absatz entnimmt:

'Es ist entschieden worden, dass gewissen Nachrichten der Südena eine Formel vorangesetzt wird, die die Wichtigkeit andeutet, die ihnen zuzumessen ist. Die Formel: "Ich richte ganz besonders Ihre Aufmerksamkeit..." deutet an, dass es Pflicht ist, den Text ungekürzt und auf der ersten Seite in der nächsterreichbaren Nummer zu veröffentlichen. Die Formel: "Ich ^{besonders} richte Ihre Aufmerksamkeit..." deutet an, dass der Text ungekürzt gut placiert erscheinen muss. Die Formel: "Ich richte Ihre Aufmerksamkeit..." deutet an, dass der Text ausgewertet werden muss.'

Die Südena ist die Nachrichtenagentur für Zeitungen der französischen Besatzungszone, die überwiegend mit französischem Kapital ausgestattet ist. Die Anordnung des Chefs des französischen Informationsdienstes in Baden bedeutet nichts Neues. Der Vertreter der französischen Demokratie hat nur das nachgeahmt, was ihm die Goebbels, Fritzsche und Dietrich vorgemacht haben."

Pressedienst
(PD)

26. April 1949

K o m m e n t a r e

=====

Die Volksarmee in Schanghai

B e r l i n (PD)

Nach der Besetzung von Nanking haben die Truppen der chinesischen Volksarmee Schanghai erreicht und mit der Besetzung der Stadt begonnen. Durch ihren raschen Vormarsch auf den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Hangtschau hat die chinesische Volksarmee den im Raum von Schanghai befindlichen Kuomintangtruppen den Rückzug nach dem Süden abgeschnitten.

Diese historischen Siege der chinesischen Volksarmee erklären sich nicht zuletzt daraus, daß das tschiangknische Regime völlig abgewirtschaftet hat und das chinesische Volk einheitlich hinter den demokratischen Kräften steht. Die Versuche der anglo-amerikanischen Imperialisten, zumindest einen Teil Chinas im Rahmen eines Ostasien-Paktes vor ihren Kriegswagen zu spannen, einen Teil Chinas in eine Militärbasis für ihre geplanten Angriffe auf die Sowjetunion und die Volksrepubliken zu verwandeln, sind völlig gescheitert. Die Tage sind vorüber, wo sich ausländische Imperialisten angestraft in die Geschicke des chinesischen Volkes einmischen konnten. Die ausländischen Imperialisten werden sich damit abfinden müssen, daß sich die chinesischen Volksmassen unter einer demokratischen Koalitionsregierung einigen und ihre vollständige wirtschaftliche und nationale Souveränität errichten. Auch der letzte zügliche Versuch der Imperialisten, mit Hilfe der britischen Kriegsschiffe und der Kuomintangflotte in den Bürgerkrieg einzugreifen und die Überquerung des Jangtse durch die chinesische Volksarmee zu verhindern, endete mit einem Risiko. Was man auch im britischen Unterhaus über den angeblichen Prestigeverlust am Jangtsekiang jammern mag, Churchill seine provokatorischen Anfragen stellen, die Staatsmänner des neuen Chinas antworten klar: erst nach der Zurückziehung der Interventionstruppen können wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen mit dem freien China auf gleicher Ebene hergestellt werden. Die Ära der kolonialen Ausbeutung Chinas ist beendet. Eine neue Großmacht, das demokratische China, ist entstanden, das unter der Führung der Kommunistischen Partei die Front der Freiheit, der Demokratie und des Friedens stärkt.

Mit der raschen nationalen Einigung Chinas, mit der Wiederherstellung seiner vollen nationalen Souveränität ist der Wiederaufstieg der nationalen Wirtschaft Chinas aus engster Verknüpfung. Schon heute beträgt die Fläche der bereiteten Gebiete Chinas mehr als 2,6 Millionen Quadratkilometer Boden mit einer Einwohnerzahl von 250 Millionen Menschen. Schon heute verfügt das demokratische China über eine bedeutende industrielle Basis mit wichtigen Rohstoffen, wie Kohle, Eisen, Öl und Holz. Ein Vertreter des AK der KP Chinas proklamierte als Ziel des Wiederaufbaus der Industrie eine beträchtliche Steigerung der industriellen Kapazität des Landes innerhalb der nächsten Jahre. Die landwirtschaftliche Produktion wird erhöht, um durch die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte die Einfuhr notwendiger Maschinen aus dem Ausland zu bezahlen. Die demokratischen

Pressebericht
(10)

26. April 1949
Kommentare - -

Staatsmänner Chinas vertreten die Ansicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung Chinas noch schneller vonstatten gehen werde als die der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution, da die arbeitsame 400-Millionen-Bevölkerung Chinas auf die Unterstützung durch die Sowjetunion und die Vorkämpfer der ganzen Welt rechnen kann.

Die welthistorische Bedeutung des Vormarsches der chinesischen Volksarmee nach Süchina, die Vereinigung der chinesischen Volksmassen zu einem zentralen und unabhängigen Staat unter einer demokratischen Regierung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das neue China ist ein Faktor, der die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zerschlägt, der den nationalen Befreiungsbewegungen in Ostasien einen gewaltigen Auftrieb gibt, der die Überlegenheit der Friedenskräfte über die Kriegstreiber noch deutlicher macht. Aus dem Beispiel des heldenhaften Kampfes des chinesischen Volkes lernt auch das deutsche Volk, was eine Nation vermag, die vor allem auf ihre eigenen Kräfte baut und sich im Kampf um Einheit und Fortschritt zusammenschließt. Aus dem Beispiel des chinesischen Freiheitskampfes schöpft das deutsche Volk die Zuversicht, daß auch seine eigener Kampf um die nationale Einheit und einen demokratischen Friedensvertrag von Erfolg gekrönt wird, wenn es in einer einheitlichen Volksbewegung die imperialistische Spaltungs- und Versklavungspolitik durchkreuzt.

Gesicht über Berlin

B e r l i n (10)

Die von den Westregierungen inspirierte Presse war in letzter Zeit voll von Gerüchten über sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über die Berliner Frage. Dabei stellte die Westpresse die Dinge so hin, als ob die Sowjetunion gezwungen sei, "Annäherungsversuche" zu machen, um - wie es z.B. die britische Zeitung "Die Welt" ausdrückt - "unter Vahrung des Gesichtes aus dem Berliner Dilemma herauszukommen". Jetzt liegt eine Erklärung der TASS vor, die zeigt, daß die Westpresse wieder einmal die Dinge glatt auf den Kopf gestellt hat.

Tatsache ist nämlich, daß die Regierung in Washington durch Einführung der Westwährung in einem Teil der deutschen Hauptstadt und die dadurch provozierten Verkehrsbeschränkungen am Berliner Problem in einer Weise interessiert ist, daß sie ihren UN-Delegierten Jessup beauftragte, mit einem sowjetischen Vertreter zu verhandeln. Der sowjetische Delegierte beim Sicherheitsrat, Malik, antwortete dem amerikanischen Delegierten auf dessen Frage, ob es eine Erwähnung der Währung in der Antwort Stalins an den Korrespondenten Kingsbury Smith sei kein Zufall gewesen. Die Frage der Währung für Berlin könne auf einer Sitzung des Außenministerrats zur Prüfung des Deutschlandsproblems besprochen werden. Malik erklärte auf eine weitere Frage des Amerikaners, daß - falls ein Übereinkommen über die Einberufung einer Sitzung des Außenministerrats erzielt werden könne - die g e g e n s e i t i g e n Verkehrs- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden könnten, bevor der Außenministerrat seine Arbeit beginne. Die Frage einer einheit-

- 2 -

Pressedienst
(PD)

26. April 1949
Kommentare - 3 -

lichen Währung für Berlin könne auf der Sitzung des Außenministerrats zusammen mit den übrigen Deutschland betreffenden Fragen besprochen werden.

Diese Gespräche - das letzte fand am 10. April statt - zeigen die unveränderte Bereitschaft der Sowjetregierung, auf die internationalen Abmachungen, zu einer Einigung und Verständigung zu kommen. Die Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik sind bekannt: ein Friedensvertrag soll dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, seine wirtschaftliche und politische Einheit herzustellen, eine gesamtdeutsche Zentralregierung auf demokratischer Grundlage zu bilden und eine Friedenswirtschaft aufzubauen. Damit verbunden wäre der Rückzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Dieses Ziel steht in Einklang mit den Wünschen aller fortschrittlichen und demokratischen Menschen in Deutschland.

Die USA-Politik betreibt dagegen die Zerschlagung der deutschen Einheit, ist an einem ohnmächtigen zersplitterten Deutschland interessiert, das ein Spielball in den Händen der imperialistischen Mächte sein soll. So schreibt "Die Welt" im Zusammenhang mit den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen: "Die Möglichkeit, daß die Sowjets wirklich zu einem Friedensvertrag und zu einem Rückzug aus Deutschland bereit sind, wird nur mit Vorsicht in Erwägung gezogen." Natürlich, denn die amerikanischen Monopolisten betrachten Westdeutschland als ihr Kolonialgebiet, dem sie unter Bruch des Potsdamer Abkommens anstelle eines Friedensvertrages für Deutschland ein Besatzungsetatit aufgezwungen haben.

Der Rauchvorhang verlogener Gerüchte, den sie über die vom amerikanischen UN-Delegierten begonnenen Gespräche verbreiteten, sollte offensichtlich nur ablenken von den Machenschaften im Westen, um die Schaffung eines Separatstaates. Soeben haben die Generale Clay, Robertson und König im IG-Hochhaus in Frankfurt die Bonner Delegation zu einer Einigung gezwungen. Diese Einigung kommt einer Verschwörung gegen das deutsche Volk gleich, bedeutet sie doch die Anerkennung des Besatzungsetatits durch die westdeutschen Parteiführer von Adenauer bis Schumacher und deren Zustimmung zur Einreihung westdeutscher Länder in den Aggressionsblock der Westmächte. Das ohnmächtige Gebilde eines Bündels westdeutscher kleiner Kolonialländer wird zur Verhöhnung des deutschen Volkes ein "deutscher Kernstaat" genannt.

Die Gespräche über Berlin zeigen, daß die Weststrategen von der Unhaltbarkeit ihrer Luftbrückenpolitik überzeugt sind. Die Sowjetregierung hat bewiesen, daß sie nicht nur ständig zu einer friedlichen Einigung bereit ist, sie hat auch den Weg gezeigt, zur Lösung des Deutschlandproblems, die gleichzeitig eine Lösung im Interesse des deutschen Volkes ist.

M.E.

Pressedienst
(FD)

26. April 1949
Kommentare - 4 -

Internationaler Völkerrat zur Verteidigung des Weltfriedens

(PD)

Die Welt stand dieser Tage unter dem gewaltigen Eindruck des Weltfriedenskongresses in Paris und des Prager Parallelkongresses. Das Ergebnis der überwältigenden Vorgänge in Paris und Prag ist die Verankerung des Gedankens des Friedens in die Herzen von Millionen und Abermillionen von Menschen in aller Welt, von Menschen der verschiedensten Nationen, Rassen und Religionen, die geeint sind in dem unbeugsamen Willen, der Menschheit den Frieden zu erhalten und dafür zu kämpfen.

Höhepunkt des Friedenskongresses in Paris war die gewaltige Kundgebung im Buffalo-Stadion, an der 500 000 Menschen teilnahmen. Von morgens bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte die machtvolle Demonstration für den Frieden, der Vorbeimarsch der Hunderttausende an der Ehrentribüne - Delegationen aus mehr als 60 Ländern. Ähnliche gewaltige Ausmaße hatte die eindrucksvolle Friedenskundgebung des Prager Kongresses auf dem Ausstellungsgelände.

Ein Manifest beider Kongresse sieht die Bildung eines Internationalen Völkerrates zur Verteidigung des Weltfriedens vor. Wir sind bereit und entschlossen, den Kampf für den Frieden, den Kampf für das Leben zu gewinnen, heißt es in diesem Manifest. Die Völker kennen die Kriegsbrandstifter - eine Handvoll Menschen - und ihre Methoden, wie sie ihre Methoden kennen, die Kriegshetze zu schüren und die Menschheit in einen neuen Weltkrieg zu verstricken. Aber die Völker sind nicht mehr passiv, sie wollen aktiv und schöpferisch am Weltgeschehen beteiligt sein. Dieses unbedingte Ja der Völker für den Frieden wird die Pläne der Kriegsbrandstifter zunichte machen. Die Kriegsbrandstifter können die Hoffnung begraben, daß die Friedensbewegung eine vorübergehende Erscheinung ist. Der Verlauf des Weltfriedenskongresses in Paris und Prag hat die Unrichtigkeit dieser Spekulation aufgezeigt und bewiesen, daß Hunderte von Millionen Menschen in aller Welt die Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte des Friedens erkannt haben und in dem Internationalen Völkerrat zur Verteidigung des Weltfriedens eine bleibende Einrichtung für die Erhaltung und Verteidigung des Friedens sehen. Der Weltfriedenskongress erschöpft sich nicht in einem pazifistischen Bekenntnis zum Frieden, sondern gipfelt in der Bejahung des aktiven Kampfes für den Frieden und in der Bereitschaft, den Kriegshetzern, wo sie auch auftauchen und in welcher Gestalt, überstehend entgegenzusetzen und ihre Pläne zum Scheitern zu bringen.

Besonders die machtvolle Demonstration für den Frieden im Stadion Buffalo in Paris zeichnete sich durch diesen Kampfegeist aus. Nicht nur Paris und das ganze französische Volk nahmen an dieser Demonstration für den Frieden teil, sondern Delegationen aus Italien, Holland, Belgien, aus Übersee und den Kolonien. Die Demonstration in dem Buffalo-Stadion war die Antwort dieser Völker an die anglo-amerikanischen Kriegstreiber. Die französische Regierung hatte geglaubt, durch Einreisebeschränkung und Schikanen aller Art eine so machtvolle Entfaltung der Friedensbewegung verhindern zu können. Alle Verbotmaßnahmen haben nichts genutzt und die Kriegstreiber müssen die niedererschmetternde Wahrnehmung machen, daß die Bereitschaft der Völker, für den Frieden einzustehen und dafür zu kämpfen, mächtvoller denn je ist.

- 5 -

Pressedienst
(20)

26. April 1949
Kommentare - 5 -

Der bekannte amerikanische Schriftsteller Howard Fast sprach in seiner Rede auf der Kundgebung von einer Freundschaft, die in diesen 5 Tagen entstanden ist, und die nicht so leicht zu stören sein wird. "Als ein Jener", erklärte er, "die das Leben lieben. Jenen aber, die den Tod lieben, werden wir sagen: Seid vorsichtig! Die 30 Männer, Schriftsteller, Wissenschaftler, Politiker, die im Verlaufe des Antifaschistenprozesses zu Wort kamen, betonten die Entschlossenheit, die wertvolle Mobilisierung der Friedenskräfte fortzusetzen und weiter zu entwickeln. Der Verlauf des Friedenskongresses zeigt, wie wertvolle Anzeichen der Friedenskräfte der ganzen Welt und verdichtet die Erwartung des Friedens.

Für uns Deutsche ist es eine Genugtuung zu wissen, daß die deutschen Delegationen in den Kreisen der Männer für die Erhaltung des Friedens ehrenvoll aufgenommen sind. In Paris und Prag hat die Welt zur Kenntnis genommen, daß in Deutschland, insbesondere in der Ostzone, Kräfte am Werk sind, die sich nachdrücklich für die Erhaltung des Friedens einsetzen und nicht gewillt sind, sich von den anglo-amerikanischen Kriegshetzkern mitzuziehen zu lassen. Die ehrenvolle Aufnahme der deutschen Delegation in Prag und Paris ist ein Ausdruck dafür, daß die deutschen Kräfte des Friedens auf dem richtigen Weg sind und sich das höchsten Vertrauen der Friedenskräfte in der ganzen Welt erworben.

(L.M.)

PresseDienst
(PD)

25. April 1949

A r t i k e l d i e n s t

Der 1. Mai zeigt die Stärke der Friedenskämpfer

(von Linietzkij)

(R.R.)

Der Tag des 1. Mai rückt heran, der Tag der Heerschau der Arme der werktätigen der ganzen Welt, der Tag der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder. Die Moskauer Zeitungen veröffentlichen die Mai-Aufrufe des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Das Zentralkomitee fordert die Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden, alle werktätigen der Sowjetunion auf, einen neuen mächtigen Aufstieg der Volkswirtschaft, des materiellen Wohlergehens und der Kultur des ganzen Volkes zu gewährleisten.

Die grosse Partei der Bolschewiki ist der Inspirator und Organisator der Siege des Sowjetvolkes. Die Aufrufe des Zentralkomitees begeistern das Sowjetvolk zu neuen Arbeitsgroßtaten und neuen Errungenschaften im friedlichen Wirtschaftsaufbau.

In diesem Jahr erfolgt die Vorbereitung der Feier des 1. Mai in der ganzen Welt im Zeichen des Kampfes für den Völkerfrieden. Das Zentralkomitee der KPdSU (B) richtet seinen Brudergruss an die Völker, die für den Sieg der Demokratie und des Sozialismus kämpfen. Es ruft die werktätigen aller Länder zur Verteidigung des Friedens, der Sache aller Völker der Welt, zur Entlarvung der aggressiven Pläne der Kriegshetzer, zur Vereinigung aller Kräfte für den festen Frieden und die Sicherheit der Völker auf.

Die Freundschaft der Völker der Sowjetunion, der USA und Englands, heisst es im Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ist die beste Bürgschaft für einen festen Frieden. Es lebe der Bruderband der Völker Englands, der USA und der Sowjetunion in ihrem Kampf um den Frieden.

In diesen Aufrufen tritt der unabänderliche Friedenswille des Sowjetvolkes, seine Bereitschaft zur Verteidigung der Sache des Friedens und das stete Streben nach friedlicher Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern deutlich zutage. Die werktätigen aller Länder, die ihre ganzen Hoffnungen wie ihre Blicke auf die Sowjetunion richten, vernehmen in den Mai-Aufrufen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) die Stimme der grossen Partei, die die Vorhut des Sowjetvolkes ist. Diese Stimme ruft zum Zusammenschluss und zur Vereinigung aller Friedensfreunde, zum Kampf gegen die Kriegshetzer, zur Entlarvung der gefährlichen Absichten der Friedensfeinde. Die Stimme wird mächtig in allen Ländern ertönen und einen lauten Widerhall bei Millionen und Abermillionen Menschen finden, für die der Kampf um den Frieden die dringendste Lebensfrage ist.

Auf der Tagung des Weltfriedenskongresses trat die unüberwindliche Anziehungskraft der Idee der brüderlichen Zusammenarbeit der Völker im Kampf um den Frieden voll und ganz zutage. Dem Gedanken

Pressedienst
(PD)

26. April 1949
Artikeldienst - 2 -

von vielen Millionen Menschen gab ein amerikanischer Delegierter, der amerikanische Gewerkschaftsfunktionär Henderson, Ausdruck, als er sagte, dass der einfache Amerikaner keinen Krieg und noch weniger einen Krieg gegen die Sowjetunion will. Er hat nicht vergessen, dass seine Söhne nur deshalb am Leben blieben und sein Haus nur aus dem Grunde ganz geblieben ist, weil die grosse tapfere Sowjetarmee dem deutschen Faschismus aufs Haupt schlug.

Der Friedenskampf und die friedliche Zusammenarbeit der Völker sind das politische Hauptfundament der gegenwärtig erfolgenden Vorbereitung der breiten werktätigen Massen zur Maifeier. Der Weltgewerkschaftsbund richtete an die werktätigen der ganzen Welt den Appell, die Einheit der werktätigen zu festigen, gegen die Gewerkschaftsspaltung zu kämpfen und sich zur Verteidigung des Friedens gegen die Kriegshetzer zusammenzuschliessen.

Das Exekutivkomitee der englischen Kommunistischen Partei rief die englischen Arbeiter auf, am 1. Mai ihre Solidarität mit den Werktätigen auf der östlichen und westlichen Erdhalbkugel und ihre Bereitschaft zu zeigen, die UNO zu festigen und mit noch grösserer Energie von der Regierung die entschiedene Einschränkung der militärischen Ausgaben und die Ablehnung der aggressiven Militärbündnisse zu verlangen.

Eine energische Tätigkeit entfaltet in den USA das Vereinigte Gewerkschafts- und Volkskomitee für die Maifeiern. Der Weltfriedenskongress und die weitgehende Vorbereitung zur Maifeier, die angesichts der heutigen internationalen Lage ausserordentlich grosse Bedeutung gewinnen, zeigen davon, dass die Kräfte der Friedensfreunde unermesslich sind. Mit unerbitterlicher Konsequenz geht die Isolierung der Friedensfeinde vor sich. Sie rult Verwirrung im Lager der Kriegshetzer hervor. Vergeblich sind die Versuche der reaktionären Zeitungen und der Vertreter der herrschenden Kreise der am Nordatlantischen Vertrag beteiligten Länder, die Stimme der Friedenskämpfer zum Schweigen zu bringen. Die gehässigen Ausfälle der reaktionären Blätter gegen den Weltfriedenskongress, die Polizeimassnahmen der französischen Regierung und die Verleumdungen der Vertreter des Staatsdepartements der USA sind nur Beweise für die Verlogenheit der Friedensfeinde.

Am Sonntag veröffentlichte die "Prawda" ein Schreiben des Chefredakteurs des in russischer Sprache in Moskau erscheinenden Organs des britischen Aussenministeriums "Der britische Alliierte", Archibald Johnstone, an die Redaktion der "Prawda". Johnstone gibt in diesem Schreiben seinen Entschluss kund, mit der Labour-Regierung Attlee-Bevin zu brechen, in der Sowjetunion zu bleiben und sich der Sache des Friedens zu widmen. Zu diesem Entschluss veranlasste ihn die innere Überzeugung, dass die Sowjetunion die führende Kraft im Friedenskampf ist, und das Bewusstsein, dass die Politik der herrschenden Kreise Englands eine Politik von Kriegshetzern ist. "Ich bitte alle meine Freunde, die sich in der Sowjetunion aufgehalten haben", schreibt Johnstone, "einer möglichen grossen Zahl von Menschen kühn das zu erläutern und zu wiederholen, was sie mir so oft gesagt haben: Die Friedensfeinde sind nicht in der Sowjetunion zu suchen! Ich wollte in mehreren Städten Russlands, hatte Begegnungen mit einfachen Sowjetmenschen und überzeugte mich davon."

Pressealienst
(PD)

26. April 1949
Artikeldienst - 3 -

dass alle Gedanken und die ganze schöpferische Energie des Sowjetvolkes auf friedliche Aufbauarbeit gerichtet sind. Ich habe mit dem Lager der Kriegshetzer gebrochen und betrete den schwierigen aber edlen Weg des Kampfes für den Frieden, an dessen Spitze die grosse Sowjetunion steht."

Der Brief Johnstones ist ein Dokument, das die antisowjetischen Umtriebe der herrschenden Kreise Englands aufdeckt. Dieser Brief wird allen die Augen öffnen, denen die Propaganda der antisowjetischen Verleumdung noch nicht endgültig die Sehkraft und die Fähigkeit geraubt hat, die Wahrheit zu sehen, die Wahrheit über die Sowjetunion, die die Sache des Friedens verteidigt, die Wahrheit über das Sowjetvolk, das mit friedlicher Aufbauarbeit beschäftigt ist.

1. Mai - Kampftag für Frieden und Völkerverständigung

Dieser 1. Mai hat als Kampftag für Frieden und Völkerverständigung seine besondere Bedeutung. In allen Ländern der Erde ist die hunderte von Millionen Menschen umfassende Friedensfront entschlossen, die in ihrem Namen auf den Weltfriedenskongressen gefassten Beschlüsse zu verwirklichen, die gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gerichtet sind. Die Maidemonstranten machen den Kriegsbrandstiftern besonders deutlich, dass die Friedensfreunde von heute ebenso kampfentschlossen sind wie ihre Vorväter, die im Jahre 1876 in der Kolonie Victoria in Australien und im Jahre 1886 in Chicago zum ersten Mal in der Welt ihre Kampfbanner für das Recht auf den achtstündigen Arbeitstag entrollten.

Auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris wurde am 20. Juli 1889 von 400 Delegierten der 1. Mai zum internationalen Feiertag erklärt. Im nächsten Jahr konnte Friedrich Engels schreiben: "Heute halt das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum ersten Mal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer unter einer Fahne. Auch die Maidemonstrationen dieses Jahres werden einheitlichen Charakter tragen."

Der Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages mit unserem Volk wird im Mittelpunkt der Maidemonstration stehen. Das deutsche Volk wird am 1. Mai als Ankläger gegen die Spalter auftreten, durch deren Schuld die Deutschen vier Jahre nach Kriegsende immer noch in friedlosem Zustand leben müssen.

Es kommt auf das Schuldkonto der Schumacher und Glienener, Adenauer und Arnold, die den Marshall-Plan befürworteten und der separaten Gelareform der Westmächte ihre Zustimmung gaben, dass Deutschland zerissen und westdeutschland mit Hilfe des Ruhrabkommens und Besatzungsstatuts ausländischen Monopolkapitalisten als koloniales Ausbeutungsobjekt ausgeliefert wurde. Es ist die Schuld der Spalter, dass die vom deutschen Volk stürmisch geforderten gesamtdeutschen Beratungen bis jetzt nicht zustande kamen, weil der sogenannte Parlamentarische Rat und der Zweizonen-Wirtschaftsrat die Einladung des Deutschen Volksrates zu einem Freilen in Braunschweig ablehnten und lieber mit den westlichen Kolonialmächten darüber verhandelten, wie über die Schaffung einer separaten Weststaatsregierung die Teilung

Presseclienst
(PD)

25. April 1949
Artikelclienst - 4-

Deutschlands aufrechterhalten werden kann auf das Schulkonto der Spalter ist es zu erwarten, dass in Westdeutschland die Maidemonstranten auf ihren Plakaten und Sprachbändern noch die Forderungen nach dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Frauen und Jugendschutz, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Konzernherren und Naziaktivisten, Überführung der Bodenschätze und Monopolbetriebe in Volksbesitz, Durchführung einer demokratischen Bodenreform erheben müssen, weil die Zerreissung Deutschlands es den Imperialisten erleichterte, zugunsten ihnen gefälliger Handlanger den werktätigen demokratische Rechte zu verweigern.

Am 1. Mai werden die Demonstrationzüge in allen Industrievieren und ländlichen Bezirken Deutschlands die Forderung nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erheben und zur Beteiligung an den Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai aufrufen. Während im Westen die Spalter hinter verschlossenen Türen beraten, wie sie dem Volk den nationalen Verrat schmackhaft machen können, den sie seit vier Jahren begehen, ist in der Ostzone jeder Mann und jede Frau, jeder Junge und jedes Mädchen aufgerufen, mitzumachen und alle Kräfte anzuspannen, damit die neue Ordnung gefestigt und der grosse Wirtschaftspian für ein besseres Leben des deutschen Volkes erfüllt und übererfüllt wird. Diesen wesentlichen Beitrag im Kampf für die nationale Einheit und einen gerechten Frieden fassen die Demonstrationen am 1. Mai in der Ostzone zusammen, wenn darin Rechenschaft abgelegt wird, wer in den volkseigenen Betrieben, in jeder Abteilung, an jedem Arbeitsplatz und an jedem Arbeitstag am erfolgreichsten für das grosse Friedenswerk tätig war. Stolz und ehrenvoll wird jede Werkbelegschaft von ihren Arbeitsaktivisten, Leitenden und Konstrukteuren sprechen, die mit ihrer Schöpferkraft neue Mittel und Wege für den Aufbau der Friedenswirtschaft weisen und gefunden haben.

Am 1. Mai 1947 wurde in Hamburg auf der Mai-Kundgebung der aus Amerika kommende und im Auftrag des internationalen Monopolkapitals als Spalter und Antisowjetkämpfer auftretende AFL-Keeper Henry Rutz ausgespielt und musste von der Rednertribüne abtreten. Wieviel notwendiger wäre es am diesjährigen 1. Mai, am Kampftag für Frieden und Volkerverständigung, die Kriegshetzer und Spalter im Westen zum Schweigen zu bringen, wenn sie es wagen sollten, den Atlantikpakt, diese Neuaufgabe des Atlantikpakt, die Fesseln des Besatzungsstatuts, des Ruhrdikts und der JEIA-Exportkontrolle als "demokratische Errungenschaften" anzupreisen. Musste sich gegen die damit verbundene Kriegshetze, gegen die erfolgte Vergewaltigung eines 70 Millionen Volkes nicht ein Sturm der Entrüstung erheben? Kann umgekehrt nicht das ganze deutsche Volk am 1. Mai den gewerkschaftlichen und politischen Vertretern zustimmen, die Frieden und Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere aber mit der sozialistischen Sowjetunion, fordern?

Am 1. Mai wird der Ruf nach Freundschaft mit der Sowjetunion erklingen, die die Niedergesung der deutschen Friedenswirtschaft durch Maschinen-, Rohstoff- und Lebensmittellieferungen wirksam unterstützt, die zuerst den Abzug aller Besatzungstruppen nach Abschluss eines Friedensvertrages mit unserem Volk in Vorschlag brachte, um einen dauerhaften Frieden durch Verständigung herbeizuführen. Jeder Demonstrationzug in der Ostzone wird am 1. Mai seiner Dankbarkeit gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht Ausdruck verleihen, die der antisowjetisch-demokratischen Ordnung auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik und Kultur die Bahn freigemacht hat.

Pressedienst
(PD)

26. April 1949
Artikeldienst -5-

In der Hauptstadt wie im Kleinsten Dorf, im Westen wie im Osten unseres Vaterlandes werden machtvolle Maidemonstrationen davon Zeugnis ablegen, dass sich in Deutschland die Front des Friedens und der Völkerverständigung breiter geworden und an politischer Klarheit gewachsen ist. Friedrich Engels Worte von der Maidemonstration als Heerschau, die "ein Heer unter einer Fahne" vereint, finden in ganz Deutschland ihre Bestätigung: Alle Mai-Kundgebungen werden ein Bekenntnis für die Einheit der Nation, für den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen sein. Dieses Bekenntnis als Voraussetzung des Kampfes für Frieden und Völkerverständigung wird wie ein gewaltiger Kraftstrom die Millionen Demonstranten am 1. Mai durchfluten. Die Maidemonstrationen werden in ganz Deutschland der Auftakt für die Wahlen zum 5. Deutschen Volkskongress sein. Mit dem Kampf für die Durchsetzung seiner sozialen und nationalen Forderungen reiht sich das deutsche Volk würdig ein in die Unternehmung der mächtigen Sowjetunion, des stärksten Bollwerkes für den Frieden, stehende und hunderte Millionen Menschen umfassende internationale Maidemonstration für Frieden und Freundschaft aller Völker.

Bruno Reichbach

Pressedienst

26. April 1949

(PD)

Stimmen des Auslandes

=====

Maurice Thorez über Westdeutschland

(PD)

In seiner Rede auf der Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Frankreichs nahm Maurice Thorez auch zur deutschen Frage und zur Wiedererrichtung eines militarisierten Westdeutschlands Stellung. Er zählte alle die vergeblichen Versuche auf, die die imperialistischen Kräfte seit dem Bestehen der Sowjetunion unternommen haben: Offene Intervention, wirtschaftliche Blockade, den "Cordon Sanitaire", München, ihre Kriegsführung zu Beginn des zweiten Weltkrieges, die Verzögerung der Zweiten Front. Alles aus dem Wunsch, die Sowjetunion / ausbluten zu lassen. Alle diese Versuche sind mislungen. Aber sie hören nicht auf. Von diesem Gesichtspunkt muss man auch die Beschlüsse betrachten, die in Washington in Bezug auf Deutschland gefasst wurden. Die amerikanischen Imperialisten bauen ganz offen das nicht entnazifizierte und nichtentmilitarisierte Westdeutschland wieder auf, um daraus ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu machen.

"Zweifelloos ist dieses militärische Wiederaufwachen Westdeutschlands eine ernste Gefahr für unser Land", führt Maurice Thorez aus. "Deshalb wollen unsere Politiker, die diesen schwachen Punkt fühlen, die Bedeutung dieser Tatsache ableugnen. Maurice Schuman schrieb in der Zeitung 'Aube': 'Soll Deutschland zur wirtschaftlichen Organisation der europäischen Zusammenarbeit gehören? Sofort, wenn möglich! Soll Deutschland zur europäischen Union gehören? Morgen oder übermorgen, wenn es das verdient! Soll Deutschland dem Atlantikpakt beitreten? Niemals!'"

Diese sophistische Argumentation versucht, einzelne Abschnitte ein und derselben Politik als isoliert und ohne Verbindung miteinander darzustellen. Die Kredite des Marshallplans standen Westdeutschland immer zur Verfügung. Einige reaktionäre westdeutsche Vertreter nahmen in Brüssel am Rat der europäischen Union neben Churchill und André Philip teil. Westdeutschland hat natürlich auch seinen Platz im Atlantikpakt. Ist es nicht ein Spitzenreiter im antisowjetischen Krieg?"

Der Aufbau im befreiten China

Auf dem ersten Allchinesischen Kongress des neuen demokratischen Jugendverbandes machte Genosse Shen Bi Shi, Mitglied des Zentralkomitees der KP Chinas, in seinem Referat Mitteilungen über die wirtschaftlichen Aufbaupläne im befreiten China.

Im Vordergrund wird die Entfaltung der Industrie stehen, um die Unabhängigkeit und Einheit Chinas zu sichern. Mao Tse Tung hat erklärt, "dass die Vernichtung des Imperialismus, des Feudalismus, des bürokratischen Kapitals und der Kuomintang-Macht in China das Problem der Unabhängigkeit und Souveränität Chinas noch nicht vollständig löst. Erst wenn die Wirtschaft breit entfaltet sein wird, erst wenn China sich aus einem rückständigen agrarischen Staat zu einem fortschrittlichen Industrieland entwickelt hat, wenn China von fremden Mächten in wirtschaftlicher Hinsicht absolut unabhängig ist, kann dieses Problem als endgültig gelöst betrachtet werden."

Pressedienst
(FD)

26. April 1949

Stimmen des Auslandes - 2 -

Es ist notwendig, nicht nur die zerstörte Industrie im Laufe von 3 bis 5 Jahren wieder aufzurichten, sondern auch den Anteil der industriellen Produktion an der Gesamtzeugung Chinas im Laufe von 10 bis 15 Jahren planmässig von den gegenwärtigen 10 % auf 30 bis 40 % zu steigern. China muss in ein Land der grossen Maschinen-Industrie umgewandelt werden, die imstande ist, Fabriken, Bergwerke und Verkehrswesen mit den nötigen Maschinen, Kraftfahrzeugen und Schiffen zu versorgen. China muss auch seine eigene Industrie zur Herstellung von Geschützen, Tanks und Flugzeugen haben, die zur nationalen Verteidigung seiner Grenzen notwendig sind.

Nur durch die Industrialisierung wird es möglich sein, das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des Volkes überhaupt zu heben. So wird auch das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern gefestigt, die Stadt wird eine führende Rolle gegenüber dem Dorf haben. So wird die feste wirtschaftliche Grundlage für den zukünftigen Übergang zum Sozialismus geschaffen.

In der Industrialisierung Chinas wird man sich vor allem auf Staatsbetriebe orientieren. Es muss Kapital akkumuliert werden, das in Staatsbetrieben angelegt werden kann. Hunderttausende und Millionen neuer Ingenieure und Techniker müssen ausgebildet werden. In der Periode der Wiederaufrichtung und der Entfaltung der Industrie werden private Unternehmungen, die zum Wohl der Volkswirtschaft beitragen, auch bestehen.

Die Periode, in der das Schwergewicht der Arbeit auf dem Lande lag, ist jetzt abgeschlossen. Es hat eine neue Periode begonnen, in der die Stadt das Land führt. Während des bevorstehenden Vormarsches südlich vom Jangtse werden wir uns von allem Anfang an mit den Städten befassen, die Arbeit auf dem Lande wird von den Städten ausgeführt werden. Entscheidend ist die Wiedernerstellung und die Entfaltung der Produktion. Jede andere Tätigkeit muss ihr untergeordnet werden und ihr dienen.

Baneben darf die Arbeit auf dem Lande nicht vernachlässigt, die Tätigkeit in Stadt und Land muss koordiniert werden. Die landwirtschaftliche Produktion muss ebenfalls gesteigert werden, wir müssen die grössten Anstrengungen machen, um die Bauernschaft in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und der Bewässerung, in der Versorgung mit Saatgut und Düngemitteln zu unterstützen. Auf dem Lande sollen Produktions- und Verbrauchs-Genossenschaften und ein Netz der Handelsgenossenschaften der Bauern gefördert werden.

Zum Schluss erklärte Shen Bi Chi, der Sieg sei nahe, es werden daher 10 bis 15 Jahre angestrengter Arbeit nötig sein, um ihn zu befestigen. Obwohl die alte Gesellschaft als Erbschaft Armut und Rückständigkeit hinterlassen hat, wird die 400 Millionen Bevölkerung Chinas unter Führung der Kommunistischen Partei die Schwierigkeiten umso sicherer überwinden, als sie mit der Hilfe der Sowjetunion und der Arbeiterklasse anderer Länder rechnen kann.

(nach der "Prawda" vom 18. April)

- 3 -

Pressedienst
(PD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes

- 3 -

Zur Information

=====

"Ich klage an,...!"

Chefredakteur des britischen Außenministeriums verlässt
das Lager der Kriegshetzer und wird sowjetischer Staatsbürger

(PD)

Der Chefredakteur der in russischer Sprache erscheinenden Zeitschrift des britischen Außenministeriums "Britanski Sojusnik" ("Der Britische Bundesgenosse"), Archibald N. Johnstone, richtete an den Chefredakteur der Moskauer "Prawda" einen Brief, der am Sonntag in der "Prawda" veröffentlicht wurde. Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

"Sehr verehrter Herr Redakteur! Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diesen Brief ins Russische Übersetzen liessen und in Ihrem Blatt veröffentlichten. In gewissem Sinne ist dies eine persönliche Erklärung, aber es scheint mir, dass sie auch eine gewisse Bedeutung für die Öffentlichkeit hat. Soweit ich beurteilen kann, sind Millionen einfacher Menschen über die Kriegsgefahr beunruhigt, und eine der Sache des Friedens feindliche Propaganda hindert viele von ihnen, sich eine klare Vorstellung über die wahre Sachlage zu machen. Möglicherweise wird mein Fall, meine Erklärung, den schwankenden Menschen der kapitalistischen Länder einigermassen dazu verhelfen, sich in der Lage zurechtzufinden."

Gegenwärtig hat sich der Weltfriedenskongress in Paris versammelt. Ich bin durchaus überzeugt, dass die Friedensideen, die die Delegierten dieses Kongresses befeuern, die einzigen Ideen sind, die verhindern können, dass die Völker in einen dritten Weltkrieg hineingezogen werden."

Dieser Kongress gibt den Hoffnungen und Wünschen der Überwiegenden Mehrheit der Menschen Ausdruck. Unter den Führern der Friedensbewegung sind die aufgeklärtesten und fortschrittlichsten Kräfte. Es sind Menschen verschiedener Nationalitäten, verschiedener politischer und religiöser Überzeugungen. Ihnen ist eines gemeinsam, sie alle sehen, dass die Politik und die Propaganda der westlichen Regierungen nur zu einem einzigen Resultat führen kann, wenn ihnen nicht Halt geboten wird: zur Entfesselung eines Krieges."

Angeichts der gegenwärtigen Lage muss sich jeder ehrliche Mensch darüber im Klaren sein, dass er nicht zur Seite stehen kann. Alle seine Gedanken müssen auf die Lösung der hauptsächlichsten Frage gerichtet sein, mit wem er jetzt ist, mit den Friedenskämpfern oder mit den Kriegshetzern."

Ich persönlich habe dieses Problem für mich fest gelöst. Ich bin Chefredakteur des "Britanski Sojusnik", der von der Regierung Großbritanniens in russischer Sprache in Moskau herausgegeben wird. Ich kann nicht mehr ein Werkzeug in den Händen Attlees, Bevin, Morrison und anderer Führer der Labour-Partei bleiben, denn diese helfen den amerikanischen und englischen Monopolen, denen ein Krieg ungeheure Dividenden bringt."

- 4 -

Pressedienst
(PD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Mein langjähriges Interesse an Fragen der internationalen Politik und die Erfahrungen, die ich in den letzten zwei Jahren in dem Problem der englisch-sowjetischen Beziehungen gesammelt habe, ließen mich zur Schlussfolgerung kommen, dass die Leute, die heute in England herrschen, das Volk meines Landes zu einer schweren Katastrophe führen. Darum fasste ich den Entschluss, endgültig mit der gegenwärtigen englischen Regierung zu brechen, in der Sowjetunion zu bleiben und meine ganze Energie und meine Fähigkeiten der Sache des Friedens zu widmen.

Ich fasste einen Entschluss, der von mir, einem Menschen, der sein Land liebt und das größte Interesse an seiner Zukunft hat, große moralische sowie auch materielle Opfer forderte. Ich fasste diesen Entschluss, weil die Sowjetunion die führende Kraft im Friedenskampf ist, die Kraft, die alles Beste, Fortschrittliche auf der Welt vereint.

Ich bin 32 Jahre alt. Während meiner ganzen Arbeitstätigkeit war ich Journalist. Von den 35 Jahren, in denen ich als Journalist tätig bin, arbeitete ich lange Zeit an der Zeitung "News Chronicle", deren liberale Einstellung gegenüber dem Leben und den Ereignissen mir das Gefühl einflößt, dass meine ganze Arbeit meinem Land nützlich sei. Nunmehr sehe ich aber, dass der Liberalismus nichts anderes ist als ein bequemer Ausweg für die sogenannten Kulturmenschen, die imstande sind, zu begreifen, wo sich Gerechtigkeit und Wahrheit verbergen, aber einer Antwort auf die Frage ausweichen: Was habe ich persönlich im gegebenen Falle zu tun?

Ich wurde im Februar 1947 Chefredakteur des "Britanski Sojusnik" ernannt. Das Hauptziel des "Britanski Sojusnik" läuft angeblich darauf hinaus, die Aufbahnung guter Beziehungen zwischen den Sowjets und dem englischen Volk zu fördern. Ich weiss durch persönliche Beobachtungen, wie sehr das Gefühl der Freundschaft für die Sowjetunion in England verbreitet ist. Obwohl die britische Presse während des Krieges dem Sieg der roten Armee keinen breiten Raum widmete, hat sich das britische Volk trotzdem klar darüber Rechenschaft gegeben, dass es dem Sowjetvolk und seiner Armee zu vielem verpflichtet ist.

Die englisch-sowjetische Freundschaft war während der Wahlkampagne einer der Hauptpunkte im Programm der Labour-Partei. Der englische Wähler hat der Partei Unterstützung gesichert, die mehrmals im entscheidenden Moment vor den Wahlen erklärte, sie werde niemals die Fehler der Tories wiederholen, die in allem die rote Gefahr sahen.

Damals habe ich mit voller Freude angenommen, ich würde beim Dienst an der Festigung der englisch-sowjetischen Beziehungen Nutzen bringen können. Mich lockte auch die Aussicht, das Leben der Völker der Sowjetunion zu sehen und damit bekannt zu werden.

Kurz nachdem ich den Posten des Chefredakteurs übernommen hatte, wurde ich zu meinem Entsetzen von der britischen Botschaft in Moskau auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, eine Reihe antisowjetischer Ausführungen Attlees, Bevias und Morrisons zu veröffentlichen. Ich protestierte, aber die Botschaft erwies sich als stärker. Mich setzte

Pressedienst
(PD)

26. April 1949

Stimmen des Auslandes - 5 -

besonders ein bezeichnender Fall in Brüssel, als mir vom Botschafter Peterson der spezielle Auftrag gegeben wurde, eine Rede Attlees zu veröffentlichen, in der er, Attlee, von den Strömen von Schimpfereien seitens der Sowjetregierung gegen das britische Volk sprach. Ich warnte dem Botschafter ein, dass die Sowjetpresse noch niemals Ausfälle gegen das britische Volk veröffentlicht hat. Niemand in der Botschaft, vom letzten Schreiber bis zum Botschafter, wagte, die Richtigkeit meiner Worte zu bestreiten. Alle stimmten mit mir überein, dass diese Rede Attlees lächerlich ist. Aber Peterson zwang mich trotzdem, diese Rede zu drucken.

Es ist für mich klar, dass die britische Botschaft in Moskau an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion kein Interesse hat und faktisch alles Mögliche tut, um diese Beziehungen zu verschlechtern. Ich stellte mir die Frage: Warum geben wir dann den "Britanski Sojusnik" in Moskau heraus? Auf diese Frage erhielt ich eine offenerweise Antwort von Frank Roberts, der gegenwärtig stellvertretender Hochkommissar Grossbritanniens in Indien ist. 1948 kam er nach Moskau als persönlicher Vertreter Bevin's zu Verhandlungen über die deutsche Frage. Roberts behandelte mich als seinen persönlichen Freund. Im Gespräch mit mir sprach er sich oft mit Sympathie über die Sowjetunion und ihre leitenden Männer aus. Aber gerade Roberts war es, der direkte Instruktionen gab, unter allen Umständen im "Britanski Sojusnik" Marshall, Bevin und Attlee als Friedenspostel und die führenden Männer der Sowjetunion als Leute darzustellen, die nach der Weltherrschaft trachten.

Das englische Außenministerium leitet in London das zentrale Informationsbüro, das die Artikel für den "Britanski Sojusnik" vorbereitet. Ich kann dieses Büro nur als Lügenfabrik charakterisieren. Im Vorjahr kam einer der Leiter dieser Fabrik, der Chef der Abteilung für die slavischen Länder zur Inspektion nach Moskau. Dieser war vor dem Kriege in der Redaktion einer amerikanischen reaktionären Zeitschrift. Nach der Ankunft in Moskau gab er mir Anweisungen, in welchen begeisterten rosigen Farben man das Wirtschaftsleben in England darstellen muss. Als ich ihn bezüglich der Lebensmittellage in England ausfragen begann, gab er mir die trockene Antwort, er erhalte Lebensmittelpakete von seinen amerikanischen Freunden, und darum könne er über die Lebensmittelverhältnisse in England nichts Bestimmtes sagen.

Eine klare Antwort auf meine Frage erhielt ich, als ich mit ihm ein russisches Restaurant aufsuchte. Er konnte seine Verwunderung über den Überfluss an Lebensmitteln in Russland nicht verbergen. "Bei uns besteht eine ganz andere Vorstellung darüber", gestand er.

Ich begreife die in vielen Schreibern an unsere Redaktion zum Ausdruck gebrachte Entrüstung der Sowjetmenschen über die verlorenen, ausgedachten Erzählungen vom Leben der einfachen Menschen in England und der Außen- und Innenpolitik Attlees und Bevin's.

Die gleiche antisowjetische Atmosphäre herrscht nicht nur im Propaganda-, sondern auch im diplomatischen Apparat des britischen Außenministeriums. Dort steigen nur die Diplomaten auf höhere Posten, die es verstehen, geschickt den antisowjetischen Ansprüchen

Pressedienst
(FD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

ihrer Auftragsgeber vorzutun" worden. Die meisten Beamten des Foreign Office - ich habe da Personen im Auge, die in den für die Politik massgebenden Abteilungen arbeiten - sind bis zur Dummheit antisowjetisch eingestellt, obwohl einige von ihnen gar nicht so dumm sind. Wenn ein jener Botschaftsmitarbeiter in Moskau in einem Bericht über seine Reise in der Sowjetunion darauf hinweist, dass die Sowjetwirtschaft auf schwachen Füßen steht oder dass man mit dem Regime nicht zufrieden sei, dann weiss er, dass man ihn als klugen Kopf herausheben und zur Beförderung vorschlagen wird. Ein Diplomat in Moskau, der nach einer Reise durch den Kaskasus einen konkreten Bericht über den wirtschaftlichen Fortschritt und die überall herrschende Loyalität gegenüber dem Sowjetregime vorlegte, diskreditierte sich als Diplomat.

Vor unreflexor zwei Wochen informierte mich der Presseattaché der englischen Botschaft in Moskau, dass die allgemeine Position Londons, d.h. des Außenministeriums, darin bestehe, eine Power Projection der wie im "Britanski Sojusnik"-zu beginnen. Ich muss den von mir zitierten englischen Ausdruck erläutern. Er bedeutet folgendes: die "Britanski Sojusnik" soll Artikel und Fotografien veröffentlichten, die die militärische und wirtschaftliche Macht Englands und Amerikas zeigen. Dadurch will man die Sowjetmenschen einschüchtern und ihnen beweisen, dass die westlichen Demokratien über unüberwindliche Waffen verfügen.

Die Botschaftsmitglieder in Moskau nahmen diesen Vorschlag ohne Begeisterung auf. Aber es wäre halb angemessen, dass ihren Wünschen freiliebende Bestrebungen zugrunde liegen. Trotz ihrer Überzeugung müssen sie zu ihrem Betrübnis zugeben, dass man den Sowjetmenschen nicht Angst machen kann.

Das alles ist natürlich nichts Neues, aber ich schreibe darüber am hier zu zeigen, dass der Ersatz Edens durch Bevin im Foreign Office keine Veränderung gebracht hat. Überhaupt ist es jetzt in England schwer, eine Grenze zwischen den Konservativen und den Liberalen zu ziehen. Betrachten wir die Tatsachen. Der konservative Churchill hat die Errichtung der zweiten Front mit allen Mitteln gebremst und die ganze Zeit danach getrachtet, eine Demokratisierung der Länder Osteuropas zu verhindern. Das Labourmann Attlee hat die englische Truppen nach Griechenland, um die Demokratie anzuführen und durch die Bagunette der britischen Soldaten die Wiedererrichtung der Monarchie in Griechenland zu sichern. Der konservative Eden nahm seinerseits den Mond voll mit der Krieg-eindämmung in die europäischen Angelegenheiten. Der Labour-Mann Bevin ist bereit, den Eintritt Frankreichs in die Gemeinschaft der Länder der westlichen Welt zu begünstigen. Um den Kapitalisten entgegenzukommen, haben die Konservativen Churchill und Eden die Nationalisierung der Industrie verhimmelt. Die Labour-Leute Attlee und Bevin führten die Nationalisierung einiger Industriezweige durch, taten dies aber in einer derartigen Form, dass die Nationalisierung nur den Kapitalisten von Vorteil war.

Pressedienst
(FD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Die materielle Lage der englischen Werktätigen hat sich selbst laut den aufgestellten offiziellen Angaben bedeutend verschlechtert. Das Leben ist teurer geworden. Gleichzeitig haben die Profite der Monopole ein unerhörtes Ausmass angenommen und steigen ununterbrochen. Auch die Lebensmittellage im Lande weist eine bedeutende Verschlechterung auf. Als vor einigen Wochen mein Assistent seinem Vater in England ein Stück Speck sandte, machte er die Bemerkung: Das ist ungefähr die Ration meines Vaters für vier Jahre.

Die Labour-Führer erschüttern den Glauben des englischen Volkes an seine Kraft und behaupten, die Marshallisierung Englands sei der einzige Weg seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Aber im Austausch gegen die amerikanischen Geschütze und Flugzeuge, die nur den Krieg hetzern nötig sind, muss das englische Volk das Allernotwendigste und Dringendste für ein halbwegs erträgliches menschenwürdiges Leben zum Opfer bringen. Das Tragischste liegt noch vor uns. Schon heute verlangt der neue Shylock in Gestalt eines amerikanischen Kongressmitgliedes vom englischen Volk lebendes Fleisch ein Pfund. Ich kann mir das Sklavenschicksal vorstellen, das man meinem Volk vorbereitet. Während des letzten Krieges hat das englische Volk eine schwere Last auf seinen Schultern getragen, es hatte unter Bombenangriffen zu leiden und opferte seinen grössten Schatz, junges Leben. Das englische Volk hat damals auch eine Periode schrecklicher Verzweiflung durchgemacht. Die Nazis waren ruhe. Sie unterwarfen die europäischen Staaten mit unveränderlicher Leichtigkeit. Nur die Grosstaten des Sowjetvolkes, die unsterblichen Opfer seiner Armee retteten England vor dem gleichen Geschick, das Belgien und Frankreich, Dänemark und Norwegen schon erlitten hatten. Dem englischen Volk, das um den Preis von Opfern dem Schicksal eines Sklaven der Hitlerhorden entgangen ist, wird jetzt ein nicht weniger düsteres und tragisches Schicksal vorbereitet, Sklave der amerikanischen Herren zu sein. Heute sieht man in den Strassen Londons amerikanische Soldaten und Offiziere. In den Restaurants sind amerikanische Jobber, Händler, Handlungsreisende und Agenten zu finden. In der Buchhandlung gibt es Hintertreppenromane, herzerzerfassende Geschichten von amerikanischen Gangstern in amerikanischen Zeitschriften und allen möglichen Heften. Es sind Büchlein im Taschenformat, in denen wie in einer Pille Erzählungen, Artikel und Skizzen der niedrigsten moralischen Qualität zusammengepresst sind. Ich habe mir schon oft darüber Gedanken gemacht, werden diese Taschen-Verdummungsmittel, wie man sie nennt, wirklich die Werke Byrons und Shakespeares und anderer aus den Universitätsbibliotheken und aus dem Hause des Engländers verdrängen, werden sie alles verdrängen, was von der klassischen Weltliteratur geschaffen wurde? Dieser Methode muss man eine Abfuhr erteilen, solange es noch nicht zu spät ist.

Der Nordatlantikpakt, der faktisch ein Militärblock der imperialistischen Staaten unter Leitung Amerikas ist und seine Spitze in erster Linie gegen die Sowjetunion richtet, die einzige Grossmacht, die für den Frieden kämpft, war für mich der letzte Anstoss für meinen Entschluss, meinen Posten in der britischen Botschaft in Moskau aufzugeben. Mit allem zu brechen, was das heutige aggressive England verkörpert, auf die britische Staatsbürgerschaft zu verzichten und in der Sowjetunion zu bleiben.

Pressdienst
(PD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes - 8 -

Ich bitte alle meine Freunde, die sich in der Sowjetunion aufgehalten haben, kühn einer möglichst grossen Zahl von Leuten das zu erläutern und zu wiederholen, was sie mir so oft gesagt haben: Die Friedensfeinde sind nicht in der Sowjetunion zu suchen!

Ich habe in der Sowjetunion zwei Jahre gelebt. In dieser Zeit konnte ich mich mit dem Leben des Sowjetvolkes bekannt machen und davon überzeugen, dass gerade hier in der Sowjetunion das gerechteste soziale Regime, wahre Freiheit und wahre Demokratie herrschen.

Wie viele Ausländer, die in der Sowjetunion leben, hatte auch ich volle Möglichkeit, das Leben der Sowjetmenschen zu beobachten, das System der Volksbildung, der sozialen Fürsorge und medizinischen Hilfe, kurz gesagt alles, was einen Menschen interessieren kann, der keine besonderen feindlichen Ziele gegen die Sowjetunion hat. Während meines zweijährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion habe ich niemals gehört, dass auch nur ein einziger Sowjetmensch, sei es auch in einem Privatgespräch, zum Krieg aufforderte oder über die Notwendigkeit eines Krieges sprach. Meiner Ansicht nach würden Leute, die in der Sowjetunion Kriegspropaganda zu treiben wagten, wie dies z.B. in weitem Umfange in England und Amerika der Fall ist, in der Sowjetunion als verrückte oder Verbrecher erklärt werden.

Ich habe mich in mehreren Städten Russlands aufgehalten, hatte Begegnungen mit einfachen Sowjetmenschen und überzeugte mich davon, dass alle Gedanken und die ganze schöpferische Energie des Sowjetvolkes auf friedliche Aufbauarbeit gerichtet sind.

Ich klage also Attlee, Bevin, McNeal, Morrison und die anderen Führer der Labour-Partei an, dass sie durch einen Betrug am englischen Volk zur Macht im Lande kamen und jetzt diese Macht zum Schaden des englischen Volkes missbrauchen.

Ich klage Attlee und Bevin an, dass sie zu den Wahlen mit dem Schlagwort der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion gingen, dann, als sie die Macht erhalten hatten, verräterisch diese ihre Versprechen verletzten, die Erfüllung ihrer Bündnispflicht gemäss den Abkommen von Potsdam, Jalta und Teheran verweigerten und systematisch Konflikte mit der Sowjetunion provozieren.

In England gibt es viele Leute, die noch immer von Illusionen über die wahren Ziele und Taten Attlees und Bevins erfüllt sind. Ich werde mich unendlich freuen, wenn ich durch diese meine Zeilen und meine weitere Tätigkeit auch nur einigermaßen diese Illusionen zerstreuen kann.

Vielleicht wird man in einigen Tagen einem Sprecher der BBC den Auftrag geben, mich als Verräter Englands zu erklären. Aber für jeden, der denken will, muss es klar sein, dass mein Vorgehen heute den Interessen meiner Heimat dient und dass Verräter Englands diejenigen sind, die das Volk hinters Licht führen und das Land auf den Weg eines neuen Krieges treiben.

Pressedienst:
(F5)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes -9-

Ich breche mit dem Lager der Kriessetzer und betrete den schwierigen, aber edlen Weg des Kampfes für den Frieden, an dessen Spitze die grosse Sowjetunion steht. Ich muss aus diesem Grunde meine Heimat verlassen, aber ich breche nur mit dem England Churchills, Attlees und Bevins, mit dem England der Kriessetzer und Verräter, das mir ebenso verhasst ist wie allen werktätigen Menschen der Welt. Ich liebe aus vollem Herzen das England Shakespeares und Newtons, Byrons und Dickens, das England der einfachen Menschen, das England der fortschrittlichen Geistesschaffenden. Um dieses zweiten wirklichen Englands willen betrete ich den Weg des Kampfes gegen die Verräter an meinem Volk. Möge mich das englische Volk verstehen, in dessen Mitte ich aufgewachsen bin und den grössten Teil meines Lebens verbracht habe.

Ich wähle meinen Weg! Ich möchte glauben, dass der Tag nicht fern ist, da England wahrhaft frei und wahrhaft demokratisch sein wird.

Aufrichtig Ihr

Arnold B. Johnstone

Moskau, den 22. April 1949"

Vor 20 Jahren: erster Fünfjahresplan der UdSSR

Zum Jahrestar der XVI. Parteikonferenz der UdSU (B)

Vom 23. bis 29. April 1929 fand in Moskau die XVI. Parteikonferenz statt. Zu Beginn des Jahres 1929 war eine der wichtigsten Voraussetzungen der Industrialisierung, die Akkumulation der Mittel zum Aufbau der Schwerindustrie, waren die Grundlagen der Schwerindustrie geschaffen. Auch in der Landwirtschaft waren erste Erfolge verzeichnet. Anhand der Beschlüsse des XV. Parteitages führte die Partei, gestützt auf die Dorfmut und im festen Bündnis mit den Mittelbauern einen entschiedenen Kampf gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Lande. Ende 1928 war der Widerstand der Kulaken gebrochen, die Bewegung der Kollektivierung erfasste breiteste Massen.

Der sozialistische Aufbau und der Angriff auf die privatkapitalistischen Elemente hatte eine Verschärfung des Klassenkampfes hervorgerufen. Im Jahre 1928 wurde z.B. im Don-Kohlengbiet, im Schachty-Revier eine Schöllingsorganisation aufgedeckt. Die Schöllinge, die mit den früheren russischen und ausländischen Unternehmern in Verbindung standen, wollten den sozialistischen Aufbau in der Industrie verhindern und den Wiederaufbau des Kapitalismus in der UdSSR ermöglichen.

Bei dieser Verschärfung des Klassenkampfes entstanden innerhalb der Partei neue Meinungsverschiedenheiten. Rechte Kapitulanten wie Bucharin, Tomski, Rykow und andere traten anlässlich des Übergangs zum Angriff auf die Kulaken offen gegen die Parteipolitik auf. Sie verteidigten das Kulakentum und predigten die Theorie des "Erlösens des Klassenkampfes". Sie behaupteten auf Grund dieser "Theorie," dass der Klassenfeind seine Position ohne Widerstand aufgeben, dass er "friedlich in den Sozialismus hineingehen werden."

Pressedienst
(FD)

26. April 1949
Stimmen des Auslandes - 10 -

Die bolschewistische Partei schlug die Trotzkisten und konzentrierte das Feuer gegen die rechte Abweichung als die Hauptgefahr in der Partei. "Der Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei, so Genosse Stalin auf dem Plenum des Moskauer Komitees der KPdSU im Jahre 1928, hätte die Kräfte des Kapitalismus entfesselt, hätte die revolutionären Positionen des Proletariats unterminiert, die Chancen zur Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande wären gestiegen".

Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei sollten auch die küsseren Feinde der UdSSR ausnutzen. Im Sommer des Jahres 1929 schufen die Imperialisten den Konflikt Chinas mit der Sowjetunion.

In dieser Lage wurde die XVI. Parteikonferenz eröffnet. Als erster und wichtigster Punkt stand der Fünfjahrplan auf der Tagesordnung. "Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, so sagte Genosse Stalin, - bestand darin, in unserem Lande eine solche Industrie zu schaffen, die nicht nur die Industrie in ihrer Gesamtheit, sondern auch den Transport und die Landwirtschaft auf der Basis des Sozialismus umgestalten und reorganisieren konnte."

Die rechten Restauratoren des Kapitalismus, Bucharin, Rykow, Tomski und andere, traten gegen den Fünfjahrplan auf. Sie forderten den "optimalen" Plan stellten sie einen "minimalen" Plan auf. Sie betonten die Notwendigkeit des Aufbaues einer eigenen Schwerindustrie, ohne die die Sowjetunion ein Anhängsel des Weltimperialismus geworden wäre. Die Konferenz lehnte mit Entrüstung den "minimalen" Plan der rechten Opportunisten ab und entlarvte sie als Restauratoren des Kapitalismus.

Die Konferenz bestätigte den ersten Fünfjahrplan und fasste weitere Beschlüsse zur Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Basis der modernen Technik und der Schaffung von Kollektivwirtschaften und Stantsgütern.

Aufgrund des Referates des Genossen W.M. Molotow entlarvte die Konferenz die rechten Kapitalisten und brandmarkte sie als Feinde des Leninismus. Es siegte die Parteilinie der Industrialisierung des Landes und der Kollektivisierung der Landwirtschaft.

Die Partei war sich dessen bewusst, dass die Durchführung des Fünfjahrplanes ohne aktive Mitwirkung breiterer Massen unmöglich ist. Die Konferenz wandte sich daher an alle Arbeiter und werktätigen Bauern der Sowjetunion mit dem Aufruf zur Entfaltung sozialistischer Wettbewerbe zur Erfüllung des Fünfjahrplanes. Der Aufruf der Partei fand unter den Werktätigen lebhaften Widerhall. Schon die ersten Jahre des Jahrzehnts haben gezeigt, dass die sozialistische Planwirtschaft gewaltige Vorteile bietet. Während in den Jahren 1929 bis 1933 in den kapitalistischen Ländern die schärfste Krise herrschte, wurde die Produktion der sozialistischen Industrie in der UdSSR verdoppelt. Die kapitalistischen Elemente wurden endgültig aus der Industrie verdrängt. Die Sowjetunion wurde aus einem technisch und wirtschaftlich rückständigen Land in ein Industrieland verwandelt. "Die Ergebnisse der Jahrzehnts haben gezeigt, so sagte Genosse Stalin, - dass die volle Möglichkeit besteht, in einem Lande die sozialistische Gesellschaft zu errichten."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

27. April 1949

Glückwünsche für Frida Kubiner zu ihrem 70. Geburtstag
Festtag und Kampftag (von Otto Grotewohl)
Volksdemonstration am 1. Mai (FDGB)

Nachrichten

Meinungsaustausch der deutschen Delegation auf dem Weltfriedens-
kongreß
Traktorist Perlewitz an Adolf Hennecke
Semrau fordert Perlewitz zum Wettbewerb heraus
"Volkswerk Stralsund" macht 1. Mai-Wettbewerb mit
... Und auch die volkseigene "Homa"
Unfallschutz steigert Arbeitsproduktivität
Leipzig stiftet Prämienfonds von 50 000 DM für Kulturschaffende
VYN gegen Freispruch Veit Harlan
"Sozialdemokrat" als Verleumder am Prenger

Pressestimmen

Ein geeintes Deutschland sichert den Völkerfrieden
Aufruf der Christlich-Demokratischen Union zum 3. Volkskongreß

Kommentare

Veit Harlan
Zweiterer Orden
Der Startschuß
"Der Volksbetrieb" (Aprilheft)

Artikeldienst

Auf zum Wettbewerb! (von Rudolf Müller)

Stimmen des Auslandes

Allgemeiner Aufschwung in der Sowjetunion
Malan - gestern Liebling der Nazis, heute Liebling der westmächte
Sklaverei in Peru

Zur Information

westdeutsche Aufrüstungspläne
Die Gefängnisse Franco-Spaniens

Pressedienst
(FD)

27. April 1949

Glückwünsche für Frida Rubiner zu ihrem 70. Geburtstage

Liebe Genossin Frida Rubiner !

Zu Deinem 70. Geburtstag übermitteln wir Dir im Namen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die herzlichsten Glückwünsche.

Du hast alles recht, mit stolzer Zufriedenheit auf ein langes Leben fruchtbarer Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung im Kampf für den Frieden und den Fortschritt der Menschheit zurückzublicken. Durch Deine gründliche Kenntnis der russischen Kultur und Geschichte, durch Dein tiefes Verständnis für die russische revolutionäre Bewegung und durch Deine jahrzehntelange enge Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterbewegung warst Du besonders dazu berufen, dem deutschen Volk das Verständnis für die großen Errungenschaften der russischen Revolution zu übermitteln. Du hast im Kampf gegen die niederträchtige antibolschewistische Hetze, die seit 1917 unser Volk vergiftet, Dein Bestes gegeben.

Du gehörst zu der kleinen Vorhut deutscher Marxisten, die schon vor 1917 den Kampf Lenins innerhalb der Zimmerwalder Linken unterstützte und die weltumstürzende Bedeutung der großen sozialistischen Oktoberrevolution von Anfang an erkannten. Du hast als eine der Ersten mit der gewissenhaften Übersetzung und Interpretation der Hauptwerke des Marxismus-Leninismus begonnen, die zur Herausbildung einer Partei neuen Typus in Deutschland wesentlich beigetragen hat.

Als die Hitlerbarbaren die Sowjetunion überfielen und die faschistische Naziarmee mit ihrem mörderischen Wüten das deutsche Volk mit Schmach und Schande bedeckte, da hast Du Dich mit leidenschaftlichem Eifer und unermüdlicher Tatkraft an dem Kampf beteiligt, den deutsche Antifaschisten mit Hilfe der Sowjetarmee in den Reihen der Naziarmee durchführten.

Unter den deutschen Soldaten und Offizieren, die den Betrug und das Verbrechen des Hitlerregimes erkannten und sich in die Front für die Befreiung Deutschlands einreihen, gibt es nicht wenige, denen Du die Augen geöffnet hast, deren Leben durch Deine Aufklärungsarbeit einen neuen menschlichen Sinn bekommen hat.

Trotz Deiner durch diese aufreibende Arbeit geschwächte Gesundheit bist Du nach der Befreiung vom Hitlerjoch nach Deutschland zurückgekehrt und hast als Lehrerin an der Parteihochschule "Karl Marx" Deine großen Kenntnisse und Deine unerschöpfliche Arbeitskraft in den Dienst der Erziehung der Kader unserer Partei gestellt.

Unter unseren besten Funktionären gibt es nicht wenige, die ihr Verständnis für die Probleme des sozialistischen Aufbaus, ihre Fähigkeit, die Lehren des Marxismus-Leninismus in der täglichen Praxis anzuwenden, der Schulung verdanken, die sie durch Dich erhalten haben.

Wir wünschen Dir, daß Du noch viele Jahre in guter Gesundheit das große Werk fortsetzen kannst, dem unsere Partei und die fortschrittliche Bewegung in Deutschland soviel zu verdanken haben.

Mit sozialistischem Gruß!

Der Parteivorstand
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands

Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Presseclienst
(PD)

27. April 1949

Festtag und Kampftag
(von Otto Grotewohl)

Maitag ist Kampftag
- - - - -

Selbst unsere Reste sind Kampf. Gewiß, wem schlägt nicht das Herz voll Hoffnung höher, wenn am Mai-Morgen die Sonne aus allen Löchern lacht? Wem leuchtet nicht das Auge heller, wenn die alte Mutter Erde, zu neuem Leben und Blühen erwacht, "Birkengrün und Saatengrün" uns mit bittender Gebärde entgegenstreckt? Mit bittender Gebärde! Da liegen sie schon eng und untrennbar zusammen: Festtag und Kampftag. Festtag, weil es ein Geburtstag ist, an dem uns alles werden und wachsen, alles Zukunftsträchtige "mit vollen Händen" hingehalten wird. Kampftag, weil wir die Aufgabe haben, das werdende und Kommende in unsere Hände zu nehmen, es zu hegen, zu pflegen und zu formen. Nichts kommt uns "von selbst", wir müssen es gestalten und tatenfroh anfangen.

Wir müssen planen und erfüllen. Wenn wir mehr wollen, müssen wir mehr erfüllen, übererfüllen. So mischen sich für den schaffenden Menschen Freude und Aufgabe, Fest und Kampf. Fest ist es, wenn wir unseren Aktivisten das Ehrenzeichen auf den Rock heften; Fest ist es, wenn wir die tapferen Frauen und Männer in Stadt und Land, die uns den Weg nach oben zu einem besseren Leben beispielhaft bahnen, rühmen und ehren. Kampf ist es, wenn die Schriftbänder unseren Kämpfern erzählen von Völkerverständigung und Frieden, von Freiheit und Sozialismus.

Seit sechs Jahrzehnten ist der 1. Mai der internationale Kampftag für Völkerverständigung und Frieden, für Freiheit und Sozialismus. Die internationale Verbundenheit des Kampfes der werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung zu bekunden, das war der Sinn des Aufrufes des internationalen Arbeiterkongresses der 1889 in Paris gefaßt und von den werktätigen aller Länder in immer stärkerem Maße befolgt wurde. Die Maidemonstration war in allen Ländern der Welt die Kampfansage des Proletariats gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie bot den Arbeitern in der ganzen Welt Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Kraft. Alle Versuche der Unternehmer und der Organe des bürgerlichen Klassenstaates, die Maidemonstrationen zu unterdrücken, erwiesen sich als vergeblich. Allen Kampfmaßnahmen der Gegner und allem Terror zum Trotz fanden sich die werktätigen alljährlich am Tage des 1. Mai zusammen. Sie demonstrierten für die Verwirklichung sozialer Forderungen und erhoben ihre Stimme für die Verständigung der Völker und für den Sozialismus.

Revisionismus erstickt den Kampf
- - - - -

Mit dem Beginn der Epoche des Imperialismus, der die Kriegslüsternheit des Monopolkapitals unverhüllt offenbarte, wurde die Maidemonstration immer mehr zur Antikriegskundgebung breiterer Volks-

Pressdienst
(PD)

27. April 1949
Freitag und Kampftag - 2 -

schicken. Daß es dem imperialistischen Machtstreben dennoch gelang, die Welt immer wieder in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln, war nur möglich, weil grosse Teile der Arbeiterbewegung die Gefährlichkeit und Brutalität der monopolkapitalistischen Kreise und ihrer Trabanten nicht erkannten. In verhängnisvoller Weise hatten revisionistische Anschauungen Einfluß auf die Arbeiterbewegung genommen, sie kampfunfähig gemacht und entnervt. Der Revisionismus verfälschte die Lehren von Marx und Engels und bekämpfte die Theorie Lenins über die entscheidende Bedeutung des Imperialismus und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Bildung disziplinierten, kampfbereiten, revolutionärer Massenparteien.

Voller Scham steht die ehemals so starke und international geachtete deutsche Arbeiterbewegung vor dem Ergebnis revisionistischer Politik. Im August 1914 gab es keinen Widerstand gegen die verbrecherische Kriegspolitik der imperialistischen Kreise. Der Kampf gegen den Krieg wurde nicht aufgenommen. Im November 1918 verhinderte der Revisionismus die Zerschlagung des Obrigkeitsstaates und die Entmachtung des Monopolbesitzes. Es blieb der bürgerliche Klassenstaat, der dank der gespaltenen Arbeiterbewegung und der Koalitionsbereitschaft rechtssozialistischer Parlamentarier sehr bald zur Heimstätte des Monopolbesitzes wurde.

Immer wieder zeigten die Massenkundgebungen das tiefe Verlangen der werktätigen nach der Überwindung der Herrschaft der Zechenbarone, der Gutsherren und sonstigen Monopolbesitzer. Ihr Kampfeswille richtete sich gegen Reaktion und gegen den aufkommenden Faschismus. Niemals hätte der Monopolbesitz und der Nazismus triumphieren können, wenn diese breiten Volksmassen von einer einheitlichen und richtigen Vorstellung über den Weg zum Sozialismus erfüllt gewesen wären. Ihr Zurückweichen vor der klaren Antwort an die Arbeiter, und das Zurückweichen der Ausgebeuteten im revolutionären Kampf wurde durch die revisionistischen Führer und jene schädliche Politik herbeigeführt, die im Grund genommen nur eine Brücke von Weltkrieg zu Weltkrieg schlug.

Schlagt die Kriegshetzer

Es kam der nazistische Terror, die Unterdrückung aller freiheitlichen Elemente, die rücksichtslose Ausbeutung der werktätigen und schließlich jener Krieg, dessen Wunden heute noch lange nicht verheilt sind. Noch sind die Gräber von Millionen frisch, noch fließen die Tränen der Eltern, Frauen und Kinder, noch machen die angerichteten Zerstörungen den Wahnsinn des Krieges überall sichtbar. Und trotzdem müssen wir schon wieder neuer Kriegslüsterheit entgegentreten.

Heute stimmen aber nicht nur Hunderte von Millionen Menschen aller Nationen begeistert ein in den Ruf nach Frieden, sondern sie wissen auch, daß ein dauerhafter Frieden die Überwindung des Monopolbesitzes als der kriegstreibenden Kraft voraussetzt. Überall da, wo der Monopolbesitz noch einfluß hat und seine Rangarme ausstreckt, muß der Einfluß gebrochen und müssen die Rangarme abgeschlagen werden. Überall da, wo eine neue gesellschaftliche und politische Ordnung des Monopolbesitz ausgeschaltet hat, müssen diese neuen Ordnungen geschützt und entwickelt werden.

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Freitag und Kampftag - 3 -

Die Lehre Lenins und Stalins ist siegreich

Das deutsche Volk verdankt sein Leben und seine freiheitliche Entwicklungsmöglichkeit der Kraft der Sowjetunion. Sie hat den Bruch des Völkerrechts und den verbrecherischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die friedliebenden Völker der Sowjetunion in die Niederlage des Faschismus verwandelt. Die Zerschlagung des Faschismus eröffnete dem deutschen Volk den Weg zum Frieden und zum wirtschaftlichen Aufbau. Die Kraft der Sowjetunion ist ein Ergebnis des Kampfes der Partei der Bolschewiki, die 1914 der Kriegspolitik Widerstand leistete, die den Theorien von Marx und Engels treu blieb und Lenins Lehre von der Notwendigkeit des organisierten, revolutionären Massenkampfes gegen den Monopolbesitz berolgte. Das russische Proletariat hatte in der Partei der Bolschewiki eine disziplinierte, ideologisch geeinte und revolutionäre Kampfpartei als Führerin zur Verfügung. Nur so war es möglich, die Lehren Lenins und Stalins siegreich und mit Erfolg in die Praxis umzusetzen.

Die werktätigen unseres Volkes sind nach 1945 frei vom nazistischen Terror. Der Weg zu einer einheitlichen marxistischen Kampfpartei ist beschritten worden. Natürlich fürchtet der Monopolbesitz eine solche Entwicklung und den Zusammenschluß der sozialistischen Elemente in einer Partei neuen Typus mehr als alles andere. Mit Lügen und Verleumdungen wird von ihm der Kampf gegen diesen Zusammenschluß geführt. Dabei haben sich die Organe der westlichen Besatzungsmächte ganz in den Dienst der Interessen ihrer Monopolbesitzer gestellt, und sie tun alles, um die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur zu erhalten, sondern möglichst noch zu vertiefen. Sie wissen sehr gut, daß aus der geeinten Kraft der Arbeiterklasse die unüberwindliche Macht wächst, die Kriege verhindert und friedliebenden Völkern den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg freimacht.

Nationaler Notstand und nationale Selbsthilfe

Der Kampf des deutschen Volkes um seine Einheit auf demokratischer Grundlage und um einen gerechten Frieden ist ein Teil des internationalen Kampfes gegen neuen Krieg. Das deutsche Volk kann diesen Kampf voller Zuversicht führen, da alle friedliebenden Kräfte - die grosse und starke Sowjetunion, die Volkedemokratien und die werktätigen aller übrigen Länder - immer an der Seite der Demokratie und des Friedens stehen werden. Die schon mit ihren Brandfackeln einherschleichenden Brandstifter eines neuen Krieges sehen sich er tappt, wie der Pariser Weltfriedenskongreß in den letzten Tagen uns gezeigt hat. Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Zeichen der Kampfbereitschaft für Frieden und Sozialismus und wird zu einem Triumph aller Friedensfreunde werden. Es wird sich aber auch zeigen, daß viele werktätige die Lehren der Geschichte begriffen haben. Der Kampf für den Frieden darf sich nicht in Kundgebungen erschöpfen, sondern er verlangt die Mitarbeit an der Gestaltung realer Verhältnisse, die der demokratischen Ordnung zum Siege verhelfen und der Herrschaft des Monopolbesitzes ein Ende bereiten.

PresseDienst
(PD)

27. April 1949
Festtag und Kampftag - 4 -

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse befinden sich gegenwärtig in höchstem Masse in einem nationalen Notstand. Alle Vorbereitungen zur nationalen Zerreissung sind vollendet. Deutschland soll unter der Gewalt eines Besatzungsstatutes kolonisiert und auf Jahrzehnte versklavt werden. Westdeutschland soll in die kriegerische Front des Atlantikpakes und einer westeuropa-Union gezwungen werden.

Alle Friedensfreunde müssen darum Schulter an Schulter mit jenen fortschrittlichen Kreisen unseres Volkes stehen, die mit dem Deutschen Volkskongress den Weg der nationalen Selbsthilfe beschritten haben. Wer am 1. Mai 1949 für den Frieden demonstriert, muß auch teilnehmen an der Wahl der Vertreter unseres Volkes zum Deutschen Volkskongreß, der am 15. und 16. Mai den Kampf für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden fortsetzen und durch seine Verfassungsbeschlüsse den Weg vorbereiten wird für ein

einheitliches demokratisches Deutschland!

Presseaktion
(FD)

27. April 1949

Volksdemonstration am 1. Mai

Der Maiaufruf des FDGB an alle deutschen werktätigen

B e r l i n, 27.4. (FDGB)

Zum diesjährigen Internationalen Weltfeiertag der arbeitenden Menschen, zum 1. Mai, erließ der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an alle Männer und Frauen und an die schaffende Jugend den folgenden Aufruf:

Nur ein gerechter und dauerhafter Friede gibt den werktätigen Menschen die Möglichkeit, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen.

Wir wollen eine bessere Welt schaffen. Wir wollen den Wirtschaftsplan 1949 schnell erfüllen. Wir wollen, daß Deutschland einig ist. Wir wollen ein wirklich demokratisches Deutschland. Dazu brauchen wir den Frieden.

In diesem Kampf stehen wir nicht allein.

Mit uns sind 600 Millionen Männer und Frauen der Länder aller Erdteile. Mit uns ist die sozialistische Sowjetunion, die größte Friedensmacht der Erde. Der Weltfriedenskongreß in Paris und Prag hat den Kriegshetzern gezeigt, wie stark die Kräfte des Friedens sind.

Mit den Friedenskämpfern der ganzen Welt, in den Reihen des Weltgewerkschaftsbundes mit seinen 76 Millionen schaffenden Menschen demonstrieren wir am 1. Mai für Völkerfrieden und Völkerverständigung.

Mit uns sind alle Fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in ganz Deutschland. Mit den Friedenskämpfern im deutschen Westen kämpfen wir für ein einheitliches, demokratisches und freies Deutschland, das frei ist von Kriegsverbrechern, Naziaktivisten, Monopolkapitalisten und Junkern. Wer seine Heimat liebt, kämpft mit uns gegen die Spaltung Deutschlands, gegen Versklavung durch Morddiktat und Besatzungsstatut.

Alle freiheitsliebenden deutschen Menschen demonstrieren am 1. Mai für die politische und wirtschaftliche Einheit unseres Vaterlandes.

Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Techniker, Wissenschaftler und Künstler, Landarbeiter und Bauern, Männer, Frauen und vor allem unsere Jugend, haben sich vereint, um in unserer Zone ein großes Werk des Friedens zu schaffen. An der Spitze unserer Demonstrationen werden unsere Aktivisten marschieren, die uns den Weg zum besseren Leben gezeigt haben. Sie sind Vorkämpfer für den Frieden.

Am 1. Mai demonstriert das ganze werktätige Volk.

Heraus zur Volksdemonstration am 1. Mai!

Es lebe die Weltfriedensbewegung!

Es lebe der Weltgewerkschaftsbund!

Vorwärts Friedenskämpfer! Vorwärts Aktivisten! Vorwärts schaffende Jugend!

Vorwärts zur schnellen Erfüllung des Wirtschaftsplanes!

Fallt den Kriegstreibern in den Arm!

Es lebe der 1. Mai, der Kampftag für Einheit und Frieden!

Es lebe die internationale Solidarität aller Friedenskämpfer!

Pressedienst
(PD)

27. April 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Meinungsaustausch der deutschen Delegation
auf dem Weltfriedenskongress

S a a r b r ü c k e n , 27.4. (E.B.)

Die deutsche Delegation auf dem Weltfriedenskongress in Paris benutzte die ausserordentlich günstige Gelegenheit ihres Zusammen-treffens zu einer Aussprache über den in allen Teilen unseres Vater-landes zu führenden Kampf für die Einheit der Nation und den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages. Bei dieser Zusammenkunft am letzten Kongresstag in Paris sprach als erster der Delegierte des Saargebietes, Fritz B ä s e l . Er erinnerte an die grosse Schwie-rigkeiten, mit denen die Deutsche Delegation anfolge der aufgezwungenen Zerrissenheit Deutschlands zu kämpfen hatte, ehe sie in Paris zusamen-treffen und über die gesamtationalen Fragen des deutschen Volkes beraten konnte.

"45 Delegierte für die Trizone und 25 für die Ostzone und Berlin sollten am Kongress teilnehmen", sagte Basel und setzte seine Rede fort: "Sie alle wissen, unter welchen Umständen die deutsche Delega-tion durch die Verfügung des Innenministeriums der französischen Re-gierung reduziert wurde. Leider war es auch nicht möglich, dass unse-re Freunde aus der Ostzone, Berlin und Hamburg, vom ersten Tage an den Verhandlungen des Kongresses folgen konnten. Für uns ist tragisch, wie die Geschichte Deutschlands tragisch ist, dass die Rassen inner-halb und zwischen den verschiedenen Besatzungszonen praktisch so un-endlich weit geworden sind.

Das sind Schwierigkeiten im Kampf um den Frieden und die Sammlung der Friedenskräfte in Deutschland, die überwunden werden müssen, um einem einheitlichen Deutschland zu dienen. Es wird für uns, die wir an diesem Kongress teilnehmen konnten, ein Ansporn sein, in allen Zonen dafür zu wirken, dass wir den Kampf um den Frieden und die Ar-beit zur Auswertung dieses Kongresses so organisieren und führen, dass sie gleichzeitig dem Kampf um die Einheit Deutschlands dienen. Wir Deutschen im Saargebiet stehen vor nicht geringen Schwierigkeiten. Sie alle wissen, dass man uns bereits politisch von Deutschland trenn-te und wirtschaftlich an Frankreich anschloss. Trotzdem gibt es eine starke Opposition gegen diese Regelung an der Saar, die ja noch einer Autorisation durch den Friedensvertrag mit Deutschland bedarf. Für unseren Kampf um die Beendigung des friedlosen Zustandes und für den Abschluss eines Friedensvertrages wären wir sehr erfreut, noch einige Worte von Herrn Arnold Zweig, Herrn Prof. Bauer, Berlin, ferner dem einzigen Vertreter der Bizone, Heinrich Fink aus Hamburg, Herrn Otto Fuschke, dem Präsidenten der CDU der Ostzone, Herrn Dompfarrer Klein-schmidt und Alexander Abusch zu hören.

Mit dem Ausdruck dieses Wunsches möchte ich die Möglichkeit des Gedankenaustausches nicht einschränken. Ich denke, es wird wertvoll sein, diesen Gedankenaustausch schriftlich niederzulegen und ihn uns gegenseitig vor dem Auseinandergehen zu überreichen.

PresseDienst
(FD)

27. April 1949

Nachrichten - 2 -

Berner wollen wir die Gelegenheit benutzen, uns noch alle in das Goldene Buch des Friedenskongresses einzutragen.

Wir hegen die Hoffnung, dass unsere Arbeit zur Auswertung des Kongresses dem Frieden allgemein und im besonderen der Erlangung der Einheit Deutschlands diene."

Schriftsteller Arnold Z w e i g antwortete:

"Ich möchte zum Ausdruck bringen, wie ausserordentlich wertvoll es für uns war, mit ihnen den Kontakt aufzunehmen, denn sehen Sie, Sie sind bei dem Teilungsobjekt Deutschland die Erprobtesten. Es ist erfreulich, wie wenig es gelungen ist, den Deutschen im Saar-gebiet das Bewusstsein zu nehmen, dass sie zu Deutschland gehören. Wir haben eine sehr grosse Aufgabe zu erfüllen, denn wir sind ja ein zukünftiges Rekrutierungsgebiet, und wenn Frankreich, England und Belgien erklären werden, wir machen nicht mit, dann wird es in Deutschland immer noch welche geben, die die vollkommen idiotische Meinung haben, dass sie an einem dritten Weltkrieg etwas profitieren könnten. Um diese Leute davon zu überzeugen, dass aus Deutschland ein Müllhaufen werden würde, muss man ihnen folgendes vortragen, was ich 1930 in Berlin sagte: Der erste Weltkrieg hat immerhin das Reich Bismarcks kaputt gemacht und Elsass-Lothringen abgetrennt. Wenn es den Revancheschreibern gelingt, einen zweiten Revanchekrieg zu machen, dann wird aus dem Deutschland, das von Bismarck gegründet ist, das von Friedrich dem Grossen zu Bruch gehen. Sie sehen, dass es zum Bruch geworden ist. Wenn es also zu einem dritten Weltkrieg käme, dann ist ganz sicher, dass von Deutschland nur die wenigen Teile übrig blieben, die zufällig von der Atombombe verschont bleiben. Wenn Sie das bei Gelegenheit den erwähnten Menschen klarmachen können, dann tun Sie uns einen sehr grossen Dienst. Vielleicht ist es über das Saargebiet und Paris leichter, zu den ehemaligen Nazis und ihren blinden Opfern zu sprechen. Wenn wir bei friedlichen Mitteln bleiben können, um Deutschland wieder zu einer Einheit zu machen, die wirtschaftlichen, geistigen und seelischen Möglichkeiten zu schaffen, dann haben wir viel gewonnen."

Otto M u s c h k e , Präsident des Deutschen Volksrates, sagte:

"Wir haben auf diesem Kongress erhebende Momente erlebt, aber für mich war es das Peggelkondate, persönlich mit Euch in Führung zu kommen und feststellen zu können, dass das alte Verhältnis unter uns sich nicht geändert hat. Das ist letzten Endes eine Einsicht, die uns für unseren grossen einheitlichen Kampf stärken muss. Ich habe, ohne dass ich persönlich Fühlung mit Euch hatte, am 2. Juni vorigen Jahres im Deutschen Volksrat gesagt: Alle Abtrennungen, die jetzt erfolgen, sind leere Demonstrationen, ihre Legalität werden wir niemals anerkennen. Für uns spricht das grosse moralische Recht, begründet im Völker- und Naturrecht. Auch im Kampf für den Frieden gilt das Goethe-Wort: 'Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der tüglich sie erobern muss', und nur, wenn wir im Kampf um die Einheit wach bleiben, werden wir sie erzwingen."

- 3 -

Fressedienst
(FD)

27. April 1949
Nachrichten - 2 -

Berner wollen wir die Gelegenheit benutzen, uns noch alle in das Goldene Buch des Friedenskongresses einzutragen.

Wir hegen die Hoffnung, dass unsere Arbeit zur Auswertung des Kongresses dem Frieden allgemein und im besonderen der Erlangung der Einheit Deutschlands diene."

Schriftsteller Arnold Z w e i g antwortete:

"Ich möchte zum Ausdruck bringen, wie ausserordentlich wertvoll es für uns war, mit ihnen den Kontakt aufzunehmen, denn sehen Sie, Sie sind bei dem Teilungsobjekt Deutschland die Erprobtesten. Es ist erfreulich, wie wenig es gelungen ist, den Deutschen im Saar-gebiet das Bewusstsein zu nehmen, dass sie zu Deutschland gehören. Wir haben eine sehr grosse Aufgabe zu erfüllen, denn wir sind ja ein zukünftiges Rekrutierungsgebiet, und wenn Frankreich, England und Belgien erklären werden, wir machen nicht mit, dann wird es in Deutschland immer noch welche geben, die die vollkommen idiotische Meinung haben, dass sie an einem dritten Weltkrieg etwas profitieren könnten. Um diese Leute davon zu überzeugen, dass aus Deutschland ein Müllhaufen werden würde, muss man ihnen folgendes vortragen, was ich 1930 in Berlin sagte: Der erste Weltkrieg hat immerhin das Reich Bismarcks kaputt gemacht und Elsass-Lothringen abgetrennt. Wenn es den Revancheschreibern gelingt, einen zweiten Revanchekrieg zu machen, dann wird aus dem Deutschland, das von Bismarck gegründet ist, das von Friedrich dem Grossen zu Bruch gehen. Sie sehen, dass es zum Bruch geworden ist. Wenn es also zu einem dritten Weltkrieg käme, dann ist ganz sicher, dass von Deutschland nur die wenigen Teile übrig blieben, die zufällig von der Atombombe verschont bleiben. Wenn Sie das bei Gelegenheit den erwähnten Menschen klarmachen können, dann tun Sie uns einen sehr grossen Dienst. Vielleicht ist es über das Saargebiet und Paris leichter, zu den ehemaligen Nazis und ihren blinden Opfern zu sprechen. Wenn wir bei friedlichen Mitteln bleiben können, um Deutschland wieder zu einer Einheit zu machen, die wirtschaftlichen, geistigen und seelischen Möglichkeiten zu schaffen, dann haben wir viel gewonnen."

Otto N u s c h k e , Präsident des Deutschen Volksrates, sagte:

"Wir haben auf diesem Kongress erhebende Momente erlebt, aber für mich war es das Peggückendste, persönlich mit Euch in Führung zu kommen und feststellen zu können, dass das alte Verhältnis unter uns sich nicht geändert hat. Das ist letzten Endes eine Einsicht, die uns für unseren grossen einheitlichen Kampf stärken muss. Ich habe, ohne dass ich persönlich Fühlung mit Euch hatte, am 2. Juni vorigen Jahres im Deutschen Volksrat gesagt: Alle Abtrennungen, die jetzt erfolgen, sind leere Demonstrationen, ihre Legalität werden wir niemals anerkennen. Für uns spricht das grosse moralische Recht, begründet im Völker- und Naturrecht. Auch im Kampf für den Frieden gilt das Goethe-Wort: 'Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muss', und nur, wenn wir im Kampf um die Einheit wach bleiben, werden wir sie erzwingen."

- 3 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

- 3 -

27. April 1949

Unser verehrter Freund Zweig hat mit Recht die Frage des Friedens in den Vordergrund gestellt. Wir brauchen einen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland und müssen verhindern, dass die Welt endgültig mit Europa aufräumt. Vielleicht bin ich ein schlechter Deutscher, aber als ich nach Paris gekommen bin und habe es unversehr gefunden, habe ich mich darüber gefreut, dass es noch erhalten geblieben ist. Wer würde uns dafür garantieren, dass im Falle eines dritten Weltkrieges diese Kulturstätten erhalten bleiben! Paris würde genauso Etappe werden wie Berlin, und die Atombombe würde nicht danach fragen, wo sie hinfällt. Der Gedanke des Friedens ist geheiligt. Wir sind von der Geschichte beauftragt, das Letzte der europäischen Kultur zu erhalten. Damit wir mit Euch vom Saargebiet treu auf immer verbunden bleiben, wollen wir das bekräftigen insofern, dass es zwischen uns nur noch das brüderliche Du gibt. Wir trennen uns räumlich und bleiben im Geiste für immer verbunden."

Prof. theolog. Dr. Max R a u e r , von der Humboldt-Universität Berlin, erklärte:

"Anschliessend an die Worte von Muschke möchte ich dem Gefühl Ausdruck verleihen, dass wir Deutsche uns auch innerlich näher gekommen sind. Ihr wisst, es hat zwischen den grossen Richtungen Sozialismus und Christentum immer Differenzen gegeben, und wir haben uns eigentlich immer mit Misstrauen betrachtet. Das ist etwas, was ich sehr glücklich empfinde, dass ich merke, dass dieses Misstrauen langsam aber fortschreitend am Schwinden ist. Das ist die Grundlage und selbstverständliche Voraussetzung für den Kampf der deutschen Einheit, nicht nur für eine äussere, sondern für eine innere Einheit. Es muss dieses verderbliche Misstrauen der Deutschen untereinander schwinden. Die Deutschen müssen zueinander Vertrauen haben."

Ich freue mich sehr, dass ich hier in dieser deutschen Delegation sein durfte. Es wird auch für mich eine ganz besonders schöne Erinnerung sein, die Saarländer zu sehen und mit ihnen zu korrespondieren. Vielleicht werden wir noch einmal ins Saargebiet kommen, um dann endlich die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland zu feiern, die dann vollständig und immerwährend sein wird."

Heinrich F i n k , Vertreter der Hamburger Werftarbeiter, ergriff das Wort:

"Wenn ich als einziger Vertreter aus der Bizone hier an dem Weltkongress für den Frieden teilnehmen konnte, so lag das nicht nur daran, dass in der Westzone sowohl wie im amerikanischen und englischen Sektor nicht mehr Delegierter gewählt wurden, sondern in den Schwierigkeiten, die unseren Delegierten bereitet wurden. Die Ausreisegenehmigung wurde verweigert mit der Begründung, dass die Militärregierung für solche Zwecke keine Ausreisegenehmigung erteilen könne. Wenn ich heute hier in dieser deutschen Delegation sprechen darf, so freut mich besonders, dass ich als einziger Vertreter dieser Delegation aus der Westzone der Vertreter der Arbeiterschaft Hamburgs bin und ich glaube, dass im Kampf um die deutsche Einheit, im Kampf um den Frieden der Welt, die Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielt. Ich glaube, wenn die Ausführung der Beschlüsse des Friedenskongresses, die heute hier ihren Anfang nehmen, und wenn auf dem Kongress der Frieden proklamiert wird, es für uns alle e i n e Auf-

- 4 -

Pressedienst
(FD)

27. April 1949
Nachrichten - 4 -

gabe geben wird. und ich weiss als Gewerkschaftsvertreter, dass mit dem Verschwinden der sozialen Gegensätze im Innern einer Nation sich die feilschende Stellung der Nationen zueinander füllt. Ich glaube, und das kann ich unseren Freunden aus dem Saurgebiet und der Ostzone sagen, dass der Kampf um die Erhaltung des Friedens - trotz ungeheurer Schwierigkeiten - auch in den Westzonen Fuss zu fassen beginnt. Leider liegen aber auch hier - und das will ich hier offen betonen - unsere Schwierigkeiten darin, dass besonders bei uns jene Kräfte unterstützt werden von der Militärregierung, die schon bei Hitler Wehrwirtschaftsführer waren.

Der Kampf um den Frieden ist ein Kampf um die soziale Verbesserung, und ich nehme den Eindruck mit, dass unser Kampf in allen Teilen Deutschlands, der Kampf für ein einheitliches, wahres demokratisches Deutschland, der Kampf für die Erhaltung des Friedens der Welt ist."

Karl L. L. L. Schmidt, Komprediger, Schwerin, begann seine kurze Ansprache mit der Frage:

"War es wirklich notwendig, dass wir nach Paris gegangen sind, um uns die Einheit Deutschlands so beglückend und erschütternd bewusst werden zu lassen, wie in diesem Augenblick? Ist denn die Einheit Deutschlands emigriert, dass wir uns nur ausserhalb der Grenzen ihrer bewusst werden können? Nein, wir sind nicht auf fremden Boden getreten, als wir nach Paris kamen. Nein, wir sind auf den Boden einer konsequenten Friedenspolitik getreten und es scheint mir ein Symbol zu sein, dass das uns beglückende und erschütternde Bewusstsein der Einheit Deutschlands auf dem Boden einer konsequenten und realistischen Friedensbewegung gewachsen ist. Nur auf dem Boden einer konsequenten Friedenspolitik kann die Einheit Deutschlands verwirklicht werden."

Stefan K. K. K. K., Schriftsteller, führte aus:

"Einen Eindruck möchte ich zuerst aussprechen, der nicht zu den glücklichen zählt. Ich habe hier mit vielen Menschen gesprochen aus allen Ländern der Welt und es hat mich unwahrscheinlich tief erschüttert, dass diese Menschen nicht wissen, was in Deutschland vor sich geht. Ich glaube, das ist heute eine der grössten Schwierigkeiten, die uns begegnen. Wir müssen alle Mittel und Wege versuchen, um die Menschheit über das, was sich in Deutschland abspielt, der Welt bekanntzugeben, den Menschen zu zeigen, dass es Leute gibt, die ernsthaft gewillt sind, mit der Vergangenheit zu brechen, wenn auch nicht allein, dann mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht entscheidende Schritte zu tun, einen neuen Weg zu gehen. Wir waren doch in der Lage, einer Reihe Menschen in der ganzen Welt, mit denen wir gesprochen haben, zu zeigen, dass es heute in Deutschland schon Kräfte gibt, die Garanten für den Frieden sind. Auf der gestrigen Tagung der französischen Widerstandskämpfer haben wir eine solche gute Aufnahme gefunden, als die Rede unseres Kameraden Abusch auf dem Kongress. Dort trat ein französischer Priester gerettet wurde, weil deutsche Häftlinge dem französischen Abbe Brot spendeten. Das hatte eine unerhörte Wirkung...

- 5 -

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Nachrichten - 5 -

Das zweite ist die Unterstreichung dessen, was bisher gesagt wurde. Diese Sitzung kann zu einem historischen Moment für unseren Kampf um die Einheit Deutschlands werden. Sie kann es dann werden, wenn es uns bewusst wird, dass wir in einem solchen Forum zum ersten Mal die Einheit Deutschlands demonstrieren.

Wir müssen die Erklärung von Nuschke in die Massen hinein tragen, damit klar wird, dass von diesem Kongress aus nicht nur eine Verstärkung für die Sicherung des Friedens ausgeht, sondern dieser Kongress zu einem neuen Meilenstein in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands werden wird. Das ist mein Wunsch und auch meine Hoffnung, die sich aus diesem Kongress ergibt."

Alexander A b u s c h, Schriftsteller, Berlin, sagte abschliessend:

"Wir haben diesen Weltfriedenskongress und die Massenkundgebung im 'Buffalon-Stadion' erlebt, dieses Zusammentreffen der Abgeordneten des ganzen französischen Volkes mit allen anderen Völkern, um in einer grossen Manifestation den Kriegstreibern zu sagen, dass die Völker, und auch das französische Volk, bereit sind, nicht mit den Kriegstreibern, sondern gegen sie zu gehen. Der Kongress wird als grosse Tat für den Frieden in die Geschichte eingehen, wenn es sichtbar wird, dass die Völker sich nicht in einen neuen Krieg hineintreiben lassen. Im Zusammenhang mit diesem grossen historischen Ereignis steht unsere heutige Zusammenkunft, die sicherlich auch eine historische Bedeutung hat. Und wenn das nur eine kleine Sitzung ist, in einem Zimmer eines Pariser Restaurants, so ist es die deutsche Einheit, von der wir wissen, dass es ohne sie keinen Frieden in der Welt geben kann. Vielleicht kann man sagen, dass wir die deutsche Einheit propagieren. Da erinnere ich mich an den Ausspruch von Fedejew: 'Man sagt von uns, wir wollen Propaganda machen. Jawohl, wir machen Propaganda, und zwar gegen den Krieg und für den Frieden, für die beste Sache der Menschheit'. Eine solche Propaganda für die Einheit unseres Landes gibt unserer heutigen Sitzung eine grosse Bedeutung. Aber wenn man lebendige Menschen vor sich hat, Freunde aus dem Saargebiet und Hamburg, dann gewinnt die Einheit ein lebendiges Gesicht. Menschen, die Menschen sind wie wir: Arbeiter, Schriftsteller, Künstler usw. Ein Querschnitt durch alle Schichten unseres Volkes, das sind wir, die wir heute hier zusammengekommen sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen, dass es für mich eine besondere Freude war, mit den Kameraden des Saargebietes zusammenzukommen, von denen mir mancher kein Unbekannter ist, denn wir standen 1934/35 im Kampf gegen Hitler zusammen. Besonders erfreulich war es für mich persönlich, meinen Freund und Kameraden Fritz K i c k o l a y, der durch 5 französische KZ's mit mir gegangen ist, wiederzusehen. Das hat für mich den Begriff deutscher Einheit verstärkt.

- 6 -

Fressdienst
(PD)

27. April 1949
Nachrichten - 6 -

Die verschiedene Zusammenstellung unserer Delegation, einschliesslich der in Prag zurückgebliebenen Bauern, zeigt auch, dass die Einheit unseres Landes nicht eine Parteisache ist, nicht die Sache einer einzelnen politischen Richtung, sondern uns über alle weltenschaulichen und politischen Differenzen hinweg einigen soll und muss.

Wir haben versucht, die entscheidenden Fragen unserer nationalen und demokratischen Existenz zu entwickeln, und es ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass wir diesen Kongress nicht als ein einmaliges Ereignis werten, sondern versuchen, diese Zusammengehörigkeit in unserem Volk zu verbreiten. Es gibt nichts Wichtigeres und Dringlicheres für uns als die Aufgabe, die Einheit. Wir wünschen nichts so sehr für den Wiederaufbau unseres Landes als den Frieden. In diesem Geiste des gemeinsamen Eintretens für den Frieden wollen wir, ob in Saarbrücken, Hamburg, Berlin oder der Ostzone, über diesen Kongress hinaus zusammen wirken."

Traktorist Perlewitz an Adolf Hennecke

P o t s d a m , 27.4. (E.B.)

Der Traktorist P e r l e w i t z , Aktivist in der Landwirtschaft, beschäftigt bei der MAS "Ernst Thälmann", übermittelte dem Häuer Adolf Hennecke, Aktivist im Steinkohlenbergbau, ein Schreiben. Daraus entnehmen wir:

"Von einem Acker in Lietzen im Kreise Lebus sende ich Dir brüderliche Grüsse. Genau wie Du bin ich von dem Bewusstsein beseelt, dass unsere Arbeit für das deutsche Volk nicht mehr von irgendwelchen Ausbeutern ausgenutzt wird. So wie Du durch Überlegung zu höheren Leistungen kamst und Deinem Beispiel Tausende von Aktivisten in den Fabriken und Gruben folgten, wollen wir Landarbeiteraktivisten dazu beitragen, diese Bewegung zu einer Massenbewegung zu gestalten. Dabei wissen wir wohl, dass es darum geht, mit der Arbeit auf den Volksgütern und in den MAS die Durchführung des Zweijahrplanes in der Landwirtschaft zu sichern.

Wenn wir uns Hennecke-Traktoristen nennen, so soll das ein kühnes Zeichen für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft sein. Andererseits soll uns dieser Name verpflichten, unsere Bewegung immer mehr auszubauen und zu einer Sache aller Arbeiter auf den Volksgütern und den MAS zu machen.

So werden wir Hand in Hand für Frieden und Demokratie schaffen. Dabei stört uns nicht das Geschrei der westlichen Kriegshetzer. Wir nehmen uns die Friedenspolitik der grossen Sowjetunion zum Beispiel, die uns mit der Traktorenlieferung wesentliche Hilfe leistete. "So sind wir Arbeitsleute in Stadt und Land Kämpfer für den Frieden."

- 7 -

PresseDienst
(PD)

27. April 1949
Nachrichten - 7 -

Semrau fordert Perlewitz zum Wettbewerb heraus

Potsdam, 27.4. (E.B.)

Vor dem 1. Mai, dem Kampftag aller Schaffenden, fordert der Traktorist Semrau aus Mecklenburg den Aktivisten Perlewitz brieflich zum Wettbewerb auf. In diesem Brief heisst es, dass die Jugendlichen in Mecklenburg zunächst an der Richtigkeit der gemachten Angaben über die Leistungen von Perlewitz zweifelten. "Ich habe mich deshalb entschlossen", so schrieb Semrau weiter, "selbst zu probieren. Ich pflügte ein Feststück von 2,5 ha in einer Stunde und 55 Minuten und erreichte damit 462 % der Norm. Es war ein sehr ungünstiges Gelände und ausgesprochen schwerer Boden. Ich habe festgestellt, dass unter normalen Bedingungen mehr erreicht werden kann. Deshalb rufe ich Dich schon heute zu einem Wettbewerb bei der Durchführung der kommenden Herbstbestellung auf."

Perlewitz und alle anderen Traktoristen der brandenburgischen KAS "Ernst Thälmann" nehmen diese Verpflichtung zum Wettbewerb mit Freude entgegen und werden sich bemühen, die Ersten zu bleiben.

"Volkswerk Stralsund" macht 1. Mai-Wettbewerb mit

Schwerin, 27.4. (E.B.)

Die Belegschaft der "Volkswerk Stralsund" beteiligt sich am Mai-Wettbewerb der Betriebe. Sie will bis zum 1. Mai durch Sonderschichten und Aktivistenleistungen neun Seiner vorfristig fertigstellen. Ausserdem will die Belegschaft bis zum 15. Mai die Montage von vier Loggern beenden.

... und auch die volkseigene "Hoga"

Stralsund, 27.4. (E.B.)

Die fünf grössten Abteilungen des volkseigenen Holz- und Massivbaus Stralsund stehen seit Montag im Wettbewerb, der am 1. Mai bewertet wird. Einige Verbesserungsvorschläge für die Produktion, deren Prüfung sofort erfolgt, wurden bereits eingereicht und zeigen das Bestreben, die Produktion im Standard-Holzbau rationeller zu gestalten. Bis zum Wettbewerbschluss sollen im Sägewerk des Betriebes 350 qm Schnittholz eingeschnitten sein; eine gute Leistung für die wenigen vorgesehenen Tage. Auch im Standard-Hausbau soll die Gesamtproduktion um einige Prozent erhöht werden.

("Landeszeitung", Schwerin,
Volkskorrespondenz)

Unfallschutz steigert Arbeitsproduktivität

Sassnitz, 27.4. (E.B.)

Im volkseigenen Kreidewerk Buddenhagen in Sassnitz auf Rügen hat der Arbeiter Hermann Fewa an der Bodenschneidemaschine, einer komplizierten Maschine, die für die Kreidefässer Böden und Deckel schneidet, einen sogenannten Abweiser angebracht, der Unfälle ausschliesst und es verhindert, dass abgesägte Holzteile sich zwischen Gestell und Säge klemmen. Auch Beschädigungen der Maschine werden vermieden und die Arbeitsproduktivität steigt erheblich.

("Landeszeitung", Schwerin,
Volkskorrespondenz)

Presse-dienst
(PD)

Nachrichten

27. April 1949

- 8 -

Leipzig stiftet Prämiensfonds von 50 000 DM für Kulturschaffende

Leipzig, 27.4. (Rdfk.)

Der Rat der Stadt Leipzig hat die Bildung eines Prämiensfonds in Höhe von 50 000 DM zur Auszeichnung hervorragender Leistungen Leipziger Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Schriftsteller, Künstler und Lehrer beschlossen. Damit folgt Leipzig dem Aufruf der DWK und der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und fördert in grosszügiger Weise die Kulturschaffenden.

Aus dem Prämiensfonds sollen vor allem die Leistungen jener Kräfte anerkannt und geehrt werden, die sich hervorragend um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau im Zuge des Zweijahrplanes und besonders auch um die Entwicklung der Aktivistenbewegung in den volkseigenen Betrieben verdient machen. Der Ratsbeschluss ist der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet worden.

VVN gegen Freispruch Veit Harlans

Berlin, 27.4. (VVK)

Das Generalsekretariat der VVN der Ostzone nimmt mit Empörung und Abscheu von der Freisprechung Veit Harlans Kenntnis. "Die von Landgerichtsrat Dr. Tyrolf vorgebrachte Urteilsbegründung, dass das Gericht Harlan, eine aktive Teilnahme an der Massentötung von Juden nicht nachweisen und ferner den Beweis nicht erbringen könne, dass Harlan von den Plänen und Vorhaben der nazistischen Machthaber gewusst habe", beweist mit unverkennbarer Deutlichkeit, - erklärt die VVN -, welche Kräfte in den Rechts- und Regierungskreisen Westdeutschlands wirken. Sie verschanzen sich hinter einer buchstabentreuen Auslegung der Gesetze und lassen jede menschliche Empfindung ausser Acht, die eine andere Rechtsprechung fordern. Man hat in Westdeutschland noch immer nicht erkannt, dass die Tragödie, der ganz Europa zum Opfer gefallen ist, nicht zuletzt von denen verschuldet worden ist, die sich ohne jede parteiliche Bindung zu Befehlshausführern erniedrigen liessen und unter diesem neutralen Deckmantel die Pläne der Faschisten verwirklichen halfen. Man hat es noch nicht erkannt und will es auch gar nicht erkennen, weil man selbst in dieser faschistischen, antisowjetischen Gesinnungswelt verwurzelt und keineswegs bereit ist, eine Änderung herbeizuführen. Der Ausspruch Dr. Tyrolfs, der Film "Jud Süß" habe "nur die Tendenz vertreten: Haltet euch die Juden vom Leibe!" bedeutet für die Hinterbliebenen der ermordeten und vergasteten Juden einen Schlag ins Gesicht und träufelt den Nachbarn das Gift neu ein: Vorsicht, Jude.

Zu einer Zeit, da in Paris 600 Millionen Stimmen auf dem Weltfriedenskongress abgegeben wurden, die die Friedensbereitschaft und den Friedenswillen von einem Viertel aller Erdbewohner bekunden, stellt sich ein deutscher Gerichtshof in einem wie von Veit Harlan inszenierten Filmprozess zur Schau und fällt gegen einen ausgesprochenen Konjunkturritter - denn als solcher ist Veit Harlan zu werten, ein Mensch, der seine künstlerischen Begabung für eigennützige Gewinnchancen missbraucht - ein Urteil, das einem neuen Hassen den Weg freigibt: Haltet die Juden vom Leib.

PresseDienst
(PD)

Nachrichten

27. April 1949

- 9 -

Der Jubel, mit dem die Zuhörer die Urteilsverkündung aufnahmen, Harlen auf die Schultern hoben und aus dem Gerichtsgebäude hinaus-
trugen, ist die schändlichste Antwort, die dem Ausland aus einem
Volk herausgegeben werden konnte, das mit "Nicht-gewusst-haben"
eine schwere Schuld auf sich lud und sich für eine Wiedergutmachung
verantwortlich fühlen sollte. Solange aber Männer Recht sprechen,
die diese Schuld "mangels Beweisen" - sind die Millionen Tote wirk-
lich noch nicht Beweis genug? - nicht anerkennen, solange jern
freigesprochen werden, die sich als Werkzeug in die Hand eines Mör-
ders begeben und seine Idee mit oder ohne Kenntnis der wahren Ziele
mit Worten und Taten unterstützen und vernerrlichen, solange kann
Deutschland nicht den Anspruch erheben, als gleichberechtigtes Mit-
glied in der Völkerfamilie aufgenommen zu werden.

Die Justiz in Westdeutschland beweist mit jedem Urteil von neuem,
dass sie den Begriff "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" in seinem
Ursprung und seiner ganzen Tragweite nicht zu deuten versteht.

Wir werden das Urteil des Hamburger Schwurgerichts", erklärt die
VVK abschliessend, "gegen das der Ankläger, Oberstaatsanwalt Kramer,
Berufung einlegte, nicht als letztes Wort hinnehmen. Das letzte Wort
in diesem und jedem anderen Prozess gegen Rassisten und ihre
Handlanger werden wir sprechen, wir, an denen die Verbrechen began-
gen wurden und die nicht dulden werden, dass man mit Preisprüchen
die Schuld zu vertuschen sucht und den Weg für neue Verbrechen frei-
sibt."

"Sozialdemokrat" als Verleumder am Franger

W e i m a r , 27.4. (E.B.)

Mit einer stinkenden Lüge versucht der "Sozialdemokrat" vom
26.4. den Thüringer SED-Landesvorsitzenden Genossen Kops, zu ver-
leumden. Das Westberliner Kriegshetzerblatt erfindet einfach eine
Rede des Genossen Kops vor Mitgliedern der ehemaligen "Internationa-
len Brigade", die in Spanien heldenhaft gegen Hitler-, Mussolini- und
Franco-Faschisten kämpften. Bei dieser Gelegenheit soll Genosse Kops
"27 Tote und über 100 Schwerverletzte", die als Deutsche auf seiten
der demokratischen griechischen Freiheitsarmee "gefallen" seien,
verherrlicht haben.

Die Meldung des "Sozialdemokrat" ist von A - Z erstunken und er-
logen.

Am 16. Februar nachmittags in Jena und abend in Weimar erklärte
Genosse Kops: "Wir haben einstmals den Freiheitskampf des spanischen
Volkes erlebt. Heldenmütig kämpften die spanischen Freiheitskämpfer
gegen den Franco-, Hitler- und Mussolini-Faschismus. Trotz der nicht
"Einmischungs-Politik" der westlichen imperialistischen Mächte wurde
dieser Kampf 3 Jahre geführt, Er führte über die "Nicht-Einmischungs-
Politik" zur Niederlage, weil die Herren der New Yorker Wallstreet
und der Londoner City Hitler ermöglichten, die Waffen für Franco-
Spanien zu liefern und seine "Condor-Legion" einzusetzen. Heute sind
es die gleichen imperialistischen Mächte, jene, die die Schuld an der
Niederschlagung der spanischen Freiheitsbewegung und dem Sieg des
Franco-Faschismus tragen, die das tapfere griechische Volk mit Waffen-
gewalt unterjochen und versklaven wollen."

Pressedienst
(PD)

27. April 1949

P r e s s e s t i m m e n

Ein geeintes Deutschland sichert den Völkerfrieden

Die Liberal Demokratische Partei ruft in ihrer Zeitung "Der Morgen" vom 27. April zum Dritten Volkskongress auf und schreibt u.a.:

"Der Volkskongress wurde zu einer Volksbewegung, zum Kampforgan für den vorerhaltenen Frieden und die gefährdete Einheit unseres Vaterlandes. Sie überzog die Länder unserer Zone bis in die Gemeinden und gab in Tausenden von Versammlungen durch alle Parteien und Organisationen den Willen des Volkes kund, über die politischen Anschauungen hinweg in der Sache des Friedens und der Einheit gemeinsam unserem schwergeprüften Lande zu dienen...

Ist es notwendig, zu sagen, welche Wichtigkeit der Volkskongress besitzt, angesichts der Tatsache, dass auch im letzten unseres Vaterlandes Zahl und Einfluss derer wachsen, die der Meinung sind, man könne mit der Politik des Westens Deutschland nur zerstören, statt es aufzubauen, die der Meinung Ausdruck geben, dass die Wiederherstellung der europäischen und der Weltordnung ein geschlossenes, befriedetes deutsches Deutschland Voraussetzung habe?...

Wählen wir zum Volkskongress, damit wir durch ihn kämpfen können, nicht, um ein nationalistisches Deutschland, sondern um ein friedliches, einheitliches und befriedetes Deutschland, das für die Familie der Völker ein geachtetes und unentbehrliches Glied sein kann..."

Aufruf der Christlich-Demokratischen Union zum 3. Volkskongress

Die Zeitung der Christlich-demokratischen Union, "Neue Zeit", veröffentlicht am 27. April einen Aufruf zum 3. Volkskongress, in dem es u.a. heisst:

"Die internationale Lage hat sich in bedrohlicher Weise verschärft. Weltkrisen haben sich gebildet, die sich feindlich gegenüber stehen. Ein dritter Weltbrand ist eine bedrohliche Möglichkeit geworden. Sein Senkschiff würde unser deutsches Vaterland sein.

Alle diese Umstände haben den nationalen Notstand geschaffen und zwingen das deutsche Volk zu wirklicher nationaler Selbsthilfe. Die Gefahren sind so gross und so dringlich, dass alle Kräfte unseres Volkes auf ihre Wohnkonzentriert werden müssen. Über alle Gegensätze hinweg muss sich die Kraft des ganzen deutschen Volkes entfalten, die Einheit zu sichern, die Kriegsgefahr von unserem Lande abzuwenden.

Was es darum geht, für Frieden und Einheit zu kämpfen, ist der Platz der christlichen Demokraten. Die Christlich-Demokratische Union erwartet, dass alle ihre Mitglieder und Freunde am 15. und 16. Mai ihr Abstimmungsrecht ausüben, um der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden zum durchschlagenden Erfolge zu verhelfen. Es geht um die Zukunft von Volk und Vaterland."

Pressespiegel
(PD)

27. April 1949

K o m m e n t a r e

=====

Veit Harlan

(PD)

Er ist nach dem Urteil des Hamburger Schwurgerichts kein Verbrecher gegen die Menschlichkeit. Der Film "Jud Süß", so erklärte der Vorsitzende, Dr. Tyroler, stehe nicht im Zusammenhang mit der Deportation und dem Massenmord an Juden.

Im Gerichtssaal erhielt der freigesprochene Veit Harlan Applaus auf erster Bühne.

Nun scheint alles in Ordnung zu sein. Das Gericht hat getagt, die Steuerzahler dürfen die Gerichtskosten bezahlen und Veit Harlan kann den nächsten Film drehen. Er wird schon ein Thema finden, das seinem Namen Ehre macht und sein Bankkonto aufrundet.

Doch es scheint nur so, daß alles in Ordnung sei. Nichts ist in Ordnung. Aus den Massengräbern, aus der verstreuten Asche von Majdanek und Auschwitz, Sachsenhausen, Ravensbrück und Buchenwald schreit es in alle Winde: Veit Harlan, der Mörder!

Sie klagen an! Wir, die Überlebenden aus Zuchthaus und KZ, wir, die Schwestern und Brüder der Ermordeten, die Kinder und Eltern der Vergasteten, Ertränkten und Erschlagenen klagen an.

Veit Harlan ist ein Massenmörder.

Er hat durch den Film "Jud Süß" das Gift des Massenhasses in Millionen Herzen und Hirne gepflanzt.

Er hat sich an diesem Film der Aufpeitschung niedrigster, gemeinster, primitivster, menschenfeindlicher Instinkte bereichert. Für den Film bekam er 125 000 Mark und seine Frau, Christina Söderbaum, weitere 60 000 Mark. Als ihn der Vorsitzende fragte, ob er nicht wenigstens auf die Gage dieses Filmes hätte verzichten können, erklärte Harlan ebenso verwundert wie zynisch: "Hätte ich für die Nazis auch noch umsonst Reklame machen sollen?"

Er war also Nutznießer des Naziregimes, dem Millionen unschuldige Menschen zum Opfer fielen.

Wir klagen ihn an der Kriegshetze, denn seine Filme dienten dem völkerfeindlichen Chauvinismus.

Wir klagen ihn an, den Namen Deutschland in der gesamten friedliebenden, gesitteten Welt in Verrut und Schande gebracht zu haben wegen dieses Filmes und wegen der Schamlosigkeit, mit der er seine "Rolle" und die seiner Frau vor dem Gericht verteidigte.

Wir klagen aber auch das Gericht an, das die Aburteilung eines Menschenfeindes, das gerechte Urteil über einen Verbrecher an der Menschlichkeit in eine schmutzige Filmkomödie verwandelt. Dieses Gericht und sein Urteil wird bei allen wirklichen Freunden eines demokratischen Deutschlands Staunen und Empörung hervorrufen. Wenn nicht die deutsche demokratische Öffentlichkeit Revision des Urteils, ein neues Gericht, eine neue Anklage und einen gerechten

Presseclienst
(PD)

27. April 1949
Kommentare - 2 -

Spruch erzwingt.

Alle Verfolgten des Naziregimes, alle Menschen, die wünschen, daß der deutsche Name wieder im Kreise anständiger und gesitteter Menschen mit Achtung genannt wird, müssen immer wieder die Forderung stellen:

Veit Harlan ist ein Naziaktivist, ein Nazigewinnler und ein nazistischer Mörder. Vort mit dem Schandfreispruch von Hamburg! Her mit einem gerechten Urteil gegen diesen Verächter der Menschen, gegen diesen Verbrecher an der Menschlichkeit.

W. B.

Zweierlei Orden

B e r l i n (PD)

"25 Ferkel 1 Leninorden", so überschreibt die amerikanische "Neue Zeitung" eine Meldung und glaubt wahrscheinlich die Lachmuskeln ihrer Leser damit zu reizen. In der Meldung heißt es, die Sowjetregierung habe nunmehr die Normen festgesetzt, die von landwirtschaftlichen Arbeitern Schafhirten und Kuhmägden erfüllt werden müssen, wenn sie mit dem Orden "Held der sozialistischen Arbeit", dem Leninorden oder der Auszeichnung "rotes Arbeitsbanner" ausgezeichnet werden wollen. "So muß eine Kuhmaga jährlich 5 000 Liter Milch mit einem Fettgehalt von 100 kg von jeder der ihrer Obhut anvertrauten Kühe erzielen. Ein "Held der sozialistischen Arbeit" werden ferner alle diejenigen, die mindestens 25 Ferkel von jeder über 9 Monate alten Sau heranziehen." usw.

Für amerikanische Verhältnisse ist es unerhört, daß eine Regierung Bayern und landwirtschaftliche Arbeiter auszeichnet, weil sie hervorragende Leistungen in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion vollbringen. Milch, Fleisch und Eier dienen in der Sowjetunion dazu, den Reichtum des Landes an Lebensmitteln zu vermehren und die Ernährung der werktätigen Bevölkerung zu verbessern. In Amerika ist es eine alltägliche Erscheinung, daß Milch in riesigen Mengen in die Klüfte geschüttet wird, weil die Farmer die Preise hochhalten wollen. Die Vernichtung großer Mengen von Getreide, Kartoffeln, Kaffee usw. aus Gründen der Preiserhöhung ist in Amerika ebenfalls an der Tagesordnung. Die Vernichtung von Lebensmitteln geschieht in Amerika nicht etwa deswegen, weil sie im Überfluß vorhanden sind, - es gibt leider genug Menschen, die in Amerika und anderswo hungern -, sondern weil die Profitwirtschaft an hohen Preisen interessiert ist, unbekümmert um die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung. Schon der Gedanke an eine Massenvernichtung von hochwertigen Lebensmitteln muß jedem vernünftigen Menschen absurd und verbrecherisch erscheinen. Aber in "Gottes eigenem Land" finden die Profitjäger das "normal".

Anders in der Sowjetunion. Dort bedeutet die höchste Steigerung der Produktion nicht Krise, Bankrott und Arbeitslosigkeit, sondern Wohlstand und Erhöhung des Lebensstandards für alle. Die Sowjetunion gibt Orden als Anerkennung und Ansporn für Leistungen in der friedlichen Arbeit zum Wohle des gesamten Volkes. Die amerikanischen Großausbeuter, Industrie-Magnate und Börsenhyänen dagegen schlies-

- 3 -

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Kommentare - 3 -

sen Kriegspakte, organisieren um ihrer Profite willen neue Massenmorde. Das ist der ganze Unterschied. Ein Orden für 22 Menschen ist wertvoller als ein Orden für die Tötung von 22 Menschen, um kapitalistischer Profite willen. Ein Orden für die Erzeugung von 5 000 Liter Milch ist mehr wert als ein Orden für einen Atombomben-Flieger, der durch einen Druck auf den Knopf Städte einäschern und hunderttausend Menschenleben vernichten will.

W.E.

*) die Züchtung von

Der Startschuß

F r a n k f u r t (PD)

August Martin Euler, Landesvorsitzender der FDP Hessen, Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, hat auf dem Landesparteitag der FDP in Weilburg a. d. Lahn für das kumpfige Westdeutschland die Wehrhoheit gefordert. Wenn auch im Augenblick auf diese Wehrhoheit aus innen- und außenpolitischen Gründen verzichtet werden müsse, so würde man sie doch nicht grundsätzlich aufheben lassen. Daß diese Forderung in einem Augenblick erhoben wurde, da in Paris die Abgesandten von über 600 Millionen Menschen in aller Welt über die Verhinderung eines künftigen Krieges abstimmen, läßt nur die eine Deutung zu, daß dieser ehemalige Unternehmens-Syndikus und engstirnige Feind des Sozialismus es auf eine irreche Herausforderung der Friedensfreunde in aller Welt angelegt hat. Es handelt sich aber nicht um die rechnerische Entgleisung eines nationalistischen Heißsporns, um die rein persönliche Meinung eines verantwortungslosen Politikers, sondern um eine parteiortizöse Verlautbarung der FDP, also um einen wohlüberlegten, zeitlich und psychologisch ausgeklügelten Startschuß, dessen Tragweite wohl zu beachten ist.

August Martin Euler ist sowohl als Politiker, wie als Persönlichkeit wirklich zu unbedeutend um aus eigener Initiative und unter eigener Verantwortung diesen Startschuß zur Remilitarisierung Westdeutschlands gegeben zu haben. Es ist jedoch nicht das erste Mal, daß August Martin Euler dazu ausersehen wurde, einen solchen Startschuß abzugeben. Er war es z.B. auch, der als Erster in Westdeutschland die Forderung nach einem westdeutschen Separatstaat und der Spaltung Deutschlands erhob. Auch damals standen hinter ihm jene Kreise, die zu Ende des vorigen Jahres im Arbeitszimmer Mussolinis zu Rom den nie veröffentlichten, aber dennoch vorhandenen Beschluß faßten:

"Der Kongreß anerkennt, daß in gleichem Maße, in dem die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands für Europa unentbehrlich sind, auch seine militärischen Kräfte in Gleichberechtigung mit denen der anderen europäischen Nationen zur Verteidigung des gesamten vereinten Europa beitragen müssen ..."

Die Hintermänner dieses Beschlusses sind die gleichen kapitalistischen Kreise, die sowohl für die Irreberachheit des Europa-Blocks als auch des Atlantik-Paktes verantwortlich sind. Sie wollen in einem künftigen Kriege gegen die Sowjetunion der Vaterland als Aufmarschbasis benutzen und die deutsche Jugend im kapitalistischen Profitinteressen willen auf den Schlachtfeldern Europas als Kanonenfutter mißbrauchen.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Kommentare - 4 -

Die Kräfte der Reaktion in westdeutschland fordern die Remilitarisierung Deutschlands auch darum, weil sie von Tag zu Tag mehr röhren, wie ihnen der Boden unter den Füßen schwindet, wie der faule Zauber der wirtschaftlichen Entwicklung westdeutschlands in eine furchtbare Krise steuert. Das Volk erkennt immer mehr, daß der westdeutsche Separatstaat auf Sumpf gebaut ist, in dem auch die letzten Reste des ehemaligen deutschen Wohlstandes rettungslos versinken, weil die westdeutschen Reaktionäre keinen anderen Ausweg mehr sehen und auch nicht gewillt sind, vom Schauplatz der Geschichte abzutreten, rufen sie nach Warren und wollen den Kampf des unruhigen Volkes um seine demokratischen Rechte im Blute ersticken. Sie sehen wieder einmal, wie so oft schon, im Kriege ihre letzte Rettung.

Der Startschuß Eilers aber ist zugleich ein Warnschuß für die friedliebende Bevölkerung des Westens. Wie alle friedliebenden Völker der Welt lehnt auch die westdeutsche Bevölkerung es ab, sich für die Erhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft in einem neuen Krieg hinopfern zu lassen.

(H.O.)

"Der Volksbetrieb": Aprilheft

Obgleich der "Volksbetrieb", die Zeitschrift für die volkseigenen Betriebe, den Problemen in den Betrieben und den betrieblichen Vorgängen naturgemäß den Vorrang gibt - daraus muß diese Zeitschrift von jedem Arbeiter und Angestellten gelesen werden -, so kommen doch die allgemein interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht zu kurz.

Die Aprilnummer der Zeitschrift "Der Volksbetrieb" bringt daher den Mahnaufruf des FDGB der sowjetischen Besatzungszone, ferner aus der Feder Bernhard Görings, 2. Vorsitzender des FDGB der sowjetischen Besatzungszone, eine Behandlung der Probleme Einheit und Frieden in Verbindung mit dem 1. Mai, der in diesem Jahre in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin im Zeichen der Völkerverständigung, der Erhaltung des Friedens und des Zweijahrplanes steht.

Der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse ist eine geschichtliche Würdigung von Heinz Zierholz. Ein weiterer Beitrag zum 1. Mai heißt: Jugend voraus. Der Wirtschaftsplan 1949 ist Gegenstand eines weiteren Artikels. Herbert Schulze zeigt anhand von Beispielen aus den innerbetrieblichen Wettbewerben, wie diese zur Steigerung der Produktion, Verbesserung der Qualität, Einsparung von Rohstoffen und Senkung der Selbstkosten beitragen. Kurt Helbig fordert den verstärkten Erfahrungsaustausch von Betrieb zu Betrieb mit dem Ziel, eine planmäßige Senkung der Selbstkosten herbeizuführen. Ein Beitrag "Probleme der volkseigenen Betriebe" gibt gute und schlechte Beispiele aus der Praxis der Steigerung der Lohnsumme und der Arbeitsproduktivität, zeigt die Schwierigkeiten bei der Ermittlung richtiger Normen in Mittel- und Kleinbetrieben und behandelt das Problem der Zusammenlegung volkseigener Betriebe.

Belehrend wie immer und vielseitig sind die Rubriken: "Wir helfen uns selbst", "Aus der Praxis - für die Praxis", "Es geht uns Besser", "Das muß jeder wissen". Sie enthalten Hinweise aller Art aus der betrieblichen Praxis, Belehrungen und Beispiele aus den Erfahrungen an der Werkbank und an den Maschinen und machen auch das Aprilheft für jeden werktätigen besonders wertvoll.

(L.M.)

Pressedienst
(FD)

27. April 1949

Artikeldienst
=====

Auf zum Wettbewerb !

Durch die Enteignung der Monopolisten, Junker, Kriegsverbrecher und aktiven Nazis schufen die demokratischen Kräfte mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht einen volkseigenen wirtschaftlichen Sektor in der Ostzone Deutschlands. Hier hörte damit rastlos das "Recht" der profitjagenden Kapitalisten auf, die Produktion und die Verteilung der Produkte, wie den dadurch entstandenen Reichtum als "Privatsache" zu betrachten. Dadurch erfolgte eine so grundlegende wirtschaftliche Änderung in der sowjetischen Besatzungszone, dass in den volkseigenen Fabriken, auf den Gütern des Volkes, in den Maschinenausleihstationen und in der errichteten demokratischen Verwaltung auch eine grundlegende Änderung in der Haltung zur Arbeit erfolgen muss. Kein Schaffentier darf sich zu den volkseigenen Produktionsstätten und den demokratischen Verwaltungen wie früher verhalten, als alles noch "Privatsache" des Kapitalisten war. Hier richten sich Nachlässigkeit, Ungenauigkeit, Interesselosigkeit usw. nicht mehr gegen den Ausbeuter, sondern gegen den Werktätigen selbst.

Durch Nachlässigkeit zerstörst Du hier Volkseigentum, also D e i n Eigentum.

Durch Ungenauigkeit produzierst Du schlecht, also schlecht für das schaffende Volk und damit auch für D i e n.

Durch Interesselosigkeit schädigst Du hier das Eigentum des Volkes und damit D i e n selbst.

In der schweren Zeit des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion schrieb Lenin:

"Arbeiter und Bauern! Werktätige und Ausgebeutete! Der Grund und Boden, die Banken, die Fabriken, die Werke sind Eigentum des ganzen Volkes! Nehmt sie in die Hand! Die Rechnungsabrechnung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse in die Hand - darin und nur darin liegt der Weg zum Sieg des Sozialismus, die Bürgschaft für seinen Sieg, die Bürgschaft für den Sieg über jede Ausbeutung, über Not und Elend!"

Die in- und ausländische kapitalistische Mente, sowie die durch die Demokratisierung der Verwaltung künftgestellten reaktionären Beamten und die Spießhändler wie Kostträger der Monopolisten und Junker versuchen immer wieder den Werktätigen zu zuzufüstern, daß ohne sie die Wirtschaft nicht aufzubauen gehe. Die Arbeiterschaft, die schaffende Intelligenz und die fortschrittlichen Frauen und Männer in der Verwaltung, aber insbesondere unsere Jugend zeigen, daß es nicht nur ohne sie, sondern sogar besser ohne sie geht.

Der Bergarbeiter Henneke zeigte, wie durch neue Arbeitsmethoden und neuen Arbeitsgeist die Produktion zu steigern geht.

- 2 -

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Artikeldienst - 2 -

Die Hände des Volkes waren es, die die lebensnotwendige Wasserleitung für die Max-Hütte in kurzer Zeit legten.

Arbeiter waren es, die in den volkseigenen Betrieben beschädigte Maschinen wieder herstellten.

Arbeiter und Ingenieure trotzten der monopolistischen Hyäne durch Schaffung der Königswelle für die Schwefelsäureproduktion und damit gleichzeitig für die ~~Stärkung der~~ ~~Erzeugung von~~ Textilien.

Arbeiter und Intellektuelle verbessern und erfinden in unseren Betrieben für die Werktätigen.

Die wichtigste Aufgabe aller fortschrittlichen Werktätigen aber, insbesondere der klassenbewussten Arbeiterschaft, besteht darin, selbst Aktivist^{al} zu werden und die schöpferische Arbeit unserer Henneke-Aktivist^{al} in breitem Umfange zu entwickeln. Die in der Arbeiterklasse steckenden Talente müssen geweckt und gefördert werden. Dazu gehört, dass die alberne, schädliche, von der Reaktion in die Reihen der Werktätigen lancierte Meinung, dass nur derjenige, der in der Vergangenheit höhere Schulen besuchte und jahrelange Erfahrungen habe, führend in der Wirtschaft und Verwaltung, sowie im praktischen Aufbau sein könne, restlos zerstört wird. Der Arbeiter muss wissen, daß er a l l e s kann, denn in seinen Reihen schlummern noch unzählige Talente.

Durch nichts werden die schöpferischen und talentvollen Kräfte der Schaffenden besser geweckt, als durch die inner- und ausserbetrieblichen Wettbewerbe der volkseigenen Betriebe, Güter und Verwaltungen zur Steigerung der Produktion und Vereinfachung sowie sparsameren Verwaltung. Also durch Wettbewerbe, zu neuen hochqualifizierten Kräften, zur Produktionssteigerung und einer wahrhaft demokratischen Verwaltung und damit zur Hebung des Lebensstandards aller Werktätigen aus eigener Kraft! Die t e c h n i s c h begründeten Normen und die Anwendung des Leistungslohnes sind das Fundament des Wettbewerbes. Sie spornen an und begeistern.

Beweglichkeit während der Wettbewerbe ist erforderlich, denn nur so können die gemachten Erfahrungen sofort ausgewertet werden. Man muß sich hüten vor jeder Schablonisierung, sowie Festlegung der Wettbewerbe von oben. Ideologische Vorbereitung, Vertrauen zur Selbstständigkeit schaffen, eigene Initiative erwecken, die Schwungkraft der Jugend fördern und vertrauen zu den erwachenden Talenten und sie mutig unterstützen, das sind Teile des Motors zum Vorwärtstreiben der Wettbewerbe und Verbreiterung der Aktivistenbewegung. Bereits im Januar 1918 schrieb Lenin:

- "Das ist die Arbeit, bei der in der Praxis die organisatorischen Talente hervortreten und sich zur Teilnahme an der Verwaltung des ganzen Staates emporarbeiten müssen. Es gibt viele solcher Talente im Volke. Sie sind nur niedergehalten worden. Man muss ihnen helfen, sich zu entfalten."

Größte Kühnheit und Initiative von unten bis oben wird uns im Kampf gegen die gierig um sich greifende kapitalistische Klasse stärken und so den Zweijahrplan zur Erfüllung und Übererfüllung bringen. Klar

- 3 -

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Artikeldienst - 3 -

und deutlich zeigte uns schon 1918 Lenin den Weg. Er schrieb in einem Artikel, der erst am 20. Januar 1929 in der "Prawda" veröffentlicht wurde und worin er zur Organisation von Wettbewerben Stellung nahm, u.a. folgendes:

"Jede Fabrik, aus der der Kapitalist hinausgeworfen wurde oder wo er zumindest durch eine wirkliche Arbeiterkontrolle im Zaum gehalten wird, jedes Dorf, wo der Ausbeuter, der Gutbesitzer, ausgeräuchert und sein Boden beschlagnahmt wurde, ist jetzt, erst jetzt zu einem Betätigungsfeld geworden, auf dem der Arbeiter sich hervortun, auf dem er den Rücken ein wenig geradebiegen, sich aufrichten und sich als Mensch fühlen kann. Zum erstenmal nach Jahrhunderten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm jetzt die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten, und zwar zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur."

Verbreitern und organisieren wir in diesem Sinne die Wettbewerbe in unseren volkseigenen Betrieben, auf unseren Gütern und in den Verwaltungen, und die Hennecke-Aktivisten-Bewegung wird sich mit voller Kraft zu einer unbesiegbaren Armee im Klassenkampf für alle Schaffenden entfalten.

Rudolf Müller

PresseDienst
(PD)

27. April 1949

Stimmen des Auslandes

Allgemeiner Aufschwung in der Sowjetunion

Bilanz des ersten Quartals in der UdSSR

(PD)

Wie die Angaben des Ministerrates der Sowjetunion hervorgeht, wuchs die Bevölkerung im ersten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum selben Zeitabschnitt des vergangenen Jahres um ein Viertel mehr. Als Folge der Preissenkung vom 1. März wurden im März gegenüber dem Monat Februar ein Viertel mehr Fleisch, Fisch und Getreide verkauft. Seiden- und Wollstoffe wurden um ein Drittel mehr umgesetzt; Schuhe, Strümpfe und Kleider wurden von der Bevölkerung um die Hälfte mehr gekauft. Zu den verbilligten Preisen kauften die Arbeiter und Bauern, die Angestellten und Intellektuellen im März doppelt so viel Radioapparate wie im Februar, dreimal mehr Motorräder, fünf mal mehr Fahrräder und Grammophone, vier mal mehr Armband- und Taschenuhren.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft erhöhte sich im Vergleich zum ersten Quartal 1948 um 1,4 Millionen Menschen, von denen 225 000 auf Schulen, wissenschaftliche Institute und Gesundheitswesen entfallen. 152 000 junge Arbeiter beendeten im ersten Quartal die Berufsschulen.

Der allgemeine Aufschwung wurde durch die Planerfüllung der Industrie im ersten Quartal 1949 ermöglicht. Die Elektro-Industrie erfüllte ihr Soll zu 106 %, der Schweißmaschinenbau zu 103 %, die Kohlenindustrie zu 104 %. An Guss Eisen, Stahl- und Walzerzeugnissen sind im ersten Quartal 1949 gegenüber dem ersten Quartal 1948 ein Viertel mehr produziert worden. An Zink, Kupfer, Kohle, Erdöl um 15 % mehr gewonnen. Die Produktion von Elektro-Triebwagen für Eisenbahnen, Autos, Dampfturbinen und Uhren hat sich seit dem Vorjahre verdoppelt. Die Produktion von Traktoren, Mähreschern, landwirtschaftlichen Maschinen, Dreschmaschinen, Traktoren-Pflügen und Sämaschinen wurde ebenfalls fast verdoppelt. Die Textil- und Schuhwarenindustrie steigerte ihre Produktion um ein Drittel. Lebensmittel, wie Fleisch, Getreide, Butter, Speiseöl, Konfitüren, Konserven wurden ebenfalls im ersten Quartal 1949 gegenüber demselben Zeitabschnitt 1948 um ein Drittel mehr geliefert.

Die Angaben über die Volksbildung besagen, daß im ersten Quartal dieses Jahres auf 808 Hochschulen 754 000 Studenten studierten, während weitere 298 000 durch Fernunterricht am Studium teilnahmen, d.h., daß die Zahl der Studenten im Vergleich zum ersten Quartal vorigen Jahres um 68 000 gestiegen ist. In 220 000 Schulen wurden 34,5 Millionen Schüler oder 2,2 Millionen mehr als im ersten Quartal 1948 von 1,5 Millionen Lehrern unterrichtet.

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Malan - gestern Liebling der Nazis, heute Liebling der westmächte
(PD)

Wie der "Telegraf" vom 26. April berichtet, soll Dr. D.F. Malan, Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, demnächst zu einer Besichtigung der "Luftbrücke" in Berlin eintreffen. Es ist von Interesse, zu wissen, wem die Herren des Berliner westens da einen Empfang bereiten wollen:

Am 26. Mai 1948 gelangte Dr. Daniel Francois Malan, Führer der Nationalisten-Partei (genannt die 'Malanazis') in Südafrika an die Macht. Seiner Wahl war eine hysterische Kampagne über die Notwendigkeit der "Erhaltung der weißen Zivilisation" in Süd-Afrika vorangegangen. Die für Malan abgegebenen Stimmen repräsentierten kaum 10 % der südafrikanischen Bevölkerung. 80 % der Südafrikaner haben kein Stimmrecht.

Malan wird "geistig" von der "Holländischen Reformationskirche", die die Nazi-Doktrin der Rassen propagiert, und materiell von dem "Afrikaner Broederbond" unterstützt, einer Organisation, die sogar General Smuts als eine "gefährliche faschistische Organisation" bezeichnete. Mit Hilfe dieser Kräfte ist es Malan gelungen, eine rückständige Minderheit in Südafrika von ihrer gottgewollten "Überlegenheit" gegenüber der restlichen Bevölkerung des Landes zu überzeugen. Mit ihrer Unterstützung errichtet Malan in Südafrika ein faschistisches Regime. Seine Bewunderung für die Nazis wurde seinerzeit vom Nazisender Zeesen quittiert, der in seinen Sendungen während des Krieges es nie versäumte, Malan zu loben. In falscher Hoffnung auf einen Sieg der Nazis, erklärte Malan 1941, daß "Deutschland sicherlich mit einer Regierung verhandeln wollen würde, die ihr freundlich gegenüberstehe. Es könnte nur eine solche Regierung geben - die der Nationalisten-Partei".

Malans erste Regierungshandlung bestand darin, Verräter und Spione, die seit dem Kriege in Haft waren, freizulassen, die Deportationsberechte gegen Naziagenten zurückzunehmen und das Verbot faschistischer Organisationen aufzuheben.

eine "Liga zum Schutze der weißen Arbeiter", eine Organisation des "Broederbonds", wurde gegen den demokratischen Südafrikanischen Gewerkschaftsrat aufgezogen. Agenten der Nationalisten begannen, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und zu unterwühlen. Das kürzlich publizierte Programm der Nationalisten sieht einen "Arbeiterrat" vor, der "eine effektive Kontrolle der Tätigkeit der Funktionäre der Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiter" ausüben soll.

Faschistische Banden der "Malanazis" stören friedliche Versammlungen; Überfälle auf Demokraten sind an der Tagesordnung, ebenso antisemitische Ausschreitungen, Polizeiterror, Boykott von Geschäften indischer Besitzer und die zermürbende Demütigung der farbigen Bevölkerung durch die zum Gesetz erhobene "Farbenlinie", d.h. die strengste Trennung von "Weiß" und "Schwarz" in Wohnvierteln, Verkehrsmitteln, Schulen und Restaurants. Vor kurzem gab Malan seinen Wunsch Ausdruck, daß Südafrika in den Atlantischen Pakt aufgenommen werde. Er hat offensichtlich die Absicht, die "Verschwörung der Kriege" Hetzer dazu zu benutzen, sein faschistisches Regime zu festigen.

Pressedienst
(PD)

27. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Sklaverei in Peru

Auf dem von Miesemimosen umgebenen grossen Platz von Lima, der Hauptstadt von Peru, habe ich junge Indianerinnen von 14 Jahren gesehen, die ein kleines Paket an der Drehtür des Waisenhauses niederlegten. Sie drückten dann die Klingel und liefen davon, ohne sich umzuschauen. Eines Tages folgte ich einem dieser Mädchen und fragte es aus. Sie ist Dienerin in einem reichen Hause der Stadt und hat nicht das Recht, sich den Männern des Hauses zu versagen.

Einige hundert Meter vom Waisenhaus entfernt arbeitet eine große Fabrik für eine amerikanische Gesellschaft. Vor der Fabrik ist eine "Chicheria", eine Art finsterner Bar ohne Stühle, wo die Indianer die "Chicha" trinken. Sie sitzen auf der Erde, und ihre Augen sind leer und schwarz. Hier findet sie der Werber. Er ladet die kräftigsten Indianer ein. Dann, wenn sie benebelt sind, spricht er ihnen von der Arbeit in der Fabrik, in den Plantagen des Inneren, in den Bergwerken. Er zieht die Kontrakte aus der Tasche und läßt sie mit dem Daumenabdruck unterzeichnen.

Zehn Minuten später, telefonisch herbeigerufen, erscheint die Polizeipatrouille mit einem Lastauto. Die Indianer werden aufgeladen, vor einen Richter geführt, und in einigen Minuten hat sie dieser wegen Kontraktbruches zur Zahlung einer Wiedergutmachung an die Gesellschaft der Fabrik, der Plantage oder des Bergwerkes verurteilt.

Die Indianer, immer benebelt - die "Chicha" läßt einen für zwei bis drei Tage versummen - unterzeichnen, immer mit dem Daumen, die Anerkennung ihrer Verurteilung. In andere Lastwagen, andere Gendarmen führen sie in die Fabrik oder ins Bergwerk.

Ihre Familien bleiben Monate ohne Nachricht von ihnen, geduldig wartend und sich einfach sagend: "Er ist genagelt worden." Er weiß, daß seine Söhne "Pongos" geworden sind. Verkauft. Es gibt noch eine andere Art, sich einen "Pongo" zu verschaffen. - Gehen Sie einfach auf den Bahnhof und beauftragen Sie einen Lokomotivmaschinisten, ihnen einen zu besorgen. Wenn der Zug in den Hochebenen sein wird, wird er in einem Dorf ohne Station halten und der Mann wird gegen ein Entgelt von 10 bis 20 USA-Dollars ein indianisches Kind kaufen und einige Tage später erhalten Sie den Biben, die Augen vor Schrecken und Neugierde weit aufgerissen, und Sie haben nichts weiter zu tun, als seinen Preis zu begleichen, zusammen mit einem Trinkgeld für die Kommission.

Die Bergwerke und die riesigen Landgüter beschäftigen den Großteil der Bevölkerung. Die Besitzer sind Spanier, Engländer und Amerikaner, zuweilen auch Mestizen, die durch die Politik reich geworden sind. Der Indianer - 80 % der Bevölkerung des Landes - ist der Sklave aller dieser Eroberer. Er nimmt sein Schicksal als gegeben hin. Oder besser, er nahm es hin. Denn dies alles sollte sich ändern.

Seit 20 Jahren spricht eine Partei zu den Indianern, der sich Professoren, Arbeiter und sogar einige Fremde, die nicht Millionäre sind, angeschlossen hatten; diese Partei machten den Indianern ihre Bedeutung für das Leben des Landes bewußt. Sie begannen sich zu organisieren und zu protestieren.

Pressespiegel
(PD)

• 27. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Diese Partei - sie heisst Apra oder Partei des Volkes (ihr Gründer ist Paul Haya de la Torre) - hatte bei den letzten Wahlen, trotz aller erbitterten Quertreibereien die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Sie wollte den Grundbesitz aufteilen, die Menschenangelegenheiten und das Kongotum abstellen. Sie legte Gesetze vor, auf die Millionen Indianer ihre Hoffnungen bauten. Da erhoben sich die Militärs. Sie verfolgten die Apra, ihr Führer wurde verhaftet. Mehr als 5 000 Menschen wurden jetzt in Konzentrationslager, die man in den Wäldern des Amazonas errichtet hat.

(Bericht aus "Franc-Tireur", Paris)

Zur Information

Westdeutsche Aufrüstungspläne

(PD)

Am 16. April meldet der Berliner Berichterstatte der bürgerlichen schwedischen Tageszeitung "Expressen", Gösta Ollen, 25 deutsche Divisionen unter westalliiertem Kommando seien das Ziel der englischen und amerikanischen Regierungen. Am Freitag, dem 15.4., habe ein leitender westalliiertem Militär in Berlin erklärt, daß die Pläne der Westmächte bezüglich der deutschen Aufrüstung sehr genau ausgearbeitet seien. Er wolle keine näheren Einzelheiten über diese Pläne aussagen. Alle Angaben, die in der Presse auftauchen, würden sorgfältig dementiert, sagte er. Laut amerikanischer und englischer Regierungsauffassung müsse Deutschland militärisch stark gemacht werden. es sollte ein widerstandsfähiges Kettenglied in "Panzerwall" der Atlantikstaaten gegen die Sowjetunion werden.

Weiterhin soll, wie in gut informierten westdeutschen politischen Kreisen gesagt wird, eine deutsche Heimwehr als Ergänzung der neuen deutschen Armee geschaffen werden. Man habe Kontakt mit den Nazis und SS-Leuten gesucht. Der Aufbau einer neuen deutschen Luftwaffe solle mit dem Aufbau einer neuen Luftflotte beginnen, sie würde ihr Hauptquartier in Neustadt bei Kassel haben. Verschiedene deutsche Piloten seien darauf hingewiesen worden, daß sie ihren Dienst in diesem Jahr antreten müßten. Generalfeldmarschall Stumpf und General Student sollten von den Alliierten den Auftrag zum Aufbau einer deutschen Luftwaffe erhalten haben. Student soll sich gegenwärtig zu Studienzwecken in England befinden. Der Chef der Division Großdeutschland, von Montebell, wurde als Zuschauer zu den britischen Heeresmanövern in Hamburg und Lübeck eingeladen. Anderen Angaben zufolge soll man, meldet Ollen, amerikanischerseits Verbindung mit den Admiralen Schultze und Machenz aufgenommen haben, um eine deutsche Kriegsmarine aufzubauen, ferner mit dem bekannten Torpedospezialisten Schamberger. Hitlers Adjutant, SS-Überrumpfungsführer Brückner, solle seine Finger auch im Spiel haben.

- 5 -

PresseDienst
(PD)

27. April 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Die Gefängnisse Franco-Spaniens

(PD)

Der internationale demokratische Frauenbund und der Internationale Demokratische Juristenverband haben eine Kommission ins Leben gerufen, die die Lage der politischen Gefangenen und die Verhältnisse in den Gefängnissen Franco-Spaniens studieren soll. Diese Kommission stellte fest, daß in den politischen Prozessen Franco-Spaniens ohne jede Rechtsgrundlage nach reiner Willkür geurteilt wird.

In den 10 Jahren der Franco-Herrschaft sind über zwei Millionen Menschen in Spanien Repressalien unterworfen worden. 300 000 von ihnen misten ihr Leben lassen. Hunderttausende Kämpfer für die Demokratie schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Ziel-ziel gibt die Franco-Presse 40 000 Gefangene an. Nach einer Geheimstatistik, die in die Hände der Franco-Gegner gelangt ist, werden aber am 31. Juli 1947 114 970 Gefangene, darunter 20 501 Frauen gezählt.

Die spanischen Patrioten, die in Francos Kerkern schmachten, werden unmenschlich behandelt. In einem Raum von 35 Kubikmetern, ohne Ventilation, werden 4 bis 6 Menschen gefangengehalten. Sie schlafen auf dem nackten Fußboden oder auf stinkigen Matten. Von Wasser und anderem Ungeziefer wimmelt es.

Unter den Gefangenen gibt es viele Jugendliche. So sitzen im berühmtesten Gefängnis "Modelo" in Barcelona 217 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Ein besonderes Gefängnis für schwangere Frauen ist geplant. Die Neugeborenen werden im Gefängnis behalten und zu Kinderabteilungen zusammengefaßt.

Der Generalsekretär der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens, Joan Comorera, hat in einer Broschüre haarsträubende Einzelheiten des spanischen Strafvollzugs geschildert. Er enthält das Geheimnis der Folterkammern des "Modelo"-Gefängnisses. Die Gefangenen werden auf Grausamkeit geprügelt. Viele können diese Foltern nicht ertragen und werden wahnsinnig. Alison Bathley wurde 75 Tage im Dunker gehalten und wurde noch einer Terpentinölspritze wahnsinnig. Lopez Novena saß 5 Monate im kalten Keller, wo er tierisch geprügelt wurde und erkrankte an chronischer Knochenmarkentzündung und Gelenkrheumatismus. R. Melado verbrachte 5 Monate im Dunkelkeller, den er mit offener Lungentuberkulose verließ. Die Gefangene Anastasia Garcia wurde kahlgeschoren und für 15 Tage in Einzelhaft gesetzt, weil sie sich beim Gebet nicht bekreuzigte. Der Gefangene Jose Palarez wurde wahnsinnig, nachdem er 65 Schläge mit dem Knüttel und einige Spritzen mit Terpentinöl bekam.

"Modelo" ist aber nur eine der unzähligen Kerkerhöhlen, in denen spanische Demokraten gefoltert und gemoriet werden. Monate und Jahre verorringen die Gefangenen ohne Anklage. Der bekannte englische Jurist Collier, ein Mitglied der internationalen Untersuchungskommission, berichtet als Augenzeuge: "Ich nahm an einem Prozeß gegen einen Invaliden namens Franco Manuel Octado teil. Er war beschuldigt, vor 11 Jahren angeblich an einer Versammlung in Palma teilgenommen zu haben, in der zwei Personen getötet worden sind. Der Angeklagte war zu seiner Zeit 16 Jahre alt. Er leugnete kategorisch seine Anwesenheit in der fraglichen Versammlung. Der Verhandlung, an der keine Zeugen teilnahmen, dauerte 25 Minuten. Das Tribunal verkündete das Urteil: 20 Jahre Gefängnis".

Frauendienst
(FD)

27. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Die demokratischen Kräfte der Welt bestehen darauf, daß die UN
effektive Maßnahmen gegen das Franco-Regime unternimmt. Die
Initiative des Internationalen Frauenbundes soll in allen Ländern
eine Kampagne der demokratischen Kräfte gegen das blutige
Terrorregime Franco veranstaltet werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672638

Inhaltsverzeichnis

vom 28. April 1949

1. Mai - Ehrentag der Arbeitsaktivisten

Wettbewerbe in allen Volksbetrieben -
Gewerkschaften und Betriebsleitungen prämiieren Wettbewerbssieger

Nachrichten

Deutschlands Vertreter im Weltfriedenskomitee
Werkstätige begrüßen Internationalen Völkerrat
Verabschiedung des Gesetzes gegen Schieber und Spekulanten gefordert
Auslands-Delegationen Teilnehmer am Befreiungstag in Hamburg
50 000 Widerstandskämpfer protestieren gegen Willkürmassnahmen
des Senators Brauer
Riesa liefert nahtlose Siederohre
11 000 bayerische Holzarbeiter im Streik
Giessen zählt über 10 000 Erwerbslose
Jeder Dritte in Salzgitter ohne Broterwerb

Pressestimmen

Der Bankrott Westberlins
Wer bezahlt unsere Miete?

Kommentare

Die Reparationslieferungen der französischen Besatzungszone
Das Aktionsprogramm der chinesischen Demokratie
Verständigung - der einzig gangbare Ausweg
Der Schrei nach dem Bakterienkrieg
Ein neuer Schritt zur Förderung von Wissenschaft, Kunst und Technik

Artikeldienst

Lehren der Geschichte des Maikampfes (von Fred Oelsner)

Stimmen des Auslandes

Entscheidender Schritt der Friedenskräfte
Englische Stimme zu den Beschlüssen von Washington
Mao Tse Tungs Armee-Befehl zum Angriff
Die wirtschaftlichen Erfolge Albaniens und Ungarns -
ein Beispiel friedlicher Zusammenarbeit

Zur Information

Margarete Buber-Neumann, eine Marionette des Antisowjetismus
Kultur u. Feuilleton

Pressedienst
(15)

28. April 1949

1. Mai - Ehrentag der Arbeitsaktivisten

**Wettbewerbe in allen Volksbetrieben -
Gewerkschaften und Betriebsleitungen prämiieren Wettbewerbsieger**

B e r l i n , 28.4. (K.B.)

Im Mansfelder Erzbergbau, den Steinkohlen-, Braunkohlen- und Kali-Bergwerken, in Eisen- und Stahlbetrieben, auf den Werften, den Maschinenhöfen der MAS, in allen Volksbetrieben der Ostzone und der deutschen Hauptstadt wetteifern Gruppen von Werktätigen und ganze Belegschaften, um aus dem Arbeitswettbewerb für Frieden und Wohlstand mit Höchstleistungen als Sieger hervorzugehen. Nur die Besten, die Ausserordentliches leisteten, können vor dem strengen Forum ihrer Mitarbeiter bestehen, das die Prämie für vorbildliche Arbeit vergibt.

Mansfelder Paul-Schacht erhält die Wanderrafne

Auf den 5 Schachtenanlagen des Mansfelder Erzbergbaues befinden sich 304 Gruben-Kameradschaften mit 1 695 Bergarbeitern an den Schwerpunkten der Produktion im innerbetrieblichen Wettbewerb. Am Stichtag für die Bewertung, zum 1. Mai, dem 23. April, wurden als beste Kameradschaften ermittelt:

Von 117 Kameradschaften im Wolfsschacht die Kameradschaften Strauss, Riese und Bartelmann mit 154,8, 144 und 140,4 %. Aus 90 Kameradschaften im Vithumsschacht wurden die Kameradschaften Klarock, Bormann und Hitzig mit 136, 134 und 127 % als die besten ermittelt. Beim Paulschacht gingen von 54 die Kameradschaften Hahn, Haase und Finsel mit 119, 118 und 114 % als Wettbewerbsieger hervor. Der Hohenthalschacht stellt von 22 die Kameradschaften Nowak, Prsybilla und Willepp mit 115,9, 115,3 und 110,2 % als die besten der Grube fest. Die 21 Kameradschaften des Klothildeschachtes reichen mit ihrer Arbeit nicht an die Leistungen der anderen Schachtbelegschaften heran.

Im ausserbetrieblichen Wettbewerb der Kampels der einzelnen Schachtenanlagen unterwinder siegte die Belegschaft des Paulschachtes mit 115,8 % vor den Kollegen des Klothildeschachtes mit 107 Punkten. Damit ist die Belegschaft des Paulschachtes Sieger im betrieblichen Wettbewerb und erhält am 1. Mai die Wanderrafne überreicht.

Durch die Wettbewerbe stieg die Produktivität im Erzbergbau stetig an. Von 81,9 % des Plansolls im Januar über 84,2 %, im Februar erreichte sie 91,8 %, im März, und es besteht begründete Aussicht, dass mit Hilfe der Wettbewerbe im Mansfelder Erzbergbau der Produktionsplan des Monats April erfüllt wird.

Fressedienst
(PD)

28. April 1949

1. Mai - Ehrentag der ... - 2 -

IG Bergbau stiftet 25 Ferien-Freiplätze

Der Zentralvorstand der IG Bergbau stellt für die 25 besten Bergarbeiter der Ostzone, die aus innerbetrieblichen Wettbewerben als Sieger hervorgehen, Freiplätze im neuen Bergarbeiter-Erholungsheim Zinnowitz zur Verfügung. Die für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichneten erhalten bei den betrieblichen Halbfestern durch die BGL Kenntnis von ihrer verdienten Auszeichnung.

Amendorfer Kumpels haben ihr Monatsziel übererfüllt

Mit Wettbewerben von Mann zu Mann, von Abteilung zu Abteilung und von Betrieb zu Betrieb gelang es den Amendorfer Kumpels in Abraum der Rohkohlenförderung und in der Brikkettierung das Monatsproduktionsziel zu erfüllen und übererfüllen, wie es zu Ehren des 1. Mai für den 28. April geplant war.

Bereits am 26. April erfüllte der Abraumbetrieb Lochau seine Aufgabe. Mit 135 % schliesst das monatliche Arbeitsergebnis. Die Brikkettfabriken Brückdorf und Osendorf erreichten die gesteckten Ziele am 27. April und übererfüllten die Monatsproduktion mit 125 %. Das Gleiche trifft für die Brikkettfabrik Amendorf zu. Auch bei der Rohkohlenförderung erfüllten die Kumpels ihren Produktionsplan.

Temperguss Gröditz erfüllt Halbjahrsoll

Der SED-Landesvorstand Sachsen sandte den Stahlwerkern von Gröditz ein Glückwunsch-Telegramm für die vorfristige Erfüllung des Halbjahrplanes im Temperguss am 26. April. In dem Telegramm heisst es u.a.:

"Ihr Stahlwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen von Gröditz gebt allen Werktätigen in Stadt und Land der Ostzone ein leuchtendes Beispiel, wie man ein neues Verhältnis zur Arbeit in den volkseigenen Betrieben schafft. Eure Leistung ist das Ergebnis des neuen Arbeitsenthusiasmus, der gleichzeitig die Bürgschaft für den weiteren Aufschwung unserer Friedenswirtschaft ist."

Wir grüssen euch alle, Arbeiter, Arbeiterinnen, Techniker, Ingenieure, Meister. Nehmt den Dank aller Mitglieder der SED Sachsen entgegen."

Noch zwei Kutter gebaut

Die Belogschaft der Lohdewerft Langgarten, Stralsund, will an den beiden Tagen vor dem 1. Mai noch täglich einen Kutter vom Stapel laufen lassen und die Inneneinrichtung drei weiterer Kutter fertigstellen. Die Werft ist erst seit diesem Jahr in Betrieb.

Presidential
(P)

26. April 1944

1. Mai - Ehrenfest der - 3 -

Krupp-Gruson liefert 100 t-Ölsaatenpresse

Im Krupp-Grusonwerk Magdeburg sind die Werkstätten dabei, alle Grossmaschinenteile für die 100 t- Ölsaatenpresse fertigzustellen, die in 24 Stunden 100 t Ölsaaten verarbeitet und die Fettversorgung der Bevölkerung verbessern hilft. Zu den Maschinenteilen gehören zwei Wärmepfannen von je 12,5 t Gewicht mit einem Durchmesser von 2,2 m. Eine weitere Wärmepfanne hat ein Gewicht von 7,5 t. Dazu kommen eine Walsenmühle von 17 t und eine von 2,6 t Gewicht. Die Maschinenteile zusammen genommen wiegen über 65 t.

Nachterstedt liefert 962.300 kWh Energie

Das Kraftwerk des Braunkohlenskombinats Nachterstedt wurde durch das Ergebnis der Arbeitswettbewerbe zum 1. Mai in die Lage versetzt, am 20. April erstmalig 962.300 kWh elektrischer Energie abzugeben. Mit dieser höchsten Tagesleistung ist das Werk in der Lage, die Großschmelze Halle und Magdeburg voll mit Strom zu beliefern.

Fahlberg-List stellt ein Feuer-Löschfahrzeug fertig

Die Werkstätten von Fahlberg-List in Magdeburg treffen alle Vorbereitungen zum 1. Mai. Ein neues Löschfahrzeug für die Betriebsfeuerwehr soll bereits am Kampftag aller Werktätigen und nicht erst Ende Mai fertiggestellt sein. Ebenso wird eine Werkfunkanlage am 1. Mai in Betrieb genommen.

PresseDienst
(PD)

28. April 1949

Nachrichten

Deutschlands Vertreter im Weltfriedenskomitee

Paris, 28.4. (TASS/ND)

In der Schlusssitzung des Weltfriedenskongresses am 25. April wurde das Ständige Komitee des Weltfriedenskongresses bestätigt, dem Vertreter aus 49 Ländern angehören. Die Vertreter Deutschlands sind Otto Nuschke (Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volksrats), die Schriftsteller Alexander Abusch und Anna Segners, Fritz Basse (Parlamentsmitglied des Saargebietes) und Heinrich Minn (Hafenarbeiter).

Frankreichs Vertreter sind: Prof. Frédéric Joliot - Curie (französischer hoher Kommissar für Atomenergiefragen), Prof. Irene Joliot - Curie (Inhaberin des Nobelpreises für Physik), Louis Aragon (Schriftsteller), Eugenie Cotton (Vorsitzende des Internationalen Demokratischen Frauenbundes), Guy de Boissieu (Vorsitzender des Rates des Demokratischen Weltjugendbundes), Pablo Picasso (Maler), Louis Salliant (Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes), Abbé Jean Boulier, Pierre Cot (Abgeordneter) und weitere 10 Delegierte. Als Vertreter der USA wurden nominiert: John C. Rogge (Jurist), Prof. Dubois (Historiker), Albert Kahn (Journalist), A.W. Koulton (Bischof), Paul Robeson (Sänger), Howard Fast (Schriftsteller), Donald Henderson (Gewerkschaftsfunktionär), Jane Welfish (Professor der Columbia-Universität). England wird vertreten sein durch: D.F. Frittt (Jurist), J.C. Crowther (Schriftsteller), Hewlett Johnson (Dekan von Canterbury), R. Birch (Arbeiter), K. Zilliacus und J. Platts - Mills (Parlamentsmitglieder) sowie 4 weitere Vertreter.

Die Schriftsteller Alexander Fadejew, Alexander Kornejtschuk, Wanda Wassilewska und Ilja Ehrenburg, Sinida Gamarina (Antifaschistisches Komitee der Sowjetfrauen), Ljubow Sosmodemjanskaja (Lehrerin), Alexej Maresjew (Flieger), Pawel Schelachin (Sekretär des Kohlenindustriearbeiterverbandes), Nikolaj Petropolit von Krutyn und Kolonna) werden die Sowjetunion vertreten.

Die Delegierten Chinas sind: Professor Kuo Mo - Jo (Historiker), Professor Ma Ling Tschu (Nationalökonom), Liu Ning 'i (Vorsitzender der Chinesischen Gewerkschaftsvereinigung), Emi Hsiao (Dichter).

Folgende Länder sind ebenfalls in dem Weltfriedenskomitee vertreten: Italien, Afrika, Albanien, Algerien, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Kanada, Chile, Korea, Kuba, Dänemark, Spanien, Finnland, Griechenland, Guatemala, Ungarn, Holland, Indien, Indonesien, der Irak, Iran, Irland, Libanon, Luxemburg, Madagaskar, Mexiko, die Mongolische Volksrepublik, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Transvaal, Triest, Tunis, Uruguay, Venezuela, Vietnam und Jugoslawien. Der internationale Studentenbund und der Internationale Journalistenbund haben gleichfalls Vertreter entsandt.

(Prof. J.W. Bernal (Parlamentsmitglied),

Pressdienst
(PD)

28. April 1949
Nachrichten - 2 -

Werktätige begrüßen Internationalen Völkerrat

Magdeburg, 28.4. (Eig.Ber.)

In den Magdeburger Betrieben riefen die Beschlüsse des Weltfriedenskongresses ein lebhaftes Echo hervor.

"Der Weltfriedenskongreß brandmarkte das Treiben der Kriegshetzer und der hinter ihnen stehenden Mächte. Er zeigt die Wege auf, die zur Verteidigung des Friedens beschritten werden müssen. Die Organisation des Kampfes für den Frieden und die Errichtung eines ständigen Internationalen Völkerrates werden von den Werktätigen der ganzen Welt, die an friedlicher Aufbauarbeit die Grundlage für ihren Wohlstand schaffen wollen, wärmstens begrüßt", schreibt der Angestellte Jungmann vom Sanarwerk Strube - Magdeburg.

"Die Vorbereitungen der Imperialisten für einen 3. Weltkrieg zeigen uns schaffenden Frauen die Notwendigkeit einer geschlossenen Abwehrfront aller Friedenskämpfer. Besonders wir Umsiedler begrüßen die Beschlüsse der Weltfriedenskonferenz. Wir Frauen werden alles daransetzen, um zu verhindern, daß die Imperialisten einen neuen Krieg vom Zaune brechen", stellt die Maschinenformerin Hildegard Müller fest.

"Für uns Werktätige, die wir zwei Weltkriege mit ihren Schrecken und ihren Entbehrungen erlebt haben, gibt es nur eine Lösung: 'Kampf den Kriegshetzern', erklärt der Schlosser Paul Zahn.

"Der Weltfriedenskongreß läßt erkennen, daß eine neue Zeit im Werden ist, eine Zeit des Friedens. Das gibt uns Deutschen Hoffnung, daß auch wir bald unsere Einheit und einen gerechten Frieden bekommen", schreibt der Aktivist Volkholz.

"In Paris ist den imperialistischen Drahtziehern und Propagandisten des Krieges die Antwort erteilt worden, - der Weltfriedenskongreß hat im Namen aller friedliebenden Menschen erklärt, daß sie nicht bereit sind, sich für die Interessen der Monopolkapitalisten mißbrauchen und opfern zu lassen. Ein neutrales und passives Verhalten gibt es nun für uns nicht mehr. Jeder muß ein Kämpfer für den Frieden sein", ruft der Angestellte Willa Ernst allen Werktätigen zu.

Der Arbeiter Fritz Esser stellt fest: "Die Weltfriedenskonferenz ist die größte und wichtigste Konferenz, die es je gegeben hat."

Chemiewerker Alfred Muhlénberg schreibt: "Es kann und darf nicht sein, daß eine Horde von Kriegstreibern die Welt erneut in ein Meer von Blut und Tränen stürzt. Der Weltfriedenskongreß beweist, daß der Friedenswille aller Schaffenden stärker und mächtiger ist als die Macht der Kriegshetzer."

**Presseamt
(P)**

Nachrichten 10. April 1949 - 4 -

Von den Mitgliedern der Kontrollkommissionen verlangte Fritz Lange, dass ihr Beitrag im antifaschistischen Kampf der Vergangenheit sehr als nur reinlicher Natur war. Ihr Auftreten heute muss darüber hinaus sauber und untadelig sein. Die Kommissionen dürften niemals zum Sammelplatz für parteipolitische Angelegenheiten werden. Auf je breiterer Basis sie arbeiten, desto größer wird das Vertrauen aller Vertretenen zu ihnen werden. Beste besser werden sie ihre Aufgabe erfüllen, durch Förderung der Wachsamkeit und Disziplin die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen und den Zweijahresplan zu sichern.

In der Diskussion unterbrachen die Delegierten mit vielen Beispielen aus ihrer Tätigkeit die Notwendigkeit der Kontrollschüsse, die oft einen mühen Kampf mit Bürokratismus, Unverhältniss und Sorglosigkeit, vor allen aber mit gut getarnten Wirtschaftsaboteuren und Feinden der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu führen haben. Oft scheitern notwendige Massnahmen daran, dass formal-juristische Entscheidungen eine gerechte Bestrafung verhindern. Daher begrüßten die Delegierten eine vom Vorsitzenden der Landeskontrollkommission Sachsen eingebrachte Resolution, die die Verabschiedung des Gesetzes zur Bestrafung von Schiebern und Spekulanten fordert, das klare und allgemeinverständliche Formulierungen enthält, denen sich keiner der Verbrecher entziehen kann. Der Entwurf dieses Gesetzes soll der deutschen Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt werden.

Der Vorsitzende der Deutschen Justizverwaltung, Max F o e h n e r, nahm dazu noch einmal das Wort und erklärte, dass der Entwurf dieses Gesetzes in den nächsten Tagen der DVK vorgelegt werden kann. Er begründete den Gedanken einer allgemeinen Diskussion dieses Gesetzentwurfes. Er wies aber darauf hin, dass es vor allen gelte, neue Richter zu schaffen, die die verfallenen Gesetze im fortschrittlichen Sinne anwenden. Wenn im nächsten Jahre der Justizapparat sich zu 80 % aus Volkerrichtern zusammensetzen während in der britischen Besatzungszone wieder zu 91 % aus nazistischen Richtern besteht, dann mache das besonders deutlich, wo die antifaschistisch-demokratische Ordnung immer festere Formen annimmt.

Die Konferenz nimmt ihren Fortgang.

Amsterdam-Delegationen treffen am 10. April in Hamburg

B e r l i n , 10.4. (VVK)

Am 7. und 8. Mai treffen sich in Hamburg nicht nur Delegationen aus allen Teilen Deutschlands zum Befreiungstag der ehemaligen politischen Gefangenen, sondern auch aus dem Ausland werden stärkere Vertretungen ehemaliger politischer Gefangener teilnehmen. Bisher wurden aus Belgien, Frankreich, Dänemark und Rumänien Delegationen gemeldet.

**Pressedienst
(PD)**

Nachrichten - 5 -

28. April 1949

50 000 Widerstandskämpfer protestieren gegen Willkür-Massnahmen des Senators Brauer

B e r l i n . 28.4. (VVN)

Die 50 000 antifaschistischen Widerstandskämpfer der sowjetischen Besatzungszone und Berlins erheben gegen die willkürlich erfolgte Durchsuchung des Hamburger VVN-Sekretariats und die jedem demokratischen Empfinden zuwiderlaufenden Massnahmen des Hamburger Bürgermeisters Brauer leidenschaftlichen Protest. In einer vom Generalsekretariat der VVN veröffentlichten Protesterklärung heisst es dazu, dass die 50 000 Widerstandskämpfer ihre Stimme zugleich im Namen ihrer 200 000 Kameraden der westlichen Besatzungszone und aller der FIAPP angeschlossenen Verbände ehemaliger politischer Gefangener erheben und erklären:

"Die Beschränkung der Rechte der Überlebenden aktiven Kämpfer gegen den Faschismus ist eine moralische Rechtfertigung des Mordes an 11 Millionen Toten des faschistischen Terrors gleichzusetzen. Getreu der Verpflichtung gegenüber ihren toten Gefährten erklären die deutschen Widerstandskämpfer, dass sie nicht willens sind, sich den undemokratischen willkürlichen Massnahmen zu beugen; sie sind bereit, mit gleicher Konsequenz und Entschlossenheit wie in den Jahren der faschistischen Unterdrückung, heute und morgen für ihre Rechte zu kämpfen. Sie sind sich der vorbehaltlosen Unterstützung der Antifaschisten aller Länder gewiss."

Riesa liefert nahtlose Siederöhre

R i e s a , 28.4. (Rdfk.)

Bereits am dritten Tage nach der Fertigstellung des von der Sowjetunion dem Stahl- und Walswerk Riesa gelieferten Rohrwalzwerkes gelangen erstmalig erfolgreiche Versuche in der Herstellung nahtloser Siederöhre.

11 000 bayerische Holzarbeiter im Streik

M ü n c h e n , 28.4. (E.B.)

In Bayern sind am 25. April ca. 11 000 Holzarbeiter in den Streik getreten. Bestreikt werden bayerische Holzverarbeitungsbetriebe, davon 6 in München, 5 in Nürnberg und 7 in Pürth. Die Belegschaften fordern 20 %ige Lohnerhöhung, die Festlegung eines Mindestsatzes für Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten, tariflich gesicherte Lehrlingsvergütungen und die Beibehaltung der Urlaubszeiten des Vorjahres auch für 1949.

Verschiedene Unternehmer in München, Nürnberg und Pürth haben bereits die Forderungen der Holzarbeiter voll anerkannt. Andere Unternehmer gewähren eine Überbrückungszulage in Höhe der gestellten Forderungen. Der bayerische Holzarbeiterverband versucht aber, einen gesamtbayerischen Tarifabschluss zu erzwingen. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Pressedienst
(FD)

Nachrichten

28. April 1949
6 -

Giessen zählt über 10 000 Erwerbslose

F r a n k f u r t / M., 28.4. (E.B.)

Im Arbeitsamtsbezirk Giessen sind über 10 000 Erwerbslose registriert. Die Belegschaften von 24 Betrieben werden als Kurzarbeiter beschäftigt und zahlreiche weitere sind von der Entlassung oder dem Übergang zur Kurzarbeit bedroht. Unter den sich häufenden Betriebsabschlüssen befinden sich Unternehmen wie die Baufirmen Matrawitz sowie Müller & Jordan, die 700 Bauarbeiter beschäftigten. 100 Arbeiter entliess die Bürstenfabrik Keil in Münster und ebenso viel wurden bei einer Pappfabrik erwerbslos. Auch die Fabrik für medizinische Apparate, FEEMA in Lollar, ging Konkurs. Sägewerke, Möbelfabriken und Schreinerereien entlassen ihre Arbeiter, so dass Bau-, Schreiner und Zimmerleute die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich belasten. Die Unternehmer fordern die Arbeiter auf, auf Teuerungszulagen oder Überprückungsbeihilfen zu verzichten, wenn sie nicht entlassen werden wollen.

Die hohe Erwerbslosigkeit hat ihre Ursache vor allem in den auf Befehl der amerikanischen Militärregierung verhängten Blockademassnahmen gegen die Ostzone. Die Betriebsleitung des Metallunternehmens Schunk & Ebe, Giessen, erklärt, dass ihr durch die unsinnige Blockade 25 % der Aufträge verloren gingen und sie deshalb über 100 Arbeitern die Papiere geben musste. Ein anderer Unternehmer sagte wörtlich: "Wir warten mit Schmerzen darauf, dass der Handel mit dem Osten wieder in Gang kommt." Im gleichen Sinne äusserte sich der Direktor eines Werkes für optische Geräte, das ebenfalls Arbeiter entlassen hat.

Jeder Dritte in Salzgitter ohne Broterwerb

S a l z g i t t e r, 28.4. (E.B.)

Infolge der Demontage bei den Watenstedt-Salzgitter-Werken ist die Beschäftigungslage nach wie vor äusserst ungünstig. Selbst die Inbetriebnahme einer Koksbatterie und eines Hochofens Ende April brachte keine Entlastung des Arbeitsmarktes. Mitte April wurden insgesamt 11 845 Arbeitslose registriert, davon 3 362 Frauen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug insgesamt 8 231. Damit erreicht die Arbeitslosigkeit fast ein Drittel aller Beschäftigten Personen. (Ende März 76 361). In der Erzaufbereitung wird mit weiteren Entlassungen gerechnet. Im Bausektor überwiegen die Entlassungen. Die Landwirtschaft wirbt ausschliesslich ledige jüngere Kräfte. Die Abwanderung auf besser bezahlte Arbeitsgebiete in der gewerblichen Wirtschaft hält an. Ältere, verheiratete Kräfte sind wegen der Lohnhöhe und des Wohnungsmangels fast nicht unterzubringen.

PresseDienst
(PD)

28. April 1949

Pressestimmen

Der Bankrott westberlins

(PD)

Emil Carlebach schreibt in der soeben erschienenen "weltbühne" Nr. 17 zu dem Lärm, den die westpresse über die Aufhebung der "Blockade Berlins" macht:

"Wie könnte man auch den westdeutschen Eingeborenen gegenüber zugeben, daß die bisherige Politik ihrer Kolonialherren, auch im weltmaßstab, auf wachsende Schwierigkeiten stößt? So muß also der Eindruck erweckt werden, daß der kalte Krieg 'die Russen zum Nachgeben gezwungen' hat, und daß die Bildung einer westdeutschen Regierung die 'letzte notwendige Maßnahme zur Sicherung des europäischen Friedens' wäre."

Die 'New York Herald Tribune' allerdings läßt am 20. April die Katze aus dem Sack.

Unter der Überschrift 'west-Berlin summt von Gerüchten, daß Rußland die Blockade beendet' findet der Leser überraschenderweise folgende aufschlußreiche Mitteilung:

"Gestern hat sich herausgestellt, daß trotz der angekündigten Absicht, die kostspielige Berliner Luftbrücke aufrecht zu erhalten, nichts getan worden ist, um ein Wirtschaftsprogramm für die westlichen Sektoren Berlins auf lange Sicht aufzustellen. Wenn die Stadt nicht einen völligen industriellen Stillstand erleben soll, muß die Produktion von Waren, die den größten Aufwand von Arbeit und den kleinsten Aufwand von Rohmaterial erfordert, organisiert werden, und zwar schnellstens. Das Dilemma besteht allerdings darin, daß kein Mensch die Absicht hat, eine kostspielige Reorganisation der westberliner Industrie durchzuführen..."

Wer bezahlt unsere Plakate?

"Die Neue Zeitung" vom 28.4.49 berichtet:

"Wer zahlt unsere Plakate? - Mit diesen und anderen Plakaten werden heute, um 15 Uhr, 5 000 Studenten von 10 Westberliner Hochschulen einen Protestzug vom Wittenbergplatz zum Schöneberger Rathaus veranstalten. Vertreter einiger Hochschulen werden durch Ansprachen noch einmal die Forderungen der Studenten bekanntgeben, daß man für die Studenten aus der Gatzzone und des Ostsektors einen monatlichen Geldumtausch benötige, der wesentlich höher sei, als der vom Magistrat bisher bewilligte."

PresseDienst
(PD)

28. April 1949

K o m m e n t a r e

=====

Die Reparationslieferungen der französischen Besatzungszone

B e r l i n (PD)

Die französischen Besatzungsbehörden rauben ihre Zone bis zum letzten aus, indem sie auf Reparationskonto nicht allein Waren aus der laufenden Produktion entnehmen, sondern alles, was ihnen von Wert erscheint. Die Entnahme von Reparationen vollzieht sich in der französischen Zone auf verschiedenste Art und Weise und nimmt den Charakter einer planmäßigen Vernichtung der Produktionskraft und einer Untergrabung der Zonenwirtschaft an.

Die Politik der französischen Besatzungsbehörden, die Politik der Ignorierung der Interessen der deutschen Bevölkerung läßt sich am Beispiel Südbaden illustrieren. Gleich vom ersten Tage der Besetzung an begannen die französischen Besatzungsbehörden aus verschiedenen Industriebetrieben Südbadens systemlos die wertvollsten Maschinenausrüstungen zu entnehmen, wodurch sie Betriebe und Werke zum Stillstand brachten, die für den Friedensbedarf der Bevölkerung arbeiteten.

Dies war eine planlose wilde Demontage. Etwa ab Mai 1946 begann die planmäßige Demontage, d.h. die Demontage nach einer vorher ausgearbeiteten Liste, wobei ganze Zweige der Friedensindustrie, die eine Konkurrenz für die französischen Monopole bedeutet hätten, liquidiert wurden. Um die Demontage von Betrieben auf Reparationskonto, die von niemand kontrolliert wurde, zu verschleiern, erklärte ein Vertreter der französischen Behörden, daß angeblich die deutschen Unternehmer ihre Maschinen frei verkaufen, weil sie sich ihrer moralischen Pflicht bewußt geworden sind, krankreich den während des Krieges erlittenen Schaden zu ersetzen.

Die Entnahme von Einzelausrüstungen und Demontage von ganzen Betrieben nahm jedoch ein solches Ausmaß an, daß sie sich schon nicht mehr verheimlichen ließ. Daher waren die französischen Besatzungsbehörden im Januar 1947 gezwungen, zuzugeben, daß sie tatsächlich eine Demontage zu Reparationszwecken durchführen. Hierauf begann eine neue Demontagewelle. Allorts wurden die neuesten und besten Spezialmaschinen beschlagnahmt und Betriebe von reinem Friedenscharakter demontiert, wenn nur französische Firmen Interesse an ihnen bekundeten. Nach deutschen Angaben wurden allein 1947 in Südbaden 3 430 Maschinen im Gesamtwerte von 12 1/2 Millionen Mark mit Beschlag belegt.

Im Ergebnis der erbarmungslosen Demontage verblieben der Industrie Südbadens nur alte abgenutzte Maschinen. Am stärksten wurden Gießereien und Maschinenbauwerke in Mitleidenschaft gezogen, ferner alle möglichen Betriebe der Textil- und der elektrotechnischen Industrie. Einige Betriebe wurden von den französischen Behörden an die Engländer weiterverkauft, so z.B. ein Werk, das pneumatische Gewehre herstellt.

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Kommentare - 2 -

Obwohl Südbaden schon in der Vorkriegszeit Lebensmittel einführte, entnahmen die französischen Behörden große Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wodurch sich die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung stark verschlechterte. So haben die französischen Behörden seit Beginn der Besetzung bis Februar 1948 in Südbaden Vieh für den Bedarf der Besatzungsbehörden und Exportzwecke im Gewicht von 45.000 t requiriert. In der gleichen Periode entnahmen die Besatzungsbehörden Sübadens für ihren eigenen Bedarf landwirtschaftliche Erzeugnisse im Werte von 155 Millionen Mark.

In besonders großen Mengen führen die französischen Behörden Requisitionen der Textilproduktion durch. Ein großer Teil dieser Produktion wird auf Reparationskonto geschrieben, und dies bezieht sich nicht nur auf die Produktion von Großbetrieben, sondern auch auf Kleinbetriebe und das Klein Gewerbe. Besonders große Lieferungen werden der Automobil-, Textil-, Holzverarbeitenden und der Holzsägeindustrie entnommen, wo die Requisitionen 50 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen. Nach vorläufigen Berechnungen deutscher Volkswirtschaftler erreichten diese Lieferungen bis April 1948 die Summe von 315 Millionen Mark.

Einen äußerst schweren Schlag fügen die französischen Besatzungsbehörden der Industrie an, daß sie massenweise Rohstoffe und Halbfabrikate entziehen und auf diese Weise die Produktion von Fertigwaren stark einschränken.

Damit sind die Quellen der Reparationsentnahmen jedoch noch nicht erschöpft. So betreiben die französischen Behörden in Südbaden systematischen Waldraub. Nach deutschen Angaben wurden 1947 2 1/2 Millionen rm abgeholzt; ein großer Teil des abgeholzten Waldes wird ausgeführt. Ausserdem werden Kiefernholz und Halbfabrikate ausgeführt. Die Exporteinnahmen fließen den Franzosen zu.

Sehr ertragreich für die französischen Behörden sind auch die Lieferungen von Arbeits- und Zuchtvieh. Nach Angaben deutscher Wirtschaftler beläuft sich der Wert dieser Requisitionen auf 7,5 Millionen Mark. Infolge dieser Entnahmen wurde die Landwirtschaft Sübadens des Zuchtviehs beraubt und geriet in eine schwere Lage.

Weite Verbreitung finden in der französischen Zone getarnte Reparationen, die jedoch ein scharfer Beobachter unschwer zu erkennen vermag. So unterhalten die französischen Behörden auf Kosten Sübadens Sanatorien und Erholungsheime für Franzosen und organisieren französische Kinderkolonien.

Diese kurze Übersicht gibt eine anschauliche Vorstellung davon, in welchem Ausmaße die französischen Besatzungsbehörden in ihrer Zone Reparationsentnahmen durchführen. Hiernach wird es kaum Wunder nehmen, daß die französische Zone so große wirtschaftliche Schwierigkeiten durchzumachen hat. Die französischen Besatzungsbehörden mißachten bei der Politik, die sie in ihrer Zone betreiben, die Interessen des deutschen Volkes und kümmern sich nur darum, wie sie es den französischen Monokolen möglichst recht machen können.

M.H.

Pressediensat
(PD)

28. April 1949
Kommentare - 3 -

Das Aktionsprogramm der chinesischen Demokratie

B e r l i n (PD)

In einer Proklamation an das chinesische Volk haben Mao Tse Tung und Tschude, der Oberbefehlshaber der demokratischen Volksarmee, das Aktionsprogramm der demokratischen Kräfte Chinas verkündet. Das Programm, das in 8 Punkten zusammengefaßt wird, verkündet den Schutz des Lebens und Eigentums aller Chinesen und fordert die Zusammenarbeit aller Bürger zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegen alle Versuche der gegenrevolutionären Elemente, Verwirrung zu stiften. Von entscheidender Bedeutung ist die Anordnung an die chinesischen Bauern, die demokratische Volksarmee bei der Vorbereitung der Bodenreform zu unterstützen, die Bodenbestellung durchzuführen und die landwirtschaftliche Produktion zur Versorgung der Städte mit Getreide aufrecht zu erhalten. Das feudale System des Bodenbesitzes wird also erst nach sorgfältiger Vorbereitung Schritt für Schritt beseitigt, und der Hauptzweck der ersten Schritte der Bodenreform ist die Entmachtung der großen feudalen Latifundien-Besitzer.

Alle Fabriken, Banken, Werften, Eisenbahnen, Post, Telephon- und Telegraphenämter, Kraftwerke, Wasserleitungen und landwirtschaftliche Betriebe, die sich in Besitz der Kuomintang-Regierung befinden, gehen in das Eigentum des Volkes über. Allen Schulen, Krankenhäusern und kulturellen Einrichtungen wird Schutz zugesichert.

Alle Produktionsstätten, die sich in Privatbesitz befinden, werden vor jedem ungesetzlichen Zugriff geschützt. Damit ist ausgesprochen, daß den demokratischen Kräften zur Förderung der Industrialisierung Chinas an einer Entfaltung der kapitalistischen Privatinitiative gelegen ist.

Mit Ausnahme der unverbesserlichen Kriegsverbrecher und Gegenrevolutionäre werden Funktionäre der alten Regierung nur dann verhaftet, wenn sie bewaffneten Widerstand leisten oder Sabotage üben. Die Beamten der Kuomintang-Regierung wurden aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben. In allen diesen Maßnahmen kommt das Bestreben der demokratischen Kräfte Chinas nach einer allnationalen Einigung des Volkes zum Ausdruck.

Alle versprengten Soldaten der Kuomintang-Armeen wurden aufgefordert, sich bei der demokratischen Volksarmee oder bei der Regierung ihres Gebietes zu melden. Auch in dieser Maßnahme kommt die Zerschlagung der alten Söldner-Armeen der chinesischen Finanzoligarchie und der feudalen Militärs und der Übergang zur allchinesischen Volksarmee zum Ausdruck. Der letzte Punkt des Programmes sichert dem Leben und Eigentum aller Ausländer Schutz zu, verpflichtet sie aber, die Gesetze und Anordnungen der Volksarmee und Volksregierung zu achten. Die ausländischen Imperialisten können aber darüber nicht mehr im Zweifel sein, daß die Ära der kolonialen Vorrechte vorüber ist.

Dieses Aktions-Programm der demokratischen Kräfte Chinas ist ein Programm der Einigung und Demokratisierung, ein Programm des Wiederaufbaues, das nicht nur die nationale und wirtschaftliche Souveränität Chinas wieder herstellt, sondern auch den Weltfrieden stärkt.

R.K.

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Kommentare - 4 -

Verständigung -- der einzig gangbare Ausweg

Berlin (PD)

Das deutsche Volk begrüßt die zwischen amerikanischen und sowjetischen Vertretern aufgenommenen Gespräche. Eine Verständigung der Großmächte betrifft Lebensfragen, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt. In den reaktionären Zeitungen der Westzonen und der Berliner Westsektoren sieht man freilich keine Begeisterung, sondern eher eine jämmerliche Angst vor der Einigung der Großmächte in der Deutschlandfrage. Die Schumacher, Reuter, Adenauer und Kaiser haben sich zum Hilfspersonal der reaktionärsten Kreise des in- und ausländischen Kriegshetzertums erniedrigt. Sie haben die demütigendsten Forderungen der westlichen Militärgouverneure angenommen, statt Deutschlands Recht auf einen Friedensvertrag zu verteidigen, forderten und unterschrieben sie ein Satzungsstatut für westdeutschland. Statt für die Einheit Deutschlands zu kämpfen, gaben sie sich für die Bildung einer Handvoll Marionetten-Regierungen auf deutschem Boden her. Gleichzeitig lehnten sie konsequent jede gesamtdeutsche Beratung mit ihren eigenen Landsleuten ab. Sie lieben von der Kriegshetze und rüchten jede friedliche Verständigung, weil sie damit überflüssig werden. Sie hetzen weiter in der unsinnigsten und verlogenen Weise gegen die Sowjetunion.

Niemand kann aber heute mehr im unklaren darüber sein, wo die Kriegstreiber sitzen. Jene, die Verhandlungen über die friedliche Regelung der Meinungsverschiedenheiten und die Einschränkung der Rüstungen ablehnen, bereiten den Krieg vor. Jene, die militärische aggressive Atlantik- und andere Blocks abschließen, bereiten den Krieg vor. Jene, die westdeutschland und Japan wieder aufzurüsten versuchen, bereiten den Krieg vor.

Während Jessup mit Malik verhandelt, hält Senator Vandenberg, einer der Initiatoren des Atlantik-Paktes, in New York verleumderische Reden über die "Halsstarrigkeit" der Sowjetunion. General Clay fordert mit immer noch ausgezogenen Glattehandschuhen in einer Botschaft die Deutschen und Amerikaner auf, sich zu einem gemeinsamen antikommunistischen Front zu vereinigen. Die dienstbeflissenen deutschen Westpolitiker, denen ansehnlich nichts verhaßter ist, als die deutsche Einheit, betonen im Hinblick auf die geplante Außenministerkonferenz, daß die Sowjetunion um keinen Preis am separaten westdeutschen Kolonialstaat rütteln dürfe. Wollen die Westmächte von "Einigung" reden und gleichzeitig ihre Politik zur Verwandlung westdeutschlands in eine Schmelde des Krieges fortsetzen?

Andererseits sind die zwingenden Gründe klar, warum die Amerikaner sich zu Gesprächen mit Sowjetvertretern über Deutschland herbeiliessen. Die amerikanische Deutschlandpolitik hat sich in eine unhaltbare Situation hineinmanövriert. Großangelegte Störungsaktionen sollten den demokratischen Wirtschaftsaufbau in der Ostzone stören und sabotieren. Die provokatorische Einführung der Westmark in den Berliner Westsektoren sollte die Berliner Wirtschaft ruinieren und die Wirtschaft der Ostzone unterminieren. Blockademaßnahmen und Abschnüren vom gesamtdeutschen Wirtschaftsleben sollte die Erfüllung und Übererrückung des fünftjährigen Zweijahrplans in der Ostzone verhindern. Diese Manöver sind mißglückt. Der Zweijahrplan wird übererfüllt werden trotz aller Störungsversuche vom Westen her. Dagegen

- 5 -

Presseclienst
(FD)

28. April 1949
Kommentare - 5 -

hat die katastrophale Luftbrückenpolitik in der Wirtschaft der Berliner Westsektoren ein Chaos herbeigeführt, das von Tag zu Tag grösser wird. Die Schwierigkeiten der westdeutschen Industrie, die gewaltsam vom Osten abgeschnürt wurde, wachsen ebenfalls.

Aber noch stärkere Gründe liegen vor. Der dollargeschmierte USA-Propagandaapparat versucht kampflos in Nachahmung der hitlerischen Blufftaktik den Eindruck einer überlegenen Stärke des Kriegslagers zu erwecken. Auch hier haben die DOLLERSTRATEGEN ein grausames Fiasco erlitten. Alle Welt sieht heute, daß die ständige Bereitschaft der Sowjetunion zur Zusammenarbeit und Festigung des Friedens auf dem sicheren Bewußtsein beruht, daß die Kriegstreiber angesichts der mächtigen Demonstration des Friedenswillens aller Völker ein isoliertes Häuflein darstellen. Die Schaffung eines Ständigen Weltfriedens-Komitees ist ein großer Sieg der einfachen Menschen aller Länder und eine ernste Niederlage der Kriegstreiber. Auch der Siegeszug der Friedenskräfte in China hat auf die Kriegstreiber ernüchternd gewirkt.

Der Versuch einer Verständigung und Einigung unter den Großmächten bleibt als einzig gangbarer Ausweg übrig. Die Sowjetunion hat den Weg zur schnellstmöglichen Lösung der sogenannten Berliner Frage und des gesamtdeutschen Problems gezeigt.

Am 1. Mai demonstrieren die Volksmassen in der ganzen Welt für die Freundschaft der Völker der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands als die beste Garantie für einen festen Frieden. Der 1. Mai steht überall im Zeichen des Kampfes für den Frieden.

W.E.

Der Schrei nach dem Bakterienkrieg

(FD)

Wir sind von den Kriegsexcitanten, jener Handvoll Monopolisten, gewöhnt, daß sie jede Erfindung und Entdeckung fieberhaft darauf prüfen, ob sie sich nicht für kriegerische Zwecke gebrauchen lasse. Erfindung und Entdeckung erscheinen den Kriegsexcitanten umso wertvoller, je grösser die Auswirkungen auf die Zivilisation sind, je mehr Menschen damit getötet werden können. Die Möglichkeit, sich die Atomkraft nutzbar zu machen, bietet der Menschheit ungeahnte Perspektiven einer segensreichen Entwicklung. In der Hand der Kriegsexcitanten jedoch wird die Atombombe zu einerurchtbaren Waffe gegen die friedliche Menschheit.

Die Namen Pasteur, Robert Koch usw. werden in der ganzen Welt mit Verehrung und Dankbarkeit genannt. Die mit diesem Namen verbundenen Entdeckungen auf dem Gebiete der Bakteriologie gehören zu den segensreichsten, die je von Wissenschaftlern und Freunden der Menschen gemacht wurden. Diese Entdeckungen lassen die Kriegsexcitanten nicht ruhen. Eifrig suchen sie nach der Möglichkeit, wie sie Bakterien und Mikroben in den Dienst der Kriegführung und der Menschenvernichtung stellen können. Mit kaltem Zynismus begeistern sie sich an der schauerlichen Perspektive, die der Bakterienkrieg ihnen bietet. Die Atombombe ist ihnen nicht schrecklich genug, sie versprechen sich von der Bakterienbombe mehr.

- 6 -

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Kommentare - 6 -

Der "Kurier" vom 27.4.49 berichtet, daß der Leiter der "Laboratoriumsgerätnisse" von Camp Dietrich im Staate Maryland der UNO einen Bericht über Bakterienführung überreicht hatte, demzufolge in wenigen Stunden die schwarzen Pocken, Typhus und alle Arten von Feulenpest verbreitet werden können. Die Bakterien und Mikroben werden danach gewertet, je rascher und je mehr Menschen sich in kürzester Frist damit umbringen lassen. "Ausgezeichnetes" erwartet man zum Beispiel von der "superlativen Lungenpest". Die Kriegsbrandstifter und Strategen des Bakterienkrieges berauschen sich an der Vorstellung, daß 5 oder 6 Mann, mit einem Zerstäuberapparat ausgerüstet, genügen würden, die Menschen einer ganzen Stadt umzubringen. Der "Kurier" schreibt: "Dr. Roseburys Mitarbeiter versichern, daß sie mit 50 Gramm botulinum eine Milliarde Menschen töten können."

Der Zynismus der Bakterienkrieg-Strategen wird nur noch von ihrer beispiellosen Murcht übertröffen. Dieses Häuflein Kriegsbrandstifter fürchtet nichts mehr als den Frieden und ist von der täglich wachsenden Stärke der Friedenskräfte bestürzt. Die Menschenforchten wissen, daß die Menschheit den Frieden will und bereit ist, dafür zu kämpfen. Sie suchen Halt in der Vorstellung, daß ein Dutzend Menschen genügen würde, um die übrigen Millionen auf der weiten Welt mit der Bakterienbombe umzubringen. Aber der bessere und weniger kostspielige Weg ist wohl, daß die Friedenskräfte sich der kleinen Schar der ewigen Kriegsbrandstifter und Hetzer entledigen.

Ein neuer Schritt zur Förderung von Wissenschaft, Kunst und Technik (PD)

Zur Verwirklichung der für die freie Entwicklung von Wissenschaft, Kunst und Technik in Deutschland außerordentlich bedeutenden Kulturverordnung vom 31.3.1949 wurde jetzt der in der Verordnung beschlossene Förderungsausschuß für verdiente Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Künstler geschaffen. Er soll ständig durch neue Vorschläge und helfende Maßnahmen auf allen Gebieten die Voraussetzungen für die Entwicklung der Wissenschaft, Forschung, Technik, Literatur und Kunst gewährleisten. Gleichzeitig haben zwei Ausschüsse zur Verteilung der Nationalpreise für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und wichtige technische Erfindungen sowie für hervorragende künstlerische und literarische Werke ihre Arbeit aufgenommen. Allen drei Ausschüssen gehören namhafte Vertreter des deutschen Geisteslebens an.

Der Förderungsausschuß, der, wie Präsident Wandel auf einer Pressekonzferenz erklärte, mit aller Energie die unverzügliche Realisierung der Kulturverordnung der DWK betreiben wird, steht unter dem Vorsitz von Anton Ackermann. Als stellvertretende Vorsitzende gehören ihm an: der Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Hans Ertel, sowie der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Fritz Selbmann, der Präsident der Kammer der Technik, Professor Dr. Heinrich Franck, der Intendant Wolfgang Langhoff, der Schriftsteller Hans Marchwiza. Insgesamt zählt der Ausschuß 27 Mitglieder. Seine Aufgabe ist es, ständig für alle Fragen der Wissenschaft, Forschung, Technik, Literatur und Kunst den Weg zur vollen Entwicklung aller schöpferischen Kräfte freizumachen und die Tätigkeit und Lebenshaltung der Wissenschaftler in vollem Umfange sicherzustellen.

PresseDienst
(PD)

28. April 1949
Kommentare - 7 -

Die in der Kulturverordnung gestifteten 18 Nationalpreise für hervorragende künstlerische und literarische Werke, Goethepreise und 30 Nationalpreise für wissenschaftliche Arbeiten, Erfindungen und Einführung neuer Arbeits- und Produktionsmethoden werden voraussichtlich erstmalig bereits im Mai oder Anfang Juni zur Verteilung gelangen. Auch diese beiden Ausschüsse werden von namhaften Vertretern der Intelligenz und des Wirtschaftslebens gebildet. Die Verteilung der Goethe-Preise steht unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel und des Dichters Bernhard Kellermann. Dem Ausschuss selbst gehören 29 Mitglieder an, unter ihnen der Dichter Arnold Zweig, die Schriftsteller Johannes K. Becker, Friedrich Wolf, Alexander Abusch; Vertreter des öffentlichen und politischen Lebens wie Otto Grotewohl und Prof. Zastner sowie eine Reihe namhafter Professoren, darunter Prof. Hamann von der Universität Marburg, Prof. Maxim Valentin, Prof. Ernst Hermann Meyer u.a. Die Verteilung der Nationalpreise für hervorragende wissenschaftliche Leistungen und wichtige technische Erfindungen unter dem Vorsitz von Professor Johannes Stroux und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission, Bruno Leuschner; er umfaßt 28 Mitglieder.

Die künftigen Nationalpreisträger werden von den verschiedenen demokratischen Organisationen und Einrichtungen, also sowohl von den Parteien und Kulturorganisationen, wie der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, der Akademie der Wissenschaften und den Universitäten, vorgeschlagen. Gemeinsam mit diesen werden die Ausschüsse aus diesen Vorschlägen die Auswahl der Nationalpreisträger vornehmen. Die endgültige Auswahl wird vom Deutschen Volksrat bestätigt.

Die Verleihung der Nationalpreise wird sich nicht nur auf Wissenschaftler, Techniker und Künstler in der sowjetischen Besatzungszone beschränken. Sie wird vielmehr auf gesamtdeutscher Basis vorgenommen werden und auch hervorragende und verdiente Vertreter der deutschen Intelligenz in den westlichen Besatzungszone und auch solche, die sich zur Zeit noch aus wichtigen Gründen im Ausland befinden, in ihre Auswahl mit einschließen. Ausschlaggebend für die Verleihung der Nationalpreise ist einzig und allein die Leistung und deren Bedeutung für den demokratischen Aufbau Deutschlands. Es ist auch daran gedacht, hervorragende Kollektivleistungen, so etwa die eines wissenschaftlichen Instituts, eines Ingenieurkollektivs oder eines Schauspielers-Ensembles auszuzeichnen.

Mit der Schaffung dieser Ausschüsse und der Richtlinien für ihre Arbeit ist ein weiterer bedeutsamer Schritt für die Verwirklichung des großen Kulturprogramms gemacht worden, der den Weg für die Entwicklung des deutschen Geisteslebens im Dienste des gesamten deutschen Volkes freimacht.

Erfolgt durch den Ausschuss

A.St.

Pressedienst
(FD)

28. April 1949

A r t i k e l d i e n s t

=====

Lehren der Geschichte des Maikampfes (von Fred Oelssner)

Als vor 60 Jahren der Gründungskongress der Zweiten Internationale in Paris den Beschluss fasste, alljährlich am 1. Mai für den Achtstundentag und für Arbeiterschutz zu demonstrieren, hatte der Maigedanke eine mehr als dreissigjährige Vorgeschichte. Die Arbeiter in Australien hatten bereits am 21. April 1856 einen Demonstrationsstreik für den Achtstundentag durchgeführt. Dreissig Jahre später nahmen die Arbeiter Amerikas den Maigedanken auf und führten am 1. Mai 1886 einen Demonstrationsstreik für den Achtstundentag durch, an dem sich 200.000 Arbeiter beteiligten. Erschreckt von der imposanten Macht der Arbeiterklasse, wandte die amerikanische Bourgeoisie ihr bis auf den heutigen Tag beliebtes Mittel der Provokation an, um die aufkeimende Arbeiterbewegung im Blute zu ersticken. In Chicago, wo der Streik nach dem 1. Mai andauerte, warf ein Polizeiaгент am 4. Mai 1886 eine Bombe in die Massen. Diese Provokation war der bestellte Anlass, die Streikführer anzuklagen, zu verurteilen und hinzurichten, obwohl ihre Unschuld einwandfrei erwiesen wurde. So wurde der Feitag des Proletariats in seinen ersten Anfängen mit Arbeiterblut geweint.

Durch den Beschluss des Pariser Kongresses 1889 wurde der 1. Mai zum anerkannten Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. Am 1. Mai 1890 demonstrierten die Arbeiter aller Länder zum ersten Male unter den roten Fahnen der Arbeiterinternationale für den Achtstundentag und für die Befreiung der Arbeiterklasse. Friedrich Engels schrieb an diesem Tage im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifests:

"...heute, wo ich diese Zeilen schreibe, hält das europäische und amerikanische Proletariat Heerschau über seine zum erstenmal mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer, unter einer Fahne und für ein nächstes Ziel; den schon vom Genfer Kongress der Internationale 1866, und wiederum vom Pariser Arbeiterkongress 1889 proklamierten, gesetzlich festzustellenden, achtstündigen Normalarbeitstag. Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren aller Länder die Augen darüber öffnen, dass heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind."

Die Losung des Manifests "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" ist seither die Grundlosung aller Maidemonstrationen gewesen. Aber gerade deshalb ist der Maigedanke auch stets auf den Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Staatsmacht gestossen, denn sie weiss, dass sie ihre Herrschaft nur so lange aufrechterhalten kann, wie es ihr gelingt, die Spaltung der Arbeiter in den einzelnen Ländern und die Spaltung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder aufrechtzuerhalten. Darum setzte sie ihre ganze Macht ein, um die Manifestation der Arbeiter für ihre Kampfeinheit zu verhindern. Bereits am 1. Mai 1891 ermordete sie in Fourmies (Nordfrankreich) zehn Arbeiter und Arbeiterinnen und verwundete viele. Ein Jahr später vergoss sie in Lodz Arbeiterblut. Neben dem Polizei- und Militär-

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Artikeldienst - 2 -

apparat wurde die Klassenjustiz in Bewegung gesetzt, um an den Maistreikenden Rache zu üben. Der 1. Mai wurde so zu einem ausgesprochenen Kampftag der Arbeiter, der immer grössere Bedeutung erlangte. "Die Arbeiterklasse reihte eine neue Waffe ihrem Rüstzeug ein - schrieb Rosa Luxemburg - und die ersten Versuche mit dieser Waffe spannten das Kraftgefühl und die Kampffreude der Millionen Ausbeuteten und Unterdrückten hoch".

Aber damit wurde der 1. Mai zugleich zu einem Kampfobjekt zwischen Revolutionären und Opportunisten. In Deutschland hatten die Arbeiter im Jahre 1890 - unmittelbar nach dem Pariser Kongress - in Hamburg, München und anderen Städten Maistreiks durchgeführt. Obwohl diese Streiks Opfer kosteten, hatten sie doch beträchtlich zur Steigerung des Kampfwillems beigetragen. Ungeachtet dessen hatte die Parlamentsfraktion, die damals unter dem Sozialistengesetz die Parteiführung darstellte, im Februar 1891 die Anweisung gegeben, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Dieser Beschluss wurde auf dem folgenden internationalen Sozialistenkongress in Brüssel verworfen und allgemein der 1. Mai als der Maitag der Arbeiter festgesetzt. Damit spitzte sich das Problem auf die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai zu. Zu dieser Frage nahm der sozialdemokratische Parteitag im November 1892 in Berlin Stellung. Das Studium dieser Debatte zeigt in erschreckendem Maße, wie tief der Opportunismus damals schon in der deutschen Arbeiterklasse eingedrungen war. Der Referent zu diesem Thema, Albin Gerisch - Berlin führte dort unter Hinweis auf die herrschende wirtschaftliche Notlage aus: "wenn wir in der Lage sind, fortgesetzt diese unsere Wünsche im Parlament zum Ausdruck zu bringen, wenn unsere ganze politische Tätigkeit eine fortgesetzte Demonstration für unsere Grundsätze ist, so können wir unter diesen besonders ungünstigen Umständen sehr wohl auf eine Demonstration in Form der allgemeinen Arbeitsruhe verzichten." Weiterhin begründet er die Ablehnung des Streiks mit dem Hinweis auf die neue Gewerbeordnung. Den revolutionären Standpunkt vertrat auf dem Parteitag mit aller Schärfe der Delegierte Österreichs, Adler - Wien. Er erklärte: "Wir haben 1890 bei der ersten Maifeier den Kanonen wirklich gegenüber gestanden. Sie sind wirklich aufgeföhren worden, und wenn man hier erst einen schneidigen General gesucht hat, wir haben ihn. Aber gerade die Einmütigkeit, das entschlossene Vorgehen bei der ganzen Bewegung hat den Leuten imponiert. Wäre in Deutschland und in England und überall von vornherein die Haltung eingenommen worden wie wir sie einnahmen, so wäre die Schlacht für uns gewonnen worden." Der Vertreter der Hamburger Arbeiter, die am 1. Mai 1890 gestreikt hatten, Grünwald - Hamburg, sagte auf dem Parteitag, "dass, wenn vor zwei Jahren die Fraktion schärfer eingegriffen hätte, wir überhaupt die Möglichkeit ein für allemal gewonnen hätten, den 1. Mai zu feiern". Die Arbeitsruhe am 1. Mai wurde schliesslich mit 236 Stimmen gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Dieser Parteitag zeigte, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie schon damals vom parlamentarischen Kretinismus angefressen war und auf den revolutionären Kampf verzichtete. Im 20. Jahrhundert, mit Beginn der imperialistischen Epoche wurden diese Tendenzen immer stärker und zeigten bereits lange vor dem ersten Weltkrieg den beginnenden Prozess der Umwandlung des Opportunismus in den Sozialchauvinismus an. Dies kam z. B. auf dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 zum

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Artikeldienst -3-

Ausdruck, auf dem der Gewerkschaftsführer Leimpeters zur Mißachtung der internationalen Beschlüsse aufforderte, denn schliesslich können ja "nicht die Engländer, Botokuden und Chinesen bestimmen, was wir in Deutschland tun sollen." Unter dem Einfluss dieser opportunistischen Strömungen verlor der 1. Mai in Deutschland immer mehr seinen Kampfcharakter und wurde nach einem Wort von Rosa Luxemburg "allmählich zu einem friedlichen Volksfest, dem die bürgerliche Gesellschaft mit ziemlicher Seelenruhe zuschaut."

Das Gegenstück hierzu bildet die revolutionäre Arbeiterbewegung Russlands. Am 1. Mai 1900 fand in Charkow eine gewaltige Maidemonstration statt, die von ungeheurer Bedeutung für die ganze russische Arbeiterbewegung war. Lenin schrieb darüber folgendes: "Was hat den Maiktagen in Charkow den Charakter eines hervorragenden Ereignisses verliehen? Die Massenbeteiligung der Arbeiter am Streik, die riesigen, Tausende von Teilnehmern zählenden Versammlungen in den Strassen, die wehenden roten Fahnen mit Forderungen, die den Flugblättern entnommen waren, der revolutionäre Charakter dieser Forderungen: Achtstundentag und politische Freiheit" Trotz seines grandiosen Charakters wies der 1. Mai 1900 in Charkow einige Schwächen auf und forderte natürlich auch Opfer. Wie reagierte darauf Lenin? In seinem Vorwort zu einer Broschüre über "Die Maiktage in Charkow" forderte Lenin "die Prüfung der Mängel unserer Bewegung im allgemeinen und der Maifeier im besonderen, ferner das Studium der Maßnahmen, mit deren Hilfe wir diese Mängel beseitigen und zu besseren Ergebnissen kommen können". Lenin nahm diese Prüfung selbst vor und kam zu dem Schluß: "es fehlt uns die Organisation". Und er untersucht, wie diese Organisation sein muss: "Diese Organisation muss eine revolutionäre Organisation sein: sie muss aus Leuten bestehen, die die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vollkommen klar erkennen und zu einem rücksichtslosen Kampf gegen das gegenwärtige politische Regime entschlossen sind, sie muss das sozialistische Wissen und die revolutionäre Erfahrung, die die Lehren vieler Jahrzehnte in der russischen revolutionären Intelligenz geschaffen haben, in sich vereinigen mit der Kenntnis des Milieus der Arbeiter und der Fähigkeit, in den Massen zu agitieren und sie mit sich zu reissen, die den vorgeschrittenen Arbeitern eigen ist." Lenin entwickelt also hier schon, in Auswertung des Charkower Maikampfes 1900, die Grundzüge seiner Lehre von der Partei. Und er zieht zugleich die wichtige taktische Schlussfolgerung, dass man die Teilforderungen nicht mit den Grundforderungen verwechseln darf. "Wir müssen dafür sorgen, - schrieb Lenin - dass die Arbeiter diesen Unterschied erkennen, dass sie die Forderung des Achtstundentag nicht auf eine Stufe stellen mit der Forderung nach Freikarten oder der Entlassung eines Wächters."

Ein Jahr später, am 1. Mai 1901 fanden in Russland wiederum grössere Maistreiks statt. Der berühmteste war der Streik in den Obuchowschen Rüstungsbetrieben in Petersburg, der am 7. Mai zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen Arbeitern und zaristischen Truppen führte. Der Widerstand der Arbeiter wurde zwar gebrochen, etwa 800 Arbeiter wurden verhaftet, aber der heldenhafte Kampf der Obuchower Arbeiter übte auf die Arbeiter in Russland bedeutenden Einfluss aus und rief eine Welle von Sympathiekundgebungen hervor.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Artikeldienst -4-

Vergleicht man diese Leninische Analyse des ersten grossen -austriks der russischen Arbeiter mit den Schlussfolgerungen, welche die deutsche Sozialdemokratie aus den ersten Maikämpfen der deutschen Arbeiterklasse zog, vergleicht man die Verbürgerlichung und Verspiesserung der Maifeier in Deutschland mit der Bedeutung, die der 1. Mai als revolutionäre Schule des russischen Proletariats hatte, dann werden die Anfänge der unterschiedlichen Wege klar, die von der Arbeiterklasse der beiden Länder gegangen wurden.

Erst als sich im ersten Weltkrieg die Klassengegensätze ungeheuer verschärften und der Bruch zwischen Opportunisten und Revolutionären in der deutschen Sozialdemokratie organisatorisch vollzogen wurde, erhielt der 1. Mai auch in Deutschland wieder seinen Kampfbegriff. Am 1. Mai 1916 rief der Spartakusbund die Berliner Arbeiterschaft zu einer illegalen Demonstration auf dem Potsdamer Platz zusammen. Karl Liebknecht warf seine Losung "Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" in die Massen. Wieder kostete der Tag Opfer! Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet, Karl Liebknecht ins Zuchthaus geworfen. Aber das Opfer war nicht umsonst. Der kühne Kampfruf drang in Millionen Herzen und Hirne und erweckte Zuversicht und Kampfbegeisterung. Drei Jahre später war das verruchte System gestürzt, das Karl Liebknecht in den Zuchthauskittel zwang. Die Arbeiter hatten sich nach den 1. Mai erkämpft.

Infolge der Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse 1918/19 und 1923, infolge des Verrats der opportunistischen Führer konnte die Bourgeoisie ihre Macht erhalten und wieder festigen, konnte sie wieder zum Angriff auf die werktätigen Massen vorgehen. Der 1. Mai wurde wieder zum Kampftag. Die Bourgeoisie schickte den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel vor, um den Arbeitern am 1. Mai 1929 die Demonstration zu verbieten. Die Berliner Arbeiter, die am 1. Mai 1916 der Militärmacht Wilhelms II. getrotzt hatten, wollten sich auch von einem Zörgiebel ihren seit 40 Jahren bestehenden Kampftag nicht nehmen lassen. Sie demonstrierten trotz des Verbots. So floss vor 20 Jahren in der deutschen Hauptstadt wiederum Arbeiterblut: Zörgiebel-Polizei erschoss 33 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Schüsse, die diese Opfer forderten, vertieften zugleich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die 33 Leichen des 1. Mai 1929 lagen als weiteres Hindernis auf dem Wege zur Einheit der Arbeiterklasse. Die Nutzniesser waren die Faschisten, denen es infolge dieser Spaltung der Arbeiterklasse gelang, die Macht zu erschleichen. Aber noch war die Arbeiterklasse stark. Hitler wagte am 1. Mai 1933 keine Machtprobe, sondern ging auch hier den erprobten Weg des Betrugs: er machte den traditionellen Kampftag der internationalen Arbeiterklasse zum nazistischen "Tag der nationalen Arbeit". Und die opportunistischen Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schämten sich nicht, die Arbeiter zur Teilnahme an dieser Schändung aufzurufen. Zum Dank dafür besetzte die SA am nächsten Tag die Gewerkschaftshäuser. Die braune Macht senkte sich über Deutschland herab.

Erst als die Hitlerbarbarei von der siegreichen Armee des Sowjetvolkes vernichtet wurde, konnte die deutsche Arbeiterbewegung am 1. Mai 1946 den Tag ihrer Wiedergeburt feiern. Unter den roten Fahnen des internationalen Proletariats, unter den Fahnen der

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Artikeldienst -5-

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands demonstrierte die geeinte Arbeiterklasse der Ostzone und Berlins an diesem Tage für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, für internationale Solidarität und Sozialismus. In West- und Süddeutschland aber demonstrierten die Arbeiter an diesem 1. Mai 1946 für die Bekämpfung der Arbeitereinheit.

Drei Jahre sind seither verflossen. In der Ostzone wurde unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufgebaut, in der es keinen Platz für Kriegsverbrecher, Junker und Monopolkapitalisten gibt. Der 1. Mai ist gesetzlicher Feiertag. Aber er ist noch immer ein Kampftag. Am heutigen Tage demonstrieren die Arbeiter der Ostzone mit der ganzen fortschrittlichen Bevölkerung unter den roten Bannern der Arbeiterklasse und den schwarz-rot-goldenen Fahnen der deutschen Einheit für Einheit und gerechten Frieden, für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, für die Erfüllung und Überbietung des Zweijahrplanes. Sie demonstrieren für internationale Solidarität, Völkerverständigung und Sozialismus.

In West- und Süddeutschland aber können die Werktätigen auch heute noch nicht in Einheit und Freiheit demonstrieren. Dort sind die Nachfahren der Henker von Chicago und die Nachfolger Zerstörer dabei, ein brutales Kolonialsystem zu errichten. Dort manifestieren die Arbeiter und alle fortschrittlichen Deutschen am heutigen 1. Mai ihren Willen, unermüdlich den Kampf fortzusetzen, bis ein gerechter Friede und ein einheitliches demokratisches Deutschland errungen ist.

Und drüben, im befreiten Sowjetlande, demonstrieren heute Millionen und Abermillionen glückliche Menschen unter den roten Bannern des Sozialismus für den endgültigen Sieg des Krieges, für den Sieg der kommunistischen Gesellschaftsordnung, die der Menschheit Glück, Frieden und Wohlstand verheißt.

Achtung, Redaktionen!

Vorstehender Artikel von Fred Oelssner soll nicht vor dem 1. Mai abgedruckt werden.

Redaktion des PD

Pressedienst
(PD)

28. April 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Entscheidender Schritt der Friedenskräfte

(PD)

"Das Entscheidende am Friedenskongreß ist seine unermessliche Weite", schreibt Etienne Fajon in der "Humanité" vom 21. April. Mehr als Sechshundert Millionen Menschen haben Delegierte geschickt. Der Kongreß vereinigt Arbeiter und bedeutendste Intellektuelle, Kommunisten, Sozialisten, Labourabgeordnete, Demokraten der verschiedensten Richtungen, katholische Priester, sowie Würdenträger aller Religionen. Manche Leute bemühen sich, diese Versammlung von Menschen der verschiedensten Kreise und Weltanschauungen als 'Erfindung der Kommunisten' hinzustellen. Es hiesse, uns zu viel Ehre machen, wenn diese Behauptung nicht ganz einfach grotesk wäre.

Es ist natürlich wahr, daß wir Kommunisten mit allen unseren Kräften an der Vorbereitung dieses Kongresses gearbeitet haben und daß wir mit Freude seinen Erfolg begrüßen. Wir betrachten diesen Kongreß als das glücklichste Ereignis unserer Zeit, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens darum, weil wir schon seit langen die Drohung eines neuen Krieges aufzeigten. "Le Monde" vom 20. April macht unfreiwillig dem Klarblick der Kommunisten ein Kompliment, indem sie zugibt, daß "sie die Ersten waren, die die Keime des Atlantikpaktes im Marshallplan erkannt haben". Das Blatt gibt selbst zu, daß der eine die Ergänzung des anderen ist. Es leugnet nicht ab, daß die "westlichen Wiederaufrüstung" das Ziel hat, dem "politischen und wirtschaftlichen Druck" der anglo-amerikanischen Imperialisten gegen die Sowjetunion einen "militärischen Druck" hinzuzufügen. Hieraus kann man ermessen, wie groß die Gefahr und die Verantwortung ist.

Der Weltfriedenskongreß zeigt, daß es heute nicht nur den Kommunisten, sondern Millionen kleiner Leute klar geworden ist, wie dringend es ist, für den Frieden zu kämpfen.

Weiter haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß die Kräfte des Friedens stärker sind und infolgedessen den Krieg verhindern können, unter der Voraussetzung, daß sie einig sind. Der Weltfriedenskongreß ist ein entscheidender Schritt zur Einigung der Friedenskräfte der ganzen Welt.

Das sehen auch die Kriegshetzer. Da sie den Kongress nicht totschweigen konnten, berichten sie jetzt reichlich über ihn in der Hoffnung, durch Lügen die Bedeutung des Kongresses zu entstellen. Es erfolgt jetzt, wie zu erwarten war, das klassische Spaltungsmanöver. Als im März in New York die Friedenskonferenz der Kultur- und Geistes-schaffenden stattfand, beauftragte die amerikanische Regierung den Trotzlisten Sydney Hook, einen "Gegen-Kongreß" zu organisieren, der übrigens klügglich mißlang. Wie bekannt, haben die Trotz-

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

kisten in Paris eine sogenannte "demokratisch-revolutionäre Vereinigung", die - wie man mit Erstaunen erfährt - dem Weltfriedenskongreß einen sogenannten "Internationalen Tag des Widerstands gegenüber Diktatur und Krieg" entgegensetzen will.

Ohne am guten Willen der Leute zu zweifeln, die sich für die Propaganda von Garry Davies interessierten, muß man feststellen, daß die Manager dieses "Weltbürgers" gerade den Zeitpunkt des Weltfriedenskongresses gewählt haben, um den Mann zur Ablenkung von neuem in den Vordergrund zu stellen. Aber die Franzosen, die vier Jahre lang für ihre nationale Unabhängigkeit gelitten und gekämpft haben, meinen, daß Garry Davies offen gesagt, besser daran täte, seine Aktion für den Frieden in seinem eigenen Lande, den Vereinigten Staaten, dem Mittelpunkt der Vorbereitungen eines neuen Krieges, auszuüben.

Auf jeden Fall sind die Angriffe auf den Weltfriedenskongress in Paris, die Bemühungen zur Ablenkung und zur Spaltung nur ein Beweis für seine immer grösser werdende Bedeutung. Der Weltfriedenskongreß in Paris bereitet den Sieg des Friedens vor.

Englische Stimme zu den Beschlüssen von Washington

(PD)

In ihrer Nummer vom 23. April bringt die dem linken Flügel der englischen Labour-Party nahestehende Wochenschrift "New Statesman und Nation" eine Stellungnahme zu den Washingtoner Beschlüssen der westlichen Alliierten/nichts dazu getan haben, die grundlegende soziale und wirtschaftliche Struktur Westdeutschlands zu ändern. Daß man es unterlassen hat, die Stahl- und Eisenbarone zu entfernen, die ihre Industrien in den Dienst Hitlers gestellt hatten, ist jetzt offenkundig. Auch die zögernden Schritte, die die britische Regierung in bezug auf die "Dekartellisierung" der mächtigen monopolistischen Gruppen der englischen Zone unternommen hat, sind mehr oder weniger ohne Erfolg geblieben. Was die britische Regierung jetzt wünscht - und dies in erstaunlichem Gegensatz zu allem, was Herr Bevin bis jetzt in bezug auf die Zukunft der deutschen Industrie zu sagen hatte - ist nach den von General Sir Brian Robertson kürzlich geäußerten Worten, 'die deutsche Wirtschaft wieder so herzustellen, daß Beschränkungen nur aus rein militärischen Gründen erfolgen können'. Westdeutschland soll nicht nur - mit Ausnahme eines Bruchteils - sein gesamtes Industriepotential der Kriegszeit beibehalten - was vielleicht noch zu rechtfertigen wäre -, sondern der entscheidende Faktor ist, daß es Westdeutschland erlaubt werden soll, daß es dazu ermutigt und (mit Dollars) finanziert wird, sich durch die Methoden des unbeschränkten 'freien Unternehmertums' am Leben zu erhalten. Es bedarf keiner großen Kenntnisse der deutschen Verhältnisse, um zu verstehen, daß dies nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als die Wiederbelebung des industriellen und wirtschaftlichen Monopolsystems in seiner akutesten, halsabschneiderischsten, ausgedehntesten und drängendsten Form.

Um das Bild zu vervollständigen... muß man nur noch hinzufügen, daß die westlichen Besatzungsmächte am 1. April das Verbot ausließen /in Bezug auf die industrielle Entwicklung in Westdeutschland und schreibt u.a.: "... Der ausschlaggebende Einwand gegen die Vereinbarungen von Washington ist der, dass die westlichen Alliierten

- 3 -

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

discher Investitionen aufgehoben haben, das durch Viermächte-Übereinstimmung nach Potsdam verhängt wurde. (Die Erlaubnis, Deutsche Mark zu investieren, die von Tochtergesellschaften ausländischer Firmen verdient werden, wie z.B. derjenigen von General Motors und Ford, wurde schon vorigen Sommer erteilt). Es ist charakteristisch, daß es nicht mehr die kleinen und mittleren Geschäftsleute sind, wie nach 1918, von denen erwartet wird, daß sie ihre Ersparnisse in Deutschland anlegen, sondern (wie Herr Collinsort, der Verwalter des Marshall-Planes für westdeutschland, sagte) 'die Konzerne, die in Deutschland laufende Interessen haben, wie z.B. die Opel-werke der General Motors' - mit anderen Worten, die Herren der amerikanischen Schwerindustrie. Wir wissen nicht, wieviel diese Konzerne in westdeutschland kontrollieren oder zu kontrollieren beabsichtigen; es ist bekannt, daß sie den Stinnes-Komplex im Ruhrgebiet haben; es wird vermutet, daß sie bereits Mittel und Wege gefunden haben, sich in die I.G. Farben Industrie einzukaufen. Es wäre direkt unnatürlich, wenn sie sich derartige nützliche Ergänzungen ihrer Macht entgehen lassen würden, wie dies viele andere Zweige der westdeutschen Schwerindustrie darstellen.

Sogar wenn die Amerikaner die Absicht haben sollten, sich zurückzuhalten, könnte die notwendige Finanzierung der westdeutschen Schwerindustrie unter den derzeitigen Umständen nur seitens der alten Monopole erfolgen, da diese die einzigen sind, die in westdeutschland über die notwendigen Hilfsquellen verfügen. Auf die eine oder die andere Weise wird den Männern, die Hitler bezahlten, wieder in den Sattel geholfen. Es bedurfte nicht der kürzlichen Visite Fritz Thyssens in Belgien, damit diese Schlußfolgerung gezogen werden kann; er unternahm sie mit amerikanischer Unterstützung, um die 'Zusammenarbeit' mit den belgischen Stahlbaronen zu fördern. Auf diesem Grundstein, der mit Hilfe der Labour-Regierung angesichts einer Fülle gegenteiliger feierlicher Versicherungen gelegt wurde, können wir nur erwarten, eine Art Deutschland entstehen zu sehen."

Mao Tse Tungs Armee-Befehl zum Angriff

Am 22. April, vor Beginn der neuen Offensive, veröffentlichte die Agentur SIN-HUA die Mitteilung, daß der Vorsitzende des Volksrevolutionären Kriegskomitees Chinas, Mao Tse Tung und der überkommandierende der Volksbefreiungsarmee, Tsche-Te, an alle Kommandeure und Soldaten der Truppen der Volksbefreiungsarmee und die Partisanentruppen in den südlichen Kampfgebieten einen Befehl erlassen, der u.a. besagt:

"Die Friedensvereinbarungen, die im Ergebnis langwieriger Unterredungen zwischen Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und der Nankinger Kuomintang-Regierung getroffen waren, wurden von der Kuomintang-Regierung abgelehnt. Der Grund der Ablehnung dieser Friedensvereinbarungen durch die verantwortlichen Mitglieder der Nankinger Kuomintang-Regierung liegt darin, daß sie sich immer noch den Befehlen der amerikanischen Imperialisten und dem Führer der Kuomintang, Tschiang Kai Schekykrügen, die die Befreiung des chinesischen Volkes und die friedliche Lösung der inneren chinesischen Frage verhindern wollen.

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Die Friedensvereinbarung, die aus 8 Bedingungen und 24 Punkten besteht und von den beiden Delegationen ausgearbeitet wurde, zeigte Nachsicht in der Frage der Kriegsverbrecher und in bezug auf die Offiziere und Soldaten der Kuomintang-Armee und die Kuomintang-Regierungsmitglieder. Sie sieht die Lösung anderer Probleme im Interesse der Nation und des Volkes vor. Die Ablehnung dieser Vereinbarung beweist, daß die Kuomintang-Reaktionäre entschlossen sind, den konterrevolutionären Krieg, den sie entzweit haben, bis zum Ende zu führen. Die Ablehnung dieser Vereinbarung beweist, daß die Friedensunterredungen, die am 1. Januar dieses Jahres von den Kuomintang-Reaktionären vorgeschlagen waren, nichts anderes waren als Versuche, die vorwärtsbewegungen der Volksbefreiungsarmee aufzuhalten, um eine Atempause zu gewinnen und darauf hin neue Angriffe zur Vernichtung der revolutionären Kräfte zu unternehmen. Die Ablehnung dieser Vereinbarung beweist, daß die vorgetäuschte Anerkennung der acht Friedensbedingungen der Kommunistischen Partei Chinas als Grundlage der Unterredungen seitens der Nankinger Li-Sun-Yen-Regierung nur Heuchelei war. Da sie die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Reorganisation aller reaktionären Kuomintang-Truppen nach demokratischen Prinzipien, die Übergabe der gesamten Macht der Nankinger Regierung und aller ihr unterstehenden Regierungsorgane, sowie die anderen wichtigen Bedingungen anerkannt hatten, so war kein Grund vorhanden, die konkreten Bedingungen, die entsprechend den Grundvereinbarungen ausgearbeitet waren, abzulehnen.

In Anbetracht dieser Sachlage befahlen wir:

1. Greift mutig und entschlossen an, vernichtet alle Kuomintang-Reaktionäre in China, die euch Widerstand leisten, befreit das Volk des ganzen Landes, verteidigt die Unabhängigkeit und die Gesamtheit des Territoriums Chinas und seine Souveränität.
2. Greift mutig an und verhartet alle hartnäckigen Kriegsverbrecher. Verhartet sie, übergibt sie dem Gericht und verurteilt sie entsprechend dem Gesetz, unabhängig davon, wo sie sich verstecken. Schenkt der Verhaftung des Bandenführers Tschiang Kai Schek besondere Aufmerksamkeit.
3. Setzt allen lokalen Kuomintang-Provinzialregierungen und die lokalen Militär-Gruppierungen von der endgültigen Form der Friedensbedingungen in Kenntnis. Mit denjenigen, die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringen, die Kriegshandlungen einzustellen und alle Probleme auf friedlichem Wege zu lösen, könnte ihr lokale Vereinbarungen, entsprechend dem Geist der letzten, verbesserten Form der Vereinbarung, abschließen.
4. Wenn Nanking von der Volksbefreiungsarmee umzingelt sein wird, und wenn die Nankinger Regierung Li-Sun-Yen sich nicht versteckt und nicht flüchtet und ihr Einverständnis, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, zum Ausdruck bringt, so sind wir bereit, dieser Regierung noch eine Möglichkeit zur Unterzeichnung dieser Vereinbarung zu geben."

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Die wirtschaftlichen Erfolge Albaniens und Ungarns -
ein Beispiel friedlicher Zusammenarbeit

Ein neuer Beweis für die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion an ein kleines demokratisches Land war das am 12. April veröffentlichte sowjetisch-albanische Kommuniqué. Bekanntlich wurde auf Grund der Verhandlungen in Moskau ein Abkommen abgeschlossen, wonach die Sowjetunion Albanien Ausrüstungen und Materialien auf Kredit liefern wird. Es wurde auch ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen für 1949 unterzeichnet.

Das albanische Volk begrüßte lebhaft den neuen großzügigen Akt des Sowjetstaates. Die aus Moskau heimkehrende Regierungsdelegation Albaniens wurde von über 30 000 Einwohnern Tiranas empfangen. Dieser Empfang verwandelte sich in eine Volksdemonstration für die Festigung der sowjetisch-albanischen Freundschaft. In seiner Rede erklärte der Ministerpräsident Albaniens, Enver Hodscha, daß das albanische Volk der Sowjetunion ewig dankbar sein werde.

Auch die anderen Länder der Volksdemokratie, die sich auf die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion stützen, stellen erfolgreich ihre Wirtschaft wieder her. Ein Beispiel dafür ist das neue Ungarn. Bekanntlich nahm das Plenum der Zentralleitung der Ungarischen Arbeiterpartei einen Entwurf zum Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes an. Der Fünfjahrplan, so heißt es im Beschluß, ist der Weg zur Errichtung eines reichen, starken, kulturellen, sozialistischen Ungarns. Die Arbeiterpartei stellte den Entwurf des Fünfjahrplanes zur Diskussion des ganzen Volkes. Der Plan wurde in Arbeiterversammlungen, in den Dörfern und in Versammlungen der Wissenschaftler, Künstler und Kulturschaffenden eingehend erörtert. Der Finanzminister hielt ein Referat über den Fünfjahrplan. Jeder Werktätige erklärte er, weiß, daß die Losung der Kommunisten: "Das Land gehört dir, du baust es für dich auf!" der Wahrheit entspricht. Im Verlauf von drei Jahren wurde Ungarn zu einem Volksstaat, der für das Volk und zu seinem Wohle errichtet wird. Davon zeugt der Entwurf des neuen Fünfjahrplanes.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Fünfjahrplanes Ungarns ist die Liquidierung der Rückständigkeit der Landwirtschaft. Es werden Waldanpflanzungen durchgeführt und die Fläche der bewässerten Felder vergrößert. Die Zahl der Traktoren und Mährescher wird erhöht. Gegen Ende des Fünfjahrplanes wird der Viehbestand um 57 Prozent grösser sein. Im Ergebnis der Erfüllung des Fünfjahrplanes wird jedes ungarische Dorf elektrischen Strom, Chausseen und Telefon erhalten.

Der Fünfjahrplan ist ein Plan zur weiteren Hebung des Wohlstandes der Werktätigen. Der Lebensstandard der Bevölkerung wird um 50 Prozent höher sein als vor dem Kriege. Die ungarischen Zeitungen, die weitgehend die Ziele des Fünfjahrplanes kommentieren, vermerken, daß dieser Aufbauschwung auf allen Gebieten der Wirtschaft möglich ist dank der demokratischen Umgestaltung des Landes, dank der Hilfe der Sowjetunion, die Ungarn von faschistischer Tyrannei befreit hat.

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des "Islandes" - 6 -

Zur Information
=====

Margarete Buber-Neumann, eine Marionette des Antisowjetismus
(PD)

Nach dem Auftreten von Margarete Buber-Neumann in dem berühmtesten antisowjetischen Krawtschenko-Prozess brachte die französische Wochenzeitschrift "France Nouvelle" vom 2. April folgenden aufschlußreichen Artikel:

"Nachdem Frau Neumann zugunsten Krawtschenkos ausgesagt hatte, stellte sie diesen beinahe selbst in Schatten. Seitdem liest man ihre Ergüsse in 'Figaros-Littéraire', in 'France-Soir' und im 'Populaire', der sie lang und breit interviewt, um sie als ein ausgewähltes Opfer der bekannten sowjetischen Grausamkeit hinzustellen, die in ihrem Fall zweifellos bis zum Sadismus gegangen sei. Man bedenke, sie war jahrelang in der Sowjetunion interniert, weil sie die Frau eines deutschen Kommunisten war, der Meinungsverschiedenheiten mit Stalin hatte. Ihr Mann soll auf geheimnisvolle Art durch die NKWD, die furchtbare Geheimpolizei in grüner Uniform, verschleppt sein. Sie selbst sei schließlich - und das grenzt an Sadismus - durch die Sowjetregierung an Hitler ausgeliefert worden, der sie dann nach Ravensbrück schickte.

Das ist kurz gesagt die schreckliche Geschichte derjenigen, die sich als Frau Buber-Neumann ausgibt - erzählt von ihr selbst.

Die Wahrheit ist ein wenig anders. Rechtsanwalt Nordmann, der Verteidiger der 'Lettres Françaises' im Krawtschenko-Prozess hat ein für alle Mal in seinem Plädoyer (dem wir nachfolgendes entnehmen) aufgezeigt, welches die wahre Rolle dieser berufsmässigen antisowjetischen Provokateurin ist.

Weder Frau Biber, noch Frau Neumann

'Die Zeugin, die jetzt aussagen wird, ist die Tochter des bekannten deutschen Philosophen Martin Biber. Sie war die Frau, ist vielleicht die Witwe von Heinz Neumann, der Mitglied des Politbüros der KPD war.' Mit diesen Worten führten die Anwälte Krawtschenkos diese 'werte' Person ein.

Einige Tage später erhielt die Zeitschrift 'Les Lettres Françaises' ein von Martin Biber unterzeichnetes Schreiben. Der deutsche Philosoph, ein Freund des französischen Philosophen Bachelard, dessen Autorität Frau Neumann als Bürgschaft dienen sollte, schrieb folgendes:

'... Teilen Sie ihren Lesern bitte mit, daß die genannte Person weder meine Tochter, noch irgendein entferntes Mitglied meiner Familie ist, sondern die erste Frau meines Sohnes, von dem sie seit mehr als zwanzig Jahren geschieden ist. Ihr Familienname ist meines Wissens Margarete Faust, geborene Turing. Neumann ist der Name ihres zweiten Mannes und Faust der des dritten.'

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Also hat Frau Neumann-Buber keine Berechtigung, sich Buber zu nennen, da sie seit mehr als 20 Jahren von Buber geschieden ist. Genau so wenig kann sie sich Neumann nennen, denn sie hat jetzt einen dritten Mann, woraus sich schliessen läßt, daß sie entgegen ihren Angaben genau weiß, was aus Neumann, ihrem zweiten Mann geworden ist. Sie zweifelt nicht daran, daß er tot ist und daß er wahrscheinlich zur Zeit der Moskauer Prozesse gegen die trotzkistischen Spione im Dienste des deutschen und japanischen Imperialismus erschossen wurde.

Aber diese Verschleierung ihrer Identität und das Geheimnis, das sie aus dem 'Verschwinden' ihres zweiten Mannes macht, sollen die öffentliche Meinung beeindrucken. Der Brief Martin Bubers hat die erste antisowjetische Fälschung entlarvt.

Die Rolle Heinz Neumanns

Wer ist Heinz Neumann? Tatsächlich war er einmal Mitglied der KPD. Er wurde zum Renegaten, seine Tätigkeit diente dem Hitlerfaschismus. Selbst nach seinem Tode benutzen die Feinde der Sowjetunion, des Sozialismus und des Friedens ihn zu ihrer Propaganda.

Zur Zeit, als in Deutschland sich die faschistische Gefahr verstärkte, hätte man, um ihr entgegenzutreten, um jeden Preis die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und demokratischen werktätigen herstellen müssen. Für dieses Ziel arbeitete Ernst Thälmann im Rahmen der KPD, deren Leitung auch Neumann angehörte. Dies war eine schwierige Aufgabe. Für die deutschen Kommunisten war es nicht einfach, Seite an Seite mit den Sozialdemokraten zu kämpfen. Sie konnten nicht vergessen, daß die von Sozialdemokraten geführten Regierungen in den zehn vergangenen Jahren auf die Arbeiter in Berlin, Hamburg und anderswo schießen ließen und daß sie für die Ermordung ihrer grossen Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, verantwortlich waren.

Thälmann wußte, daß es unerläßlich war, alle Demokraten Deutschland, die gesamte deutsche Arbeiterklasse zu einigen, um gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

Eine Losung, die den Nazis diente

Was tat Neumann zu dieser Zeit? Er machte keinen Unterschied zwischen den sozialdemokratischen Führern, deren arbeiterfeindliche Kompromiss-Politik mit der Reaktion die Bezeichnung "Sozialfaschist" in den Augen seiner Genossen gerechtfertigt hätte, und den sozialdemokratischen Arbeitern, die durch diese Politik der SPD getäuscht wurden und ohne die ein siegreicher Kampf gegen den Nazismus unmöglich war. Dadurch, daß er die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Nazifaschisten gleichstellte, während im gleichen Augenblick die deutschen Kommunisten die größten Anstrengungen machten, gegen den drohenden Faschismus vorzugehen, arbeitete er dem Hitlerraschismus in die Hände.

Pressedienst
(FD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 8 -

Die deutschen werktätigen wurden geschlagen, weil es ihnen nicht gelang, die Einheitsfront gegen den Faschismus herzustellen. Das lehren uns die bitteren Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre.

Trotzkisten am Werk
- - - - -

Aber diese Erfahrungen lehren uns auch, daß in Frankreich, Spanien, Griechenland usw., überall da, wo die trotzkistische Politik mit mehr oder weniger Erfolg betrieben wurde, dies durch Elemente geschah, die als Agenten der hitlerischen 5. Kolonne entlarvt wurden. Die bekannten Aufzeichnungen der Amerikaner Sayers und Kahn 'Der geheime Krieg gegen Sowjetrußland' enthüllten, daß Trotzki selbst in enger Verbindung mit den Nazis stand.

Die Moskauer Prozesse vor dem zweiten Weltkrieg haben den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß nur durch Liquidierung der 5. Kolonne der Sieg über den Nazismus ermöglicht wurde.

Auch in Frankreich haben wir während der Okkupation gesehen, daß die Propagandastaffeln trotzkistische Elemente und ihre Schriften benutzten, um sich in die Widerstandsbewegung und in Arbeiterkreise einzuschleichen. In einem Dokument des deutschen Informationsministeriums heißt es: 'Diese Propaganda hatte das Ziel, durch handfeste Argumente Zweifel zu saen und die durch die französische kommunistische Partei beeinflussten Arbeiter zu überzeugen oder zu neutralisieren.' Und weiter heißt es: 'Man muß sich auf den Standpunkt der Verteidigung des Leninismus stellen.'

Hören wir, was herauskam, wenn die Propagandastaffel sich auf den Standpunkt der Verteidigung des Leninismus stellte:

"Lenin erlaubte nicht, daß man den kirchlichen Führern die Hand reichte.

Lenin erlaubte nicht, daß man sich zum Verteidiger eines raubgierigen Imperialismus machte.

Lenin erlaubte nicht, daß man auf den deutschen Arbeiter in Uniform schoß.

Wir können einen solchen Verrat nicht zulassen, weil die Proletarier aller Länder Brüder sind."

Das waren die Propagandathemen, die die Nazis organisierten und die die trotzkistischen Agenten in einem Augenblick anwandten, als es darauf ankam, alle Kräfte gegen den faschistischen Okkupanten zu sammeln. War diese ultra-revolutionäre Sprache, die dazu bestimmt war, die gegen den Faschismus kämpfenden Kräfte zu zersetzen, nicht die gleiche, die Neumann im Jahre 1930 gegen die "Sozialfaschisten" führte?

Neumanns Tätigkeit in der Sowjetunion
- - - - -

Neumanns Weg des Verrats ging weiter. Nach Hitlers Machtantritt ging er in die Schweiz, wo er ausgewiesen wurde und dann nach Frankreich. Das letztere verbarg Frau Neumann dem Gericht. Sie sagte

Pressedienst
(FD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 9 -

nur, daß man ihm die Wahl ließ, nach Deutschland oder der Sowjetunion zu gehen. Im Mai 1935 ging er von Frankreich nach der UdSSR, nicht unter polizeilicher Bewachung, sondern um dort an den Vorbereitungen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale teilzunehmen. Denn zu dieser Zeit war die trotzkistische Tätigkeit noch nicht bekannt und Neumann war noch nicht entlarvt. Der Kongreß verurteilte die Einstellung Neumanns. Die Kommunisten versuchten Neumann für eine richtige Einstellung zu gewinnen, die den Interessen der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung entsprach. Aber Neumann kämpfte nicht gegen den Faschismus. Er schloß sich der Clique seiner trotzkistischen Freunde an, die antisowjetische Spionage trieben. Diese Leute wurden in Moskau verurteilt und selbst so unparteiische Persönlichkeiten, wie der englische Gesandte Davies und der Abgeordnete Pritt bezeichneten sie als Spione Hitler-Deutschlands und Gestapounters. Es ist eine Tatsache, die u.a. auch von dem amerikanischen Schriftsteller Stevens in seinem Buch 'Es gibt kein russisches Mädel' festgestellt wurde, daß die Trotzkisten in der Sowjetunion unter den dortigen als Deutschland emigrierten Kommunisten zahlreiche Komplizen fanden. Neumann schloß sich den Agenten der 5. Kolonne an. In der Sowjetunion, wie in Frankreich und überall, waren die Elemente, die sich als ultrarevolutionär ausgaben, ganz einfach Agenten der deutschen Politik. In der Sowjetunion kamen sie vor Gericht und wurden verurteilt. Das geschah auch mit Neumann.

So ist die Wahrheit, die von seiner Frau verfälscht wird, um die antisowjetischen Provokationen und die Spaltung der friedliebenden und demokratischen Kräfte fortzusetzen.

Frau Neumann wähle: Hitlerdeutschland

Wie verhielt sich Frau Neumann, als ihr Mann durch die Sowjetbehörden verhaftet wurde? Diese angeblich ultrarevolutionäre und antiraschistische Dame erklärt, daß sie durch die NKWD an die Gestapo ausgeliefert wurde. In Wirklichkeit aber hat sie sich an die deutsche Gesandtschaft in der Sowjetunion gewandt, um ihre Heimreise zu beantragen! Das geht aus einem Brief hervor, den der deutsche Schriftsteller Albert Norden an den Direktor der 'Lettres Francaises' richtete.

Jedoch - so führte Rechtsanwalt Nordman aus, verhafteten die sowjetischen Behörden Frau Neumann, als sie erfuhr, daß auch sie sich an der antisowjetischen Spionage beteiligt hatte. Sie verurteilten sie zu 5 Jahren Straflager... 1940 profitierte auch sie von den allgemeinen Maßnahmen der Straferleichterung, jedoch mit der Verpflichtung, das sowjetische Gebiet zu verlassen. Vor die Wahl gestellt, in welches Land sie sich begeben sollte, wählte Frau Neumann, getreu ihrer Einstellung von 1938, Deutschland.

Viele ihrer Freundinnen taten das gleiche. Das ist die Wahrheit über die sogenannte 'Auslieferung' durch die sowjetische Regierung.

Pressedienst
(PD)

28. April 1949
Stimmen des Auslandes - 10 -

Zweifellos ließ Hitler ihr nicht den Empfang zuteil werden, den sie erwartete. Vielleicht hielt man sie für eine zweifelhafte Agentin oder für eine abgestempelte Person. Man schickte sie in ein Konzentrationslager. Dies war die einfache, grausame, brutale, faschistische Methode. Frau Neumann's Rechnung war falsch. Genau so wie die eines anderen Zeugen im Krawtschenko-Prozess, des Deserteurs redonjuk, der sich 1946 nach Franco-Spanien begab, um dort 'die Freiheit' zu finden. Er wurde verhaftet und kam in ein Konzentrationslager.

Es ist bekannt, daß es im Nazi-Deutschland 'Ehren-Deportierte' gab. Auch Frau Neumann war eine dieser 'Deportierten' der Unehre. Das ist der Weg des Verrates, den diese Propaganda-Figur des Krawtschenko-Prozesses nach Sibirien und von Sibirien nach Ravensbrück zurücklegte.

Heute wie gestern im Dienste der Kriegshetzer

Heute setzte Frau Baber-Neumann, die in Wirklichkeit weder Baber noch Neumann heißt, ihre antisowjetischen Provokationen fort. Gestern stand sie im Dienste der deutschen Imperialisten, heute im Dienste der amerikanischen Imperialisten. Immer arbeitet sie für die Feinde der Demokratie und des Sozialismus, für die Kriegshetzer. Das ist das Schicksal der Trotzlisten, das Schicksal aller Mengden des Kommunismus!

Ihr Platz ist in den Reihen der traurigen Berühmtheiten, der Landesverräter, der Kriegsverbrecher, die "bei Hitler Zuflucht suchten und die heute für Krawtschenko aussagen..."



KULTUR-^{u.}FEUILLETON

BEILAGE ZUM PRESSEDIENST DER **SED**
REDAKTION BERLIN C2, WALLSTR. 76-79

Inhaltsverzeichnis

vom 28. April 1949

Krieg dem Kriege	Heinz Fritz
Keine Menschenerziehung ohne Kriegslichtung . . .	Paul Östreich
Meifeier 1931 bei den Tscherkessen	Karl G-ünberg
Theologische Studenten der Universität Göttingen schrieben an Max Reimann	
Die Universität von Vietnam	Levan San
Das Drama der Pariser Kommune	Dr. M. Schultz
"Stalingrad" - von der anderen Seite	Emmy Dülping
Ein neuer Beruf	Fred Wiessner

28. April 1949

- 2 -

Krieg dem Kriege!

Aus dem Lager 7 182/13 in der
UdSSR ging uns folgender Beitrag eines
deutschen Kriegsgefangenen zum Kampf
um den Frieden zu:

Einmal sind wir marschiert bei Tag und bei Nacht
in Sommers Hitze und eisigem Wind
und haben in unserem Wahn gedacht,
daß so nur getreue Deutsche wir sind,
bis in Schrecken und Elend endet der Pfad
und ein Name uns Halt bot, - Stalingrad.
Da verstummte das Prahlen vom blitzschnellen Sieg,
und ein Lähnen stieg auf: Nie wieder Krieg!

Wir lagen im Graben. Es tobte die Schlacht,
ein Pfeifen und draussen, wimmerndes Schrein,
als hätte die Hölle sich aufgemacht,
um uns in ewiges Verderben zu sein.
Da gellt ein Schrei, ich erfasse eine Hand,
ein rüchelnder Mund spricht sterbend im Sand:
Grüß Frau mir und Kinder und sag, wo ich blieb,
und künd es der Heimat: Nie wieder Krieg!

Sirenengeheul, die Nacht ist erhellt.
Ärachen und Borsten und lodernde Blut,
und Bombe auf Bombe vom Himmel fällt,
züngelndes Feuer in gieriger Wut.
Ein Haften der Menschen durch glattheißen Wind.
Es klagt eine Mutter, sie sucht ihr Kind
und verflucht die Lüge vom blitzschnellen Siege
mit geballten Fäusten: Krieg dem Kriege!

Hast Du sie vergessen, dein Kamerad,
die Jahre des Sterbens, der Not und Pein,
und willst nun nochmals zum Worden die Saat
in den Händen der Kapitalisten sein?
Die schmunzeln aus bombensicherer Ruh,
Kanonenfutter, Arbeiter, bist Du.
Drum Schluß mit der Netze! Dem Frieden zum Siege!
Und unsere Losung: Krieg dem Kriege!

Heinz Fritz

- 3 -

28. April 1949

- 3 -

Keine Menschenerziehung ohne Kriegszüchtung

von Paul Oestreich

Die Kleingläubigen und die Eigennützigten, die Gedankenlosen und die Verzagten, sie wiederkühlen: "Es hat immer Kriege gegeben, es wird sie immer wieder geben! Die angesammelte Bosheit muß sich hin und wieder entladen. Widerstrebe dem Bösen nicht, gib Dir vielmehr Mühe, es zu überstehen!"

Der Staat wurde in der Hand der herrschenden Klasse eine Maschinerie, die sich die totale Entscheidung über Existenz und Verwendung der Menschen anmaßte, über sie bedenkenlos verfügte, ein menschenfresserischer Moloch, der den Menschen eine fata morgana zukünftigen Glücks vorgaukelte und sie in einer Schuttwüste des Elends enden ließ.

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Verbrecherorganisation sind die früheren Opfer der SA und SS an den Wiederaufbau gegangen, vor allem an die Erziehung der irregeführten oder während des Krieges geborenen Kinder. Die Zerspaltung Deutschlands in Zonen, die kurzsichtige Agitation für konfessionelle Schulen und die Beharrung vieler Deutscher in einem Denken engen Horizonts ließen im Westgebiet nur die Erneuerung der alten hitlerzeitlichen Schulformen, Schulinhalte und -methoden zu, während der Osten allen Kindern, auch den proletarischen und bauerlichen, endlich die volle Ausbildung aller ihrer Fähigkeiten sicherte.

Während schnell zusammengeraffte und oft nur notdürftig ausgebildete Lehrer mit ihren Kindern die Bildungsleiter hinaufzusteigen versuchten, während neues Leben sich aus den Ruinen zusammenfand, begannen unter den Besatzungsmächten Zwistigkeiten, hinter denen unversöhnliche Gegensätze standen: Die Verteidigung alter gesellschaftlicher Unterschiede in Besitz und Bildung rang mit dem Geiste neuer sozialer Gerechtigkeit, die die Gaben der Natur und die Ergebnisse menschlicher Arbeit allen Mitmenschen zuteil werden lassen und ihnen die produktive Arbeit erleichtern wollte.

Kaum hatten die vier Mächte den Hitlerstaat gemeinsam vernichtet, da wurde den imperialistischen Völkersausbeutern unter ihnen bewußt, daß ihr Sieg sie selber in ihrer Klassenordnung bedrohte; die Massen, denen die Scheuklappen abgerissen waren, begannen ihre Lage als Ausbeutungsobjekte der imperialistischen Industriestaaten und der Kolonialmächte zu erkennen und sich zum Befreiungskampfe mit geistiger und produktiver Schulung vorzubereiten. Und sofort traten die Herren zur Abwehr zusammen, brachen die Siegerverträge und verfehmten alle fortschrittlichen Kräfte, die die Menschenrechte durchsetzen wollten. Sie begannen in den zusammengebrochenen Völkern, die sie zerspalteten, Helfershelfer für ihre rafferische Machtpolitik zu gewinnen und versuchten, sie wieder militärisch zu drillen. Gleichzeitig wollen sie die Völker durch Wegnahme ihrer Rohstoffe und Aufdrängung von Anleihen und Exportgütern, durch Verschuldung und auf Wohltaten angewiesene Armut an sich binden. Die Bedrohung des Friedens aber verlangsamt, unterhöhlt, verhindert den Aufbau, verhindert die notwendigen Reformen und vergiftet die Gesinnung der heranwachsenden Generationen, denen dabei jeder Glaube an einen vernünftigen Sinn des Lebens entschwindet.

- 4 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 4 -

Im Osten Deutschlands dagegen lebt der gläubige Wille an ein durch Arbeit und Bildung zu schaffendes und zu erziehendes friedfertiges, wohlhabendes, glückliches deutsches Volk. Das Schulwesen hat sich merklich verbessert, die Zahl der Schüler und Lehrer hat sich stark vergrößert, die Bildungshöhe steigt, und trotz aller noch bestehenden Mängel und Lücken sind die Fortschritte nicht zu bestreiten. Überall arbeitet man an Verbesserungen. Und nun beginnt auch die Gemeinschaftsarbeit der Elternschaft und Erziehungsinteressierten tatkräftig einzusetzen.

Die Gesellschaft der Freunde der neuen Schule hat hierbei eine wichtige Aufgabe übernommen. Sie ist nicht etwa eine Vereinigung der Nörgler an der Schule, auch keine Stätte eines Parteiengetümmels, sondern eine Helfervereinigung, die Mittel für besondere Zwecke der Schule aufbringt, Räume besorgt, die Lehr- und Lernmittel bereichert, die Ernährung, Beheizung und Kleidung verbessert, die Lehrer aus ihren Notizen befreit, die Hygiene verbessert, die für Werkstätten, Laboratorien, Bibliotheken, Aufenthaltsräume und Ferien- und Erholungsheime mitsorgt. Sie hat ein ansehnliches Programm, das für sich selber spricht, und sie arbeitet dabei Hand an Hand mit den Gewerkschaften und den anderen demokratischen Organisationen. Ihre größte Aufgabe aber ist, den Schulen die Lebenssicherheit zu garantieren.

Zahllose Menschen haben immer noch nicht begriffen, unter welcher Bedrohung wir leben. Die durch die Demagogie der Westpresse erblindeten Einwohner des Berliner Westens ahnen z.B. nicht, in welche Kriegsgefahren sie ihre Beschränktheit trägt. Sie wollen ihren Kindern die Verrechtsschulen erhalten, die doch ihre Schüler durch die Verwestlichung der Gesinnung schon wieder kriegsreif machen, sie der Vernichtung entgegenführen. Die Freunde der neuen Schule aber wollen die von ihren Schulen herangebildeten Kinder nicht den Lebenssinn im Schlachtentod für ein zerstörtes Vaterland finden lassen, sie wollen ihr Leben sichern, es fruchtbar und glücklich gestalten. Also wissen sie, daß **U b e r** allen Arbeiten für die Fortschritte der Schulen die Sicherung der Existenz steht, daß ohne dauernden Weltfrieden alle Erziehungsarbeit einen Leerlauf darstellt.

Was hätte es für einen Zweck, daß die Jugend Fremdsprachen lernt, daß sie Mathematik, Naturwissenschaften, Künste betreibt, wenn sie das alles in einen Krieg trägt, um damit einen Kriegaacker zu düngen? Ein junger Mensch muß unter solchen Umständen ein Zyniker werden. Jene Väter und Mütter, die im Heldentode ihrer Söhne die Krönung des Lebens sehen, sind Hobebecker und verantwortungslos. Der wirkliche beständige, gemeinnützige Jugenderziehung sich zur wunderbaren Aufgabe stellt und doch beständige Kriegsabenteuer als tragbar oder gar wünschenswert hinstellt, ist ein Mörder aus Dummheit. Wir bauen nicht stattliche Schulhäuser und große Werkstätten und Laboratorien, um daraus die Zerstörer und Vernichter dieser Einrichtungen hervorgehen zu lassen. Darum müssen die Freunde der neuen Schule Friedensfreunde und -kämpfer sein oder sie treiben geschäftlichen Müßiggang, während das Kriegspotential steigt.

Technik, die praktisches Wissen, Erfindungsgabe und Geschicklichkeit voraussetzt, sollte den Menschen dienen und helfen. Sie ist aber mißbraucht worden, und dieser Mißbrauch bedroht heute z.B.

- 5 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 5 -

mit Atombomben und Massenvernichtung die ganze Menschheit. Und doch könnte diese Atomenergie die Heinezmänner-Armee dieser Menschheit werden, die Arbeitslast des einzelnen vermindern, die Menschen glücklicher und freier machen.

Das haben die Freunde der neuen Schule begriffen und werden demgemäß sich einreihen. Keine Menschenenerziehung ohne Kriegsmöglichkeit! Keine Wohlfahrt und keine Kultur ohne Ausschaltung der Kriegsmöglichkeit. Die Lehrer m ü s s e n Kriegsfeinde sein, wenn sie die Jugend lieben. Wer nicht dem mißtraut, der das große sozialistische Pioniervolk, die Sowjetunion, ständig verleumdet und bekümpft, wer aufrüstet und seinen Milliarden dient statt der Menschheit, der ist unfähig zu erziehen und die Jugend zu führen.

"Krieg dem Kriege!" heißt die Devise der Jugendfreunde.

1998

Malfeier 1931 bei den Tscherkessen

Wir waren von Krasnodar herüber gekommen, um - einer Einladung folgend - an diesem 1. Mai der Vereidigung der jungen Rotarmisten des Autonomen Adyge-Gebiets beizuwohnen. Der malerisch am Ufer des strudelnden Kuban gelegene Aul Tschock-Chadipatch hatte sich mit seinen farbig getünchten Häusern gänzlich unter einem zartduftigen Obstbaumbütenschleier versteckt. Das Dorf bot so in der strahlenden Maiensonne ein köstliches Bild des Friedens. "Salem aleikum" (Friede sei mit Euch) grüßten unsere russischen Führer die weißbärtigen Partiarchen, die - wie Märchengestalten aus Tausendundeinernacht - auf einer Bank vor der hölzernen Moschee saßen. Und "Friede sei mit Euch", scholl es aus zahnlosen Mündern zurück. Heut war Ramadan, ein hohes moslemisches Fest, aber nur die ältesten Greise trieb es zur Moschee. Die ganze übrige Bevölkerung hatte sich auf einer großen Wiese versammelt, um die Vereidigung der jungen Rotarmisten zu einem wahren Volksfest zu gestalten.

Harmonikaklänge und Gesang schallten uns entgegen. Die älteren Frauen hielten sich etwas abseits, ein Überbleibsel des moslemischen Sittenkodex. Aber die jungen Mädchen - unter ihnen exotische Schönheiten vom Farbenton reifender Pfirsiche - hatten bereits die Fesseln der Tradition gesprengt. Arm in Arm mit den schlankhüftigen Burschen sangen sie ihre gutturalen, unserem Ohr fremdartig klingenden Lieder, tanzten sie ihre graziösen Nationaltänze. Und hatten die steifen Fremdlinge, ehe diese sich versahen, in ihren tollen Wirbel mit hineingerissen.

Hoch zu Pferde sprengten fünfundzwanzig tscherkessische Rotarmisten in den sich Öffnenden Kreis. Prachtvolle, schwer zu zügelnde Pferde! Prachtvolle Burschen mit kühnen Adlergesichtern, in schwarzer Nationaltracht, mit Bärenmütze, weißem Baschlik und Patronengürteln über der Brust, vor dem Leib den langen Tscherkessendolch, an der Seite den Krummsäbel. Unter einer goldgestickten roten Standarte verlas der Kommandeur in tscherkessischer Sprache den Fahneneid der Roten Armee, satzweise sprachen ihn die Rotarmisten nach. Und dann zeigten sie, was sie bereits gelernt hatten, eine "Djegetowska!"

- 6 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 6 -

Hei sind das Reiter! Abwechselnd jagten sie die mit Weidenruten abgesteckte Bahn entlang, im Sattel stehend, in jeder Faust einen Säbel, links und rechts die Ruten köpfend. Zum Schluß mußte ein Ball von einem Bock gestoßen und ein Ring gestochen werden. Fast alle erfüllten die Bedingungen.

Dann gesellten sich die Rotarmisten ihren Landsleuten bei, und es begann ein fröhliches Treiben mit Musik, Gesang, Tanz, Spiel und Scherz. Wir internationalen Schriftsteller aber wurden im Haus des Dorfältesten zum Gastmahl geladen. Eine bei der stechenden Sonne angenehm kühle, peinlich saubere Stube mit Lehm-Estrich nahm uns auf. An den blaugetünchten Wänden Stuckverzierungen und Koransprüche. Uns zu Ehren hatte ein feister Hammel sein Leben lassen müssen, der in respektablen Bratstücken zusammen mit geschmorten Tomaten und grünem Pfeffer auf den Tisch kam. Vorher gab es eine aromatische Buttermilchsuppe, hinterher eingeweckte, starkgezuckerte Beeren und schließlich Tee und ein feines Gebäck in Form arabischer Reliefs. Zwischendurch kränzten uns einen wundervollen, süßen Rotwein, den aber die alten Herren, die mit uns um Tische saßen, verschmühten, weil ihn der Prophet verboten hatte. Die jungen Männer standen ringsum an den Wänden und warteten uns auf, so will es die durch Tradition geheiligte Sitte gegenüber wertigen Gästen. Obgleich ich das etwas peinlich empfand, hat es mir selten so gut geschmeckt.

Unser Gastgeber bat um Gehör, um mitzuteilen, daß der Gemüsekolchos "Staraja Pschechakojs" uns zu Ehrenmitgliedern ernannt habe. Fortan wird bei jeder Mitgliederversammlung unser Name aufgerufen werden und als Antwort: "Abkommandiert zur Verbreitung der sozialistischen Idee!" Tiefgerührt nahmen wir unsere Mitgliedsbücher in Empfang.

Nun begann man zu singen: "Trauer um Tsapsee", ein Nekrolog auf die Eroberung dieser Stadt durch die zaristischen Truppen, wobei Tausende tscherkessischer Männer, Frauen und Kinder ihr Leben lassen mußten. Ein ehrwürdiger Greis mit ganz verrunzeltem Gesicht, dessen Eltern bei diesem Gemetzel umgekommen sind, sang vor; mit tiefem Gesumm antwortete der Chor der Jungen. Es folgte ein wildes Lied von der Vernichtung einer russischen Halbddivision am Babarfluß. Leo Tolstoi hat uns in seinen Romanen anschaulich jenen grausamen Ausrottungskrieg des Zarismus gegen die tapferen Tscherkessen beschrieben. Totfeindschaft herrschte bis vor wenigen Jahrzehnten zwischen den Freiheitliebenden Bergbewohnern des Kaukasus und ihren Unterdrückern. Und heute? - Heute früh trafen wir in einer Kosakensiedlung eine Traktoristenbrigade, die zu Ehren des Weltfeiertages den tscherkessischen Bauern bei der Feldbestellung helfen wollte. -

Karl Grünberg

- - -

- 7 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 7 -

Theologiestudenten der Universität Göttingen
schreiben an Max Reimann

Wir entnehmen der Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, dem "Forum", einige Auszüge aus einem offenen Brief dreier Theologiestudenten der Universität Göttingen an Max Reimann. Dieser Brief, den das "Forum" im vollständigen Wortlaut veröffentlichte, zeigt, daß der Kampf um die Wiederherstellung Deutschlands alle deutschen Menschen, die guten Willens sind, ganz gleich, welche Weltanschauung oder Konfession sie sonst haben, in einer Front für ein gemeinsames Ziel vereinigt.

Sehr verehrter Herr Reimann!

Als Christen, die seit 1945 im bescheidenen Rahmen studentischer Diskussionen eingetreten sind für das Bekenntnis zu der deutschen Schuld gegenüber den anderen Völkern und ebenso der kirchlichen Schuld gegenüber der sozialistischen Bewegung, und als solche, die versucht haben, einzutreten für eine von dieser bereuten Schuld her offene Bereitschaft, auf die anderen Völker, v.a. auf alle Besatzungsmächte als auf die sozialistischen und demokratischen Lehrer zu hören, haben wir mit tiefer Beschämung von dem Ausgang ihres Prozesses Kenntnis genommen. Wir sehen in dem gegen Sie gefällten Urteil des britischen Militärgerichtes eine ernste Bedrohung demokratischer Freiheit, ein schlechtes Vorbild für das von jeher zu Intoleranz und politischer Gewalttätigkeit neigende deutsche Volk. Wir halten daher das Urteil gegen Sie für das Symptom einer für die wahre Demokratie sehr bedenklichen Tendenz im Lager derjenigen, die uns demokratisches Vorbild sein sollten. Wir bedauern dieses schlechte Vorbild um so mehr, als die Berufung darauf, man wolle die neue deutsche Demokratie vor nationalistischen Kräften schützen, so lange unglaublich ist, wie man sich nicht schämt, an die übelsten nationalistischen Instinkte zu appellieren, um gewisse Elemente in die Front gegen den Kommunismus einreihen zu können (wir denken an die Handhabung der Entnazifizierung, v.a. in den Fällen Ilse Koch, Schacht, Heinkel und anderen mehr). Wir können darum als Grund des Vorgehens gegen Sie nicht eine wenn auch hier wohl unangebrachte, so doch immerhin allgemein berechnete Furcht vor einem neuen deutschen Nationalismus sehen, sondern lediglich einen Ausdruck des kapitalistischen Kampfes gegen die Partei, die es mit dem Sozialismus relativ am ernstesten meint. Wir glauben, daß das Urteil gegen Sie bedeutet, daß der Kapitalismus in Ihnen und Ihrer Partei seinen Gegner erkannt hat, d.h. diejenigen, die kompromißlos für eine wirkliche soziale Gerechtigkeit eintreten wollen und die diesen Kampf führen wollen, ohne sich mit einem billigen Almosensozialismus zufrieden zu geben, sondern nach wie vor mit dem Ziel, durch die Revolution des Wirtschaftssystems eine neue soziale Basis für den politischen Aufbau des deutschen Staates zu schaffen.

Wir möchten Sie bitten, weiterhin in dieser Front eines auf wirtschaftlichem Gebiet reinen marxistischen Sozialismus zu stehen.

- 8 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 8 -

Wir hoffen und wünschen Ihnen, daß Ihre Haft persönlich nicht zu schwer wird. Daß es ein Gefängnis ist, gereicht nicht Ihnen, sondern dem Gericht und dem parlamentarischen Rat in Bonn, der die Immunität seiner Mitglieder nicht ernsthaft zu schützen wagt, zur Unehre.

Mit ergebenem Gruß Ihre (gez.) Martin Widmann,
stud.theol.
(gez.) Rosemarie Stréisand, (gez.) Hanfried Müller,
stud.theol. stud.theol.

- - -

Die Universität von Vietnam

Unter der französischen Herrschaft hatte ganz Indochina nur eine einzige, höchst unvollkommene Universität, die keinen nationalen Charakter hatte. Außerdem fehlte ein Lehrstuhl für soziale und politische Wissenschaften, ein Lehrstuhl für Geschichte und einheimische Literatur. Die französischen Kolonisatoren wollten die vietnamesische Jugend daran hindern, sich mit Fragen zu befassen, die nationale und patriotische Gefühle wachrufen könnten.

Der Studienplan stand in keinem Verhältnis zu den Lebensbedingungen des Landes. So mussten zum Beispiel an der veterinärmedizinischen Fakultät die Studenten drei Jahre lang Anatomie und Pathologie des Pferdes treiben, obgleich in ganz Südostasien der Büffel der wichtigste Helfer des Bauern ist. Auf diese Weise wussten die Studenten, die die Universität verließen, überhaupt nichts mit ihren Kenntnissen anzufangen.

Die Studiengebühren waren übertrieben hoch; wollte sich ein Student gewisse Erleichterungen schaffen, so war er gezwungen, eine Loyalitätserklärung für das Kolonialregime abzulegen. Daher gab es innerhalb von diesem Dreißigmillionenvolk niemals mehr als tausend Studierende, von denen 5% ausserdem Franzosen waren. Da die republikanische Regierung nach 1945 einen Stamm von intellektuellen benötigte, opferete sie viel Arbeit und große Geldsummen für eine Reorganisation der bereits existierenden Universität im Norden des Landes. Wenn auch die Erfolge im grossen und ganzen noch nicht zufriedenstellend sind, so wurden doch die Forderungen des Volkes und der Studentenschaft erfüllt. An dieser sogenannten "Universität von Vietnam" wurden Vorlesungen über Literatur, Geschichte von Vietnam, politische und soziale Wissenschaften gehalten. Diese Vorlesungen zogen nicht nur eine grosse Anzahl von Studenten an, sondern auch unzählige Hörer aus allen Schichten der Bevölkerung, die verschiedene Wissenslücken, die das koloniale Schulsystem bei ihnen hinterlassen hatte, ausfüllen wollten.

Den Bedürfnissen und den Lebensbedingungen des Landes entsprechend wurden technische Fakultäten geschaffen. Als Unterrichtssprache wurde das Vietnamische eingeführt. Diese Sprache, die große literarische Werke hervorgebracht hat, eignet sich auch für die exakten Wissenschaften.

- 9 -

Kultur u. Feuilleton

28. April 1949

- 9 -

Alle diese Reformen gaben der Studentenschaft, deren Losung lautete: "Studieren heisst, die Heimat schützen!", großen Auftrieb. Die Zahl der Studenten stieg von 800 auf 1500.

Die gegenwärtige aus der Widerstandsbewegung hervorgegangene demokratische Regierung vom Dezember 1946 beendet nunmehr die Universitätsreform und gleichzeitig das Werk der nationalen Revolution vom August 1945. Das theoretische Studium wird vervollkommen, und einzelne Disziplinen und Fachschaften, die einige Zeit lang unbesetzt gewesen waren, werden wieder neu aufgebaut. Der Besuch der landwirtschaftlichen und medizinischen Vorlesungen erfreut sich ständig steigenden Zuspruchs. Die philosophische Fakultät ist mit wichtigen Fächern vertreten: Fremdsprachen, vietnamesische Literatur und Geschichte, chinesische und europäische Literatur. Es wurden neue Mittelschulen und eine pädagogische Fakultät geschaffen, um geeignete Lehrkräfte heranzubilden; ferner sind 32 Lyzeen gegründet worden - während der Kolonialherrschaft gab es im ganzen sechs solcher Lehranstalten. Andererseits hat sich auch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ergeben:

1. Wir mussten fortwährend mit feindlichen Angriffen rechnen und uns vor der Konzentration von Schulen an einem Ort, wie seinerzeit in Hanoi, hüten. Heute sind acht verschiedene Fakultäten über das ganze Land verteilt. Die medizinische Fakultät liegt in der Kampfzone, die veterinärmedizinische im Bergland. Dies ist ein Vorteil, da sich die Fakultäten somit an den Stellen der Praxis befinden.

2. Einige Fakultäten mussten verlagert werden, oder die Professoren werden abberufen, um Funktionen in der Widerstandsbewegung zu übernehmen.

3. Viele Studenten können nicht länger ihren verlagerten Fakultäten nachfolgen, da sie ebenfalls Funktionen in der Widerstandsbewegung innehaben. Aus diesem Grunde werden an jede Fakultät Fernkurse angeschlossen. Die Professoren müssen daher ihre Vorlesungen schriftlich ausarbeiten, um sie ihren Schülern zusenden zu können.

Alle diese Schwierigkeiten haben zur Folge, dass die Studenten auf sich selbst angewiesen sind. Sie müssen selbst Schulgebäude aus Holz oder Bambus bauen, sie müssen selbst ihre Versorgung sichern. Das hat allerdings eine fruchtbare Wirkung: Die Studenten knüpfen eine enge Verbindung mit der Bevölkerung an, die ihnen materiell hilft und ihnen alle Sympathie entgegenbringt. In Krankheitsfällen behandeln die Studenten die Bevölkerung, auch werden Theaterabende veranstaltet oder belehrende Vorträge gehalten. Ausserdem haben sich unsere Studenten in großem Maße darum verdient gemacht, dass das Analphabetentum in Vietnam fast völlig beseitigt ist.

Levan San, Vorsitzender der
vietnamesischen Universitätsjugend

- 10 -

Kultur und Revillien

28. April 1949

- 10 -

Das Drama der Pariser Kommune

Die restliche Premiere des "Herr von Paris" an den Städtischen Bühnen Magdeburg setzte Nordahl Grieg, dem toten norwegischen Kämpfer für Freiheit und Fortschritt, zugleich den tapferen Helden der Pariser Kommune, ein würdiges Denkmal; darüber hinaus wurde sie zu einem starken Bekenntnis zum Frieden, von dem wir - nicht zuletzt dank der Lehren der Pariser Kommune - wissen, daß er erkämpft werden muß.

Die Lehren der Pariser Kommune - Lenin hat sie mit aller politischen und wissenschaftlichen, noch heute gültigen Exaktheit gezogen. Nordahl Grieg fußt auf diesen Gedanken Lenins, baut sein Schauspiel auf ihnen auf und scheut sich selbst nicht vor fast wörtlichen Übernahmen. Also haben wir ein in dramatische Form gegossenes politisches Werk vor uns? Nicht im mindesten! Wie ganz wenige Stücke spiegelt "Herr von Paris" die Vielseitigkeit der Gesellschaft im eingeschlossenen Paris des Jahres 1871. Ein gedankentiefes Werk, das leuchtende Zeugnis eines großen menschlichen Herzens, ein Schauspiel, ein Zeitstück, das alles sagt, was gesagt werden muß zu einem Thema, das für die internationale Arbeiterbewegung von der größten Wichtigkeit ist: in der Pariser Kommune wurde zum erstenmal die Form des sozialistischen Staates gefunden.

Dieser erste sozialistische Staat lebte nur wenige Tage. Die Reaktion bereitete ihm rasch ein Ende in Schrecken und Blut. Warum mußte es zur Niederlage kommen? So lautet die Frage, wie sie Nordahl Grieg in seinem Schauspiel stellt. Deshalb auch steht die Kritik an den Kommunarden im Vordergrund. Und doch lebt selbst in den niederdrückendsten Szenen deutlich spürbar der Funke des Neuen, des Kommenden, dem die Sehnsucht und Hoffnung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gilt: die friedliche Welt der sozialistischen Arbeit!

Angeichts dieses besonders im Schlußbild mächtig wirkenden Glaubensbekenntnisses treten alle aufkommenden Bedenken gegen den dramatischen Aufbau des Werkes in den Hintergrund. Es bleibt ein kraftvolles Werk aus einem Guss, erfüllt von kaum zu übertreffender politischer Klarheit, das wirkliche Leben in allen seinen Formen atmend. Eine Überfülle von Gestalten und Figuren treten auf. Keiner von ihnen kann man nachsagen, daß sie nur positiv oder nur negativ gezeichnet sei. Und ist es schade, wenn diese Gestalten als Sprecher der verschiedensten Anschauungen nicht alle Probleme bis zur handgreiflichen Lösung beantworten? Nein, gerade hier liegt der aufregende Wert des "Herr von Paris": dem Publikum erschüttert und ergriffen durch die bittere Unarmherzigkeit dessen, was auf der Bühne abrollt, bleibt ein gehöriges Maß an eigener Denkarbeit zu leisten, die - und das ist das Erregende - nicht etwa im Historischen steckenbleibt, sondern sich mit unerbittlicher Folgerichtigkeit dem Heute zuwenden muß.

(Dr. Martin Schulz)

- 11 -

28. April 1949

- 11 -

Stalingrad - von der anderen Seite

Von dem auch vielen Deutschen bekannten Sowjetschriftsteller Konstantin Simonow (sein Stück "Die russische Frage" sowie der nach diesem Stück gedrehte Film ging über die meisten deutschen Bühnen und wurde in fast allen Kinos der Ostzone gezeigt) ist im Verlag "Volk und Welt" kürzlich in deutscher Übersetzung der Roman "Tage und Nächte" erschienen. Der Autor widmete dieses Buch den für Stalingrad gefallenen sowjetischen Kämpfern. Damit ist sofort sein Inhalt gekennzeichnet: es ist ein Hohelied auf die Ausdauer, den Heldentum und die Überzeugungstreue der Sowjetmenschen, die für ihre gute Sache, für den Sozialismus, ihr Leben ließen, und ein Quell der Kraft und Freude für alle fortschrittlichen Menschen, vor allem für die Freunde der Sowjetunion.

"Tage und Nächte" ist das sowjetische Buch über Stalingrad. Es hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit Pliviers erschütterndem "Stalingrad"-Roman über das Schicksal der eingekesselten deutschen Armeen, die für fremde Interessen, für die weiteroberungspläne Hitlers und seiner Auftraggeber ein unrühmliches und furchtbares Ende fanden. Simonow zeigt die andere Seite dieses gewaltigen Kampfes, der die entscheidende Wendung im II. Weltkrieg brachte.

Stalingrad ist damit zum Begriff geworden, und zwar in doppeltem Sinne: für die Deutschen und hoffentlich nicht nur für sie - eine ewige blutige Lehre, daß ein Volk, das einer schlechten Sache dient, das sich für die imperialistische Raubpolitik mißbrauchen läßt, letzten Endes "im Kessel", in der Vernichtung, endet, wie das Plivier mit erschütternder Wahrhaftigkeit in seinem "Stalingrad" zeigt. Auf der anderen Seite aber ist Stalingrad das leuchtende Beispiel dafür, daß die Idee des Fortschritts, des Sozialismus, trotz zeitweiliger Rückschläge siegt.

Den Schlüssel zum Verständnis des historischen Sieges der Sowjetunion über den deutschen Imperialismus gibt Simonows Buch. Simonow hatte es nicht notwendig, seine Helden zu erfinden, das Leben hat sie millionenfach geschaffen. Das Leben selbst hat dieses Buch geschrieben, und Simonow hat es nur meisterhaft verstanden, einige charakteristische Menschen und Ereignisse festzuhalten.

Er schildert das Ringen um Stalingrad am Beispiel eines kleinen Kampfabchnittes, insbesondere des Bataillons, das Hauptmann Sabrow führt. Sein Kampf um einen Häuserblock, bzw. um ein Haus, ist das Symbol für den Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad. Denn es gab nicht einzelne Helden, es gab Armeen solcher Menschen, und das, was Simonow schildert, hat sich an allen Kampfabchnitten, an allen Fronten tausendfach wiederholt.

Daß dieses Buch den Leser aufwühlt und mitreißt und ihn unmittelbar die Ereignisse und Menschen miterleben läßt, hat auch wie bei Plivier seine Ursache darin, daß es die Menschen ohne beschönigende Phrasen, ohne jedes Heldenpathos darstellt, so wie sie wirklich sind, einfache Menschen mit all ihren Schwächen und all ihren Fehlern. Simonows Menschen aber sind durchglutet von dem Bewußtsein, daß ihre Sache wahr, gerecht und gut ist. Und daraus allein ergibt sich der für die damalige Situation schier unfassbare Optimismus und der uner-

- 12 -

Kultur und reuilleton

28. April 1949

- 12 -

schütterliche Glaube an den Sieg.

wie z.B. Hauptmann Saburow am Ostufer der Wolga steht, angesichts der unerhört ernsten und schwierigen Lage der Sowjetarmee, die bis an die Wolga zurückgedrängt wurde - "und es war nichts da, wohin man sich noch weiter zurückziehen konnte in dieser Steppe", da war ihm "... schwer, sehr schwer ums Herz. Aber als ihm die ungeheure Entfernung einfiel, die ihn jetzt von der Grenze trennte, dachte er nicht daran, wie er hermarschiert war, sondern nur an den bevorstehenden Rückweg. In seinen ernsten Gedanken lag jene Beharrlichkeit, die gerade dem russischen Menschen eigentümlich ist und die ihn und seine Kameraden davor bewahrte, auch nur ein einziges Mal im Verlauf des Krieges die Möglichkeit zuzugeben, dieses 'Zurück' könne ausbleiben."

Zuletzt sei bemerkt, daß sich durch die ganze Erzählung die Geschichte der großen Liebe Hauptmann Saburows zu der Krankenschwester Anja zieht, eine wundervoll zarte Darstellung der Beziehungen dieser beiden Menschen zu einander, die ganz und gar mit ihrem Kampf für die Befreiung der Heimat verknüpft ist.

(Emmy Dölling)

- - - - -

Ein neuer Beruf

Wissen Sie, was Ihnen fehlt? Richtige Landluft. weg von Block und Bleistift, hinaus in die Natur. Es gibt so viele Arbeitsmöglichkeiten draussen, muß es denn gerade die Schreibmaschine sein? Noch vor zwei Jahren und Sie sehen einer vertrockneten Zitrone gleich, mit der niemand etwas anzufangen weiß.

Nein, auf keinen Fall, spricht Gretel, sich der Worte des Arztes entsinnend. Vorerst hat er ja Erholung verordnet.

Doch die fünf Wochen in diesem schönen Kurort sind bald um und dann? Nein, ins Büro will sie nicht zurück. Mit schnellem Griff wirft sie das Kopftuch um, dann stürzt sie die Treppen hinunter.

Eine halbe Stunde Fußweg bis zur Pappel, dort läßt sie sich ins Gras nieder und wartet. Über ihr rauscht der Baum. Da endlich das erwartete Brummen... Drüben an der Waldspitze schiebt sich ein Traktor hervor. Herbert steuert ihn herum und winkt.

Wie gesund er aussieht. Tief atmet Gretel die frische Morgenluft. Wenig später sitzt sie mit auf dem Sitz. Langsam schaukelt die Zugmaschine über den staubigen Weg.

"Heute sollst du unsere Maschinenausleihstation kennenlernen", teilt der Freund mit und steuert auf den Maschinenhof zu. Interessiert schaut sich Gretel um. Herbert sieht sich vor einem Berg von Fragen, geduldig trägt er ihn ab und gibt Antwort. Gretel ist begeistert.

- 13 -

Kultur und Feuilleton

28. April 1949

- 15 -

Es ist Feierabend. Ganz dicht tritt die Freundin zu ihm heran. "Du, Herbert?..." Er unterbricht: "Ich weiß, in einigen Tagen wirst du wieder abreisen und uns alle vergessen."

"Das wollt ich gar nicht sagen. Aber, was würdest du sagen, wenn ich wiederkäme?"

Er faßt sie bei den Schultern: "Großartig wäre das."

"Verstehe mich nicht falsch! Ich meine - ich habe doch einen Führerschein - und verstehe schon allerlei vom Motor. Ihr könnt mich sicher gebrauchen?"

Herbert versteht. "Du willst - Traktoristin -?"

Sie nickt eifrig.

"Und dein Vater, deine Eltern?" Ihr stummer Blick an ihm vorbei, läßt Herbert grosses Leid vergangener Zeit ahnen. Ein tapferes Mädchen, denkt er. Sie weiß, was sie will.

"Du wirst es nicht leicht haben, Gretel. Auch körperliche Anstrengung gehört dazu." - "Ich will aber", bleibt sie bei ihrem Entschluß.

Am nächsten Tage erledigt sie die Formalitäten, um durch einen Kurzkursus zu einer Ausbildung zu gelangen. Auf der Heimreise erinnert sich Gretel eines Mädchenrotos in der Zeitung. Leiterin einer MAS wollte das Mädchen werden. Sicher ist sie weiter als ich. Sollte ich das nicht auch schaffen? Selbstbewußt lehnt sie sich in die Bank zurück - ich will und werde ...

Gretels alte Vermieterin schüttelt den grauen Kopf, als sie den Grund der Kündigung erfährt. Aber mit einem Lächeln hilft sie packen.

Auf dem kleinen Unsiedlerhor, weit draußen inmitten hügliger Acker, schmücken Herbert und seine Schwester die Kammer zum Empfang der künftigen, ersten Traktoristin des Kreises.

(Friedrich Wiessner)



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672136 · 672466 · 672636

Inhaltsverzeichnis vom 29. April 1949

Nachrichten:

Maigeschenk der Ostzone an Berlin
Auszeichnung für 10 000 sächsische werktätige
Klissa empfängt Funkgrüße aus Moskau
Maigrüße an westdeutsche Harenarbeiter
Weihe eines Lenin-Denkmal in Küstrin
Belegschaften rüsten zum 1. Mai
Werktätige schreiben zum 1. Mai
FDGB prämiiert Arbeiterkorrespondenten
Arbeitsfreudige Traktorenführer
Volkskontrollausschüsse schulen ihre Mitglieder
Dunlop-Werk Hanau rührt Kurzarbeit ein
...Geschäftslage geradezu katastrophal
"Der Augenzeuge"

Pressestimmen:

Deutscher Einheitswillen gegen amerikanische Spaltungspläne
So wollen es die Völker-- und so wird es sein

Kommentare:

Sonderbare Demokraten
Franz Talsch als notorischer Lügner entlarvt
Der 1. Mai im Zeichen der Volkskongresswahlen
Falsche Spekulation der Kriegsprovokateure

Artikeldienst:

1. Mai 1945 in der Sowjetunion - und 3 Jahre später (v. Rad. Müller)
Es keimt die Saat (F.S. "Märk. Volksstimme")

Stimmen des Auslandes:

Der Freiheitskampf in Viet-Nam
Zuerst Amerika
Charlie Chaplin für Friedensnobelpreis vorgeschlagen

Zur Information:

Wenn Acheson Inventur macht
Wirtschaft der USA "unsicher"

Pressedienst
(PD)

29. April 1949

N a c h r i c h t e n

Maigeschenk der Oatsone an Berlin

200 000 zusätzliche Bekleidungsstücke für die Werktätigen
der Hauptstadt

B e r l i n , 29.4. (T.R.)

Der demokratische Magistrat hat nochmals seine Fürsorge für die Berliner Bevölkerung bewiesen. Die Abteilung für Wirtschaft (Stadtrat Maron) wird zum 1. Mai eine besondere neuartige Textilverteilung durchführen. In erster Linie ist die Zuteilung für die Aktivisten des Aufbaus in Industrie, Handwerk und Verwaltung gedacht.

Als Prämien werden Textilgutscheine ausgegeben. Der Prämierte hat die Möglichkeit, in jedem Textileinzelhandelsgeschäft die Ware auszuwählen und ohne Abgabe von Punkten zu erwerben.

Es handelt sich hierbei um Bekleidungswerte von rund 7 Millionen Punkten. In einzelnen sind es u.a. 30 000 Damenkleider, 20 000 Damenmäntel, 30 000 Damenröcke, 5 000 Herrenanzüge, 15 000 Herrenmäntel, 25 000 Burschenanzüge und 25 000 Knabenanzüge und so weiter.

Von den rund 200 000 Gutscheinen wurden etwa zwei Drittel an die Bezirksämter des sowjetischen Sektors zur Verteilung an die Aktivisten in den Handwerks- und Industriebetrieben gegeben. Den Rest bekommen die Angestellten und Arbeiter der Verwaltungsstellen bzw. städtischen Betriebe, wie BVG, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Besonders berücksichtigt werden die Lehrer, Mitarbeiter der Justiz und die Studenten der Humboldt-Universität.

Der Verkauf auf die ausgegebenen Gutscheine beginnt in allen Textileinzelhandelsgeschäften am 2. Mai und wird bis 15. Mai andauern.

Auch diese Verteilung ist der Solidaritätsaktion der Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone für Berlin zu danken. Bisher wurden aus diesen Textilspenden zunächst die Berliner Krankenhäuser, Alters- und Kinderheime mit dringend benötigter Bett- und Leibwäsche, Schlafdecken usw. versorgt. Diese Anstalten erhielten u.a. 13 000 Meter Wäschestoff, 3 500 Laken, 1 600 Kopfkissen, 11 500 Schlafdecken und 18 500 Hand- und Spültücher.

Weitere erhebliche Mengen an Kinderkleidung und Säuglingswäsche wurden den Sozialämtern und dem Demokratischen Frauenbund übergeben, damit sie diese überall dringend benötigten Gegenstände an die Bedürftigsten verteilen.

Bedeutende Posten aus dem Spendenzug des Landes Sachsen erhielten die PDJ für die Jungen Pioniere, der Berliner Sportausschuss, die Sozialhilfe, einige volkseigene Betriebe und solche Organisationen, wie die Polizei (20 000 Paar Socken), die Post (10 000 Paar Socken), die BVG (7 000 Paar Socken), die Feuerwehr (5 000 Paar Socken).

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 29. April 1949
- 2 -

Auszeichnung für 10 000 sächsische Werktätige

D r e s d e n , 28.4. (E.B.)

Der sächsische Ministerpräsident, Max Seydewitz, ermittelte über 10 000 Werktätige seines Landes, die für ihre vorbildliche Arbeit beim Aufbau der Friedenswirtschaft am Vorabend des 1. Mai in den Betrieben belobt und ausgezeichnet werden. Sie erhalten aus einer Lebensmittelspende des Landes Mecklenburg zusätzlich rd. 4 t Butter sowie über 100 t Weizen- und Roggenmehl und Haferflocken. Berücksichtigt werden bei der Auszeichnung beispielsweise die Arbeiter und Techniker, denen der beschleunigte Aufbau des Röhrenwalzwerks und des jüngsten Siemens-Martin-Ofens in Riesa zu danken ist, Aktivisten der Dresdner Strassenbahn, die mit Glanzleistungen im Gleisbau verbesserten Strassenbahnverkehr ermöglichten, Chemiker, die Ersatzstoffe nutzbar machten und Engpässe der Versorgung überwandten und viele, viele andere Arbeiter, deren Vorschläge, Erfindergabe und Höchstleistungen die Produktion wesentlich vergrößerte, verbilligte oder verbesserte.

Riesa empfängt Funkgrüsse aus Moskau

D r e s d e n , 29.4. (E.B.)

Am Vorabend des 1. Mai, am 29. April sprechen um 20.³⁰ Uhr deutscher Sommerzeit über den Moskauer Rundfunk Direktoren, Ingenieure, Techniker und Arbeiter des Werkes "Siebel und Hammer", Moskau, zur Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Riesa. Die Moskauer Rundfunkgrüsse zeugen dafür, wie aufmerksam die Werktätigen der Sowjetunion am Aufbau und an der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft teilnehmen.

Erfreut werden die sowjetischen Freunde davon Kenntnis erhalten haben, dass die Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Riesa das von der Sowjetunion gelieferte Röhrenwalzwerk vorfristig aufgebaut hat und mit ihrem Arbeitsenthusiasmus für die grosszügig geleistete Hilfe dankte.

Die Moskauer Rundfunkgrüsse dienen der Völkerverständigung und dem Frieden. Sie zeigen, dass die Völker der Sowjetunion die besten Freunde des deutschen Volkes sind.

Kaisgrüsse an westdeutsche Hafenarbeiter

R o s t o c k , 29.4. (E.B.)

Die Hafenarbeiter der "Derutra", Rostock, richteten Begrüssungsschreiben zum 1. Mai an die Hafenarbeiter in den Häfen Hamburg, Lübeck, Kiel und Bremen, mit dem Bekenntnis zu einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland, zum Aufbau einer demokratischen Wirtschaft, zu einem einheitlichen Deutschland und einem gerechten Frieden. Gemeinsam für die Interessen der deutschen Werktätigen zu arbeiten und zu kämpfen - ist der Wunsch der Rostocker "Derutra"-Arbeiter.

PresseDienst
(PD)

Nachrichten

29. April 1949

- 3 -

Weihe eines Lenin-Denkmal in Kustrin

K u s t r i n , 29.4. (E.B.)

Am völkerverbindenden 1. Mai weihen Werktätige auf dem Bahnhof Kustrin-Kietz um 14 Uhr ein Lenin-Denkmal ein. Damit ehren deutsche Werktätige den Schöpfer des ersten sozialistischen Staatsverbandes der Welt, dessen kämpferischer genialer Tatkraft das Entstehen des mächtigsten Bollwerks für den Frieden zu verdanken ist. Gleichzeitig erstaten Deutsche einen Teil des Dankes ab, den sie der Sowjetunion für die Befreiung von Krieg und Faschismus schuldig sind.

Belegschaften rüsten zum 1. Mai

Drei neue Grossmodelle für LKW-Motoren

M a g d e b u r g , 29.4. (E.B.)

In der Modellbauabteilung der volkseigenen Eisengießerei Königshütte wird fieberhaft gearbeitet, um die für Monat Mai vorgesehene Fertigstellung von drei neuen Grossmodelleinrichtungen für LKW-Motoren bis zum 1. Mai abzuschliessen.

415 Elektro-Grossmotoren

Im Elektromotorenwerk Wernigerode sind 1 040 Belegschaftsangehörige angestrengt bei der Arbeit, um bis zum 1. Mai noch 415 Grossmotoren fertigzustellen.

Eine neue Blechschere wird aufgestellt

Die Belegschaft des Kupfer- und Blechwalzwerks Ilseburg beeilt sich, um die von der Maschinenfabrik Pels - Erfurt gelieferte schwere Blechschere noch vor dem 1. Mai aufzustellen und die Produktion an geschnittenen Blechen zu erhöhen.

Patenschafts-Übernahme für eine Neubauernstelle

Am 1. Mai übernimmt die Belegschaft des Kupfer- und Blechwalzwerks Ilseburg die Patenschaft über eine Neubauernstelle, auf der wöchentlich 36 Mann arbeiten und Wohnhaus, Stallung und Scheune bis zum Herbst schlüsselfertig errichtet werden.

Werktätige schreiben zum 1. Mai

M a g d e b u r g , 29.4. (E.B.)

Die Volkskorrespondentinnen Gerda K r o k o s c i n s k i und Marga G ü n t h e r von der Steingutfabrik Magdeburg stellen Vergleiche über Maidemonstrationen an. Sie schreiben:

- 4 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten - 4 - 29. April 1949

"Früher haben wir am 1. Mai für den Achtstundentag, für das allgemeine Wahlrecht und das Jugendschutzgesetz demonstriert. Das sind heute in der Ostzone selbstverständliche Errungenschaften. Jetzt haben wir in der sowjetischen Besatzungszone unser Schicksal in die eigenen Hände genommen und bestimmen unser Leben selbst."

Gegen die Kriegshetzer richtet Volkskorrespondent Walter P a r - g e l vom Sanarwerk Palte in Magdeburg seine Worte:

"Die deutschen Landsknechte Tausch, Scholz, Reger und Konsorten rühren ihre anglo-amerikanischen Kriegstrommeln im 'Sozialdemokrat', 'Telegraf' und 'Tagespiegel', aber unsere Massendemonstration am 1. Mai steht unter den Losungen: Für Frieden und Völkerverständigung. Gegen imperialistische Kriegshetze. Solidarität und Freundschaft mit der Sowjetunion, der stärksten Kraft im Kampf für Frieden und Demokratie."

FDGB prämiiert Arbeiterkorrespondenten

B e r l i n , 29.4. (E.B.)

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zeichnet am 1. Mai die Sieger im Wettbewerb der gewerkschaftlichen Arbeiterkorrespondenten, Wandzeitungsredakteure und Betriebsberichter aus. Die ersten Preise werden durch Beauftragte des Bundesvorstandes des FDGB den Preisträgern mit einem Glückwunschschreiben ausgehändigt, in dem es u.a. heisst:

"Dieser Wettbewerb und Deine Arbeit sind ebenfalls ein Beitrag zu unserem Kampf um die Frieden, um die Einheit unseres Vaterlandes und den Aufbau einer festgegründeten Wirtschaft des Friedens in unserer Zone."

Der 35-jährige Angestellte Walter K a h l von der "Bau-Union", Stralsund, erhält den 1. Preis von 1 000,- DM für einen Bericht über die Leistungswoche beim Bau der "Volkswerft".

Mit dem 2. Preis von 800,- DM ausgezeichnet wird der 53-jährige Holzhauer Alfred M ü l l e r vom Forstamt Sitzendorf (Thür.) für den Bericht: "Alles für Max", eine Schilderung des Holzdenkschlages für die "Maxhütte", Unterwellenborn.

Der dritte Preis von 600,-DM geht an den 40-jährigen Mechanikermeister Fritz G ü n t h e r, der in den volkseigenen Mechanischen Werkstätten in Weissenfels arbeitet und eine Kurzgeschichte über einen Metallarbeiter-Aktivist lieferte.

Unter den zahlreichen weiteren Preisträgern befinden sich Menschen aller Berufe und Gewerkschaften. Vor allem haben sich zahlreiche Frauen und Jugendliche besonders ausgezeichnet und erhalten entsprechende Anerkennung.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 29. April 1949
- 5 -

Arbeitsfreudige Traktorenführer

Leipzig, 29.4. (Rdkf.)

Über hervorragende Traktorenführer-Leistungen weiss der Mitteldeutsche Rundfunk zu berichten. Der Traktorist H a s e, MAS Stolberg übererfüllte sein Soll mit 457,2 %. Der 45-jährige Treckerfahrer Oskar K n e c h t pflügte mit einem 35-PS-Lanz-Traktor an einem Tage 3,75 ha. Mit einer gleichstarken Maschine schaffte der 49-jährige Josef Unterwiesler 2,9 ha.

Volkskontroll-Ausschüsse schulen ihre Mitglieder
Zonenkonferenz der Volkskontrollkommissionen abgeschlossen

Leipzig, 29.4. (E.B.)

Am zweiten Tag fasste Fritz L a n g e das Diskussions-Ergebnis der Vertreter der Kontrollkommissionen und -ausschüsse auf der Zonenkonferenz in Leipzig in einem Schlusswort zusammen. Er bezeichnete die Diskussion als durchaus dem Stand unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung entsprechend und hob hervor, dass viele Redner zum erstenmal vor einem grossen Forum staatspolitische Angelegenheiten erörterten.

Im Juni erfolgt eine umfassende Schulung der Volkskontrollausschüsse-Mitglieder. Aufgaben werden gestellt, die die Durchführung des Kulturprogramms sichern, die Ausschüsse, die nur ein Teil der Kontrollmöglichkeiten des Volkes sind, mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen, mit Verwaltungen und Justiz noch enger verbinden und sie befähigen, ihre Aufgaben zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu erfüllen.

Ein der Konferenz vorgelegter Aufruf und eine von der Landes-Kontrollkommission Sachsen eingebrachte Resolution wurden einstimmig angenommen.

Der stellvertretende Vorsitzende der zentralen Kontrollkommission, Ernst L a n g e, sprach über Organisationsfragen der Kreis-Kontrollbeauftragten und Volkskontroll-Ausschüsse unter Zugrundeliegung der Anordnungen der DDK

und Aufgaben

Er betonte, dass bisher dem organisatorischen Aufbau der Volkskontrolle zu wenig Beachtung geschenkt wurde und vor allem keine personalpolitische Überprüfung der Mitglieder der Ausschüsse erfolgt sei. In Zukunft müssten besonders die Hausfrauen und Jugendlichen zur Mitarbeit herangezogen werden. Um die Gefahr einer Ausnutzung der Kontrollorgane für eigennützige Zwecke auszuschalten, werde man von der Wahl von Unternehmern und Gewerbetreibenden Abstand nehmen. In stärkerem Masse werden die Kontrollbeauftragten Rechenschaft über ihre Tätigkeit vor ihren Wählern ablegen und sie vor allem darüber unterrichten, wie beschlagnahmte Waren verwendet worden sind.

Die erste Zonenkonferenz der Volkskontroll-Kommissionen kann als ein wertvoller Beitrag für die Sicherung unseres wirtschaftlichen Neuaufbaus, zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone, als ein Schritt vorwärts im Kampfe um die Einheit Deutschlands verbucht werden.

- 6 -

Pressdienst
(PD)

Nachrichten

29. April 1949
- 6 -

Dunlop-Werk Hanau führt Kurzarbeit ein

H a n a u , 29.4. (E.B.)

Wegen Fortfall der Wirtschaftsbeziehungen mit der Ostzone ist der Umsatz der Dunlop-Werke in Hanau um 30 % zurückgegangen. Die Betriebsleitung setzte die Arbeitszeit für 500 Arbeiter auf Kurzarbeit für 3 Tage wöchentlich fest und wird dazu übergehen müssen, für die gesamte Belegschaft Kurzarbeit einzuführen.

Die Arbeitsmöglichkeiten in diesem Reifenwerk werden noch dadurch verringert, dass aus Amerika eingeführte Reifen im Preis 18 - 20 % unter dem deutschen Niveau liegen und den Dunlop-Reifen starke Konkurrenz machen.

... Geschäftslage geradezu katastrophal

G i e s s e n , 29.4. (E.B.)

Der Leiter der Industrie- und Handelskammer Giessen erklärte, dass "die Geschäftslage bei der Lahn-Registrierkassenfabrik geradezu katastrophal" ist. Die 200 Arbeiter dieses Unternehmens und die Belegschaft der Metallgiesserei Zinner GmbH. können nur noch vorübergehend mit Kurzarbeit beschäftigt werden, während die Eisengiesserei Heliwig fast ein Drittel der Belegschaft entlassen hat. Von 160 Arbeitskräften entliess die Akkumulatorenfabrik Sonnenschein in Büdingen 60 und der Rest arbeitet kurz.

"Der Augenzeuge" berichtet in Nr. 17/49 bildlich über die Frühjahrsbestellung in der Ostzone, an der die MAS den grössten Anteil haben. In Kirchmöser bei Brandenburg ist man beim Aufbau eines neuen Walzwerkes, von dem uns "Der Augenzeuge" einen guten Bildbericht übermittelt. - Aus dem Stalingrader Traktorenwerk erhalten wir Kenntnis von einem neuen überzeugenden Stanzverfahren. Danach sehen wir eine fahrbare Zahnstation, die voll in Betrieb ist und bewundern die hervorragende technische Einrichtung. - Im Olympia-Stadion sehen wir das Endspiel: Wormatia-Worms: Union-Berlin, das mit 1:1 endete. - Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaft besichtigen in Berlin ihr neues Heim, das in Zukunft das Zentrum der Forschung sein wird. - Bela Balasz besucht das Filmstudio Johannistahl und ist einmal Zuschauer bei der Dreharbeit der DEFA. - Einen kurzen Bildbericht erhalten wir von der Abreise der Delegation für den Pariser Weltfriedenskongress. - Mit einer Kundgebung der FDJ in Berlin, am Vorabend der Weltfriedenskonferenz, bei der Oberbürgermeister Ebert spricht, schliesst "Der Augenzeuge" seinen interessanten Bildbericht.

Pressestimmen
(PD)

29. April 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Deutscher Einheitswillen gegen amerikanische Sonntagspläne

"Deutschlands Stimme" vom 1. Mai schreibt zum Bonner Weststaatsdiktat:

"Die amerikanischen Machthaber fürchten den erwachenden Einheitswillen des deutschen Volkes, der ihren Kriegsplänen Schwierigkeiten bereiten kann. Darum wollen sie die Deutschen vor vollendete Tatsachen stellen, bevor diese sich besinnen. Die Schaffung eines Weststaates birgt die Absicht, ihn in das Atlantikpakt-System einzubeziehen, die Deutschen zu Soldaten für amerikanische Interessen und Deutschland zum Schlachtfeld des Krieges zu machen, den die USA mit ihren Satelliten gegen die Sowjetunion zu führen beabsichtigen.

Die westdeutschen Politiker haben ihre Entscheidung getrotzt. Sie sind gewillt, den Weg der nationalen Schande und des Verrats am deutschen Volke zu gehen. Am 15. und 16. Mai wird jedoch unser Volk die Gelegenheit ergreifen, um durch seine Beteiligung an der Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß seine Stimme für die Einheit Deutschlands, einen baldigen gerechten Friedensvertrag für Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen zu erheben."

So wollen es die Völker - und so wird es sein

Die Zeitung des Deutschen Volksrates, "Deutschlands Stimme" vom 1. Mai, schreibt zu den Ergebnissen der Weltfriedenskongresse in Paris und Prag:

"Die große Friedensaktion ist mit dem Pariser Kongreß nicht abgeschlossen. Er war nur ein Anfang und was dort begonnen wurde, wird solange fortgesetzt werden, bis das große Ziel erreicht ist. Die Friedensbewegung wird erst dann aufhören, wenn der Krieg für alle Zeiten gebannt ist und die Völker beruhigt ihre Waffen wegwerfen können. Der Rat der Völker, der in Paris gegründet wurde, wird als Generalstab der großen Weltfriedensbewegung alle Kräfte einsetzen, damit aus dem Leben der Nationen und aus der internationalen Politik alle die Faktoren beseitigt werden, die in der Vergangenheit die Menschen immer wieder in die Katastrophe gestürzt haben.

So haben die Völker beschlossen, und weil nichts stärker ist als sie, wird es auch so werden."

Pressedienst
(PD)

29. April 1949

K o m m e n t a r e =====

Sonderbare Demokraten

B e r l i n (PD)

Der Hauptverwaltung Handel und Versorgung der DMK ging aus Leipzig ein Schreiben zu, das "ein Kreis aufrechter Demokraten" gezeichnet hatte. Diese "Demokraten" zogen es vor, weder Namen noch Adresse anzugeben. Ihnen paßt der demokratische Wirtschaftsaufbau der Ostzone nicht. Es darf angenommen werden, daß diese sonderbaren Demokraten sich bisher wenig verantwortungsbewußt mit den Problemen der sowjetischen Besatzungszone befaßt haben, denn sie verlangen eine einheitliche Lebensmittelkarte für alle und die Aufhebung der Deklarationspflicht für Bahn und Postsendungen.

wenn diese "Demokraten" die Differenzierung der Lebensmittelkarten nach dem Leistungsprinzip ablehnen, dann beweist dies wohl nur die Richtigkeit der Eingruppierung nach Leistung. Die Deklarationspflicht für Bahn- und Postsendungen hat den gefährlosen Transport "schwarzer Ware" abgestoppt, und wenn diese nicht den Beifall der "Schwarzen" gefunden hat, dann dient sie bestimmt den Interessen aller ehrlich arbeitenden Menschen.

Auch die Ablieferungsfrist der Bauern für nur einen Teil ihrer Produktion gefällt diesen "Demokraten" nicht, denn sie behaupten, daß der Bauer heute viel besser lebt als die kartenversorgte Bevölkerung. Wenn es bisher möglich war, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, so ist dieses in erster Linie auf das System der Teilablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugung zurückzuführen, indem dem Bauern dadurch ein materieller Anreiz für seine Leistungssteigerung zugebilligt wird. Die dem Bauern verbleibenden "Freien Spitzen" werden zum Ärger der Schwarzhändler in immer größerer Masse durch den "Freien Markt" errödet und kommen der arbeitenden Bevölkerung zusätzlich zugute.

Die ehrenwerten "Demokraten" erlauben sich weiter zu behaupten, daß die Betriebe der enteigneten Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten dem Volk als Eigentum angedreht würden, die Erzeugnisse der volkeigenen Güter aber nicht dem Volke zugute kämen. Die volkeigenen Güter dienen in erster Linie der Verbesserung der Viehzucht und der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saatgut und haben darüber hinaus ein Zehntel der Erntemengen erbracht.

Daß auch die HO-Läden nicht den Beifall dieser sonderbaren Demokraten finden, ist nicht weiter verwunderlich. Wer den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens nicht zu beurteilen vermag, für den wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der HO-Läden dunkel bleiben, und der wird auch nicht begreifen, daß diese der erste Schritt zur allmählichen Überwindung der Bewirtschaftung von Nahrungsgütern und Gebrauchsgütern sind. Mit der Erfüllung des Zweijahrplanes wird unsere Erzeugung steigen, und durch die steigende Produktion werden

PresseDienst
(PD)

29. April 1949
Kommentare - 2 -

die in den HO-Läden zum Verkauf kommenden waren im Preise sinken. Daß die werktätige Bevölkerung in immer stärkerem Maße die Wichtigkeit der demokratischen Wirtschaft in der Ostzone erkennt, beweist am besten die Tatsache, daß sie ein neues Verhältnis zur Arbeit gefunden hat, wie es in der Aktivistenbewegung zum Ausdruck kommt. der "Kreis aufrechter Demokraten" aber dürfte wahrscheinlich ein Kreis getreuer Agenten des Ostbüros der SPD sein.

(H.K.)

Franz Tausch als notorischer Lügner entlarvt

B e r l i n (PD)

Mit der unsinnigen Behauptung, die VVN unterhalte in den westlichen Besatzungszonen als KZ-Betreuungsstellen getarnte Werbebüros für das demokratische Griechenland, und der Denunzierung bewährter Antifaschisten, leitete der "Sozialdemokrat" eine beispiellose Hetze gegen die VVN ein.

In der Ausgabe vom 7.4.1949 wurde von einer angeblich in gleicher Angelegenheit stattgefundenen Sitzung des dem Berliner Magistrat unterstehenden Hauptausschusses u.a. berichtet, die, wie der Leiter des Hauptausschusses, Helmut Bock, in einem Schreiben an die Redaktion des "Sozialdemokrat" feststellte, niemals stattgefunden hat, erfunden und von A-Z erlogen sei.

Am 15.4.1949 veröffentlichte der "Sozialdemokrat" ein fingiertes Schreiben der VVN Nordrhein-Westfalen, in welchem die SED (?) um finanzielle Zuschüsse für die Anwerbung freiwilliger für das demokratische Griechenland ersucht wird. Der "Sozialdemokrat" fälschte die Unterschrift des westdeutschen Mitglieds des Rates der VVN, Ernst Saalwächter, der 12 Jahre wegen antifaschistischer Arbeit im KZ ständigen Mißhandlungen ausgesetzt war. Die Landesleitung der VVN Nordrhein-Westfalen, der Vertreter aller Parteien angehören, dementierte die Meldung und bezeichnete sie als völlig frei erfunden.

Am 26. April veröffentlicht der "Sozialdemokrat" wiederum eine als "Eigenbericht" getarnte sensationelle Meldung über angebliche Verluste der vom "Sozialdemokrat" erfundenen deutschen "Griechenland-Brigade". Auch bei dieser Zeitungsnotiz wiederholt der "Sozialdemokrat" die bewusste Lüge, daß es sich bei dieser überhaupt nicht existierenden sogenannten "Griechenland-Brigade" um von der VVN angeworbene deutsche Freiwillige handle.

Die Wochenzeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, "Die Tat", widerlegte die aufgestellten Behauptungen und bezeichnete den Chefredakteur des "Sozialdemokrat", Tausch, als einen notorischen Lügner. Tausch hat zu dieser Feststellung, zu der Erklärung des Leiters des Hauptausschusses und dem Dementi des Landesvorstandes der VVN Nordrhein-Westfalen geschwiegen. Tausch wird in einem ordentlichen Gerichtsverfahren gleichfalls als ein bewusster Lügner entlarvt werden. Er ist nicht in der Lage, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

PresseDienst
(PD)

29. April 1949
Kommentare - 3 -

Sicherlich ist es kein Zufall, daß wenige Tage nach der Tagung des Rates der VVN, die ein einmütiges Bekenntnis der gesamtdeutschen Vertretung der Verfolgten des Naziregimes für die Aufrechterhaltung der VVN und für den Frieden als Ergebnis hatte, eine systematische Hetze und eine schamlose Lügenkampagne gegen die VVN einsetzte. Es ist zugleich das Eingeständnis, daß es dem Parteivorstand der SPD nicht gelungen ist, mit den bisherigen Mitteln eine Aufspaltung der VVN zu erreichen. Die VVN vereinigt allein in den westlichen Besatzungszonen über 25 000 Sozialdemokraten, die entgegen dem Parteibeschluß in der VVN verblieben und in allen Vorständen sowie im Rat der VVN aktiv mitarbeiten.

(Zentralvorstand der VVN
für die sowjetische Besatzungszone)

Der 1. Mai im Zeichen der Volkskongreß-Wahlen

B e r l i n (PD)

Der 1. Mai, ein Fest- und Kampftag der Werktätigen der ganzen Welt, steht in Deutschland ganz besonders im Zeichen des Ringens um die Einheit unserer Nation. Ein zerrissenes Deutschland ist ein friedloses Deutschland. Die Einheit unseres Landes ist die Voraussetzung für den Aufbau einer unabhängigen und lebensfähigen Friedenswirtschaft, für die Schaffung wirklich demokratischer Zustände in allen Teilen des Landes. Ein gerechter Friedensvertrag für Deutschland ist notwendig zur Sicherung des Weltfriedens.

Die einzige nationale Repräsentation des deutschen Volkes ist heute der Deutsche Volksrat. Er führt den schärfsten Kampf gegen die Spaltungs- und Kolonisierungspläne der Verderber Deutschlands. Er hat vor der ganzen Welt als Sprachrohr aller verantwortungsbewußten Deutschen die Forderung nach einem gerechten Frieden, Abzug aller Besatzungstruppen und einer gesamtdeutschen Regierung erhoben. Die Massenkundgebungen am 1. Mai müssen daher einen machtvollen Auftakt zu den Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai bilden. Durch die breiteste Beteiligung an diesen Wahlen muß und wird der Deutsche Volksrat die denkbar demokratischste Legitimation erhalten.

Am 1. Mai wird der Bevölkerung die Bedeutung dieser Wahl zum Deutschen Volkskongreß klargemacht werden. Plakate und Transparente bringen am 1. Mai zum Ausdruck:

"Keine deutsche Mutter kann ruhig leben, solange die Spalter Deutschlands und die Kriegsbrandstifter am Werke sind."

"Wer zum Deutschen Volkskongreß wählt, wählt den Frieden."

"Die Volkskongreß-Bewegung ist der Weg zur Einheit Deutschlands."

"Eine glückliche Zukunft unserer Kinder ist das Ziel des Deutschen Volkskongresses. Die Frauen stimmen mit Ja."

In "Deutschlands Stimme", dem Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, schreibt der Chefredakteur Albert Norden:

Pressedienst
(PD)

29. April 1949
Kommentare - 4 -

"Alle Feinde des deutschen Separatismus sind in diesem Mai aufgerufen, sich für Deutschlands Einheit zu entscheiden, denn die Kräfte des Landesverrats sind mit denen des Krieges identisch. Wer Deutschland spaltet, spaltet die Welt. Wer die Welt spaltet, verhindert den Frieden für Deutschland.

Aus der Heerschau des 1. Mai werden die Deutschen neuen Mut und größere Kraft schöpfen, um der Wahl zum 3. Deutschen Volkstags am 15. und 16. Mai das Gepräge einer überwältigenden Aktion für Deutschlands Einheit, für den sofortigen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen, für die demokratische Verfassung der unmittelbaren demokratischen Republik zu geben. Das Schicksal Deutschlands ist in die Hand der Deutschen selbst gegeben. Sie müssen handeln. Sie werden ihre Aufgabe erfüllen."

(W.E.)

falsche Spekulation der Kriegsprovokateure

(PD)

Mit Erstaunen und nicht ohne Ironie hat man die lärmenden Bocksprünge der deutschen Marionetten um die Aufhebung der sogenannten Blockade Berlins verfolgt. Der Welt hatte man eingeredet, daß die anderen sozusagen auf dem letzten Loch pfeifen, aber dann stellte sich heraus, daß die Leute, die den Lärm verursachten, selbst an Gesprächen über Berlin und über Deutschland in erster Linie interessiert waren.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse werden die Kräfte des Aufbaues und des Friedens immer stärker, während sich die Krisenerscheinungen im Kapitalismus in ernster Weise vermehren. Und wenn man auch begreiflicherweise von Seiten der deutschen Marionetten nicht zur Kenntnis nehmen will, daß es in der Ostzone vorwärts geht, so bilden doch die Niedergangserscheinungen in der Berliner und Westzonenwirtschaft eine ernste Mahnung. Man war in der Sackgasse gelandet, und wenn auch die Acheson, Bevin und Schuman immer wieder verkündeten, daß man die deutschen Schützlinge nicht im Stich lassen wolle, so will man doch auch weder die Kosten noch allzuviel Verantwortung für das abenteuerliche Spiel um Berlin und Deutschland übernehmen. Die Erfahrungen mit Tschiang Kai Schek bildeten immerhin eine Warnung. Die Kosten müssen also die Deutschen tragen und die Verantwortung liegt immer sichtbarer bei den deutschen Marionetten.

Was Wunder, wenn den Schumacher-Leuten bange wird und sie davor nicht zuletzt zur Massentäuschung und zu wahlzweckten oppositionellen Theateraktionen um das Bonner Spaltungsgesetz veranstalteten, um dann doch zu kapitulieren. Irgendwie mußte diese Kapitulation verbrieft werden und darum wird von den Schumacher-Leuten weiter um die Aufhebung der sogenannten Blockade Berlins gelärmt. An die Spitze der Lärmkampagne hat sich, wie nicht anders zu erwarten, Dr. Schumacher gestellt, der in ultimativer Form und provokatöser Weise die Ausbeutungsfreiheit der kapitalistischen Monopole, die vollkommene Bewegungsfreiheit für Kriegshetzer und Kriegsprovokateure und logischerweise natürlich die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der Ostzone fordert. Die ganze SPD-Presse bläst in das gleiche Horn.

Presseagenat
(PD)

29. April 1949
Kommentare - 5 -

Der bisherigen Spaltungs- und Provokations-Politik getreu, geht die Taktik der Schumacher-Leute weiter dahin, jedwede Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit zu torpedieren und auch national die Kräfte des Volkes weiter zu spalten und gegeneinander zu hetzen.

Die westlich lizenzierte Presse berichtet von der Bildung eines sogenannten Dreimächte-Ausschusses über Berlin und von einem angeblichen Memorandum der Westmächte an die Sowjetregierung, in dem erklärt wird, daß eine kommende Sitzung des Außenministerrates die Bildung des "Weststaates" nicht verhindern würde und die Transport- und Verkehrsbeschränkungen einseitig vor einer kommenden Tagung des Außenministerrates fallen müßten.

Ohne den Ergebnissen der internationalen Gespräche irgendwie vorzugreifen zu wollen, muß bei Einschätzung dieses Lärms der Schumacher-Leute und aller deutschen Marionetten wiederum festgestellt werden, daß sie nach wie vor eifrig bemüht sind, an der Spitze aller Provokateure die Zusammenarbeit und die Lösung des Berliner und Deutschland-Problems zum Nutzen des deutschen Volkes zu torpedieren.

Die Hetze der Provokateure in Berlin hat besonders scharfe Formen angenommen. Die Neumann & Co. fordern unter lügnerischen Vorwänden die Zerschlagung des Mai-Aufmarsches durch bewaffnete Gewalt, sie hetzen die Stumm Polizei auf die Teilnehmer einer Versammlung der rDJ in Tempelhof, um mit solchen neofaschistischen Methoden das gesunkene Prestige zu heben.

Man braucht kein Prophet zu sein, wenn man von vornherein feststellt, daß es sich um falsche Spekulationen der Kriegshetzer handelt. Ihre Rechnung kann und wird nicht aufgehen. Die Berliner und das ganze werktätige Volk in Deutschland werden in ihren einheitlichen Aufmärschen zum 1. Mai mehr denn je für die Forderungen des deutschen Volkes nach Einheit und einen gerechten Friedensvertrag eintreten und demonstrieren. Sie werden auf den Kundgebungen zum 1. Mai und durch eine gründliche Vorbereitung der Delegiertenwahlen zum 3. Volkskongreß beweisen, daß die Provokateure die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Das letzte Wort in seinen ureigensten Angelegenheiten hat das deutsche Volk.

(R.K.)

Pressedienst
(PD)

29. April 1949

A r t i k e l d i e n s t

1. Mai 1943 in der Sowjetunion - und 3 Jahre später

(von Rudolf Müller)

Ungewohnte Ruhe liegt über dem in Nebel gehüllten gequälten Land. wo noch vor kurzem fleissige Kollektivbauern den fruchtbaren Boden ihres Sowjetlandes zur Kraftquelle wogender weizenfelder gestaltet hatten, ist nun Todesacker, durch den sich endlose Gräben schlängeln. Aber auch die zahlreichen Granattrichter, die abgebrannten Häuser, Scheunen und Ställe, sowie die aufgedunsenen stinkenden Viehkadaver können die friedliche Vergangenheit dieses Bodens und des Volkes, das ihn bearbeitete, nicht verwischen. In Gedanken sehen wir wenigen Antifaschisten in der von reaktionären Offizieren geführten Kompanie, wie Traktoren mit wehenden roten rahnen zusammengekoppelte Pflüge hinter sich durch den schwarzen ratten Boden ziehen. fröhliches Singen zeugt von der Liebe zu diesem friedlichen Tun. Es ist Arbeit für den Aufbau und den Frieden.

Mit dem Schwinden des Nebels schwinden auch unsere Vorstellungen. Die Wirklichkeit steht klar im Sonnenschein wie Anklage und Mahnung vor uns, die wir erstaunt, aber auch froh nach drüben blicken. Im jungen Grün der hinter den sowjetischen Gräben stehenden Bäume flattern wie züngelnde flammen rote rahnen. Trotzige mit siegesbewußten Stimmen gesungene Melodien trägt der laue Wind in unseren Gräben.

Die Stimme unseres gehassten "Alten" erschallt wie das geifernde Bellen eines gereizten Horhundes des junkerlichen Besitztums, dessen einziger Erbe er ist, durch den Graben und macht uns auf ein riesiges Plakat in der größe zweier Scheuantore aufmerksam. Es steht breit und deutlich 200 Meter vor uns. Links ein zylindertragender dicker Monopolist, rechts die mordlustige Figur Hitlers, und zwischen Beiden steht in grossen klaren Buchstaben: "Das sind unsere Feinde! Kämpft mit uns für den Frieden!".

Der "Alte" befiehlt der Pakbedienung: "Sofort zusammenschliessen!" Die Pak schießt. Drüben bricht der Gesang ab, als wenn dem singenden jemand etwas trauriges mitgeteilt hätte. So ist es auch, denn deutsche Arbeiter und Bauern schießen gegen den Frieden, für eine kleine Clique Monopolisten und Junker.

Zerschossen liegt dieser deutlich mahnende auf eines den Frieden liebenden Volkes auf der Erde. Plötzlich steht drüben ein Mensch auf der Grabenböschung. Ein sowjetischer Soldat. Ein Soldat des Friedens. Hochauferichtet stößt er eine grosse rote rahne in die Erde. Danach hält er seine Hände wie einen Trichter vor den Mund und ruft etwas zu uns. wir verstehen es nicht. war es ein ruf oder eine ermahnung? Dies beschäftigte uns an dem Tage des weitfeiertages der Arbeiterklasse, am 1. Mai 1943 in der Sowjetunion.

Noch in derselben Nacht verteilen wir das gutversteckte Paket Flugblätter, das ein sowjetischer Spähtrupp in einer Nacht wenige Tage vor dem 1. Mai uns in den Gräben geworfen hatte und das zum Glück in die Hände eines unserer wenigen fiel. Keiner in der Kompa-

Pressedienst
(PD)

29. April 1949
Artikeldienst - 2 -

nie weiß, wie er sein Flugblatt erhielt. Der Sohn des Junkers tobt und droht mit Kriegsgericht und "jeden zehnten Mann erschossen", wenn der Täter sich nicht freiwillig meldet. Es kam nicht heraus. Also kein Spitzel unter uns wenigen.

Wir waren wenige. Am 1. Mai 1946 sind wir aber viele.

Strahlenden Gesichts blicken die sowjetischen Posten von ihrem Wachturm auf das rege Leben im Kriegsgefangenenlager. Vor den Baracken wehen rote Fahnen. In den Lagerstrassen stehen zahlreiche Transparente. Aus den Unterkünften klingt das Lied: "Brüder zur Sonne zur Freiheit." Alle Arbeitsbrigaden formieren sich nun zu einem Demonstrationzug durch das Lager zum festlich mit Tannengrün und roten Fahnen geschmückten Kundgebungsplatz. Eine mit den Bildern von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Pieck und Grotewohl und rotem Tisch herrlich dekorierte Bühne zieht alle Blicke an. Die besten Niedergutmachungsarbeiter und die Jugend betreten mit dem Gesang der Internationale als erste den Platz. Begeisterte Stimmung herrscht unter den über 2 000 Versammelten. Rote Nelken auf ihren Rockkragen strahlen wie zahlreich unter die Menge geworfene Kabinen.

Ein sowjetischer Offizier spricht, immer wieder vom Beifall unterbrochen, vom Friedenswillen des Sowjetvolkes. "Baut in eurer Heimat nicht Panzer und Kanonen, sondern Traktoren und Maschinen und liebt alle Völker der Erde!" ruft er, selbst von der Begeisterung bewegt, am Schluß den Gefangenen zu. Danach verteilt er an die besten Arbeitsaktivisten wertvolle Geschenke für ihre vorbildliche Niedergutmachungsarbeit.

Einer der wenigen, der vor drei Jahren im Graben die Flugblätter zur Verteilung brachte, spricht nun und erzählt vom 1. Mai 1943, von dem friedliebenden sowjetischen Volk, vom Aufbau eines demokratischen Deutschlands und dem Kampf gegen die Feinde des Friedens. Stille herrscht auf dem Platz, als er sagt: "Waren in diesem furchtbaren Krieg wir wenigen Antifaschisten konsequent? Nein! Lernen wir daraus, daß wir nicht erst Schluß mit dem Krieg machen wollen, wenn er schon im Gange ist und Millionen Menschen getötet wurden, sondern tun wir alles rechtzeitig und mit größter Aktivität, um den Kriegstreibern das Handwerk so zu legen, daß sie überhaupt keinen Krieg beginnen können. Dies können wir mit dem sicheren Erfolg tun, wenn wir immer an der Seite der Sowjetunion als der stärksten Friedensmacht konsequent für den Frieden kämpfen."

Weder die Lösung des zwischen den Fronten am 1. Mai 1943 stehenden sowjetischen Plakats, noch die Worte des sowjetischen Offiziers und des deutschen Antifaschisten am 1. Mai 1946 haben inzwischen die Bedeutung verloren. Noch mehr müssen wir auf der Hut sein und dafür sorgen, daß durch alle friedliebenden Kräfte in geeinten Aktionen die Kriegsbestie erschlagen wird, damit der Frieden lebt. Das soll der Wille aller Schaffenden am 1. Mai 1949 sein.

PresseDienst
(PD)

29. April 1949
Artikeldienst - 3 -

Es keimt die Saat

In der Ostzone sind jene Zeiten endgültig vorüber, in denen sich ein preußischer Kraitjunker je einen Ochsen vor und einen hinter den Pflug wünschte. Konsequenz wurde 1945 die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone eingeleitet, und Schritt für Schritt brach sich in den folgenden Nachkriegsjahren die Demokratisierung des Dorfes Bahn. Dennoch vermochten die zahlreichen, durch die Aufteilung der ehemaligen Güter geschaffenen bäuerlichen Familienbetriebe gegenüber den Großbauern nicht recht über Wasser zu gewinnen. Der wirtschaftlich Überlegene zog alle Register, um Jahrzehntelange Vorrechte gegenüber den mittleren und kleineren Betrieben zu wahren. In Besitze des Überwiegenden Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Transportmittel fiel es den Großbauern auch nicht schwer, das alte Abhängigkeitsverhältnis aufrechtzuerhalten, ja teilweise sogar noch zu vergrößern. Abarbeiten und Naturalleistungen aus der ohnehin geringeren Ernte der werktätigen Bauern waren keine Seltenheit. Aus diesem ungerechten Zustand gab es im Interesse der weiteren Demokratisierung nur einen Ausweg: die Technisierung der Landeigenschaft.

Die MAS sind auch in allen Kreisen unseres Landes wie Pilze aus der Erde gewachsen, und nachdem die sowjetischen Traktoren und Lastkraftwagen anrollten, war der Jubel bei den werktätigen Bauern groß.

Was sich im vergangenen Jahre in der Industrie vollzogen, hat sich nun auch in der Landwirtschaft Bahn gebrochen: Die Aktivistenbewegung entfaltet sich wie die keimende Saat. Besonders die Jugend hat erkannt, daß es heute auf einem Volksgut oder in der MAS nicht mehr genügt, allein die technische Handhabung des Gerätes zu beherrschen.

Mit Genugtuung haben alle Freunde des Fortschritts von der Überragenden Leistung des jungen Traktoristen Reinhard Perlewitz erfahren, die er mit seinem aus der Sowjetunion stammenden Traktor vollbracht hat. Am 25. April hat Perlewitz seine eigene Leistung vom 22. April erneut überboten. In achtstündiger Arbeit hat er 10,25 Hektar gepflügt. Entspringt seine Leistung einem Zufall? Natürlich nicht - diese Leistung wurde in dem Bewußtsein angestrebt, daß eine schnellere und qualitativ bessere Frühjahrseinstellung sich letzten Endes in einem größeren Stück Brot doppelt und dreifach bezahlt macht. Diese neue Einstellung zur Arbeit ist es, die in jedem Volksbetrieb zur Sache aller werktätigen werden wird. Es wird keine Einzelleistung sein, wenn die Norm um ein Vielfaches überboten wird. Kann es für einen aufbauwilligen, friedliebenden Deutschen eine schönere Aufgabe geben, als zur Besserung der Ernährung mit dem Ziele beizutragen, die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln zu überwinden?

Die Hennecke-Bewegung hat auf dem Lande Wurzeln geschlagen, sie muß gepflegt werden und wird kraftvoll anwachsen.

Pressedienst
(PD)

29. April 1949
Artikeldienst - 4 -

Dem Treckerrfahrer Arthur Merten aus Großneuendorf ist es durch geschicktes Fahren der Maschinen und überlegten Gebrauch der Ackergeräte in diesen Tagen gelungen, den Verbrauch an Brennstoff und Motorenöl um 18 Prozent zu verringern. Auf dem Saatgutgut Petkus haben sich die Landarbeiter Hönicke und Cyliax durch überragende Qualität beim Drillen ausgezeichnet. Auf dem Volksgut Hammer wurde zwischen dem Überschwelzer und dem Schäfermeister des Tierzucht-hauptgutes ein Wettbewerb abgeschlossen. Ihr Ziel ist die Normüber-erfüllung in der Tieraufzucht und die der Milchleistung um über 10 Prozent. Die Wettbewerbspartner haben sich in einem Verträge verpflichtet, Ausfälle an Vieh und die Aufzuchtkosten so gering wie möglich zu halten. Die Sortierung der Kartoffeln wird auf dem Volks-gut Birghof (Putzitz) im innerbetrieblichen Wettbewerb von zwei Kolonnen an zwei Sortiermaschinen durchgeführt. In zwei Sonderschich-ten wurden 700 Zentner Kartoffeln verladen, die als Saatgut an die werktätigen Bauern weitergeleitet werden.

Diese wenigen Beispiele zeigen mit aller Deutlichkeit, daß sich auf dem Lande eine grundlegende Wandlung vollzieht, deren volle Bedeutung nur derjenige ermessen kann, der den Problemen unserer Zeit aufgeschlossen gegenübersteht.

Ein weiterer Schritt die Aktivistenbewegung auf dem Lande zu entfalten, wird die Tatsache sein, daß in Zukunft für die Leitung der Volksgüter die gleichen Grundsätze gelten wie für volkseigene Industriebetriebe. Dem Gutsleiter wird ein Stellvertreter zur Seite stehen, der die kulturellen, personellen und sozialen Fragen bearbeitet. So wird das Bildungsniveau der Landarbeiter anwachsen wie nie zuvor. Der Landarbeiter wird immer mehr das Bewußtsein gewinnen, daß er der Beauftragte des Volkes ist, dessen Vertrauen genießt und dieses Vertrauen rechtfertigen muß. So gibt auf den Volksgütern und den Maschinenausleihstationen keine Ausbeutung mehr, und was schlechtes geschieht, schädigt die Landarbeiter selbst.

Die Genossen sind auch auf den Gütern und den MAS die Vorhut der Arbeiterklasse, und die Betriebsgruppe muß neben großen wirtschaftlichen Aufgaben vor allem auch den Belegschaften die großen politischen Fragen näherbringen. So wird sich die Hennecke-Bewegung auf dem Lande vorbereiten. Außerbetriebliche Wettbewerbe werden sich auch auf den Ausbau von Klubräumen, Unterstützung und Beratung der werktätigen Bauern, zentrale Schädlingsbekämpfung, Anlage von Beispielfeldern usw. erstrecken.

Reinhard Perlewitz gab das Signal. Jetzt gilt es, die junge Aktivistenbewegung auf den Volksgütern und den MAS in die richtigen Bahnen zu lenken. Vor allem müssen die werktätigen wach sein; niemals wird der Klassenfeind freiwillig bereit sein, althergebrachte Vorrechte an die werktätigen abzutreten. Es wird manchen Kampfes und einer Portion Zivilcourage bedürfen, bis sich die Politik der werktätigen zum Wohle der werktätigen durchgerungen hat. Die Entfaltung der Hennecke-Bewegung in den Volksbetrieben des Landes ist das beste Mittel, die werktätigen Bauern und Landarbeiter zu wirklich freien Menschen auf freiem Land zu machen.

(F.S. "Märkische Volksstimme")

Pressedienst
(PD)

29. April 1949

Stimmen des Auslandes

Der Freiheitskampf in Viet Nam (von Wan Huongh)

Wan Huongh aus der Republik Viet Nam (der früheren französischen Kolonie Indochina), Vertreter seines Landes im Sekretariat der Internationalen Studentenunion, der als Partisan am Freiheitskampf seines Landes teilnimmt, erklärte über die Lage in Viet Nam anlässlich seines Aufenthaltes in Wien:

Als die Japaner 1941 unser Land besetzten, entstand eine starke Widerstandsbewegung, deren Partisanenabteilungen einen regelrechten Krieg gegen die Japaner führten. Nach der Kapitulation Japans errichtete das Volk die demokratische Republik Viet Nam. Am 6. Januar 1946 wurden zum ersten Male allgemeine Wahlen abgehalten, in denen sich 90 Prozent des Volkes für die Nationale Unabhängigkeitsfront entschied. Noch im gleichen Jahr wurde die erste Verfassung in Kraft gesetzt, die Bodenreform eingeführt, der Wucher verboten und drückende Steuern abgeschafft.

Die französischen Kolonialherren hatten gedacht, dass wir ihnen das Land wieder auf den Teller präsentieren werden und waren über unsere Republik sehr empört. Zuerst versuchten sie Teile des Landes abzutrennen und unter Marionettenregierungen zu stellen. Als das misslang, versuchten sie, die katholische Bevölkerung gegen uns auszuspielen. Auch damit hatten sie kein Glück. Dann unternahmen sie den Versuch, die Republik mit Waffengewalt zu vernichten.

Am Anfang hatten die Franzosen etwa 150.000 Mann. Davon haben sie mindestens 70.000 an Toten, Gefangenen und Kranken verloren. Der Großteil ihrer Truppen besteht aus ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, Marokkanern, Senegalesen und Fremdenlegionären. Sie sind mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, besitzen Tanks, Artillerie und Flugzeuge und tragen amerikanische Uniformen.

Die Volksarmee musste erst mitten im Feuer des Kampfes gebildet werden. Aus den Partisanenabteilungen entwickelten wir eine reguläre, schlagkräftige Armee, mit einem tüchtigen Offizierskorps. Leider mangelt es noch an Waffen, Gewehre, Munition und Handgranaten werden von uns in kleinen Betrieben, die rasch verlagert werden können, hergestellt. Wir haben aber grosse Mengen Waffen von den Franzosen erbeutet.

Besonderes Augenmerk widmen wir der Propaganda unter den feindlichen Soldaten, die oft gar nicht wissen, wer wir überhaupt sind und wofür wir kämpfen. Wir haben auch schon erfreuliche Erfolge erzielt. So gibt es bei uns bereits zwei Bataillone, die sich aus Überläufern zusammensetzen.

An der Spitze der Republik steht Präsident Ho-Chi-Minh, der bedeutendste Freiheitsheld unseres Landes, der auch den Kampf gegen die Japaner leitete. Ministerpräsident und Oberkommandierender der Armee ist Vo-Nguyen-Giap. In der Regierung sind auch Vertreter der nationalen Minderheiten und zwei katholische Priester. Es gibt etwa zwei Millionen Katholiken im Lande, die geschlossen hinter der

Pressedienat
(PD)

29. April 1949
Stimmen des Auslandes -2-

Republik stehen. Das Land ist in zehn Kriegszonen eingeteilt. Jede Zone wird von einem Verteidigungs- und einem Verwaltungs-Komitee geleitet. In den Dörfern gibt es freigewählte Volkskomitees.

Ist ein halbwegs normales Leben der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich? Es ist sehr schwierig. Die Bauern arbeiten schwer, um die Anbaufläche zu vergrössern. In den Kampfgebieten ist die Feldarbeit nur nachts unter dem Schutz der Partisanenabteilungen möglich. Wir haben einen "Patriotischen Wettbewerb" eingeführt, in dem wir uns bestimmte Produktionsziele stellen.

Besonders stolz sind wir auf unsere Erfolge auf dem Gebiet der Volksbildung. Die Zahl der Schulen wurde stark vermehrt und sogar eine Universität gegründet. Im ganzen Land wird ein Kampf gegen das Analphabetentum geführt und es ist uns gelungen, etwa 80 Prozent der Bevölkerung das Lesen und Schreiben beizubringen, während es unter der französischen Herrschaft nur 20 Prozent waren. Entscheidend dabei war die Einführung der Lateinschrift anstelle der chinesischen Schrift, die für die Masse der Bevölkerung viel zu schwierig war.

Die Franzosen haben sich in den grossen Städten festgesetzt, während das ganze übrige Land in den Händen der Republik ist. Aber selbst in den Städten gibt es illegale Partisanenabteilungen. Die Franzosen haben drei grosse Offensiven gegen uns unternommen, die trotz des Einsatzes der modernsten Kampfmittel alle fehlschlagen. Durch unsere Politik ist es den Franzosen unmöglich, ihre Stützpunkte zu verlassen. Wir haben alle Verbindungslinien zerstört, Eisenbahnlinien und Strassen gesprengt. Ihre militärische Ohnmacht versuchen die Franzosen durch Grausamkeit wettzumachen. Hunderte Dörfer wurden von ihnen eingemacht, Gefangene werden grausam gequält, Frauen und Kindern die Köpfe abgehakt. Dadurch wird der Hass und Kampfeswille unseres Volkes nur grösser. Zu Beginn dieses Jahres fand eine Konferenz der Generalstäbe der Volksarmee aller Fronten statt, in der die Vorbereitungen zur letzten Offensive getroffen wurden. Der Sieg unserer chinesischen Brüder und der Freiheitskampf in Birma wird unseren Krieg wesentlich verkürzen. Wir sind überzeugt, dass wir in kurzer Zeit die französischen Imperialisten und ihre Söldlinge endgültig vertrieben haben werden, um dann mit dem friedlichen Aufbau der Volksrepublik Viet Nam beginnen zu können.

Zuerst Amerika

Im Londoner "Daily Worker" vom 22.4.1949 heisst es:

"Wer wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt wagen, jene zu fragen, die sagten, dass der Marshall-Plan darauf abzielte, Amerikas Exporte zu schützen, wenn sein einheimischer wirtschaftlicher Hochstand zu Ende wäre? Wie das amerikanische Geschäft sich schon auf abfallender Linie befindet, so haben sich die Preise für landwirtschaftliche Güter verschlechtert und die Produkte stapeln sich.

Amerika hat jetzt beschlossen, Grossbritannien die Erlaubnis zu verweigern, Marshall-Dollars zu benutzen, um kanadischen Weizen zu kaufen, da amerikanischer Weizen im Überfluss vorhanden ist. Es ist beinahe sicher, dass sich dieselbe Lage bei Käse- und Speckexporten ergeben wird. Dies ist ein schwerer Schlag für Kanada mit seinem riesigen Dollar-Defizit. Es könnte sich daraus ergeben, dass Kanada unverzüglich seine Aufträge an Grossbritannien reduziert.

**Presseamt
(PD)**

29. April 1949
Stimmen des Auslandes -2-

Republik stehen. Das Land ist in zehn Kriegszonen eingeteilt. Jede Zone wird von einem Verteidigungs- und einem Verwaltungskomitee geleitet. In den Dörfern gibt es freigewählte Volkskomitees.

Ist ein halbwegs normales Leben der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich? Es ist sehr schwierig. Die Bauern arbeiten schwer, um die Anbaufläche zu vergrössern. In den Kampfgebieten ist die Feldarbeit nur nachts unter dem Schutz der Partisanenabteilungen möglich. Wir haben einen "Patriotischen Wettbewerb" eingeführt, in dem wir uns bestimmte Produktionsziele stellen.

Besonders stolz sind wir auf unsere Erfolge auf dem Gebiet der Volksbildung. Die Zahl der Schulen wurde stark vermehrt und sogar eine Universität gegründet. Im ganzen Land wird ein Kampf gegen das Analphabetentum geführt und es ist uns gelungen, etwa 80 Prozent der Bevölkerung das Lesen und Schreiben beizubringen, während es unter der französischen Herrschaft nur 20 Prozent waren. Entscheidend dabei war die Einführung der Lateinschrift anstelle der chinesischen Schrift, die für die Masse der Bevölkerung viel zu schwierig war.

Die Franzosen haben sich in den grossen Städten festgesetzt, während das ganze übrige Land in den Händen der Republik ist. Aber selbst in den Städten gibt es illegale Partisanenabteilungen. Die Franzosen haben drei grosse Offensiven gegen uns unternommen, die trotz des Einsatzes der modernsten Kampfmittel alle fehlgeschlagen. Durch unsere Politik ist es den Franzosen unmöglich, ihre Stützpunkte zu verlassen. Wir haben alle Verbindungslinien zerstört, Eisenbahnlinien und Strassen gesprengt. Ihre militärische Ohnmacht versuchen die Franzosen durch Grausamkeit wettzumachen. Hunderte Dörfer wurden von ihnen eingekerkert, Gefangene werden grausam gequält, Frauen und Kindern die Köpfe abgehakt. Dadurch wird der Hass und Kampfeswille unseres Volkes nur grösser. Zu Beginn dieses Jahres fand eine Konferenz der Generalstäbe der Volksarmee aller Fronten statt, in der die Vorbereitungen zur letzten Offensive getroffen wurden. Der Sieg unserer chinesischen Brüder und der Freiheitkampf in Birma wird unseren Krieg wesentlich verkürzen. Wir sind überzeugt, dass wir in kurzer Zeit die französischen Imperialisten und ihre Söldlinge endgültig vertrieben haben werden, um dann mit dem friedlichen Aufbau der Volksrepublik Viet Nam beginnen zu können.

Zuerst Amerika

Im Londoner "Daily Worker" vom 22.4.1949 heisst es:

"Wer wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt wagen, jene zu fragen, die sagten, dass der Marshall-Plan darauf abzielte, Amerikas Exporte zu schützen, wenn sein einheimischer wirtschaftlicher Hochstand zu Ende wäre? Wie das amerikanische Geschäft sich schon auf abfallender Linie befindet, so haben sich die Preise für landwirtschaftliche Güter verschlechtert und die Produkte stapeln sich.

Amerika hat jetzt beschlossen, Grossbritannien die Erlaubnis zu verweigern, Marshall-Dollars zu besitzen, um kanadischen Weizen zu kaufen, da amerikanischer Weizen im Überfluss vorhanden ist. Es ist beinahe sicher, dass sich dieselbe Lage bei Käse- und Speckkaufen ergeben wird. Dies ist ein schwerer Schlag für Kanada mit seinem riesigen Dollar-Defizit. Es könnte sich daraus ergeben, dass Kanada unverzüglich seine Aufträge an Grossbritannien reduziert.

Pressedienst
(PD)

29. April 1949
Stimmen des Auslandes -3-

In der Theorie könnten Dollars, die durch britische Exporte eingenommen werden, dazu verwendet werden, kanadischen Weizen zu kaufen und die "gebundenen" Marshall-Dollars um solche Güter zu kaufen, die man vorher mit "freien" Dollars kaufte. In der Praxis ist dies nur der erste Schritt einer Erpressung, Grossbritannien zu zwingen, amerikanischen Weizen zu kaufen, und der Druck auf Grossbritannien, amerikanische Lebensmittel zu kaufen, wird sich erhöhen, wie der Niedergang in den Vereinigten Staaten zunimmt.

Diese Entscheidung macht den Regierungsplan zu einem Nonsens, das Dollarproblem durch eine Kürzung der USA-Importe und eine Erhöhung der britischen Exporte nach Amerika zu lösen. Wenn der Welthandel noch schwieriger wird, werden die Herren des Marshall-Plans Grossbritannien befehlen, wo es kaufen und wo es verkaufen soll. Sie blockieren den Handel mit Russland, wo der Weizen ohne Dollars überhaupt zu haben wäre.

Sie beabsichtigen, Grossbritannien unter Druck zu setzen, mit dem Bemerkem, "zuerst Amerika", auch wenn sie Grossbritannien zerstören und die Handelsbeziehungen innerhalb des Commonwealth schädigen.

Marshall-Dollars können keine Lösung für Grossbritanniens Probleme bringen.

Charlie Chaplin für Friedensnobelpreis vorgeschlagen
(PD)

Wie aus Washington gemeldet wird, soll nach Annahme des Gesetzesentwurfes über die Ausweisung "unerwünschter Ausländer" der grosse fortschrittliche Filmkünstler Charlie Chaplin aus den USA ausgewiesen werden.

Charlie Chaplin ist 60 Jahre alt geworden. Die "Französische Vereinigung der Filmkritik" schlägt einstimmig vor, dass der Friedensnobelpreis in diesem Jahr Chaplin gegeben werden soll. Kein Filmschauspieler hat es besser verstanden, als er, Menschen und Völker einander näher zu bringen.

Am 16. April 1889 in London geboren, verbrachte Charlie Spencer Chaplin seine Kindheit in grösstem Elend. Mit 8 Jahren wurde er Schauspieler, um sich eine Mahlzeit zu verdienen. Mit 24 Jahren engagierte ihn die Keystone-Gesellschaft nach Hollywood. Sechs Monate später hat er seinen "Typ" geschaffen und hatte Welterfolg. 1916 verdient er schon 1.250 Dollar die Woche und 1918 erhält er eine Million Dollar für acht Filme. In Amerika, wo man Talente nach der Höhe des Bankkontos misst, war ein solcher Erfolg noch nie dagewesen...

Alle seine Werke sind erfüllt von einer gewissen Würde und Achtung. Achtung verlangt er für den Vagabunden und für die Masse der Menschen. Aber diese Achtung verweigert er den Würdenträgern der Welt, die er in seinen Satiren darstellt: dem reichen Farmer, dem Sheriff, der dicken wohlhabenden Dame, dem Bankier, dem Polizeidiener, dem Grafen - kurz gesagt allen Vertretern der Machthaber, deren Autorität er durch seine Darstellung angreift...

Freemason
(PD)

29. April 1949

Stimmen des Auslandes -4-

Im Film "Der Emigrant" werden Chaplin und seine Freunde im Augenblick von amerikanischer Polizei niedergeschlagen, als im Hafen von New York die Freiheitsstatue auftaucht. In "Chaplin als Soldat" nimmt sein Held Hindenburg, den Kaiser und den Kronprinzen gefangen. Als der König von England und Poincaré ihm zu Ehren ein Bankett geben, reißt er ihnen die Knöpfe zum Andenken ab und die Hosens rutschen den Herren herunter. Die alliierte Zensur strich diese Szene. Die deutsche Zensur erlaubte niemals, dass man die Hohenzollern und Marschälle lächerlich machte. Heute verbietet die amerikanische Zensur die Episode mit der Freiheitsstatue in "Festival".

Die Ultrareaktionären und Rassentheoretiker konnten nicht dulden, dass man den Krieg mit der gefährlichen Waffe des Lächerlichmachens angriff. Sie empörten sich, als der Film "Der Pilger" ihre Heuchelei brandmarkte. Nach dem Riesenerfolg des "Goldrausch" nahm man einen Ehescheidungsprozess zum Anlass einer Hetzkampagne, die Chaplin unmöglich machen sollte. Aber Chaplin konnte der Meute standhalten. Jedoch erschien in seinem Film "Zirkus" eine neue Note: die Bitterkeit!...

Was für Charlie Chaplin am Wichtigsten war, war nicht das Bild, sondern der Mensch! Es kam vor, dass er für einen Film vom 1.500 Metern 100.000 Meter Film benutzte. Er wiederholt 40 oder 50 Mal die gleiche Szene, um bei sich und seinen Mitdarstellern die richtige Geste, den richtigen Ausdruck zu erreichen. Nachdem die Szene gedreht ist, zeigt er die Leuten, die er aus allen Kreisen zusammenholt. Wenn diese nicht vollständig begreifen, was er sagen wollte, streicht er die ganze Szene oder fängt wieder von vorne an. Als erste Pflicht erscheint es ihm, von allen Menschen verstanden zu werden.

Seit 15 Jahren wendet sich Chaplin den grossen Problemen unserer Epoche zu: Arbeitslosigkeit, Krieg, Technisierung, politische und rassische Verfolgungen. Als schon der Krieg in Europa wütet, ist "Der Diktator" der einzige Film Hollywoods, der es wagt, gegen Hitler Stellung zu nehmen. Eine wütende Kampagne bezeichnete ihn als "Kriegstreiber", weil er die Judenmassaker und die hitlerischen Grausamkeiten angriff und das deutsche Volk aufrief, sich gegen seine Tyrannen zu erheben, um den Krieg zu verhindern oder aufzuhalten...

Die Amerikaner kennen die Macht der Verleumdung. Chaplin ist heute in den Vereinigten Staaten verpönt, wie er vor dreissig Jahren beliebt war. Der Film "Monsieur Verdoux" wurde vom amerikanischen Filmverleih boykottiert und hatte wenig Erfolg in den USA. In Frankreich dagegen ist er mit Begeisterung vom Publikum angenommen worden. Eine Umfrage bei der Pariser Bevölkerung hat ergeben, dass dieser Film zu den fünfzehn beliebtesten Filmen gehört.

Überschüttet von Hass, als Jude beschimpft, als "unamerikanisch" beschuldigt (besonders weil er sich nie naturalisieren lassen wollte), bedroht man ihn heute mit der Ausweisung, weil gewisse Politiker diesen lästigen Ausländer los sein wollen. Chaplin wird heute vom Hollywood, zu dessen Aufblühen er mehr als jeder andere beigetragen hat, abgelehnt.

Presseklipp
(PD)

29. April 1949

"stimmen des Auslandes -5-

So wird dieser geniale Mensch heute an seinem Lebensabend von den Würdenträgern der Gesellschaft verfolgt, weil er die Würde des Menschen verfocht - er wird als "Kriegstreiber" beschimpft, weil er sein Leben lang für den Frieden war - gefangen, weil er zu oft die Freiheit verteidigt hat.

Der Nobelpreis würde Chaplin sein ungerechtes und unerbittliches, aber logisches Schicksal erleichtern. Daher möchten wir uns an die zuständigen Stellen für diese Auszeichnung wenden und sie an einen Ausschuss erinnern, der seinerzeit an die Französische Akademie, die Chaplin nicht in ihre Reihen aufnehmen wollte, gerichtet wurde: "Nichts fähle seinem Ruhm. Er fehlt dem 'naeren'!"

Chaplin, ein Meister des Films, verdient den Nobelpreis!

(Artikel von Georges Sedoul, aus

"Le Laitre Francaise" v. 21.4.1949)

Zur Information

Wenn Achenon Inventur macht
(PD)

In der "New York Herald Tribune" vom 22.4.1949 schreibt der bekannte USA-Politiker Walter Lippmann:

"Aber wir haben nicht gut daran getan, wenn wir es unternommen haben, uns direkt und vertraut in die internen Angelegenheiten von entfernten und fremden Ländern einzumischen, und uns in das Geschäft, sie zu führen oder zu regieren, eingelassen haben.

Eine Militär-Regierung in Deutschland, Japan und Korea mag für eine gewisse Zeit unvermeidlich gewesen sein. Aber niemand kann vorgehen, dass sie erfolgreich gewesen ist oder bezweifeln - wenn ihm die Tatsachen bekannt sind - dass das Problem nicht ist ob, sondern wie die Militär-Regierung aufzulösen sei... In Griechenland, wo wir uns in den Bürgerkrieg und in die unendliche Verwicklung der griechischen Politik und Finanz einmischten, haben wir keine weiteren Aussichten, als dort als überflüssig zu erscheinen und fortzufahren zu bezahlen. In China ist unsere Einmischung, ob sie zu groß war oder zu klein, ein vollkommener Versager gewesen.

Aber wenn wir nach Deutschland, Japan oder Griechenland gehen und beginnen wollen zu regieren, zu verwalten, Politik zu machen, sind wir in einem Reich, das unseren Erfahrungen, unseren Gebräuchen, unseren Idealen und unseren Instinkten fremd ist. Sogar die fähigsten und besten Männer unter uns konnten, das war mit ziemlicher Sicherheit vorauszusetzen, nicht erfolgreich sein. Aber die fähigsten und besten werden nicht in Deutschland und Japan, in Korea und Griechenland bleiben. Einige von ihnen haben es versucht. Sie gingen hin wie neuen Idealen, sie blieben für einige Zeit und kamen dann nach Hause, um ein lauges, heisses Bad zu nehmen, mit dem Gefühl, dass, wenn diese Dinge getan werden müssten, sie nicht diejenigen sein wollten, die sie zu tun hätten. So sind, um sie zu sehen, die Soldaten zurückgeblieben, die nach dorthin befohlen sind und solche Zivilisten, die niemals sich nur davon träumen konnten, absonderlich Macht, Verantwortung oder Privilegien hier bei uns zu erlangen.

Brächen wir da erschrocken sein, wenn allmählich die Wahrheit durchsickert oder schließlich durchscheitern beginnt, dass wir kein neues demokratisches Deutschland und Japan geschaffen haben, wo das Volk uns liebt, bewundert und bestrebt ist, uns nachzuahmen? -6-

Pressedienst
(PD)

29. April 1949
Stimmen des Auslandes -6-

Wirtschaft der USA "unsicher"
(PD)

Die amerikanische Tageszeitung "New York Herald Tribune" vom 20. April schreibt:

"Präsident Trumans Wirtschaftsberater haben diesem offen erklärt, dass sie nicht wüssten, was aus der Wirtschaft der USA in Zukunft werden würde. In einem vertraulichen Quartalsbericht hat der Rat der Wirtschaftsberater die Regierung gewarnt, auf jede Eventualität gefasst zu sein.

Leon Keyserling, Vizepräsident des Rats, erklärte einem Berichterstatter gegenüber, dass die Preissituation zur Zeit zweifelhaft sei... Bankrotterklärungen, die im letzten Jahr in der Woche, die mit dem 3. April endete, 91 zählten, betragen in der entsprechenden Woche dieses Jahres 216....

Unter der Überschrift "Private Experten der USA sind sich über die wirtschaftlichen Gefahrensignale einig" schrieb dasselbe Blatt am 23. April:

"Wirtschaftler der Regierung und der Industrie sind sich darüber im klaren, dass in der Wirtschaft der USA Anzeichen der Gefahr aufgetaucht sind. Sie warnen davor, dass die ökonomischen Kräfte, die sich hinter diesen Anzeichen verbergen, sich definitiv zu einer langfristigen Bedrohung der Prosperität entwickeln können... Das Resultat wäre eine herabsinkende Produktion und Arbeitslosigkeit... Die Wolken am wirtschaftlichen Horizont seien folgendes: Das Landwirtschaftsministerium nimmt an, dass die Einnahmen der Landbevölkerung um ca. 10 % absinken werden... Das Arbeitsministerium gibt bekannt, dass der durchschnittliche Wochenlohn um 1 Dollar die Woche gesunken ist, und den niedrigsten Stand seit dem Kriege erreicht hat... Die drei grössten Pittsburgher Kohlen- und Eisenindustriellen warnen die Arbeiterschaft, dass keinerlei Lohnerhöhungen in Aussicht seien... da die Industrie gezwungen sei, die Produktionskosten zu senken, um es mit dem wieder auftretenden Konkurrenzmarkt aufnehmen zu können.... Geschäftskredite sind die niedrigsten seit der Zeit, wo überhaupt Statistiken über derartige Dinge geführt werden..."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

PERNRUF: 672158 · 672488 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 30. April 1949

Nachrichten:

Hört uns, Arbeiter, Techniker und Ingenieure
 Adolf Deter im Moskauer Rundfunk über den 10. Allunionskongreß
 Deutsche Delegierte schildern Eindrücke vom Weltfriedenskongreß
 Neuer Wettbewerb in der Metallindustrie Sachsen-Anhalts
 Eisenbahner-Wettbewerb Wismar-Rostock
 Sieben Güterzüge eingespart
 Traktorist Peuers Wettbewerbssieger
 Landesregierung Schleswig-Holstein bestätigt interzonalen
 Schwarzhandel
 Hamburg im Zeichen des Befreiungstages
 Fachtagung "Eisen und Stahl" in der "Maxhütte"

Kommentare:

Schluß mit den Kriegstrompetern
 "Ohne Lokomotiven"
 "Lastenausgleich" in Bizonesien

Artikeldienst:

Trotzkistische Spionage und Zersetzungsagentur in West-Deutschland
 (E. Burger)
 In den Betrieben wurzelt die Kraft (Fritz Gäbler)

Stimmen des Auslandes:

Lincoln und der Atlantikpakt
 Krisenzeichen in USA
 Der neue "Affenprozeß"
 Immer mehr Arbeitslose in Frankreich

Zur Information:

Aus dem Parteilieben der KP Italiens
 "Iswestija" zu Bonn

Dr. h.c.pol. Frida Kubiner

Berlin (FDGB)

Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig
 ernannte Frida Kubiner anlässlich ihres 70. Geburtstages zum Doktor
 honoris causa rerum politicarum.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Hört uns, Arbeiter, Techniker und Ingenieure!

Rundfunkbotschaft der Belegschaft des Moskauer Stahlwerks

----- "Sichel und Hammer" -----

Moskau, 30. April 1949 (Rdfk.)

Am Vorabend des 1. Mai, am 29. April um 20,30 Uhr, setzten Belegschaftsangehörige des Moskauer Stahlwerkes "Sichel und Hammer" über den Sender Moskau den im Februar ds.Js. aufgenommenen Gedankenaustausch mit deutschen Werktätigen fort. "Hört uns, Arbeiter, Techniker und Ingenieure des Stahlwerkes Riesa, der volkseigenen Betriebe der sowjetisch besetzten Zone und ihr Werktätigen westdeutschlands!", begann der Moskauer Sprecher seine Rundfunkbotschaft, in der er Grüße an alle richtete, die am Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands arbeiten, die für die internationale Solidarität aller Werktätigen und für den Weltfrieden kämpfen.

Der Obermeister der Blechwalzabteilung des Stahlwerkes "Sichel und Hammer", Iwan R o m a n o w , brachte die Freude aller Sowjetbürger zum Ausdruck über die Aufbauenerfolge der Werktätigen in der Ostzone Deutschlands und gratulierte ihnen zu ihren hervorragenden Leistungen im Kampf für ein besseres Leben, für die Einheit Deutschlands und einen dauerhaften Frieden.

Stalin-Preisträger Wladimir T u n k o w erläuterte die im Werk "Sichel und Hammer" ausgearbeitete und angewandte neue technologische Methode der Herstellung von Edelstahl. Er schilderte mit sichtlichem Stolz die Zusammenarbeit der Werkdirektion, Techniker und Ingenieure mit den Arbeitern des Zentralen Wissenschaftlichen Forschungsinstitutes für Stahl und nannte die Namen des Akademiemitgliedes B a r l i n , des Obermeisters der Martinstahl-Abteilung S c h i s t a k o w , der Stahlgießer P l a d a n o w und G u s s o w .

An die werktätige deutsche Jugend richtete der 22-jährige Stahlgießer und Jugendbrigadier Anatolij S u b o t i n herzliche Grüße. Im Martinofen seiner Arbeitsbrigade wurde jener neue Stahl gegossen, für den sie den Stalin-Preis erhalten hat. Subotin schilderte seinen Werdegang vom Hilfsarbeiter bis zum Stahlgießer und Brigadeführer und wünschte den deutschen Jung-Aktivistinnen in der Ostzone neue Arbeitserfolge und viel Glück auf dem Weg in die Zukunft.

Adolf Deter im Moskauer Rundfunk über den 10. Allunionskongreß

Der erste Vorsitzende des FDGB Groß-Berlin, Adolf Deter, sprach im Moskauer Rundfunk über seine Eindrücke in der Sowjetunion und auf dem 10. Allunionskongreß der sowjetischen Gewerkschaften.

"Ich habe entdeckt - führte Adolf Deter ^{u.a.} aus -, daß die sowjetischen Menschen, die Arbeiter und Angestellten, Wissenschaftler und Künstler, die alle auf diesem Kongreß durch ihre Delegierten vertreten waren, sich in der Hauptsache mit der Steigerung der Produktion beschäftigten. Fast in jedem Betrieb gibt es Wettbewerbe und die

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Nachrichten - 2 -

Aktivistebewegung erfaßt in einer Reihe von Betrieben sogar 90 bis 95 Prozent der Belegschaft. Auffallend stark ist die Mitarbeit der gewerkschaftlichen Mitglieder in den Betriebsgewerkschaftsleitungen und in den Kommissionen. Ungefähr ein Drittel der gesamten Belegschaften, das sind 9 Millionen Menschen arbeiten in den einzelnen Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitungen auf den verschiedensten Gebieten, u.a. der Steigerung der Produktion, der sozialen oder gesundheitlichen Fürsorge oder der Kommissionsarbeit, die sich mit der Planerfüllung beschäftigt.

Glücklicherweise hatte ich Gelegenheit, vor zweieinhalb Jahren in Moskau zu sein. Ich kann Euch versichern: in diesen zweieinhalb Jahren hat sich Moskau wiederum ganz erheblich verändert. Wenn man jetzt das Straßenbild betrachtet, kann man sagen: ganz Moskau ist ein riesiger großer Bauplatz. In allen Stadtvierteln entstehen neue Wohn- und Industriebauten, wird eifrig gearbeitet. Mit der Anwendung von neuesten und modernsten Maschinen entstehen Neubauten. Auch das Leben in den Straßen ist ein anderes geworden. Besonders auffallend ist der überaus starke Autoverkehr. Man sieht keine alten, dafür aber neue Autos. Die neuen Wagen kommen aus dem Stalin-Autowerk und beherrschen das Straßenbild. Schöne neue Trolleybusse fahren durch die Straßen und können den Riesenverkehr in Moskau kaum bewältigen.

Unser Empfang durch die sowjetischen Gewerkschaftskollegen war ein überaus herzlicher. Zahlreiche Delegationen aus Europa und Lateinamerika, Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes haben die freundschaftlichen Beziehungen mit uns vertieft. Die Teilnahme am 10. Allunionskongreß der sowjetischen Gewerkschaften war auch für uns Berliner eine große Hilfe. Wir hatten Gelegenheit, den vielen ausländischen Delegierten den harten und unerbittlichen Kampf des FDGB in Berlin gegen die UGO und gegen die imperialistischen Aggressoren, die Berlin erneut zu einem Kriegsschauplatz machen wollen, zu schildern.

Die kurze Zeit meines Aufenthalts in Moskau hat mir viele Beweise der Freundschaft sowjetischer Arbeiter, Angestellten, Künstler und Wissenschaftler und vor allem der sowjetischen Gewerkschaftskollegen gegeben."

Deutsche Delegierte schildern Eindrücke vom Weltfriedenskongreß
VVN-Veranstaltung mit Stephan Heymann in Berlin

B e r l i n, 30.4. (N.D.)

Vor mehr als 1 000 Berliner Widerstandskämpfern schilderte Stephan Heymann, Mitglied der deutschen Delegation, auf einer VVN-Veranstaltung seine Eindrücke vom Weltfriedenskongreß in Paris.

"Jetzt wissen wir, daß wir deutschen Antifaschisten und Friedensfreunde nicht mehr allein stehen", erklärte Heymann. Als wichtigstes Ergebnis der Konferenz zeigte sich eindeutig, welche Kräfte heute auf Seiten des Friedens stehen. Es ist nicht nur die Mehrheit der Werktätigen, sondern die der fortschrittlichsten Menschen der ganzen Welt.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Nachrichten - 3 -

In einer Entschließung erklärten sich die versammelten Widerstandskämpfer begeistert zu den Zielen des Weltfriedenskongresses und erklärten, bei den kommenden Volksratswahlen diesen Willen zu dokumentieren.

"Magdeburger Volksstimme" interviewt Aktivist W u j c i a k

M a g d e b u r g, 30.4. (Eig.Ber.)

Einem Redaktionsmitglied der "Volksstimme", Magdeburg, antwortete der Delegierte Wujciak auf die Frage nach seinen Eindrücken vom Prager Weltfriedenskongreß: "Er war so überwältigend, daß ich ihn kaum in Worte fassen kann. Der Kongreß bewies, daß wir Deutsche wieder in die große Gemeinschaft der friedliebenden Völker aufgenommen sind. Alle einte der große Gedanke: 'Was müssen wir tun, um den Frieden zu erhalten?' Als zwei deutsche Delegierte auf dem Kongreß sprachen, erhoben sich die Versammelten spontan von den Plätzen. Minutenlang war der Beifall und Sprechchöre riefen: 'Es lebe das demokratische Deutschland.'"

Auf einer Kundgebung, an der fast 20 000 Werktätige teilnahmen, wurde die deutsche Delegation mit stürmischem Beifall, der in einer Ovation endete, empfangen. "Unsere Aufgabe ist es nun," beendete Kumpel Wujciak das Interview, "jeden Deutschen davon zu überzeugen, daß er aktiv in den Kampf für den Frieden eingreifen muß."

Berliner Arbeitsprogramm für 1949

B e r l i n, 30.4. (Eig.Ber.)

Der Berliner Oberbürgermeister Friedrich E b e r t gab gestern in einer Sitzung des demokratischen Blocks das Arbeitsprogramm für 1949 bekannt. Ebert verwies darauf, daß der demokratische Magistrat in den 5 Monaten seiner Tätigkeit gehalten, was er versprochen hat. Er bestand seine Bewährungsprobe. Das Winternotprogramm wurde erfüllt. Deshalb hat die Berliner Bevölkerung größtes Vertrauen zu dem vom demokratischen Magistrat angekündigten Arbeitsprogramm für 1949.

Die Summe von 220 Millionen DM für Aufbauarbeiten auf den verschiedensten Gebieten vermittelt einen Einblick in die Größe der gestellten Aufgaben. Die Produktion der volkseigenen Betriebe wird um 17% erhöht. Die volkseigenen Werke Bergmann-Borsig, Transformatoren-Werk, Berliner Glhlampenwerk, Werkzeug-Maschinenbau und 6 weitere volkseigene Betriebe, darunter die Städtischen Vieh- und Schlachthöfe und die Konservenfabrik Hanka, werden wieder hergestellt und erweitert. Aber auch die Privatindustrie soll gefördert werden. An fünf Schwerpunkten entstehen große Wohnblocks. Weiterhin richtet der Magistrat sein Augenmerk auf den Wiederaufbau von Krankenhäusern, Ambulatorien, Kliniken und Gesundheitsfrsorgestellen. Auf kulturellem Gebiet werden das Hauptgebäude der Humboldt-Universität, die Akademie der Wissenschaften, die öffentlich-wissenschaftliche Bibliothek, Volksbühne, Staatsoper, Kammerspiele, Komische Oper wieder aufgebaut. Die Zahl der Volksschulen und das Straßenbahnnetz werden erweitert und der Omnibusverkehr verstärkt. Volkseigene und Privatbetriebe erweitern die Produktion von Massenbedarfs-

- 4 -

Pressdienst
(PD)

30. April 1949
Nachrichten -4 -

artikeln. Die Lage der Intelligenz wird verbessert, 20 000 warme Mittagsmahlzeiten gelangen mehr zur Ausgabe und die Rationen der Lehrlinge werden denen der Erwachsenen angeglichen.

Mit seinem Arbeitsprogramm beweist der demokratische Magistrat erneut seine Fürsorge für die Berliner Bevölkerung. Der Aufbau der Friedenswirtschaft wird zu einer weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen führen.

Neuer Wettbewerb in der Metallindustrie Sachsen-Anhalts

M a g d e b u r g, 30.4. (Eig.Ber.)

Auf einer Tagung von Vertretern der größten Metallbetriebe Sachsen-Anhalts wurde zwischen den Belegschaften der Krupp-Gruson-Werke, Schäffer & Budenberg, Buckau-Wolf, Mackensen, Otto Gruson in Magdeburg, dem Eisen- und Hüttenwerk Thale sowie dem Buntmetallwerk Hettstedt ein neuer Wettbewerb nach dem 1. Mai vereinbart. Dieser wird sich auf die Planerfüllung, erhöhte Arbeitsproduktivität, Sinken der Selbstkosten, Verbesserungsvorschläge, umfassendere Einführung des Leistungslohnes und Verminderung des Ausschusses konzentrieren.

Der FDGB-Landesvorstand Sachsen-Anhalt und die IG Metall beauftragten die Kollegen Rößler und Kubbe, sich besonders der Förderung dieses Wettbewerbes zu widmen. Beide Kollegen nahmen an der Konferenz in Magdeburg teil und betonten, bei keiner anderen Gelegenheit eine derart erfahrungsreiche Diskussion und vorbildliche Zusammenarbeit gefunden zu haben.

An den seit 1. Mai des Vorjahres durchgeführten Wettbewerben beteiligte sich erfreulicherweise die technische Intelligenz besonders reger. Außerordentliche Verdienste erwarben sich die Ingenieure L a n g e vom Krupp-Gruson-Werk Magdeburg und K a m p s vom Eisenhüttenwerk Thale. Vor allem erhöhte sich ständig das Niveau der Verbesserungsvorschläge. Es gelangen nur hochwertige Vorschläge von den Arbeitern und der Intelligenz zur Eingabe.

Eisenbahner-Wettbewerb Wismar-Rostock

W i s m a r, 30.4. (Eig.Ber.)

Die Belegschaft des Bahnhofs Wismar setzte sich das Ziel, den Zweijahrplan überzuerfüllen. Deshalb wurden innerbetriebliche und Leistungswettbewerbe für die Dauer von drei bis sechs Monaten mit den Dienststellen des Personen- und Güterbahnhofs Rostock abgeschlossen. Beteiligt ist das Personal der Bahnbetriebswerke, Bahnhöfe und Güterbahnhöfe, Bahnmeistereien und Eilgutabfertigungen. In den Wettbewerbsverträgen werden bessere Arbeitsmethoden, Qualitätsreparaturen, verminderter Kohlen- und Ölverbrauch, erhöhte Lokumlaufkilometerzahlen und herabgeminderte Anfangsverspätungen für Reise- und Güterzüge angestrebt. Die Güterabfertigungen bemühen sich, die Aufenthaltszeiten der Wagen auf den Ent- bzw. Beladungsstellen sowie die Ent- und Beladezeiten der Waggons zu verkürzen.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Nachrichten - 5 -

Sieben Güterzüge eingespart

P a s e w a l k, 30.4. (Eig.Ber.)

Im Wirkungsbereich des Bahnbetriebswerkes Pasewalk konnten sieben Güterzüge eingespart werden, weil das Lokpersonal vom 1. bis 18. April 36 Schwerlastzüge gefahren hat. Statt der vorgeschriebenen Norm von 44.600 t beförderten sie in dieser Zeit 52.625 t Fracht.

Traktorist Peuers Wettbewerbssieger

G r i m m e n, 30.4 (Eig.Ber.)

Aus einem Traktoristen-Wettbewerb der MAS im Kreis Grimmen (Necklbg.) ging Herbert P e u e r s als Sieger hervor. Er pflügte mit einem 35-Ps-Lanz-Bulldogg täglich durchschnittlich 3,65 ha bzw. in 15 Tagen 54,81 ha Ackerland. Helmut S e i d e l von der MAS Reinberg pflügte täglich 3,5 ha und errang damit den 2. Platz. Erwin M e i e r, MAS Stremlo, und W a t z e l h a h n, MAS Duvier, belegten mit je 3,14 ha Pflugleistung 3. und 4. Plätze.

Der Traktorführer M a i b a u m, MAS Drölit, Kreis Güstrow, hat am 27. April mit einem Viermohrpflug und einem der neuen sowjetischen Traktoren in 2 Stunden und 20 Minuten 9 Morgen Land tiefgepflügt. Er erbrachte den Beweis, daß gute Arbeiter in der Landwirtschaft überall höhere Leistungen erreichen können.

Landesregierung Schleswig-Holstein bestätigt interzonalen Schwarzhandel

K i e l, 30.4 (Eig.Ber.)

Eine Erklärung der Nachrichtenstelle der Landesregierung Schleswig-Holstein bestätigt, daß trotz unterbundenen Interzonenverkehrs und zwangsweise verhängter Blockade Wirtschaftsverbrecher hauptsächlich seidene Damenstrümpfe aus der Ostzone nach dem Westen und dafür in umgekehrter Richtung Kaffee, Schokolade und dergl. verschoben und dabei mindestens eine Million Westmark verdienten. Schlagartige Zugriffe der Kriminalpolizei führten zur Festnahme von Kaufleuten, Spediteuren und anderen Schiebern.

Damit widerlegt die Pressestelle der schleswig-holsteinischen Landesregierung unfreiwillig alle von antidemokratischen Hetzblättern in Westdeutschland verbreiteten Lügen über eine Finanzierung der KPD mit Schwarzmarktgeschäften. Lügen haben eben kurze Beine.

Hamburg im Zeichen des Befreiungstages

B e r l i n, 30.4. (VVN)

Weithin leuchten in Hamburg von den Litfaßsäulen die Plakate des Befreiungstages am 7. und 8. Mai mit der Losung der VVN: "Kämpfer gegen den Faschismus - Kämpfer für den Frieden". Die gesamte Presse bringt in ausführlichen Berichten die Auseinandersetzungen zwischen dem Sekretariat der VVN und dem Hamburger Oberbürgermeister Brauer, der die ursprünglich auf den 8. Mai festgelegte Einweihung des Ehren-

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Nachrichten - 6 -

mals für die Opfer des faschistischen Terrors willkürlich auf den 3. Mai vorverlegte.

Die "Freie Presse", das Organ der FDP, bemerkt hierzu in ihrer Ausgabe vom 28.4., "die unselige deutsche Zwietracht leistet sich in Hamburg neuerdings ein beklagenswertes Beispiel. Am 3. Mai wird der Senat in Olsdorf ein Denkmal für die Opfer des faschistischen Terrors einweihen, ohne die Teilnahme der offiziellen Organisation der Überlebenden des Tausendjährigen Reiches. Einige Tage später wird diese Organisation unter ausländischer Beteiligung (keineswegs nur aus den Ostgebieten) eine große Gedächtnisfeier für diese Opfer veranstalten, ohne die Teilnahme des offiziellen Hamburgs. Vier Jahre nach dem Ende dieses Terrors wird gewissermaßen auf den Leibern der Ermordeten ein politischer Streit ausgetragen, der in Erinnerung an die Kameradschaft und Toleranz der damaligen Widerstandskämpfer tief beschämend ist.

Der Anfang dieser Zwietracht lag in dem Austritt der SPD aus der VVN, die sich angeblich zu einer kommunistischen Organisation entwickelt hatte. Dem Beispiel der SPD folgte keine andere Partei oder Organisation. Aber das offizielle Hamburg - der Senat, der immerhin das ganze Hamburg vertreten sollte - stellt sich gegen die Organisation der Naziverfolgten, in der alle Richtungen und Parteien, außer der SPD, vertreten sind. Es ist der häßlichste politische Mißklang, den wir seit der Befreiung von Hitler und seinen Trabanten erlebt haben."

Inzwischen hat man den ehemaligen Verfolgten das Gefühl gegeben, noch einmal verfolgt zu sein. Das FDP-Blatt berichtet von der Durchsuchung des Hamburger Sekretariats der VVN durch die Kriminalpolizei und erklärt dazu: "Der Beschlagnahme von Sondermarken, die Minderbemittelten die Teilnahme ermöglichen sollten, liegt die Anwendung des Sammlungsgesetzes zugrunde, welches aus dem Jahre 1934 stammt und die Unterschrift Hitlers trägt."

Aus vielen europäischen Ländern liegen Meldungen zahlreicher Delegierter zur Teilnahme vor, die am Mahnmahl Urnen ihrer toten Widerstandskämpfer abstellen werden. Unter den 1 000 zur Teilnahme gemeldeten Widerstandskämpfern befinden sich viele Sozialdemokraten, die am Befreiungstag mit ihren ausländischen Kameraden für Frieden und Völkerverständigung marschieren werden.

Fachtagung "Eisen und Stahl" in der "Maxhütte"

B e r l i n, 30.4. (Eig.Ber.)

Noch stärkere Produktion von Eisen und Stahl in der Ostzone! Das ist eine der Aufgaben, die sich die "Kammer der Technik" im Rahmen des Zweijahrplanes gestellt hat.

Diesem Ziel dient auch die von der "Kammer der Technik", Fachabteilung "Mechanische Technik und Metallurgie" veranstaltete Fachtagung "Eisen und Stahl am 12. und 13. Mai im volkseigenen Betrieb "Maxhütte" in Unterwellenborn/Thür. In rückschauenden und richtungsweisenden Fachvorträgen werden Techniker, die an leitender Stelle unserer Wirtschaft und Forschung und in Betrieben stehen, über Probleme der Eisenhüttenindustrie der Ostzone sprechen.

Der besonderen Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen technischer Intelligenz und Betriebsaktivisten gerade auf diesem Gebiet wird die Vortragsfolge "Wie haben wir uns geholfen?" gerecht. Alle Fragen, die in den vorgesehenen Referaten und Diskussionen behandelt werden, dienen dem Austausch von Erfahrungen und somit der Steigerung der Produktivität.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949

K o m m e n t a r e
=====

S c h l u ß mit den Kriegstrompetern!

Berlin (PD)

War es nicht ein gewisser Herr Hitler, der einmal mit Stentorstimme verkündete, daß Deutschland "so oder so" eines Tages wieder seine Kolonien besitzen werde? Ein Chor von Heil-Rufern jubelte dieser Kriegspropaganda zu. Und eines Tages rollten deutsche Panzer in Afrika!

Längst ist dieser Traum der großdeutschen Imperialisten ausgeträumt. Die Panzerwracks verrotten im Wüstensand. Tausende von jungen deutschen Männern liegen in Afrika verscharrt. Andere zogen bis zur Biskaya, bis nach Narwik und bis an die Wolga. Ihr Schicksal war kein anderes. Bitter und blutig sind die Erfahrungen, die das deutsche Volk machen mußte, als es widerstandslos den Kriegsfanfaren der landgierigen deutschen Imperialisten und Faschisten folgte.

An Hitlers heiseres Kriegsgeschrei wird erinnert, wer die Worte vernimmt, die heute Herr A d e n a u e r auszusprechen wagt. In Königswinter stellte sich dieser neue Kriegshetzer hin und verkündete vor den Flüchtlingsausschüssen der CDU mit hitlerischer Großmäuligkeit: "Die einzige Möglichkeit, das Flüchtlingsproblem zu lösen, ist die Zurückgewinnung der Ostgebiete."

Was will der christliche Herr Adenauer damit sagen? Doch nur das: Verzagt nicht, ihr Kriegshetzer und Kriegstreiber, die Zeit wird schon kommen, wo es wieder gilt, nach Osten zu marschieren!

Die Aussicht auf Krieg und neue Aggressionen, das ist das einzige, was die Herren vom Schlage Adenauers den Flüchtlingen in den Westzonen bieten können. Ungerührt läßt sie die Not und das Elend, in dem Hunderttausende von Flüchtlingen im goldenen Westen verkommen. Ungerührt läßt sie die Sehnsucht des deutschen Volkes, endlich und für immer in Frieden zu leben. Ungerührt läßt sie die Forderung, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit immer eindringlicher erhebt, das zerrissene Deutschland wieder zu einigen, die noch immer vorhandenen und täglich frecher werdenden Kriegshetzer und Imperialisten im deutschen Westen zu entmachten und die einige deutsche demokratische Republik zu schaffen, Frieden zu schließen und sich von der Last der Besatzung zu befreien. "Es ist noch alles in Fluß", sagt Herr Adenauer. Statt Frieden gibt es ein Besatzungsstatut, an Stelle eines geeinigten Deutschlands gibt es die Zerreißung Deutschlands, statt friedlichen demokratischen Neuaufbau gibt es Kriegshetze. Fürwahr, ein feines Rezept! Hofft Herr Adenauer wirklich, daß die giftige Suppe, die er hier einbrockt, ein drittesmal vom deutschen Volk widerspruchslos ausgelöffelt wird?

Die Bewegung für Einheit und einen gerechten Frieden nimmt innerhalb des deutschen Volkes einen immer breiteren Raum ein. Nicht zuletzt schließen sich ihr auch die aus den Ostgebieten umgesiedelten Menschen an, denn sie haben am eigenen Leibe erfahren, zu welchen Resultaten die abenteuerliche Kriegspolitik der deutschen Imperialisten führte. Für die Umgesiedelten gibt es nur eine Forderung: ein einheitliches und friedliches demokratisches Deutschland, das allen deutschen Menschen Heimat und Existenz sichert! Schluß mit den Kriegs-

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Kommentare - 2 -

trompetern, die die deutsche Heimat aufs neue verheeren wollen, die zu den vorhandenen Trümmern neue hinzufügen wollen, die Leben und Existenz des deutschen Volkes nicht sichern, sondern in höchste Gefahr und Unsicherheit bringen!

Georg Chwalczyk

"Ohne Lokomotiven"

Berlin (PD)

Im Januar 1949 verbreitete "Die Neue Zeitung", das USA-Blatt für Deutschland, eine Rundfunkrede, die der abgesetzte Generaldirektor der Ostzonen-Eisenbahnen, Besener, nach seiner Flucht in die Westsektoren im Rias hielt. Darin wurde die ebenso verlogene wie unsinnige Behauptung aufgestellt, im Mai werde die Ostzone ohne Lokomotiven sein, der gesamte Bahnverkehr also zusammenbrechen. Die gesamte Westpresse griff die Lüge auf und entwickelte daraus die übliche Hetzkampagne gegen die Ostzone.

Die Schwindelmeldungen der Westpresse über die sowjetische Besatzungszone haben aber die unangenehme Eigenschaft, stets rasch entlarvt zu werden. So auch hier. - Unter dem 25. April veröffentlichte die DWK, Hauptverwaltung Verkehr, die Mitteilung, daß ab Mitte Mai wieder internationale D- und Eilzüge mit Schlafwagen der Mitropa von Berlin, Dresden usw. nach Kopenhagen, Stockholm (über Warnemünde), Warschau, Prag, Budapest, Bukarest und zurück verkehren. Es war also wieder mal nichts mit dem "Verkehrszusammenbruch in der Ostzone", von dem die Westpresse seit Januar faselte. Ihre Schreiberlinge hätten aber jetzt gute Fahrgelegenheiten in die volksdemokratischen Länder - und sei es nur, um sich davon zu überzeugen, welche erbärmlichen Lügen sie täglich auch über diese verbreiten.

"Lastenausgleich" in Bizonesien

Die Westpresse berichtet von Besprechungen der Ministerpräsidenten in der Bizone mit den Militärgouverneuren Clay und Robertson über den Lastenausgleich und über die Durchführung der kommenden Wahlen. Zu beiden Fragen wurden die Chefs der Länderregierungen mit neuen "Empfehlungen" auf gut deutsche Anordnungen, ausgestattet. Sie zeigen schon in der Form, die ihnen gegeben wird, daß Bizonesien für die alliierten Besatzungsmächte nichts anderes mehr ist, als ein Objekt, über das man nach Gutdünken verfügt.

Hier zeigen sich die ersten Folgen der Frankfurter "Vereinbarungen" vom 25. April, die den deutschen Westen auf Grund der Londoner "Empfehlungen" vom August 1948 mit dem sogenannten Grundgesetz und dem selbstbegehrten Besatzungsstatut zu einem anglo-amerikanischen Dominion, beraubt aller nationalen Souveränität nach außen und jeder politischen und wirtschaftlichen Handlungsfreiheit nach innen, erniedrigt haben.

Was haben die Generäle zum Lastenausgleich "empfohlen"? Er soll in Form eines Sororthilfegesetzes mit dreimonatiger Laufdauer unter

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Kommentare - 3 -

Kostenausgleich zwischen den Ländern "auf freiwilliger Grundlage" in Kraft treten. Ist das nicht möglich, so könne der Frankfurter Wirtschaftsrat mit der Verabschiedung des Finanzausgleichs beauftragt werden. In diesem Falle - und hier liegt die Rußangel, die von den Militärgouverneuren gelegt wurde - müßten aber der Wirtschaftsrat oder die Bizonen-Verwaltung auch die Bezahlung der Besatzungs- und Kriegsnachfolgekosten (eine neuartige Bezeichnung für versteckte Reparationsleistungen) übernehmen. - Der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Kopf (SPD) hat Freitag nach dem Befehlsempfang bei Clay und Robertson erklärt, daß das Lastenausgleichsgesetz, falls der Wirtschaftsrat es formuliere und verabschiede, in Kraft treten könne, sofern der Rat die von den Militärbefehlshabern "gewünschten" Änderungen durchführe. Die Ministerpräsidenten der Länder wissen also, um was es hier geht. Trotzdem ist nach dem schwarzen 25. April gar nicht daran zu zweifeln, daß man hier genau so gefügig sein wird, wie bisher. Man ist ja an die Rolle, "Hilfspersonal" zu sein, längst gewöhnt.

Mr. Lucius D. Clay hat sich Freitag von den Ministerpräsidenten offiziell verabschiedet. Der Bremer Senatspräsident Kaisen hielt es für erforderlich, ihm für die "großzügige Hilfe" zu danken, die Deutschland durch die USA erfahren habe und - wie Clay meinte - über die Luftbrücke auch nach Aufhebung der erfundenen Blockade erhalten werde. - Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht? Ändern wollen diese Politiker des westens an dem Unheil, das sie heraufbeschworen und sanktioniert^{ten}, doch nichts. Das Volk aber muß die Last der Milliarden schulden und der Ausbeutung tragen - so lange, bis es aufsteht, sich reckt, seinem demokratischen Willen nach Freiheit, Einheit und gerechten Frieden Geltung verschafft und mit den Schuldigen abrechnet.

(H.A.L.P.)

Pressedienst
(PD)

30. April 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Trotzkistische Spionage und Zersetzungsagentur in west-Deutschland
Stets im Dienste imperialistischer Interessen!

Als die von Hitler-Armeen überrannten und versklavten Völker 1941/42 sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben begannen und die Arbeiterklasse der entsprechenden Länder - sei es Frankreichs oder Hollands, Belgiens oder Skandinaviens - in der vordersten Front derer standen, die für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes eintraten, begannen sogenannte illegale Radiostationen mit dem Versuch, Verwirrung und Zersetzung zu stiften. Die Gestapo, zusammen mit Goebbels, hatte eine Gruppe von Trotzkisten und Verrätern der Arbeiterbewegung auf die Beine gebracht. In Radiosendungen, in denen unter "radikaler" Phraseologie der Leninismus gegenüber der Sowjetunion "verteidigt" wurde, versuchte diese Agentur des Faschismus, den um seine Freiheit und Existenz kämpfenden werktätigen Massen einzureden, dass man "nicht" auf den Proletarier in der Hitler-uniform schießen dürfe.

Es ist nicht verwunderlich, dass einige dieser alten Hitler-Agenten, zusammen mit anderen Trotzkisten und Feinden des Sozialismus, ein Asyl in der Sozialdemokratischen Partei Schumachers gefunden haben. Von hier aus führen sie ihren Kampf gegen die SJ und gegen die Volksdemokratie mit denselben Mitteln weiter, mit denen sie ihn während des Krieges und auch schon vor dem Krieg organisierten.

Der Grundton ihrer schmutzigen Tätigkeit ist der gleiche geblieben, wie er in den trotzkistischen Pamphleten in dem Augenblick formuliert wurde, als der zweite Weltkrieg sich durch die Aggressivität der deutschen Faschisten und ihrer italienischen und japanischen Komplizen am Horizont abzuzeichnen begann. Es war und ist ihre Losung, dass die Sowjetunion um jeden Preis zerstört werden muss. Wichtiger als Hitler zu bekämpfen, sagten sie damals, ist der Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion.

Im Gegensatz zu gewissen westlichen Demokratien, in denen es Hitler gelang, mit Hilfe einer 5. Kolonne, die sich zu nicht unerheblichen Teilen aus jenen trotzkistischen Agenten und trotzkisierenden Anhängern der Parteien der II. Internationale zusammensetzte, von innen heraus die Voraussetzungen für die militärische Besetzung dieser Länder zu schaffen, hatte die Sowjetunion dieses Geschmeiss, das im Solde der Gestapo und anderer internationaler Spionageorganisationen stand, unschädlich gemacht und damit seit 1937 dafür Sorge getragen, dass später der heldenhafte Kampf der sowjetischen Armeen nicht durch einen Dolchstoß im Rücken um die Früchte seines Erfolges gebracht werden konnte. Die Geschichte der letzten Jahre hat bewiesen, wo im Interesse der Menschheit und des Friedens und der Freiheit gehandelt worden ist, und wo die Interessen des Volkes verraten und das Volk selber infolgedessen durch Erniedrigungen und ein Meer von Blut und Tränen gehen musste.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 2 -

Es kann nicht wundernehmen, daß alle jene, die vor der Entlarvung ihrer Spionage- und Zersetzungstätigkeit einst zitterten, heute die geschworenen Feinde der Sowjetunion und die ergebenen Diener der Imperialisten und Monopolkapitalisten sind. Sie stehen heute im direkten Sold des Dollars, und in seinem Auftrag bereiten sie im Zeichen des Atlantikpaktes und aller jener anderen Verträge, die darauf hinauslaufen, einen neuen Krieg zu entfachen, sich darauf vor, als 5. Kolonne die Arbeiterschaft und die sozialistische Bewegung zu zersetzen.

In Westdeutschland, jenem Gebiet, dem die Bürogenerale in Washington die Aufgabe zugedacht haben, das neue Aufmarschgebiet nach dem Verlust der weiten asiatischen Räume gegen die Sowjetunion zu sein, ist die Aktivität dieses Gesindels daher am stärksten entfaltet und erfreut sich der besonderen Förderung des Secret Service und sonstiger Geheimdienste.

Eine Flut von Broschüren und Büchern, sogenannten Erlebnisberichten, Untersuchungen über die Geschichte der letzten Jahre und so fort, sind in Westdeutschland veröffentlicht worden, zum größten Teil dank der Subventionierung durch amerikanische und englische Pressestellen, um den während 12 Jahre verdummtten deutschen Leser weiterhin im Stile der Goebbels-Propaganda zu verblöden und ihn bei dem Glauben an die antisowjetischen Märchen, derer er sich nicht zu erwehren weiß, zu belassen. Da erschien in Bizonien eine "Geschichte der KPD während der Weimarer Republik", deren Verfasser, Ossip Flechtheim, sich als Professor irgend einer amerikanischen Universität bezeichnet, in Wirklichkeit aber niemand anderes ist als einer der weißrussischen Mitarbeiter der Rosenbergschen Antikomintern, für die er jahrelang in Genf tätig gewesen ist. In seinem Buch finden sich alle die Märchen und Lügen vereint, die die Antikomintern Rosenbergs durch Fälschungen, Verdrehungen und Zitierkunststücke aus den offiziellen Dokumenten der KPD zusammengestellt hat.

Neben ihm steht Herr Borkenau. Auch er hat sich den Titel eines Professors zugelegt - was nach amerikanischer Auffassung auf deutsche Leser immer wirkt -, läuft in amerikanischer Uniform in Frankfurt a.M. und München herum, zeichnet als Herausgeber einer größeren Zeitschrift der amerikanischen Zone und ist in Wirklichkeit niemand anders als ein Renegat der deutschen Arbeiterbewegung, die ihm den Stuhl vor die Tür setzte, als sie entdeckte, daß er anstatt für die Ziele und Aufgaben des Sozialismus einzutreten, durch subtile Diskussionen und durch Rabulistik es unternahm, ihre Kampfkraft und Schlagkraft zu unterhöhlen. Er hat bei seinen Auftraggebern in Amerika schließlich Unterschlupf gefunden und durfte 1945 in einer blankgeputzten und neuen Uniform eines Obersten nach Deutschland übersiedeln. Mit ihm kam Herr Josef Dünner, seines Zeichens verkrachter Student der Frankfurter Universität, der, nachdem die deutsche Arbeiterbewegung für seine trotzkistischen "Theorien" und Schrullen kein Interesse zeigte, die verschiedensten sozialistischen Parteien im Auftrag der deutschen und ausländischen Polizei durchlaufen hatte, - als Zehntausende tapfer gegen den Faschismus kämpften - nach Amerika entkam, um 1945 zurückzukehren und seine Zersetzungstätigkeit nun von einem amerikanischen Büro in München her aufzunehmen.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 3 -

Das Dreigestirn Dünner, Borkenau, Flachthelm ist es, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Rosenberg-Gosbbelsche Antikomintern in Deutschland nicht untergehen zu lassen, sondern die antisowjetische Hetze, die Kommunistenjagd, die Spaltung und Zersetzung der Arbeiterbewegung weiter zu pflegen und zu fördern. Ihm stehen unbeschränkte Mittel, wie es in den Zeiten des Antikominternpakt es auch der Fall gewesen ist, zur Verfügung. Mittel, die aus den Geheimfonds der Konzerne und Trusts, aus dem Geheimfonds des amerikanischen und englischen Geheimdienstes auf Anweisung des Staatsdepartaments und der Labour-Regierung fließen. Sie sind es, die die Siggi Neumann, Fritz Löwenthal, Ruth Fischer, Kurt Funk (alias Herbert Wehner), Grete Buber-Neumann, Torgler und andere "Managen".

Wenn man sich die Tätigkeit dieser Sumpfblüten des untergehenden Kapitalismus, dieser Früchte der Dollarkorruption näher betrachtet, so ergibt sich, daß ihr Treiben mit Politik oder gar mit Arbeiterpolitik nichts mehr zu tun hat. Der Trotzismus, wie er hier in Westdeutschland zur Verdummung der Massen, zur Zersetzung der Arbeiterbewegung und als Spionage gegen die Ostzone in Erscheinung tritt, ist nicht eine politische Fraktion innerhalb der SPD, sondern er ist eine Agentur menschlich und politisch verkommener Subjekte zur Vorbereitung eines neuen Krieges.

Dieser trotzkistischen Brigade in amerikanischer Uniform ist es nicht weiter schwer gefallen, im Nachkriegsdeutschland, in dem Sitten und Moral sowieso einen ungekannten Tiefstand erreichten, einige "Möchtegern-Arbeiterpolitiker" in ihren Dienst zu bekommen. Der Hauptmatador dieser deutschen Gruppe ist der aus der schwedischen Emigration nach Deutschland mit englischer Hilfe gekommene Herbert Wehner, seines Zeichens heute Mitglied des Vorstandes der Hamburger SPD. Wenner gehörte ursprünglich unter dem Namen Kurt Funk der KPD an. Als ihn die schwedische Polizei während des Krieges verhaftete, gab er alles, was ihm über die illegale Arbeit der Kommunisten im in- und Ausland bekannt war, den Behörden preis, jenen schwedischen Behörden, die damals noch an einen Sieg Hitlers glaubten und mit den Deutschen weitgehend zusammenarbeiteten. Es ist sogar noch schlimmer! Aus Feigheit hatte er seine Verhaftung eigenmächtig herbeigeführt, um der Verpflichtung, im Frühjahr 1941 nach Deutschland illegal zu gehen und hier den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen, nicht nachkommen zu müssen. Funk/Wehner wurde damals wegen seines schändlichen Verhaltens aus der Kommunistischen Partei entfernt, und nun wurde seine Freundschaft zu dem in englischen Diensten stehenden heutigen SPD-Funktionär Wagner, der ebenfalls als Emigrant in Schweden lebte und in dessen Wohnung Wehner verhaftet worden ist, offenbar. Beide arbeiteten nun offen, was sie bisher versteckt taten, im Dienst der angelsächsischen Spionage zusammen.

Wehner ist heute einer der Haupttreiber der antisowjetischen und antikomunistischen Zentrale innerhalb der SPD, der Ollenhauer und Heine in den Reihen ihrer Partei einen großen Raum auf Befehl höchster Stellen in London und Washington nur zu gern einräumten. Viele Meldungen, die ihren Ausgangspunkt in den Redaktionsstuben des englisch lizenzierten "Spiegel", der englischen lizenzierten "Welt" hatten, Meldungen, die der kriegerischen Verhetzung dienen, sind aus Wehners Hand gegangen, wenn sie nicht sogar von ihm einfach frei erfunden wurden.

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 4 -

Der Zweite dieser Gruppe ist der in der Öffentlichkeit schon des öfteren genannte Siggi Neumann. Seitdem er sich der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre anschloß, hat er sich dort nur fraktionellen Aufgaben gewidmet. Er gehört zu jener Gruppe von Saboteuren und Spätern, deren Tätigkeit seit vielen Jahren auf nichts anderes hinausging, als die Schlagkraft der Arbeiterbewegung zu unterhöhlen und die in dieser Tätigkeit längst zu Werkzeugen ausländischer Generalstäbe geworden sind. Seine Verbindungen zu dem internationalen Mob, der sich in Barcelona in der Poutm zusammenfand, um mit einigen Anarchisten während des Freiheitskampfes des spanischen Volkes gegen Franco, Hitler und Mussolini einen Aufstand anzuzetteln und damit den tapferen spanischen republikanischen Armeen, die an der Front standen, in den Rücken fiel, sind notorisch, genauso wie seine Beziehungen über den Agenten Karl Volk, zu Süßkind und Fritz David, die zu den traurigsten Erscheinungen der Moskauer Trotzlistenprozesse gehörten und im Dienst der deutschen und angelsächsischen Spionagestellen standen.

Wehner und Neumann zusammen mit der Pariser Zentrale der sog. IV. Internationale haben sich als Propagandapferd Nr. 1 jene Margarete Buber-Neumann gesucht, die durch ihr Auftreten im Pariser Krawatschenko-Prozeß weniger berühmt als berüchtigt wurde. Diese sich als Witwe eines früheren kommunistischen Funktionärs ausgebende Potsdamer Offizierstochter, deren liederlicher und verkommener Lebenswandel sie davor behütet, jemals die Witwe eines bestimmten Mannes sein zu können, wurde im Zusammenhang mit der Bereinigung der trotzkistischen 5. Kolonne in der Sowjetunion verhaftet und zu einer längeren Haftstrafe verurteilt. Sie schildert ihre Erlebnisse in einem von Neumann und Wehner angeregten Buch unter dem Titel "Als Gefangene bei Stalin und Hitler", das sie in den Jahren 1946/47 mit dem berüchtigten trotzkistischen Agenten Jonny alias Willi Rieken in Schweden verfaßte, in jenem Schweden, in dem sowohl Wehner wie Neumann während des Krieges im Auftrage der englischen Spionage tätig waren und aus dem auch der Vertreter des Spionagebüros der SPD, Willi Brandt, in Berlin kam. Dieses nach sogenannten "modernen amerikanischen Propagandagesichtspunkten" abgefaßte Buch gibt eine angeblich sachliche Schilderung der Erlebnisse der tatsächlich weder Buber noch Neumann heißenden Agentin und ihrer Spionage-Kollegen, ohne allerdings die Ursache ihres Schicksals, den Grund ihrer Verfolgung durch die sowjetischen Behörden zu erwähnen. Lediglich an zwei Stellen dieses Machwerkes schaut der Pferdefuß hervor: an der einen, wo die Buber-Neumann davon spricht, daß sie einen Geheimkode mit Heinz Neumann ausgemacht hat und an der anderen, wo sie von "Anlaufstellen" in Prag redet. Jene heuchlerische Entrüstung, die heute in der Presse der amerikanischen und englischen Monopolkapitalisten in Deutschland und in ganz Westeuropa über das Schicksal der Buber-Neumann gezeigt wird, ist nichts anderes als ein demagogisches Manöver, an dessen Basis sich der Anspruch erhebt, daß die Sowjetunion nicht das Recht habe, Saboteure, Spione und Agenten unschädlich zu machen, sie dem Gericht zu überantworten und, wenn es sich um Ausländer handelt, sie dem Lande zu verweisen. Ein Recht, das sich weder Amerika noch England, noch ein anderes kapitalistisches Land, wenn es von seinem "demokratischen" Nachbarn bespitzelt wird, nehmen läßt, und das in jenen Ländern in Hunderten und Tausenden von Fällen als Vorwand diente, um gehetzte Emigranten, die vor Hitler geflohen waren, diesem zuliebe weiter zu jagen und zu hetzen und sie

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 5 -

seinen Gestapo-Schergen schließlich zu überantworten.

Jonny aber mit seinem deutschen Vertreter Schorsch alias Jungolas, dem Organisationschef des trotzkistischen Zentrums von USA-Gnaden für Deutschland in Bayreuth, braucht dringend eine andere Wahrheit, um seine und seiner Mitarbeiter schmutziges Gewerbe zu tarnen.

Ein anderes Parade Pferd im Stall dieser Spionage- und Zersetzungsgruppe ist der frühere Anwalt und Reichstagsabgeordnete Fritz Löwenthal, der nach seiner Flucht aus der Ostzone, wo er eine hohe Stellung bekleidete, die ihm annähernd 1 800 Mark monatlich einbrachte, Mitglied der SPD-Fraktion des Bonner Rats und regelmäßiger Mitarbeiter des kapitalistischen "Tagesspiegel" der Herren Reger und Karsch wurde. In dieser neuen Position verdient Herr Dr. Löwenthal leichter sein Geld, als er es in dem zerbombten, wenig Komfort bietenden Berlin konnte und das ist doch letzten Endes, was allein zählt für Menschen seines Schlages! Auch seine Prosa hat nichts anderes zur Grundlage als die unbändige Hetze gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt und gegen die Volksdemokratien, wobei er aus seiner persönlichen "Kenntnis" der Sowjetunion Erlebnisberichte schreibt.

Schließlich gehört in diese Gruppe neben den beiden SPD-Senatoren von Bremen, Wolters und Ehlert, neben Wollenberg in München, auch der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler, der bekanntlich zur Schande des deutschen Antifaschismus während des Reichstagsbrandprozesses feige mit den Nazis zu feilschen begann und es dem jetzigen bulgarischen Ministerpräsidenten G. Dimitroff überließ, die Ehre der deutschen Antifaschisten zu retten. Dieser Torgler ist es, auf den sich die Gestapo und das Goebbel'sche Propaganda-Ministerium zusammen mit seinen Kollegen Willy Kaspar und seiner Geliebten Maria Reese 1940 besannen, als sie jene Zersetzungssender aufbauten, von denen wir eingangs sprachen. Daß auch er heute in Niedersachsen Mitglied der SPD ist und als Propagandapferd von der Schumacherführung herausgestellt wird, ist nur folgerichtig. Schumacher braucht als Alibi für seine Politik des nationalen Verrats eine Reihe ehemaliger links von der Sozialdemokratie stehender Leute, er braucht sie, um jene unzufriedenen, sich der marxistischen Tradition der Sozialdemokratie erinnernden Kräfte bei der Stange zu halten. Darum bietet er diesem Gesindel Asyl und eine Tribüne, von der aus sie, mit Dollar gut bezahlt, ihre Schmutzflut über alles, was fortschrittlich ist, ergießen.

Für die deutsche Arbeiterbewegung und für alle fortschrittlichen Kräfte gilt es angesichts dieser Lage, in erhöhtem Maße wachsam zu sein! Es gilt, jene nach dem Kriegsplan der Dollarimperialisten im Aufbau befindliche 5. Kolonne zu erkennen, sie zu entlarven und unschädlich zu machen. Es gilt für die deutsche Arbeiterbewegung, die Lehren zu ziehen aus dem Schicksal der Franzosen, der Holländer und der Skandinavier, die diesen Reinigungsprozeß nicht - wie er 1937 von der Sowjetunion durchgeführt wurde - durchgeführt haben und dann erleben mußten, wie sie durch eine Gruppe von Führern der Sozialdemokratie - wir erinnern u.a. an die Franzosen Doriot, Deat und Paul Faure, an den Belgier Henrik de Man usw. - erst wehrlos gemacht und dann Hitler ausgeliefert wurden.

E.Burger

- 6 -

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 6 -

In den Betrieben wurzelt die Kraft

Bei der Durchführung unserer Wirtschaftspläne arbeitet die Kammer der Technik (KdT) vor allem an der Lösung all der Probleme, die zur Hebung der Produktivität der Arbeit beitragen. Diese Arbeit tut sich nicht von allein. Sie muß planmäßig organisiert werden. Das gilt für den einzelnen Betrieb wie für einen ganzen Industriezweig. Diese Arbeit liegt bei der KdT. Gewiß, der FDGB ist für die Geschäftsführung der KdT verantwortlich, jedoch bedeutet das nicht, daß seine Leitungen die fachwissenschaftliche Arbeit unmittelbar selbst organisieren. Der FDGB, gemeinsam mit der Wirtschaftsverwaltung, bedient sich dabei der KdT.

Allerdings muß gesagt werden, daß beim FDGB in der Handhabung dieses Instrumentes noch allerlei Mängel vorhanden sind. Die KdT ist z.B. nicht nur regional gegliedert, sondern auch fachlich. Aber die notwendige direkte Vertretung der Industriegewerkschaften in den Fachgruppen und ihren fachlichen Untergliederungen ist bis heute noch nicht vorhanden. Das heißt also, ein wirkliches Zusammenarbeiten der Leitungen der Industriegewerkschaften mit den fachwissenschaftlichen Organisationen unserer technischen Intelligenz findet z.Zt. noch nicht statt. Es ist weder in der Zone, noch in den Ländern und noch viel weniger in den Bezirken und Sektionen der Fall.

Dieser Zustand muß beseitigt werden. Es muß vor allem dadurch beseitigt werden, indem in allen entscheidenden Betrieben die technische Intelligenz mit den technisch interessierten Arbeiterinnen und Arbeitern zu Arbeitsgemeinschaften, zu Betriebsaktiven der KdT zusammengefaßt werden. Hier, an der Stätte der Produktion selbst, muß die erste Organisation der fachwissenschaftlichen Arbeit erfolgen.

Die verschiedenartigsten Gruppen werden in den Betrieben gebildet. Laienspielgruppen, Musikgruppen, Sportgemeinschaften und manch andere Interessengemeinschaften entstehen in den Betrieben auf Initiative unserer demokratischen Organisationen. Es wird höchste Zeit, daß durch sie auch die technische Intelligenz und alle technisch Interessierten zu Aktiven der KdT zusammengefaßt werden. Betriebsgewerkschaftsleitungen und Industriegewerkschaften sind bei der Bildung der Betriebsaktiven der KdT zur Initiative berufen und verpflichtet. Es mag zwar oft, besonders in chemischen Betrieben, für den Vorsitzenden einer BGL nicht leicht sein, in die fachwissenschaftliche Arbeit einzudringen. Und doch muß sich der Vorsitzende und mit ihm die übrigen Mitglieder der BGL eines Chemiebetriebes mit den theoretischen Grundlagen der Chemieproduktion befassen, um bei produktionstechnischen Beratungen ein ernstes Wort mitsprechen zu können. Das trifft in ähnlicher Weise natürlich auch auf die anderen Betriebe zu.

Die KdT muß mit ihrer Arbeit im Betrieb beginnen. Eine Institution, deren Zweck die Organisation der technisch-wissenschaftlichen Arbeit ist, kann ihre Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie am entscheidenden Ort der praktischen Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse, nämlich im Betrieb, keine Organisationseinheiten besitzt. In Betrieben, wo es verschiedenartige Produktionsabteilungen gibt, ist das Aktiv auf diese verschiedenen Abteilungen aufzugliedern. Die Tätigkeit dieser Arbeitsgemeinschaften oder Aktiven kann nicht ersetzt werden durch die Tätigkeit von Betriebslabors oder selbst von Labors ganzer Vereinigungen volkseigener Betriebe. Auch die Tätigkeit unserer wissenschaftlichen Institute vermag nicht Ersatz dafür zu sein. In diesen Aktiven

Pressdienst
(PD)

30. April 1949
Artikeldienst - 7-

sind die Tausenden und Zehntausenden unserer Techniker und Ingenieure gemeinsam mit den besten und interessiertesten Arbeitern, vor allen Dingen Jungarbeitern, zur gemeinsamen Arbeit für die Entwicklung unserer Wirtschaft und zur Verbreitung fachlichen Wissens und Könnens zusammenfassen. Darin liegt ihre große Bedeutung.

Die technische Intelligenz ist heute fast restlos gewerkschaftlich organisiert. Sie wünscht aber auch fachwissenschaftlich organisiert zu sein. Sie erwartet, daß ihre fachwissenschaftliche Vereinigung, die KdT, entscheidenden Anteil an der planmäßigen Organisation der fachwissenschaftlichen Arbeit vom Betrieb über den Industriezweig bis zur Gesamtwirtschaft hat. Ebenso wünscht sie, daß ihre Organisation diese Arbeit durch Herausgabe fachwissenschaftlicher Literatur, durch Veranstaltung von entsprechenden Vorträgen und Kursen, durch Betriebsbesichtigungen und andere Mittel unterstützt und fördert. Insbesondere aber erwartet sie, daß FDGB, Industriegewerkschaften und Betriebsgewerkschaftsleitungen ihr auf diesem Wege entgegenkommen, um das Bündnis zwischen Arbeiterschaft und technischer Intelligenz wirklich herzustellen und zu vertiefen.

Fritz Gäbler,
Vorsitzender der KdT, Thüringen

Pressedienst
(PD)

30. April 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Lincoln und der Atlantikpakt

Die norwegische Zeitung "Friheten" schrieb am 8.4. zum Atlantikpakt u.a.:

"Im Paragraph 4 des Atlantikpaktes verpflichten sich die Mitgliedsstaaten zur gemeinsamen Aktion im Falle einer der Staaten von einem "indirekten Angriff" bedroht werden sollte. Der Außenminister Acheson hat sich die Mühe gemacht, zu erläutern, was darunter zu verstehen ist. Er erwähnte als Beispiel "die Kriegsführung der Kommunisten gegen die griechische Regierung..."

Man fragt sich, ob es nicht Abraham Lincoln schlecht ergehen würde, wenn er von den Toten auferstehen und sich im amerikanischen Kongreß einfinden würde. Im Jahre 1848 waren die USA im Krieg mit Mexiko, wo eine revolutionäre Regierung die Macht übernommen hatte. Lincoln war ein Gegner dieses Krieges, von dem er sagte, daß er durch einen Verfassungsbruch des Präsidenten begonnen hätte. Am 12. Januar 1848 sprach Lincoln im Repräsentantenhaus für eine Entschließung, in der dieser Krieg verurteilt wurde. Er sagte u.a.: "Jedes Volk, wo auch immer es sei, das entschlossen ist und dazu die Kraft besitzt, hat das Recht, sich zu erheben und die bestehende Regierung zu stürzen und eine neue zu bilden, die ihm besser entspricht. Das ist ein außerordentlich wertvolles und heiliges Recht - ein Recht, von dem wir hoffen und glauben, daß es einmal die Welt beherrschen wird."

Das 'unamerikanische Komitee' hätte schon längst eingegriffen, wenn Lincoln heute wirken würde."

Krisenzeichen in USA

Konjunkturspri durch Atlantikpakt-Rüstungen

Die schwedische Zeitung "Ty Dag" vom 5.4. brachte folgenden Bericht: "In den USA werden die Zeichen einer sich nähernden Krise immer deutlicher. Der Preisfall, der sich früher nur in bestimmten Sektoren der Industrie bemerkbar gemacht hat, beginnt sich auf die Produktion im Ganzen auszudehnen. Eisen und Stahl sind die einzigen Gebiete, auf denen sich die Preise halten. Das ist durch die allgemeine Aufrüstung bedingt. Man rechnet damit, daß allein die Lieferungen von Kriegsmaterial an die Staaten des Atlantikpaktes im ersten Jahr 2 Milliarden Dollar und für eine Periode von 5 Jahren einen Gesamtbetrag von 20 Milliarden betragen werden. Trotzdem glauben die amerikanischen Sachverständigen nicht, daß auch diese phantastische Spritze die kommende Krise aufhalten kann."

"Die Anzeichen für einen definitiven Konjunkturmachlag in der kapitalistischen Welt werden immer sichtbarer" beschreibt "Ty Dag" vom 11.4. "Trotz Marshallplan, Aufrüstung und Atlantikpakt sind die ökonomischen Experten der USA pessimistisch im Hinblick auf die Möglichkeiten, einen stärkeren Preisfall, die Überproduktion und die Arbeitslosigkeit zu verhindern. - In Schweden herrscht derselbe Pessimismus."

PresseDienst
(PD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Die Umsatzziffern auf verschiedenen Gebieten des Einzelhandels sind während des ersten Quartals gesunken, die Lager wachsen, Bestellungen werden annulliert und auf bestimmten Gebieten, besonders in der Möbelindustrie, ist eine Überproduktion zu verzeichnen. Die Art und Weise, wie die USA aus der "Marshallhilfe" Gewinn zieht, hat dazu beigetragen, die Lage in einem Teil der schwedischen Industrie noch weiter zu verschlechtern.

Am 13.4.49 berichtet "Ny Dag" aus New York: "Die Arbeitslosigkeit in den USA breitet sich immer weiter aus. Als Folge der Überproduktion und der verminderten Nachfrage erfaßt sie jetzt so gut wie alle Industriezweige.

Im Februar erhöhte sich die Anzahl der Arbeitslosen nach offiziellen Angaben um 557 000 im Vergleich zum Januar. Seit Anfang September 1948 hat sich die Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten um eine Million vermindert.

Allein im Staate New York gab es im März 750 000 Arbeitslose, von denen 442 000 Arbeitslosenunterstützung erhielten. Im Staate New Jersey belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 150 000, das sind 10% der Arbeiter. Von der Arbeitseinschränkung wurden in diesem Staat vor allem Ältere Arbeiter und Neger betroffen.

Die Eisenbahngesellschaften haben bereits ungefähr 100 000 Angestellte entlassen. Die Gesellschaften beabsichtigen die Entlassung von weiteren 200 000 Eisenbahnern.

Der Radiokommentator des Elektrikerverbandes, Arthur Gate, erklärte kürzlich, daß das Produktionsniveau der Textilindustrie um 20% gesenkt worden ist. In der Schiffbauindustrie sind nur 25 000 Arbeiter beim Bau von Schiffen beschäftigt. Die Trockendocks haben ihre Tätigkeit fast vollkommen eingestellt.

Der neue "Affenprozeß"

(PD)

Vor dem Krieg machte sich die amerikanische Justiz zum Gespött der Welt durch ein Gerichtsverfahren, das als "Affenprozeß" in die Geschichte eingegangen ist. Vor den Schranken des amerikanischen Gerichtes standen Vertreter der Darwinschen Entwicklungslehre, die von den Richtern "Verurteilt" wurde.

An dieses Verfahren erinnert der gegenwärtige Prozeß gegen 12 Führer der Kommunistischen Partei der USA. Wie der Generalsekretär der Partei, der Mitangeklagte Dennis, auf Grund der Anklageschrift vor Gericht nachgewiesen hat, stehen nicht Handlungen der Angeklagten, sondern ihre politische und weltanschauliche Überzeugung, der Marxismus, unter Anklage. Das amerikanische Gericht schickt sich an, die Wissenschaft über die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft mit einem Gerichtsspruch zu "verurteilen", so wie es seinerzeit die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur "verurteilt" hat.

Diese Angst vor der Wissenschaft ist bezeichnend für die Reaktion, die vom amerikanischen Monopolkapitalismus verkörpert wird. Der Prozeß soll natürlich nicht bei diesen "ideologischen Auseinandersetzungen

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

gen stehenbleiben, sondern sehr schwerwiegende politische Folgen haben. Man beabsichtigt, durch Verurteilung des Marxismus jede fortschrittliche, freiheitliche Regung in den Vereinigten Staaten; jede Stellungnahme gegen die Kriegsabsichten des amerikanischen Monopolkapitals unter härteste Strafen zu stellen, indem man mit dem Verbot der Kommunistischen Partei beginnen will. Was geplant ist, geht aus einigen Gesetzentwürfen von Bundesstaaten klar hervor. Am 4. April hat der Senat des Staates New Jersey Gesetzentwürfe angenommen, die das Verbot der Kommunistischen Partei und von Staatsangestellten, Lehrern und Juristen schriftliche "Loyalitäts-Erklärungen" vorsehen. Es soll ihnen verboten sein, Organisationen anzugehören, die "den Staat unterwühlen". Das Verzeichnis solcher Organisationen wird vom Justizministerium aufgestellt und enthält willkürlich Gewerkschaften, Neger-Organisationen und Gesellschaften, die für Frieden und internationale Zusammenarbeit eintreten. Ähnliche Gesetzentwürfe werden gegenwärtig in den Staaten New York, Texas, Illinois und Pennsylvanien behandelt. Der Entwurf in Illinois sieht beispielsweise Gefängnisstrafen von 1 - 5 Jahren für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei oder anderen "kommunistischen Organisationen" vor.

G.Kr.

Der Sieg des Volkes

Dies ist eine geschichtliche Stunde für China und die Welt.

Tschiangs vom Ausland gestützte, verhasste und korrupte Diktatur ist zerbrochen und damit entfällt die Herrschaft der Handvoll chinesischer Grundbesitzer, phantastisch reicher Kaufleute, Kriegsherren und Gangster, die die chinesische Bauernschaft zur Ärmsten der Welt machten.

Diese epochenmachenden Siege sind die Kulmination eines bitteren 25jährigen Kampfes. Sie vervollständigen die chinesische Revolution des Jahres 1911 gegen den ausländischen Imperialismus, die von Sun Yat Sen begonnen und 1926 von Tschiang und den Kuomintang-Führern verraten wurde. Aber das Jahr 1927 sah das Aufkommen jener großen neuen Kraft, die die begeistertsten historischen Entwicklungen von heute zustande gebracht hat.

Niemals seit Stalingrad hat es einen ebenso dramatischen Umschlag des Glücks gegeben. Gut und zuverlässig haben Mao Tse Tung und Tschu Teh gebaut. Das Ende des 25jährigen Kampfes ist in Sicht und damit Frieden, Befreiung und eventuell Sozialismus. Chinas Siege wandeln die Weltsituation um, da sie eine Steigerung der Friedenskräfte der Welt bringen. Ein demokratisches China wird an der Seite der Sowjetunion und der Völker aller Länder wie ein unbesieglischer Wall gegen imperialistische Herrscher und gegen einen dritten Weltkrieg stehen.

Diese Siege kennzeichnen den völligen Fehlschlag der USA-Politik im Fernen Osten und bringen eine völlige Veränderung im strategischen Gleichgewicht der Kräfte. Das demokratische China wird den Männern und Frauen von Malaya, Indochina und Burma in ihrem historischen Befreiungskampf neue Hoffnung bringen. Es bedeutet den Beginn des Endes der imperialistischen Herrschaft im Fernen Osten.

- 4 -

Presseclienst
(PD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Das chinesische Volk hat Tschiang vernichtet. Es hat den Feudalismus und die Grundbesitzer vernichtet. Es hat den mächtigen Dollar besiegt. Es erhebt seine große Nation aus dem Staub. 450 Millionen Menschen werden durch die mächtige befreiende Kraft des Kommunismus freigemacht werden.

("Daily Worker", London, 25.4.49)

Laßt ihn draußen

(PD)

Der Londoner "Daily Worker" vom 26.4.49 schreibt:

Eine neue Kampagne ist in bezug auf das faschistische Spanien gestartet worden. Einflußreiche Stimmen haben sich erhoben, um die Einbeziehung des europäischen Stützpunktes in die Sphäre des Atlantikpakt zu unterstützen, besonders um diese Front gegen den Kommunismus zu stärken. Die Gelegenheit, diese Frage zu erörtern, bietet sich durch das erneute Erscheinen der spanischen Frage auf der Tagesordnung der UN. Die Argumente, die von den hohen Tory-Organen benutzt werden, die für Franco sprechen, lassen vermuten, daß die Kampagne auf eine gemeinsame Inspiration zurückgeht.

Es gibt allerlei glatte Redensarten über eine Verbesserung der Beziehungen zu Spanien aus Gründen der "Gerechtigkeit" und "Humanität" gegenüber seiner Bevölkerung. Stärkere Gründe jedoch ergeben sich aus den Argumenten des "Daily Telegraph" des Lord Caarose. In der Beobachtung, daß "der Kommunismus wie eine Flutwelle über riesige Gebiete der Welt hinflutet", findet diese Zeitung es an der Zeit, "sich über Spanien klar zu werden, zur Vernunft zu kommen".

"Vernunft" ist nach dieser Ansicht, Franco der vollen Mitgliedschaft des antikommunistischen Clubs teilhaftig werden zu lassen. Was tut es, ob er Faschist ist? Ist ein Faschist nicht ein ebenso guter Antikommunist wie irgendein anderer?

So argumentieren diese Leute, aber der Faschismus ist dem britischen Volke jetzt nicht annehmbarer als damals, als es ihn mit Waffen bekämpfte. Und unsere Kameraden, die vor diesem Kampf mit Spaniens Demokraten kämpften und fielen, fordern von uns: kein Kompromiß mit dem faschistischen Spanien!

Die Polizei sammelt Stücke von "Dr. Kalan" auf

Die Polizei jagte gestern Abend nach einer lebensgroßen Puppe von Dr. Kalan quer durch London, um zu verhindern, daß sie von kolonialen Studenten verbrannt werde. Die Studenten hatten die Verbrennung geplant als Protest gegen die Anwesenheit von Südafrikas faschistischem Ministerpräsidenten in Großbritannien.

Drei bemerkenswerte Episoden ereigneten sich bei dieser Großjagd. Um 5.30 Uhr nachmittags erschien die Figur auf dem Dach eines Wagens vor dem Dorchester Hotel, wo Dr. Kalan ein luxuriöses Appartement bewohnt, während die Studenten Schimpfworte ausriefen. Die Polizei zauderte - und war verloren. Bevor sie sich zu irgendeiner Handlung entscheiden konnte, fuhr der Wagen davon.

- 5 -

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Um 6.00 Uhr nachmittags versammelte sich am Trafalgar Square eine große Menge von Kolonialen, um Dr. Y.M.Dadoo, Präsident des Nationalen Kongresses von Transvaal, zuzuhören. Der Wagen, immer noch mit der Puppe auf dem Dach, fuhr herbei, und die Polizei war auch hier nicht in der Lage, "Dr. Malan" in Schutzhaft zu nehmen. So verbot sie, daß die Versammlung stattfand.

Um 7.30 abends kamen die Mengen im Hyde Park zusammen, wo sie "Dr. Malan", mit ein wenig durcheinander gebrachter Kleidung, an einen Stuhl gefesselt fanden, von welchem aus eine Reihe von Rednern ihn mit lauten Worten verurteilten. Als der letzte Redner beendet hatte, griff die Polizei ein und sagte: "Sie werden diese Puppe nicht verbrennen." Aber während sie nach der Atrappe greifen wollten, wurde sie ihr von andern Händen weggerissen und in Stücke zerrissen, inmitten von freudigen Rufen "Nieder mit Malan".

Ein älterer Polizeibeamter sammelte hastig die Fragmente auf, setzte einen Posten dazu und befahl, daß man die Menge zerstreute.

("Daily Worker", 21.4.49)

Inner mehr Arbeitslose in Frankreich

(PD)

Wie wir aus der "Humanité" vom 19. April erfahren, nimmt die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich auf erschreckende Art zu. Als im Mai 1947 die kommunistischen Minister von der Regierung ausgeschaltet wurden, zählte man 5 000 Arbeitslose. Die letzte offizielle Statistik gibt zu, daß am 15. März d.J. 33 384 Personen Arbeitslosenunterstützung erhielten, das heißt 6 000 mehr als im Anfang des Jahres. Dabei entspricht diese Zahl bei weitem noch nicht den Tatsachen. Die Kurzarbeiter sind noch viel zahlreicher, als die Arbeitslosen. Die Stellengesuche steigen immer mehr an. Die deutschen Kriegsgefangenen sind zum großen Teil in ihre Heimat zurückgekehrt, ohne daß man sie in der Produktion ersetzte.

Dieses Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist eng mit dem Verfall bestimmter Industriezweige verbunden. Entlassungen sind besonders stark in der Filmindustrie und im Flugzeugbau. In beiden Fällen haben die amerikanischen Trusts die französische Regierung dazu benutzt, um auf ihrem eigenen Markt die französische Konkurrenz, die dem Umsatz der amerikanischen Produktion hinderlich war, auszuschalten.

Ein weiterer Grund für die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist der schlechte Absatz. Die geringe Kaufkraft der Werktätigen führt zu einer Einschränkung des Verbrauchs, was sich logischerweise wieder auf die Produktion selbst auswirkt. Die Betriebe, die keinen genügenden Absatz für ihre Waren finden, entlassen ihre Arbeiter.

Jedoch, meint die "Humanité", man solle nicht von den guten Absichten der Regierung, die durch die Entwicklung überrascht sei, sprechen. Die Regierung hat die französische Wirtschaft durch die Annahme des Marshallplans so weit gebracht. In einem vor kurzem abgegebenen Bericht der Finanz-Kommission des Rates der Republik heißt es: "Das bedeutet Schließung zahlreicher Betriebe im Bereich der

Pressedienst
(PD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Technik, der Elektrizitäts-Industrie, der Textil-Industrie und die Entlassung vieler Arbeitskräfte."

Das ist ein deutliches Beispiel für die Folgen der Marshallisierung Frankreichs.

D.B.

Zur Information

Aus dem Parteileben der KP Italiens

(PD)

Die Verteilung der Mitgliedskarten der Kommunistischen Partei Italiens für 1949 wird jetzt abgeschlossen. Bis zum 15. Februar wurden 1 800 000 Karten ausgegeben und bis zum 31. Januar waren 2 Millionen Monats-Beitragsmarken verteilt. Die Grundeinheiten der Partei führen Mitgliederwerbungen durch.

Eine Kampagne zur Verbreitung der kommunistischen Presse, insbesondere der vier Ausgaben der Zeitung "Unità" (Rom, Mailand, Turin und Genua) wird im ganzen Lande durchgeführt. Führende Mitglieder der Organisationen, Abgeordnete und Senatoren nehmen aktiv jeden Sonntag am Zeitungsverkauf in den Straßen teil. Auf diese Weise wurden ausgezeichnete Ergebnisse erreicht: Am Sonntag, dem 20. Februar betrug die Auflage der vier Ausgaben der "Unità" 1 050 000 Exemplare (die normale Auflage ist ungefähr 400 000 Exemplare); am darauffolgenden Sonntag erreichte die Auflageziffer 1 140 000 Exemplare. Die Monatszeitschrift der Partei, "Rinascita", hat 22 000 Abonnenten (gegenüber 8 500 im Jahre 1948) und eine Auflage von 55 000 Exemplaren. Es erscheinen 45 Wochenzeitungen der KP Italiens. Die Gesamtauflage der Wochenzeitungen ist 321 000 (Ende 1948).

Seit einigen Monaten besteht neben der Abteilung für Presse und Propaganda eine Abteilung für den Film. Zwei Kurzfilme "14. Juli" und "Togliatti ist wieder da" sind fertiggestellt worden.

(Aus dem Informationsbulletin
der KP Italiens, März 1949)

"Iswestija" zu Bonn

Die Westmächte, die die demokratische und friedliche Politik ablehnten, die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam angenommen wurde, sind bestrebt, Westdeutschland für ihre aggressiven Ziele auszunutzen. Aus diesem Grunde spalten sie Deutschland und wollen so schnell wie möglich einen westdeutschen Separatstaat schaffen, den sie im nordatlantischen Militärbund schon einen Platz zugedacht haben.

Das deutsche Volk tritt jedoch gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Kolonisierungs-Politik der westlichen Besatzungsmächte auf. Die demokratische Umgestaltung, die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurde, der Kampf der demokratischen Kräfte vertreten durch den Deutschen Volksrat, die Forderung eines einheitlichen

Pressedienst
(FD)

30. April 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

lichen, demokratischen deutschen Staates hat bei der Bevölkerung Westdeutschlands lebhaften Widerhall gefunden. Gerade darum maskieren die Westmächte und ihre deutschen Marionetten ihre wirklichen Ziele und versuchen, das deutsche Volk mit pseudo-demokratischen Täuschungen zu betrügen. Als eine "demokratische" Dekoration der englisch-amerikanischen Spalter und deutschen Separatisten soll die sogenannte Bonner "Verfassung" des westdeutschen Marionetten-Staates dienen.

Wie vor einigen Tagen einer der Inspiratoren der gegenwärtigen Außenpolitik, John Foster Dulles, erklärte, ist "Deutschland des Zentralproblem, um das sich der Atlantikpakt dreht". Die Einbeziehung Westdeutschlands in diesen militärblock ist eines der nächsten Ziele seiner Organisatoren. In dieser Beziehung gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten, weder zwischen den Besatzungspartnern Westdeutschlands, der USA, England und Frankreich, noch auch zwischen ihnen und den reaktionären deutschen Politikern." (Aus "Iswestija" vom 23. April)

L.N.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 6. Mai 1949

Kommuniqué der 18. (32.) Tagung des Parteivorstandes der SED
am 4. u. 5. Mai 1949

Antwort des Parteivorstandes an die SED-Delegierten in der
Sowjetunion

Nachrichten:

Wahlvorbereitungen zum 3. Deutschen Volkskongreß in vollem Gange
Kandidaten sprechen zu ihren Wählern
Für 100 %ige Wahlbeteiligung im Bunsenwerk Schkopau
Teilnahme am Wahlakt aus Westdeutschland zugesagt
Jeder Tag bringt neue Fortschritte
Fertigteile für den Horch-Traktor
Stapellauf eines Hochsee-Fischkutters
Pumpwerk vorfristig in Betrieb genommen
Wettbewerbskartei gibt Auskunft
Traktoristen und Aktivisten
Für Deutschen Nationalpreis vorgeschlagen
Rüdersdorfer Kalkwerke brauchen Moniereisen
Versager im Stahlwerk Hennigsdorf
Bonner Spezialfarbenindustrie beklagt verlorene Absatzmärkte
152 Lehrer ohne Anstellung
Gestapo-Kriminalrat als Minderbelasteter
Sächsische Landesregierung verwirklicht Kulturplan
Förderungsausschuß für Wissenschaftler und Künstler nimmt die
Arbeit auf
Parteitag der KP Dänemark eröffnet
Georg Schlander zum Gedenken

Pressestimmen:

Arnold Zweig zur Volkskongreßwahl
Nicht ein einziger Trust gebrochen
Darum stimmen wir mit "Ja"!

Kommentare:

Auf Dich kommt es an, auf uns alle

Artikeldienst:

Die Leistungsmöglichkeiten einiger wichtiger Industriezweige (HVL)

Stimmen des Auslandes:

"Rückzug" der SU in der Berliner Frage
Zur Konferenz der britischen Dominions
Der Kampf des indischen Volkes
Von der Internationalen Messe in Poznan

Zur Information:

Lebenshaltungskosten im marshallisierten Österreich
Aufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie (in Schillingen)

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Kommuniqué der 18. (32.) Tagung des Parteivorstandes der SED
am 4. u. 5. Mai 1949

Am 4. und 5. Mai 1949 fand im Zentralhaus der Einheit in Berlin unter dem Vorsitz von Otto Grotewohl die 18.(32.) Tagung des Parteivorstandes der SED statt.

Den Bericht über die Tätigkeit des Politbüros erstattete Paul Merker. Die bisherigen Erfahrungen bei Durchführung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz, die Notwendigkeit einer verständlichen und gründlicheren Argumentation im Kampf für die Erhaltung des Friedens, für die Erringung der demokratischen Einheit und die Festigung der demokratischen Ordnung in der Ostzone wurden eingehend behandelt. Genosse Merker schilderte die durchgeführten Maßnahmen für die Verbreiterung und Vertiefung der Bündnispolitik und die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Partei in der täglichen Arbeit. Er wies nachdrücklich auf die mangelnde Wachsamkeit und Sorglosigkeit in ideologischen Fragen und die Duldsamkeit gegenüber antisowjetischen Stimmungen hin und bezeichnete die Schaffung eines klaren Standpunktes und des freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion, das Studium der Geschichte, der Grundprobleme und der Politik der Sowjetunion als eine der entscheidenden Aufgaben der Partei.

Paul Merker schilderte die Fragen der praktischen Massenarbeit zur Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes und die neuen Maßnahmen zur Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen in der Zone.

Anton Ackermann behandelte anschließend eingehend die Notwendigkeit der Vertiefung der Bündnispolitik mit der Intelligenz als entscheidende Aufgabe zur Schaffung einer selbständigen, lebensfähigen demokratischen Wirtschaft und Kultur.

Im Mittelpunkt der überaus regen Diskussion zum Bericht Paul Merkers stand die Frage der Hebung des ideologischen Niveaus der Parteimitgliedschaft.

Walter Ulbricht sprach über die Notwendigkeit einer entschlossenen Wendung in der ideologischen Arbeit und betonte, daß organisatorische Maßnahmen nicht genügen, um nationalistische und antisowjetische Stimmungen in der Partei zu beseitigen. Das kann nur das Ergebnis einer gründlichen und systematischen ideologischen Arbeit sein, um so das Kettenglied zur Partei neuen Typus zu schaffen. Fred Oelsner sprach über die konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Studiums der Geschichte der KPdSU(B). Auch die anderen Diskussionsredner unterstrichen auf Grund der praktischen Erfahrungen die Wichtigkeit der Verbesserung der ideologischen Arbeit zur Lösung aller Aufgaben der Partei. Die Mitglieder der deutschen Delegation auf dem Friedenskongreß in Paris und Prag, die Genossen Abusch und Göring, berichteten über das Anwachsen der Friedensbewegung in der ganzen Welt und über die Anerkennung, die der Kampf der deutschen Friedenskräfte in der fortschrittlichen Welt findet.

Der Parteivorstand billigte einmütig den Bericht Paul Merkers und beschloß ebenso einmütig die Resolution über die Gefahr nationalistischer Einwirkungen, in der vor allem die unzulässige

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Kommuniqué ... - 2 -

Duldsamkeit des Landessekretariats der SED Thüringen gegenüber anti-sowjetischen Tendenzen innerhalb der Parteiorganisation einer Kritik unterzogen wird. Der Parteivorstand beschloß ferner einstimmig die Entschliebung zur Verbesserung des Studiums der kurzen Geschichte der KPdSU(B).

Im Zusammenhang mit den neuen Ereignissen in der internationalen und innerdeutschen Entwicklung referierte Wilhelm Koenen über die weitere Kräfteverschiebung zwischen den "zwei Lagern" zu Gunsten der Friedenskräfte, über den erfolgreichen Kampf zur Erhaltung des Weltfriedens. Ausgehend von den sichtbaren Äußerungen des geänderten Kräfteverhältnisses sprach Wilhelm Koenen über die Mobilisierung der breitesten Massen im Kampf um die demokratische Einheit und die konkreten Maßnahmen zur Durchführung der Delegiertenwahlen für den 3. Deutschen Volkskongreß und für die Einberufung des Kongresses; um den nationalen Kampf für die Einheit Deutschlands auf eine breitere und höhere Stufe zu heben. Der Parteivorstand bestätigte das von der außenpolitischen Kommission empfohlene und vom Politbüro veröffentlichte Kommuniqué zu den Vereinbarungen der Alliierten über Berlin und Deutschland.

Am 2. Verhandlungstag sprach Genosse Willi Rumpf in einem instruktiven Referat über die Finanzpolitik im Zweijahrplan. Er behandelte hauptsächlich Fragen der Finanzwirtschaft und Rentabilität der volkseigenen Betriebe, machte Vorschläge zur besseren Erfassung der Steuern und zur Vereinfachung des noch immer bürokratisch komplizierten Weges der Verwendung der Haushaltsmittel. In der lebhaften Diskussion wurden viele neue Anregungen gegeben. Genosse Selbmann verlangte Einhaltung der Plandisziplin durch die volkseigenen Betriebe und machte praktische Vorschläge zum beschleunigten Wiederaufbau der zerstörten Häuser, auch des privaten Hausbesitzes. Genosse Fred Oelssner sprach zur Kaderpolitik und Rentabilitätswirtschaft der volkseigenen Betriebe.

Genosse Paul Merker berichtete über die Richtlinien für die Arbeit des demokratischen Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Gewerkschaften in der sowjetisch besetzten Zone. Die aus den Ländern vorliegenden Abänderungsvorschläge wurden einer Kommission zur Durcharbeitung überwiesen.

Am Schluß der arbeitsreichen Tagung faßte Genosse Otto Grotewohl das Ergebnis der Tagung in prägnanter Form zusammen und zeigte die Zusammenhänge der einzelnen Beschlüsse in ihrer Wirkung auf organisatorischem, ideologischem, politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Berlin, den 5. Mai 1949

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Antwort des Parteivorstandes an die SED-Delegierten
in der Sowjetunion

(PD)

An die Mitglieder der SED in der Delegation der "Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion" übermittelte der Parteivorstand der SED in Erwiderung ihrer Grüße folgendes Telegramm:

Werte Genossen !

Der Parteivorstand nahm in seiner 32. Sitzung dankend Euren Gruß aus dem Lande des Sozialismus entgegen. Euer Versprechen, nach der Rückkehr noch entschiedener als bisher für die Freundschaft mit der Sowjetunion zu werben, gegen den Antisowjetismus und gegen die Kriegstreiber zu kämpfen, nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. Das verpflichtet Euch, während Eurer Anwesenheit in der Sowjetunion mit aller Gründlichkeit den Sozialismus, das Leben der Sowjetvölker, die Arbeitsmethoden der Stachanow-Arbeiter, die Rolle der Partei, der Gewerkschaften und kulturellen Organisation zu studieren, damit ihr bei der Berichterstattung ein lebendiges Bild vom Leben und Kampf der Sowjetunion für den Frieden und für den Übergang zum Kommunismus geben könnt. Wir wünschen Eurer Reise auch weiterhin den besten Erfolg und bitten Euch, den Menschen der Sowjetunion unsere brüderlichen Grüße zu übermitteln.

Parteivorstand der SED
gez. Otto Grotewohl

Berlin, den 4. Mai 1949

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Nachrichten

Wahlvorbereitungen zum 3. Deutschen Volkskongreß in vollem Gange

Berlin, 6.5. (E.B.)

Die vom Deutschen Volksrat an das deutsche Volk gerichtete Aufforderung, am 15. und 16. Mai Delegierte zum 3. Deutschen Volkskongreß zu wählen, löste in allen Teilen Deutschlands lebhafteste Zustimmung aus. Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen, parteilose und unorganisierte Männer, Frauen und Jugendliche, Wahlkandidaten und Volksausschüsse treffen alle Vorbereitungen, damit die Wahlen zu einem starken Bekenntnis des deutschen Volkes für die Einheit der Nation und einen gerechten Frieden werden.

Kandidaten sprechen zu ihren Wählern

Halle, 6.5. (E.B.)

An allen Tagen sprechen vom 5. bis 14. Mai die in Sachsen-Anhalt zur Wahl gestellten Kandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß zu ihren Wählern in den Betrieben und Verwaltungen, in Veranstaltungen und Kundgebungen in Stadt und Land über die außerordentliche Bedeutung der Wahlen für die Fortführung des Kampfes um die nationale Einheit und einen gerechten Frieden. Wenige Tage vor der Wahl werden außerdem Mitglieder des Deutschen Volksrates an alle Wähler appellieren, am 15. und 16. Mai mit ihrem "Ja" ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Frieden abzulegen und das Bestreben der Volkskongreßbewegung zu unterstützen, den nationalen Notstand zu überwinden.

Für 100 %ige Wahlbeteiligung im Bunawerk Schkopau

Halle, 6.5. (E.B.)

Die Wahlvorbereitungen im Bunawerk Schkopau lassen erkennen, daß eine 100 %ige Wahlbeteiligung der Belegschaft dieses Großbetriebes zu erwarten ist. An den Arbeiten des Volksausschusses beteiligen sich gegenwärtig 300 Betriebsangehörige, von denen 26 aus der Intelligenz kommen.

Teilnahme am Wahlakt aus Westdeutschland zugesagt

Halle, 6.5. (T.R.)

Trotz Zonengrenzen und Schweigetaktik der Westpresse über das Memorandum des Deutschen Volksrats und die Bedeutung der gesamtdeutschen Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß haben es die 21 000 ständigen Mitglieder der über 3 000 Orts- und Volksausschüsse Sachsens verstanden, in Zehntausenden von persönlichen Briefen mit den Friedensfreunden im deutschen Westen Fühlung aufzunehmen.

Die eingehenden Antworten von Werktätigen aller Berufe, Parteien und Konfessionen beweisen, daß auch in Westdeutschland der Wille nach Einheit und baldigem Frieden für Deutschland und die Welt immer mächtiger wird.

Pressdienst
(PD)6. Mai 1949
Nachrichten - 2 -

"Wir wissen genau", schreibt u.a. der Bergingenieur Hermann Nagler aus Essen, "daß die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sowie die mit dem Memorandum des Deutschen Volksrats proklamierten gesamtdeutschen Ziele ein wirkungsvolles Mittel sind im Kampf gegen Ruhr- und Besatzungsstatut, Atlantikpakt und Kriegshetze. Seien Sie versichert, daß Hunderttausende so denken wie ich." Ähnliche Antworten liefen aus Zell (Oberfranken), Stuttgart, Hamburg, Hannover usw. beim Landesausschuß Sachsen-Anhalt zum Deutschen Volkskongreß ein.

Auf Hunderte von Einheitsbekenntnissen und Friedensbotschaften von Männern und Frauen der Stadt Zeitz an die Bevölkerung der Stadt Aachen schreibt u.a. der Aachener Werkzeugmacher Albert Günther: "Wir werden uns an der Wahl zum Dritten Deutschen Volkskongreß als der wirklichen und einzigen nationalen Vertretung unseres ganzen Volkes beteiligen. Schumacher, Adenauer und Köhler haben uns verraten und hintergangen. Nunmehr werden wir selbst handeln, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren und den Frieden zu sichern."

Jeder Tag bringt neue FortschritteFertigteile für den Horch-Traktor

Zwickau, 6.5. (E.B.)

Eine Delegation der Belegschaft des Audi-Werkes überbrachte ihren Kollegen im Horch-Werk die ersten Fertigteile für die im Bau befindlichen neuen Traktoren. Bei der Entgegennahme der Fertigteile durch Betriebsgewerkschaftsleitung und Vertreter der Werksdirektion wurde ein Arbeitswettbewerb vereinbart und beschlossen, die Beziehungen beider Belegschaften auch durch bessere politische Aufklärung zu festigen.

Stapellauf eines Hochsee-Fischkutters

Stralsund, 6.5. (E.B.)

Die Belegschaft der Bootswerft in der kleinen Hafenstadt Barth feierte den Stapellauf des von ihr fertiggestellten dritten Hochseefischkutters, der 17,6 Meter lang ist. Das Schiff ist für die volkseigene Reederei in Saßnitz bestimmt. In vier Wochen wird bereits ein weiterer Kutter zu Wasser gelassen, dem bis Jahresende noch zwei Boote folgen werden.

Pumpwerk vorfristig in Betrieb genommen

Crimmitschau, 6.5. (E.B.)

Im kommunalwirtschaftlichen Unternehmen Crimmitschau verbuchen die Betriebsangehörigen mit der vorfristigen Inbetriebnahme eines Pumpwerkes für die Gewinnung von täglich 290 cbm Wasser einen stolzen Wettbewerbserfolg. Die Pumanlage sollte planmäßig Anfang Juli fertiggestellt sein.

Pressedienst
(FD)6. Mai 1949
Nachrichten - 3 -Wettbewerbskartei gibt Auskunft

M a g d e b u r g, 6.5. (E.B.)

Im Krupp-Gruson-Werk, Magdeburg, ist Ingenieur Lange verantwortlich für die Auswertung der inner- und außerbetrieblichen Wettbewerbe. Für jedes an einem Wettbewerb teilnehmende Belegschaftsmitglied der verschiedenen Betriebsabteilungen wurde eine Bewertungskartei eingerichtet, die ihm genaue Auskunft über seinen Platz vermittelt. Selbstkritisch kann der Wettbewerbsteilnehmer die schlechten Seiten seiner Arbeit feststellen und für Abhilfe sorgen.

Traktoristen und Aktivisten

H a l l e, 6.5. (E.B.)

Der Traktorist Kurt S c h m i d t von der Maschinenausleihstation B a d r i n a im Kreise Delitzsch pflügte und eggte in 10 Stunden ca. 43 Morgen Land.

Im Beisein des mecklenburgischen Landwirtschaftsministers Quandt begann ein Traktoristenkollektiv die 18.000 Morgen umfassenden Friedländer Wiesen im Kreise Neubrandenburg urbar zu machen. Auf dem Gelände wurde erstmalig Hanf ausgesät. Für die Zukunft sind auf dem Moorboden weit über dem Durchschnitt liegende Ernten zu erwarten.

Der Traktoren-Brigade Diener von der MAS Zusedom im Kreise Prenzlau gelang es, mit vier sowjetischen Traktoren des Typs STS Nati^on und mit je einem Vierschärfpflug in 24 Stunden 98,8 ha Land zu pflügen.

Für Deutschen Nationalpreis vorgeschlagen

P o t s d a m, 6.5. (E.B.)

Die Betriebsangehörigen des Schweißmaschinenwerkes Kiellberg-Finsterwalde haben einstimmig ihren Mitarbeiter, Dr. Ing. B e c k e r für hervorragende Verdienste um die Entwicklung der Elektroden- und Schweißtechnik für den Deutschen Nationalpreis/in Vorschlag gebracht.
bei der DWK

Rüdersdorfer Kalkwerke brauchen Moniereisen

P o t s d a m, 6.5. (E.B.)

Die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen sowie die SED-Betriebsgruppe der Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke wurden bei den zuständigen Instanzen der Deutschen Wirtschaftskommission vorstellig, weil dem Betrieb Moniereisen fehlen. Bis jetzt vertröstete die DWK die Werkangehörigen, ohne daß Zusagen erfolgten, wann die Moniereisen geliefert werden. Es liegt an der DWK zu verhindern, daß die modernen Betriebsanlagen der Kalk-, Zement- und Betonindustrie in Rüdersdorf für 3 Tage wöchentlich die Arbeit einstellen. Gleichzeitig muß der Auftragsbestand sichergestellt werden.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Versager im Stahlwerk Hennigsdorf

P o t s d a m, 6.5. (E.B.)

Für den Aufbau der Doppel-Walzenstraße im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf sind alle aus der Sowjetunion kommenden Maschinenanlagen von der Jugendstoßbrigade "Conrad Bleukle" und dem Schlosseraktiv überholt worden. Ihre mit Feuereifer vorangetriebene Arbeit wird zunichte gemacht, weil Planbüro und technische Abteilung des Werkes die zugesagten Ersatzteile für die Walzanlage nicht rechtzeitig vorrätig hielten. Solche Versager hemmen den Aufbauwillen der Werktätigen. Abhilfe tut not.

Bonner Spezialfarbenindustrie beklagt verlorene Absatzmärkte

K ö l n, 6.5. (E.B.)

Die Industrie- und Handelskammer Bonn führt den Verlust des gesamten europäischen Marktes für die Spezialfarben-Industrie auf die Exportbehinderung durch die JEIA zurück. Die Ausfuhr der Farbenindustrie unterliegt dem Genehmigungszwang dieser amerikanischen Dienststelle und stößt mit ihren Exportabsichten nach östlichen Ländern und Südamerika auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Ferner hat die Verbandpflasterindustrie weitere Märkte an die amerikanische Konkurrenz verloren, während die Büromittelindustrie aus Preisgründen nahezu verdrängt ist. Der Zustand unzulänglicher Rohstoffbeschaffung und der Exportbehinderung führte im Berichtsquartal zu verstärkten Arbeiterentlassungen. Größere Kündigungsanträge wurden von einem Leichtmetall-Halbzeugwerk (VLW) für 187 Arbeiter und 12 Angestellte (etwa 20 v.H. der Belegschaft), einer Magnetfabrik für 29 Arbeitskräfte (etwa 30 v.H.), einem Großbetrieb für Elektrokohlen für 100 Arbeitskräfte (etwa 10 v.H.), einem Großbetrieb der Fahrzeugteileindustrie mit 60 Arbeitern (etwa 15 v.H. der Belegschaft) vorgenommen.

152 Lehrer ohne Anstellung

O s n a b r ü c k, (E.B.)

Insgesamt 152 ehemalige Lehrkräfte blieben im Regierungsbezirk Osnabrück ohne Wiedereinstellung, obwohl noch weiterhin ein dringender Bedarf an ausgebildeten Lehrkräften für die Volksschulen besteht.

Gestapo-Kriminalrat als Minderbelasteter

L ü b e c k, (E.B.)

Der ehemalige Gestapo-Kriminalrat Walter Gaede trat 1929 "aus Idealismus", wie er in einer Entnazifizierungsverhandlung sagte, der NSDAP bei, war Mitglied der SA und SS und wurde 1933 von den Nazis zum Hilfspolizisten gemacht. 1935 wurde er SS-Obersturmführer und Sturmbannführer im Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Vom Kommissar im Reichssicherheitshauptamt stieg er

Pressedienst
 (PD)

6. Mai 1949
 Nachrichten - 5 -

zum Gestapo-Kriminalrat in den besetzten Gebieten Sudetenland, Frankreich und Rußland auf. Vor der Kapitulation leitete er in Berlin das "Dezernat zur Überwachung der Fremdarbeiter, Bekämpfung von Kommunismus, gemeinschaftswidrigem Verhalten".

Obwohl als Belastungszeugen 9 Antifaschisten auftraten, die alle erklärten, von dem Angeklagten, als er Gestapo-Beamter in Lübeck war, mißhandelt worden zu sein, wurde Gaede in die Kategorie III für Minderbelastete eingestuft.

Sächsische Landesregierung verwirklicht Kulturplan

D r e s d e n (E.B.)

Das Gesamtministerium der Landesregierung Sachsen beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit zahlreichen Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung des von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossenen Kulturplanes, und aus dem Investitionsplan für das Jahr 1949 ergeben. Das Kabinett beschloß, die Wiederherstellung von Lehr- und Hilfsgebäuden der Technischen Hochschule Dresden und der Universität Leipzig, auf die nach dem Plan im laufenden Jahr insgesamt 5,4 Millionen Dm verwandt werden sollen, als Bauvorhaben von besonderer Wichtigkeit zu erklären. Alle mit der Durchführung des Investitionsplanes beauftragten Personen wurden verpflichtet, diese Bauvorhaben als vordringlich zu behandeln. Zum Umbau und zur Instandsetzung von Grundstücken, die der Sächsischen Akademie der Wissenschaften nutzbar gemacht werden sollen, wurden erhebliche Mittel bereitgestellt.

In Übereinstimmung mit dem entsprechenden Beschluß der DWK hat das Gesamtministerium weiterhin beschlossen, die Vorstudienanstalten in Leipzig, Dresden und Freiberg in Arbeiter- und Bauernfakultäten umzuwandeln und ihnen geeignete Lehrräume zuzuweisen. Die Vorstudienanstalten in Görlitz, Chemnitz und Zwickau werden in Institute für Erwachsenenbildung mit einjährigen Ausbildungslehrgängen umgewandelt. Die Vorstudienanstalt Plauen wird aufgehoben.

Um die Ausbildung der schulischen Lehrkräfte für das ganze Land zu verbessern, wird entsprechend einem weiteren Beschluß des Gesamtministeriums das bestehende Lehrerbildungsheim in Dresden-Rachwitz zum Landesinstitut für die Aus- und Fachbildung von Lehrkräften ausgebaut.

Förderungsausschuß für Wissenschaftler und Künstler nimmt die Arbeit auf

B e r l i n, 6.5. (E.B.)

Im Klubhaus des Kulturbundes fand in Berlin die erste Vorstandssitzung des "Förderungsausschusses für Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Künstler" statt. Der Vorsitzende, Anton Ackermann, legte die hauptsächlichen Aufgaben des Förderungsausschusses kurz dar und unterbreitete den Entwurf von Arbeitsrichtlinien. An der regen Aussprache beteiligten sich alle Mitglieder des Vorstandes: Prof.Dr. Ertel, Fritz Selbmann, Prof.Dr. Franck, Wolfgang

Pressedienst
(FD)

6. Mai 1949
Nachrichten - 6 -

langhoff und Hans Marchwitza. Termin und Tagung der ersten Voll-sitzung des Ausschusses wurden festgelegt. Ferner sind eine Reihe dringlicher Maßnahmen beschlossen worden, u.a. die Regulierung der Verteilung der Lebensmittelzuteilungen, die Eröffnung der Erholungs-heime und des Sanatoriums, die zusätzliche Verpflegung führender Theater etc. gemäß Befehl 234. In den nächsten Tagen werden Mit-glieder des Vorstandes Bad Heiligendamm, Elend im Harz und Köstritz aufsuchen, um die in der Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommis-sion vom 31. März genannten Heime zu besichtigen und ihre Übernahme in die Verwaltung des Förderungsausschusses vorzubereiten.

Die Vorstandssitzung stand im Zeichen fruchtbringender Arbeit zur Förderung der Tätigkeit der Wissenschaftler, Künstler, Techni-ker und Schriftsteller. Die erste Vollsitzung des Förderungsaus-schusses findet am 16. Mai im Hause der Deutschen Wirtschaftskommis-sion statt.

Parteitag der KP Dänemark eröffnet

K o p e n h a g e n, 6.5. (E.B.)

Am 5. Mai wurde in Kopenhagen vom Vorsitzenden der dänischen Kommunistischen Partei, Axel L a r s e n, der 16. Parteitag er-öffnet. Anwesend waren 5 000 Delegierte und Gäste, u.a. Martin Andersen-Nexö. Begrüßungstelegramme gingen dem Parteitag aus der SU, Frankreich, der Tschechoslowakei zu. Gastdelegierte aus Schwe-den, Polen, Norwegen, Finnland und England übermittelten persönli-che Grüße. Der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, von der britischen Besatzungsmacht am Kommen verhindert, sandte ein Begrüßungstele-gramm. Im Namen der SED begrüßte Otto Buchwitz den Parteitag, der im Zeichen des Friedens unter der Losung steht: Die Kräfte des Friedens sprengen den Atlantikpakt.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Georg Schlander zum Gedenken
=====

B e r l i n (PD)

Am Morgen des 5. Mai, vier Jahre nach dem Zusammenbruch des Naziregimes, gegen das er unter Einsatz seiner ganzen Person unablässig gekämpft hatte, wurde unser Genosse und Mitarbeiter Georg S c h l a n d e r durch den Tod aus unseren Reihen gerissen. Seinem viel zu frühen Scheiden - er war erst 45 Jahre alt - war ein langes und schweres Leiden vorangegangen: eine Folge langer Jahre KZ, Gestapo- und Gefängnishaft.

Georg Schlander, der vor 1928 in der SPD, seitdem in der KPD konsequent für die Sache der Arbeiterklasse, für Frieden und Sozialismus gekämpft hatte, wurde schon im März 1933 in Darmstadt, wo er Stadteileiter gewesen war, wegen "Sprengstoffvergehen" und "Vorbereitung zum Hochverrat" eingekerkert. Immer wieder von der Gestapo verhaftet, verbrachte er fast 8 Jahre hinter Kerkermauern, davon zuletzt vier Jahre im KZ Buchenwald.

Trotz gebrochener Gesundheit war Georg Schlander nach der Befreiung wieder unermüdlich im Kampf für den Frieden, für eine bessere Zukunft des schaffenden Volkes. In seiner Arbeit in der Presseabteilung des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erwies er sich allezeit als treuer Kämpfer für den Sozialismus, als ein ausnahmslos von Allen geschätzter, stets hilfsbereiter Kollege und verlässlicher Mitarbeiter. Wir werden ihm immer ein gutes Angedenken bewahren!

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Arnold Zweig zur Volkskongreßwahl

Der Deutsche, der sich diesmal der Wahl zum Volkskongreß enthält, wo es doch um die Kristallisation seiner kommenden Republik geht, handelt gegen seine eigensten Lebens-Chancen. Er gleicht einem Schwimmer, der sich von einer Überschwemmung fortspülen läßt, statt alle Muskeln anzuspannen und das Ufer zu gewinnen.

Arnold Zweig in "Deutschlands Stimme" vom 8. Mai 49

Nicht ein einziger Trust gebrochen

(PD)

Unter diesem Titel heißt es in "Deutschlands Stimme", dem Organ der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden:

"So lautet wörtlich die Anklage, die den amerikanischen Nachrichtenagenturen zufolge der Untersuchungsausschuß des Heeresministeriums der USA gegen die amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland erhebt. Ausdrücklich werden 'gewisse hohe USA-Beamte in Deutschland' beschuldigt, die Entkartellisierung sabotiert zu haben.

Einer der wesentlichsten Punkte des Potsdamer Abkommens der vier Großmächte, die Hitlerdeutschland niederwarfen, war bekanntlich die Abmachung, die 'Kartelle, Syndikate, Trusts und anderen monopolistischen Vereinigungen ... aufzuheben'. Der Bericht des amerikanischen Heeresministeriums zeigt wieder einmal, wer die ausschlaggebenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens verletzt. Die Trusts waren der wirtschaftliche Ausdruck des deutschen Imperialismus, und ohne ihre Herren hätte Hitler nicht einmal im Traum an den Machtantritt und den zweiten Weltkrieg denken können. Die Nichtauflösung der Trusts und die Wiederinstallierung ihrer Herren legen die Basis für die Neugeburt der imperialistischen deutschen Reaktion. Die Schuld dafür legen jetzt selbst offizielle Stellen der USA vor die Türe der amerikanischen Militärregierung.

Weil diese Entwicklung gestoppt werden muß, wenn nicht ein neues, unabsehbares politisch-militärisches Unglück eintreten soll, darum geben die demokratisch gesinnten Deutschen am 15. und 16. Mai ihre Stimmen ab."

Darum stimmen wir mit Ja!

(PD)

Albert Norden schreibt u.a. in "Deutschlands Stimme":

"Nie haben wir ein anderes Ziel gekannt, nie werden wir ein anderes Ziel kennen als dieses: der deutschen und der internationalen Reaktion die Einheit Deutschlands und den Frieden aufzuzwingen. Je mehr Männer und Frauen und Jugendliche sich diesem Ziele zuwenden, um so sicherer und schneller wird das ganze Volk ernten, was die Politik des Deutschen Volksrats säte: Frieden, Einheit, demokratische Verfassung und Wirtschaftsblüte.

Für eine heilige Sache gehen die Deutschen am 15. und 16. Mai an die Urnen. Unser Ja dem Frieden! Unser Ja der Vereinigung der 16 Länder unter eine gemeinsame zentrale Regierung! Unser Ja zu einer planvollen demokratischen Wirtschaft durch den Zweijahrplan! Unser Ja für unserer Kinder Glück!"

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

K o m m e n t a r e

=====

Auf dich kommt es an, auf uns alle!

Berlin (PD)

Das in New York getroffene Abkommen der vier Mächte ist ein klarer Sieg der Friedensfront, ein Sieg des Verständigungswillens. Der von General Clay geführte kalte Krieg, die Luftbrückenstrategie, die versuchte Unterminierung der Wirtschaft der Ostzone, die wilde Lügenhetze gegen Sowjetunion und Demokratie haben nicht zum Ziel geführt und konnten nicht zum Ziele führen. Weder das deutsche noch irgendein anderes Volk der Welt ist der Meinung, daß "Berlin einen Krieg wert" sei. Die Amerikaner erklären sich endlich zu den Viermächte-Verhandlungen im Rat der Außenminister bereit, Verhandlungen, die sie seinerzeit rücksichtslos abgebrochen haben. General Clay muß vor seiner Abreise eingestehen: "Krieg bedeutet keine Lösung".

Nicht das Kriegslager ist in Deutschland und der Welt erstarkt. Dieser Traum der USA-Strategen, den sie mit Hilfe von Militärbündnissen, kalter Kriegführung und rollendem Dollar in der Antisowjet-hetze Wirklichkeit werden lassen wollten, erwies sich als Schaum. Erstarkt, mächtig und unüberwindlich erstarkt ist das Lager des Friedens. Rückwärts, rückwärts, heißt die Parole der Reaktionäre und Imperialisten in China. Hat nicht der unerhört breite Widerhall des Weltfriedenskongresses in Paris bewiesen, daß die Völker ein glückliches Leben im Zeichen der Friedenstaube dem Untergang durch die Atombombe vorziehen? Das Erstarken des Friedenslagers hat den Umschwung erzwungen.

Dennoch ist der Kampf um die Sicherung des Friedens noch bei-
weitem nicht zu Ende. Er tritt vielmehr in sein entscheidendes Stadium. Es ist ohne Zweifel, daß zahlenmäßig schwache Gruppen von monopolkapitalistischen Interessenten, die leider noch über Macht und Einfluß verfügen, versuchen werden, das sich jetzt anbahnende Verständigungswerk zu sabotieren. Diese Gruppen sind der Meinung - wie Lenin es einmal ausdrückte -, daß der Krieg zwar eine schreckliche Sache, aber für sie eine schrecklich gewinnbringende Sache sei. Gegen diese Kriegsspekulanten, die auch in Deutschland über ein ganzes Heer von Agenten und Helfershelfern verfügen, muß sich gerade jetzt der schärfste Kampf richten. Von der Herstellung der deutschen Einheit hängt bekanntlich entscheidend auch die Sicherung des Weltfriedens ab. Aus dieser zielbewußten Erkenntnis hat der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in seinem Kommuniqué zu den Verhandlungen der Alliierten das deutsche Volk aufgefordert, seinen Willen zum Kampf um einen gerechten Friedensvertrag für ein einheitliches demokratisches Deutschland und den darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen zu bekunden.

Alle Bestrebungen, die heute noch von deutscher Seite zur Förderung der Aufspaltung Deutschlands unternommen werden, die die Schaffung von Separatstaaten auf deutschem Boden begünstigen, dienen dem Verderben unseres Volkes und der Gefährdung des Weltfriedens. Die Spalter um Adenauer, Schumacher, Reuter und Euler haben durch die Vereinbarungen der Großmächte zwar eine deutliche Absage erhalten,

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Kommentare - 2 -

sie glauben jedoch, ihre deutschfeindliche und antidemokratische Spaltungsarbeit noch fortsetzen zu können. Soeben haben sie im Hauptausschuß des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn den KPD-Antrag abgelehnt, die Arbeiten am Grundgesetz für einen westdeutschen kolonialstaat einzustellen und die Verbindung zum Präsidium des Deutschen Volksrates aufzunehmen, um baldmöglichst eine Besprechung der gesamtdeutschen Frage herbeizuführen. Die Herren, die eine heuchlerische Propaganda für den "Anschluß" der Ostzone an den westdeutschen Separatstaat von Wallstreets Gnaden machen, lehnen im selben Atemzuge eine gesamtdeutsche Beratung mit ihren Landsleuten aus allen Zonen ab. Diese Herren "Nein"-Sager sitzen in der Sackgasse.

Die deutschen Werktätigen haben am 1. Mai in gigantischen Kundgebungen Ja gesagt zum Kampf für die deutsche Einheit und einen gerechten Friedensvertrag. Die Rolle der deutschen Arbeiterklasse als führende Kraft bei der Lösung der nationalen Lebensfragen tritt immer stärker hervor. Nicht nur in der Ostzone, sondern auch im Westen sagt die Bevölkerung Ja zu den Zielen der deutschen Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Trotz aller Hetze der Spalter wächst überall der Wille zur deutschen Einheit. Unser Volk muß sich im ganzen Lande die Freiheit erkämpfen, für seine nationale Einheit unbehindert durch Verbote und Drohungen eintreten zu können.

Die Delegiertenwahlen zum Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai werden ein Massenbekenntnis unseres Volkes für Einheit und Frieden sein. Letztenendes wird Deutschlands Schicksal nicht in irgend-einer Hauptstadt des Auslandes, sondern vom deutschen Volke selbst bestimmt. Die deutsche Front des Friedens kann und wird die Einheit unseres Vaterlandes erzwingen. Darin liegt die große Bedeutung der Volkskongreßwahlen.

W.E.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t

Die Leistungsmöglichkeiten einiger wichtiger Industriezweige

Die Produktion der T e x t i l i n d u s t r i e unterliegt in besonderem Masse der Kritik der Verbraucher. Auf die aus deren Kreisen zum Teil mit Recht erhobenen Einwände gegen eine ungenügende Qualität der Erzeugnisse antwortete die DWK bereits im 2. Halbjahr 1948 mit der Herausgabe von Herstellungsvorschriften, die für den Fabrikanten als Mindestgütevorschriften verbindlich wurden. So wurde erreicht, dass zunächst einmal die gesamte Industrie der Weberei und Wirkerei nach einheitlichen Richtlinien arbeitete. Trotzdem war es bei der Vielzahl der Textilbetriebe unvermeidbar, dass gewissenlose Elemente im Hinblick auf den angestauten Warenbedarf glaubten, durch Minderproduktion sich bestimmte Ausweichmöglichkeiten in der Versorgung mit Rohstoffen zu schaffen, die in die dunklen Kanäle des Schwarzen Marktes abflossen.

Erstmalig ist für das II. Quartal 1949 in Zusammenarbeit mit der HV. Handel und Versorgung als dem Kontingentsträger für den Bedarf der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone eine Musterung der wesentlichsten für die Produktion vorgesehenen Textilerzeugnisse in grösstem Ausmass durchgeführt worden. Auf diese Weise werden volkseigene Betriebe und Privatindustrie, Einzelhandel, Konsumgenossenschaften und Grosshandel bzw. die Deutsche Handelsgesellschaft gemeinsam die Produktion den Bedarfswünschen der Bevölkerung anpassen.

Die für die Webereien, für die Wirkereien und Strickereien sowie für die Konfektion in 6 Wochen durchgeführten Musterungen zeugen davon, zu welchen Leistungen eine Industrie mit dem Willen zur Qualitätsarbeit fähig ist. Bei dieser umfassenden Ausmusterung, zu der die beteiligten Betriebe mit ihren Kollektionen erschienen, zeigte sich eindeutig, dass die Betriebe, die aus den gleichen vorhandenen Rohstoffen eine wirklich einwandfreie, qualitätsgerechte Ware zu erzeugen wussten, nicht nur ihre Produktionsauflagen für das II., sondern teilweise auch schon für das III. Quartal festlegen konnten. Demgegenüber fielen die Betriebe, deren Erzeugnisse keinesfalls den Qualitätsanforderungen der einkaufenden Organisationen entsprachen, bei der Auftragsvergebung aus. Mit dieser Methode wurde der Leistungswettbewerb der Betriebe untereinander entwickelt; die betreffenden Betriebe werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, den Anschluss zu finden.

Die Arbeit der gesamten Textilindustrie wird von der Notwendigkeit geleitet, die Qualität der Erzeugnisse in erhöhtem Masse zu verbessern. Die Aufgabenstellung für die Aktivisten in allen Betrieben lautet 1949 also: Verbesserung des Arbeitsablaufs und organisches Zusammenarbeiten. Wenn die Spinnereien ein einwandfreies Garn an die Webereien liefern, werden die fertigen Gewebe der Textilveredlungsindustrie, den Färbereien, zur Ausrüstung angeliefert, die durch eine sinnvolle, sparsame Ausnutzung der Chemikalien und Farben ein den modischen Belangen entsprechendes Gewebe an die Konfektion abliefern.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Artikeldienst - 2 -

Diese Zusammenarbeit vom Spinner über den Weber zum Ausrüster bis zur Konfektion in eine Einheit zu bringen führt zur Erreichung des Zieles - Qualitätsverbesserung.

Wenn der Volkswirtschaftsplan 1949 eine weitere Steigerung der Produktion gegen das Jahr 1948 vorsieht, so bedeutet das noch nicht, dass sämtlichen Bedarfswünschen der Bevölkerung hinsichtlich der Versorgung mit Textilien entsprochen werden kann. Mit der Entwicklung unserer gesamten Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone ist eine ausserordentliche Steigerung des Bedarfs an technischen Textilien verbunden, die nur wenigen zum Bewusstsein kommt. Wer denkt daran, dass allein für die Versorgung mit Schuhen usw. erhebliche Mengen Textilien benötigt werden? Im Transportwesen werden ebenfalls die verschiedensten Textilerzeugnisse benötigt, genau so wie Textiltreibriemen in der gesamten Industrie eine Voraussetzung sind. Die Verbesserung der Versorgung im Gesundheitswesen mit Verbandsmaterialien usw., mit Berufsbekleidung für Ärzte und Pflegepersonal, der Bedarf der Krankenhäuser, die Versorgung unserer Bergarbeiter und der Arbeiter der chemischen Industrie mit Schutzanzügen - alle diese Probleme können nur allmählich einer Lösung zugeführt werden.

So sind die Forderungen, die an die Textilindustrie gestellt werden, ausserordentlich gross. Die Textilindustrie der sowjetischen Zone wird sich in Erkenntnis ihrer Bedeutung mit grössten Anstrengungen bemühen, den ihr gestellten Plan nicht nur zu erfüllen, sondern darüber hinaus durch Verbesserungen der Arbeitsmethoden überzu-erfüllen. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Industrie ist die Pflege der neuen Verbindungen mit dem Ausland. Schon immer hatte die Textilindustrie einen massgebenden Anteil an der deutschen Ausfuhr. Sie gibt uns die Gelegenheit, durch den Export unserer Textilerzeugnisse wertvolle Rohstoffe für unsere gesamte Wirtschaft einzuführen. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1949 hat die Leistungsfähigkeit unserer Industrie eindeutig bewiesen. Der Anteil der Textilindustrie am Gesamtumsatz auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1949 entspricht der Bedeutung dieser Industrie.

Die volkseigene Industrie hat es durchaus verstanden, in der Aufgabenstellung die Führung zu übernehmen. Sie wird das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Darüber hinaus wird sie als ein entscheidender Faktor unserer gesamten Wirtschaft in der Durchführung des auf der Leipziger Konferenz im Juli 1948 aufgestellten 8-Punkteprogramms nachdrücklichst beweisen, dass sie durch Verbesserung der Qualitäten bei gleichzeitiger Senkung der Gestehungskosten als Industrie der wichtigsten Bedarfsgüter der werktätigen Bevölkerung entscheidend zur Verbesserung des Lebensstandards in der sowjetischen Besatzungszone beiträgt.

+ + +

Durch das Schlachtverbot bzw. durch den Viehaufzuchtplan geht das Aufkommen an Rohhäuten und Fellen etwas zurück. Wenn es der Leder- und Schuhindustrie gelingt, den Produktionsplan für 1949 zu erfüllen, so auch deswegen, weil der Anfall der Rohware im Jahre 1948 grösser war. Das Rohhäuteaufkommen muss daher sorgfältig erfasst und der Lederindustrie zugeleitet werden. Schwierigkeiten werden sich bei Treibriemenleder ergeben, da die entsprechende Rohware fehlt bzw. nur in geringem Umfange zur Verfügung steht. Eine Besserung ist durch exakte Durchführung des Viehaufzuchtplanes und auch durch Rohwarenimport zu erreichen, da auch in früheren Zeiten über 50 % an schweren Häuten und 50 - 85 % an Fellen eingeführt wurden.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

Die Schuherzeugung soll nach dem Plan 1949 eine Steigerung um insgesamt 15 % erfahren. Durch intensive Arbeit und bessere Ausnutzung der Rohstoffe sollen rund 800 000 Paar Schuhe aller Art mehr hergestellt werden. Hier ist ebenfalls eine beachtliche Qualitätssteigerung festzustellen und besonders die durchgeführten Musterungen haben gezeigt, dass wohl aus dem vorhandenen Material ein guter Schuh hergestellt werden kann, dass jedoch ein grosser Teil der Firmen sich noch sehr anstrengen muss. Als führend erwies sich bei den Musterungen besonders in der Frage der qualitäts- und modischen Gestaltung, eindeutig die volkseigene Industrie.

Die Kapazität der gesamten Rauchwaren-Industrie ist zu ungefähr 60 % ausgelastet. Da mit einem grösseren Anfall von Pelzfellen in der sowjetischen Zone kaum zu rechnen ist, müssten für die Industrie entweder Rohfelle importiert oder Lohnveredlungsaufträge vom Ausland hereingenommen werden. Da bei den Lohnveredlungsgeschäften der Lohn in rohen Pelzfellen umgerechnet wird, ergäbe sich daraus die Möglichkeit, der deutschen Bevölkerung mehr und bessere Pelzmäntel zur Verfügung zu stellen. Nach Angaben der HV Handel und Versorgung fallen 1949 voraussichtlich 8 Mill. Schneidekaninfelle an. Die Schneidekapazität liegt aber nicht so hoch. Es muss der Industrie gelingen, neue Schneidekapazitäten durch Aufstellung der entsprechenden Maschinen und Messer zu schaffen. Die Herstellungspläne für Press- und Walkfilze werden (bis auf gute technische Filze, für welche zu wenig feine Wollen zur Verfügung stehen) übererfüllt. Es ist genügend freie Kapazität zur Erweiterung der Produktion vorhanden. Wenn im ersten Quartal 1949 durch unzureichende Igelitzuteilung eine Untererfüllung in einigen Positionen auftrat, kann dies im folgenden Zeitraum noch ausgeglichen werden, da ausreichende Igelitmengen zugeteilt wurden.

Durch Neuentwicklungen wurde ein kombiniertes Geschirr (für Kühe und Pferde) geschaffen, bei dem eine Ledereinsparung von ca 50 % zu erwarten ist. Für alle übrigen Lederwaren (Koffer, Taschen, Kleinlederwaren) ist infolge der Materiallage keine wesentliche Besserung zu erwarten. Es ist der Industrie gelungen, ein "atmendes" Kunstleder herzustellen. Dieser neue Artikel wird in erweitertem Masse in den folgenden Quartalen zur Schuhherstellung herangezogen.

+ + +

In der H o l z i n d u s t r i e wird unsere Sägeindustrie bei starker Anspannung ihrer Kapazitätsgrundlage den gesamten Schnittholzbedarf in den gewünschten Sortimenten für alle Industriezweige liefern. Das gleiche trifft für die Halbwaren (Furniere, Sperrholz, Platten) zu. Die Sperrholzproduktion wird im Jahre 1949 einen grossen Teil des Bedarfs der Möbelindustrie decken können. Vorausgesetzt wird dabei, dass Hartfaserplatten und die stark in der Entwicklung begriffene Produktion von Holzspanplatten, sowie Platten aus Behelfsstoffen, wie Kartoffelkrautplatten, mit herangezogen werden. Die Entwicklung auf dem Gebiete der Holzspanplatten weist bereits qualitativ hervorragende Erfolge auf.

Auch auf dem Gebiete der Bauelemente, wie Türen, Fenster usw., kommen wir der Deckung des vollen Bedarfs der Bauindustrie im Jahre

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Artikeldienst - 4 -

1949 wesentlich näher. Die vorgesehenen Lieferungen an Holzhäusern, besonders auch für den Export, werden voll erfüllt werden. Dadurch trägt die Holzindustrie dazu bei, die aus dem notwendigen Import von Engpassmaterialien entstehenden Exportverpflichtungen abzudecken.

Möbel können von unserer Industrie qualitativ hochwertig und mengenmässig in zufriedenstellender Weise erzeugt werden, so dass der freie Verkauf in kurzer Zeit möglich sein wird. Auch kann der augenblickliche Marktbedarf, der infolge des Wohnraummangels wesentlich niedriger liegt als der tatsächliche Bedarf, befriedigt werden. Bei guten Abschlüssen durch den Verkauf hochwertiger Qualitätsmöbel wird es möglich sein, einfache und billige Möbel auch für den Bedarf der weniger Kaufkräftigen zur Verfügung zu stellen.

Klaviere können - über die Produktionsauflage hinaus, zum Teil aus den vorhandenen Materialreserven - zur Befriedigung des Exportbedarfs hergestellt werden. Die übrige Produktion von Musikinstrumenten steht durch den Wegfall der Reparationsaufträge in viel stärkerer Masse für den Bedarf der Kulturorganisationen und des Exports zur Verfügung.

Auf dem Gebiete der Verpackungsmittel (Kisten, Fässer) kann trotz der Materialschwierigkeiten auch im Jahre 1949 der Bedarf der Industrie und des Handels voll gedeckt werden. Holzwaren für den landwirtschaftlichen und industriellen Bedarf, für technische und gewerbliche Zwecke, werden in genügenden Mengen hergestellt, ebenso an Besen, Bürsten und Pinseln so viel, wie an den zur Fertigstellung benötigten Besteckmaterialien zur Verfügung steht.

Die Holzindustrie wird am Ende des Jahres durchaus in der Lage sein, den Bedarf der Bevölkerung entsprechend der wirklichen Kaufkraft zu befriedigen.

+ + +

Die Zellstoff- und Papiererzeugung ist für die Erfüllung des Zweijahrplans von besonderer Bedeutung, da sie eine ausgesprochene Schlüsselindustrie darstellt. Infolgedessen ist im Zuge des Aufbaues der Wirtschaft in der sowjetischen Zone sowohl die Kunstfaser- wie auch die Papier-Zellstofferzeugung dauernd gesteigert und das jeweilige Plansoll übererfüllt worden.

Der Zellwolle- und Kunstseidenindustrie kann hierdurch von Quartal zu Quartal mehr Rohstoff zur Verfügung gestellt, eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Textilien aus Zellwolle und Kunstseide gesichert werden.

Durch die Mehrerzeugung von Natronkraftzellstoff für die Fertigung von Natronack- und Spinnpapier ist es möglich geworden, der Landwirtschaft in grösserem Ausmasse als bisher Erntebindegarn zur Verfügung zu stellen. Durch Einführung besonderer Qualitätsnormen ist die Gewähr gegeben, dass die Verarbeitung des Erntebindegarns in den Mähbindern möglichst störungsfrei verläuft.

Die Papier-, Karton- und Pappenindustrie ist durch die Produktionssteigerung ihrer Rohstoffbasen - Zellstoff und Holzschliff - sowie durch weitgehende Wiederverwendung von Altpapier und teilweise

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Artikeldienst - 5 -

erfolgreiche Verwendung von Kartoffelkraut für Pappen in die Lage versetzt worden, ihrerseits erhebliche Mengen über das Plansoll zu liefern. Das graphische Gewerbe, Verlagswesen, die Verpackungsmittel- und Kartonnagenindustrie konnten hierdurch ihre Produktion erhöhen und dem steigenden Bedarf der Industrie wie auch der Bevölkerung besser nachkommen als bisher.

Besonderes Augenmerk wird der mengen- und qualitätsmässigen Steigerung der Spezialpapierproduktion (z.B. Fotorohpapier) gewidmet. Bei einigen Artikeln, z.B. Filtrierpapier, Zellstoffwatte, Textilersatzkrepp, ist bereits ein Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Bedarf eingetreten. So ist es heute schon möglich, auf dem Gebiete sanitärer Artikel, z.B. Zellstoffwatte und den daraus gefertigten Artikeln, den Bedarf zu befriedigen.

Die Zellstoff- und Papierindustrie hat in intensivster Zusammenarbeit aller in den Betrieben Beschäftigten von Jahr zu Jahr ihre Erzeugung steigern können. Die Zellstofffabriken stehen dicht vor der vollen Auslastung ihrer Kapazität. Bei den Papierfabriken ist dies bei den zonal gesteuerten Werken auch schon teilweise erreicht. Andererseits bestehen auf dem Gebiete der Papier-, Karton- und Papenerzeugung immer noch sehr umfangreiche freie Kapazitäten. Es ist daher zu hoffen, dass in Zukunft durch erhöhte Produktion der erforderlichen Rohstoffe in der Zone selbst als auch durch Rohstoffeinfuhr und Lohnveredlungsarbeit Beschäftigung wie auch Bedarfsdeckung gesteigert werden.

+ + +

Für die gesamtdeutsche Wirtschaft spielt die K a u t s c h u k- und A s b e s t i n d u s t r i e insofern eine sehr grosse Rolle, als sie für den Strassenverkehr erforderlichen Bereifungen zu fertigen hat. Dementsprechend wurde der Hauptschwerpunkt der Entwicklung auch 1949 auf den weiteren Ausbau der Fabrikationsstätten für Kraftfahrzeugbereifungen gelegt, wobei die Deka-Reifenwerke in Ketschendorf mengenmässig weit in Führung liegen.

Dank der vertrauensvollen und intensiven Zusammenarbeit zwischen Leitung und Belegschaft, die besonders hervorzuheben ist, konnten die Deka-Werke im Dezember 1948 den hunderttausendsten Reifen liefern. Neben den Deka-Reifen-Werken wetteifern in der Produktion von Bereifungen noch einige weitere Betriebe, deren erfolgreiche Anstrengungen durchaus erwähnenswert sind. Nachdem die Beschaffung von neuen Bereifungen bisher mit den allergrössten Schwierigkeiten verbunden war, ist durch die erhebliche Steigerung der Reifenproduktion eine merklliche Entspannung der Lage zu erwarten. Auch an die Bereifung der Fahrräder ist gedacht worden, sodass auch diese Lücke nach und nach geschlossen wird. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Kautschuk-Schuhwerk und besonders Beschlmaterial wurde bemerkenswert gesteigert. Neben diesen Schwerpunkten konnten auch auf den übrigen Erzeugungsgebieten der Kautschuk-Industrie erfreuliche Fortschritte gemacht werden.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949

Artikeldienst - 6 -

Die Asbest-Industrie hat trotz des am Weltmarkt herrschenden Asbestmangels ebenfalls wertvolle Aufbauarbeit geleistet. Den Verkehr wurde mit dem notwendigen Brems- und Kupplungsmaterial und die Industrie mit den für die meisten Werksanlagen unentbehrlichen Asbestdichtungen und Packungen versorgt. Das Brems- und Kupplungsmaterial wird bereits in so grossen Mengen erzeugt, dass sogar eine Ausfuhr möglich ist.

HVL

Anmerkung der Redaktion:

Wir empfehlen die Verwertung dieses Materials, wobei ein wörtlicher Abdruck nicht unbedingt nötig ist.

Pressedienst
(ØD)

6. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

"Rückzug" der SU in der Berliner Frage ?
von Pierre Hervé (Paris)

In einem Kommentar zu der Meldung der TASS-Agentur über die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Vertreter bei der UN, Jessup und dem sowjetischen Delegierten im Sicherheitsrat, Malik, schreibt "Le Monde" vom 26. April: "Es ist wichtig, daß die Sowjets nicht mehr auf einer Bedingung bestehen, die sie immer gestellt haben: Zurückstellung der Vorbereitungen zur Schaffung eines westdeutschen Staates."

Am 27. April stimmte der "Populaire" dieselbe Weise an: "Es ist klar, daß die Sowjets die Aufhebung der Blockade nicht mehr von einem Aufgeben oder einer Zurückstellung der Pläne zur Organisation des westdeutschen Staates abhängig machen..."

Dieses Manöver ist durchsichtig. Man möchte beweisen, daß die Sowjetunion einen Rückzieher gemacht habe und eine bisher ständig gestellte Forderung aufgegeben hätte. Zum Leidwesen der Verfasser solcher Behauptungen sind ihre Angaben auf reinen Erfindungen aufgebaut. Den Beweis dafür findet man im "Weißbuch der Vereinigten Staaten über die Besprechungen in Moskau". In dem Kapitel, das der ersten Unterredung mit Stalin gewidmet ist, liest man folgendes: "Am Ende der Diskussion fragte Stalin die westlichen Vertreter, ob sie die Angelegenheit noch in der gleichen Nacht zu regeln wünschten. In diesem Falle würde er nicht mehr die Bedingung der Zurückstellung der Durchführung der Londoner Beschlüsse stellen, obgleich er zum Ausdruck zu bringen wünsche, daß dies der dringlichste Wunsch der sowjetischen Regierung sei."

Diese Schilderungen der amerikanischen Regierung beweist, daß "Populaire" und "Le Monde" der Sowjetregierung Bedingungen unter-schieben, die diese am 2. August 1948 nicht gestellt hat. Wo ist hier tatsächlich ein Rückzug?

Heute, wie im August vorigen Jahres, hält sich die Sowjetunion an den Grundsatz der Regelung der deutschen Fragen auf Viermächte-Grundlage. Heute, wie im August vorigen Jahres, billigt die Sowjetunion in keinem Fall einen westdeutschen Staat als vollendete Tatsache. Heute, wie im August vorigen Jahres, ist die Sowjetunion bereit, Verhandlungen zu viert zu führen. Dagegen scheint die amerikanische Regierung jetzt das annehmen zu wollen, was sie im August 1948 ablehnte.

D.B.

(Aus der "Humanité" vom 28.4.1949)

Zur Konferenz der britischen Dominions

(PD)

Die gegenwärtig beschleunigte Einberufung der Konferenz der Dominions, ein halbes Jahr nach der letzten, zeigt ihre außerordentliche Bedeutung.

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Die Vorbereitung der Konferenz wurde von der Labour-Regierung auf ungewöhnliche Weise durchgeführt. Sie entsandte ihre verantwortlichen Emissäre in die Dominions, um Unterredungen auf Grund besonderer Instruktionen zu führen. Nach Worten des "Sunday Express" waren viele Fragen so geheim, daß die Premierminister der Dominions sie sogar ihren Kabinetten nicht mitteilten. Gleichzeitig wurden Maßnahmen unternommen "gegen die Durchsickerung von Mitteilungen" außerhalb der Konferenz.

Trotz dieser Überkonsolation können die Ziele und Zwecke des Londoner Treffens der Vertreter der Dominions zu den Geheimnissen gezählt werden, die nicht schwer zu erraten sind.

Das Hauptziel des Londoner Treffens besteht im Bestreben der Labour-Regierung, die Dominions durch eine Kette neuer weitgehender militärischer Verpflichtungen zu binden, sie in das System der Angriffspolitik des englisch-amerikanischen Blocks einzureihen und zu versuchen, die Wirkungen der Zentrifugalkräfte, die das britische Empire zerstören, ab^{zu}schwächen.

Wenn die Nachkriegskrise des britischen Empire einen so scharfen Charakter angenommen hat, so spielt zweifellos in dieser Verschärfung die USA eine wichtige Rolle. Der amerikanische Imperialismus führt einen methodischen Angriff auf die Empire-Positionen seines 'Junior-Partners'. Formell bleibt z.B. Kanada ein Bestandteil des britischen Empire, kann aber faktisch als amerikanisches Dominion betrachtet werden. Nicht ohne eigennützige Ziele schreiben die amerikanischen Militaristen so viel über die besondere strategische Bedeutung Australiens im Stillen Ozean. Das Südafrikanische Dominion führt eine offene separatistische Politik. In Eire wurde, die Republik ausgerufen, die formell ihren Austritt aus dem britischen Empire erklärte.

In letzter Zeit wendet die amerikanische Diplomatie viel Mühe an, um Indien in die Einflußsphäre der amerikanischen Expansion einzubeziehen. Der amerikanische Botschafter Henderson hat während seiner letzten Reise durch Indien unterstrichen, daß "amerikanische Firmen ein wachsendes Interesse für Indien als eines wichtigen Gebiets für Kapitalanlagen zeigen".

Was die indische Verfassungsfrage betrifft, so richten sich die Anstrengungen der Labour-Regierung darauf, auf jeden Fall eine ernste Beschränkung der Vorrechte der englischen Krone zu verhindern, Indien in ihrer Hand zu behalten.

Zwischen der englischen und der jetzigen indischen Regierung besteht Übereinstimmung in der Kernfrage. Das Wesen dieses Übereinkommens besteht darin, daß, wie sich die Verfassungsreform auch ändern möge, das reale Verhältnis zwischen dem britischen Empire und Indien nicht nur unverändert bleibt, sondern eine neue militärpolitische Basis erhält. "Besondere Bedeutung, - erklärt die Reuter-Agentur - wird nicht so sehr dem zukünftigen formellen Statut Indiens geschenkt, als den Fragen des militärpolitischen Bündnisses Indiens mit England und den USA".

Die Organisatoren der nordatlantischen Koalition messen Indien in ihren nordatlantischen Plänen besondere Bedeutung bei. "Indien, - schreibt der englische 'Observer' - bildet den Schlüssel zum künftigen

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Asien; Asien und Europa aber sind miteinander eng verbunden. Sie bilden die östliche und die westliche Front im gegenwärtigen Kalten Krieg". Wenn Indien der Schlüssel ist, so müssen nach imperialistischer Logik die Besitzer dieses "Schlüssels" die USA und England sein.

Gleichzeitig mit der Abreise des indischen Premierministers Nehru nach London hat sich auch Vizeadmiral Perry, der englische Kommandant der indischen Kriegsflotte dorthin begeben. Wie er durch den Rundfunk erklärte, besteht der Zweck seiner Visite darin, für Indien Kriegsschiffe, Wasserflugzeuge und Kriegsausrüstung einzukaufen, Konsultationen über die Schifffahrtsbedingungen im Indischen Ozean zu pflegen, Pläne für den Bau von Docks auszuarbeiten und die Ausbildung indischer Offiziere in England zu organisieren."

(Aus "Prawda", vom 25. April 1949)

E - n

Der Kampf des indischen Volkes

(PD)

Zu Indiens Rolle im britischen Empire schreibt "Daily Worker" am 29. April in einem Leitartikel:

"Die britische Presse begrüßte die Vereinbarungen der Premierminister der verschiedenen Dominion in bezug auf Indiens Verhältnis zum britischen Commonwealth. Dieses sieht ihr ähnlich, denn hinter diesen Vereinbarungen versteckt sich das dunkle Ziel, einen Krieg gegen die Völker Südost-Asiens zu entwickeln.

Es wird uns gesagt, daß Indien eine Republik sei und doch noch einen Teil des britischen Empire darstelle. Der britische Imperialismus hat sich immer sehr anpassungsfähig gezeigt, eine Formel zu finden, die den Verfolgungen seiner Ziele dient. Nehru hat eine Allianz mit den Mördern von Malaya, den Rassentrennungs-Diktatoren von Südafrika und denjenigen abgeschlossen, die gegen die Demokratie in China kämpfen.

Es ist nicht eine Allianz mit dem indischen Volk, sondern mit einem kleinen Kreis der indischen Großgrundbesitzer, Bankmagnaten und deren Satelliten-Regierung gegen das indische Volk. Dieselbe Regierung führt eine brutale Unterdrückung der indischen Arbeiterklasse und Patrioten durch. Es ist eine Allianz des westlichen Imperialismus mit den Marionetten-Regierungen in Indien, Pakistan und Ceylon gegen den Fortschritt des Kommunismus und der nationalen Befreiung in Asien; es ist das Gegenstück des Atlantikpakts. Das finstere militärische Ziel dieser sogenannten konstitutionellen Vereinbarung ist von der Presse der Großfinanz in Malaya offen zugegeben worden. Am 24. Januar schrieb die "Strait Times" in bezug auf diese militärischen Pläne:

'... Die hauptsächlichste Rolle Australiens und Neuseelands wird die der Stellung von Luft- und Seestützpunkten sein. Die hauptsächlichsten Landtruppen werden von Indien und Pakistan gestellt werden. Der wichtigste Beitrag Ceylons wäre der lebenswichtige strategische Flottenstützpunkt von Trincomalee'.

Pressedienst-
(PD)

6. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Dies wird jedoch nie so sein. Die historischen Siege in China sind der Beginn des Endes des Imperialismus in Asien. Die Völker von Malaya, Burma, Indonesien und Vietnam werden nie besiegt werden. Aber nicht nur das. Das indische Volk, dessen Ziel es ist, seine volle Freiheit vom Imperialismus zu gewinnen, wird diese Vereinbarung nie anerkennen. Sein Kampf wird weitergehen - sowohl gegen die Imperialisten als auch ihre Marionetten. Sie werden Mittel und Wege finden, um mit den der Demokratie zuschreitenden Völkern Asiens Einheit und Zusammenarbeit zu schaffen. Das Beispiel Tschiangkaischeks zeigt das Schicksal, das diejenigen erreicht, die, wie Nehru, ein Bündnis mit dem Imperialismus eingehen.

Es liegt im Interesse der Werktätigen Englands, sich mit dem Kampfe des indischen Volkes für Freiheit zu identifizieren, das Ende des Kolonialkrieges in Malaya herbeizuführen und ein wahres Freundschaftsbündnis mit den Völkern Asiens zu schließen."

Von der Internationalen Messe in Poznan

(PPD)

Die Handelsbeziehungen Polens mit dem Auslande haben auf der Internationalen Messe in Poznan nicht nur hinsichtlich der Anzahl der interessierten Abnehmerstaaten eine beträchtliche Erweiterung erfahren, sondern sich auch auf entferntere Länder ausgedehnt, wofür Iran ein Beispiel bietet, dessen Vertreter soeben auf der Messe eingetroffen sind, um sich die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten zu unterrichten; währen Marokko bereits eine Bestellung auf Holz- wolle und Kisten zur Verpackung von Südfrüchten aufgegeben hat.

Zu den ständig neu eintreffenden Besuchern aus dem Auslande gehören auch 28 französische Gewerkschaftler, die sich äußerst beeindruckt von der Gestaltung der Messe sowie den Wiederaufbauplänen für Poznan zeigten. Das Interesse des Auslandes wendet sich ferner einem neuen Produktionserfolg Polens, und zwar einer Textilmaschine ganz neuartiger Konstruktion zu, die absolute Arbeitssicherheit gewährleistet.

Die polnische und sowjetische Schwerindustrie, deren Stände auf der Messe allgemeine Bewunderung erregen, stehen nach Ansicht des ungarischen Gesandten in Warszawa in allen ihren Produktionszweigen weit über dem Niveau derjenigen kapitalistischer Länder, wie Großbritannien, Frankreichs, Schwedens, Italiens und der Schweiz.

"Wie die Messe zeigt - stellte der Botschafter fest - kann der polnische Bauer heute gewiß sein, daß er von der Schwerindustrie seines Landes mit allen landwirtschaftlichen Maschinen, selbst der kompliziertesten Art, versorgt werden und somit die weitgehendste Mechanisierung der Landwirtschaft gesichert sein wird."

Pressedienst
(PD)

6. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Zur Information
=====

Lebenshaltungskosten im marshallisierten Oesterreich

(PD)

Die nachstehende Berechnung der Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie zeigt, was ein österreichischer Arbeiter heute verdienen müßte, um sich die gleichen Mengen an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und sonstigen Waren kaufen zu können wie im April 1938. Wir haben die Liste dieser Waren dem Lebenshaltungskostenindex des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung entnommen. Allerdings bedient sich das Wirtschaftsforschungsinstitut beim Vergleich der jetzigen und der Vorkriegspreise einiger Tricks. So setzt es für Dezember 1948 bei sämtlichen Warenmengen offizielle Preise ein, auch dann, wenn diese Mengen nur im Schleichhandel erhältlich sind. Ferner bemüht es sich, bei den meisten Waren ohne Rücksicht auf deren Qualität für Dezember 1948 die niedrigsten Preise einzusetzen. Mit Hilfe dieser Manöver wird die seit 1938 eingetretene Verelendung der Arbeiterschaft im Index des Institutes weitgehend verschleiert. Daß diese Verschleierung beabsichtigt ist, gibt das Institut offen zu. Es schreibt in seinem Januarbericht auf Seite 17: "Das Festhalten an Fiktionen hatte jedoch den Vorteil, daß die bei Kriegsende kurzenthüllte tatsächliche Verminderung des Realeinkommens wieder verschleiert wurde, wodurch ungünstige psychologische Rückwirkungen auf die Arbeiterschaft leichter vermieden werden konnten."

Aufwand einer vierköpfigen Arbeiterfamilie (in Schillingen)

für	April 1938	Dezember 1948 lt. Institut f. Wirtschafts- forschung):	Dezember 1948 (von uns richtigge- stellte Be- rechnung)
Nahrungsmittel	29.80	117.50	226.06
Genußmittel	5.77	28.11	28.11
Bekleidung	6.14	39.39	39.39
Wohnung	5.50	5.77	8.07
Beleuchtung, Beheizung	5.26	12.78	16.08
Haushaltsgegenstände	1.68	6.75	7.64
Reinigung, Körperpflege	2.05	7.15	7.15
Bildung, Unterhaltung	2.69	6.78	6.78
Verkehrsmittel	3.62	5.55	5.55
	62.51	229.78	344.83

Wie hat sich nun der Reallohn der Arbeiterschaft gegenüber der Vorkriegszeit geändert? Ein tarifvertraglich entlohnter Metall-
dreher z.B. erhielt im April 1938 einen Nettowochenlohn von S 64.80.
Er konnte sich also die der Berechnung zugrundegelegte Warenmenge
gerade kaufen. Im Dezember 1948 verdiente derselbe Arbeiter laut
Tarif in der Woche rein S 162.60 (inkl. Ernährungs- und Kinderzulage).
Er müßte also, sogar laut offizieller Statistik um S 57, nach unsere
Berechnung um S 182.23, mehr verdienen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-77

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 7. Mai 1949

Sprüche für die Wahl zum Volkskongress (Hans Marchwitza)

Nachrichten:

Gewerkschaftseinheit - ein Schritt zur Einheit Deutschlands
 Echo einer Wahlkampagne im Großbetrieb
 Elektrizitätswerk-Belegschaft gibt 25 000 Flugzettel in Druck
 Eine Menge Material - für die Ostzone bestimmt
 Lübeck würde 10 000 Arbeitslose weniger haben
 Bonner Grundgesetz ist Separatismus
 Sozialdemokratische Leserzuschrift an die "Niedersächsische
 Volksstimme"
 Die Jugend will Einheit
 Internationales VVN-Treffen in Hamburg
 Planarbeit - durchdacht und gekonnt
 SED-Landesvorstand Mecklenburg kontrolliert Schwerpunkte
 Laborlehrling als Erfinder
 Laboranten-Aktiv will Bisulfat verwerten
 Umgearbeitete Pumpe erspart Kohle
 Holzborsten für Besen und Bürsten
 Das kann die JBIA nicht verhindern
 Landeskongresse der FDJ
 Schauermärchen

Aus Theorie und Praxis unserer Partei:

Schnelles Reagieren eines Kreisvorstandes

Pressestimmen:

Volksfeindliche Politik in Württemberg

Kommentare:

Einheit und Frieden werden erkämpft
 Mißglückter Bluff

Artikeldienst:

Zu den Aufgaben der KPD (von Walter Fisch)

Stimmen aus Auslandes:

Westliche Verzögerungstaktik auf der UNO-Vollversammlung
 Zusammenprall imperialistischer Interessen im Iran
 Die Versorgung des Sowjet-Landes

Zur Information:

Englische Betrachtungen zur Entspannung der internationalen Lage
 "Das Wort der fünf Buchstaben"
 "Der chinesische Rubicon"

Pressedienst
(FD)

7. Mai 1949

Sprüche für die Wahl zum Volkskongreß
=====

von Hans Marchwitza

Am 15. Mai drehn wir am Rad der Geschichte.
Wir machen die Kriegspläne der Herren zunichte!
Unser Wille erweist sich im Millionen-Ja!

- - - - -

Trümmer und Elend sind Dir noch nah -
Liebst Du das Leben, stimme mit 'Ja'!
Nicht der Herren Schlacht-Hurrah!
Leben woll'n wir, sage 'Ja'!

- - - - -

Heimat, Frieden, Brot in Fülle
schafft nur der geeinte Wille.
Wenn man Deiner braucht, sei da.
Diesmal brauchen wir Dein 'Ja'!

- - - - -

Liebst Du Deine Kinder,
Leih' sie nicht dem Schinder.
Millionen würgt der Krieg!
Leben ist der schönste Sieg.
Um der Kinder willen - 'Ja' -

- - - - -

Du sollst Dich entscheiden:
Noch einmal Trümmer? Noch einmal die Leiden?
Oder Leben und frohes Schaffen in Frieden -
Durch Deine Entscheidung ist's Dir beschieden:
Gib Dein 'Ja'!

- - - - -

Nur der Wille von Millionen
überwindet die Gefahr
neuer Kriege, neuer Leiden.
Für den Frieden, alle - 'Ja'!

- - - - -

Pressdienst
(PD)

7. Mai 1949

Nachrichten

Gewerkschaftseinheit - ein Schritt zur Einheit Deutschlands

Berlin, 7.5. (FDGB)

In einer für den Bundesvorstand des FDGB von Herbert W a r n k e und Bernhard G ö r i n g und für den FDGB-Vorstand Groß-Berlin von Adolf D e t e r und Hermann S c h l i m m e unterzeichneten Stellungnahme zur Einberufung des Außenministerrates nach Paris heißt es u.a.:

"Ein dauerhafter Frieden hat ein demokratisches Deutschland zur Voraussetzung, eine gesamtdeutsche Regierung, einen baldigen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungsmächte. Dafür bürgt die immer umfassender werdende Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. In dieser Situation ist es von größter politischer Bedeutung, daß durch die Wahl am 15. und 16. Mai der gesamte Deutsche Volksrat legitimiert wird, im Namen des deutschen Volkes die unabdingbaren Forderungen unseres Volkes nach Einheit und einem baldigen gerechten Friedensvertrag vor aller Welt zu erheben und zu vertreten.

Der deutschen Gewerkschaftsbewegung erwächst in dieser Situation die besondere Verpflichtung, die unterbrochenen Verbindungen wiederherzustellen, die Interzonenkonferenzen fortzusetzen, damit die fast zehn Millionen deutschen Gewerkschafter sich in das beginnende Friedensgespräch einschalten können."

Echo einer Wahlkundgebung im Großbetrieb

Magdeburg, 7.5. (Eig.Ber.).

"Wer Kinder hat und ihnen eine gute Zukunft sichern will, gibt sein Ja", erklärte die Arbeiterin G r ö b e r im volkseigenen Großbetrieb Sanar-Werk Strube, Magdeburg, nach dem Appell des Volkskongreßkandidaten K a s s n e r (VVN) in einer Wahlkundgebung zum 3. Deutschen Volkskongreß. Kassner verwies auf den Rückzug der Kriegshetzer: "General Clay mußte gehen. Die Transport- und Verkehrsbeschränkungen werden am 12. Mai aufgehoben. Der Außenministerrat nimmt nach zwei Jahren seine Deutschland-Besprechungen wieder auf. Alles das sind Erfolge der Friedensfront."

"Deshalb - setzte die Arbeiterin Gröber hinzu - werden am 15. und 16. Mai alle friedliebenden Deutschen mit Ja stimmen."

Der Volkskorrespondent K r e l l w i t z sagte ergänzend: "Jeder Werktätige muß ein Pionier der Einheit und des Friedens sein."

Elektrizitätswerk-Belegschaft gibt 25 000 Flugzettel in Druck

Brandenburg /Havel, 7.5. (Eig.Ber.)

Die Belegschaft der Städtischen Elektrizitätswerke Brandenburg wird am 15. und 16. Mai nicht nur vollzählig zur Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß gehen, sondern auch mit der Verteilung der von ihr in Druck ge-

Pressedienst
(PB)

7. Mai 1949
Nachrichten - 2 -

gebenen 25 000 Flugzettel die Einwohner der Havelstadt auffordern, ebenfalls geschlossen an die Wahlen zu treten und mit "Ja" für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu stimmen.

Eine Menge Material - für die Ostzone bestimmt

K ö l n, 7.5. (Eig. Ber.)

"Die Wiederaufnahme der Viermächtebesprechungen ist für uns hier im Carlswerk bestimmt ein Erfolg. In dem Augenblick, wo die Verkehrsbeschränkungen aufgehoben sind, können wir bestimmt viele Aufträge bekommen. Wir haben noch eine Menge Material, das für die Ostzone bestimmt ist, welches wir sofort verarbeiten können," erklärte der stellvertretende Betriebsrat der Kölner Carlswerke, K e s s e n i c h, als er von dem Communiqué der Großmächte erfuhr.

Ein befreiendes Aufatmen geht durch alle Deutschen in den Westzonen. "Wir sind überzeugt davon, daß einige hundert Leute eingestellt werden können - sagte dieser Betriebsratsvorsitzende - und es werden keine Entlassungen sein."

Alle Hoffnungen sind im Westen darauf gerichtet, daß die von den Westmächten gegen die Ostzone verhängte Blockade fallen wird. Betriebsratsvorsitzender K ö r b e r von den Fordwerken Köln erwartet rege Handelsbeziehungen mit der Ostzone, "die uns allen weiterhelfen wird". Das ist auch die Ansicht des Vorsitzenden des Kölner Ortsausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, H e i n t z, der es vor allen Dingen begrüßt, "daß sich die Besatzungsmächte wieder an den Verhandlungstisch gesetzt haben und die gespannte Atmosphäre bereinigt wird".

"Es wäre zu wünschen, daß die Zonengrenzen überhaupt fallen und daß ein geeintes Deutschland wiederhergestellt wird", stimmt der Betriebsratsvorsitzende der Kölner West-Waggon-Werke, E i n n e c k, der Wiederaufnahme der Viermächtebesprechungen zu.

"Hoffentlich wird recht bald eine Zusammenarbeit mit dem Zweigbetrieb der "Bamag" in der Ostzone möglich - sagt stellvertretender Betriebsratsvorsitzender K r i s c h e r des gleichen Unternehmens in Köln -, denn schon an diesem kleinen Beispiel kann man die Bedeutung der künftigen Zusammenarbeit für die gesamtdeutsche Wirtschaft ermessen."

Die Erkenntnis, daß nur die Einheit Deutschlands und ein gerechter Frieden aus der Krise auf allen Lebensgebieten Westdeutschlands herausführen kann, spricht auch aus den Worten des ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Studenten-Ausschusses, B u s a k -Köln, der einen Studentenaustausch erwartet und schon jetzt "einen neuen Bücherstrom aus dem Osten begrüßt, der den Fachbüchermangel behebt". Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Studentenschaften, G l a c z i n s k i, freut sich auf "eine engere Verbindung mit den Universitäten in der Ostzone Deutschlands".

Lübeck würde 10 000 Arbeitslose weniger haben

L ü b e c k, 7.5. (Eig. Ber.)

"Kommt der Warenaustausch zwischen West und Ost wieder in Gang, ist eine Steigerung der Beschäftigtenzahl zu erwarten", bestätigt ein maßgeblicher Angestellter des Arbeitsamts Lübeck die traurigen Folgen, die

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

die gegen die Ostzone verhängte Blockade der Westmächte auslöste. Lieber aber würde es der Arbeitsamtsangestellte sehen, wenn die Besprechungen des Außenministerrats in Paris die Einheit Deutschlands wiederherstellen: "In diesem Fall würden wir zehntausend Arbeitslose weniger haben. Man muß jedoch berücksichtigen, daß wir jetzt in Deutschland anstelle einer einheitlichen Reichswährung zwei Währungen haben. Diese Tatsache trägt maßgeblich zur Erschwerung des Warenaustausches bei. Eine einheitliche Währung wird auch für die Elbschifffahrt, die zur Zeit völlig darniederliegt, eine fühlbare Entlastung bringen, die sich auch arbeitsmarktmäßig auswirken wird."

Stadtmedizinalrat Dr. G l a w e t z, Lübeck, begrüßt eine Einigung im Außenministerrat auch vom rein ärztlichen Standpunkt, weil das Leben der Menschen zweifellos erleichtert wird.

Wie groß die Schwierigkeiten durch die beabsichtigte Schaffung eines separaten westdeutschen Kolonialstaates geworden sind, wie schnell diese Folgen aber wieder zu beseitigen wären, geht aus den Worten des Direktors der Lübecker Flender-Werft, B u n t e, hervor: "Wir haben sehr viel geschäftliche Beziehungen nach dem Osten gehabt. Durch die Unterbrechung sind wir alle Werft-, alle Reparaturaufträge für Schiffe, alles los. Die Beziehungen mit dem Osten und dem natürlichen Hinterland Lübecks sind ein Teil des Lebens der Flender-Werke gewesen. Sowohl Interesse als auch Möglichkeiten, die Beziehungen wieder aufzunehmen, sind nach wie vor vorhanden."

Der Betriebsratsvorsitzende der Lübecker Hafen-G.m.b.H. erklärte, daß "die Hafenarbeiter eine beachtliche Arbeitsbelegung durch die Wiedergewinnung des Kali-, Phosphat- und Schwefelkies-Umschlages erwarten. Wenn die Westmächte die Blockade aufheben, werden auch die östlichen Länder, vor allem die Tschechoslowakei und der Balkan, ihre alten Wirtschaftsbeziehungen mit Lübeck wieder aufnehmen und ihre Güter über den brachliegenden, aber enorm leistungsfähigen Hafen leiten."

Das bedeutet für die Hafenarbeiter eine bedeutende wirtschaftliche Sicherung. Drohende Entlassungen, die in kürzester Zeit erfolgen müssen, wenn die Aufhebung nicht erfolgt, brauchen nicht stattzufinden. Darüber hinaus bedeutet die Wiedereinschaltung des Lübecker Hafens in den Umschlagverkehr neben einer besseren Entlohnung eine Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeiter."

Bonner Grundgesetz ist Separatismus

Sozialdemokratische Leserzurschrift an die "Niedersächsische Volksstimme"

H a n n o v e r, 7.5. (Eig.Ber.)

Ein sozialdemokratischer Arbeiter aus einem größeren Betrieb Hannovers schreibt an die "Niedersächsische Volksstimme":

"Wenn man, wie ich, in der SPD von der Pike auf gearbeitet hat und-auch heute noch als aktiver Funktionär tätig ist, so hat man nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, Stellung zu nehmen zu den aktuellen Tagesfragen."

- 4 -

Pressedienst
(FD)

7. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Was könnte dabei zur Zeit wichtiger sein als das Grundgesetz. Alles, was der Parteivorstand und besonders Dr. Schumacher in dieser Angelegenheit in den letzten Wochen unternahm, habe ich sorgfältig verfolgt. Gibt es doch, so meine ich, für uns Deutsche - und ganz besonders für die schaffenden Menschen - seit dem Ende des Hitler-Regimes nichts von solch entscheidender Bedeutung wie die Errichtung eines Weststaates! Denn darauf läuft doch die ganze Sache hinaus, daß wir so tun, als wäre alles, was in der Ostzone lebt, nicht mehr zu Deutschland gehörend.

Hier hört jeder Kompromiß auf. Unterschiede zu den einzelnen Fragen eines Besatzungsstatuts oder Grundgesetzes, oder wie man es sonst nennen mag, mögen wichtig sein - entscheidend ist doch, daß alle, die dieses Grundgesetz annehmen und in der zu bildenden Westregierung mitarbeiten, im großen Sinne Separatisten sind.

Niemand weiß das so gut wie Dr. Schumacher und unsere anderen Spitzenfunktionäre im Parteivorstand. Das Ergebnis der Abstimmung bei der Konferenz in Hannover zeigt denn auch deutlich, daß selbst die führenden Genossen ein Haar in der Suppe fanden. Es gab nicht die sonst so übliche einstimmige Entschliebung, sondern immerhin sechs Gegenstimmen und acht Stimmenthaltungen. Das sind etwa 20 Prozent, die so zum Ausdruck brachten, daß sie diese Entscheidung nicht gutheißen.

Die Genossen Schumacher, Ollenhauer, Heine, wissen natürlich, daß die Funktionäre, Mitglieder und Freunde der SPD noch ganz anders darüber denken. Sie sollten nur mal in die Betriebe gehen. Dort sagt man, was man denkt. Ebenso, wenn auch meistens etwas gedämpft, ist das in den Abstimmungsversammlungen der Fall.

Allen, denen die Zukunft Deutschlands wirklich am Herzen liegt und die - bei allem Wandel in der Parteispitze - trotzdem gute Sozialisten bleiben, liegen das Schwergewicht ihrer Wünsche und Forderungen eindeutig darauf: Es muß ein ganzes Deutschland sein. Wir wollen keinen Weststaat, der die Kluft mit unseren Landsleuten in der Ostzone noch mehr vergrößert, umso weniger, da diese Spaltung immer nur den Gegnern von rechts zugute kommt. Ober glaubt Kurt Schumacher, daß wir in der Westregierung die Mehrheit und damit die Möglichkeit für eine wirkliche soziale Regierungsform bekommen?

So wie die Dinge heute bei uns in der Partei liegen, ist es natürlich praktisch gar nicht möglich, wirklich offen Kritik zu üben. An den Beispielen der letzten Jahre sehen wir, daß jeder, ganz gleich, wie verdient er sich um die Partei gemacht hat, herausfliegt, wenn er offen erklärt, dieses oder jenes, was die Herren in der Odeonsstraße machen, geht nicht in Ordnung.

Das schließt aber nicht aus, daß die 'Alten' über vieles anders denken und mit vollem Recht auch dann, wenn ihnen keine Möglichkeit gegeben ist, das im eigenen Lager deutlich zu erklären. Die Arbeiterschaft in der SPD will nicht bürgerlich werden und schon gar nicht auf die Brüder und Schwestern in der Ostzone verzichten."

Pressedienst
(FD)

7. Mai 1949
Nachrichten - 5 -

Die Jugend will Einheit

B e r l i n, 7.5. (N.D.)

"Die jüngsten Besprechungen der Vertreter der jungen Generation in Braunschweig und die Einberufung einer gesamtdeutschen Jugendkonferenz zu dem 28. Mai in Berlin", heißt es in einer Erklärung des Zentralrats der FDJ, "stellen unter Beweis, daß unter der Jugend der Wille zur Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes und zur Herbeiführung eines gerechten Friedens lebendig ist. Die bevorstehenden Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß geben dem deutschen Volk und seiner Jugend erneut Gelegenheit, durch ein mächtiges Bekenntnis zu den Zielen des Deutschen Volkskongresses den berechtigten Forderungen nach Herstellung einer nationalen Souveränität Gewicht zu verleihen."

Interzonales VVN-Treffen in Hamburg

B e r l i n, 7.5. (Eig.Ber.)

Aus allen Ländern der Ostzone trafen starke Delegationen der VVN in Schwerin ein, von wo aus sie die Weiterfahrt über die Zonengrenze nach Hamburg zusammen mit den 90 Delegierten aus Mecklenburg in Autobussen antraten.

Insgesamt nehmen etwa 500 VVN-Mitglieder aus der Ostzone an der OdF-Befreiungsfeier in Hamburg teil, darunter etwa 150 Widerstandskämpfer aus der Hauptstadt Deutschlands.

Planarbeit - durchdacht und gekonnt

SED-Landesvorstand Mecklenburg kontrolliert Schwerpunkte

S c h w e r i n, 7.5. (Eig.Ber.)

Schwerpunkte sind keine Aushängeschilder, sondern ausgesuchte Arbeitsstätten im Zweijahrplan. Deshalb fuhr eine Kommission des SED-Landesvorstandes Mecklenburg zum zweiten Male in die Kreise, in denen sich solche Schwerpunkte befinden. Es stellte sich heraus, daß einige Kreise sich bei der Auswahl der Objekte übernahmen und zu viele Schwerpunkte festlegten. Unser Landesparteivorstand erklärte den verantwortlichen Funktionären auf Konferenzen in Stralsund und Schwerin, daß vier bis sechs Schwerpunkte in einem Kreis vollauf genug sind, wenn oberflächliche Arbeit vermieden werden soll.

Laborlehrling als Erfinder

M a g d e b u r g, 7.5. (Eig.Ber.)

Dem Laborantenlehrling Hans-Karl B o t h e im volkseigenen Betrieb Fahlberg-List, Magdeburg, ist es gelungen, Thionylchlorid in reiner Form herzustellen. Das neue Produkt wird bereits im Fabrikationsprozeß erzeugt.

Pressedienst
(PD)7. Mai 1949
Nachrichten - 6 -Laboranten-Aktiv will Bisulfat verwerten

M a g d e b u r g, 7.5. (Eig.Ber.)

Das von dem Aktivisten Otto V o l k h o l z geleitete Laborantenaktiv im Werk Fahlberg-List, Magdeburg, stellt sich die Aufgabe, das in Betrieb reichlich anfallende Bisulfat zu verwerten.

Ungearbeitete Pumpe erspart Kohle

P o t s d a m, 7.5. (Eig.Ber.)

Kohleneinsparung ist ein wichtiges Moment im Zweijahrplan. Das hat auch Kollege Max K o n z a c k aus der Cottbuser Wollwarenfabrik erkannt. Bei einer gelieferten Appreturmaschine war von der Lieferfirma ein Dampfdruck, der betrieblichen Umlaufheizung entsprechend, von 2 Atü festgesetzt. Dieser Druck reichte aber nicht aus und mußte auf 4 Atü heraufgesetzt werden, sollte die Qualität der Tuche nicht leiden. Das konnte aber nur durch direkte Dampfenahme vom Kessel geschehen und das kostet wiederum Kohlen. Um nun Kohle einzusparen, wurde vom Kollegen Konzack eine ungearbeitete kleine Pumpe eingebaut, die im Dampfumformer den entsprechenden Druck erzeugte, so daß jetzt mit der Umlaufheizung gearbeitet werden kann.

"Kein großes Problem! Jeder andere hätte das mit ein bißchen Grips auch machen können", meinte der tüchtige Kollege. Nun, er hat es geschafft. Von der Betriebsleitung wurde dieser Verbesserungsvorschlag entsprechend prämiert.

("Märkische Volksstimme", Potsdam,
Volkskorrespondenz)

Holzborsten für Besen und Bürsten

B e r l i n, 7.5. (BZ)

Viele Millionen Mark werden unserer Volkswirtschaft durch eine bedeutsame Erfindung des Leiters des Institutes für chemische Holztechnologie der Universität Berlin, Dr. Herbert Evers, erspart. Es gelang dem Forscher, durch chemische Holzveredelung Holzborsten herzustellen, die elastisch und fast unzerreißbar sind. Praktisch ist ein neuer plastischer Stoff entstanden, aus dem man auch Fiberplatten für Koffer, Handtaschen und andere Gebrauchsgegenstände herstellen kann. Verhandlungen mit volkseigenen Betrieben und einer Berliner Bürstenfabrik sind schon eingeleitet worden, um die Massenherstellung der neuen Borsten bald aufzunehmen.

Das kann die JEIA nicht verhindern

L e i p z i g, 7.5. (Rdfk.)

Als Auswirkung der Leipziger Frühjahrsmesse sind der Vereinigung Volkseigener Betriebe des Elektromaschinenbaues der Ostzone zahlreiche Nachfragen aus dem Ausland zugegangen, die sich auf ihr gesamtes Fer-

Pressedienst
(FD)

7. Mai 1949
Nachrichten - 7 -

tigungsprogramm beziehen. Bedeutende Exportgeschäfte wurden u.a. mit Polen, Schweden und Holland angebahnt. Darüber hinaus bewarben sich Firmen aus Italien, Portugal, Holland, Schweden, der Schweiz und aus Ägypten um den Vertrieb von Erzeugnissen der in der Ostzone vorhandenen 14 volkseigenen Betriebe des Elektromaschinenbaues.

Landeskonferenzen der FDJ

Schwerin, 7.5. (Eig.Ber.)

Mit einer Kampfansage an die Kriegshetzer eröffnete in Schwerin ein Sprechchor die Landeskonferenz der FDJ-Mecklenburg. Ein Chor sang das Lied "Brüder, packt mit an, streut die neuen Saaten" und erhielt stürmischen Beifall der Jugenddelegierten. Theo F e t t i n, Landesvorsitzender der FDJ, konnte zahlreiche Gäste begrüßen, unter ihnen fünf Vertreter des sowjetischen Komsomol, die ins Präsidium gewählt wurden.

Der SED-Landesvorstand Mecklenburg übermittelte den fortschrittlichen Jungen und Mädel seines Landes herzliche Grüße und gelobte, immer Freund und Helfer der Jugend zu sein. Die Minister Warnke, Quandt, Starossen, Burmeister und Dr. Witte nehmen an der Jugendkonferenz teil.

Senftenberg, 7.5. (Rdfk.)

Die Delegiertenkonferenz der FDJ Brandenburg wurde in Anwesenheit von 700 Delegierten in Senftenberg eröffnet. Mit starkem Beifall wurden als Gäste der Präsident des Brandenburgischen Landtages, Otto Meier, die Minister Rücker und Falkenberg, Vertreter des Landesvolksausschusses, Willi Sägebrecht, ein Mitglied der spanisch-republikanischen Delegation in Deutschland und eine Delegation der sowjetischen Komsomolzen begrüßt.

Zu Beginn der Konferenz wurden zahlreiche Begrüßungstelegramme aus brandenburgischen Betrieben verlesen, in denen die Belegschaften mitteilen, daß sie aus Anlaß der Landestagung der FDJ Brandenburg Sonderschichten durchführen.

Schauermärchen

Berlin (FD)

In ihrer Wut über die Erfolge der Friedenskräfte und um die Verwirrung und Unsicherheit in ihren eigenen Reihen zu verschleiern, erfinden die Berliner Spalter die tollsten Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung. So bringt der "Sozialdemokrat" am 7. Mai an der Spitze des Blattes ein Schauermärchen von angeblichen Auseinandersetzungen zwischen Wilhelm Pieck und dem Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, das von A bis Z aus den Fingern gezogen ist. Wilhelm Pieck war seit dem 14. April überhaupt nicht in Berlin, sondern weilte außerhalb der deutschen Hauptstadt auf einem Erholungsurlaub.

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949

Aus Theorie und Praxis unserer Partei
=====

Schnelles Regieren eines Kreisvorstandes

(PD)

Als im Kreisvorstand Weissensee gegen Mittag des 5.5. bekannt wurde, dass um 14 Uhr ein Kommuniqué der 4 Mächte über den Rundfunk geht, organisierte er sofort das Abhören des Kommuniqués in 80 Betrieben. In den 10 wichtigsten Betrieben waren Mitglieder des Kreissekretariats anwesend. Sofort konnte an Ort und Stelle durch Funktionäre der Partei politisch reagiert werden und es wurde die Stimmung der Arbeiter auch in Einzelunterhaltungen festgestellt. Dieses war eine Hilfe, zu einer richtigen politischen Einschätzung zu kommen.

Das Kreissekretariat Weissensees organisierte innerhalb 18 Stunden, am 6.5. morgens 7 Uhr eine Konferenz aller Funktionäre des Kreisvorstandes, Kreisparteiaktiv, Stadtbezirksvorstände, Leitungen der Massenorganisationen, Vorsitzenden aller Betriebs- und Wohngruppen, Genossen Betriebsleiter, Genossen der Verwaltung, Genossen der BGL und Betriebsräte, auf der der Kreisvorsitzende, Gen. Langguth, eine politische Einschätzung gab und der Org.-Sekretär, Gen. Hoffmann, organisatorische Arbeitsanleitungen gab und konkrete Aufgaben stellte:

1. In jedem Betrieb wird das Parteiaktiv zusammengenommen, eine kurze politische Einschätzung zur Diskussion gegeben und dann anschliessend mit allen Kollegen des Betriebes an den einzelnen Arbeitsplätzen ohne Störung der Produktion politisch richtig diskutiert.
2. In allen Betrieben werden sofort die Kollegen aus dem Westsektor zusammengenommen, und ihnen wird ebenfalls eine Einschätzung der Lage vermittelt. Dabei wird die Frage gestellt, ob sie unsere Presse beziehen und festgestellt, in welcher Form die Kollegen aus dem Westsektor unsere Presse mit hinübernehmen.
3. Nach der vorbereitenden Diskussion des Parteiaktivs werden in der Mittagspause in kurzen Belegschaftsversammlungen Resolutionen zur Lage und zur Aussenministerbesprechung am 27.5.49 angenommen.
4. In der Diskussion sind vor allen Dingen folgende Punkte aufzuzeigen:
 - a) dass das Kommuniqué ein Erfolg der Friedensoffensive und ein Zeichen der Schwäche der Kriegstreiber ist.
 - b) dass die deutschen Kriegshetzer und Provokateure, die die Linigen hintertreiben wollen, in Berlin vor allem Reuter, entlarvt und isoliert werden müssen.
 - c) Das Kommuniqué muss für uns das Signal sein, den Kampf um die Einheit Deutschlands verstärkt fortzusetzen.

In Berlin muss durch eine Massenbewegung die einheitliche Währung und die einheitliche Hauptstadt erkämpft werden. Das wird die Entscheidung der Pariser Konferenz beeinflussen, denn von der Stärke der Volksabstimmung am 15. und 16. Mai wird mit der Ausgang der Pariser Konferenz abhängen.

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n

Volksfeindliche Politik in württemberg

Der Stuttgarter "Volksstimme" entnehmen wir folgende Angaben:

"Nach Angaben der Verwaltung für Finanzen betrug die Zwangsabgabe für das sogenannte 'Notopfer Berlin', ohne die Abgabe auf Postsendungen, in den Monaten Dezember 1948 bis Ende Februar 1949 - 62 162 000 DM. Diese Summe teilt sich auf in:

Abgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten	36 893 000 DM.
Abgabe der Unternehmer und Geschäftsleute	16 295 000 DM.
Abgabe der Körperschaften	8 974 000 DM.

Die unsoziale Handhabung der Luftbrückensteuer wird durch diese Aufteilung bewiesen, da weit mehr als 60 Prozent der Steuern von den werktätigen aufgebracht werden mußten, die mit ihren Hungerlöhnen und mit den kleinen und mittleren Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht mehr fristen können, während die Großverdiener nur wenig belastet werden und die grossen Unternehmen, die Körperschaften, nur 12 % der Lasten tragen."

+ + +

"Die Klagen der Bevölkerung über die unzureichende Brotqualität sind nur zu berechtigt. Während es in vielen Fällen nur noch eine Frage des Geldes ist, die auserlesensten Backwaren zu erstehen, hat die Brotqualität sich durch den 25 %igen Beimischungszwang von Maismehl, Kartoffelmehl und extrahiertem Sojamehl von Woche zu Woche verschlechtert. Die Beimischung von extrahiertem Sojamehl (der wertvolle Ölbestandteil wurde in den Ölmühlen ausgezogen), auf dessen Verbrauch die Besatzungsmächte grossen Wert legen, wird von verschiedenen deutschen Stellen als bedenklich betrachtet. Der Verzehr soll jedoch je Kopf und Monat auf 2 kg gesteigert werden. Die Arbeitsgemeinschaft Getreideforschung e.V. Detmold hält gesundheitliche Schäden nicht für einwandfrei ausgeschlossen. Von verschiedenen deutschen Kreisen wird die Verwendung des extrahierten Sojamehls für die Wurstherstellung gefördert."

+ + +

"Der Preis für Arbeiterrückfahrkarten wird vom 1. Mai an von zwei Pfennig für den Kilometer in der 3. Klasse auf drei Pfennig erhöht. Kurzarbeiterwochenkarten für 5 Tage werden nicht mehr ausgeben. Bei dem Lösen von Kurzarbeiterwochenkarten für drei und vier Tage muß nachgewiesen werden, daß die Bezüge durch die Kurzarbeit verringert werden."

+ + +

Presseblatt
(PD)

7. Mai 1949

K o m m e n t a r e

=====

Einheit und Frieden werden erkämpft

B e r l i n (PD)

Vor dem Stattdringen der Außenministerkonferenz in Paris versuchen die Spalter und Kriegstreiber in ihrer Angst vor dem Ausbruch des Friedens noch schnell Schwierigkeiten aufzutürmen. Ihr Ziel ist, dem allgemeinen friedlichen Verständigungswillen Hindernisse in den Weg zu rollen, den Westmächten "Faustpfänder" für die Viermächteberatungen in die Hand zu spielen. Truman hat es plötzlich sehr eilig, den Militärblock des schmarotzenden Finanzkapitals gegen die friedliebende Menschheit unter Dach und Fach zu bringen. Auf einer Pressekonferenz sprach er den Wunsch nach einer möglichst schnellen Ratifizierung des Atlantikpakts aus, da jede Verzögerung bis zu einem Zeitpunkt, wo das Ergebnis der Außenministerkonferenz bekannt werde, als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden würde. Aber die Treibereien der USA-Monopolisten, zu deren Sprachrohr sich Truman in diesem Falle wieder macht, stoßen auf immer größeren Widerstand.

Die amerikanische Wirtschaftskrise wirkt sich immer deutlicher aus. Das Nationaleinkommen in den USA sinkt und trägt weniger Steuern ein, während andererseits die Rüstungsanforderungen und Verpflichtungen gegenüber den Partnern des Atlantikpakts ständig weiter ansteigen. Dr. Nourse, der Vorsitzende des Drei-Männer-Kollegiums, das den Präsidenten volkswirtschaftlich berät, erklärte vor einem Gremium hoher Militärs, ein ausschließlich von militärischen Rücksichten geleitetes Wehrprogramm könne das wirtschaftliche Gleichgewicht in einem Maße stören, welches den besten Vorsätzen dieses Wehrprogramms abträglich wäre. Man könne nicht einen Wehretat auf den anderen türmen, sondern müsse den gesamten Aufbau wirtschaftlicher, militärischer und politischer Beziehungen von Grund auf neu durchdenken, um den angewachsenen Verpflichtungen gerecht zu werden. Diese schwierige innere Situation in USA gibt einen Hinweis für die Verhandlungsbereitschaft Amerikas gegenüber der Sowjetunion.

Auch in England mehren sich die Stimmen, die von der kriegstreiberischen Politik der Churchill und Bevin abrücken. Die Wochenschrift "New Statesman and Nation", die der Regierungspartei nahesteht, wendet sich gegen die Zyniker, die argumentieren, daß England nur weiterbestehen könne, wenn es die amerikanisch-russische Spannung ausnütze und "die amerikanische Hilfe gegen die kommunistische Aggression" zu einem Dauerzustand werden lasse. Auf diesen Zynismus lief in der Tat die Politik Bevins hinaus. Die englische Wochenschrift be-

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Kommentare - 2 -

merkt mit Recht, daß England sich mit einer solchen Politik selbst als Haupttraktor eines dritten Weltkrieges verdammen müßte und fährt fort:

"Die Lehre der letzten zwei Jahre ist die, daß kein Land Westeuropas auch nur die Möglichkeit einer dauerhaften Wiederherstellung hat, solange der Ost-West-Handel zurückgeht und die Rüstungen erhöht werden."

Im Lichte dieser vernünftigen Überlegungen enthüllt sich die Schandtat jenes Bonner Spalter-Kollegiums, das in größter Hast eine 18-köpfige westdeutsche Separatregierung bildete, um die unaufhaltsame Entwicklung zur Einheit Deutschlands zu sabotieren. Ein Wink der Militärgouverneure genügte, um das Bonner Hilfspersonal in einen Zustand förmlicher Kopflösigkeit zu versetzen. Durch einen Staatsstreich wurde eine provisorische Separatregierung mit Dr. Adenauer an der Spitze gebildet. Dieser Akt hat keinen anderen Sinn, als daß durch ihn die Westmächte ein Faustpfand in Paris gegen die Schaffung der deutschen Einheit erhalten sollen.

Diesem Schandwerk deutscher Quislinge steht die große Volksbewegung für die deutsche Einheit und einen gerechten Friedensvertrag entgegen. Die Delegiertenwahlen am 15. und 16. Mai zum 3. Deutschen Volkskongreß sind keine Zonenangelegenheit, keine volksfeindliche separate Eigenbrödelei, sondern die Sache des ganzen deutschen Volkes. Ein millionenfaches "Ja" aus allen Schichten unseres Volkes und allen Teilen unseres Landes wird beweisen, daß man sich in Bonn vergeblich bemüht hat, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Schluß mit den separaten Verfassungsgepielerereien von Marionetten, die an den Drähten ausländischer Millionäre und einheimischer Faschisten hängen. Das deutsche Volk wird sich seine Einheit und damit den Frieden erkämpfen, gestützt auf die mächtige Friedensfront der Völker der ganzen Welt.

(W.E.)

PresseDienst
(PD)

7. Mai 1949
Kommentare - 3 -

Mißglückter Bluff

B e r l i n (PD)

Eines der wirksamsten Mittel zur Ausplünderung und Degradierung der westdeutschen Wirtschaft durch die krisenbedrohten USA-Monopole ist bekanntlich der bizonale Außenhandel unter dem Kommando der JEIA. Die Politik der JEIA ist den deutschen Interessen direkt entgegengesetzt. Immer wieder wird, gerade im Westen, gegen die im Interesse der ausländischen Konzerne betriebene Ausfuhr von Rohstoffen und Knebelung der lebensnotwendigen deutschen Exportindustrie protestiert.

Offenbar um diese Proteste zu beschwichtigen und die deutsche Öffentlichkeit zu täuschen, brachte die amerikanische "Neue Zeitung" am 6. Mai einen Artikel mit "imposanten" Tabellen und graphischen Darstellungen, die den "wachsenden Außenhandel der Westzonen" in rosigstem Licht erscheinen lassen sollten. Um ein positives Bild des westdeutschen Außenhandels entrollen zu können, der mit seiner unverhältnismäßig großen Rohstoffaus- und Fertigwareneinfuhr verderblich für die deutsche Wirtschaft ist, jongliert das Blatt mit Ziffern, die die wirkliche Entwicklung verschleiern. "Rohstoffe, die im Monatsdurchschnitt 1948 etwa 25 v.H. der Gesamtausfuhr ausmachten, waren im März nur noch mit 20 v.H. daran beteiligt", rechnet "Die Neue Zeitung", um daraus eben das zu "folgern", was sie ihren Lesern gerne weismachen will: "Der westdeutsche Außenhandel zeigt starke Ansätze dafür, daß er diejenige Form zurückgewinnt, die der deutschen Wirtschaftsstruktur entspricht."

Das ist eine glatte Unwahrheit. Selbst wenn wir von der höchst unwahrscheinlichen Annahme ausgehen, daß die Angaben der "Neuen Zeitung" den Tatsachen entsprechen, können wir schon anhand ihrer eigenen Ziffern eine Feststellung machen, die die Behauptung von der "Normalisierung" des westdeutschen Außenhandels Lügen strahlt: Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg danach nämlich die Rohstoffausfuhr der Bizone um 6 % mehr als die Fertigwarenfuhr; gleichzeitig stieg die Einfuhr von Fertigwaren um 12,1 % mehr als die Rohstoffeinfuhr!

Diese Tatsachen zeigen, daß das "Wachstum" des Aussenhandels der Bizone in einer Richtung erfolgt, die den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderläuft. Das gilt es, in aller Klarheit zu erkennen. Ein wirklich im Interesse des deutschen Volkes liegender gesamtdeutscher Außenhandel, in erster Linie mit der aufstrebenden Wirtschaft der Sowjetunion und der Volksrepubliken, wie er von der Ostzone erfolgreich entwickelt wird, hat die Einheit Deutschlands zur Voraussetzung. Darüber können keine irreführenden Zahlenkunststücke amerikanischer Zeitungen über eine westdeutsche Scheinblüte hinwegtäuschen.

(P.L.)

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949

Artikeldienst

=====

Zu den Aufgaben der KPD

(von Walter Fisch)

Einem längeren Artikel über die Ergebnisse der zweiten Delegiertenkonferenz der Gesamtorganisation der KPD der drei Westzonen (5. und 6. März in Solingen) entnehmen wir folgenden Abschnitt:

Zu welcher Politik verpflichtet die gegenwärtige Lage unsere Partei? Die ganze Situation unseres Volkes ist in allen entscheidenden Fragen gekennzeichnet durch die Herrschaft des Kolonialregimes, das vorläufig seinen Ausdruck findet im Ruhr- und Besatzungsstatut. Somit wird auch die Politik unserer Partei diesem entscheidenden Tatbestand Rechnung tragen müssen. Das ist es, was die Solinger Konferenz in den Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit der Partei zu stellen beabsichtigte: Der Kampf um die Interessen unseres Volkes ist der Kampf um die Unabhängigkeit und die nationale Einheit Deutschlands.

Solange wir unter einem Kolonialregime leben, gibt es keine den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechende Lösung auf irgendeinem Gebiet seines wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens. Das Kolonialregime ist in der Tat der entscheidende Tatbestand, dem alle Bedingungen unserer nationalen Existenz und die Perspektive für die Entwicklung unseres Volkes in nächster Zeit unterstellt sind. Wenn es darum ernst ist, mit der Schaffung einer demokratischen Ordnung, mit dem Glück und dem Wohlstand unseres Volkes und mit dem Frieden, der muß alle seine Kräfte konzentrieren auf die Gewinnung der Unabhängigkeit und nationalen Selbstbestimmung unseres Volkes und damit die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen. Das ist die entscheidende Feststellung, die die Konferenz von Solingen getroffen hat und damit ist auch die Aufgabenstellung für unsere Partei klar umrissen.

Alles, was die Partei unternehmen wird und unternehmen muß, um die Rechte und Freiheiten unseres Volkes zu verteidigen, alles, was sie unternimmt, um für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller werktätigen Schichten einzutreten, mündet letzten Endes ein in den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands. Die Partei darf sich allerdings nicht beschränken auf leere Deklamationen, auf die agitatorische Verkündung des großen strategischen Zielles, sie muß in den ersten Reihen aller Bewegungen in unserem Volke stehen, die um die Verbesserung der sozialen Existenz der einzelnen Volksschichten und damit eben um die Unabhängigkeit, um die Wiedererlangung der vollen Souveränität des deutschen Volkes kämpfen. Dabei vergißt die Partei keinen Augenblick, daß die Führung in diesem nationalen Kampf in den Händen der Arbeiterklasse liegen muß, ja daß es keinen Sieg in der nationalen Lebensfrage unseres Volkes geben kann, wenn die Arbeiterklasse sich in ihm nicht die Führung sichert. Das Bürgertum hat bewiesen, daß es wohl fähig zur Organisation nationalistischer Exzesse, aber niemals fähig war und fähig sein wird zur Wahrung der echten nationalen Interessen des Volkes.

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

Die Partei muß sich ihrer Rolle als Vorhut der Arbeiterklasse bewußt sein. Das bedeutet, daß die Partei überall dort, wo die Arbeiterschaft um die Erhöhung ihrer Löhne, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um ihren Arbeitsplatz und um die Sicherung ihrer Existenz im Alter, bei Invalidität und Krankheit kämpft, sich in den ersten Reihen der Kämpfenden befinden muß und dabei alles unternimmt, um im Verlauf dieser Kämpfe das Klassenbewußtsein und das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse zu stärken. Die Partei muß erkennen, daß es keine andere Rettung vor dem Absinken in die Katastrophe der Verelendung geben kann, als die Schaffung einer solchen Führung der Arbeiterklasse, die fähig ist, an Tausenden Orten, in Tausenden von Betrieben den Kampf gegen die Auswirkungen einer doppelten Ausbeutung zu organisieren und seinen Erfolg zu sichern.

Die Partei muß aber auch erkennen, daß sie, die Avantgarde der Arbeiterklasse, allein den Sieg im Kampf um die nationale Unabhängigkeit nicht erringen kann. Sie muß erkennen, daß der Erfolg der fortschrittlichen Kräfte auch davon abhängig ist, ob es gelingt, ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen anderen Schichten unseres Volkes, die das Kolonialregime in die Verelendung gestoßen hat, herzustellen. Es ist wahr, daß eine kleinen Schicht von nationalen Verrätern, die schon immer ihre Profitinteressen über die Interessen der Nation gestellt haben, sich heute zur Rolle einer Agentur des ausländischen Imperialismus hergibt, in der Hoffnung, letzten Endes wieder zu einer selbständigen imperialistischen Politik gelangen zu können. Wenn es wahr ist, daß mit Ausnahme dieser kleinen Gruppe von Leuten, die unter dem Kolonialregime die Interessen unseres Volkes an die ausländischen Kapitalherren verkaufen, alle Schichten unseres Volkes an der Wiedergewinnung unserer nationalen Selbständigkeit interessiert sind, dann steht die Partei vor der großen Aufgabe, aus allen diesen Gruppen unseres Volkes unter Führung der Arbeiterklasse eine mächtige nationale Einheitsfront zustande zu bringen.

Das heißt also: die Partei stellt sich zur Aufgabe, die Lebensinteressen der gesamten Bauernschaft, des Mittelstandes, ja auch der kleinen Industrie, die von den rücksichtslosen Maßnahmen der großen Monopole an die Wand gedrückt wird, die Interessen der Intelligenz, für deren Entrhaltung und Betätigung die Kolonialherren keinen Platz lassen, die Interessen der jungen Generation, die das Kolonialsystem zur Berufslosigkeit und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt, die Interessen der zu Armut und Siechtum verurteilten Millionenschar von Kentnern, die Interessen der Millionen von Flüchtlingen, denen das System den Eintritt in ein geordnetes normales Leben verweigert, die Interessen aller dieser Schichten mit ihrer ganzen Kraft zu vertreten.

Dies aber wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie nicht bei einer allgemeinen Agitation gegen den Marshallplan, gegen Ruhr- und Besatzungsstatut usw. stehen bleibt. Dies wird ihr nur dann gelingen, wenn sie die wirklichen Ursachen und Hintergründe der wachsenden Verelendung der Massen der Bevölkerung anhand der Lage in jedem einzelnen Land, in jedem Krisis, in jeder Gemeinde, in jeder einzelnen Berufsschicht klar aufzeigt. Dies wird ihr nur dann gelingen, wenn sie sich bemüht, täglich und stündlich und überall zu beweisen, daß und warum das herrschende Kolonialregime die Ursache für den Notstand unseres Volkes darstellt. Und es wird der Partei nur dann gelingen, wenn sie inmitten all dieser Schichten fest verankert und somit in der Lage ist, die bloße Unzufriedenheit umzuwandeln in den Willen und die Fähigkeit, im Interesse des Volkes zu handeln.

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949

Stimmen des Auslandes

=====

Westliche Verzögerungstaktik auf der UNO-Vollversammlung

(von Boris Leontjew)

(MR)

Seit der Eröffnung des zweiten Teiles der dritten Tagung der UNO-Vollversammlung ist ein Monat verstrichen. Der englisch-amerikanische Block hatte die Unterzeichnung des Nordatlantik-Paktes demonstrativ und herausfordernd auf den Beginn dieser Tagung anberaumt. Dieser imperialistische Vertrag, der mit den Grundsätzen und Zielen der Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar ist und die internationale Zusammenarbeit ablehnt, wurde am 4. April, am Vorabend der Eröffnung der Vollversammlung, abgeschlossen. Das mußte natürlich der Haltung des anglo-amerikanischen Blocks auf der Tagung seinen Stempel aufdrücken. Wenn noch jemand Zweifel daran haben mochte, daß die Teilnehmerstaaten des Nordatlantikpaktes die UNO untergraben, ihr Statut ablehnen und ignorieren, so hat ein Monat der Arbeit gezeigt, wie unbegründet derartige Zweifel sind.

Die Tagung begann mit einem Angriff der Delegationen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Kuomintang-Chinas gegen das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat, gegen das sogenannte Vetorecht. Der Grundsatz der Einstimmigkeit ist der Grundstein des Gesamtgebäudes der UNO, die Grundlage der freundschaftlichen Zusammenarbeit. Sie setzt die geduldige Ausarbeitung von Beschlüssen voraus, welche den Interessen aller Völker, aller Staaten entsprechen und nicht nur einer Mächtigkeitsgruppe, auch wenn sie über eine mechanische Stimmenmehrheit in der UNO verfügt. Deshalb sind die Feinde der internationalen Zusammenarbeit, die Anwärter auf die Welt-herrschaft, bestrebt, das Vetorecht zu beseitigen oder wenigstens seine Bedeutung und Kraft zu schwächen.

Die Delegation der Sowjetunion, die unverändert eine Politik der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit durchführt, verteidigte auf dieser Tagung ebenso wie auf den früheren entschlossen die unerschütterlichen Prinzipien des UNO-Statuts und den Grundsatz der Einstimmigkeit. In dieser Frage besitzt die Sowjetunion die Unterstützung aller ehrlichen, nach Frieden strebenden Menschen in allen Ländern. Das Bestehen des Sicherheitsrates mit jenen Rechten, die ihm das UNO-Statut einräumt, stellt ein ernstliches Hindernis auf dem Wege zur Vorbereitung eines Krieges dar. Deshalb unternahm der anglo-amerikanische Block auf der New Yorker Tagung eine weitere Serie von Angriffen gegen die Rechte und Funktionen des Sicherheitsrates, indem er die von dem vollkommen ungesetzlichen "interimistischen Komitee" ausgearbeiteten Vorschläge unterbreitete. Alle diese Vorschläge lauten darauf hinaus, Streitfragen zwischen einzelnen Ländern den Kompetenzen des Sicherheitsrates zu entziehen. Der anglo-amerikanische Block brachte auf der Vollversammlung Entschlüsse über die Bildung verschiedener Kommissionen für Waffenstillstand, Untersuchung und Schiedsgericht durch, die ihre Beschlüsse hinter dem Rücken des Sicherheitsrates fassen könnten.

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Alle diese Machenschaften stellen eine Wiederholung der traurigen Erfahrungen des Völkerbundes realigen Angedenkens dar, wo die wichtigsten internationalen Fragen durch verschiedene Kulissenabstimmungen entschieden wurden. Der anglo-amerikanische Block benutzt die Tribüne der UNO keineswegs zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, sondern zur Schaffung einer Atmosphäre des Mißtrauens zwischen ihnen.

Das kam in der bolivianischen Resolution zum Ausdruck, die im Auftrage Washingtons und Londons eingebracht und vom anglo-amerikanischen Block unterstützt wurde. Unter dem Vorwand der "Sorge um die Menschenrechte" nimmt die bolivianische Resolution die Bande von Spionen und Verschwörern in Schutz, die eine Wühlarbeit gegen die volksdemokratischen Republiken Bulgarien und Ungarn betrieben. Aber der Versuch, die Lage in Bulgarien und Ungarn zu entstellen und das demokratische Regime in diesen Ländern vor der Öffentlichkeit zu verleumden, endeten mit einem eindeutigen Mißerfolg. Die Sowjetunion und die Delegationen, die sie unterstützten, trugen auf der Tagung auch in dieser Frage einen moralischen und politischen Sieg davon.

Unter orriensichtlichem Druck des anglo-amerikanischen Blocks entschied die Tagung in einem Monat ihrer Arbeit keine einzige der wichtigsten Fragen, die auf ihrer Tagesordnung stehen, insbesondere die Probleme des Schicksals der ehemaligen italienischen Kolonien, die Aggression Hollands in Indonesien und das Problem Franco-Spanien. Die Westmächte, die die Erörterung dieser Fragen auf die nächste Tagung verschieben wollen, haben einen Beschluß über die Beendigung der Tagung am 14. Mai erzwungen.

Wie erklärt sich das beharrliche Streben der Delegationen der USA und Englands, die Behandlung der wichtigsten Fragen hinauszuzögern? Damit, daß sie ihre wahren Absichten und Ziele vor den Völkern geheimhalten möchten. Deshalb wollten die herrschenden Kreise der USA und Englands die UNO ignorieren, die eine offene Tribüne ist, und die Politik der Aggression und der Entresselung eines Krieges wenigstens etwas eindämmt.

25 Tage lang untersuchte das 1. Politische Komitee der Vollversammlung, ohne sich zu beeilen, das Problem des Schicksals der italienischen Kolonien. Ein Beschluß wurde immer noch nicht gefaßt. Die Westmächte wollen die Entscheidung über das Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien hinausschieben. Die Delegation der Sowjetunion entlarvte die Bestrebungen Englands, sich einen bedeutenden Teil der ehemaligen italienischen Kolonien zu sichern. Sie entlarvte das Abkommen der USA und Englands über die Teilung Lybiens und die Teilnahme Frankreichs an dieser Teilung und die Absicht der Vereinigten Staaten, Tripolitanien an sich zu reißen, um an der Mittelmeerküste Militär- und Marinestützpunkte zu errichten.

Die Sowjetunion, die von den anderen demokratischen Ländern unterstützt wurde, machte einen gerechten Vorschlag zum Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien, indem sie auf einer zeitweiligen Treuhänderschaft der UNO über die Kolonien bestand.

Die absichtlich so kurz bemessene Tagung der Vollversammlung bis zum 14. Mai, die ihr von der anglo-amerikanischen Mehrheit aufgezwungen wurde, machte eine wirksame Behandlung aller auf der Tagesordnung

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

stehenden Fragen unmöglich. Die Inspiratoren der aggressiven Politik der USA und Englands fürchten die Orientlichkeit. Sie haben gesehen, welche machtvolle Friedensbewegung sich als Antwort auf ihre Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges entfaltete, eine Politik, die im Atlantikpakt zum Ausdruck kam. Aber die Wahrheit rindet stets und überall den Weg zu den Herzen der Menschen. In- und außerhalb der UNO setzt die Sowjetunion ihre Politik des Kampfes für den Frieden, der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, die Politik der Achtung der Unabhängigkeit und Rechte aller Völker fort, und diese Politik der Sowjetunion rindet die flammende Unterstützung aller aufrichtigen Anhänger des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt.

Zusammenprall imperialistischer Interessen im Iran

(PD)

Telepress-Mitteilungen aus Teheran zufolge verlangt die Anglo-Iranian-Oil-Company, die zurzeit mit der Regierung des Iran verhandelt, eine Vergrößerung ihrer Konzession im Gebiete von Achvar-Shiraz und Bondar Dilam. Dies würde das Gebiet ihrer Ölfelder von 260 000 qkm auf 320 000 qkm vergrößern. Eine Regierungsmission unter Vorsitz des Justizministers Golshan arbeitet zurzeit an einer Methode, um das vom Parlament 1944 angenommene Gesetz zu umgehen, wonach keine weiteren Ölkonzessionen an Ausländer vergeben werden dürfen.

Die britischen Forderungen haben größte Beunruhigung und Entrüstung bei den amerikanischen Repräsentanten im Iran ausgelöst. Der amerikanische Gesandte Wylie erklärte dem Premierminister Saed im März, daß die Regierung der vereinigten Staaten derartige Schritte der iranischen Regierung als gegen die amerikanischen Interessen gerichtet ansehen würde. Wylie riet Saed, derartige Verhandlungen mit den Engländern unter allen Umständen hinauszuzögern, Golshan aus der Regierungsmission ausscheiden zu lassen und eine Annullierung des Kontrakts herbeizuführen, indem man an dem Gesetz von 1944 festhält. Wylie regte ferner eine Reorganisation der Konzessionen der Anglo-Iranian-Oil-Co. und die Bildung einer neuen iranisch-amerikanisch-britischen Konzession an.

(G.G.)

Die Versorgung des Sowjet-Dorres

(PD)

Der Verkauf von Verbrauchsgütern an die Kollektivbauern der Sowjetunion wird in diesem Jahre weiter verbessert. Fährbare Verkaufsläden bringen Zigaretten, Tabak, Schreibwaren, Seife, Nadeln, Zwirn und andere Waren des täglichen Bedarfs während der Feldarbeiten direkt auf die Felder, an die Arbeitsplätze der Kollektivbauern und MTS-Arbeiter. Den Dorfläden werden bedeutende Warenmengen zugestellt. In den Monaten Februar bis April wurden den ländlichen Handelsorganen für 50 Millionen Rubel Kleider, für 200 Millionen Rubel Textilien, für 670 Millionen Rubel Lederschuhe, für 90 Millionen Rubel Fahrräder, für 8 Millionen Rubel Grammophone und für 35 Millionen Rubel Radioapparate zur Verfügung gestellt. In jedem größeren Dorfe werden Verkaufsstellen der Gemeinde-Handelsorganisation eingerichtet, die eine reiche Auswahl für die Bedürfnisse der Bauern haben. Lederwaren,

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Möbel, Eisenwaren, Bretter, Ziegel, Kalk, Farben usw. stehen dem Käufer zur Verfügung. In den letzten zwei Monaten wurden an diese Verkaufsstellen 10 000 t Eisen, 70 000 t Kohle für Dorrschmieden, 2 500 t Dachblech, 2 000 t Nägel u.a. zugeteilt.

E - n.

Zur Information
=====

Englische Betrachtungen zur Entspannung der internationalen Lage
(PD)

Die der englischen Labour-Party nahestehende Wochenschrift "New Statesman and Nation" schrieb am 30. April zu den Verhandlungen über die Aufhebung der Verkehrseinschränkungen u.a.:

"... Auf westlicher Seite... gibt es gute Gründe, einen völligen Bruch mit Rußland ... durch Schaffung einer westdeutschen Regierung... hinauszuschieben. Die Wiederherstellung in Westeuropa hat unter dem Marshall-Plan weder die Form eines wirklichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus noch die eines ausgebreiteten Ost-west-Handels angenommen, welcher ihm allein Beständigkeit geben könnte; er wird jetzt noch durch die Auswirkungen der anwachsenden amerikanischen Krise bedroht. Es ist ausserdem klar, dass - trotz der Einigung in letzter Minute in Bonn - Westdeutschland immer noch einer Einheit mit dem Rest des Landes streben muss und auf diese Weise immer ein unsicherer Faktor in der Westunion bleiben wird ...

Es ist in diesem Zeitpunkt von lebenswichtiger Bedeutung, dass der englische Einfluss unbeschränkt eingesetzt wird, um die gesündere Meinung zu vertreten. Es gibt Zyniker, die argumentieren, dass England nur weiter bestehen kann, wenn es die amerikanisch-russische Spannung ausnutzt und 'die amerikanische Hilfe gegen die kommunistische Aggression' zu einem Dauerzustand werden lässt. Wenn sich diese so verhielte, würde sich England selbst als Hauptfaktor eines 3. Weltkrieges verdammen. Aber dieses Argument ist unsinnig. Die Lehre der letzten zwei Jahre ist die, daß kein Land Westeuropas auch nur die Möglichkeit einer dauerhaften Wiederherstellung hat, solange der Ost-west-Handel zurückgeht und die Rüstungen erhöht werden."

(G.G.)

"Das Wort der fünf Buchstaben"

(PD)

So benennt die der englischen Labour-Party nahestehende Wochenschrift "New Statesman and Nation" einen am 30. April veröffentlichten kurzen Bericht über die anwachsende Wirtschaftskrise in den USA, in dem es heißt:

"Zu der Schätzung, daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten jetzt die Zahl von 4 Millionen übersteigt, bemerkt 'Fortune'

Pressedienst
(PD)

7. Mai 1949
Stimmen des Auslandes -- 5 --

(Monatszeitschrift der amerikanischen Wirtschaft, Red.), daß viele-
silbige Umschreibungen zwar zurzeit in Mode sind, die Situation
jedoch in einem weniger spitzfindigen Zeitalter durch ein einfaches
fünfbuchstaben-wort beschrieben werden würde - nämlich K r i s e
... Die Traditionellen Anzeichen einer sich vertiefenden Depression
häufen sich ständig. Das Absinken der Preise von landwirtschaftlichen
Produkten hat sich jetzt auf Öle und Metalle ausgedehnt; der Klein-
handel nimmt weiter ab; die ständige Verminderung von Bankkrediten
zeugt von einer allgemeinen Rückläufigkeit des Handelsumsatzes;
der Wert von Immobilien beginnt auch schon zu sinken, und es zeigt
sich immer mehr eine wachsende Neigung, sowohl bei Produzenten als
auch bei Konsumenten, mit einer Krise zu rechnen. Kurz gesagt, es
ist klar, daß in den Vereinigten Staaten heute eine Situation ent-
steht, von der angenommen werden muß, daß sie unwillkommene Aus-
wirkungen sowohl in England als auch in den anderen Ländern des
Marshall-Planes haben wird."

(G.G.)

"Der chinesische Rubicon"

(PD)

Die dem liberalen Flügel der englischen Labour-Party nahestehen-
de Wochenschrift 'New Statesman and Nation' schreibt am 30. April:

"...Ein Jahrhundert westlicher Einmischung und Herrschaft ist zu
Ende; mit ihm hat das schmutzige und dem Tode geweihte Tschiangkai-
schek-Regime ein Ende, das für Millionen von Chinesen seit langem
das korrupte Instrument westlichen Imperialismus und östlicher De-
mütigung verkörperte". Das Blatt betont, daß es zwar zutierst den
Verlust englischer Seeleute bezauert, der durch den Zwischenfall
des britischen Kriegsschiffs "Amethyst" auf dem Jangtse hervorgeru-
ren wurde, erklärt jedoch weiter: "...Wir haben aber den Tatsachen ins
Auge zu sehen, und eine davon ist, daß wir genau so wenig in der
Lage sind, bewaffnete Kriegsschiffe den Jangtse hinauszusenden,
ohne die chinesische Regierung um Erlaubnis zu fragen, wie die Chi-
nesen in der Lage sind, die Thesen entlang zu fahren, ohne die eng-
lische Regierung vorher um Erlaubnis zu ersuchen." Das Blatt gibt
dann seiner Überzeugung Ausdruck, daß bei dem "Amethyst"-Zwischen-
fall keinerlei gemeinsamer Angriff der Kuomintang und englischer
Streitkräfte gegen die vorrückende chinesische Befreiungsarmee vor-
liegen könne, rügt jedoch hinzu: "...Für Millionen Chinesen erschei-
nen derartige Anschuldigungen ausländischer Intervention leider nicht
phantastisch; sie haben die amerikanische Hilfe an das Kuomintang-
Regime bitter übel genommen und betrachten den Jangtse als die Haupt-
ader des britischen Imperialismus in der Vergangenheit und das Zen-
trum englischer Investitionen. Sie erinnern sich auch daran, daß der
Jangtse der Weg war, auf welchem englische Kanonenboote 1926 eine
wichtige Rolle spielten, um Tschiangkaischek zu helfen, die chine-
sische Revolution zu unterdrücken..."

Die Engländer waren immer gewohnt, in China das zu machen, was
sie wollten, und es fällt ihnen schwer, sich daran zu gewöhnen, ir-
gend jemand - und besonders die Kommunisten - um Erlaubnis zu fragen,
Kriegsschiffe abzuschicken, wohin es ihnen gerade einfällt... Der
englischen Regierung ist oft genug - insbesondere durch Lord Linlithgow -

PresseDienst
(PD)

7. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

nahegelegt worden, inoffiziellen Kontakt mit den Kommunisten herzustellen... Wir müssen Beziehungen herstellen und zwar nicht nur auf konsularer oder lokaler Stufe, sondern mit der Regierung in Peiping, die jetzt einen großen Teil Chinas kontrolliert.... Da die kommunistischen Armeen sich bereits vor den Toren Shanghais befinden, darf nicht länger damit gezögert werden, die Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu schaffen. Ihre überwiegende Überlegenheit und die Unterstützung des Volkes, die sie überall genießen, bringt es mit sich, daß das Tempo ihres Vormarsches nur von ihnen selbst abhängt.

Tschiangkaischek und andere diskreditierte Kuomintang-Führer mögen die Bevölkerung Südhinas dazu auffahren, 'bis zum letzten Mann' durchzuhalten, indem sie verzweifelt mit der Möglichkeit spekulieren, weiter amerikanische Unterstützung zu genießen; oder sie mögen darauf horren, daß wenn der Widerstand verlängert werden kann, China ein lebenswichtiger Vorposten in einem Kriege zwischen den USA und der Sowjetunion wird. Soweit wir unterrichtet sind, berührt im westen niemand einen derartigen Unsinn, ausgenommen eine Gruppe amerikanischer Senatoren... Die Tatsachen schließen die Möglichkeit einer tatsächlichen Intervention in Südhina aus. Die Gefahr besteht nicht darin, daß die Engländer oder Amerikaner versuchen, China wieder zu erobern, sondern darin, daß durch eine nutzlose Politik der weiteren Anerkennung Tschiangkaischeks... wir uns die Möglichkeit vercherzen, noch irgendeinen Einfluß in China auszuüben und mit einem überwiegenden Teil des chinesischen Volkes freundschaftliche Beziehungen zu erhalten."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/07 : CIA-RDP83-00415R003100110003-1



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 9. Mai 1949

Nachrichten

Ehrenmal für die sowjetische Gefallenen in Berlin eingeweiht
Odt-Ehrenmal in Hamburg eingeweiht
Berliner Jugend zu neuer Friedensoffensive bereit
Protest gegen separate westdeutsche Schattenregierung
Wir stimmen am 15. u. 16. Mai für Einheit und Frieden
Am 16. Mai schulfrei
Etappen der Planerfüllung
383 km Strassen werden instandgesetzt
Verbesserungen im Bahnbetriebswerk
Ingenieuraktiv im Waggonbauwerk Görlitz
Unpünktlichkeit verscherzt Wettbewerbssieg
Landwirtschaftsminister ladet Traktoristen ein
Mecklenburgische Bauarbeiter unterstützen MAS
~~Demontage-Befehl für Badische Anilinwerke~~
Stadtverordneten-Protest gegen Demontage beim Bochumer Verein
"Luftbrücken-Steuer" auch in Rheinland-Pfalz

Frage und Antwort

Pressestimmen

Zum Jahrestag des Sieges über die Hitlerfaschisten

Kommentare

Warum Dritter Deutscher Volkskongress?
Unbelehrbar!
Ein missglückter Scherz
Das Fiasko der holländischen "Polizeiaktion"

Artikeldienst

Deutsche Arbeiter in Frankreich (Stefan Heymann)
Warum Deutschland in Bonn verraten wird (Haid)

Stimmen des Auslandes

Der Europa-Rat
Erweiterung des polnischen Industriepotentials
Unterdrückung der Befreiungsbewegung auch in Uganda

Zur Information

London heute (Schischtschowkina)

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Nachrichten

Ehrenmal für die sowjetischen Gefallenen in Berlin eingeweiht Gefallen für die Befreiung vom Joch des Faschismus

Berlin, 9.5. (T.)

Die Sonne durchbrach die Wolken, als unter den Klängen des Trauermarsches von Chopin Tausende sowjetische Soldaten und ihre Angehörigen sowie die ungezählten Kranzdelegationen der einzelnen Formationen der Sowjetarmee und die Abordnungen deutscher Organisationen gekommen waren, um die für die Freiheit und den Frieden der Welt im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten zu ehren.

In Berlin mitten im Herzen Europas, steht nun das würdige Ehrenmal, das die Völker der Welt daran erinnert, welche Opfer das sowjetische Volk bringen musste, um sein Vaterland und die Menschheit von der Geißel des Faschismus zu befreien. Zugleich aber legt es Zeugnis ab von der unüberwindlichen Kraft des ersten sozialistischen Staates der Welt. Es soll Symbol sein für den gemeinsamen Kampf der Völker der ganzen Welt, für die Durchsetzung des Sozialismus, die Abwehr der Sklaverei und Willkür und die Vernichtung der finsternen Kräfte des Imperialismus, der Brandstifter eines neuen Krieges.

Mitten im Herzen Europas steht dieses Mahnmal, die letzte Ruhestätte von über 7 000 beim Sturm auf Berlin gefallener sowjetischer Soldaten.

In seiner Weiherede würdigte der Stadtkommandant von Berlin, Generalmajor K o t i k o w, die grossen Leistungen der Sowjetarmee. Sie schlug den faschistischen Feind und Angreifer, vertrieb ihn aus der bedrängten Heimat und vernichtete ihn im Kampf um Berlin. Nun ist der Schlusspunkt unter jene Jahre gesetzt, in denen Europa und die ganze Welt von Unfreiheit bedroht war.

"Heute", so sagte Generalmajor Kotikow, "ehren wir an den uns teuren Gräbern das Andenken der ruhmreichen Söhne des grossen Sowjetvolkes, das Andenken der Helden, die im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für das Leben und das Glück der Werktätigen der ganzen Welt gefallen sind. Wenn Hitler-Deutschland zerschlagen und der Sieg errungen wurde, so nur deshalb, weil das sowjetische Volk in diesem Kampf eine entscheidende Rolle spielte und seine besten Söhne und Töchter hingab. Jahrhunderte werden vergehen", so sagte der Generalmajor weiter, "aber die grossen Schlachten der sowjetischen Armee werden nicht mehr aus dem Gedächtnis der Völker schwinden."

Nach den Ansprachen von Generalmajor Kotikow, Hauptmann W o r o - n i n und Ober-Sergeant B a b u s c h k i n würdigte Otto G r o t e w o h l das Gedächtnis der Gefallenen.

Im Namen der fortschrittlichen deutschen Bevölkerung sprach Grotewohl der sowjetischen Armee Dank für ihre Taten aus, die das deutsche Volk vom Faschismus befreiten. "Wir neigen uns in Ehrfurcht vor den Gefallenen der Sowjetarmee, die für diesen Kampf ihr Leben liessen. Wenn der letzte sowjetische Soldat den deutschen Boden verlassen haben

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 9. Mai 1949
- 2 -

wird, dann versprechen wir Antifaschisten, dass wir im Kampf gegen den Faschismus und für den Sozialismus nie erlahmen werden; dann werden wir dieses Denkmal in unseren Schutz nehmen und der nachfolgenden Generation des deutschen Volkes sagen, dass sie in Frieden mit den Völkern der Sowjetunion leben müssen, damit Frieden in der Welt herrscht."

Abschliessend sagte Otto Grotewohl: "Dass wir Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk schaffen konnten, verdanken wir der grossherzigen Hilfe der Völker der Sowjetunion und ihrem Führer, dem Genossen Stalin, wir danken es der ruhmreichen Sowjetarmee, die uns von der Geissel der Menschheit, dem Faschismus, befreit hat. Das Gelöbnis von Millionen Proletariern lautet in dieser Stunde: für Demokratie, Frieden und Sozialismus zu kämpfen."

Unter den zahlreichen Gästen sah man auch Oberbürgermeister Ebert, Hans Jendretzky, Fischer von der DWK, Polizeipräsident Markgraf, und zahlreiche Vertreter des FDGB.

OöF-Ehrenmal in Hamburg eingeweiht

H a m b u r g , 9.5.(ADN)

Anlässlich des Internationalen Befreiungstages wurde am Sonntag in Hamburg das Ehrenmal für die Opfer des Faschismus eingeweiht. Das Mahnmal, das 105 Urnen mit Asche und Erde aus allen deutschen Nazi-Konzentrationslagern enthält, stellt ein 16 Meter hohes in schlichtem weissem Stein gehaltenes Rechteck dar. Brennende Opfer-schalen sind neben dem Ehrenmal aufgestellt, das mit den Fahnen aller Nationen, die Opfer in deutschen Konzentrationslagern zu beklagen haben, umgeben ist.

An den Einweihungsfeierlichkeiten nahmen neben 2 400 Delegierten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aus allen Teilen Deutschlands und über 20 000 Hamburger Werktätigen, Vertreter der französischen und holländischen Widerstandskämpfer teil.

Die Delegationen der Widerstandskämpfer aus 16 weiteren europäischen Nationen konnten an dem internationalen Befreiungstag der Kämpfer gegen den Faschismus in Hamburg nicht teilnehmen, da der britische Militärgouverneur, General Robertson, den Delegationen die Einreise in die britische Zone v e r w e i g e r t hatte.

Berliner Jugend zu neuer Friedensoffensive bereit

B e r l i n , 9.5. (E.B.)

Im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, deren Umgebung mit den Symbolen der Jugend festlich geschmückt war, fand am 7. und 8. Mai die Stadtdelegiertenkonferenz der FDJ Berlin statt. Schwer ist es, über eine Tagung zu berichten, die so wie diese nur aus Höhepunkten zu bestehen schien. Zwei Grundzüge beherrschten alle Referate, Diskussionsreden und Begrüssungsansprachen: Das Bewusstsein, etwas geleistet zu haben, was Grundlage für neue, grössere Leistungen beim Neuaufbau sein wird, - und die feste Entschlossenheit, die ganze Kraft der fortschrittlichen Berliner Jugend im Kampf für den Frieden und für die Einheit unserer Heimat einzusetzen.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

9. Mai 1949
- 3 -

Die Vormittagssitzung des ersten Konferenztages brachte, nach Begrüssungsansprachen von Hermann Schlimme für den FDGB, Erich Geske für die SPD-Fraktion, Krüger (LDP) und Gohr (CDU), besonders herzliche Begrüssungsworte des Vorsitzenden der SED Berlin, Hans Jendretzky. Schon während dieses ersten Teils der Konferenz erlebten die Delegierten mit wachsender Begeisterung, wie Betriebsdelegationen junger Eisenbahner, Textilarbeiterinnen, Schiffsbauer, Vertreter von Bergmann-Borsig und der Maxhütte sowie einer ganzen Reihe anderer Betriebe durch Berichte und Proben ihres Könnens Zeugnis von den steigenden Leistungen unserer jungen Aktivisten ablegten.

Jochen Weigert gab in seinem Referat über "Die Friedensoffensive der Jugend" ein klares Bild der konsequenten Arbeit der FDJ, als der grössten und führenden fortschrittlichen deutschen Jugendorganisation und ihrer Aufgaben in der Hauptstadt unseres Landes. Als Merkmale der seit der ersten Delegiertenkonferenz der FDJ Berlin im Dezember 1947 vollzogenen Entwicklung unterstrich der Redner besonders das Entstehen der Organisation der "Jungen Pioniere" und die Veränderungen in Berlin, durch die - bei aktiver Teilnahme der FDJ - eine demokratische Verwaltung und eine die Interessen des Volkes schützende Polizei aufgebaut wurde. Weigert zeigte den Platz der deutschen Jugend auf, die gemeinsam mit den deutschen Werktätigen in der grossen internationalen Friedensfront für eine bessere Zukunft kämpft. Vorbilder und Beispiele seien dabei die heldenhafte Jugend der Sowjetunion und Chinas.

Die gegenwärtige Lage stellt die Berliner FDJ-ler vor zwei Aufgaben: Den Spaltern und Kriegshetzern wirksam entgegenzutreten, um Berlin, um Deutschland zu einem Hort des Friedens zu machen, - und eine Wirtschaft des Volkes auch in Berlin aufzubauen. Dem wachsenden Arbeitsenthusiasmus und der Verbesserung des Lebens der werktätigen Jugend im Osten Berlins stellte der Redner die Lage der Westberliner Jugend gegenüber, die von ihren wirklichen Aufgaben und Zielen abgelenkt und für einen neuen Krieg reifgemacht werden soll. Aber die Berliner FDJ-ler werden die Kraft haben, die werktätige Jugend ganz Berlins in der Aufbaubegeisterung der Jungaktivistenbewegung mitzureissen. So wird auch das Planziel erreicht werden, die Leistungen in den Betrieben um 17 % zu erhöhen. Die Jugend wird besonders an den 5 Berliner Bauschwerpunkten ihren Arbeitswillen beweisen, und in allen Betrieben schnellstens vom Berufs- zum Leistungswettbewerb übergehen, der auch die Schulen umfassen wird.

Bei aller Arbeit der fortschrittlichen Berliner Jugend wird der Kampf um die Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt und für den Frieden die Grundlage bilden. Bei den Wahlen zum 3. Volkskongress wird die Berliner FDJ ihr politisches Bewusstsein beweisen.

Am Nachmittag des 1. Konferenztages gab der bisherige Vorsitzende der FDJ Berlins, Peter Frey, den Bericht über die geleistete Arbeit. Wiederum zeugten zahlreiche Begrüssungen anderer Landesverbände und das Auftreten weiterer zahlreicher Betriebsdelegationen davon, dass immer weitere Kreise der deutschen Jugend ihre Aufgaben erkannt haben.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Am 2. Konferenztag erntete ein Vertreter des K o m s o m o l begeisterten Beifall, als er die FDJ der Unterstützung der sowjetischen Jugend versicherte. Ebenso wurde ein französischer Vertreter gefeiert, der die internationale Solidarität der werktätigen Jugend in den Mittelpunkt seiner Begrüßungsworte stellte.

Als Vertreter des Zentralrats der FDJ und ihres Vorsitzenden Erich Honecker sowie der Arbeitsgemeinschaft der FDJ der Westzonen gab Hermann A x e n einen Überblick über die internationale Lage. Axen wies besonders auf die Notwendigkeit hin, fortschrittliche junge Kräfte für Handel, Verwaltung und Finanzwesen auszubilden. Ein sozialdemokratischer FDJ-ler wies unter starkem Beifall auf die Notwendigkeit der Gewinnung der unter dem Einfluss der Spaltungspolitik der SPD stehenden Jugendlichen hin.

In der Diskussion, in der gründlich die Probleme der Jugend erörtert wurden, war eine Ansprache des Vertreters der ungarischen Jugend ein neuer Höhepunkt: Mehrere hundert FDJ-ler sind zu dem Weltfestspielen der Jugend nach Budapest eingeladen.

In einer Entschliessung an den Deutschen Volksrat bezeichneten die Delegierten diesen als die einzige Interessenvertretung des deutschen Volkes. In zwei Protestresolutionen wandten sich die Delegierten gegen die Beschlagnahme der acht landwirtschaftlichen Institute der Humboldt-Universität durch die amerikanische Militärregierung und gegen die willkürliche Verhaftung des Berliner Studenten Oskar Hauser in der französischen Zone. Ferner wird die FDJ ein Schreiben an den Aussenministerrat richten, in dem die Berliner Jugend die Hoffnung ausdrückt, dass die Pariser Konferenz die Einheit Deutschlands, einen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungsmächte bringen werde. Ein weiteres Schreiben richtete die Delegiertenkonferenz an den Weltjugendbund, in dem sich die FDJ als gleichberechtigtes Mitglied dieses Bundes zum Kampf für den Frieden bekennt. Ausserdem beauftragte die Delegiertenkonferenz den Stadtvorstand mit der Absendung einer Grussbotschaft an die demokratische Jugend Chinas.

Nachdem der bisherige Vorsitzende des Stadtvorstandes Berlin der FDJ, Peter Frey, allen Funktionären für ihre Arbeit gedankt hatte, wurde Jochen Weigart einstimmig zum neuen ersten Vorsitzenden der Berliner FDJ und 59 Delegierte für das dritte Parlament ^{der FDJ} gewählt. Der neugewählte erste Vorsitzende wies in einer kurzen **Ansprache** auf die grossen Aufgaben der FDJ hin. In einem von sämtlichen Teilnehmern stehend abgelegten Gelöbnis drückte die Konferenz ihre Bereitschaft zum Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung aus.

Als letzter Redner wies der Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert darauf hin, dass die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion wieder die Kriegshetzer zur Besinnung gebracht habe. Der wachsende Friedenswille der Völker habe seinen Einfluss nicht verfehlt. Friedrich Ebert betonte, dass der Berliner Bevölkerung viele Leiden erspart geblieben wären, wenn die Westmächte eher nachgegeben hätten. Abschliessend verteilte Oberbürgermeister Ebert 18 Sparkassenbücher aus dem Fonds zur Förderung junger Aktivisten an FDJ-Mitglieder, denen eine weitere Ausbildung ermöglicht werden soll.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

9. Mai 1949

- 5 -

Protest gegen separate westdeutsche Schattenregierung
Erklärung Max Reimanns in Bonn

B o n n , 9.5. (Rdfk.)

In der Vollversammlung des Parlamentarischen Rats am Sonntag-nachmittag zur 3. und letzten Lesung des Grundgesetzes gab der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max R e i m a n n , eine Erklärung ab. Darin erinnerte er zunächst daran, dass die Bildung des "Parlamentarischen Rats" auf Anordnung der Westmächte erfolgte. Die Bonner Abgeordneten könnten darum nicht ableugnen, befohlene Diener der Westmächte zu sein.

Reimann richtete an die Mitglieder des "Parlamentarischen Rats" die Frage, ob sie etwa glauben würden, dass die Befehle der westlichen Besatzungsmächte auch in der Ostzone befolgt werden müssten oder dass die Bevölkerung der Ostzone sich der Bonner Verfassung unterstellen müsse. Die Folge wäre für die Bevölkerung, auf alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften verzichten zu müssen, die sie sich erworben habe.

Der Vorsitzende der KPD stellte fest, auch die Bevölkerung Westdeutschlands würde das Grundgesetz ablehnen, wenn sie über dieses verfängliche Machwerk aufgeklärt würde. Reimann wies darauf hin, dass die Mitbestimmung des Volkes in der Form eines Volksentscheides vollkommen ausgeschaltet ist. Hinzu komme, dass die Rechte durch Errichtung einer 2. Kammer des Bundesrates in entscheidenden Punkten eingeengt wurden.

Reimann protestierte abschliessend nachdrücklich gegen die Bildung des sogenannten Überleitungsausschusses, da dieser in Wirklichkeit eine westdeutsche Schattenregierung darstelle.

Wir stimmen am 15. und 16. Mai für Einheit und Frieden

B e r l i n , 9.5. (E.B.)

Aus zahlreichen Zuschriften, die wir von der Bevölkerung erhalten, wird ersichtlich, wie sehr sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai geeignet sind, dem Aussenministerrat den Einheits- und Friedenswillen des deutschen Volkes vor Augen zu führen. Frau P u t t e n a t , Potsdam, schreibt:

"Mit der Wahl am 15. und 16. Mai können wir zum Ausdruck bringen, wer für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden ist, und dass nur durch die Einheit Deutschlands der Frieden gesichert werden kann."

Werkmeister Otto S c h m i d t , Lautawerk, Senftenberg, erklärt: "Als Werkmeister bin ich stolz, als Kandidat bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress die Meinung des Volkes zu vertreten. Wir Arbeiter sind für die Einheit Deutschlands, für den Frieden, und es gilt jetzt, alle Deutschen zu überzeugen, damit sie am 15. und 16. Mai auch ihr 'Ja' abgeben."

- 6 -

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Nachrichten - 6 -

Der Bauer P a n z e r, Krs. Niederbarnim, schreibt erfreut:
"Aus dem mir entgegengebrachten Vertrauen, mich einfachen Bauern als Kandidaten aufzustellen, ist ersichtlich, dass jetzt das Volk selbst entscheidet. Deshalb müssen wir alle Kräfte daran setzen und für die Einheit Deutschlands am 15. und 16. Mai zur Wahl gehen."

Neubauer R o s e, Templin, hat aus der Bodenreform seinen Hof bekommen. "Ich fühle mich nicht bloss wirtschaftlich verpflichtet, alles zu tun, was in meinen Kräften steht, sondern die Aufgaben des Volksrates sind auch meine Aufgaben. Für Einheit und Frieden setze ich alle meine Kräfte ein. Als Kandidat werde ich alles tun, um das Vertrauen, das mir gegeben wurde, zu erfüllen", heisst es in seiner Zuschrift.

Der Landwirt R e i c h r a t h, Krs. Ruppín, vertritt die Ansicht: "Die Erkämpfung der Einheit und eines gerechten Friedens wird weiterhin die Hauptaufgabe des Deutschen Volksrates sein. Doch werden noch weitere Aufgaben erwachsen, die sich auch aus dem Verhalten der West-Alliierten ergeben."

Frau R u n g e h a n g e n, Krs. Angermünde, meint: "Das Ziel des Deutschen Volksrates, die Einheit Deutschlands herzustellen, müssen wir noch viel mehr popularisieren. Wir müssen alles daran setzen, alle Deutschen am 15. und 16. Mai zur Wahl zu führen, um damit der Reaktion zu zeigen, wie stark wir sind und mit welchem Elan das deutsche Volk für seine Einheit kämpft."

Vor 400 Vertretern der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen, der Verwaltungen, den Landräten und Oberbürgermeistern des Landes Mecklenburg berichtete in Schwerin Pastor K l e i n s c h m i d t von seinen Erlebnissen auf dem Weltfriedenskongress in Paris. Die Zusammenkunft diente gleichzeitig dazu, noch einmal die Vorbereitungen für die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai zu beraten. Alle Konferenzteilnehmer waren sich einig in dem Bekenntnis, in dieser entscheidungsvollen Stunde nicht zu versagen und für ein millionenfaches "Ja" der Bevölkerung für den 3. Deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai einzutreten.

Am 16. Mai schulfrei

B e r l i n, 9.5. (E.B.)

Anlässlich der Volkskongresswahlen bleibt der 16. Mai 1949 für die sowjetische Besatzungszone schulfrei, wie die Deutsche Verwaltung für Volksbildung bekannt gibt. Die Schulkinder werden am gleichen Tage durch die Lehrerschaft auf die Bedeutung der Volkskongresswahlen hingewiesen.

Etappen der Planerfüllung

383 km Strassen werden instand gesetzt

P o t s d a m, 9.5. (E.B.)

Der Strassenbauplan des Landes Brandenburg sieht für 1949 die Instandsetzung von 383 Kilometer Strassen mit einer Fläche von 1,26 Millionen Quadratmetern vor. Hierfür ist ein Kostenaufwand von 5,2 Millionen DM veranschlagt. Die Hauptarbeiten erstrecken sich auf die Zentrallinien nach Berlin und die wichtigsten Verkehrsstrassen der Umgebung von Berlin. Der grösste Teil des Baumaterials befindet sich bereits an den Bauustellen, so dass die Arbeiten bereits in den nächsten Tagen in vollem Umfang begonnen werden.

- 7 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 9. Mai 1949
- 7 -

Verbesserungen im Bahnbetriebswerk

Verbesserungsvorschläge Frankfurt/Oder, 9.5. (E.B.)
/ aus der Belegschaft des Bahnbetriebswerkes Frank-
furt/Oder brachten wesentliche Vorteile für alle Reparaturarbeiten.
Kollege Werner K a u l f e r s baute eine Splintmaschine, mit der
alle benötigten Splinte im Betrieb selbst hergestellt werden können.
Kollege Fritz E r d e r konstruierte eine Vorrichtung zur Einengung
von Heizröhren. Nach dem Vorschlag von Kollegen Kurt W a g n e r
können jetzt unter Verwendung von im Betrieb gefertigten Matrizen ge-
schmiedete Schrauben und Gelenkbolzen selbst produziert werden.

Ingenieuraktiv im Waggonbauwerk Görlitz

G ö r l i t z (E.B.)
Eine Voraussetzung für die Erfüllung des Zweijahrplanes ist die
enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Intelligenz.
Im Waggonbauwerk Görlitz stattfindende Betriebskurse, die Ingenieure
leiten, werden die Verbundenheit mit der schaffenden Intelligenz weiter
festigen. Ein Ingenieuraktiv, das sich die Aufgabe gestellt hat, im
Produktionsplan auftretende Störungen zu beseitigen, nimmt seine Tätig-
keit auf.

Unpünktlichkeit verschertzt Wettbewerbssieg

S c h ö n e b e c k / Elbe, 9.5. (E.B.)
Obwohl die Abteilungsbelegschaft der Salzsiede im Salinenwerk
Schönebeck (Elbe) 50 Pluspunkte durch gute Qualitätsarbeit und weitere
217 Punkte mit der Übererfüllung des Produktionssolls erzielt, ver-
scherzte sie sich durch Unpünktlichkeit bei der Arbeit den Sieg im
innerbetrieblichen Wettbewerb. Die Gesamtbelegschaft der Saline konnte
im Verlauf des Wettbewerbs das Plansoll um 18,4 % überbieten, 11,8 %
höhere Löhne verdienen und die Selbstkosten um etwa 8 % senken.

Landwirtschaftsminister ladet Traktoristen ein

S c h w e r i n , 9.5. (E.B.)
Den zwölf besten Traktoristen des Landes Mecklenburg sandte Land-
wirtschaftsminister Q u a n d t telegrafische Glückwünsche zu
ihren Arbeitserfolgen mit der Bitte, bei ihm in der Landeshauptstadt
Schwerin am 10. Mai zu Gast zu weilen.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Nachrichten - 8 -

Mecklenburgische Bauarbeiter unterstützen MAS

Schwerin, 9.5. (E.B.)

Wiederholten Aufrufen demokratischer Organisationen folgten die Belegschaften verschiedener Baubetriebe Mecklenburgs, die entweder Patenschaften für Maschinen-Ausleihstationen übernehmen oder durch freiwillige Sonderschichten der Landwirtschaft Hilfe leisten. Unter anderem stellen die Werktätigen der Bauunion Stralsund ihren Lohn von sieben freiwilligen Arbeitsstunden, etwa 10 - 11 CCC DM den MAS zur Verfügung.

Demontage-Befehl für Badische Anilinwerke

Ludwigschaften, 9.5. (E.B.)

Die französische Militärregierung hat dem Betriebsrat und der Werkleitung der Badischen Anilin- und Sodawerke befohlen, mit der Demontage zu beginnen. Damit gehen wichtige Teile der Werkanlagen für die deutsche Friedenswirtschaft verloren.

Stadtverordneten-Protest gegen Demontage beim Bochumer Verein

Bochum, 9.5. (E.B.)

Die Bochumer Stadtverordnetenversammlung wandte sich in einer einstimmig angenommenen Entschliessung gegen die von der britischen Militärregierung angeordneten Demontagen beim Bochumer Verein und bei den Hochfrequenz-Tiegelstahlwerken. "Wiederum - heisst es in der Entschliessung - werden Betriebe der Friedenswirtschaft betroffen, deren Ausfall zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet. Durch die Herausnahme wichtiger Teilbetriebe wird die Produktionsbasis des Werkes stark gefährdet."

Die Stadtverordneten fordern eine gewissenhafte Überprüfung des Demontagebefehls, um die Stadt Bochum vor wirtschaftlichem Niedergang zu bewahren.

"Luftbrücken-Steuer" auch in Rheinland-Pfalz

Koblenz, 9.5. (E.B.)

Im Landtag von Rheinland-Pfalz nahmen bürgerliche und sozialdemokratische Abgeordnete unter Verletzung der Geschäftsordnung ein Gesetz über die Erhebung einer Sondersteuer an, deren Erträge als Deckung für die Luftbrückenkosten verwendet werden sollen.

Die KPD-Fraktion protestierte gegen den Bruch der Geschäftsordnung und verliess die Landtagssitzung.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

FRAGE UND ANTWORT

Argumente für die tägliche Diskussion

Um allen Genossen bei den täglichen Diskussionen im Betrieb und Dorf, auf der Straße und in der Bahn treffende und überzeugende Argumente zu liefern, erscheint in zwangloser Folge die Reihe "FRAGE UND ANTWORT".

Die beiden ersten Hefte liegen bereits vor:

Heft 1: Warum kam die gesamtdeutsche Beratung nicht zustande?

Aus dem Inhalt: Antisowjethetze - Kriegshetze

Warum sind die Friedenskräfte stärker?

Entscheiden Atombomben?

Nationale Selbsthilfe beseitigt Kriegsgefahr

Heft 2: Warum Dritter Deutscher Volkskongreß?

Aus dem Inhalt: Was ist nationaler Notstand?

Warum die USA Deutschland zerreißen wollen

Hat die Abstimmung einen Sinn?

Warum allgemeine und geheime Wahl?

Die nächste Ausgabe: Warum Hilfe für die Intelligenz?

ist in Vorbereitung. Andere Hefte, die die großen Probleme unseres Volkes, aber auch die Fragen des Alltags behandeln, werden bald folgen.

Zu jedem Thema werden einige kurze Fragen - wie sie der Mann auf der Straße stellt - aufgeworfen und in einleuchtender, verständlicher Weise beantwortet.

Die Hefte werden über die Kreisleitungen an alle Betriebs- und Wohngruppen kostenlos verteilt.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n

=====

Zum Jahrestag des Sieges über die Hitlerfaschisten

Die "Iswestija" kommt in ihrem Leitartikel anlässlich des 9. Mai auf Stalins Analyse der Bedeutung des Sieges der Sowjetunion zu sprechen. Sie schreibt:

"Stalin wies darauf hin, daß unser Sieg den Sieg der sowjetischen Gesellschafts- und Staatsordnung bedeutet, daß sich die sowjetische Gesellschaftsordnung als lebensfähiger und stabiler erwiesen hat als die nichtsowjetische Gesellschaftsordnung. Die internationale imperialistische Reaktion hoffte, die Sowjetunion wäre nach dem zweiten Weltkrieg so geschwächt, daß sie sich den stärksten kapitalistischen Mächten unterwerfen müsse. Aber diese Hoffnung ist durch den ganzen Verlauf der Nachkriegsentwicklung zerschlagen worden. Der ganzen Welt sind die vorfristigen Erfüllungen des Stalin'schen Nachkriegsfünfjahrplans bekannt. Der Vorkriegsstand der Industrieproduktion wurde überboten, im Transportwesen und der Landwirtschaft sind große Erfolge zu verzeichnen. Das materielle und kulturelle Lebensniveau im Sowjetland steigt ständig, Arbeitsproduktivität und Qualität heben sich, und die Selbstkosten der Produktion werden gesenkt. Hinzu kommen die Durchführung des Stalin'schen Plans zur Umgestaltung der Natur und die Entwicklung der Viehzucht.

Die Vereinigten Staaten waren dagegen nicht fähig, die Probleme des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Wirtschaft zu lösen. Der berühmte Marshallplan erweist sich immer mehr als ein Werkzeug der Unterjochung der westeuropäischen Staaten. Die internationale imperialistische Reaktion versucht, der unvermeidlichen Wirtschaftskrise zu entgehen, indem sie einen neuen Weltkrieg entfacht. Der deutliche Ausdruck dieser Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien ist der Nordatlantikpakt, der die Organisation der Vereinten Nationen untergräbt. Der Sowjetstaat aber kämpft konsequent für den Frieden. Die Stalin'sche Außenpolitik, die Politik dieses Kampfes, wird von Millionen Werktätiger aller Länder einmütig unterstützt.

Die Sowjetunion schreitet an der Spitze der Kräfte, die für den Frieden kämpfen und glaubt zutiefst an diese Kräfte, aber sie vergißt nicht die Gefahr eines neuen Krieges, den die Imperialisten der Vereinigten Staaten gegen den Willen der breiten Volksmassen vorbereiten.

Die mächtigen Sowjet-Streitkräfte, unter deren vernichtenden Schlägen vor vier Jahren der deutsche Imperialismus zusammenbrach, beschützen wachsam die friedliche schöpferische Arbeit des Sowjetvolkes."

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Darum Dritter Deutscher Volkskongreß!

Berlin (PD)

Gelegentlich seines Aufenthalts in Berlin sagte der britische Außenminister Bevin: "Wir wollen nichts weiter, als unsere Hand des Friedens und der Freundschaft ausstrecken, aber wir werden allen Versuchen widerstehen, uns die Herrschaft anderer aufzwingen zu lassen." Bevin äußerte sich so, nachdem er vorher versichert hatte, er werde sich auf der Pariser Außenministerkonferenz für die Sache der deutschen Einheit einsetzen. Hier ist wohl die Frage aufzuwerfen: Wer will wem die "Herrschaft anderer" aufzwingen? Ist es zuviel verlangt, wenn das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit seine nationale Einheit fordert? Heißt das, anderen eine Herrschaft aufzwingen, wenn das deutsche Volk einen gerechten Friedensvertrag und den baldigen Abzug aller Besatzungstruppen wünscht?

Bevin hätte nicht von der "Herrschaft anderer" reden sollen. Denn natürlich wird jeder an den westdeutschen Staatenbund denken, der gegen den Willen des deutschen Volkes auf Befehl der Westmächte - und freilich unter Mithilfe verantwortungsloser deutscher Politiker - geschaffen wird und der Deutschland endgültig in zwei Teile zerreißen soll. Wer zwingt wem die Herrschaft auf, wenn durch das Ruhrstatut das Herzstück der deutschen Wirtschaft, das Ruhrgebiet, fremden Händen übergeben wird? Bedeutet es nicht, daß das deutsche Volk nicht mehr über seine Kohle und seinen Stahl selbst verfügen darf und zwar auf unbegrenzte Zeit? Heißt das die Sache der deutschen Einheit vertreten, wenn man Westdeutschland ein Besatzungsstatut aufzwingt und Deutschland den Friedensvertrag verweigert? Bevin sprach in Berlin auch gegen den baldigen Abzug der Besatzungstruppen, für den im Besatzungsstatut in der Tat kein Zeitpunkt festgesetzt ist. Bevin meinte, es seien noch zahlreiche Aufgaben zu bewältigen, ehe die Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen könnten. Militärgewalt und Hohe Kommissare mit unbeschränkten Vollmachten sollen in Westdeutschland wie in einer beliebigen Kolonie kommandieren. Wer beherrscht hier wen? Und bedeutet der Atlantikpakt nicht die Gefahr, daß Westdeutschland das Rüstungsarsenal und seine Bevölkerung das Kanonenfutter eines neuen Krieges mit neuen, noch schrecklicheren Vernichtungswaffen werden? Bevin hätte nicht von der "Herrschaft anderer" reden sollen.

Die vier Besatzungsmächte haben an den Verhandlungstisch zurückgefunden. Der am 23. Mai in Paris zusammentretende Rat der Außenminister wird als wichtigste Frage auf der Tagesordnung die Einheit Deutschlands behandeln. Da ist es wohl ein zwingendes Gebot und die höchste Zeit, daß nun erst recht die Vertreter der deutschen politischen Körperschaften und Organisationen sich zu gesamtdeutschen Besprechungen zusammenfinden. Aus diesem Grunde hat der Deutsche Volksrat seine Aufforderung an den Parlamentarischen Rat in Bonn und den Zweizonenwirtschaftsrat erneuert, zu gemeinsamen Beratungen in Braunschweig oder einem anderen Ort zusammenzukommen. Auf dieser Besprechung müßten Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichen und kulturellem Gebiet beraten werden. Ferner müßte ein gesamtdeutsches Memorandum über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen für die Außenministerkonferenz in Paris ausgearbeitet werden. Mit Recht bezeichnet der Deutsche Volksrat jeden

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Versuch als verantwortungslos, noch vor der Außenministerkonferenz durch die Bildung einer separaten interimistischen Westregierung vollendete Tatsachen zu schaffen, die die Spaltung Deutschlands vertiefen.

Nun ist es an der Zeit, daß sich die Millionenstimme des demokratischen Deutschlands selbst zum Wort meldet. Dazu geben die Delegiertenwahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß am 15. und 16. Mai Gelegenheit. "Es gilt - wie es in einem Aufruf des Sekretariats des Deutschen Volksrats zu den Delegiertenwahlen heißt -, in letzter Stunde Maßnahmen zur Abwehr der Zerreißung Deutschlands und der neuen Kriegsgefahr zu treffen. Darum Dritter Deutscher Volkskongreß!"

W.E.

Unbelehrbar!

Berlin (PD)

Der Deutsche Volksrat hat sich neuerlich an den Parlamentarischen Rat in Bonn und den Zweizonenwirtschaftsrat gewandt, um in Vorbesprechungen Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands und zur Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Memorandums über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu beraten. Der Deutsche Volksrat, der sich mit Recht als die einzig wahrhafte Repräsentation des deutschen Volkes betrachten kann, stellt keine Bedingungen, um nicht von vornherein den Weg zum breitesten und einheitlichen Willensausdruck des gesamten Volkes zu versperren.

Anders verhalten sich die Schumacherleute in Hannover und die SPD-Führer in Berlin. Zunächst einmal behauptete Dr. Kurt Schumacher in einer Rede vor dem SPD-Parteitag in Hamburg selbstüberheblich, daß die SPD-Politik von Hannover das Ende Deutschlands und der sogenannten demokratischen Zukunft Europas abgewendet hätte. Ähnlich behaupteten die Neumann & Co. auf dem Berliner Parteitag der SPD, daß die Haltung und Politik der Berliner SPD einen Sieg errungen und angeblich den Frieden und die Freiheit gerettet hätten. Die Schumacherleute stört es nicht, daß diese Behauptungen der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Haben nicht die Schumacherleute, die Neumann & Co., die SPD-Presse in zahllosen Artikeln die Auffassung vertreten, daß Berlin tatsächlich einen Krieg wert sei? Haben sie nicht die westlichen Militärbehörden immer wieder aufgefordert, mit Panzern nach Berlin durchzubrechen, den Korridor nach Berlin mit Gewalt zu schaffen und das Risiko des Krieges auf sich zu nehmen? Sie waren es, die auf den sogenannten dritten Krieg als die einzige Möglichkeit spekulierten und darum die abenteuerliche Politik der Spaltung Berlins und Deutschlands befürworteten und die nationalen und sozialen Interessen des Volkes und der Arbeiterklasse preisgaben.

Man sollte nun meinen, daß die SPD-Führer in einem Augenblick, wo sogar ihre Gönner und Hintermänner verhandeln, ihre bisherige Haltung und ihren Ton ändern würden und sich zumindest bereit erklären, mit den anderen Repräsentanten des deutschen Volkes zu beraten. Aber weit gefehlt! Mit seiner bekannten nationalistischen Überheblichkeit

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Kommentare - 3 -

spricht Dr. Schumacher von der allzu großen alliierten Hypothek, worunter er natürlich einseitig die Wiedergutmachungsforderungen der Sowjetunion und der Volksrepubliken versteht, während er die Machtansprüche der amerikanischen Monopole verteidigt. Er fordert, bescheiden wie er nun einmal ist, daß man ihm die Entscheidung in Sachen des deutschen Volkes übertrage.

Er stellt die Forderung nach einer sogenannten Entmilitarisierung der Ostzone, um von der Aufrüstung und Militarisierung in Westdeutschland abzulenken. Er fordert eine sogenannte Demokratisierung und "Sozialisierung" der volkseigenen Betriebe in der Ostzone und macht sich dadurch zum Sprachrohr einer kapitalistischen Restauration und der Machtpläne der Wallstreet. Er ergeht sich weiter in oppositionellen Phrasen gegen das Bonner Grundgesetz, obwohl er der lauteste Rufer nach dem Weststaat und nach dem Besatzungsstatut war. Er und die SPD-Führer in Berlin weigern sich hartnäckig, mit den demokratischen Kräften der Ostzone zu Vorbesprechungen zusammen zu kommen und stellen als Vorbedingung sogenannte demokratische Wahlen und demokratische Rechte, von denen gerade im Westen, unter den bestehenden Verhältnissen keine Rede sein kann, da dort nach den eigenen Eingeständnissen der SPD-Führer die Macht in den Händen der Monopolisten und alten Militaristen liegt.

Unter diesen Umständen kann das Auftreten der SPD-Führer nur die eine Bedeutung haben, deutsche Gespräche über die Einheit und den Friedensvertrag zu sabotieren und auch die internationalen Verhandlungen über Deutschland möglichst zu stören. Es liegt am deutschen Volk und besonders an den sozialdemokratischen Arbeitern, diese Störungsarbeit der SPD-Führer zu vereiteln und dem einheitlichen Volkswillen nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und nach einem baldigen Friedensvertrag durch aktives Auftreten, durch die Demonstrationen des Volkswillens bei den Delegiertenwahlen am 15. und 16. Mai beim Dritten Volkskongreß zum Durchbruch zu verhelfen.

R.K.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Kommentare - 4 -

Ein mißglückter Scherz

Berlin (PD)

Der Berliner "Sozialdemokrat" und der "Telegraf" gaben sich wirklich viel Mühe, den Besuch des Außenministers Ernest Bevin für die Fortsetzung ihrer Spaltungshetze auszuwerten. Dabei leistete sich der "Sozialdemokrat" den Scherz, Ernest Bevin als den echten Proletarier zu preisen, der mit Stolz von sich behaupten könne, daß er nur englisch spreche. Das hinderte freilich den "Sozialdemokrat" nicht, Ernest Bevin gleichzeitig als Staatsmann von europäischem und Weltformat hinzustellen, der sich um den Frieden, um die Freundschaft der Völker verdient gemacht habe. Man benutzte diese Gelegenheit auch sofort, um eine antisowjetische Verleumdung anzubringen und zu behaupten, daß im Gegensatz zur englischen Außenpolitik die sowjetische Außenpolitik von bürgerlichen Intellektuellen geleitet werde.

Zur Richtigstellung sei festgehalten, daß Bevin zwar der Herkunft nach aus Arbeiterkreisen stammt, aber schon längst nichts mehr mit Arbeiterinteressen zu tun hat. Er ist heute der Repräsentant der rechten Gewerkschaftsbürokratie Englands, die mit den Interessen der Londoner City auf das engste verbunden ist und hat auch die englische Gewerkschaftsbewegung selbst nach ausgesprochen kommerziellen Grundsätzen in ein Geschäft dieser Bürokratie verwandelt. Er sitzt als Großaktionär in den verschiedensten kapitalistischen Unternehmungen. Er ist stolz darauf, daß er die imperialistische Tradition der Londoner City in der englischen Außenpolitik besser wahrt als die konservativen Tories. Er ist verantwortlich für die Unterordnung der englischen Politik unter die Befehle der Wallstreet. Er war ein haßerfüllter Streiter gegen eine wirkliche internationale Zusammenarbeit, und wenn er bei seinem Berliner Besuch die Forderung nach der Freiheit des Handels aufstellte, so zwingen ihn die wachsenden Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt und die Geschäftsinteressen der Londoner City, Haltung und Ton etwas zu ändern. Die Schumacherleute sollten deshalb weniger Bevin selbst und seine bisherige Politik in den Himmel heben, sondern die Worte beherzigen, mit denen er sie ebenfalls zur Vorsicht und zur Zurückhaltung ermahnt, damit man international ins Gespräch kommen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beraten kann.

R.K.

Das Fiasko der holländischen "Polizeiaktion"

Berlin (PD)

Aus Batavia wird berichtet, daß es bei den bisher vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der holländischen Regierung und der Regierung Hatta zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen sei. Die holländischen Unterhändler hätten sich bereit erklärt, die festgenommenen politischen Häftlinge freizulassen, die Regierung Hatta in der Hauptstadt Djogjakarta wieder einzusetzen und die Existenz der Republik Indonesien innerhalb der geplanten "Vereinigten Staaten von Indonesien" wieder zu gestatten. In der sogenannten indonesischen Vertretung sollte die Republik Indonesien ein Drittel der Sitze erhalten. Holland verpflichtete sich, gleichzeitig alle militärischen Operationen einzustellen.

Pressdienst
(PD)

9. Mai 1949

Kommentare - 5 -

In der Nachricht aus Batavia heißt es weiter, daß sich auf der anderen Seite Staatspräsident Soekarno und Mohammed Hatta verpflichtet hätten, die Partisanen zur FeuerEinstellung zu veranlassen und bei der "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" mitzuwirken.

Diese Nachricht ist nichts anderes als ein Geständnis der holländischen Imperialisten und ihrer Hintermänner, daß die sogenannte "Polizeiaktion" gegen die indonesische Republik vollkommen gescheitert ist. Nach den bombastischen Behauptungen der holländischen Generalität sollte die sogenannte "Polizeiaktion" binnen weniger Wochen die selbständige Republik Indonesien zerschlagen und die alte holländische Kolonialherrschaft wieder herstellen. Aber die indonesischen Partisanen hatten sich als stärker erwiesen. Sie beherrschen große Gebiete Javas und Sumatras, sie überfielen immer wieder die sogenannten holländischen Polizeitruppen, fügten ihnen schwerste Verluste zu und drangen immer wieder bis vor die Tore Djogjakartas. Der heldenhafte Partisanenkampf tat den Geschäften und Extraprofiten besonders der amerikanischen Monopole schwersten Abbruch. Die Unruhe der Imperialisten wurde noch vermehrt durch die stndigen Siegesmeldungen der demokratischen Kräfte Chinas, durch die Ausdehnung der nationalen Freiheitsbewegungen in Vietnam, ^{und} Birma, durch den Eindruck, den der indonesische Freiheitskampf auf den Sundainseln selbst hervorrief. Darum drängten die amerikanischen Vermittler die holländische Regierung, ihre Taktik zu ändern. Man hatte nicht zufällig Soekarno und Hatta interniert, um sie nach der sogenannten Befriedungsaktion für die Zwecke der Imperialisten aufzusparen. Nun sollen Soekarno und Hatta als vorgebliche Märtyrer der nationalen Sache die Partisanen beruhigen und bewegen, auf Grund der Versprechungen nach Gewährung einer Autonomie wieder in den Schoß der holländischen Stiefmutter zurückzukehren. Dieser Plan dürfte jedoch den holländischen Imperialisten und ihren Hintermännern nicht gelingen. Die indonesischen Freiheitskämpfer werden sich auf Grund ihrer bitteren Erfahrungen kaum bewegen lassen, die Waffen niederzulegen, bevor sie nicht ihre völlige Unabhängigkeit und Souveränität erkämpft haben.

(R.K.)

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Artikeldienst

Deutsche Arbeiter in Frankreich

(von Stefan Heymann)

Bekanntlich sind nicht alle deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich nach Deutschland zurückgekommen. Rund 160 000 haben einen Kontrakt unterzeichnet, in dem sie sich verpflichteten, ein Jahr lang in Frankreich in einem Betrieb oder Bergwerk zu arbeiten. (Von denen, die zur Fremdenlegion gepreßt wurden, ist hier nicht die Rede; ihre Zahl ist um ein Vielfaches höher.) Auch diese 160 000 haben nicht freiwillig ihre Verpflichtung unterschrieben. Die Hoffnung, bald aus dem Lager entlassen zu werden und heimfahren zu können, hat viele veranlaßt, die oft schwere Arbeit anzunehmen. Wie richtig diese Behauptung ist, ergibt sich daraus, daß nach Ablauf des einjährigen Kontraktes etwa 80 000 den Kontrakt nicht erneuerten und nach Deutschland zurückführen. Die anderen 80 000 waren zumeist ehemalige Nazis oder Menschen, die entweder ihre Familie im Krieg verloren haben oder aus anderen Gründen nicht nach Deutschland zurück wollten.

In den letzten Monaten hat nun eine Rückwanderung eingesetzt. etwa 6 - 8 000 ehemalige Kriegsgefangene, aber auch andere deutsche Arbeiter haben sich zur Arbeit in Frankreich kontraktlich verpflichtet. Die Ursache dieser Rückwanderung ist leicht zu erkennen. Es sind durchweg Arbeiter aus Trizonesien, die in Frankreich Arbeit annehmen. Lieber in Frankreich arbeiten, als in Deutschland arbeitslos sein! Soweit ist es dank der Politik der Adenauer, Schumacher und ihrer Kumpane gekommen.

Die deutschen Arbeiter wurden in Frankreich bisher mißtrauisch betrachtet. Die furchtbaren Verbrechen der Nazis standen noch frisch vor den Augen der Franzosen; die Wunden aus dem verbrecherischen Kriege, den Nazi-Deutschland heraufbeschworen hatte, bluteten noch. In allen Städten und Dörfern waren die Mahnmale dieses furchtbaren Krieges vor aller Augen. Die französischen Arbeiter fürchteten außerdem, die deutschen Arbeiter könnten ihnen in ihren Kämpfen in den Rücken fallen, könnten als Lohndrücker oder Streikbrecher auftreten. Zweifellos haben die französischen Fabrikanten und Unternehmer beabsichtigt, die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen als Lohndrücker oder Streikbrecher zu mißbrauchen. Daher war das Mißtrauen der Arbeiter bei dem zugespitzten Klassenkampf in Frankreich einigermaßen berechtigt.

Seit dem Bergarbeiterstreik hat sich aber das Verhältnis grundlegend geändert. Die deutschen Bergarbeiter sind ihren französischen Kumpane nicht nur nicht in den Rücken gefallen, sie standen in der vorersten Front der Streikenden. Diese Tatsache hat das Ansehen der deutschen Arbeiter in den Augen des arbeitenden Frankreich gewaltig gestärkt und für das Ansehen des demokratischen Deutschlands tausendfach mehr geleistet, als alle Reisen Türken-Reuters in die Hauptstädte seiner Paketengeber.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

In französischen illustrierten Zeitungen wurden Bilder von deutschen Bergarbeitern gezeigt, die unter den Bajonetten französischer Soldaten ins Gefängnis gebracht werden. Die französische Arbeiterpresse brachte Meldungen über das tapfere und oft heldenhafte Verhalten deutscher Bergarbeiter.

Allerdings haben die wenigsten deutschen Arbeiter aus Klassenbewußtsein auf Seiten der Bergarbeiter gekämpft. Die Zahl der Sozialisten unter den ehemaligen Kriegsgefangenen ist verblühend gering. Aber sie handelten in dem richtigen Gefühl der proletarischen Solidarität, der Zusammengehörigkeit im Kampfe um ein besseres Leben.

Es ist zu hoffen, daß ^{die} neue Einstellung des arbeitenden Frankreich zu den deutschen Demokraten sich vertieft und erweitert. Einstweilen wird das noch sehr erschwert durch die westdeutschen Spalter und ihre für das deutsche Volk so verhängnisvolle Politik. Das stärkste Argument der französischen Kommunisten gegen die Atlantik-Pakt-Politik der Regierung Schumann besteht darin, daß die Franzosen im Kriegsfall mit den Nazihenkern aus Westdeutschland in einer Armee zusammen marschieren müßten.

Solange sich deutsche Politiker für die verbrecherischen Ziele des Atlantik-Paktes mißbrauchen lassen, so lange wird auch der Kampf um das Ansehen des deutschen Volkes ausserordentlich erschwert. Die Haltung der deutschen Kriegsgefangenen im Bergarbeiterstreik zeigt jedem Deutschen den Weg zur Verständigung und Freundschaft mit dem französischen Volke.

Warum Deutschland in Bonn verraten wird

Die Politik der westdeutschen Spalter ist nichts anderes als die Vollstreckung des Willens der schwerindustriellen monopolistischen Magnaten. Den westdeutschen Staat als vollendete Tatsache den Aussenministern bei ihrem Zusammentritt in Paris zu servieren, das war der Sinn ihrer in Bonn bekundeten Eile. "Der Industriekurier", das Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, schrieb am 1.5.49: "Eine Entspannung ist vielleicht zu erwarten, aber keine Dauerlösung. Die Gegensätze bleiben in aller Schärfe bestehen und sind in der Natur der Dinge begründet."

Diese Haltung gewisser westdeutscher Wirtschaftskreise ist umso widerspruchsvoller, als die Blockadepolitik, die jeden Handel mit Ostdeutschland und Osteuropa unterband, sie zu oft in grenzenlose Absatzschwierigkeiten gestürzt hat. Die Leitung der eben zu Ende gegangenen hannoverschen Allgemeinen Exportmesse hat am Schlußtag die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, daß man weiter kein Zahlenmaterial über getätigte Abschlüsse bekanntzugeben gedenke. Zu diesem Eingeständnis des Mißerfolgs bemerkt das Düsseldorfer "Handelsblatt" am 29.4.49:

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

"Durch Umfrage bei den Ausstellern kann festgestellt werden, daß die Hoffnungen, die man für die Allgemeine Exportmesse an den Abschluß der Handelsverträge mit über 20 Ländern geknüpft hatte, sich nach dem bisherigen Verlauf nicht erfüllt haben."

Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Bizone im März um weitere 94 000 auf rund 1 132 000 gestiegen und erreichte am 15. April 1 190 150. Die erhoffte Wendung zu einer günstigen Entwicklung mit Beginn des Frühjahres ist nicht eingetroffen. In der ersten Hälfte des April hat sich allein in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Erwerbslosen um 20 000 vermehrt und ist auf 160 000 angewachsen. Das Ersuchen um Zahlungsausschub und um Steuerstundung ist in Westdeutschland eine alltägliche Erscheinung geworden. Die allgemeine Unsicherheit wächst bei allen Schichten der Bevölkerung. Das Bielerfelder Institut für Marktforschung hat auf Grund einer Massenbefragung festgestellt, daß 65 % der Befragten gezwungen waren, seit Beginn des Jahres Einsparungen vorzunehmen und sich Einschränkungen aufzuerlegen. Die befragten Arbeiter und Angehörigen freier Berufe haben zu 70,5 % erklärt, daß sie sich seit Beginn des Jahres Beschränkungen auferlegen müssen. Bei den Angestellten sind es 63 %, von den Beamten 60,4 % und von den Rentnern 67,5 %, die zu Einsparungen gezwungen wurden. Aber nicht nur die werktätigen Schichten sind von der unsicheren wirtschaftlichen Lage betroffen, sondern auch gewisse Unternehmerkreise sind, wie die Untersuchung des Instituts festgestellt hat, auf Grund der schleppenden Zahlungseingänge zu Einschränkungen gezwungen worden. Die Lage der Arbeiter in Westdeutschland ist u.a. auch dadurch gekennzeichnet, daß ein Lohnempfänger, der 1938 Mk. 0,88 und 1948 Lk. 1,10 Stundenlohn verdiente, folgende Arbeitsstunden leisten muß, wenn er sich eine der nachfolgenden Anschaffungen leisten will:

	<u>Ende 1938</u>	<u>Ende 1948</u>
1 Zentner Kartoffeln	4,5	6,0
Arbeitshemd	4,8	13,0
Herrensocken	1,8	3,8
Herrenunterhose	4,2	6,0
Frauenschlupfer	5,6	8,0
Herrenanzug	64,0	112,0
Kochtopf	4,6	6,7
Küchentisch	29,0	44,0
Holzbettstelle	57,0	77,0
Schuhbesohlung	3,4	7,3

Um diesen Zustand erhöhter Ausbeutung des Volkes zu verewigen, setzten die Schwerindustriellen des Ruhrgebietes, die Stinnes, Pönsgen, Reusch, Pfermenges usw., zusammen mit den ihnen hörigen reaktionären Politikern alles daran, den westdeutschen Staat schnellstens Wirklichkeit werden zu lassen. Ihr Ziel war dabei, unter ausländischem Schutz die demokratische Ordnung, die für Kriegsgewinnler und Kriegsplaner keinen Raum läßt, von Westdeutschland fernzuhalten und den "Herr-im-Hause"-Standpunkt uneingeschränkt durchzusetzen.

Zu dem bevorstehenden zweiten Jahr der Marshall-"Plan"-Lieferungen sind sowohl in Amerika wie in der westdeutschen Presse eine Reihe von Stimmen laut geworden, die sich gegen die Form der Marshall-"Hilfe", wie sie bisher geleistet wurde, aussprachen. Die westdeutsche

PresseDienst
(PD)

9. Mai 1949
Artikeldienst - 4 -

industrielle Produktion leidet bereits unter erheblichen Absatzschwierigkeiten. Die Einfuhr der Marshall-"Plan"-Lieferungen gegen Devisen erhöht diese auf dem Inlandsmarkt noch mehr. Gleichzeitig aber behindert die Dollarklausel und eine Reihe sonstiger Bestimmungen der JBEA die Entwicklung des deutschen Exportes, der aus Konkurrenzgründen von den westlichen Regierungen künstlich niedergehalten wird, obwohl insbesondere in Ost- und Südosteuropa deutsche Waren Absatz finden könnten. Daher ist die deutsche Industrie für eine "Umstellung" der Marshall-"Plan"-Lieferungen auf die Gewährung von Krediten, die aber bei dem deutschen Kapitalmangel nicht abgetragen werden könnten und letzten Endes zu einer Auslieferung deutscher Industriewerte an Amerika führen müßten.

Die amerikanische Hochfinanz wendet sich in der März Ausgabe ihres Organs, Barrons "National Business and Financial Weekly", Boston, gegen die Verschwendung amerikanischer Milliarden und die zu hohe Belastung des amerikanischen Steuerzahlers. Unter der Überschrift "Amerikanisches Kapital schreitet nach Außenanlage" und dem Untertitel "Fremde Regierungen und unsere eigenen Regierungen stehen dem im Wege" wird ausgeführt, daß die privaten Anlagen amerikanischer Gelder sich nicht in dem Maße entwickelt hätten, wie das erforderlich sei. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren ungefähr 10 Milliarden Dollar im Ausland investiert, es gäbe keinen Grund, diese Summe nicht zu verzehnfachen. Wörtlich schreibt das Blatt, indem es 1947/1948 in Südamerika vorgenommene Investitionen anführt: "Diese Statistiken enthüllen gar nichts von dem Hunger amerikanischer Gesellschaften und Einzelpersonen, ihr Geld außerhalb Amerikas anzulegen."

Das Blatt fordert schließlich die Beseitigung der Barrieren und kündigt an, das amerikanische Außenministerium arbeite ein Garantie-Programm für amerikanische Privatkapitalisten aus. Dieses stelle in Bezug auf Sicherheiten gegen entschädigungslose Sozialisierung, Beschränkung des Transfers der Gewinne und doppelte Besteuerung alles Bisherige in den Schatten.

Es ist die Angst vor der Wirtschaftskrise, die diese Haltung der amerikanischen Hochfinanz bestimmt. Seit Ende 1948 erlahmte, wie das Düsseldorfer "Handelsblatt" in seiner Nummer vom 3. Mai 1949 feststellt, in den USA die Bautätigkeit, und neben den fallenden Preisen für Getreide, Nahrungsmittel und Rohstoffe sind jetzt Rückgangerscheinungen in der Industrieerzeugung zu verzeichnen. Seit Februar ist die Stahlerzeugung rückläufig im Vergleich zur gleichen Zeit im Jahre 1948; die Kohlenförderung liegt weiterhin unter dem Vorjahresniveau. Auch im März und April sind die Symptome einer rückläufigen Entwicklung eindeutig sichtbar.

Die deutschen Schwerindustriellen und Prof. Erhard, ihr Statthalter auf dem Posten des Direktors der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt a.M., haben, angestachelt von diesen Tendenzen, bei der amerikanischen Hochfinanz, seit Wochen nicht mehr aufgehört, um Auslandskredite zu winseln. Sie wünschen den Dollarsegen auch für Westdeutschland mit allen Mitteln herbei und sind bereit, für die "Schutzbestimmungen" die Einheit Deutschlands, unsere und unserer Kinder Freiheit und Unabhängigkeit zu verschachern. Das für einen beschränkten Leserkreis in Düsseldorf erscheinende Blatt gewisser Schwerindustrieller Kreise um Reusch und Stinnes, als dessen Herausgeber der Vorsitzende der dortigen LDP, Middelhaue, zeichnet, "Der Wirtschafts-Dienst" schrieb Anfang April des Jahres:

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Artikeldienst - 5 -

"Die Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß ein etwaiges Bestehen der amerikanischen Regierung auf gesunderer heimischer Finanzpolitik in Europa als "Eingriff in die Souveränität gebrandmarkt würde ... Es gilt als "undiplomatisch" und politisch untragbar für eine Regierung wie die amerikanische, auf einem bestimmten wirtschaftlichen Verhalten der Empfangsländer zu bestehen, also etwas zu fordern, was jeder private ausländische Geldgeber ganz selbstverständlich fordern würde."

Und nur folgerichtig wird der Ausspruch eines amerikanischen Beamten aus dem Februarheft der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer zustimmend zitiert: "Die Bankiers der Welt haben sich immer etwas in die Souveränität der Borgenden eingemischt."

Das schändliche Zusammenspiel zwischen der amerikanischen Hochfinanz und den deutschen Monopolisten und ihren Politikern in Bonn wird noch an folgendem sichtbar. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen im amerikanischen Kongreß bei der Bewilligung der im zweiten Jahr des Marshall-"Planes" vorgesehenen Lieferungen haben deutlich gezeigt, daß sich ein Grossangriff auf die englischen Interessen vorbereitet. Nur unter der Zusicherung, daß im kommenden, am 1. Juli beginnenden Marshall-"Plan"-Jahr eine Abwertung gewisser europäischer Währungen erfolgt, daß zur freien Einlösbarkeit der europäischen Währungen geschritten wird, und daß die Gewährung von Dollarkrediten privaten Banken übertragen wird, konnte eine Mehrheit für die Fortsetzung des Marshall-"Planes" gefunden werden. Wallstreets Forderung nach einer Pfundabwertung von 4 Dollar auf 2,50 und die Zerschlagung des Pfundsterlingsblocks lassen die Westdeutschen Magnaten Morgenluft wittern. Sie erhoffen von einer Öffnung des Marktes des englischen Weltreiches für die Amerikaner gewisse, wenn auch zunächst noch kleinere Anteile an der Profitquote. Inzwischen glauben sie, mit Dollarhilfe ihre Werke modernisieren zu können und langsam auf dem Weltmarkt, wenn auch von Wallstreet gegängelt und gedrückt, wieder an Boden zu gewinnen. Der Vertreter des Comité des Forges, der französischen Schwerindustrie in Deutschland, Francois Poncet, ermutigt sie dabei und stellt ihnen auf Kosten des französischen Volkes eine Zusammenarbeit in Aussicht, um durch dieses Hintertürchen im Ruhrgebiet auch mitreden und Profite machen zu können.

Diesen Interessen zuliebe wird in Bonn der Weststaat geschaffen. Diesen Interessen dienen die reaktionären Parteiführer. Der deutsche Arbeiter und Angestellte, Handwerker und kleine Unternehmer wird ihnen ohne den geringsten Skrupel geopfert. Genau wie nach 1918 reicht die von Schumacher und Gellenhauer geführte deutsche Sozialdemokratie zu diesem schändlichen Treiben ihre Hand. Ihre Antisowjethetze, ihre Koalitionspolitik, ihr abgekartetes Spiel in Bonn und ihre sogenannte "konstruktive Opposition" im Frankfurter Wirtschaftsrat haben diesen Manövern der deutschen Monopolherren Vorschub geleistet, ja sie geradezu dazu ermutigt. Die Arbeiter und das werktätige Volk wurden durch diese sozialdemokratische Spaltungspolitik wehrlos gemacht, die Gewerkschaften in eine vom Opportunismus und Bürokratismus getragene Passivität gedrängt. Niedrige Löhne und hohe Preise, leere Taschen und volle Läden sind das Ergebnis! Die Profite aber steigen. Die Herren des Bergbaus erhielten seit 1938 eine Kohlenpreiserhöhung um 117 %, die Arbeiter aber nur eine Lohnerhöhung von 30 %.

Pressdienst
(PD)

9. Mai 1949
Artikeldienst - 6 -

fortschrittliche Menschen aus allen Schichten, die ihre Heimat lieben, erkennen den grenzenlosen Verrat, der hier an unserem Volke begangen wird. Mit der Entsendung von Delegierten zum 3. Volkskongreß, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zum Kampf um die Einheit Deutschlands beginnen sie, sich dem Weg zu widersetzen, der wie 1918 noch einmal in die Katastrophe führt. Die Ostzone wird ihnen in demselben Maße, in dem sie konsequent und energisch auf dem Weg des demokratischen Aufbaus weiterschreitet, bei der Verwirklichung des Zweijahrplanes und der Errichtung einer neuen demokratischen antifaschistischen Ordnung zum Vorbild und Ansporn werden bei dem Bemühen, ein einiges und freies demokratisches Deutschland erstehen zu lassen.

(Haid)

Pressdienst
(PD)

9. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Der Europa-Rat

(von Dmitri Monin)

Die Reuter-Agentur meldet, daß eine neue Organisation gebildet wurde. Im St. James-Palast in London unterzeichneten die Außenminister von zehn westeuropäischen Staaten - England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Eire und Luxemburg - das Statut des sogenannten Europarates. Laut vorläufigen Mitteilungen wird der Rat aus zwei Teilen bestehen, dem europäischen Ministerrat, der nur hinter verschlossenen Türen tätig ist, und der Konsultativen Versammlung, die öffentlich tagt. Die erste offizielle Sitzung des Europäischen Rates ist für August in Straßburg vorgesehen.

Was verbirgt sich hinter dem Aushängeschild Europäischer Rat? Wozu benötigten die Schöpfer der Brüsseler Union und des Atlantikpaktes noch eine Organisation? Was sind ihre wahren Ziele?

Die Antworten auf diese Frage ergeben sich von selbst. Die Veranstalter des erstgenannten und des aggressiven Atlantikpaktes sind sich darüber im klaren, daß den Völkern Europas die Pläne zur Vorbereitung eines neuen Krieges verhaßt sind. Auf die Propaganda zur Vorbereitung eines neuen Krieges antworteten die breiten Volksmassen der westeuropäischen Länder mit einer machtvollen Friedensbewegung, die ihren Ausdruck im Weltfriedenskongreß gefunden hat. Die Wachsamkeit der friedliebenden Völker einzuschläfern, sie durch einen Block in die Sphäre der Pläne der internationalen Reaktion zu zerren, dazu ist die Propaganda der europäischen Föderation oder eines europäischen Rates berufen.

Es ist keineswegs ein Zufall, daß die geistigen Väter der Konferenzen der Anhänger der westeuropäischen Einheit unabänderlich der Kriegshetzer Churchill und seine rechtssozialistischen Freunde Blum, Jouhaux, Schumacher und Saragat gewesen sind. In der Tat braucht man nur einen flüchtigen Blick auf die Hauptbestimmungen des Statuts des Europäischen Rates zu werfen und die Äußerungen seiner Urheber zu hören, um sich davon zu überzeugen, daß dieser Rat ein unlösbarer Bestandteil der von jenseits der Ozeane geführten Politik der internationalen Reaktion ist, ein Glied des krieglerischen Atlantikpaktes.

Wie erklären die Urheber der europäischen Föderation offiziell ihre Ziele? Das Statut des Europarates enthält krampfhaft Phrasen über das Streben nach wirtschaftlicher Einheit, kultureller Zusammenarbeit, nach Vereinheitlichung der Aussenpolitik usw. Der bekannte englische Journalist Harold Nicholson definiert die Aufgaben des Rates folgendermaßen: Die Länder Westeuropas werden eine gemeinsame Außenpolitik haben, eine gemeinsame Planwirtschaft und - was die Hauptsache ist - gemeinsame Verteidigung zu Lande, zur See und in der Luft.

Von welcher Planwirtschaft kann die Rede sein unter den Verhältnissen des Kapitalismus? Wer weiß nicht, daß selbst im Raume eines einzigen kapitalistischen Landes mit seiner Produktionsanarchie und seinen inneren Gegensätzen alle Versuche einer Wirtschaftsplanung zum

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Scheitern verurteilt sind? Die Produktionsanarchie, Krise und Arbeitslosigkeit kann man nur beseitigen, wenn die Produktionsmittel in die Hände des Volkes übergehen. Aber das ist es ja gerade, was die Prediger einer sogenannten Planwirtschaft nach Art von Nicholson mehr als alles in der Welt fürchten. Welcher europäische Rat, welche Organisation kann auch nur der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Amerika, England und fast zwischen allen marshallisierten Ländern bezüglich der Verteilung der Marshallplan-Assignationen usw. Herr werden? Das Geschwätz von der gesamteuropäischen Planung hat nur den Zweck, die westeuropäischen Länder jeder wie immer gearteten Souveränität und Selbständigkeit bei der Festsetzung ihrer Aussenpolitik zu berauben und ihre Interessen den Plänen der am Europarat beteiligten Grossmächte unterzuordnen, d.h. England und USA, obwohl die USA formell nicht dem Europarat angehören.

Der Europäische Rat soll die Verteidigung vereinheitlichen, d.h. die Länder Westeuropas den militärisch-strategischen Plänen des anglo-amerikanischen Blocks unterordnen. Diese Pläne richten aber ihre Spitze gegen die Länder Osteuropas und vor allem gegen die Sowjetunion. Die Gründung des Europäischen Rates soll den Völkern Europas die unbestreitbare Tatsache verheimlichen, dass dieser Rat in Wirklichkeit nur eine Ergänzung des aggressiven Atlantikpaktes ist. Hinter den Kulissen des Europäischen Rates stehen die gleichen amerikanischen Monopolisten, die nach der Weltherrschaft streben und darum alle möglichen Blocks gründen.

Aber die Völker kann man nicht hinters Licht führen. Wie die neue Welle von Widerstand gegen den Atlantikpakt, die sich in Italien, Belgien und anderen Ländern erhob, mit voller Klarheit beweist, wenden sie sich immer entschiedener gegen die imperialistische Politik, gegen das zügellose Treiben der Kriegshetzer. Das Schicksal des Atlantikpaktes, der vor den Augen der Volksmassen der ganzen Welt vollkommen blossgestellt ist, wird auch den Europäischen Rat ereilen.

M.R.

Erweiterung des polnischen Industriepotentials

"... Die rasche Entwicklung der polnischen Industrie... ist... ein neuer Beweis für die unverwüsthche Lebenskraft des polnischen Volks und eine neue Garantie seiner ... nationalen Wiederherstellung... Die Unabhängigkeit Polens hat der Adel weder erhalten noch wiederer kämpfen gekonnt; der Bourgeoisie ist sie heute zum mindesten gleichgültig. Sie kann erkämpft werden nur vom jungen polnischen Proletariat, und in dessen Händen ist sie gut aufgehoben..."

(Friedrich Engels in der Vorrede zu einer polnischen Ausgabe des "Manifestes", 1892)

In der Hütte "Florian" in Swietochlowice wurde ein neuer Hochofen in Betrieb gesetzt, der vollständig aus polnischem Material und nach eigenen Konstruktionsplänen errichtet worden ist und die Kapazität der polnischen Hüttenindustrie hinsichtlich der Stahlerzeugung um 9 % steigert.

- 3 -

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 3 -

gern wird. Die Arbeiten an der Errichtung dieses Ofens haben 2 Jahre in Anspruch genommen und fast 115 000 Arbeitertagewerke erfordert. Ferner sind in der Fabrik für Metallierzeugnisse in Tarnobrzeg grundlegende Überholungsarbeiten durchgeführt worden, die eine Inbetriebsetzung von 24 Feuerherden ermöglichen werden. In wenigen Monaten bereits sollen die Abteilung für die Überholung von Werkzeugmaschinen sowie diejenige für Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen ihre Arbeit aufnehmen.

Die Chemische Industrie wird im laufenden Jahre Kapitalien bis zu 12,6 Millionen Zloty investieren, die in erster Linie dem Ausbau von Sodawerken, Stickstofffabriken, der Elektrodenfabrik "Plania", einer Reagenzenfabrik, einer Fabrik für plastische Massen, von Kokereien, Farbstofffabriken, sowie der Industrie auf organischer Grundlage dienen wollen. Gleichzeitig werden die Bauarbeiten für die Penicillinfabrik in Tarchmin sowie für die Kokerei "Anna" zum Abschluss gebracht und mit dem Bau einer Lackfabrik, einer Fabrik für Stickstoffverbindungen und einer Fabrik für chemische Apparate begonnen werden. Die früheren und die gegenwärtigen Investitionen ermöglichen die Aufnahme der Produktion von 39 neuen Artikeln, wie z.B. Penicillin, Mittel für den Pflanzenschutz usw. So sieht der Plan für das Jahr 1949 eine Steigerung der Produktion der Gummiindustrie - entsprechend dem Bedarf am Markte - um 40 % vor. Die bedeutendste Steigerung gegenüber dem Vorjahr, und zwar um nicht weniger als 180 %, wird die Produktion von Wachstuch aufweisen, um 100 % die Produktion von Gummischuhwerk und die Fabrikation von Gummifäden eine solche von 50 %.

Für die Herstellung von Waschpulver, die sich im vergangenen Jahre auf 20 000 t belief, sieht der diesjährige Plan eine Produktion von 21 000 t vor, wobei der Seifengehalt trotz unveränderter Preise verdoppelt wird. 14 der Zentralverwaltung der Fettindustrie unterstehende Fabriken werden im laufenden Jahre insgesamt mehr als 26,800 Tonnen Waschseife mit einem Fettsäuregehalt von 62 %, ferner eine bedeutende Menge Toilettenseife sowie 2 700 t Seife für die Textilindustrie liefern.

Vor kurzem wurde in Wroclaw die 1. Milchsäurefabrik Polens in Betrieb gesetzt, deren Apparaturen und Installationsanlagen aus polnischer Produktion stammen und in Kürze zur vollen Befriedigung der Bedürfnisse des Inlandsmarkts ausreichen werden. Die Milchsäure stellt nicht nur einen vollwärtigen Ersatz für Zitronensäure dar, sondern ist vor allem auch für Ernährungszwecke geeignet und kann in vielen Fällen so gar den Essig ersetzen. Das Ausgangsprodukt für die Erzeugung der Milchsäure sind Kristallzucker, gereinigte Kreide und chemisch reine Schwefelsäure.

Eine Reihe von Werken der elektrotechnischen Industrie hat sich auf die Produktion von Kabeln mit Aluminium-Adern umgestellt. Im Zusammenhang damit hat die Zentralverwaltung für die Kraftversorgung eine Lehrwerkstätte eingerichtet, in der Kurse für das Schweißen von Aluminiumleitungen abgehalten werden.

Die Fabrik für Rohre und Fahrradersatzteile in Bydgoszow verarbeitet monatlich ca. 30 t Blech und stellt Rohre für den Bedarf der elektrotechnischen Industrie und für den Fahrradbau her. Im Zusammenhang mit den ständig anwachsenden Bestellungen plant die Fabrik in Bydgoszow einen bedeutenden Ausbau ihrer Anlagen.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Die Eisengiesserei in Szczecin setzt eine Metallpresseabteilung in Betrieb und übernimmt die Massenherstellung von Fahrkartenrahmen für die Verkehrsunternehmen in Warszawa und Wroclaw. In der nächsten Zeit wird die Herstellung von Öfen für Zentralheizungen aufgenommen werden.

Unterdrückung der Befreiungsbewegung auch in Uganda

(PD)

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Worker" berichtet seiner Zeitung am 29. April u.a.:

"Die Regierung von Uganda, eine der ostafrikanischen Kolonien Englands verbot kürzlich zwei afrikanische Organisationen, und zwar die Bataka-Partei der Stammeshäuptlinge und die Afrikanische Bauerngewerkschaft.

Diese Massnahmen folgten einem Streik afrikanischer Arbeiter, wobei es auch zu Zwischenfällen kam, in denen zwei Afrikaner von der Polizei erschossen wurden. Verstärkungen einschliesslich von Panzerwagen sollen von Kenya nach Kampala in Uganda geschickt werden, welches das Zentrum der derzeitigen Unruhen ist. Es gibt noch keine genauen Informationen über die Ursachen dieser Ereignisse, aber es ist ganz klar, dass die afrikanische Erbitterung gegen die diktatorische Herrschaft der Engländer und ihrer afrikanischen Marionetten bis zum Siedepunkt gestiegen ist... Die Regierung in Uganda hat eine zeitweilige Pressezensur eingeführt und das ganze Gebiet des südlichen Uganda zu einem 'Unruhegebiet' erklärt. Diese Massnahme gibt dem Gouverneur unumschränkte Macht. Wie üblich, haben die britischen Regierungskreise ihre Handlungen damit zu rechtfertigen versucht, dass sie die Bataka-Partei 'überseeischer kommunistischer Verbindungen' beschuldigt haben.

Tatsache ist, dass diese Organisation der Stammeshäuptlinge sich gegen die Einschränkung ihrer Rechte durch die Zentral-Regierung wehrt. Die gesetzgebende Versammlung besteht fast ausschliesslich aus Europäern. Es gibt nur drei afrikanische Mitglieder, die nicht gewählt sind, obwohl die Bevölkerung 3. 900 000 Afrikaner und nur 2 700 Europäer zählt. Eine der Forderungen der Afrikaner ist es, 60 Sitze für vom Volk gewählten Repräsentanten zu erreichen, wie dies in der Vereinbarung vorgesehen ist, nach welcher Uganda 1900 eine britische Kolonie wurde. Nach einer Mitteilung Reuters aus Nairobi (Kenya) begannen die Unruhen mit der Streikdrohung afrikanischer Arbeiter. Im Aufruf zum Streik hiess es, dass das Volk von Buganda (der südliche Teil von Uganda) gegenüber dem lokalen afrikanischen König, durch den die Engländer indirekt dort ihre Herrschaft ausüben, dagegen protestieren sollen, dass es durch drei von diesem König ernannte "Minister" vertreten wird..."

Presse Dienst
(PD)

9. Mai 1949

Stimmen des Auslandes - 5 -

Zur Information
=====

London heute
Reiseeindrücke der sowjetischen Journalistin Schischtschowkina

Bei meinem jüngsten Aufenthalt in London hörte ich aus dem Munde einer Labour-Parlamentsabgeordneten folgende Äusserung: "In England gibt es jetzt weder Arbeitslose noch Arme. Wer jetzt noch im Elend lebt, der will einfach seine Lage nicht verbessern."

Früh am Morgen fuhren wir nach Clapham, einem Londoner Stadtviertel. Hier gibt es keine vielstöckigen Häuser wie im Zentrum Londons, noch gibt es hier Parks oder Plätze, wo die Kinder spielen können. In den Strassen von Clapham ziehen sich zweistöckige Standardhäuser hin, die einander ähnlich sehen wie die Uniformen von Soldaten aus gleichen Regimentern. In einer solchen Strasse, genannt Central Road, wohnt der Arbeiter Barker mit seiner Familie. Durch einen engen Gang, den man eher als eine Schlucht bezeichnen kann denn als Eingang in ein Wohnhaus, gelangten wir zu einer Brettertür. Der Raum, in den wir kamen, kann kaum als Zimmer bezeichnet werden, so klein, dürftig und finster war er, drei bis vier Quadratmeter Fläche und ein schmaler Schlitz, der es nicht verdient, Fenster genannt zu werden, der entweder auf die Wand des Nachbarhauses oder eine Steinmauer hinausgeht. Der Raum ist mit einem Holztisch ausgefüllt. Ausserdem enthält er einen Hocker und einen kleinen Kochherd, Neben dem Herd eine winzige Tür, durch die man nicht aufrecht hindurchgehen kann. Dort befand sich das sogenannte Schlafzimmer, ein winziger Verschlag mit einer Holzbettstelle, auf der ein alter Strohsack ohne eine Decke lag. Und das war alles. Mrs. Barker zeigte uns auch noch den Hof, einen schmalen Durchgang zwischen Haus und Zaun, etwa einen halben Meter breit. Dieser Hof - gewöhnlich spielen dort die Kinder - war durch zwei Säcke ausgefüllt, über denen auf einer Leine ein zerrissenes braunes Kleidchen hing. "Das einzige Kleid meiner kleinen Tochter", erklärte uns Mrs. Barker.

Ein paar Worte über das kleine Mädchen. Ich weiss nicht, ob die Führer der Labourpartei auch die Arbeiterviertel aufsuchen. Wenn sie aber dieses kleine Mädchen sehen, werden sie im Beisein der Mutter nicht wagen, zu behaupten, dass es in England kein Elend mehr gebe. In der Zimmerecke am Tisch sass ein etwa fünf Jahre altes Kind in einem alten, abgetragenen Hemdchen. Das Mädchen hatte eine eingefallene Brust, ein fahles Gesicht und fiebrig glänzende Augen. Die mageren Ärmchen lagen hilflos auf dem Tisch ausgestreckt, und die dünnen Fingerchen hantierten mit irgendeinem Fetzen Stoff.

Der Mann von Mrs. Barker verdient in der Woche 3 Pfund. 17 Shilling kostet die Miete, 11 Shilling die Kohle und 6 Shilling das Licht. Der Rest reicht kaum aus, um diese vierköpfige Familie - die Barkers haben noch einen Sohn, der in die Schule geht - zu ernähren. Für Kleidung bleibt aber nichts übrig. Als es noch Bezugsscheine gab, konnte die Mutter noch einiges verkaufen und hatte einen kleinen sogenannten Nebenverdienst. Aber jetzt gibt es auch das nicht mehr.

Pressedienst
(PD)

9. Mai 1949

Stimmen des Auslandes

- 6 -

Man hatte uns gesagt, dass die Labourleute in Clapham einen Kinderhort errichtet haben, wo Arbeiterkinder kostenlos Milch bekommen können. Wir fragten Mts. Barker, ob ihre Tochter diesen Hort besuchte. Frau Barker sah uns erstaunt an und sagte: "Ich habe davon nichts gehört", und fügte dem dann hinzu: "Ich würde das Mädel in ein Kinderheim oder zu irgendjemand in Erziehung geben, aber niemand nimmt es."

Wir konnten uns später davon überzeugen, dass die von der Labourregierung so laut gepriesenen Kindergärten und Krippen absolut nicht imstande sind, den Anforderungen der Bevölkerung einigermaßen gerecht zu werden.

Zu unserer Beschreibung des Lebens der Einwohner von Clapham kann hinzugefügt werden, dass Tausende von Arbeiterfamilien in allen Industriezentren Englands genau so leben. Ein riesiger Bezirk Glasgows, eines der grössten Industriezentren Schottlands, besteht aus Elendsquartieren, in denen Arbeiter hausen. Der ganze Bezirk besteht durchweg aus fürchterlich verrussten Häusern. Die Strassen sind kaum gangbar vor Schmutz. Die Luft ist ständig vom Lärm der vorbeifahrenden Züge erschüttert. Die Eisenbahn geht fast durch die ganze Stadt. Fast jede Strasse bietet hier in Bild des Elends und der Dürftigkeit.

Das Lebensniveau der englischen Werktätigen ist ausserordentlich niedrig. Die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ^{steigen} immer noch bedeutend rascher als die Löhne und Gehälter. Während unseres Aufenthaltes in England wurden die Bezugscheine für Bedarfsartikel abgeschafft. Die Ladenbesitzer strengen sich aufs äusserste an, um Käufer anzulocken. In den Schaufenstern der vornehmsten Strasse Londons, in der Regent Street, sieht man Damenkleider mit amerikanischen Wolkenkratzen als Muster. Im grössten Warenhaus Londons hängt in der Abteilung Damenkonfektion zwischen zwei Flaggen, der englischen und der amerikanischen, ein lakonisch drohendes Plakat: "Kauft amerikanische Konfektion!" Und alle diese Geschäfte sind leer. Die Bevölkerung hat kein Geld für Einkäufe. Mehr als einmal hörten wir, wie Arbeiterinnen und Hausfrauen sich beklagten, dass sie ihre Lebensmittelrationen nicht einlösen können, obwohl sie äusserst niedrig sind: ein halbes Pfund Fleisch wöchentlich, etwa 100 g Butter und ein paar Stücke Zucker.

Gerade in jenen Tagen, als die von mir erwähnte Labour-Abgeordnete erklärte, es gäbe im Lande keine Arbeitslosigkeit mehr, veröffentlichte das englische Arbeitsministerium Angaben, aus denen hervorgeht, dass es Mitte März in England mehr als 340 000 Erwerbslose gab. Ausserdem werden in England Tausende Kurzarbeiter gezählt.

Das kürzlich vom Unterhaus bestätigte Budget der Labourregierung für das Jahr 1949/50 stellt einen neuen Angriff auf das Lebensniveau der englischen Werktätigen dar und dient den Zwecken der Kriegsvorbereitung. Das Budget sieht die Flüssigmachung neuer Mittel durch die Erhöhung der wichtigsten Lebensmittelpreise vor. Bekanntlich sparen die Labouristen nicht mit demagogischen Phrasen in der Frage der Verbesserung des Lebens der englischen Werktätigen. Auch diesmal liess Cripps die unverhüllte Drohung ergehen, falls die Bevölkerung das System des Gesundheitsschutzes nicht mässiger in Anspruch nehme, würde er in Zukunft eine Sondersteuer für die Inanspruchnahme dieses Systems einführen. Allem Anschein nach werden Mrs. Barker und ihre Kinder und überhaupt die Einwohner von Clapham ein noch mässigeres Leben führen müssen.

- 7 -

Fressdienst
(PD)

9. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Der einzige Weg für England, sich aus der gegenwärtigen knechten-
den Abhängigkeit vom amerikanischen Dollar zu befreien, ist der
Ausbau und die allseitige Festigung der Handelsbeziehungen zur
Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie. Aber die herrschen-
den Kreise Englands tragen den wahren Interessen ihres Landes und
des Volkes keine Rechnung, sondern vollstrecken vor allem den
Willen ihrer Wallstreet-Auftraggeber.

Wir besuchten die Londoner Tabakfabrik Carrier. Die einzige
Stelle, wo man uns ein Gespräch mit den Arbeitern erlaubte, war
die Werkkantine. Dort entspann sich während der kurzen Mittags-
pause eine ungezwungene Unterhaltung. Als wir die Arbeiter fragten,
was ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Lage des englischen
Volkes verbessern könnte, antworteten sie einstimmig: Der Handel
mit Sowjetrußland. Wir verlangen, dass Bevin unverzüglich
den Handel mit der Sowjetunion regelt und ausbaut. Von den Amerika-
nern hören wir in einem fort: Dollar! Gebt Dollar! Aber wir haben
keine Dollar mehr. Rußland sagt nicht: Gebt Dollar! Warum treiben
wir also keinen Handel mit den Russen?

Das hörten wir auch in anderen Betrieben Englands. So denkt das
englische Volk. Vier Jahre sind nun die Labouristen an der Macht,
und in diesen vier Jahren haben sie sich jeden Tag immer weiter
vom Volk und seinen Tagesanforderungen und Interessen entfernt.
Einst hiess es in England: Der König kann zwar einen Lord, aber
keinen Gentleman machen. Jetzt sagt man in England: Die Regierung
kann sich zwar labouristisch nennen, davon wird sie aber keine
Volksregierung.

M.R.



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 11. Mai 1949

Über die Gefahr nationalistischer Abweichungen
Resolution, beschlossen auf der 18. (32.) Tagung des Partei-
vorstandes der SED

Offener Brief der KPD an die Mitglieder der SPD

Nachrichten

Der Deutsche Volksrat an alle nationalgesinnten Kreise Deutschlands
Nationale Front unerlässlich

Georg Dertinger (CDU) im Mitteldeutschen Rundfunk

... beste Lösung für einheitliche deutsche Auffassung

Güstrow wünscht Aussprache mit Elmshorn

"Lausitzer Rundschau" organisiert Wettbewerb zur Volkskongress-Wahl

Planerfüllung verträgt keine Betriebsgeheimnisse

Chemiearbeiter tauschen Erfahrungen aus

Weiter so, Genossen!

Von Jungaktivisten spielend widerlegt

In einem Monat 25,7 % Grubenlampen mehr

Lagerkollektiv 7099/15 errang die Lenin-Stalinsche Wanderfahne

Volkssolidarität Bautzen erhält 2 000 DM aus der Sowjetunion

Bergarbeiter fordern Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz

Eisenbahner gegen Kurzarbeit und Lohnabbau

Reichsbahn im Westen hat 2 Mill. Defizit täglich

Forderungen westdeutscher Metallarbeiter

Keine Geldmittel für Tbc- und Krebskranke

Prof. Sedlacek erschüttert vom Grossmut der Sowjetmenschen
Ohne die Einheit Deutschlands können wir nicht leben

Pressestimmen

Aufstieg der Wirtschaft in der Ostzone

Die drei zentralen Programmpunkte der nationalen Front

Kommentare

Für die Einigung aller nationalgesinnten Deutschen

Der Schacher um die italienischen Kolonien

Artikeldienst

Wir stehen nicht allein

Unsozialistisches Programm mit volksfeindlicher Konsequenz
(Robert Korb)

Stimmen des Auslandes

Im Dschungel von New York

Sozialdemokratischer Bericht über die griechische Hölle

Dorf Raskosch baut auf

Zur Information

Der "neue Sozialismus" der englischen Labour-Party



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 11. Mai 1949

Über die Gefahr nationalistischer Abweichungen
Resolution, beschlossen auf der 18. (32.) Tagung des Partei-
vorstandes der SED

Offener Brief der KPD an die Mitglieder der SPD

Nachrichten

Der Deutsche Volksrat an alle nationalgesinnten Kreise Deutschlands
Nationale Front unerlässlich

Georg Dertinger (CDU) im Mitteldeutschen Rundfunk
... beste Lösung für einheitliche deutsche Auffassung

Güstrow wünscht Aussprache mit Elmshorn

"Lausitzer Rundschau" organisiert Wettbewerb zur Volkskongress-Wahl
Planerfüllung verträgt keine Betriebsgeheimnisse

Chemiearbeiter tauschen Erfahrungen aus
Weiter so, Genossen!

Von Jungaktivisten spielend widerlegt

In einem Monat 25,7 % Grubenlampen mehr

Lagerkollektiv 7099/15 errang die Lenin-Stalinsche Wanderfahne
Volkssolidarität Bautzen erhält 2 000 DM aus der Sowjetunion

Bergarbeiter fordern Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz

Eisenbahner gegen Kurzarbeit und Lohnabbau

Reichsbahn im Westen hat 2 Mill. Defizit täglich

Forderungen westdeutscher Metallarbeiter

Keine Geldmittel für Tbc- und Krebskranke

Prof. Sedlacek erschüttert vom Grossmut der Sowjetmenschen

Ohne die Einheit Deutschlands können wir nicht leben

Pressestimmen

Aufstieg der Wirtschaft in der Ostzone

Die drei zentralen Programmpunkte der nationalen Front

Kommentare

Für die Einigung aller nationalgesinnten Deutschen

Der Schacher um die italienischen Kolonien

Artikeldienst

Wir stehen nicht allein

Unsozialistisches Programm mit volksfeindlicher Konsequenz
(Robert Korb)

Stimmen des Auslandes

Im Dschungel von New York

Sozialdemokratischer Bericht über die griechische Hölle

Dorf Raskosch baut auf

Zur Information

Der "neue Sozialismus" der englischen Labour-Party

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Über die Gefahr nationalistischer Abweichungen

Resolution, beschlossen auf der 18. (32.) Tagung des
Partei Vorstandes der SED

Der Parteivorstand hat den Bericht des Politbüros über nationalistische und andere ideologische Abweichungen in der Thüringer Parteiorganisation entgegengenommen und beauftragt das Politbüro, die Untersuchungen weiterzuführen.

Die Feststellungen der Parteikontrollkommission ergaben wichtige Lehren für die Gesamtpartei in bezug auf den Kampf gegen die Sorglosigkeit in ideologischen Fragen, gegen nationalistische Abweichungen und gegen Einflüsse der gegnerischen Propaganda.

Im Kreissekretariat Altenburg der SED wurden starke nationalistische Tendenzen und Überheblichkeit festgestellt, woraus ein antisowjetisches Verhalten resultierte. Ein Teil der Mitglieder des Kreissekretariats negierte die Tatsache, daß die Sowjetarmee Deutschland vom Faschismus befreit hat und daß die sowjetischen Besatzungsorgane große Hilfe bei der Entwicklung einer neuen demokratischen Ordnung und beim Aufbau der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone geleistet haben.

Einer der Hauptträger antisowjetischer Einstellung war der bisherige Kreisvorsitzende Dünkeloh. Dünkeloh wurde wegen parteischädigender Tätigkeit aus der SED ausgeschlossen.

Bei Vorbereitung der notwendig gewordenen Kreiskonferenz zur Neuwahl des Kreisvorstandes Altenburg muß im Mittelpunkt der Stellungnahme aller Parteigenossen der prinzipielle ideologische Kampf gegen den Nationalismus, gegen alle antisowjetischen Tendenzen und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus stehen.

Der Beschluß des Landesvorstandes, den Kreisvorstand Altenburg aufzulösen ohne vorherige prinzipielle Diskussion über die falsche Politik des Kreisvorstandes war unrichtig, weil dadurch die Gefahr einer falschen Ausgangsposition für die ideologische Klärung der Fragen und für richtige organisatorische und disziplinarische Schlußfolgerungen entstand.

Die Fehler im Kreis Altenburg stehen im engen Zusammenhang mit einer unbefriedigenden Arbeit des Landessekretariats der SED. Dieses zeigte eine unzulässige Duldsamkeit gegenüber antisowjetischen Tendenzen innerhalb der Parteiorganisation. Das Landessekretariat zeigte eine ungenügende Wachsamkeit in ideologischen Fragen und hat die propagandistische und organisatorische Tätigkeit der Schumacher-Agenten und anderer feindlicher Kräfte nicht genügend zum Anlaß genommen zu einem entschlossenen ideologischen Kampf in den Betrieben und demokratischen Massenorganisationen. Das Landessekretariat hat nicht genügend konsequent den Kampf um die Sauberkeit in den Reihen der Partei geführt.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Über die Gefahr nationalistischer ...
- 2 -

Die festgestellten Fehler sind außer den ideologischen Ursachen auf eine mangelnde Kollektivität der Arbeit im Landessekretariat zurückzuführen.

Diese Tatsachen muß der Landesvorstand und alle Parteiorganisationen in Thüringen zum Anlaß nehmen zu einer entschlossenen Wendung in der ideologischen Arbeit. Organisatorische Maßnahmen genügen nicht, um nationalistische und antisowjetische Stimmungen in der Partei zu beseitigen. Das kann nur das Ergebnis einer gründlichen systematischen ideologischen Arbeit sein, mit deren Hilfe das ideologische Niveau der ganzen Parteimitgliedschaft gehoben wird. Notwendig ist vor allem das Studium der großen Erfahrungen der kommunistischen Partei der Sowjetunion auf Grund des Studiums der Geschichte der KPdSU (B).

Die führende Rolle der Sowjetunion im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus und eine feste Freundschaft zu den Genossen der sowjetischen Besatzungsmacht, ^{muß} die Grunderkenntnis für jedes Mitglied der SED sein.

Die genannten Fragen betreffen das Parteileben aller Parteiorganisationen der SED in Thüringen. Deshalb wendet sich der Parteivorstand an die gesamte Mitgliedschaft in Thüringen, an alle Grundeinheiten der Parteiorganisationen zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, in EntschlieBungen die eigenen Erfahrungen auszuwerten, Vorschläge zu machen, wie die ideologischen, politischen, organisatorischen Fehler und Mängel zu beseitigen sind und wie die Parteiorganisationen die Beschlüsse der Parteikonferenz noch besser durchführen können.

Um das Ergebnis der Diskussionen und Beschlüsse der unteren Parteiorganisationen gemeinsam auszuwerten und eine bessere Arbeit des Landesvorstandes und der Kreisvorstände zu gewährleisten, hält der Parteivorstand die Einberufung einer Landesparteiarbeiterkonferenz für notwendig.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Offener Brief der KPD an die Mitglieder der SPD

B e r l i n (PD)

Der Parteivorstand der KPD wendet sich erneut mit einem offenen Brief an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem ihnen der Zustand und die Gefahr, in der sich Deutschland heute befindet, klar vor Augen geführt wird. Wir geben in folgendem die wichtigsten Gedanken des Briefes wieder.

Vier Jahre nach Kriegsende ist der Friede der Welt nicht gesichert, Deutschland zerrissen und ohne Friedensvertrag, hetzen Verbrecher erneut zu einem Krieg, dessen erstes Opfer Deutschland wäre.

In dieser Zeit haben die früheren Hintermänner Hitlers ihre alten Machtpositionen in den Westzonen zurückerobert. Die rechten Führer der SPD haben für diese Entwicklung die Besatzungsmächte verantwortlich zu machen versucht. Aber eine der Grundideen der modernen Arbeiterbewegung ist es, daß sie sich für das Schicksal des eigenen Volkes verantwortlich fühlt und sich niemals einer aggressiven Reaktion gegenüber untätig verhalten darf.

Die gleichen SPD-Führer, die die Verantwortung für die Entwicklung in Westdeutschland den Besatzungsmächten zuschoben, stimmten sämtlichen Maßnahmen derselben Besatzungsmächte in Deutschland und in der internationalen Politik, dem Ruhrstatut, Besatzungsstatut, dem Marshallplan und dem Atlantikpakt zu.

Selbst nach der Ablehnung des vom Landtag Nordrhein-Westfalen angenommenen Sozialisierungsgesetzes durch den Vertreter der britischen Labourregierung und der nachträglichen Ablehnung des Artikels 41 der von der amerikanischen Militärregierung vorher beglaubigten Verfassung arbeiteten die rechten SPD-Führer weiter an der Errichtung des westdeutschen Staates mit. Diese Politik mußte naturnotwendig zur Zusammenarbeit mit jenen rechten CDU-CSU-Führern hinlenken, die Dr. Schumacher selbst als die Vertreter der großkapitalistischen Interessen bezeichnet hat, und mit denen gemeinsam er jetzt die Spaltung Deutschlands durch die Ausarbeitung der Verfassung für den separaten westdeutschen Staat besiegelt hat.

Sozialdemokratische Abgeordnete haben im Parlamentarischen Rat alle kommunistischen Anträge, die die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte des Volkes sichern sollten, abgelehnt, gegen die Forderungen der gesamten Arbeiterbewegung auf Enteignung der Kriegsverbrecher und Überführung ihrer Betriebe in die Hand des Volkes und die verfassungsmäßige Verankerung des Mitbestimmungsrechts gestimmt.

Nur so konnte vier Jahre nach Kriegsende von den westlichen Besatzungsmächten ein föderalistisches Regime deklariert werden, das jeden Einfluß der Arbeiterschaft ausschaltet und die kapitalistischen und junkerlichen Interessen begünstigt. Das ist eine Politik, die alle Ideale eines Bebel und Liebknecht über Bord geworfen und mit den Prinzipien des Marxismus gebrochen hat.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Offener Brief der KPD ... - 2 -

Genossen, die sich zur Arbeitereinheit bekannten, sind aus der SPD ausgeschlossen worden von bürgerlichen Karrieremachern wie Carlo Schmid, der seinen Eintritt in die Partei vom Angebot eines Ministerpostens abhängig machte. Nicht im Monopolkapital sehen diese heute einen Feind, sondern nur im konsequenten marxistischen Teil der Arbeiterbewegung. Niemals hat die Arbeiterklasse Nutzen aus einem Bruderkampf gezogen. Er hat sie nur in die blutige faschistische Diktatur geführt. Bei den meisten Arbeitern in der SPD wächst die beunruhigende Gewißheit, daß die Arbeiterschaft von diesen Führern noch einmal in eine faschistische Hölle und das deutsche Volk in eine nationale Katastrophe geführt wird.

Die Mauer des Hasses und Mißtrauens, die die rechten Parteiführer zwischen den Arbeitern der KPD und SPD aufgerichtet haben, muß niedergerissen werden.

Die Parteileitung der KPD schlägt vor, in allen Einheiten der SPD eine Diskussion über diesen Brief zu eröffnen und dann gemeinsam darüber zu beraten, wie sie zu einem geeinten demokratischen Deutschland kommen und der Reaktion Herr werden. Die Arbeiterklasse ist das Rückgrat der Nation, die mächtigste, organisierteste, fortschrittlichste Kraft des Volkes, und unbesiegbar, wenn sie einig ist.

Die Kommunisten werden sich durch nichts abhalten lassen, immer wieder die Verständigung mit ihren sozialdemokratischen Brüdern zu suchen. Sie kennen nur einen Feind, die kleine Schicht von Monopolkriegsgewaltigen, die die Totengräber des deutschen Volkes sind.

Zum Kampf gegen diesen gemeinsamen Feind ruft ^{die} KPD die sozialdemokratischen Arbeiter auf.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Der Deutsche Volksrat an alle nationalgesinnten Kreise Deutschlands
Telegramm an die westdeutschen Parteien und Organisationen

B e r l i n , 10.5. (E.B.)

Das Präsidium des Deutschen Volksrats richtete an die westdeutschen Parteien, Gewerkschaften, Friedensgesellschaften, Jugendverbände, Frauenorganisationen und Bauernverbände sowie an den Nauheimer Kreis folgendes Telegramm:

Der Deutsche Volksrat hat an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonen-Wirtschaftsrat erneut die Aufforderung zu einer gesamtdeutschen Besprechung gerichtet. Die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten muss auch zu gemeinsamen Beratungen aller nationalgesinnten Kreise Deutschlands, ohne Unterschied der politischen und weltanschaulichen Meinung oder früherer politischer Auffassungen, führen, um Vorschläge auszuarbeiten:

1. Für Massnahmen zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.
2. Für ein gesamtdeutsches Memorandum über den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen an die Aussenministerkonferenz in Paris.

Der Deutsche Volksrat erklärt sich bereit, zu Vorbesprechungen, für die er den 20. Mai vorschlägt, eine Kommission nach Braunschweig oder einen anderen von den westdeutschen Organisationen bezeichneten Ort zu entsenden.

Wir bitten Sie, Ihrerseits im Sinne dieser Aufforderung zu wirken und telegrafisch Ihre Stellungnahme an das Sekretariat des Deutschen Volksrats, Berlin W 8, Wilhelmplatz 7/9, zu übermitteln.

gez.: Otto Nuschke. Hermann Kastner.

Otto Grotewohl.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten - 2 -

11. Mai 1949

Nationale Front unerlässlich

Georg Dertinger (CDU) im Mitteldeutschen Rundfunk

Leipzig, 11.5. (Rdfk.)

Im "Zeitgeschehen" des Mitteldeutschen Rundfunks erklärte der Generalsekretär der CDU, Georg Dertinger, u.a.:

"Die Einladung des Deutschen Volksrates zu einer Begegnung von Ost und West richtet sich an alle Kreise, die gewillt und entschlossen sind, angesichts der bevorstehenden Pariser Außenministerkonferenz den Willen zur Einheit unseres Volkes und zu einem Frieden für unser Volk zum Ausdruck zu bringen. Es erscheint dem Deutschen Volksrat als unerlässlich, dass in dem Augenblick, da die Außenminister sich über das Schicksal Deutschlands unterhalten, und zwar an diese Unterhaltung herangehen im Geiste des Verständigungswillens, dass in diesem Augenblick auch die Deutschen selbst ihre Stimme abgeben, sich zur Einheit bekennen und zum Ausdruck bringen, dass sie einen gerechten Frieden verlangen.

Wenn der Deutsche Volksrat zur Abstimmung für die Delegierten zum 3. Volkskongress aufgerufen hat, so geht er von der Überzeugung aus, dass es nicht genügt, dass die Organisationen und Parteien von sich aus Delegierte benennen und sie sprechen lassen, sondern dass diese Vertreter auch durch das Votum des Volkes selbst eine demokratische Autorisation erhalten. Der Volkskongress ist nichts anderes als die Gemeinschaft aller der Kräfte unseres Volkes, die sich zum Frieden und zur Einheit bekennen. Es geht darum, die Einheit als solche von den Alliierten zu fordern und durchzusetzen. Die innere Gestaltung ist nicht Angelegenheit und nicht Aufgabe des Deutschen Volksrates. Das wird später entschieden, wenn die Einheit gesichert ist. Wer jetzt aber dem Deutschen Volkskongress ein Nein entgegensetzt, der will nichts anderes, als die Spaltung unseres Volkes verewigen, der will nichts anderes, als den "kalten Krieg" sozusagen als innerdeutschen Bürgerkrieg fortsetzen, obwohl die Alliierten ihn abbrechen und sich zum Gedanken der Zusammenarbeit und des friedlichen Nebeneinanders der verschiedensten politischen Systeme bekannt und entschlossen haben."

...beste Lösung für einheitliche deutsche Auffassung

Leipzig, 11.5. (Rdfk.)

Der Rat der Stadt Leipzig erklärt in einem einstimmigen Beschluss sein Einverständnis mit der Zusammenkunft politischer Vertreter aller Zonen in Braunschweig: "Diese gemeinsame Besprechung ist die beste Voraussetzung zur Verwirklichung des Aufrufs des Deutschen Volksrats an den Parlamentarischen Rat in Bonn und an den Zweizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt a.M., um eine gesamtdeutsche Auffassung in der Frage der Einheit zustandezubringen." Der Rat der Stadt Leipzig fordert die parlamentarischen Körperschaften Westdeutschlands auf, in gleichem Sinne zu wirken.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

11. Mai 1949

- 3 -

Güstrow wünscht Aussprache mit Elmshorn

Schwerin, 11.5. (E.B.)

Die Kreistagsabgeordneten und Stadtverordneten von Güstrow-Mecklenburg regten in einem Schreiben an die Gemeindevertreter der Stadt Elmshorn-Schleswig-Holstein an, die Verbindung aufzunehmen und sich zu dem Angebot des Deutschen Volksrates zu äussern, um gemeinsame Mittel und Wege zu finden für die Erhaltung der Einheit der deutschen Nation. Das Schreiben nach Elmshorn schliesst mit den Worten:

"Die Schaffenden der Ostzone wünschen nichts Sehnlicheres als den gemeinsamen Kampf um die Erhaltung unserer Nation und einen gerechten Frieden."

"Lausitzer Rundschau" organisiert Wettbewerb zur Volkskongress-Wahl

Bautzen, 11.5. (E.B.)

Direkt vorbildlich organisierte die Redaktion der "Lausitzer Rundschau" die Vorbereitung und Durchführung der Delegierten-Wahlen am 15.-16. Mai zum 3. Deutschen Volkskongress. Alle Bürger Ostsachsens wurden bereits am 28. April aufgefordert, in allen Kreisen, Städten und Gemeinden mit den Wahlvorbereitungen zu beginnen und Wettbewerbe untereinander abzuschliessen mit dem Ziel, das höchste Wahlergebnis zu melden. Zur täglichen Berichterstattung wurden alle Kreisredaktionen und Volkskorrespondenten des Blattes öffentlich aufgefordert.

Seit dem 29. April verging kein Tag, an dem nicht an der Spitze des Blattes und in Leitartikeln die Wahlkampagne ihren Niederschlag gefunden hätte. Alle Anerkennung für die Redaktion der "Lausitzer Rundschau", ihre bezahlten und ehrenamtlichen Mitarbeiter. Ein Wettbewerb mit der Redaktion einer anderen Zeitung hätte die grossartige Initiative noch weiter ausgedehnt, um wirklich alle Wähler am 15.-16. Mai an die Wahlurnen zu führen und für die Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongress, für die Einheit der Nation und einen gerechten Frieden ihr "Ja" in die Wagschale zu werfen.

Planerfüllung verträgt keine Betriebsgeheimnisse

Chemiearbeiter tauschen Erfahrungen aus

Leipzig, 11.5. (E.B.)

Nach ihrer Tagung im Kombinat Böhlen trafen sich die Aktivisten der Schwelanlagen der Chemiebetriebe Espenhain, Böhlen, Deutzen und Deuben im Kombinat Espenhain zu einem Erfahrungsaustausch, der das Ziel verfolgt, in allen Werken die Arbeitsproduktivität gleichmässig zu steigern. Betriebsleiter Mangold, Espenhain, schilderte einige Verbesserungen in der Schwelanlage, die durch äusserst fruchtbares Zusammenwirken zwischen Mitarbeitern der technischen Intelligenz und Werktätigen zustandekamen. FDGB, SED und FDJ unterstützten die Schulung der Maschinisten und erreichten gesteigerten Arbeitsenthusiasmus dieser Männer. Dadurch konnte gegenüber dem Vorjahr die Produktion um 38 % erhöht werden.

Die Aktivisten der anderen Chemiebetriebe besichtigten in Espenhain die verbesserten Produktionsanlagen, um die in ihren Werken anzuwenden.

(Erfahrungen

- 4 -

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Nachrichten - 4 -

Weiter so, Genossen !

Leipzig, 11.5. (E.B.)

Der Planungsleiter Genosse K r a l a p p aus dem VEB "Nähma-
tag" hat eine Anlage erfunden, die 85 % des Zylinderöles aus dem
Oeldampf zurückgewinnt. Bisher wurde der Öldampf zwar entölt, aber
das Kondensat floss restlos in die Schleuse. Jetzt wird das aus dem
Behälter ablaufende ölhaltige Wasser in einer Grube gesammelt und
von dort in einen grossen Behälter gepumpt, wo sich das Öl fast
restlos absetzt. Das entölte Wasser fliesst automatisch in die
Schleuse. Diese Verbesserung brachte eine monatliche Rückgewinnung
von 30 Kilogramm des wertvollen Rohstoffes "Öl" mit sich.

Vorarbeiter, Genosse L ö s c h e, der schon mehrfach für Ver-
besserungen prämiert wurde, hat eine Verschlusskapsel, an der die
Nockenbreite und eine Facette bisher gefräst und gefeilt wurde, durch
zwei nebeneinander stehende Stempel gestanzt. Das ergibt eine Ein-
sparung von 2 040 DM im Jahr oder 170 DM im Monat.

Die Genossen H u n g e r, S c h e i n p f l u g, J u c k-
n a t h und T h i e m e r reparierten in einem Sondereinsatz
den Ekonomiser. Wenn am Montag der Betrieb nicht stehen sollte,
musste diese Reparatur am Sonntag beendet werden. Eine Arbeit, für
die normalerweise 4 Tage vorgesehen werden, schafften diese Genossen
in 2 Tagen.

(Volkskorrespondenz, Sächsische Zeitung)

Von Jungaktivisten spielend widerlegt

Neustrelitz, 11.5. (E.B.)

Im Bahnbetriebs-Wagenwerk Neustrelitz entstand zwischen einigen
jungen Betriebsangehörigen der FDJ-Betriebsgruppe und älteren Kolle-
gen eine Meinungsverschiedenheit. Die älteren Kollegen vertraten
die eigenartige Ansicht, dass sich die Aktivistenbewegung auf die
Aktivität einzelner beschränken müsse. "Aber warum lange streiten"
sagten die Jugendfreunde, "wir beweisen, dass unsere Auffassung
richtig ist."

Sie nahmen sich vor, einen vollkommen ausser Betrieb gesetzten
Packwagen wiederherzustellen. Nach der bestehenden Arbeitsnorm
wären dazu 127 Arbeitsstunden erforderlich gewesen. Die jungen Akti-
visten schafften es jedoch in 39 Stunden und erfüllten so ihre
Norm mit 325 %. Der Bahnwagen musste u.a. mit giftigem Nitrolack
abgespritzt werden, eine verdammt unangenehme Sache. Ohne Gasmaske
kann man mit dem teuflischen Zeug nicht arbeiten. Bisher trug je-
der Spritzer dabei einen Behälter mit der Flüssigkeit, in einer
Hand hielt er die Spritzdüse und mit der anderen bediente er die
Pumpe. Die Jugendfreunde des Neustrelitzer Bahnbetriebs-Wagenwerkes
knobelten ein besseres Arbeitsverfahren aus. Sie konstruierten einen
grösseren Behälter, schlossen zwei Düsen an, ein Jugendlicher pumpte
und zwei spritzten. So ging es schneller als vorher.

Das Jugendaktiv erhielt leider von älteren Kollegen auf ein An-
gebot zu einem Wettbewerb eine Absage.

- 5 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

11. Mai 1949

- 5 -

In einem Monat 25,7 % Grubenlampen mehr

Z w i c k a u , 10.5. (E.B.)

Im ersten Monat des zweiten Quartals gelang es der Belegschaft der Grubenlampenfabrik "Kabel", Zwickau, durch innerbetriebliche Wettbewerbe die Produktion um 25,7 % über das Plansoll hinaus zu steigern.

Lagerkollektiv 7099/15 errang die Lenin-Stalinsche Wanderfahne

M o s k a u , 10.5. (E.B.)

Mit sichtlichem Stolz berichten Arbeitsaktivisten des Lagerkollektivs 7099/15 aus der Sowjetunion, dass sie für ihre vorbildliche Arbeit mit der Lenin-Stalinschen Wanderfahne ausgezeichnet wurden. Durchschnittlich liegt ihre Produktion 5 % über dem Plansoll, sie betrug jedoch im Monat Februar 26,7 % mehr.

Volkssolidarität Bautzen erhält 2 000 DM aus der Sowjetunion

B a u t z e n , 11.5. (E.B.)

Im April erhielt die Volkssolidarität Bautzen eine hochherzige Spende eines Deutschen, der in der Sowjetunion tätig ist. Es handelt sich um eine Geldspende in Höhe von 2 000 DM, die der Spender mit dem Bemerkten überliess, auch in der Ferne am grossen Aufbauwerk teilzunehmen. Er gedachte dabei besonders seiner Heimatstadt Bautzen, an deren wirtschaftlichen und sozialem Aufbau er durchs eine Spende mitwirken will.

Bergarbeiter fordern Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz

Kurzarbeit für 60 000 Bergleute

D o r t m u n d , 11.5. (E.B.)

In einer Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlung der Zeche "Hardenberg" machte Walter Jarreck die aufsehenerregende Mitteilung, dass beabsichtigt wird, im Ruhrbergbau alle nicht voll arbeitsfähigen Kumpels zu entlassen oder aber Kurzarbeit für sie einzuführen. Davon würden 60 000 Bergarbeiter betroffen. Der Sprecher wandte sich ausserdem gegen die Bestimmung der DKBL, dass die Kumpels ihre Deputatkohle nur von Fuhrunternehmern abfahren lassen dürfen, die die Zechenleitungen bestimmen, wenn die Bergarbeiter nicht mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 100 000 Westmark bestraft werden wollen, wie die DKBL androht.

Jarreck fand bei den Kumpels volle Unterstützung für die Forderung nach Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz, die in einer Entschliessung der IG Bergbau unterbreitet wurde. Die Ruhrrevierkonferenz soll das freie Verfügungsrecht der Bergleute über ihre Deputatkohle sicherstellen und beraten, wie die drohende Entlassung oder Kurzarbeit für 60 000 Kumpels abzuwenden ist.

- 6 -

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Nachrichten - 6 -

Eisenbahner gegen Kurzarbeit und Lohnabbau

W i t t e n , 11.5. (E.B.)

"Mit Enttäuschung und Erbitterung nahmen wir von der Zustimmung der Gewerkschaftsführung zum Kurzarbeitsprogramm der Reichsbahnausbesserungswerke Kenntnis. Wir können nicht verstehen, dass diese Massnahme von den Gewerkschaften gedeckt wird", heisst es in einem Schreiben der Betriebsgruppenvertretungen des Reichsbahnausbesserungs- und des Bahnbetriebswerkes Witten an den Hauptvorstand der "Gewerkschaft der Eisenbahner".

"Wir brauchen wohl nicht im einzelnen auf die Unsinnigkeit der Kurzarbeit hinzuweisen", heisst es in dem Schreiben weiter, "denn es ist ja bekannt, dass in jedem RAW ein Arbeitsüberhang besteht." Die Betriebsvertretungen stellen fest, dass die Einführung der Kurzarbeit einer Lohnkürzung von 11,5 % gleichkommt. Sie verurteilen, dass die Gewerkschaftsführung eine Vereinbarung sanktioniert, die gegen die Interessen der Eisenbahner gerichtet ist.

"Eine Gewerkschaftsführung aber", so erklärten die Kollegen des RAW, "die in einer Zeit, in der alle Gewerkschaften eine Verbesserung der Lohnentwicklung betreiben, ihre Zustimmung zu dem Lohnabbau gibt, ist für uns untragbar. Wir sprechen der Gewerkschaftsführung das Recht ab, Vereinbarungen von dieser Tragweite ohne Fühlungnahme nach unten zu unterzeichnen. Die Betriebsvertreter warnen die Gewerkschaftsführung und stellen mit Entschiedenheit fest, dass sie keine "Jasager" sind.

Reichsbahn im Westen hat 2 Mill. Defizit täglich

D ü s s e l d o r f , 11.5. (E.B.)

Das Land Nordrhein-Westfalen soll im Rahmen einer Gesamthilfe der westdeutschen Länder an die Reichsbahn 150 Mill. Westmark aufbringen. Gegenwärtig arbeitet die Reichsbahn im Westen mit einem täglichen Defizit von 2 Mill. Westmark. Die grossen Waggonbau-Fabriken sind gezwungen, laufend Arbeiter zu entlassen, weil Waggons und Lokomotiven im Ausland repariert und Untergestelle, bis auf den Holzaufbau fertiggestellt, gegen Dollarzahung in verschiedenen Staaten gekauft werden müssen.

Forderungen westdeutscher Metallarbeiter

H a g e n , 11.5. (E.B.)

Der Betriebsrat der Gußstahlwerke Wittmann und die Gewerkschaftsvertreter der Hüttenwerke Haspe sandten an die Tarifkommission der IG Metall eine Entschliessung und ein Telegramm, in denen verlangt wird, dass bei den Tarifverhandlungen im Ecklohn an der Forderung von 1,30 DM festgehalten werden muss. Beim Scheitern der Verhandlungen schlägt der Betriebsrat der Gußstahlwerke die Einberufung von Bezirksdelegiertenkonferenzen vor. Die Gewerkschaftsvertreter der Hüttenwerke fordern eine Sicherheitsklausel für besserliegende Lohnabkommen und Bildung kleinerer Tarifgebiete.

- 7 -

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Nachrichten - 7 -

Keine Geldmittel für Tbc- und Krebskranke

D ü s s e l d o r f , 11.5. (E.B.)

Die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz^{will} die Höchstunterstützung für Tbc-Kranke auf 60,-- Westmark (bisher 100) reduzieren. Es sei sogar damit zu rechnen, dass die Landesversicherungsanstalt überhaupt keine neuen Beträge mehr für diesen Zweck bewilligen werde.

Auch die Krebsbekämpfung ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln illusorisch. Der Etat des Landes Nordrhein-Westfalen sieht für 9 1/3 Monate ganze 25 000,-- Westmark vor, obgleich der Krebs allein im September v.J. 1 442 Todesopfer, in Nordrhein-Westfalen forderte. Da in diesem Monat nach Angaben der Landesregierung 8 100 Menschen starben, ist somit jeder 6. Todesfall auf ein Krebsleiden zurückzuführen.

- - - - -

Prof. Sedlaczek erschüttert vom Grossmut der Sowjetmenschen

M o s k a u (Rdfk.)

Im Moskauer Rundfunk schilderte das Mitglied der deutschen Delegation, die in der Sowjetunion weilte, Prof. Dr. Herbert S e d l a c z e k von der "Maxhütte" in Unterwellenborn, seine Eindrücke. Er sagte u.a.:

"Was mir zu sagen wichtig erscheint, sind die Beobachtungen, die ich unter den Sowjetmenschen weilend gemacht habe. Dabei will ich versuchen, mir ins Gedächtnis zu rufen, dass erst vier Jahre seit dem Kriege vergangen sind. Bei weitem sind noch lange nicht alle materiellen Schäden beseitigt, gar nicht zu schweigen von den vielen Wunden, die fast jeder Familie geschlagen wurden. Beschämt steht man nun da, wenn man zu diesen Sowjetmenschen kommt und als Freund empfangen wird. Man ist von diesem Grossmut einfach erschüttert. Und das ist vollste Wahrheit. Ich glaube, dass sich diese Feststellung ohne Übertreibung verallgemeinern lässt. Kann man da noch zögern und nicht mit offenem Herzen die dargebotene Freundeshand ergreifen?"

Jeder, der den 1. Mai erlebt hat und auch die Tage danach, wird etwas Grundsätzliches festgestellt haben, nämlich, dass das Volk und die Regierung ein organisches Ganzes bilden. Das Vertrauen zu der Führung ist so grenzenlos, dass man den Eindruck gewinnt, als ob alle Empfindungen geteilt und verstanden werden. Das Sowjetvolk ist eben eine grosse Familie, die zu allen Völkern freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalten will. Dieser Friedenswille kommt bei jedem Gespräch mit Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Werksleitern und Professoren zum Ausdruck. Deswegen kann dieses Volk nicht hassen und will an den Krieg mit den Deutschen nicht mehr erinnert sein. Trotzdem ehrt es seine Helden, die im Kampf gestanden und gefallen sind. Aber all diese Taten wären nicht denkbar, wenn nicht zugleich mit dem Aufbau der Wirtschaft des Landes auch der Mensch körperlich und

Pressedienst
(FD)

11. Mai 1949
Nachrichten - 8 -

vor allem geistig und kulturell geschützt würde. Vom Kindergarten angefangen und alle Etappen des menschlichen Lebens ergreifend, bringt man mit unendlicher Liebe jedem Sowjetbürger die Errungenschaften der Wissenschaft, der Technik und der Kultur nahe.

Geradezu begeistert war Prof. Sedlacek von einer Führung durch die Leningrader Eremitage. Die vierstündige Führung habe nicht ermüdet, weil "die Führer durch die Sehenswürdigkeiten nicht nach der Art des Baedeker erklärten, sondern wissenschaftliche Kräfte sind, die einem den Besuch zu einem Erlebnis, zu einem geschichtlichen Gewinn machen."

"Von den beiden Kulturzentren Moskau und Leningrad strahlt der Impuls - wie das Delegationsmitglied weiter feststellte - auf die weiten Lande aus und in die vielen anderen Städte. Die "Prawda" beispielsweise erscheint mit gleichem Text wie in Moskau schon 12 Stunden später in Sibirien, tausend Kilometer und mehr entfernt. Die Menschen in der unendlichen Einsamkeit auf dem Lande werden durch Wanderfilme, Rundfunk und durch die Zeitung angesprochen. Sie fühlen sich nicht mehr vereinsamt und nehmen Anteil an allem Geschehen ihres Vaterlandes. Alle Massnahmen zielen auf Einheit, Eintracht und Selbstvertrauen ab. Es ist daher lächerlich, zu glauben, die Sowjetmenschen leben unter Zwang. Ebenso wenig wie Sparsamkeit kein Geiz, ist Disziplin und Ordnung kein Zwang. Jeder einzelne fühlt sich für Sauberkeit verantwortlich."

Prof. Sedlacek schloss: "Wenn wir das Fazit ziehen aus all dem, was wir bis jetzt gesehen und erlebt haben, dann kann man voller Verwunderung und Dankbarkeit zum Augenblick sagen: "Verweile doch, du bist so schön."

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Ohne die Einheit Deutschlands können wir nicht leben
Pressekonferenz beim Deutschen Volksrat

B e r l i n, 11.5. (E.B.)

Vor in- und ausländischen Pressevertretern nahm das Präsidium des Deutschen Volksrates Veranlassung, verschiedene, aus mancherlei Presseäußerungen der letzten Zeit ersichtliche falsche Vorstellungen oder Irrtümer zu klären. Es wurde klipp und klar festgestellt, daß es sich beim Deutschen Volkskongreß um die z.Zt. einzige gesamtdeutsche Repräsentation handelt, die kein Hohn, kein Spott und keine noch so schroffe Ablehnung irremachen kann in dem Bestreben, immer wieder die Hände auszustrecken, um eine möglichst breite Front für die Einheit Deutschlands herzustellen.

"Wir sind überzeugt", sagte Walter Ulbricht u.a., "daß der Appell an alle friedliebenden Kräfte in Deutschland, sich zusammenzuschließen für ein einheitliches friedliches Deutschland, für die Schaffung eines unabhängigen Deutschlands, und daß die Schritte, die inzwischen gemacht wurden, von Erfolg sein werden. Inzwischen ist in Westdeutschland eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Gewerkschafter haben die Segnungen des Kolonialregimes erfahren, sondern auch die Unternehmer haben die Erfahrung mit der JEIA kennengelernt und die Menschen beginnen nachzudenken." Walter Ulbricht fügte noch hinzu, "ich glaube, daß der Zeitpunkt der richtige ist, eine solche nationale Front zu schaffen. Denn ohne die Einheit Deutschlands können wir nicht leben. Deshalb stimmen wir einheitlich ab in der Ostzone für die Delegierten zum Volkskongreß, um ganz Deutschland zu zeigen, daß eine Einheit möglich ist, auch zwischen Kräften, die ganz verschiedene Ziele haben. Aber in einem Punkte sind sich alle einig, das ist im Kampf um die Einheit Deutschlands, im Kampf um ein friedliches Leben."

Ob die Anhänger des Besatzungsstatuts, die Anhänger der kolonialen Besatzungsmethoden Erfolge haben oder ob die Friedensfront zum Ziele kommt, das wird sich am Ende zeigen."

Auf eine Frage sagte Otto Grotewohl, daß man selbstverständlich auf zwei solche politischen Grundbegriffe wie Antifaschismus und Demokratie in Deutschland nicht verzichten könne. Sie seien im Gegenteil geradezu die beiden Grundpfeiler der zukünftigen deutschen Politik. Man müsse jedoch "über diese Linie hinaustreten, wenn es sich um die Beantwortung der Frage Einheit Deutschlands und gerechten Frieden handelt. Denn in dieser Frage wollen wir nicht nur die Antwort der Antifaschisten und der Demokraten hören, sondern die Antwort jedes Deutschen, der für die Einheit seines Vaterlandes und für den Frieden eintreten will".

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Aufstieg der Wirtschaft in der Ostzone

In einem Artikel in der "Täglichen Rundschau", betitelt "Ein Beitrag zum Frieden", begegnet N. Orlow dem Gerede, das angesichts der Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen innerhalb Deutschlands und seiner Hauptstadt von dem Kriegshetzern und enttäuschten Kriegsverdienern in die Welt gesetzt wird, um das Scheitern ihrer volksfeindlichen Politik zu bemänteln. Sie wollen nämlich behaupten, daß sich die Zustimmung der Sowjetunion zu der Aufhebung der Beschränkungen in Deutschland aus der wirtschaftlichen Zerrüttung in der sowjetischen Besatzungszone erkläre. Der Verfasser schreibt: "Das ist ein Versuch, die Aufmerksamkeit des Volkes vom wesen der Sache abzulenken. In Wirklichkeit ist der Volkswirtschaftsplan der sowjetischen Besatzungszone für 1948 mit 122 Prozent, d.h. weit über die Voranschläge hinaus, erfüllt worden. Die Gesamtproduktion der Industrie hat sich gegenüber 1947 um 26,8 Prozent erhöht. Das Tempo der Zunahme der Industrieproduktion hat sich im Laufe des Jahres 1948 ununterbrochen gesteigert. Im zweiten Vierteljahr 1948 betrug die Produktion 106,4 Prozent derjenigen des ersten Vierteljahres, im dritten 112,5 Prozent und im vierten 139,4 Prozent. Diese erstaunlichen Erfolge, die trotz der mit der vorübergehenden Einstellung des Interzonenhandels zusammenhängenden Schwierigkeiten erzielt wurden, erklären sich vor allem dadurch, daß die Arbeiterklasse und die technische Intelligenz in der Industrie und im Transportwesen eine immer stärkere Aktivität in der Produktion entfalteten. Die Leistungen der Aktivisten in der Produktion, die Initiative Hennekes und seiner Nacheiferer in den volkseigenen Betrieben sicherten den ständigen Aufschwung der Friedensindustrie in der sowjetischen Besatzungszone. Was das Jahr 1949 betrifft, so produzierte die Industrie im ersten Quartal dieses Jahres 32,3 Prozent mehr als im ersten Quartal 1948. Die Produktion von Briketts steigerte sich im ersten Quartal dieses Jahres um 17 Prozent, die von Schwefelsäure um 33 Prozent, die von Kalisalzen um 25 Prozent, die von Textilwaren um 33 Prozent, die von Stickstoffdünger um 45% usw. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone im Aufstieg begriffen ist. Sie überwindet die Zerrüttung der Nachkriegszeit und schafft die Voraussetzungen für einen weiteren unentwegten Aufstieg. Dabei wird dies ohne ständig zunehmende Verschuldung an das Ausland und ohne Verschärfung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der sowjetischen Besatzungszone von anderen Ländern erreicht.

So wird es klar, wie unbegründet das Gerede der reaktionären Presse von den angeblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der sowjetischen Besatzungszone ist. Die Haltung der Sowjetunion in der Berliner Frage wird einzig durch den Wunsch nach einer friedlichen Regelung des gesamtdeutschen Problems bestimmt."

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Pressestimmen - 2 -

Die drei zentralen Programmpunkte der nationalen Front
(PD)

Im Leitartikel des "Neuen Deutschland" beschäftigt sich Rudolf Herrnstadt mit der "Nationalen Front", die sich im gesamten deutschen Volk gegen die Kriegspolitik der Marshallplaner und Atlantikpaktierer bildet und deren Stärke von der Aktivität der Arbeiterklasse abhängt. In einer kritischen Überprüfung der Erfahrungen aus den letzten vier Jahren hinsichtlich dieser lebenswichtigen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse wirft der Verfasser die Frage auf, ob es der SED gelungen sei, "den Massen klarzumachen, daß die Arbeiterklasse zutiefst internationalistisch handelt, indem sie die echten Interessen ihrer eigenen Nation vollgültig wahrnimmt".

Rudolf Herrnstadt schreibt weiter:

"Wenn wir alle mit ernsthafter Selbstkritik an unsere jüngste Vergangenheit herantreten und auch voreinander aus unseren Erkenntnissen kein Hehl machen, werden wir die moralische Basis für die Verhandlungen gerundet haben.

Dabei werden wir feststellen, daß es drei Punkte gibt, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen verantwortungsbewußten Deutschen nicht mehr bestehen.

1. Das Vegetieren der einzelnen Zonen - und das Vegetieren der Einzelnen in den Zonen - ist widernatürlich, unnötig und nicht zu verantworten. Die Spaltung Deutschlands muß ihre Auflösung finden in der Wiederherstellung seiner Einheit.

2. Ein Volk, mit dem kein Friede geschlossen wurde, kann weder Frieden finden, noch eine feste und sichere Stütze für den Frieden sein. Die wiederholte Beteuerung aller vier Siegermächte, sie wünschten ein souveränes Deutschland, bedarf dringend des Nachweises durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer souveränen deutschen Regierung.

3. Dauernde Besetzung eines Landes hemmt seine Entwicklung. Wenn die Mächte der Meinung sind, sie müßten die Besetzung heute noch aufrechterhalten, so sollten sie wenigstens das Datum bekanntgeben, zu dem sie sie beenden."

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

K o m m e n t a r e =====

Für die Einigung aller national-gesinnten Deutschen

B e r l i n (PD)

Es gibt unter den Großmächten keine strittigen Fragen und Meinungsverschiedenheiten über Deutschland, die nicht durch friedliche gemeinsame Beratungen und Vereinbarungen geregelt werden könnten. Diesen Standpunkt hat die Sowjetregierung immer wieder vertreten und stets ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt. Nun haben sich die Großmächte an den Verhandlungstisch zurückgefunden. Auch die Westmächte erklären jetzt, daß sie für die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands seien. Natürlich werden in Paris nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden sein, die sich schon daraus ergeben, daß es ein Ruhrstatut gibt, wodurch sich fremde Hände dieses Kernstücks der deutschen Wirtschaft bemächtigt haben. Schwierigkeiten auf dem Weg zur deutschen Einheit wurden auch durch die Bildung eines separaten westdeutschen Staatenbundes geschaffen. Aber eine Verständigung der Großmächte über das Deutschland-Problem liegt nicht nur im Bereich des Möglichen, sondern ein gerechter Friedensvertrag für Deutschland ist eine dringende Notwendigkeit für die Erhaltung des Weltfriedens.

Wenn sich schon die Großmächte an den Verhandlungstisch setzen und die Einheit Deutschlands besprechen - um wieviel notwendiger ist es, daß die Deutschen selbst unter sich zusammenfinden, um über ihre ureigensten gesamtdeutschen Lebensinteressen zu beraten? Ist es nicht das dringendste Gebot der Stunde, daß z.B. die politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit der deutschen Hauptstadt auf schnellstem Wege verwirklicht wird? Die Berliner Bevölkerung hat das schwere und verbitternde Leben satt, das sich aus der willkürlichen Zerreißung der Verwaltung und Wirtschaft Berlins ergeben hat. Wozu auf die Ergebnisse der Pariser Viermächte-Besprechungen warten? Müßten sich die Berliner Verhandlungsstellen nicht heute schon zum Wohle der Berliner zusammenfinden? Sind sie dazu nicht im Interesse der Bevölkerung verpflichtet?

Hans Jendretzky, der Landesvorsitzende der SED Berlins, hat vorgeschlagen, daß sich zu einer ersten Beratung über die Probleme der Einheit Berlins und der notwendig hierzu einzuleitenden Schritte je fünf Vertreter der Verwaltungskörperschaften aus dem sowjetischen Sektor und den Westsektoren zusammensetzen. Es gibt darüber hinaus viele Möglichkeiten, um die Normalisierung des Lebens in Berlin zu beschleunigen durch direkte Fühlungnahme zwischen Ost und West. Als Beispiel solcher Möglichkeiten führte Hans Jendretzky Verhandlungen der Betriebsgewerkschaftsleitung des Kraftwerks Klingenberg mit der BGL der AEG Turbine über Lieferung von Ersatzteilen und Reparaturen der für die Aufrechterhaltung der Berliner Stromversorgung erforderlichen Turbinen an. Gleichzeitig müssen die Verantwortlichen in Berlin sofort Wirtschaftsverhandlungen mit allen Stellen in allen Teilen Deutschlands aufnehmen, um einen organisierten Warenaustausch einzuleiten und zum Abschluß von Lieferungs- und Produktionsverträgen zu kommen.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Wie die Herstellung der Einheit Berlins durch die Berliner selbst sofort in Angriff genommen werden muß, so steht auch im gesamtdeutschen Rahmen die Verständigung der Deutschen unter sich auf der Tagesordnung. Der Deutsche Volksrat hat ein gesamtdeutsches Treffen aller demokratischen Massenorganisationen vorgeschlagen und wandte sich zu diesem Zweck an die westdeutschen Parteien, an die Gewerkschaften, Friedensgesellschaften und Jugendverbände, an die Frauenorganisationen und Bauernverbände sowie an den "Nauheimer Kreis". Es gilt eine nationale Front im weitesten Sinne aufzurichten, in der alle Platz finden, die für Einheit und gerechten Frieden sind, gleichgültig wo sie sonst politisch, wirtschaftlich, kulturell, weltanschaulich oder religiös stehen mögen. Eine wichtige Vorarbeit zu den Grundlagen eines demokratischen Deutschlands hat der Deutsche Volksrat durch seine Mitarbeit am Zweijahrplan und durch die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung geleistet. Er wird weiter in diesem Sinne tätig sein. Darum ist die Stärkung der Volkskongreßbewegung notwendig. Wer für Völkerverständigung und Frieden, für die Einheit Deutschlands, für einen baldigen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen ist, stimmt am 15. und 16. Mai bei der Delegiertenwahl mit "Ja".

(W.B.)

Der Schacher um die italienischen Kolonien

B e r l i n (PD)

Zwischen England und Italien wurde ein Abkommen getroffen, das die beiden Gebiete Libyens, die Cyrenaica und den Fezzan (westliches Tripolitaniens), der sogenannten britischen bzw. der französischen Treuhänderschaft unterstellt. Der größere Teil Tripolitaniens soll bis 1951 von England weiter verwaltet werden. Ost-Eritrea soll an Abessinien abgetreten werden, während West-Eritrea dem benachbarten ägyptischen Sudan angeschlossen wird. Somali-Land soll sofort unter italienische Treuhänderschaft gestellt werden. Die Treuhänderschaft Italiens über Somali-Land und das Versprechen, Tripolitaniens nach 1951 italienischer Treuhänderschaft zu unterstellen, soll die Trostpille für Italien sein.

Dieses Abkommen, das auch der politische Ausschuß der UN empfiehlt, wurde von dem sowjetischen Vertreter Sarubin, der die Annahme der britisch-italienischen Vorschläge als Verewigung der Kolonialherrschaft in Libyen bezeichnete, verworfen. Der Verlauf der politischen Debatten über die Frage der italienischen Kolonien im politischen Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat gezeigt, daß den imperialistischen Mächten, den USA, England und Frankreich, nur daran liegt, die ehemaligen italienischen Kolonien unter sich aufzuteilen und ihre Kolonialherrschaft in diesen Gebieten zu einer dauern zu machen. Auch die Treuhänderschaft wird, entgegen den Beschlüssen der UN, von ihnen nicht als ein Mittel zur Entwicklung und Erziehung der Kolonialvölker zur Selbständigkeit, sondern nur als ein Mittel zu Verschleierung ihrer kolonialen Unterdrückungsmethoden betrachtet.

- 3 -

11. Mai 1949
Kommentare - 3 -

Der Schacher um die italienischen Kolonien ist mit den englisch-italienischen Abmachungen und mit deren Billigung durch den politischen Ausschuß der UN nicht beendet. Die Rivalität zwischen den imperialistischen Gruppen, vor allem zwischen den USA und England, um die Vorherrschaft im Mittelmeer verhindert eine restlose Einigung über die Zukunft von Tripolitanien und Eritrea. Eine Einigung wäre nur dann möglich, wenn - entsprechend den Vorschlägen der Sowjetdelegation - ein Vormundschaftsabkommen der UNO abgeschlossen würde, das die vollständige Unabhängigkeit Libyens und Eritreas in einem Zeitraum von 10 Jahren verwirklicht.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Wir stehen nicht allein

Wer sind die Handelspartner der sowjetischen Besatzungszone?

Der Halbjahrplan 1948 wurde übererfüllt. Nun steht vor uns die Aufgabe, die im Zweijahrplan gesteckten Ziele zu erreichen. Für die Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel sind die Außenhandelsplanzahlen für das Jahr 1949 im Volkswirtschaftsplan ebenso genau vorgezeichnet, wie die Produktions- und Verteilungszahlen für die anderen Hauptverwaltungen. Wir wissen, daß es unmöglich ist, den Zweijahrplan zu erfüllen und überzuerfüllen, wenn es uns nicht gelingt, für die Arbeit unserer Industrie die Rohstoffe und für die Versorgung unserer Bevölkerung zusätzliche Lebensmittel durch den Außenhandel hereinzuholen.

Es ist uns in den vergangenen drei Monaten gelungen, die für die Durchführung unseres Außenhandelsplanes erforderlichen Handelsverträge und Kaufverträge zum größten Teil abzuschließen. Dadurch haben wir die Gewißheit, daß die im Plan vorgesehenen und für die Wirtschaft so dringend erforderlichen Einfuhren für das Jahr 1949 gesichert sind.

Bei der Wirtschaftsstruktur unserer Zone ist es selbstverständlich, daß wir in erster Linie Rohstoffe einführen und Lebensmittel und Fertigwaren ausführen. Wir müssen uns deshalb Handelspartner suchen, die diesen Erfordernissen unseres Außenhandels entsprechen. Während 1947 erst 20 % unseres Gesamtumsatzes auf Geschäfte mit dem Osten entfielen, waren es 1948 - bei vervierfachtem Umsatz - über 70 %. Wir haben feststellen können, daß die Sowjetunion und die Volksrepubliken in der Lage und auch gewillt sind, uns die erforderlichen Rohstoffe zu liefern. Ihre Bedingungen sind für uns annehmbar; sie sind bereit, unsere Fertigwaren als Bezahlung anzunehmen. So standen im vergangenen Jahr die Sowjetunion mit 41 %, Polen mit 28 %, die CSR mit 8 % und Holland mit 7 % des Gesamtumsatzes an der Spitze unserer Handelspartner. Im Westen dagegen mangelt es an den wichtigsten Rohstoffen; der westeuropäische Markt wird von amerikanischen Fertigwaren überschwemmt, und Krise und Arbeitslosigkeit wachsen immer mehr.

Für dieses Jahr rechnen wir - bei weiter vergrößertem Umsatz - mit ungefähr der gleichen Aufteilung wie 1948. Wir sind z.Zt. dabei, die Kaufverträge für das Jahr 1949 mit der Sowjetunion abzuschließen. Außer den allgemein bekannten großzügigen Getreide- und Fettlieferungen, den Traktoren, Lastkraftwagen, Ackergeräten sowie Walzenstraßen für unsere Stahlwerke stellt uns die Sowjetunion eine große Anzahl hochwertigster Rohstoffe zur Verfügung. Diese sind von ausschlaggebender Bedeutung für die stetige Materialversorgung und damit für die Arbeit unserer Industrie überhaupt.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

Täglich trifft eine große Anzahl Güterzüge aus der Sowjetunion auf unseren Grenzstationen ein. Tag und Nacht werden die Schiffs-^{aus der Sowjetunion}ladungen mit wertvollstem Material gelöscht. Wir erhalten Roheisen, Gußeisen, Walzwerkserzeugnisse, Edelstahl und Erze für unsere eisenverarbeitende Industrie, Bunt- und Leichtmetalle, wie Kupfer, Blei, Nickel, Bronze und Lagermetalle, Quecksilber sowie Aluminium für unsere Metallindustrie, hochwertigsten Donezkoks und Anthrazit für die Gießereien, Naturkautschuk für die Reifenindustrie und Phosphate für die Landwirtschaft. Für unsere Textil- und Lederindustrie bekommen wir Flachs, Hanf, Baumwolle, Wolle und Rohleder. Ferner liefert uns die Sowjetunion Asbest, Kolophonium, Talkum sowie Fertigwaren, die wir nicht selbst herstellen können. Das sind Spezialturbinen und -zylinder, Spezialmotoren und vor allem Kugellager.

Aus dieser Liste ist zu ersehen, daß es sich bei den Lieferungen aus der Sowjetunion wirklich um solche Waren handelt, nach denen unsere Industrie geradezu hungert und die auf allen Weltmärkten nur unter den größten Schwierigkeiten zu kaufen sind. Wir bezahlen diese Einfuhren mit Fertigwarenlieferungen. An erster Stelle stehen Maschinen, im besonderen Werkzeugmaschinen und Textilmaschinen. Dann folgen Kompressoren, Automobile, Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate, Chemikalien, Textilien, Papier- und Holzfertigwaren und andere industrielle Fertigerzeugnisse.

Der Handel zwischen der Sowjetunion und unserer Zone vollzieht sich auf Grund ordnungsgemäßer Handelsverträge, die zwischen sowjetischen und deutschen Handelsfirmen abgeschlossen und von der Deutschen Wirtschaftskommission genehmigt werden; - im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Marshall-Lieferungen von den Militärregierungen zugewiesen werden.

An zweiter Stelle wird auch in diesem Jahr Polen rangieren. Am 29.3.1949 wurde ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, der einen Umsatz von 152 Millionen Dollar vorsieht. Auch Polen stellt uns hochwertige Rohstoffe, wie Steinkohle, Koks, Benzol, Eisen- und Stahlerzeugnisse zur Verfügung. Außerdem erhalten wir Lebensmittel aus Polen. Wir dagegen liefern Fertigerzeugnisse, Maschinen, Fahrzeuge, feinmechanische und optische Geräte, elektrotechnische Erzeugnisse usw. Dank der polnischen Hilfe war es möglich, den Ausfall der Ruhrkohlenlieferungen zu ersetzen.

An dritter Stelle unserer Handelspartner folgt die CSR. Der für das Jahr 1949 gültige Handelsvertrag wurde Anfang März abgeschlossen und umfaßt Lieferungen im Wert von 25 Millionen Dollar. Aus der CSR bekommen wir vor allem Koks für unsere Gießereien, Reifen und Spezialmaschinen, während wir der CSR Chemikalien, Büromaschinen und andere Fertigerzeugnisse unserer Industrie zur Verfügung stellen.

Auch mit den übrigen Volksrepubliken haben wir Verträge abgeschlossen, die in diesem Jahr noch erweitert werden sollen. Trotz unseres verstärkten Handels mit dem Osten sind wir selbstverständlich bereit, mit allen Ländern der Welt, also auch mit Westeuropa, Handel zu treiben. Wir haben Handelsverträge mit den skandinavischen Staaten, mit Holland, Belgien, Luxemburg, mit der Schweiz und Italien abgeschlossen. Trotz der Transitsperre der Anglo-Amerikaner konnten wir auch hier unsere Umsätze steigern und rechnen auch in diesem Jahre mit einer Ausweitung des gegenseitigen Handelsverkehrs.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

So wird von der Hauptverwaltung interzonen- und Außenhandel der Deutschen Wirtschaftskommission alles getan, um den für uns so lebenswichtigen Außenhandel auf den erforderlichen Stand zu bringen. Wir werden unser Äußerstes tun, die uns vorgezeichneten Pläne zu erfüllen, denn wir wissen, daß die Erfüllung des Zweijahrplanes für uns eine unbedingte Notwendigkeit ist, um den Lebensstandard unserer Bevölkerung zu verbessern und den Aufbau einer Friedensindustrie durchzuführen.

Unsozialistisches Programm mit volksfeindlicher Konsequenz

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hat der Vertreter des Parteivorstandes Hannover, Willy Brandt, eine sogenannte Programmrede gehalten, die den vollständigen Bruch mit dem Marxismus und den offenen Übergang der sogenannten demokratischen Sozialisten in das Lager des Kapitalismus unterstreicht. Das Organ der amerikanischen Besatzungsbehörden, "Die Neue Zeitung", spart denn auch nicht mit ihren Lobsprüchen und mit ihrer Anerkennung und meint, daß die Programmthesen Brandts und seiner Gesinnungsgenossen mehr mit Lassalles Ideen als mit Marx zu tun haben. Sie bemerkt triumphierend, daß sie vor allem eine gründliche Absage an den sogenannten Absolutismus von links bedeuten. Sie redet den sogenannten demokratischen Sozialisten gut zu, auf diesem Wege fortzufahren, da eine solche Revision des Marxismus keinen Verrat an der Arbeitersache und dem Sozialismus bedeute.

In seinen Ausführungen auf dem Parteitag wandte sich Willy Brandt gegen eine sogenannte totale Sozialisierung mit der Behauptung, daß die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wichtiger geworden sei, als das Eigentum an den Produktionsmitteln selbst. In vielen Fällen, so meint er, seien die Betriebsdirektoren wichtiger geworden als die Kapitalisten. Er wiederholt damit die Theorie Burnhams, der von einer Ablösung der kapitalistischen Herrschaft durch die Herrschaft der Betriebsdirektoren und Techniker spricht. In einer kürzlich erschienenen Abhandlung hat sich Prof. Jürgen Kuczynski mit dieser unwissenschaftlichen Theorie Burnhams über die Betriebsdirektoren kritisch auseinandergesetzt, indem er aufzeigte, daß mit dem gleichen Recht die gelehrten Sklaven, die im antiken Rom die Geschäfte der Latifundienbesitzer oder die Hausmeier in der Frankenzeit, die die Geschäfte der feudalen Grundherren besorgten, als die eigentlichen damals herrschenden Klassen bezeichnet werden könnten.

Willy Brandt wandte sich in seinen Ausführungen auch gegen die sogenannte totale Staatsgewalt und unterstrich die progressive Rolle der Unternehmerinitiative. Das bedeutet natürlich in einer Zeit, in der die Monopolkapitalisten auf das Engste mit dem Staatsapparat verflochten sind und diesen als ihr ausschließliches Machtinstrument benutzen, eine restlose Abkehr vom Sozialismus und eine Verteidigung der Interessen des Monopolkapitals. Man wundert sich dann auch nicht, wenn Brandt die These vom Aufgehen der Arbeiter im Mittelstand, von einer sogenannten Entproletarisierung vertritt, eine Theorie, die ebenso wie die Behauptung, daß alle Deutschen Proletarier geworden seien, von dem Wunsch geleitet ist, die Lehre vom Klassenkampf und von der führenden Rolle der Arbeiterklasse besonders in einem neuen, einheitlichen und wirklich demokratischen Deutschland zu diffamieren.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Artikeldienst - 4 -

Willy Brandt vermeint die heutige monopolkapitalistische Klassengesellschaft, indem er von einer Menschheit schlechtweg spricht. Er setzt an die Stelle des dialektischen und des historischen Materialismus die leere Phrase von der sittlichen Idee des "demokratischen Sozialismus". Die Verfechtung all dieser, mit Verlaub zu sagen "wissenschaftlichen" Ideen, ist eine begeisterte Zustimmung zu den Ideen des sogenannten Kosmopolitismus über eine "Weltregierung", über den "Europarat" usw., die die Weltherrschaftsbestrebungen und Machtpläne der Wallstreet-Magnaten in Deutschland fördern und vom notwendigen Kampf um die nationale Einheit und einen baldigen Friedensvertrag mit Deutschland ablenken soll.

Daraus wiederum entsprang und entspringt die Praxis der Politik des sogenannten demokratischen Sozialismus, die unter dem Deckmantel von Phrasen über die individuelle Freiheit und die Sozialisierung die reaktionären Absichten einer Spaltung und Zerstückelung Deutschlands, der kolonialen Unterwerfung und Militarisierung Westdeutschlands begünstigt.

Es ist begreiflich, daß finanzkapitalistische Kreise diese Programmthesen Willy Brandts mit Zustimmung und Begeisterung aufnehmen. Sie freuen sich aber nicht nur deshalb darüber, weil sie den völligen Bruch mit sozialistischen Ideen bedeuten. Sie begrüßen die Thesen Brandts auch darum, weil sie hoffen, daß sie die Spaltung der Arbeiterklasse erleichtern und vertiefen. Nach der Devise "Teile und Herrsche" hoffen sie, mit Hilfe der Lehren des demokratischen Sozialismus die Arbeiter zu verwirren und daran zu hindern, die ihr zukommende historische Mission als führende Kraft im Kampf um die deutsche Einheit und einen baldigen Frieden zu erfüllen. Und sind die Arbeiter gespalten, so ist auch eine Einigung des Volkes im Kampf um seine nationalen Interessen erschwert, und ein neuerlicher Mißbrauch des Volkes für imperialistische Zwecke liegt wieder im Bereich der Möglichkeit.

Wahrhafte Sozialisten lehnen daher die Programmthesen Brandts ab, weil sie den Bruch mit dem Sozialismus bedeuten, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse hindern, weil sie darüber hinaus die nationalen Interessen des deutschen Volkes gefährden. Gerade die Praxis der Schumacherpolitik lehrt die deutschen Werktätigen anschaulich, daß die sogenannten Theorien des demokratischen Sozialismus nicht nur mit den sozialen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch mit den wahren nationalen Interessen des ganzen Volkes in schärfstem Widerspruch stehen.

Robert Korb

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Im Dschungel von New York

(PD)

Die Wochenschrift der Fortschrittspartei der USA, "National Guardian", veröffentlicht in ihrer Nummer vom 28. März einen aufschlußreichen Bericht über die Zustände, unter denen nach New York eingewanderte Einwohner der amerikanischen Kolonie Porto Rico leben müssen. Diesem Bericht entnehmen wir folgende Einzelheiten:

"Seit 30 Jahren kommen jährlich über 3000 Personen aus Porto Rico nach den USA. Nach 1940 erhöhte sich die Emigration erheblich, und 1945 nahm diese einen überraschenden Anstieg. 40 000 Einwohner von Porto Rico kamen jährlich nach dem Festland. 1927 gab es in den USA 230 000 Eingewanderte aus Porto Rico, 98 % davon allein in New York. Von diesen leben 60 000 in Ost-Harlem, einem Teil des Gebiets von New York, das von dem Abgeordneten der amerikanischen Labourpartei, Vito Marcantonio, im Kongreß repräsentiert wird.

Der Grund dieser massenemigration liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen Porto Ricos. Während des Krieges, wo Stützpunkte des amerikanischen Heeres und der Marine auf der Insel gebaut wurden, gab es genügend Beschäftigungsmöglichkeiten für die Einwohner. Der Krieg ging zu Ende und damit auch die Arbeit. Noch schlimmer war die Tatsache, daß Tausende von Arbeitern der Zuckerplantagen erwerbslos wurden, als die Beschränkungen für den Import von Zucker aus Porto Rico in Kraft traten, um die Plantagenbesitzer des amerikanischen Festlandes vor dem Import aus Porto Rico zu schützen.

Kleine provisorische Fluggesellschaften boten billige Transportmöglichkeiten nach dem Festland, und so strömten Tausende Einwohner von Porto Rico nach den USA, da es ihnen nicht mehr möglich war, einen Lebensunterhalt in ihrer Heimat zu finden. Nur die wenigsten hatten die Geldmittel, um weiter als bis New York, wo die Flugzeuge landeten, zu reisen, und so siedelten sie sich in den von Ratten wimmelnden Behausungen von Manhattans oberer Ostseite und in den billigen Distrikten, wie z.B. Brooklyns Greenpoint und Williamsburg, an. Sie beherrschen nur die spanische Sprache und drängen sich in diesem Stadtdschungel zusammen. Sie haben Angst, sich aus ihrer nächsten Umgebung herauszuwagen und ihre Kinder in dem Gedränge der schmutzigen Straßen spielen zu lassen.

'Die Menschen aus Porto Rico sehen sich den schwierigsten Problemen aller Einwohner meines Distrikts gegenüber', erklärte Marcantonio, 'sie sind die Letzten, die angestellt werden, und die ersten, die wieder herausfliegen. Zwei Dinge machen ihnen das Leben besonders schwer: ihre Hautfarbe und ihre Sprachschwierigkeiten'. Der Abgeordnete Marcantonio tut alles in seiner Macht stehende, um das Los dieser Menschen zu erleichtern. Seine Fürsorge für sie brachte es mit sich, daß seine Feinde das verleumderische Gerücht - besonders während der letzten Wahlen - verbreiteten, daß er selbst die Leute aus Porto Rico gerufen und eingeführt habe, 'weil sie ihm ihre Stimmen versprochen'. 'Ihre größte Schwierigkeit ist das Wohnungsproblem' - sagt Marcantonio -, 'denn in den letzten 10 Jahren hat es nur zwei

Pressdienst
(PD)11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Wohnbau-Projekte in Ost-Harlem gegeben. Sie sind nur ein Tropfen im Meer'. Dieser Dschungel von Abfall, Ratten und verfallenden Gebäuden ist wahrlich heimtückisch. In Harlem sind Rattenbisse ebenso an der Tagesordnung, wie ein Schnüpfen. Teilweise haben die Einwohner zur Selbsthilfe gegriffen und Wohnblock-Organisationen geschaffen, auch kleine Fortschritte erzielt, sehen sich aber meistens indifferenten Polizei- und Feuerwehr-Verwaltungen und desinteressierten Politikern in der Stadtverwaltung gegenüber.

Die Ausstattung der Feuerwehr in diesem Gebiet wurde im letzten Jahr um 50 % reduziert, und obwohl tausende von Einwohnern Proteste unterzeichneten, geschah nichts. Der Polizeischutz ist minimal: Ost-Harlem wird als zu 'heißes Gebiet' angesehen. Und noch immer strömen neue Einwanderer aus Porto Rico dorthin. Wenn sie, von dem Dschungel der Stadt abgestoßen, Heimweh nach ihrer warmen sonnigen Insel bekommen, kämpfen sie darum, wieder heimfahren zu können. Zwischen Januar und September 1948 verließen 98 000 Einwohner von Porto Rico ihre heimatliche Insel, und 70 000 von ihnen kehrten wieder zurück. In Ost-Harlem hat jeder Wohnblock seine Sparkasse eingerichtet, zu welcher jede Familie beiträgt. Wenn dann genug Geld zusammengekommen ist, um ein Flugbillet zu bezahlen, wird einer ausgewählt, dem es dadurch ermöglicht wird, die Heimreise anzutreten.

'Der Ort, wo das Problem von Porto Rico gelöst werden muß, ist nicht hier, sondern in Porto Rico', erklärte Marcantonio. 'Porto Rico sollte seine Unabhängigkeit und eine Regierung haben, die der kolonialen Ausbeutung durch die amerikanische Großindustrie ein Ende macht'. Marcantonio wird während dieser Tagung des amerikanischen Kongresses einen Gesetzesvorschlag für die Unabhängigkeit Porto Ricos einbringen.

Im Januar dieses Jahres wurde Luis Munoz Marin der erste einheimische Gouverneur Porto Ricos. Vorher wurden alle Gouverneure vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt. Aber auch Marin ist gegen die Unabhängigkeit Porto Ricos und, wie Marcantonio sagt, 'eine Puppe der amerikanischen Großindustrie'."

G.G.

Sozialdemokratischer Bericht über die griechische Hölle.

(PD)

Vor einiger Zeit besuchten Victor L a r o c k, der Herausgeber des Brüsseler "Peuple", und Denis Healey, der internationale Sekretär der Labour-Party, im Auftrag der "Sozialistischen internationale" Griechenland. In der Zeitschrift "Geist und Tat" veröffentlichte Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, einen Bericht über die Zustände, die jene beiden Besucher in Griechenland vorgefunden haben, unter dem Titel "Die griechische Hölle". Dieser Artikel enthält wichtiges Material über die Zustände in Griechenland, das wir unseren Lesern nicht verenthalten wollen:

"Seit Dezember war die Lage in Griechenland nie so kritisch, die Unzufriedenheit so tiefgehend, die Unruhe so lebhaft wie heute. Der Ausnahmezustand herrscht, jede Versammlung von mehr als drei Personen wird mit Gefängnis bestraft, Koalitionsrecht gibt es nicht. Die von der Regierung noch geduldeten Oppositionsblätter werden mit Hilfe der Polizei boykottiert. Einschüchterungsmaßnahmen und willkürliche Ver-

Pressedienst
(YPD)

11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

haftungen stehen auf der Tagesordnung. Die Justiz stützt sich auf Denunziationen. Im ganzen Land arbeiten Standgerichte. Auch die geringfügigste Handlung, die jemanden mit der Verwaltung in Berührung bringt, muß von einer Loyalitätserklärung gegenüber der gegenwärtigen Regierung begleitet sein. Wer die Unterdrückungspolitik der Regierung zu kritisieren wagt, gilt als 'Synodiporos' (Sympathisierender der Kommunisten). Zehntausende von Verdächtigen befinden sich in Gefängnissen oder wurden deportiert. Seit 1947 gab es zweitausend Hinrichtungen aus politischen Gründen, das ist mehr als in drei Jahren deutscher Besetzung.

... Siebenhunderttausend Flüchtlinge - ein Zehntel der ganzen Bevölkerung - leben zusammengepfercht in den Städten des Peloponnes und des griechischen Festlandes ... Die Armee zeigt eine gewisse Schlappeheit, und die Regierung kann in der Verwaltung, der Justiz und der Polizei kaum auf das Vertrauen des Volkes rechnen ... Athen weiß nicht, wo sich die militärischen Operationen abspielen, aber die Armee weiß sehr wohl, was in Athen vor sich geht: Révolutäten unter den Politikern, schwarzer Markt, Korruption, Finanzskandale ...

... Ein Bürgerkrieg besteht aus einer Serie von Repressalien ... 1946 wurden mehr als 80.000 griechische Staatsangehörige verfolgt. Nach offiziellen Angaben wurden 20.000 verhaftet, 4000 wurden hingerichtet. Diese erste Verfolgung trieb 300.000 Menschen aus ihrer ländlichen Heimat...

Die Zusammenarbeit mit den Italienern und Deutschen während des Krieges wurde nicht geahndet. Der griechische Quisling, der während der Besetzung Vorsitzender des Rates war, wurde eingehüllt in die Fahne der Nation begraben.

Andererseits dauerte es nicht lange, und die Widerstandskämpfer aller Richtungen wurden als Verdächtige behandelt. Am 21. Dezember wurden in den Gefängnissen 10.000 Menschen festgehalten, gegen die nichts vorlag, erklärte M a v r o s, der Justizminister.

Eine charakteristische Einzelheit: der junge G l e s o s, der 1941 das Hakenkreuz von der Akropolis heruntergeholt hatte, wurde wegen kommunistischer Tätigkeit zum Tode verurteilt ... Ein Bischof, der seine Messe in den Bergen (bei den Aufständischen) liest, ist ein Agent Moskaus. Als im Dezember 1948 E v a t t, der Präsident der UN-Generalversammlung, zu einem Vermittlungsversuch die Initiative ergriff, haben neun griechische Angehörige der linken Mitte ein Glückwunschtelegramm an ihn gerichtet. Sie wurden als "Krypto-Kommunisten" denunziert und zum Tode verurteilt..."

Victor Larock berichtet auch von einer anderen Seite dieser Hölle. Er analysiert die Lage der griechischen Wirtschaft, die Politik der Regierung zugunsten der Großgrundbesitzer, Börsenjobber und Lebensmittelschieber. Er weist auf die verzweifelte Lage Griechenlands hin, das aus politischen Gründen von seinen natürlichen Absatzgebieten im Norden abgeriegelt worden ist. Er schildert grau-samste Einzelheiten der monarchofaschistischen Hölle in Griechenland.

Pressedienst
(PD)11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Nur eines verschweigt er: daß diese 'griechische Hölle' niemals existieren würde, wenn sie nicht mit Hilfe britischer Truppen, Bajonette und Tanks errichtet worden wäre, die von der Labourregierung nach Griechenland entsandt wurden; daß alle Hinrichtungen und Verbannungen unter den Augen der amerikanischen und britischen Missionen vor sich gegangen sind und vor sich gehen, von denen die Machthaber der griechischen Hölle abhängen. Sie verschweigen das Wichtigste: wem die griechische Hölle ihre Existenz verdankt.

Dorf Roskosch baut auf

(PD)

Der Soldat Sachandrewitsch verbrachte seinen Urlaub in der Ukraine, in seinem Heimatdorf. Befragt über seine Erlebnisse und Eindrücke erzählte er: "Unser Dorf Roskosch war vor dem Kriege durch seine Zuckerfabrik im ganzen Winnitzer Gebiet bekannt. Im Kriege wurde die Fabrik vollständig zerstört. Doch als ich zum Urlaub nach Hause kam, konnte ich unseren Ort nicht wiedererkennen. Die Fabrik war von Grund auf neu errichtet und arbeitet bereits. Man sagte mir, daß planmäßig die Inbetriebnahme für das Jahr 1951 vorgesehen war, dank der Arbeitsbegeisterung der Arbeiter und Kollektivbauern jedoch bereits Ende 1948 die ersten Waggons mit Zucker die Fabrik verließen.

Vor dem Kriege war nur die Fabrik elektrisch beleuchtet, heute spenden in jedem Hause elektrische Glühlampen ihr Licht. Elektrisch wird die Dreschmaschine betrieben, elektrisch sollen demnächst die Kühe gemolken werden. Die Schule und das Krankenhaus sind wieder aufgebaut, ein Klub mit Kinovorführsaal, eine Wasserleitung wurden neu gebaut. Vor dem Kriege hatten wir zwei Verkaufsläden. Jetzt werden in sechs Läden Waren zum Kauf angeboten. Ich bin stolz auf die Arbeiter und Kollektivbauern unseres Dorfes und werde nach meiner Entlassung mit Freunden wieder im Heimatdorf, in der neuen Zuckerfabrik arbeiten."

Zur Information

=====

Der "neue Sozialismus" der englischen Labour-Party

(PD)

Die Wochenschrift "World News and Views" veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 16. April einen Artikel von Ronald Francis, den wir auszugsweise wiedergeben:

Der rechte Flügel der englischen Labour-Party versucht heute durch Wort, Schrift und Radio, die neue Doktrin eines speziellen "britischen" Sozialismus zu begründen, der ein neues Muster einer gemischten Wirtschaft darstellt, in welcher der Privatkapitalismus vorherrschend ist. Man kann mit Recht behaupten, daß die Führer der Labour-Party nie versucht haben, eine systematische Doktrin bei den Mitgliedern der Partei zu entwickeln. Heute, nach dreijähriger Herrschaft, halten die Führer des rechten Flügels es für notwendig, eine systematische Rechtfertigung ihrer reaktionären Politik zu popularisieren. Die Notwendigkeit, den Kapitalismus gegenüber den englischen

PresseDienst
(PD)

11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Werkstätigen und Intellektuellen anzupreisen, ist jetzt umso notwendiger, da der Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion große Erfolge zu verzeichnen hat.

Was ist diese neue Doktrin der rechten Labour-Führer? In einem Buche beschreibt Francis Williams, der frühere Berater Attlees, das Muster, nach dem die sogenannte sozialistische Wirtschaft in England entwickelt werden soll. Darin heißt es u.a.: "Durch Nationalisierung der der Allgemeinheit dienenden Industrien, in deren Direktorium sowohl Industrielle als auch die Gewerkschaften vertreten sein sollen; weiterhin durch eine Serie von Kontrollen der Zuteilung von Materialien und teilweise durch Konsultation zwischen der Regierung und der Industrie in bezug auf Planung und Verwaltung..."

Eine nähere Betrachtung dieser neuen Version des "Sozialismus" zeigt, daß "..... 80 % der Industrie in Privathänden verbleiben soll". Es soll weiterhin "ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Staat und der Privatindustrie entwickelt werden". Ferner "schließt die nationale Politik eine Kontrolle der Industrie durch die Werkstätigen aus. Die werkstätigen in den nationalisierten Industrien müssen härter arbeiten und die Planung der Regierung hat sich auf eine Analyse der Bezugsquellen und Notwendigkeiten, sowie auf einen Bericht, was wünschenswert ist, zu beschränken", d.h. Freiheit für die Kapitalisten, einen derartigen Bericht zu ignorieren! Dieses ganze Muster soll nicht etwa nur eine vorübergehende Phase darstellen, sondern soll, wie es in dem Buche heißt, "die generelle Linie sein, die auch in der Zukunft verfolgt werden wird, wie es die sozialistische Regierung während der ersten Periode tat". Dieses ist das ständige Muster der "gemischten Wirtschaft", in welcher 4/5 der Industrie sich in kapitalistischen Händen befindet und der Rest unter den großzügigsten Bedingungen losgekauft wird. Williams mag dieses als "eine typisch englische Mischung" bezeichnen, aber der klassenbewußte Arbeiter wird diese Mischung als das erkennen, was sie wirklich ist.

Eine gemischte Wirtschaft und Kontrollen sind im Kapitalismus nichts Neues. Die Einnischung des Staates in den Privatkapitalismus entwickelte sich in England besonders zwischen den beiden Kriegen. Nationalisierte Eisenbahnen waren in Europa vor dem Kriege üblich, Kontrollen wurden durch Tarife, Import-Quoten und Subsidien repräsentiert. Ein zentralisierter Einkauf ist in verschiedenen kapitalistischen Staaten üblich, und was eine gemeinsame Besprechung über die von der Industrie zu verfolgende Politik angeht, so hat es nie eine Zeit gegeben, in der der Staat nicht mit der kapitalistischen Seite in engster Verbindung stand. Der ganze Klimbim dieser Doktrin des "neuen englischen Sozialismus" basiert auf drei Voraussetzungen: 1. bestreitet er den fortdauernden Klassenkampf in England, 2. setzt er die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Labour-Regierung voraus, und schließlich nimmt er an, daß, wenn sich eine Krise entwickeln sollte, diese von "außen" hineingetragen werden und sich nicht innerhalb Englands selbst entwickeln würde, als klare Manifestation einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Jede dieser Voraussetzungen steht in krassem Widerspruch zur Geschichte, und es wird nicht lange dauern, bis sich ihre Verkehrtheit durch die schlimmsten Folgen erweisen werden.

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Aber es genügt nicht, die kapitalistischen Grundlagen dieses "neuen Sozialismus" zu entlarven. Die entscheidende Frage ist, ob man in England ein soziales System haben kann, welches Arbeit, bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne und bessere soziale Fürsorge garantiert, und zwar auf der Grundlage dieses Plans der Labour-Regierung, der eine Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus in einer gemischten Wirtschaft voraussetzt. Jeder Plan, der eine volle Beschäftigung und einen erhöhten Lebensstandard der Werktätigen garantiert, muß sich notwendigerweise darauf stützen, daß der bedeutendste Sektor der Industrie sich in öffentlicher Hand befindet. Nicht so im "neuen englischen Sozialismus". In Williams Buch heißt es: "Der Begriff des öffentlichen Eigentums an Produktionsmitteln, der früher in allen sozialistischen Doktrinen propagiert wurde, ist nicht mehr Teil der modernen sozialistischen Auffassung, wie sie heute in England existiert. Was man vielmehr anstrebt, ist eine Partnerschaft, die öffentliches Eigentum gewisser Industrien auf der einen Seite und privates Eigentum in einer zahlenmäßig weit größeren Gruppe von Industrien auf der anderen Seite vorsieht."

So ist die Nationalisierung im Sinne des "neuen englischen Sozialismus" nicht als ein Schritt zur Übernahme aller Produktionsmittel in öffentliche Hand gedacht, sondern diejenigen Kapitalisten, die "enteignet" werden, werden großzügig kompensiert, und den Arbeitern der nationalisierten Industrien sagt man, daß sie härter arbeiten müßten, während dieselbe Klasse und oft auch dieselben Persönlichkeiten an der Spitze der betreffenden Organisationen verbleiben.

Der Klassenreind hat von diesem "neuen Sozialismus" nichts zu befürchten. Die Planung von Englands Wirtschaft soll sich zu einem Fünftel auf den nationalisierten Sektor - der nach kapitalistischen Prinzipien operiert - und zu vier Fünfteln auf den privaten Sektor stützen, der gewissen Kontrollen unterworfen bleibt. Diese Kontrolle sollen nicht eine ständige Einrichtung sein und werden in keiner Weise eine Behinderung kapitalistischer Ausbeutung darstellen. Zu allen Zeiten haben Kontrollen dieser Art die kapitalistische Profitspanne aufrechterhalten und zugelassen, daß jede Kostenerhöhung dem Verbraucher aufgebürdet wurde. Das Resultat in England war, daß die Preise der Industrieprodukte zwischen 1938 und 1945 um 70 % anstiegen und um weitere 40 % während der darauffolgenden 3 Jahre der "sozialistischen" Kontrollen, während der kapitalistische Anteil am produzierten Wert der britischen Industrie zwischen 1938 und 1947 um 38 % anstieg.

Der "neue Sozialismus" hat nie einen wirklichen Plan hervorgebracht. Das einem Plan noch am nächsten kommende Projekt war das Vierjahr-"Programm" der englischen Regierung, das auf Wunsch Amerikas entworfen wurde und das gleich im Vorwort vorausschickte, daß "weder das Zweijahr- noch das Vierjahr-Programm eine detaillierte Voraussage dessen sei, was wirklich vorgehen würde".

Der "neue Sozialismus" ist kein Feind des Kapitalismus. Er ist ein Freund des Kapitalismus und wird als solcher von den Tories erkannt.

- 7 -

Pressedienst
(PD)

11. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Man vergleiche damit die "gemischte Wirtschaft" der NEP 1921 in der UdSSR, wo sogar in den frühesten Phasen 88 % der Industriearbeiter in Industriegenossenschaften oder staatseigenen Betrieben beschäftigt waren und wo der Anteil der Privatunternehmungen im Gesanhandel von 20 auf 5 % zwischen 1921 und 1928, und im Kleinhandel von 75 % auf weniger als 25 % reduziert wurde. Woher dieser Kontrast? In der Sowjetunion hatte die Arbeiterklasse die Macht errungen, die Staatsmaschinerie übernommen und die gesamte Wirtschaft kontrolliert. In England ist der Begriff der "gemischten Wirtschaft" seines Klasseninhalts beraubt worden und der "neue Sozialismus" ist nichts weiter als eine Tarnung für die Reorganisation des staatlichen Monopolkapitalismus, wobei die entscheidende Macht in kapitalistischer Hand verbleibt.

(G.G.)